

Christiane Rohleder
Brigitte Hasenjürgen (Hrsg.)



Katholische
Fachhochschule
Nordrhein-Westfalen
University of Applied Sciences

Geschlecht im sozialen Kontext

Perspektiven für die soziale Arbeit



Geschlecht im sozialen Kontext

Schriften der Katholischen Fachhochschule
Nordrhein-Westfalen

Band 1



Katholische
Fachhochschule ○○○○
Nordrhein-Westfalen
University of Applied Sciences

Brigitte Hasenjürgen
Christiane Rohleder (Hrsg.)

Geschlecht im sozialen Kontext
Perspektiven für die soziale Arbeit

Verlag Barbara Budrich, Opladen 2005

Die Open-Access-Veröffentlichung wurde gefördert aus dem Open-Access-Publikationsfonds der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für die Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich.

© 2005 Dieses Werk ist beim Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>
Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der Urheber*innen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.
www.budrich.de



Die Verwendung von Materialien Dritter in diesem Buch bedeutet nicht, dass diese ebenfalls der genannten Creative-Commons-Lizenz unterliegen. Steht das verwendete Material nicht unter der genannten Creative-Commons-Lizenz und ist die betreffende Handlung gesetzlich nicht gestattet, ist die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers für die Weiterverwendung einzuholen. In dem vorliegenden Werk verwendete Marken, Unternehmensnamen, allgemein beschreibende Bezeichnungen etc. dürfen nicht frei genutzt werden. Die Rechte des jeweiligen Rechteinhabers müssen beachtet werden, und die Nutzung unterliegt den Regeln des Markenrechts, auch ohne gesonderten Hinweis.

Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/93809481>).
Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN	3-938094-81 -8 (Paperback)
eISBN	978-3-8474-1294-6 (PDF)
DOI	10.3224/93809481

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal –
www.disenjo.de

Inhalt

Brigitte Hasenjürgen und Christiane Rohleder
Geschlecht im sozialen Kontext – eine Einleitung7

Arbeitsfeld Kinder- und Jugendarbeit

Ute Gäs-Zeh und Annette Tiltmann
Von der Mädchenperspektive zur Genderperspektive in der Jugendhilfe.
Die Chancen des qualitativen Sprungs17

Katrin Grundmeier
Fußball und Gewalt.
Fanprojektarbeit mit Jungen und Mädchen.....45

Claudio Peloso
Interkulturelle Jungenarbeit69

Arbeitsfeld Gesundheit und Körper

Tanja Hoff und Michael Klein
Geschlechtsspezifische Unterschiede bei Kindern aus
suchtbelasteten Familien89

Agnes Wuckelt
Körper – Kultur – Religion – Sexualität
(Religions-) Pädagogische Perspektiven115

Martin Hörning
Von Massagesöckchen und Schamanenmedizin.
Über die genderspezifische Berichterstattung von Medizinthemen
in Frauenzeitschriften133

Profession und Geschlecht

*Angelika Schmidt-Koddenberg, Susanne da Silva Antunes Alves
und Renate Ernst*
Weibliche Führungskräfte im Berufsfeld Soziale Arbeit.
Ein Beitrag zur Machtfrage.....145

<i>Barbara Krause</i> Gemeindeanalyse und Selbsthilfe. Pionierinnen der Lebensweltorientierung caritativer Arbeit in den Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts	179
--	-----

Geschlecht im Fokus gesellschaftlicher Veränderungen

<i>Martin Heidrich und Christiane Rohleder</i> Soziale Arbeit und häusliche Gewalt. Ein Arbeitsfeld im Umbruch	201
--	-----

<i>Marianne Genenger-Stricker und Liane Schirra-Weirich</i> Allein Erziehende in Sozialhilfe	235
---	-----

<i>Brigitte Hasenjürgen und Christoph Weischer</i> „Demographischer Wandel“. Ein soziales Phänomen und seine Bearbeitung in wissenschaftlichen und sozialpolitischen Diskursen	263
---	-----

<i>Monika Többe-Schukalla</i> Gender-Perspektiven in der Entwicklungszusammenarbeit.....	289
---	-----

Autorinnen und Autoren	313
------------------------------	-----

Geschlecht im sozialen Kontext – eine Einleitung

Die Geschichte der Sozialen Arbeit ist immer eine Geschlechtergeschichte gewesen. Von Anfang an standen Fragen der Geschlechterbeziehungen und Geschlechterverhältnisse zur Debatte; sie spiegeln die historische Entwicklung und Relativität von Geschlechterkonstrukten und nehmen zugleich Einfluss auf die sich herausbildenden Sozialberufe. Es gab Phasen, in denen Geschlechterfragen im Vordergrund standen – wie in dem Diskurs zur „geistigen Mütterlichkeit“ Anfang des 20. Jahrhunderts – und Zeiten, in denen diese Fragen eher vergessen, verdrängt oder negiert wurden – wie in den fünfziger und sechziger Nachkriegsjahren. In den siebziger Jahren wurden Geschlechterfragen durch die neue Frauenbewegung wieder aufgegriffen und fanden theoretisch wie praktisch Eingang in die Soziale Arbeit.

Bis heute ist eine große Bandbreite an Analysen zum Geschlechterverhältnis und geschlechterorientierten Methoden und Ansätzen entwickelt worden (u.a. Glaser et al. 2004; Gruber/ Fröschl 2001). Doch noch immer sind Geschlechterfragen nicht selbstverständlich in den allgemeinen Diskurs über die Entwicklung und Zukunft der Sozialen Arbeit integriert und strukturell in Lehre und Forschung verankert; die Integration von geschlechterorientierten Perspektiven hängt vielmehr von einzelnen Personen ab. Nicht zuletzt macht die jüngere Diskussion um die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen an den Hochschulen deutlich, dass Fragen geschlechtsspezifischer Ungleichheit nicht zu den anerkannten Themen im Studium Soziale Arbeit und Sozialpädagogik gehören; um den Stellenwert wird neu verhandelt (Ehlert/ Hasenjürgen 2005).

Diese Auseinandersetzungen um die Soziale Arbeit, ihre Entwicklung als Profession, ihre historischen, kulturspezifischen und geschlechterorientierten Paradigmen und Konstruktionen, haben sich in bestimmten gesellschaftlichen Kontexten entwickelt und spiegeln so die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und die Mikrogefüge der Macht.

Auch der Forschungsschwerpunkt „Gender und Transkulturalität“ der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen (KFH NW) ist das Ergebnis eines solchen Auseinandersetzungsprozesses innerhalb der Hochschule. Gleichzeitig sind diese hochschulinternen Prozesse im Kontext allgemeiner gesellschaftlicher Erwartungen in Zeiten des Gender Mainstreamings und des zunehmenden Wettbewerbs unter Hochschulstandorten zu verorten. An dem Forschungsschwerpunkt sind WissenschaftlerInnen mehrerer Disziplinen an den vier Abteilungen der Hochschule (Aachen, Köln, Münster und Paderborn) beteiligt. Aus diesem Forschungskontext stammen auch die Beiträge, die mit diesem Band vorgelegt werden. Aus recht unterschiedlicher –

auch der je eigenen Fachkultur verpflichteten – Perspektive thematisieren sie spezifische Genderfragen, die für die Soziale Arbeit interessant sind.

Der international gebräuchliche Begriff für Geschlecht – Gender – steht hier für das historisch gewachsene Geschlechterverhältnis als Ergebnis eines kulturspezifischen Vergesellschaftungsprozesses und zugleich der meist unbewussten Handlungen der Akteure, des Eigensinns der Subjekte, wie Elisabeth Tuider formuliert (2004, 123). Dieses Geschlechterverhältnis ist in der gesellschaftlichen Ordnung verankert und stützt sie zugleich. Deshalb erweist es sich als relativ stabil und lässt sich nicht so leicht verändern, wie viele es sich wünschen und erträumen. Gerade sozialpädagogische Programmatiken und Konzeptionen lassen manchmal vermuten, dass Veränderung ein reiner Willensakt ist; auch die Beiträge sind nicht immer frei von einer Art Berufsoptimismus.

(Selbst-) Kritisch möchten wir auf eine weitere mögliche, wenn auch nicht intendierte Lesart der Beiträge aufmerksam machen. In dem Bemühen geschlechterdifferenzierte Macht- und Herrschaftsverhältnisse und Lebenspraxen von Individuen und Gruppen empirisch und analytisch in den Blick zu nehmen, nutzen Forschungen die Kategorien männlich und weiblich, indem sie diese „von außen“ an die jeweiligen Untersuchungsgegenstände herangetragen. Diese quasi selbstverständliche Benennung sozialer Wirklichkeiten nach Geschlecht – in Form von (nur) zwei sozialen Merkmalen – verführt jedoch zur Polarisierung und damit zum Mitkonstruieren von Unterschieden, wo eher Veruneindeutigung und Vervielfältigung – im Sinne von Dekonstruktion – weiterführen könnten (Tuider 2004).

Der Sammelband deckt das breite Spektrum der Forschungstätigkeiten an der Katholischen Fachhochschule NW ab. Es finden sich Beiträge zu den zwei klassischen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit „Kinder- und Jugendarbeit“ und „Gesundheit und Körper“, zur Professionsentwicklung der Sozialen Arbeit sowie zu aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen und ihren Herausforderungen für Sozialpolitik und Soziale Arbeit. Die Beiträge werfen teils mehr Fragen auf, als dass sie Antworten geben können und machen damit ihren Status als *work in progress* deutlich.

Die ersten drei Beiträge zum Arbeitsfeld *Kinder- und Jugendarbeit* stellen die Akteure, die Kinder und Jugendlichen, in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Sie versuchen, durch einen kontextabhängigen und prozesshaften Perspektivenwechsel gängige soziale Konstruktionen von den problematischen Jugendlichen, Jungen wie Mädchen, zu hinterfragen und zu verschieben.

Mit dem 6. Jugendbericht des damaligen Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit aus dem Jahr 1984, der eine erste umfassende Analyse der Lebenslagen von Mädchen darstellt und die Ungleichheit der Zugangschancen zu den Angeboten der Jugendhilfe offenbarte, wurde eine

breite Fachdiskussion über die Bedeutung geschlechtsspezifischer Unterschiede im Kindes- und Jugendalter angestoßen. Sie fand einen entscheidenden Niederschlag im 1991 in Kraft getretenen Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Hier wurde gesetzlich für den Bereich der Jugendhilfe festgeschrieben, dass im Rahmen der Jugendhilfeplanung Maßnahmen auf die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen abgestimmt sein müssen und die Gleichberechtigung der Geschlechter durch Abbau von bestehenden Benachteiligungen zu fördern ist. Die daran anschließenden Strategien zeichneten sich durch eine erhöhte Aufmerksamkeit für die Förderung von Mädchen aus, galten die Angebote der Jugendhilfe doch per se als jugenorientiert und jugenddominiert. Dies hatte zur Folge, dass zwar eine Vielzahl von mehr oder weniger nachhaltig gesicherten Projekten im Bereich der Mädchenarbeit entstanden ist, aber nur eine sehr übersichtliche Zahl im Bereich der Jungenarbeit. Trotz gesetzlicher Vorgaben ist bislang die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive im Hinblick auf Mädchen und Jungen in den Regelangeboten der Jugendhilfe noch nicht systematisch verankert. Dies hat z.B. auch zur Konsequenz, dass Jungen wenn, dann bislang nur in der Defizitperspektive, vorrangig bei den Themen Gewalt und „falsches“ Mannsein für zielgruppenspezifische Angebote in den Blick genommen werden, während eine theoretische wie praktische Analyse und Berücksichtigung der Ambivalenzen und Potentiale ihrer Lebenslagen noch ausstehen (Winter 2004).

Der Aufsatz von *Ute Gäs-Zeh* und *Annette Tiltmann* zeichnet die bisherige theoretische und praktische Entwicklung gendersensibler Arbeitsansätze im sozialen Kontext der Jugendhilfe vor dem Hintergrund der Fortwicklung der Genderdebatte nach. Er beschäftigt sich mit der Frage, ob durch die neue politische Strategie des Gender Mainstreamings die oben benannten Vereinseitigungen in der Jugendhilfeplanung überwunden werden können. Am Beispiel von zwei kommunalen Lehrforschungsprojekten im Rahmen der Jugendhilfeplanung in Aachen arbeiten die Autorinnen heraus, dass bereits durch die Anwendung relativ einfacher geschlechtersensibler Methoden der Datenerhebung und -analyse differenzierte Handlungsbedarfe im Hinblick auf Mädchen und Jungen zu Tage treten. Die konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming, allerdings bei weiterer Differenzierung nach sozialen und kulturellen Merkmalen, kann somit Hinweise für eine geschlechtergerechte, damit aber auch differenziertere und bedarfsgerechtere Jugendhilfelandchaft geben. Die Kooperation von Fachhochschulen und Kommunen stellt dabei eine Win-Win-Situation dar, durch die einerseits Gendersensibilität in der Hochschulausbildung verankert werden kann und andererseits Kommunen kostengünstigere Lösungen für ihren Bedarf an Planungsdaten erhalten.

Katrin Grundmeier schreibt über den Mikrokosmos Fußball – eine noch weitgehend männliche Welt. In den letzten Jahren wird Fußball in den Me-

dien, in der Öffentlichkeit und teils auch in sozialpädagogischen Diskussionen als soziales Problem thematisiert: Jugendliche Fußballfans nutzen Gewalt als Ressource und werden damit zu einem gesellschaftlichen Risiko für Sicherheit und Ordnung. Die Folgen sind Stadionumbauten und repressive politische Maßnahmen, die solidarische, ritualisierte und selbstorganisierte Momente der Jugendkultur von Fußballfans zu zerstören drohen. Kritische Fanprojektarbeit begreift hingegen Jungen und Mädchen als AkteurInnen mit Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Selbstregulierung und Partizipation und sucht durch politische Arbeit die strukturellen Rahmenbedingungen für eine selbstbestimmte und Frauen nicht diskriminierende Jugendkultur von männlichen wie weiblichen Fans zu verbessern.

Das Einwanderungsland Deutschland braucht eine offene, geschlechtsbewusste, akzeptierende und zugleich interkulturelle Jugendarbeit, so *Claudio Peloso*. Er konzentriert sich auf Ziele und Ansätze in der Jungenarbeit in Verknüpfung mit jüngeren Überlegungen zu inter- bzw. transkultureller Sozialer Arbeit. Dabei sucht der Autor Benennungen und Klassifizierungen von Jungen mit oder ohne Migrationshintergrund als vermeintlich homogene und häufig als die gesellschaftliche Ordnung störende Gruppen zu vermeiden; das schließt auch eine auf die Vermeidung von Gewalt reduzierte Jungenarbeit aus. Vielmehr fordert er eine Politisierung der Pädagogik, um nicht durch die soziale Konstruktion von Unterschieden nach Nation oder Sprache einer subtilen Ethnisierung und Kulturalisierung Vorschub zu leisten.

Der zweite Schwerpunkt des Sammelbandes beschäftigt sich mit dem Arbeitsfeld *Körper und Gesundheit*. Diese Themen sind seit Beginn der feministischen Geschlechterforschung zentrale Anknüpfungspunkte für die Analyse und Kritik bestehender Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern, denn im Rahmen des „kulturellen Systems der Zweigeschlechtlichkeit“ (Hagemann-White) ist die soziale Präsentation von Weiblichkeit und Männlichkeit eng an den Körper gebunden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Gesamtheit der Praktiken der sozialen Konstruktion sowie die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Regeln im Umgang mit dem Körper, die so genannten „somatischen Kulturen“ (Boltanski 1976). Körper und Gesundheit erweisen sich dabei als durch und durch sozial bestimmte Aspekte des menschlichen Lebens. Die in den Körper eingeschriebene soziale Praxis ist dabei einerseits Ergebnis unterschiedlicher Lebenslagen von Männern und Frauen, andererseits aber auch Ergebnis aktiver Handlungen, um durch geschlechtskonforme Selbstpräsentation als Mann oder Frau sozial anerkannt zu werden. Körpermanipulative Praktiken, aber auch die Unterschiede in der somatischen und psychischen Gesundheit zwischen den Geschlechtern sind ohne ihre geschlechtsidentitätsstiftenden Aspekte nur unzureichend begriffen.

Tanja Hoff und *Michael Klein* vermitteln einen Überblick vor allem psychologischer und medizinischer Forschungsergebnisse zu Mädchen und

Jungen aus suchtbelasteten Familien. Diese Kinder und Jugendlichen tragen ein höheres Risiko, selbst süchtig oder psychisch krank zu werden. Die Autoren machen darauf aufmerksam, dass Kinder alkohol- oder drogenabhängiger Mütter und Väter – wie ihre Eltern selbst – trotz erhöhter Gesundheitsgefährdung nur unzureichend über mögliche Hilfeangebote erreicht werden.

Vor dem Hintergrund (religions-) pädagogischer Arbeit mit Jugendlichen beschäftigt sich *Agnes Wuckelt* mit der sozialen Konstruktion und dem Wandel von geschlechtsspezifischen Körperbildern und Körnernormen sowie dem Einfluss der Religion in christlich abendländisch geprägten Kulturen auf die Praktiken der Körpermanipulation, des „body-stylings“, in modernen Gesellschaften. Gerade in der Pubertät gewinnt die Auseinandersetzung mit dem Körper bei der Entwicklung eines Geschlechtskonzeptes an zentraler Bedeutung. Der Körper wird zum Ansatzpunkt von vielfältigen Strategien zur Darstellung von Geschlecht (Kolip 1997) und Individualität. Jugendliche Mädchen, und zunehmend auch Jungen, sehen sich in diesem Prozess zugleich mit normativen Zwängen wie zunehmenden Flexibilisierungen im Hinblick auf die körperliche Inszenierung von Geschlecht konfrontiert. Zur Bewältigung dieser z.T. widersprüchlichen Botschaften können im Rahmen pädagogischer Angebote Möglichkeiten der kritischen Reflexion und Auseinandersetzung geschaffen werden. Die historische Analyse der Entwicklung des Körperbildes in der christlichen Religion ermöglicht dabei eine Relativierung vorschneller Annahmen, der heutige Umgang mit Körper und Körperlichkeit sei ein „befreiter“, leibfreundlicher. Vielmehr verbergen sich hinter modernen Diät- und Fitnesszwängen weiterhin körperverachtende und körperfeindliche Haltungen, in denen ebenso wie in körperfeindlichen religiösen Praktiken der „unvollkommene“ (Frauen-) Körper zum Objekt der Scham und Schuld wird.

Martin Hörning nimmt schließlich das Thema Gesundheit im sozialen Kontext von so genannten Frauenzeitschriften in den Blick. Vorliegende Gesundheitsberichte (z.B. BMFSFJ 2001; MFJFG NRW 2000; Senator/in für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales 2001) zeigen, dass Frauen wesentlich stärker an gesundheitlichen Themen interessiert sind als Männer. Eine ihrer möglichen Informationsquellen für gesundheitsrelevante Informationen sind Frauenzeitschriften. Auf der Basis einer Inhaltsanalyse geht der Autor in seinem Beitrag der Frage nach, inwiefern diese Zeitschriften auf die spezifischen Gesundheitsprobleme von Frauen eingehen. Dabei zeigt sich, dass Frauenzeitschriften zwar über eine breite Medizinberichterstattung verfügen, diese jedoch nicht an den Gesundheitsfragen und -risiken von Frauen orientiert ist. Angehörige sozialer Berufe im Arbeitsfeld Gesundheit müssen vor diesem Hintergrund davon ausgehen, dass der Informationsstand ihrer KlientInnen häufig unspezifisch und unzureichend ist.

Der dritte Schwerpunkt thematisiert *Soziale Arbeit als Profession*. Soziale Arbeit ist heute nicht mehr ungebrochenes Symbol für die Vergeschlechtlichung von Arbeit, vielmehr wirken geschlechterdifferenzierte Zuschreibungen – von z.B. ehrenamtlicher und klientenaher Arbeit an Frauen und Vollzeittätigkeit in Leitungsfunktion an Männer – in diesem modernen, rationalisierten und ökonomisch organisierten sozialen Dienstleistungsberuf eher dysfunktional. Die Professionalisierung der Sozialen Arbeit – ihre zunehmende Verberuflichung, Verfachlichung und Verwissenschaftlichung – ist auch mit veränderten symbolischen Geschlechterarrangements einhergegangen und hat dieses Berufsfeld für qualifizierte Frauen wie Männer attraktiver gemacht (Hasenjürgen 2002).

Doch haben Forschungen zum Zusammenhang von Organisation und Geschlecht empirische Ungleichzeitigkeiten festgestellt, die auch für die Soziale Arbeit als einen nach wie vor frauendominierten Arbeitsbereich gelten können: Danach verlieren Geschlechterdifferenzen einerseits an Relevanz und werden andererseits kontextabhängig wieder neu aktualisiert (Heintz et al. 1997). Die Frage nach der sozialen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern im sozialen Feld von Arbeit und Organisation ist also weiterhin virulent. Allerdings wird in neueren Arbeiten herausgestellt, dass berufs- und organisationsübergreifende Aussagen nicht mehr möglich sind: So lassen sich Bereiche von Organisationen ohne systematische Geschlechterdifferenzen beobachten, es werden in anderen Bereichen Geschlechterdifferenzen situativ und kontextabhängig relevant gemacht, und es gibt Anzeichen dafür, dass bestimmte Formen der Grenzziehungen und Hierarchisierungen zwischen den Geschlechtern fortbestehen, z.B. bei der Regulierung von Arbeitszeiten und Weiterbildungsanforderungen zum Nachteil besonders von Frauen mit Kindern. Die Analyse solcher Prozesse als strukturierte Praxis und soziale Konstruktion von Organisation und Geschlecht ist weiterhin ein spannendes Forschungsfeld (Wilz 2004, 447f).

Angelika Schmidt-Koddenberg, Susanne da Silva Antunes und Renate Ernst widmen sich der zentralen geschlechterpolitischen Schiefelage im Feld der Sozialen Arbeit – der Tatsache, dass Frauen zwar die Mehrheit der Beschäftigten in der Sozialen Arbeit stellen, aber in den Leitungsfunktionen sozialer Organisationen weiterhin ein überdurchschnittlich hoher Anteil Männer zu finden ist. Im sozialen Kontext „Organisation“ wird Geschlecht selten offen thematisiert, zugleich tragen Organisationsstrukturen jedoch entscheidend zu unterschiedlichen Berufschancen und -möglichkeiten für die Geschlechter bei; diese Prozesse finden jedoch in der Regel im Verborgenen statt. Die Ergebnisse zweier Forschungsarbeiten zu diesem Thema zeigen z.B., dass die wenigsten Wohlfahrts- und Berufsverbände zum derzeitigen Zeitpunkt bereit oder in der Lage sind, Daten zu der Geschlechterverteilung in den Leitungspositionen ihrer Organisation zu publizieren. Diese Intransparenz der Schieflagen in den Beschäftigungsverhältnissen mindert zugleich

den Handlungsdruck in den Organisationen, Maßnahmen zur Beseitigung der geschlechterungerechten Verteilung von Aufstiegsmöglichkeiten zu entwickeln. Darüber hinaus wird die Unterrepräsentanz von Frauen in Leitungspositionen auch als Ergebnis ihrer defensiven Haltung zu Macht interpretiert. Die gezielte Entwicklung und Pflege geeigneter Instrumente des Karrierecoachings für Frauen gilt als ein möglicher Schritt, um Frauen auf dem Weg in einflussreiche Positionen zu unterstützen.

Barbara Krause hat sich auf „Spurensuche“ nach frühen Spielarten von Gemeinwesenarbeit im Deutschland der 30er Jahre gemacht: die Dorfc Caritas. Diese ländliche Caritasarbeit reagierte zum einen auf Armut und andere Notlagen der Bevölkerung, zum anderen knüpfte sie an selbstorganisierten Strukturen in den Dörfern an und suchte sie durch Netzwerkarbeit und Fortbildung in religiösen und alltäglichen Fragen zu fördern. Diese frühe Gemeinwesenarbeit wurde von studierten Frauen geleistet – allerdings unter männlicher Leitung der Vordenker und Entscheidungsträger in den Städten. Die Autorin würdigt das Anliegen der Dorfc Caritasarbeit, trotz nationalsozialistischer Ein- und Übergriffe im kirchlichen Binnenraum menschliche Kommunikations- und Arbeitsformen zu schaffen. Ob die Caritas nicht jedoch deswegen Freiräume hatte, weil sie sich in Handeln, Schrift und Sprache an die Vorgaben des Regimes angepasst hat, soll hier nur als kritische Frage aufgeworfen werden.

Die letzten vier Beiträge handeln von *Geschlecht im Fokus gesellschaftlicher Veränderungen* in Deutschland und – in Ansätzen – international. In der Diskussion aktueller Themen, z.B. zu sozialen Fragen oder zum demographischen Wandel, sind geschlechterdifferenzierte Aspekte unterschiedlich bedeutsam. Während das Thema häusliche Gewalt immer einen zentralen, polarisierenden Kristallisationspunkt frauenpolitischer Forderungen dargestellt hat, wird in demographischen Analysen oder in der Diskussion um soziale Sicherung die Geschlechterfrage bislang noch eher randständig behandelt. Tatsächlich sind Geschlechterfragen in allen Feldern der Sozialen Arbeit auf komplizierte Weise in den existierenden Machtverhältnissen und Deutungen sozialer Wirklichkeit sozial verortet. Geschlechterdifferenzierte Perspektiven können jedoch immer nur situations- und kontextbezogen und in jeweils spezifischer Verknüpfung mit weiteren Fragen sozialer Ungleichheit angemessen analysiert und beschrieben werden. Sie sind angesichts des kontinuierlichen sozialen Wandels zudem immer wieder zu reaktualisieren, da gesellschaftliche Veränderungen auch die jeweilige Struktur der Geschlechterverhältnisse nicht unberührt lassen.

Häusliche Gewalt stellt eines der Arbeitsfelder dar, in dem von Anfang an die Genderthematik explizit bei der Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen wie nach angemessenen Angeboten Sozialer Arbeit eine hervorgehobene Rolle gespielt hat. Die bedeutsamen Veränderungen, die dieser Ar-

beitsbereich aufgrund einer stärkeren gesellschaftlichen Ächtung von häuslicher Gewalt derzeit vollzieht, nehmen *Martin Heidrich* und *Christiane Rohleder* kritisch unter die Lupe. In den neuen pro-aktiven Interventions- und Beratungsansätzen bei häuslicher Gewalt wie der Diskussion um angemessene Konzepte in der Täterarbeit spielen Fragen von Freiwilligkeit und Zwang, Selbstbestimmung und Fürsorge eine prominente Rolle, die auch vor dem Hintergrund von latenten sozialen Weiblichkeits- und Männlichkeitskonstrukten sowie der Auseinandersetzung um knapper werdende gesellschaftliche Ressourcen für Soziale Arbeit verstanden werden müssen.

Im Zuge der Pluralisierung der Formen der Familie zeichnet sich eine Zunahme der Ein-Eltern-Familien und eine Verweiblichung der Haushaltsvorstände in dieser Familienform ab. Die Forschung zu Ein-Eltern-Familien hat dabei in den letzten Jahren mit dem Vorurteil aufgeräumt, es handele sich hierbei um eine homogene Personengruppe. Sowohl im Hinblick auf die Entstehungsbedingungen wie die Dauer, aber auch in Bezug auf Erziehungskonstellationen, materielle Absicherung und soziale Einbindung gibt es enorme Differenzen in der Gruppe der allein Erziehenden (Schneider et al. 2001). *Marianne Genenger-Stricker* und *Liane Schirra-Weirich* fügen diesen Heterogenitäten eine weitere hinzu – auf der Basis einer qualitativen Befragung von allein Erziehenden im Sozialhilfebezug arbeiten sie heraus, dass sich auch in dieser Gruppe systematische Unterschiede in den lebensbiographischen Voraussetzungen, den schulischen und beruflichen Qualifikationen, der aktuellen Lebenssituation sowie den Zukunftsorientierungen zeigen. Die Autorinnen entwerfen eine Typologie allein Erziehender im Sozialhilfebezug, die die Möglichkeit eröffnet, vor dem Hintergrund zu beobachtender Unterschiede in den Lebenslagen passgenauere Unterstützungsangebote zum Aufbau einer eigenständigen, von Sozialhilfe unabhängigen, sozialen Sicherung zu entwickeln. Für den sozialen Kontext „Stadtteil“ stellen die Autorinnen ein Handlungsmodell zur Reintegration von allein Erziehenden in die Erwerbsarbeit vor, das neben strukturellen Verbesserungen Angebote der individuellen Unterstützung und Information umfasst.

Brigitte Hasenjürgen und *Christoph Weischer* suchen das derzeit viel diskutierte gesellschaftliche Phänomen des „demographischen Wandels“ als eine rhetorische Figur zu entzaubern. Sie plädieren dafür, dieses Thema aus dem engen gedanklichen Horizont der demographischen Logik zu befreien und in die laufenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen „zurück zu holen“: Fragen gleichberechtigter Geschlechterbeziehungen und gerechter Geschlechterverhältnisse, der Integration von ZuwanderInnen oder der Pflegesituation sowie entsprechende Handlungsmöglichkeiten in Sozialpolitik und Sozialer Arbeit werden schon länger diskutiert und ändern sich nicht grundlegend durch eine andere Bevölkerungsstruktur.

Der letzte Beitrag von *Monika Többe-Schukalla* öffnet ein Fenster zur Weltgesellschaft: Er skizziert die Entwicklungslinien der Diskussion über

Geschlechterverhältnisse und geschlechtsspezifische Wahrnehmungs- und Handlungsmuster in der Entwicklungszusammenarbeit. Dabei werden unterschiedliche, teils gegensätzliche politische Strategien, Begrifflichkeiten und Konzepte ausgeleuchtet, wie universale versus kulturspezifische Analysekat­egorien, Modernität versus Traditionalität etc. Die Autorin macht deutlich, wie wichtig es ist, Geschlecht immer kontextgebunden zu untersuchen – vor dem Hintergrund ökonomischer, sozialer, kultureller, regionaler Bedingungen und Leitbilder. Das braucht qualifizierte MitarbeiterInnen in entwicklungspolitischen Organisationen, die dem „Gender-Universum“ unter verschiedenen gesellschaftlichen Lebensbedingungen gerecht werden und klas­sifizierende, hierarchische und normalisierende Handlungsstrategien vermeiden.

Literatur

- Boltanski, Luc (1976): Die soziale Verwendung des Körpers, in: Kamper, Dietmar/ Ritter, Volker (Hg.): Zur Geschichte des Körpers, München, Wien, 138-177
- BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2001): Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen, Bonn
- Ehler, Gudrun/ Hasenjürgen, Brigitte (2005): Gender im Bolognaprozess. Zur Diskussion über die Reformierung des Studiums der Sozialen Arbeit, in: neue praxis, Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, 35. Jg., H. 5, im Erscheinen
- Glaser, Edith/ Klika, Dorle/ Prengel, Annedore (Hg.) (2005): Handbuch Gender und Erziehungswissenschaft, Bad Heilbrunn
- Gruber, Christine/ Fröschl, Elfriede (Hg.) (2001): Gender-Aspekte in der Sozialen Arbeit, Wien
- Hasenjürgen, Brigitte (2002): Profession und Geschlecht – Entwicklungslinien eines Diskurses in der sozialen Arbeit, in: Jahrbuch der Kath. Fachhochschule Nordrhein-Westfalen 2002, Münster, Hamburg, London, 128-149
- Heintz, Bettina/ Nadai, Eva/ Fischer, Regula/ Ummel, Hannes (1997): Ungleich unter Gleichen. Studien zur geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes, Frankfurt a.M.
- Kolip, Petra (1997): Geschlecht und Gesundheit im Jugendalter. Die Konstruktion von Geschlechtlichkeit über somatische Kulturen, Opladen
- MFJFG NRW Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (2000): Gesundheit von Frauen und Männern in Nordrhein-Westfalen, Landesgesundheitsbericht 2000, Bielefeld
- Schneider, Norbert F./ Krüger, Dorothea/ Lasch, Vera/ Limmer, Ruth/ Matthias-Bleck, Heike (2001): Alleinerziehen – Vielfalt und Dynamik einer Lebensform, Stuttgart, Berlin, Köln
- Senator/in für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (2001): Frauengesundheitsbericht Bremen 2001, Bremen

- Tuider, Elisabeth (2004): Es ist eine Prinzessin! Sozialisationstheorie zwischen Habitus und Dekonstruktion, in: Timmermanns, Stefan/ Tuider, Elisabeth/ Sielert, Uwe (Hg.): Sexualpädagogik weiter denken. Postmoderne Entgrenzungen und pädagogische Orientierungsversuche, Weinheim, München, 113-134
- Wilz, Sylvia M. (2004): Organisation: Die Debatte um „Gendered Organizations“, in: Becker, Ruth/ Kortendieck, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden, 443-449
- Winter, Reinhard (2004): Jungen: Reduzierte Problemperspektive und unterschlagene Potenziale, in: Becker, Ruth/ Kortendieck, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden, 353-357

Von der Mädchenperspektive zur Genderperspektive in der Jugendhilfe. Die Chancen des qualitativen Sprungs

Bis in die 1970er Jahre hinein bestand ein weitgehender Konsens darüber, dass die Geschlechtszugehörigkeit rein biologisch begründet ist. Das biologische Geschlecht wurde mit bestimmten Symbolen und Eigenschaften verbunden, aus denen eine dualistische Aufgaben- und Rollenverteilung bei Männern und Frauen abgeleitet wurde. In nahezu allen Gesellschaftssystemen entwickelten sich so zweigeschlechtlich differenzierte und hierarchisch strukturierte Geschlechterordnungen (Hagemann/ White 1984).

1 Entwicklungen in der Gender-Diskussion

Im Zuge der autonomen Frauenbewegung wurden diese patriarchalischen Strukturen und die damit verbundenen Rollenzuweisungen und Abhängigkeiten grundsätzlich in Frage gestellt. Die gesellschaftskritischen Diskussionen zogen in den letzten Jahrzehnten neben erheblichen Kontroversen zahlreiche Veränderungen im politischen Leben, in der Arbeitswelt, in den gesellschaftlichen Beziehungen allgemein und in den Geschlechterverhältnissen im Speziellen nach sich. Veränderte Sichtweisen und Ideologien eröffneten Freiräume zur individuellen Lebensgestaltung und wirkten sich ökonomisch und sozial auf die Organisation von Familie und Arbeitswelt aus. Jedoch blieben die vorherrschende strukturelle Geschlechterhierarchie und normative männliche Dominanz weitgehend bestehen. Die Vormachtstellung der Männer zog sich ebenso durch die gesamte Wissenschaft und wurde zum Gegenstand der modernen Frauenforschung. Neben den durch Ungleichheit, Macht und Hierarchie gekennzeichneten Beziehungen zwischen den Geschlechtern erforschten Wissenschaftlerinnen auch die Bereiche der weiblichen Sozialisation, Adoleszenz, Sexualität und Gesundheit.

Die durch die feministische Kritik und Theoriebildung ausgelöste Genderdiskussion geht von einer sozialen Konstruktion der Geschlechter aus: Während das biologische Geschlecht (sex) angeboren ist, wird die soziale Dimension des Geschlechts (gender) erworben und sowohl durch die strukturelle Prägung als auch durch die alltäglichen Handlungen rekonstruiert (doing gender) und somit aufrechterhalten. Wenn die Kategorie Geschlecht jedoch nicht mehr eindimensional biologisch definiert wird, sondern psycho-

logische, soziale und kulturelle Einflussfaktoren und Prozesse möglicherweise eine noch größere Rolle spielen, dann werden Menschen bis in die innersten Wurzeln ihres Selbstverständnisses zu Frauen und Männern gemacht. Die geschlechtsspezifische Prägung erfolgt im Rahmen einer gesellschaftlichen und symbolischen Ordnung, die ihrerseits bis in all ihre Verästelungen geschlechtlich differenziert ist und sich auf diese Weise permanent reproduziert bzw. sozial konstruiert wird. Mithin sind die Begrenzungen und Ausformungen der Geschlechterrolle – mit Ausnahme der Zeugungs- und Gebärfunktion – kulturell produziert. Auf diesem Hintergrund erscheint ein Großteil der geschlechtsspezifischen Genderfixierungen als Vereinseitigung, die sich einschränkend auf die Entfaltung individueller Potenziale sowohl bei Jungen als auch bei Mädchen auswirkt.

Die feministische Debatte wurde besonders in erziehungs- und sozialwissenschaftlich geprägten Bereichen und Arbeitsfeldern fortgesetzt und hatte eine Vielzahl schriftlich formulierter Konzepte, Absichtserklärungen und Gesetzestexte zur Integration bzw. zum Abbau der Geschlechterdifferenz zur Folge. Dies fand u.a. Ausdruck in zahlreichen Modellprojekten, insbesondere im Bereich der Frauen- und Mädchenarbeit mit entsprechender Begleitforschung, sowie in der Einrichtung von Stellen für Frauenbeauftragte. Deren Auftrag wurde im Zuge des Gender Mainstreaming-Prozesses erweitert und in Stellen für Gleichstellungsbeauftragte umdefiniert.

Im Zuge der feministischen Theoriebildung entwickelten sich unterschiedliche Ansätze, auf die in der Fachdiskussion und bei der Konzeption von Projekten zurückgegriffen wird. In den 1970er und 1980er Jahren trugen differenztheoretische Ansätze dazu bei, die grundlegende Geschlechterdifferenz zwischen Männern und Frauen und die damit einhergehenden strukturellen Benachteiligungen des weiblichen Geschlechts herauszustellen und zu thematisieren. Dabei wurden aus heutiger Sicht jedoch die Differenzen innerhalb der Gruppe der Frauen oder Männer zu wenig in den Blick genommen und berücksichtigt. Zudem wurde die fehlende Gleichberechtigung teilweise aus einer verengenden defizitären Perspektive betrachtet. Mit der fortschreitenden Emanzipationsbewegung entwickelten sich unterschiedliche Strömungen und Sichtweisen. Heute bedient sich die Geschlechterforschung vermehrt konstruktivistischer Ansätze, die von einer sozialen Konstruktion der Geschlechter ausgehen. Im Zentrum der Reflexion steht nicht die Frage nach der Geschlechterdifferenz, sondern die Beobachtung der Prozesse, die diese Differenz konstruieren und, anhand alternativer Modelle, wieder dekonstruieren (Butler 2002; Lorber 2003).

Die Fachdiskussion wird bis zum heutigen Tage weitgehend von Frauen geführt und sie wird ihnen größtenteils auch überlassen und als ihre Angelegenheit betrachtet. Um sich Gehör zu verschaffen und zur Umsetzung ihrer Forderungen haben Frauen sich nicht nur lokal organisiert, sondern etablierten Frauenpolitik weltweit in länderübergreifenden Bündnissen und Netz-

werken, u.a. im Rahmen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. Der Begriff des Gender Mainstreaming hat einen unmittelbaren Bezug zur 3. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen, die 1985 in Nairobi stattfand. Hier wurde Gender Mainstreaming als politische Zielsetzung formuliert und bezeichnet eine neue Strategie zur Herstellung der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern.

Mit der einsetzenden feministischen Kritik am männlichen Dominanzverhalten wurden traditionelle Werte der Männlichkeit in Frage gestellt. Anfang der 1990er Jahre verdeutlichten Untersuchungen zur männlichen Sozialisation den Druck, der bei Jungen entsteht, indem einerseits die Erfüllung männlicher Rollenklischees in der Öffentlichkeit immer noch von ihnen erwartet wird und deren Infragestellung andererseits, vorrangig im privaten Bereich, postuliert wird (Schnack/ Neutzling 1990). Doch die Definition einer „neuen“ Männlichkeit scheint durch die relativ geringe Präsenz männlicher Vorbilder in der familiären und öffentlichen Erziehungsarbeit oftmals schwierig. Der Mangel an männlichen Vorbildern führt zur Idealisierung vermeintlich männlicher Eigenschaften und Tugenden, die an traditioneller Machterhaltung orientiert sind. Anerkannte Modelle für eine neue gleichberechtigte Männlichkeit sind in der öffentlichen Wahrnehmung noch zu wenig sichtbar (Badinter 1997).

Der Weg zu einer männlichen Identität, die den veränderten Bedingungen Rechnung trägt, scheint gegenwärtig komplizierter und langwieriger als der zur weiblichen. Die Thematisierung männlich dominanten Rollenverhaltens wie auch eine Auseinandersetzung mit Männlichkeit stößt in großen Teilen der nicht nur männlichen Öffentlichkeit nach wie vor auf erhebliche Abwehr und hat keinesfalls den gleichen Selbstverständlichkeitsgrad erreicht, wie die Thematisierung mädchen- und frauenspezifischer Fragestellungen (Sturzenhecker/ Winter 2002). Die Auseinandersetzung mit Geschlechterfragen impliziert jedoch die Notwendigkeit, dass Männer die Geschlechterhierarchie und eigene Benachteiligungen im bestehenden Geschlechterverhältnis stärker in den Blick nehmen und ein Interesse an der Veränderung der herrschenden männlichen Normalität entwickeln. Eine einseitige Lösung ist im Rahmen der bestehenden Geschlechterordnung nicht möglich (Beck/ Beck-Gernsheim 1990). Doch der hier geforderte

„Bewußtwerdungsprozess fällt beiden Geschlechtern nach wie vor schwer, was nicht zuletzt damit zusammenhängt, daß dieser Prozess mit einer Hinterfragung existentieller persönlicher Selbstbilder und Identitäten verbunden ist. Sie zwingt die Individuen, Frauen wie Männer, in einen Prozess der Auseinandersetzung mit sich, der sich weiterentwickelt zu einem Erkenntnisprozess über das Verhältnis der Geschlechter im gesellschaftlichen Zusammenhang und letztlich zur Frage von Kompetenz und Machtverteilung im privaten wie im gesellschaftlichen Umfeld.“ (Glücks/ Ottemeier-Glücks 1994, 20f)

Dabei bieten die angestrebten Ziele der strukturellen Veränderung nicht nur Vorteile für Frauen, wie fälschlicherweise oft unterstellt wird, sondern auch

Männer können von flexiblen und alternativen Modellen der Familien- und Erwerbsarbeit durchaus profitieren. Deren Bereitschaft und Möglichkeiten, sich mehr an der Familienarbeit zu beteiligen, setzt u.a. den Kooperations- und Flexibilisierungswillen der Arbeitgeber voraus, die hinsichtlich der Arbeitszeitmodelle und der gleichwertigen Bezahlung von Männern und Frauen noch zu wenig tun.

Darüber hinaus ist die Geschlechterfrage nicht nur eine Sache „der Frauen“ oder „der Männer“. Wird das Thema zur Sache „aller Frauen“ erhoben, so suggeriert dies ein einheitliches Bewusstsein aller Frauen, das die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Standorte von Frauen unberücksichtigt lässt. Keine Frau ist nur Frau, sondern zusätzlich arm oder reich, schwarz oder weiß, jung oder alt, heterosexuell oder homosexuell, behindert oder nicht behindert, Beamtin oder Arbeiterin, Muslimin oder Christin, Soldatin oder Pazifistin, Deutsche oder Ausländerin und noch vieles andere mehr. Diese unterschiedlichen Standorte ziehen unterschiedliche Standpunkte nach sich. So drückt sich die Generationendifferenz z.B. in den kontroversen Ansichten einer bewegten 1968er Generation und ihrer inzwischen flügge werdenden Töchter und Söhne aus, die den Großteil der erreichten Freiheiten und Möglichkeiten einer selbstbestimmten Lebensgestaltung als völlig selbstverständlich, nahezu naturgegeben ansehen und für die die eigene Emanzipation nicht in Frage steht. Unterschiedliche Sichtweisen zur Geschlechterfrage zwischen der jungen und älteren Generation zeigen sich auch zunehmend innerhalb der Fachdiskussion, in der die verschiedenen theoretischen Ansätze und Konzepte einer geschlechterbezogenen Pädagogik miteinander konkurrieren. KritikerInnen des Gender Mainstreaming vertreten z.B. die Meinung, geschlechtsbezogene Pädagogik sei überflüssig geworden. Da sich Mädchen und Jungen frei und unabhängig von geschlechtsspezifischen Rollenbildern entfalten könnten, hätten tradierte Rollenbilder längst keine Bedeutung mehr. Vielmehr würden durch die Thematisierung der Geschlechterdifferenz die überholten Frauen- und Männerrollen festgeschrieben und damit letztlich starre Identitäten konstruiert, die in der Pluralität der Lebensentwürfe längst aufgegangen seien. Demgegenüber wird von feministischer Seite konstatiert, dass bei aller Pluralisierung von Lebensentwürfen die strukturelle Hierarchie der Geschlechter in Familie und Arbeitswelt sich zwar verändert habe, aber von einer wirklichen Gleichstellung noch lange keine Rede sein könne – von einer Gleichstellung, die die Differenz der Geschlechter zulässt ohne gleichzeitige Diskriminierung und Benachteiligung, wenn es z.B. um Fragen der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit geht, um die Bewertung und Honorierung von Arbeitsleistung oder um die Übernahme von Führungsaufgaben (Meyer 2002; Rauw et al. 2001).

Veränderungen sind jedoch – das ist an dieser Stelle nochmals zu betonen – nur im Dialog und im solidarischen Miteinander von Männern und Frauen möglich, d.h. in der gemeinsamen Auseinandersetzung um Ge-

schlechterrollen und Macht. Männlichkeit und Weiblichkeit werden zu relativen Begriffen, wenn beides – das Männliche und das Weibliche – als Aspekte des Menschlichen begriffen werden. Die soziale Konstruktion von Männlichkeit oder Weiblichkeit ist ohne Bezug auf das jeweils andere kaum verständlich. Insbesondere in Arbeitsfeldern mit einem Erziehungs- und Bildungsauftrag wie dem der Jugendhilfe, ist die frühzeitige Integration geschlechterbezogener Angebote und Maßnahmen besonders wichtig, weil die Geschlechterperspektive damit eine größere Selbstverständlichkeit erfährt.

2 Die Geschlechterdiskussion in der Jugendhilfe

Wie bereits eingangs erwähnt, muss die Geschlechterfrage notwendigerweise auf alle gesellschaftlichen Bereiche bezogen und in ihren jeweiligen strukturellen Kontexten berücksichtigt und bearbeitet werden. Die Forderung nach einer geschlechterdifferenzierenden Kinder- und Jugendhilfe resultiert aus der feministischen Geschlechterdiskussion. Sie führte dazu, dass die Überwindung geschlechtsspezifischer Benachteiligungen zu einer gesellschaftlichen Aufgabe erklärt und im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) gesetzlich verankert wurde. An der Integration geschlechterbezogener Fragestellungen in die Konzepte und Handlungsmodelle der Jugendhilfe arbeiteten viele engagierte Frauen und wenige Männer in den Feldern der Pädagogik und Sozialarbeit schon seit den 1980er Jahren. Sie erreichten, dass im Rahmen des Bundesjugendplans erste Modellprojekte zur geschlechterbezogenen Arbeit mit Jungen und Mädchen finanziert wurden. Der 1984 veröffentlichte Sechste Jugendbericht fand in Fachkreisen große Resonanz und forcierte die Integration der Geschlechterfrage in die Aufgaben der Jugendhilfe. Mit Inkrafttreten des KJHGs 1991 wurde diese Aufgabe ausdrücklich benannt. Nach § 9, Abs. 3 KJHG soll die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen gewährleistet und der Abbau von Benachteiligungen gefördert werden (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2000, nachf. BMFSFJ, 43). Die Integration der Geschlechterdifferenzierung wird in der Jugendhilfe als Querschnittsaufgabe und Qualitätsstandard betrachtet.

Während sich die hier beschriebenen Entwicklungen bis Ende der 1980er Jahre auf Westdeutschland beziehen, lassen sich mit Beginn der 1990er Jahre aufgrund der gemeinsamen Gesetzeslage erste Annäherungen zwischen den alten und neuen Bundesländern feststellen. In der DDR konzentrierte sich die Jugendhilfe vorrangig auf den Bereich der „Ersatz- und Fremdunterbringung“ von Kindern und Jugendlichen, die sich nicht gesellschaftskonform verhielten. Auf spezielle ostdeutsche Konzepte der Jugendhilfe für Mädchen und junge Frauen konnte nicht zurückgegriffen werden, denn diese schienen

in einem sozialistischen System, das die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, ihre berufliche Gleichrangigkeit und die materielle Unabhängigkeit von Frauen förderte, nicht notwendig. Die auch im Sozialismus vorhandene Geschlechterhierarchie wurde im öffentlichen Raum nicht thematisiert. Erst mit der Wende wurde von engagierten Frauen aus der Bürgerrechtsbewegung und dem Demokratischen Frauenbund eine Thematisierung von geschlechterdifferenzierenden Fragestellungen gefordert und Impulse für einen Perspektivwechsel gesetzt. Neben zahlreichen Initiativen engagierten sie sich auch für die Schaffung erster Mädchengerechter Jugendhilfeangebote. Die praktische Arbeit wurde in der DDR anfänglich meist von QuereinsteigerInnen mit unterschiedlichsten Berufsprofilen geleistet, die sich in die neuen Arbeitsbereiche und -bedingungen erst einarbeiten mussten (Bitzan/Daigler 2001, 42ff). Mit der Einrichtung neuer Studiengänge für Soziale Arbeit und fachspezifischer Fortbildungen, wurden den MitarbeiterInnen aus der Praxis und Studierenden der nachfolgenden Generation Möglichkeiten der fachlichen (Weiter-) Qualifizierung angeboten. Da sich die Arbeitsmarktlage und Finanzierung von Projekten und Einrichtungen auch in den neuen Bundesländern problematisch gestaltet, sind zahlreiche Maßnahmen gefährdet. Diese Situation ist für die bundesdeutsche Jugendhilfe insgesamt eine schwierige Herausforderung und bedarf genauer Abstimmungen, Zielsetzungen und Prioritäten in den unterschiedlichen Bundesländern, Regionen und Kommunen.

Die Umsetzung der theoretischen Konzepte zur geschlechterbezogenen Jugendhilfe erfolgt im Kontext kommunaler Planungsprozesse. Dabei sind die Anregungen zur Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung der Konzepte zu berücksichtigen, die sich aus den Erkenntnissen der Praxis, der Jugend- und Genderforschung und der angewandten Praxisforschung ergeben. Analog zu bundesweiten Studien und regelmäßiger Datenerhebung sollen die jeweilige Situation der Jugendhilfe vor Ort analysiert und erforderliche Maßnahmen initiiert werden. Geschlechterbezogene Themen sollen sichtbar gemacht und zielgruppenspezifisch differenziert werden. Diese Differenzierung ist notwendig, weil der Zusammenhang Jugendhilfe und Geschlechterdifferenz verschiedenste Perspektiven berührt. Die vielfältigen gesellschaftlichen Zugehörigkeiten, kulturell und ethnisch vorhandene Orientierungen, Rollenbilder und Bildungsprofile sind zu berücksichtigen und mit deren Widersprüchlichkeiten gilt es umzugehen. Ebenso sind in diesem Zusammenhang entwicklungspsychologische, mit den Altersgruppen und Entwicklungsphasen verknüpfte Aspekte, für die Geschlechterdifferenzierung relevant.

Die im KJHG vorgesehenen Arbeitsgruppen der an der Jugendhilfe beteiligten Akteure bieten die Möglichkeit, die verschiedenen zielgruppenspezifischen Perspektiven zu betrachten und zu diskutieren (vgl. §§ 78, 80 KJHG). Wichtige Erkenntnisse fließen so in die Jugendhilfeplanung ein, dem vom Gesetzgeber vorgesehenen kommunalpolitischen Instrument zur fachli-

chen Steuerung der örtlichen Jugendhilfe. Unter der Federführung der Jugendämter werden so die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen vor Ort thematisiert und Aushandlungsprozesse über zielgruppengerechte Hilfen und Angebote in den beschlussfassenden Jugendhilfeausschüssen geführt.

Die Jugendhilfeplanung ist allen Mädchen und Jungen verpflichtet. Geschlechterpolitisch begründete pädagogische Handlungsansätze umfassen jedoch weit mehr als nur die Arbeit in homogenen Mädchen- oder Jungengruppen. Vielmehr gilt es die Wirkungsweisen der Geschlechterhierarchie im Kinder- und Jugendalter, aber auch in den beteiligten Institutionen selbst zu erkennen und Verfahren zu entwickeln, die die geschlechtsbezogene Perspektive systematisch einbeziehen. In diesem Zusammenhang wurde Anfang 2001, basierend auf einer vom BMFSFJ in Auftrag gegebenen Expertise (Enggruber 2001), der gesamte Kinder- und Jugendplan des Bundes unter die Prämisse des Gender Mainstreaming gestellt.

Nachdem im Bereich der Mädchenarbeit in den vergangenen Jahrzehnten etliche Projekte und Initiativen eingerichtet wurden, fragten zahlreiche Handlungsbeteiligte nach dem Entwicklungsstand der geschlechtsbezogenen Arbeit mit Jungen. Lange Zeit wurden aber selbst die Anfragen an Jungenarbeit überwiegend von den an der Mädchenarbeit beteiligten PädagogInnen gestellt, die die Situation der Mädchen zwar spezifisch, aber auch im Kontext der Geschlechter betrachteten.

„Zahlreiche Aussagen zu Mädchen sind erst dann zu beurteilen, wenn sie im Vergleich zu Jungen gesehen werden können. Ebenso sind Hilfen, die im Interesse von Mädchen und jungen Frauen zu gestalten sind, auch mit Anforderungen an die Jungen und jungen Männer verbunden. So wäre es z.B. falsch, Hilfen für junge Mütter zu konzipieren und hierbei die Väter und Partner nicht in den Blick zu nehmen. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern spielt in der Gestaltung der Jugendhilfe eine nicht zu unterschätzende Rolle.“ (Bohn/ Bradna 2002, 63)

Umgekehrt erfordert auch die Jungenarbeit die Analyse männlicher Lebensentwürfe und den Rückbezug auf das weibliche Geschlecht. Die Umsetzung von Gender Mainstreaming in die Praxis bedeutet jedoch nicht, dass jedes Angebot für Mädchen ein gleichnamiges paralleles Angebot für Jungen benötigt. Es geht vielmehr darum, sinnvolle und bewährte Maßnahmen und Projekte durch innovative und weiter ausdifferenzierte Angebote zu ergänzen. Dazu bedarf es paralleler, getrennter und gemeinsamer Räume für Jungen und Mädchen. Jungenarbeit und Mädchenarbeit unreflektiert „gleichzuziehen“ würde angesichts der bisherigen Diskussionen und Entwicklungen eher einen Rückschritt markieren. Gerade im Hinblick auf die historischen Prozesse und Entwicklungslinien wird deutlich, dass es weniger um eine „Geschlechtergleichheit“ geht als um eine „Geschlechtergerechtigkeit“, die die Selbstreflexion und den Dialog der Geschlechter voraussetzt.

3 Entwicklungslinien der geschlechtsbezogenen Jugendhilfe mit Mädchen

Mädchen fanden bis in die 1980er Jahre in der Jugendhilfe wenig Aufmerksamkeit und Unterstützung für ihre Belange. Diese Praxis wurde von kritischen Pädagoginnen thematisiert und veranlasste feministische Wissenschaftlerinnen zur Erforschung der weiblichen Sozialisation und der Situation von Mädchen in verschiedenen Feldern der Jugendhilfe. Die Ergebnisse mündeten in den bereits erwähnten Sechsten Jugendbericht, der eine umfassende Analyse zur „Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland“ enthielt (BMJFG 1984). Die Studie bestätigte die Annahme,

„dass in der Jugendhilfe durchweg ohne Unterscheidung über die Lebenskonzepte, die Berufsorientierung, Ausbildungs-, Schul- oder Freizeitprobleme, Familiensituationen und Konfliktlagen ‚der Jugendlichen‘ oder ‚der Kinder‘ nachgedacht wird und damit Mädchen unter den ‚Normalfall‘ des männlichen Jugendlichen subsumiert werden bzw. allenfalls als eine (defizitäre) Untergruppe desselben erschienen. In diesem Zusammenhang entstand das Schlagwort von der ‚Jugendarbeit als Jungenarbeit‘.“ (Bitzan/ Daigler 2001, 43)

In den 1980er Jahren begannen feministische Pädagoginnen in bestehenden Jugendeinrichtungen Nischen für Mädchen zu schaffen, z.B. in Form von Mädchengruppen, Mädchenfesten und Mädchenfreizeiten. Diese wurden in der so genannten „feministischen Mädchenarbeit“ konzipiert und weiterentwickelt und häufig in selbstorganisierten und selbstverwalteten Projekten angesiedelt. In diesem Zusammenhang ist herauszustellen, dass erst durch die spezifische Betrachtung und Analyse der Lebenslagen von Mädchen auch tabuisierte Themen wie sexueller Missbrauch und seine Folgen angesprochen und bearbeitet werden konnten. Mit der Veröffentlichung ihrer Erfahrungen wurden die Langzeitfolgen für erwachsene Frauen sichtbar und verdeutlichten die Notwendigkeit zur Schaffung von Hilfsangeboten, Unterbringungsmöglichkeiten, Beratung und Therapie für Mädchen und junge Frauen mit sexueller Gewalterfahrung. In der Folge organisierten Frauen häufig in eigener Trägerschaft entsprechende Projekte.

Seit den 1990er Jahren tragen Modellprojekte und Begleitforschungen in den alten wie in den neuen Bundesländern zur Entwicklung einer gemeinsamen Linie in der Frauenpolitik bei. Der Zehnte Kinder- und Jugendbericht greift die Ergebnisse des Sechsten Jugendberichtes noch einmal auf und fordert:

- die Interessen von Mädchen und jungen Frauen strukturell zu verankern,
- Mittel nach dem Kinder- und Jugendplan des Bundes für Mädchen zu quotieren,
- geschlechtsspezifische Sichtweisen über Fortbildungen für weibliche und männliche Fachkräfte zu vermitteln,

- eine kleinräumig nach Geschlecht differenzierende Jugendhilfeplanung
- und die durchgängige Einbeziehung geschlechtsspezifischer Unterschiede und der Ressourcen von Mädchen in kinder- und planungsbezogenen Berichten (BMFSFJ 1998, 226f).

In zahlreichen Kommunen wurden AGs nach § 78 KJHG gegründet und Mädchenförderpläne entwickelt, deren Verabschiedung sich in den Jugendhilfeausschüssen bisweilen über mehrere Jahre hinzog. Dennoch hat die konsequente Politisierung der Mädchenarbeit erreicht, dass die Träger der Jugendhilfe darum bemüht sind, die Rechtsgrundlagen umzusetzen und die Geschlechterdifferenzierung als Querschnittsaufgabe anzunehmen. Die Frage der innovativen und qualifizierten Umsetzung ist dennoch oft an das Engagement und die Genderkompetenz der beteiligten PädagogInnen und SozialarbeiterInnen gebunden.

Aufgrund der fehlenden finanziellen Absicherung ist die Mädchenarbeit bis heute häufig gezwungen, sich immer wieder über Modellförderung zu finanzieren, die oft an vorgegebene Themen und befristete Stellen gebunden ist. Hierdurch wird die dauerhafte strukturelle Absicherung der bundesweiten Mädchenarbeit beeinträchtigt.

4 Entwicklungslinien der geschlechtsbezogenen Jugendhilfe mit Jungen

Bereits Anfang der 1980er Jahre wurden erste, meist reaktive pädagogische Ansätze für eine geschlechterdifferenzierende Jungenarbeit entwickelt. Im Vergleich zu den Aktivitäten auf Seiten der feministischen Bewegung mangelte es jedoch teilweise an einem Perspektivwechsel, der ein „anderes Mannsein“ als positives Potenzial thematisierte. Durch die Aktivitäten der Frauenbewegung und die Entwicklung eigenständiger Ansätze der Mädchenarbeit entstand bei einigen männlichen Fachkräften Motivation und teilweise sicher auch Druck, Stellung zu beziehen. Es mangelte jedoch an einem reflektierten männlichen Selbstbezug und einer neu definierten Form der Jungenarbeit (Winter 1996, 378f).

Bis zum heutigen Tage wird bei geschlechterdifferenzierender Jugendhilfe in vielen Köpfen vorrangig an die Art von Mädchenarbeit gedacht, wie sie sich in den letzten 25 Jahren entwickeln konnte. Während diese sich weitgehend profiliert hat, wurde die Notwendigkeit von Jungenarbeit zwar festgestellt und als wichtig erachtet, aber es mangelte an eigenständigen Konzepten und Pädagogen, die sich für diese Arbeit stark machten. Ein erstes Konzept für die geschlechterdifferenzierende Jungenarbeit wurde Mitte der 1980er Jahre veröffentlicht (Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille

1984). Die Anfänge der Jungenarbeit mit eigenen geschlechtsbezogenen Inhalten und Konzepten wurde als „antisexistische Jungenarbeit“ bezeichnet, fand aber in der Praxis bei weitem nicht so viel Resonanz wie die „parteiliche“ bzw. „feministische Mädchenarbeit“.

In den letzten Jahren wird die Jungenarbeit stärker gefordert und gefördert, indes noch zu wenig in die Praxis umgesetzt. In der oftmals kontrovers geführten Diskussion wurden von Vertreterinnen der Mädchenarbeit Befürchtungen geäußert, dass es den Befürwortern der Jungenarbeit vorrangig darum ginge, an den in Aussicht gestellten Ressourcen zu partizipieren, ohne sich den erforderlichen konzeptionellen und politischen Forderungen und Aufgaben zu stellen. In diesem Zusammenhang ist z.B. festzustellen, dass in den 1990er Jahren in vielen Kommunen umfangreiche und qualifizierte Mädchenförderpläne vorgelegt wurden, aber kaum entsprechende Jungenförderpläne. Ein eigenes Profil der Jungenarbeit ist noch nicht in einem vergleichbaren Maße entwickelt wie die Mädchenarbeit. Es wurde bereits an anderer Stelle verdeutlicht, dass es nicht ausreichen kann, jede Jungengruppe unter der Prämisse der Jungenarbeit zu definieren oder einfach nur Parallelen zur Mädchenarbeit zu ziehen. Vielmehr geht es darum, das „Junge-Sein“ oder „Mann-Sein“ im Kontext der Geschlechterforschung und der Lebensrealitäten von Jungen und Männern zu thematisieren und sich neu zu positionieren. Dies verlangt eine ernst gemeinte Auseinandersetzung mit eigenen Ressourcen, Benachteiligungen, Konfliktpotenzialen und Herausforderungen im Kontext der vorherrschenden Geschlechterordnung.

5 Gender als gemeinsame Perspektive aller Beteiligten

Nach mehr als 20 Jahren „feministischer Mädchenarbeit“ und eher geringen Impulsen zur „antisexistischen Jungenarbeit“ scheint die Diskussion der Geschlechterthematik zwar selbstverständlicher geworden, aber sie gestaltet sich nicht einfacher, vielmehr zeigen sich Vorbehalte und Widerstände nun subtiler. Die Geschlechterfrage wird nach wie vor boykottiert, bagatellisiert, manche Diskussionen werden verbissen oder polemisch geführt.

„Jugendhilfe ist hier auch als ein Spiegel allgemeiner gesellschaftlicher Tendenzen zu verstehen, in denen sehr schnell unter einer Ideologie der allgemeinen Gleichberechtigung die Diskriminierung von Männern mindestens so stark befürchtet wird, wie die Diskriminierung von Frauen gelehnet wird.“ (Rauw/ Reinert 2001, 13)

Aus dieser Perspektive betrachtet und mit Blick auf die Anstrengungen der vergangenen Jahrzehnte, erzeugen die aktuellen Entwicklungen bei kritischen BetrachterInnen durchaus Ambivalenzen hinsichtlich der Sicherung und Nachhaltigkeit der bisherigen Fortschritte: Einerseits wurden durch die

feministische Mädchen- und Frauenarbeit viele Prozesse in Gang gesetzt und etabliert, andererseits droht die Geschlechterfrage in einer Art „Gleichschaltung“ der ursprünglich intendierten Gleichstellung erneut entgegenzuwirken. Hier wird abermals deutlich, dass mehr Informationsaustausch, Fortbildungen und Fachdiskussionen gefordert sind, um möglichst viele der an der Jugendhilfe beteiligten Akteure zu erreichen.

Wenn die Genderperspektive tatsächlich zu einer gemeinsamen Angelegenheit aller werden soll, dann sind mehr Offenheit, Zeitgeist und Kooperationsbereitschaft gefragt. Die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sich Mädchen und Jungen heute entwickeln, haben sich im Vergleich zu den 1970er und 1980er Jahren grundlegend verändert. Weder eine „Gleichschaltung der Geschlechter“ noch ein „Beharren auf Konzepten“ entsprechen einer modernen geschlechtergerechten Jugendhilfe. Vielmehr geht es darum, bewährte mit innovativen Ansätzen zu verbinden, die den gegenwärtigen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen entsprechen und die bei den jugendlichen AdressatInnen ankommen (Meyer 2002).

Gender Mainstreaming in der Jugendhilfe verlangt nicht nur die im KJHG formulierte Berücksichtigung der aktuellen Lebenslagen von Mädchen und Jungen, sondern geht darüber hinaus, indem es auf eine grundlegende Veränderung von Strukturen in Institutionen abzielt. Mädchen- oder jungenspolitische Ansprüche werden nicht mehr als separate, von der allgemeinen Jugendpolitik abgetrennte Bereiche betrachtet, sondern in ein Gesamtplanungskonzept eingebunden, das die Geschlechterfrage in alle Bereiche aufnimmt und gleichzeitig von der Lebenssituation der Mädchen und Jungen ausgehend, noch einmal quer auf Arbeitsfelder und Maßnahmen der Jugendhilfe hin betrachtet. Die Gratwanderung zwischen ernsthaftem Engagement der in der Jugendhilfe tätigen Frauen und Männer für die Gleichstellung der Geschlechter und widerstrebenden Interessen und Machtspielen kann im Zuge des Gender Mainstreaming zu einer undurchsichtigen Situation führen. Um dem entgegenzuwirken und nicht hinter die erreichten Standards zurückzufallen, ist u.a. eine kontinuierliche Evaluation der Institutionen und Maßnahmen unter geschlechtsbezogenen Fragestellungen unerlässlich.

Mit Blick auf das angeführte Argument von Kritikern, die die Geschlechterfrage aufgrund der fortgeschrittenen Individualisierung und Pluralisierung von Lebensentwürfen als nicht mehr relevant betrachten, kann festgestellt werden, dass die derzeitige Jugendhilfe zwar eine Generation anspricht, für die viel selbstverständlich ist, aber für die dennoch in bestimmten Fragen der Zukunftsplanung strukturelle Benachteiligungen durch die Geschlechtszugehörigkeit nicht hinreichend thematisiert und geklärt sind. Diese Fragen beziehen sich vorrangig auf die Berufswahl, die Karriereplanung, die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit und deren Honorierung.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Ergebnisse der Genderdebatte innerhalb der Jugendpolitik und Jugendhilfe als grundsätzli-

che Fortschritte anzuerkennen sind, sofern sie zugleich als Zwischenergebnisse auf dem Weg in eine geschlechtergerechtere Gesellschaft betrachtet werden. Es gilt kontinuierlich an den unterschiedliche Bezügen und Zugängen von Mädchen und Jungen zu geschlechtsspezifischen Fragestellungen und Themen weiterzuarbeiten und geschlechtshomogene und koedukative Angebote aufeinander abzustimmen. Nur wenn diese sich in einer differenzierten pädagogischen und sozialpädagogischen Praxis entfalten und entwickeln können, kann die Genderperspektive als Qualitätsmerkmal in der Jugendhilfe gewertet werden.

6 Gegenwärtige Entwicklung und Aufgaben in der Jugendhilfe

Es muss leider festgestellt werden, dass die Entwicklungen in der Jugendhilfe bereits seit geraumer Zeit und anhaltend durch die allgegenwärtige Ressourcenverknappung beeinträchtigt werden. Eine umfassende Durchsetzung von notwendigen und bedarfsorientierten geschlechtsbezogenen Angeboten wird durch die anhaltenden Spar- und Effizienzanforderungen erschwert und stellt die Jugendhilfe unter einen permanenten Rechtfertigungsdruck. Anstatt bewährte Projekte durch Dauerfinanzierung zu sichern, werden zahlreiche – überwiegend autonome Einrichtungen – geschlossen. Der permanente Kostendruck trägt dazu bei, dass viele Aufgaben der Jugendarbeit kaum noch wahrgenommen werden, sondern dass diese sich fast ausschließlich auf die Arbeit mit sozial benachteiligten, sehr belasteten und auffälligen Kindern, Jugendlichen und Familien im Bereich der Hilfen zur Erziehung konzentriert, während andere Bereiche, wie etwa die Frühpädagogik oder die Jugendkultur- und Jugendfreizeitarbeit zu wenig gefördert werden.

Doch gerade ein so heterogener Arbeitsbereich wie die Jugendhilfe, der Tageseinrichtungen für Kinder, Schulsozialarbeit, Hilfen zur Erziehung, Offene Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendberufshilfe, Jugendbildung und Jugendgerichtshilfe umfasst, bedarf zielgruppengenaue, auf die jeweiligen lokalen Gegebenheiten abgestimmter Initiativen und Maßnahmen.

Aufgrund der ökonomischen Engpässe sind die kontinuierliche und bedarfsgerechte Entwicklung und Abstimmung von Maßnahmen bei einer entsprechenden Erfolgskontrolle von besonderer Bedeutung. Wenn trotz der notwendigen Kürzungen die Qualitätseinbußen soweit wie möglich begrenzt werden sollen, müssen Maßnahmen genauestens evaluiert und dokumentiert werden. Dabei geht es nicht nur um langfristig angelegte und umfangreiche Begleitforschung zu bundes- oder landesweiten Modellprojekten, sondern auch um „kleinere“ empirische Untersuchungen, die die Jugendhilfeplanung vor Ort unterstützen, z.B. durch den fachgerechten Einsatz verschiedener

quantitativer und qualitativer Verfahren, mit denen Bedarfe ermittelt, strukturelle Gegebenheiten analysiert, Ressourcen und Probleme bestimmt und Adressaten beteiligt werden können.

Auch die Politik fordert präzise und relevante Datenerhebung sowie Leistungsnachweise von den Trägern der Jugendhilfe:

„Neben der Beschreibung der Strukturen, pädagogischen Konzepte und Arrangements muss deshalb zukünftig stärker als bisher die systematische Erforschung der mittelfristigen und langfristigen Auswirkungen der Angebote und Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe und ihrer Voraussetzungen erfolgen. Sowohl aus fachlicher Sicht, im Sinne einer begründeten Weiterentwicklung der Praxis, als auch gegenüber den berechtigten Nachfragen aus Politik und Öffentlichkeit, bedarf es überprüfbarer Verfahren und valider Daten, die Auskunft über die Voraussetzungen, Prozesse, Effekte, Steuerungsmöglichkeiten und die Effizienz von Interventionen, Maßnahmen, Programmen, Einrichtungen, Verbänden und kommunalen Angebotsstrukturen geben. Es besteht ein erheblicher Bedarf an systematischer, methodisch fundierter, konzeptionell transparenter, vergleichender Evaluation – und zwar nicht nur der Modellprogramme, sondern auch der Regelangebote und der Strukturen vor Ort.“ (BMFSFJ 2002, 104)

7 Angewandte Praxisforschung vor Ort

Die Kooperation zwischen den Beteiligten der Jugendhilfeplanung, Trägern der Jugendhilfe und den Hochschulen vor Ort ist eine nicht zu unterschätzende Ressource für alle Beteiligten. Sie bietet zahlreiche Ansätze und Möglichkeiten zur gegenseitigen Unterstützung, so dass die Bereiche Lehre, Praxis und Forschung voneinander profitieren können. Zwar sind umfangreichere Forschungen ohne entsprechende finanzielle Ressourcen kaum zu realisieren, andererseits können langfristig hierdurch Kosten eingespart und Qualitätsstandards gesichert werden.

Angewandte Praxisforschung in kommunalen Kooperationsstrukturen zwischen Hochschule und Praxis bietet den Vorteil, dass diese mit einem vergleichsweise geringeren Aufwand durchgeführt werden kann als großräumig angelegte Modellprojekte. Studierende können in Praxisprojekten, Seminaren und Diplomarbeiten vielfältige Fragestellungen und empirisches Datenmaterial bearbeiten.¹ Das Studium der Sozialen Arbeit an der Katholischen Fachhochschule NW eröffnet im Rahmen von so genannten Lernprojekten² und Feldprojekten³ Studierenden die Möglichkeit, in den Einrichtun-

1 Das Studium im Fachbereich Sozialwesen an der Katholischen Fachhochschule NW beinhaltet verschiedene Praxiselemente mit Projektcharakter. Bei den Praxisprojekten handelt sich um „Lernprojekte“ mit einem Umfang von 18 Tagen und um Feldprojekte mit einem Umfang von 36 Tagen (Rahmenstudienordnung der KFH NW 2001).

2 Lernprojekte sind seit der Studienreform im Jahre 1997 Bestandteil des Studiums der

gen abzuleistende Praxistage mit Aufgaben der empirischen Forschung zu verbinden. In diesen Zusammenhängen wurden in den letzten Jahren zahlreiche Arbeiten zu geschlechtsbezogenen Fragestellungen in der Jugendhilfe verfasst.

Um die unmittelbare Nähe zur Praxis zu verdeutlichen, werden nachfolgend einige zentrale, auf die geschlechterbezogene Jugendarbeit konzentrierte Fragestellungen zusammengefasst, die von Studierenden im Rahmen ihrer Praxisprojekte bearbeitet werden:

- Wie können die Jugendlichen (in XY) in ihren Bedürfnissen unterstützt werden?
- Wie ist die derzeitige Ausgangssituation?
- Welche Möglichkeiten müssten geschaffen werden?
- Welche Maßnahmen sind für Mädchen, welche für Jungen notwendig?
- Wie muss die Institution, die Maßnahme, das Projekt gestaltet sein, damit Mädchen und Jungen aus verschiedenen sozialen, ethnischen und kulturellen Kontexten in gleicher Weise berücksichtigt und gefördert werden können?
- Wie kann eine Beteiligung der Zielgruppe im Vorfeld erfolgen?
- Welche Ressourcen sind vorhanden, welche können erweitert, welche müssen neu entwickelt und bereitgestellt werden?
- Wie sind Projekte bisher gelaufen und wie ist mit den Ergebnissen umzugehen?
- Wie kann die Qualität gehalten oder verbessert werden?
- Welche Methoden kommen zum Einsatz?
- Sind die Methoden brauchbar?
- Wie wird finanziert?

Der Austausch über die Ergebnisse kann in unterschiedlichen Kontexten stattfinden und so die enge Vernetzung zwischen Lehre, Forschung und Praxis unterstützen. Einen entsprechenden Rahmen bieten sowohl etablierte wie auch informelle Arbeitsgruppen, Seminare, Ringvorlesungen oder Fachtagungen.

Sozialen Arbeit an der Katholischen Fachhochschule NW. Sie sind für Studierende der ersten beiden Studiensemester vorgesehen und dienen der Praxiserkundung und der Bearbeitung gezielter empirischer Fragestellungen. Die Praxiseinrichtungen haben die Möglichkeit auf diese Weise Datenmaterial zu erhalten, das in den entsprechenden Begleitseminaren an der Hochschule bearbeitet werden kann.

- 3 Feldprojekte sind ebenfalls seit 1997 Bestandteil der Studienordnung; sie schließen sich an eine mehrwöchige oder mehrmonatige Blockphase an (nach der derzeitigen STO 2001 als integriertes Praxissemester) und werden gegen Ende des Studiums im 6. und 7. Semester durchgeführt. Im Rahmen von Feldprojekten ist die Durchführung von Befragungen oder Sozialraumanalysen und die Evaluation von Institutionsstrukturen, Handlungsabläufen und Projekten möglich.

Die nachfolgend dokumentierten „Aachener Beispiele“ analysieren geschlechterbezogene Bedarfe im Bereich der Jugendfreizeitaktivität. Bei dem ersten Beispiel handelt es sich um eine quantitative Befragung von jugendlichen Mädchen, die 2001 im Rahmen von Lernprojekten durch die Katholische Fachhochschule in Aachen durchgeführt wurde. Im zweiten Beispiel geht es um eine – teilweise darauf aufbauende – geschlechterbezogene Analyse der Sportangebote vor Ort, die 2004 im Rahmen der Jugendhilfeplanung vom Jugendamt der Stadt Aachen durchgeführt wurde. Beide Beispiele dienen der Verdeutlichung des Zusammenhangs von Empirie, Gender Mainstreaming und Jugendhilfe im Rahmen der kommunalen Jugendhilfeplanung.

Beispiel 1: Bedarfsanalyse im Bereich der Jugendfreizeit

Ausgangspunkt für das Lernprojekt, in dessen Rahmen 884 Mädchen der Altersgruppe der 12- bis 15-Jährigen nach ihren Freizeitinteressen befragt wurden, war ein an der Abteilung Aachen durchgeführtes Werkstattgespräch im Oktober 1999 mit dem Titel „Mädchenarbeit im nächsten Jahrtausend“. Teilnehmerinnen des Workshops waren Fachkräfte aus den Bereichen der Mädchenarbeit in Jugendfreizeiteinrichtungen, in Schulen und Gleichstellungsstellen sowie Studierende und Dozentinnen der Fachhochschule. Als ein Ergebnis dieses fachlichen Austauschs wurde der Wunsch nach einer kontinuierlichen Verankerung der Mädchen- und Frauenthematik im Studienangebot der Fachhochschule formuliert. Dabei gilt es festzustellen, dass an der Katholischen Fachhochschule, nicht zuletzt aufgrund ihrer eigenen Tradition, mädchen- und frauenspezifische Fragestellungen immer aufgegriffen und thematisiert und – bezogen auf aktuelle gesellschaftliche und politische Bedingungen – reflektiert wurden. Diese Aktivitäten werden fortgesetzt und finden ihren Ausdruck u.a. in dem im Jahre 2001 gegründeten Forschungsschwerpunkt „Gender und Soziale Arbeit“ an der Katholischen Fachhochschule (seit 2005 „Gender und Transkulturalität“), aber auch in der Lehre und in zahlreichen Veröffentlichungen.

Basierend auf den im Werkstattgespräch formulierten Fragestellungen wurde ein besonderer Untersuchungsbedarf hinsichtlich der Zielgruppe der 12- bis 15-jährigen Mädchen deutlich, da diese anscheinend von den Angeboten der offenen Jugendarbeit kaum oder nur eingeschränkt erreicht wurden. So entstand die Idee, hierzu eine quantitative Befragung im Rahmen von Lernprojekten durchzuführen.

In der Vorbereitung der Befragung wurden zunächst Grundlagen der Geschlechterforschung und der geschlechtsbezogenen Sozialen Arbeit mit Mädchen erarbeitet, um dann die sozialräumliche Situation in Aachen genauer zu untersuchen. Daraus ergaben sich Fragestellungen, die von den Studierenden in einem standardisierten Fragebogen zusammengestellt wurden.

Parallel zur Entwicklung des Fragebogens wurden im Herbst 2000 Schulsozialarbeiterinnen und Lehrerinnen an Aachener Schulen angeschrieben und über das Vorhaben der Studentinnen informiert. Von den 23 angeschriebenen Schulen waren 15 zu einer Beteiligung an der Befragung bereit, wobei alle Schulformen vertreten waren.

Ausgangsthese

Ausgehend von der Beobachtung einer geringen Teilnahme der Mädchen von 12 bis 15 Jahren an Angeboten der Jugendfreizeit, wurden von der Projektgruppe – überwiegend junge Studentinnen, die selbst noch eine gewisse Nähe zur Zielgruppe mitbrachten – zunächst folgende Hypothesen formuliert, die im Laufe des Projektes überprüft und am Ende der Veranstaltung neu diskutiert werden sollten:

- Mädchen bleiben in der offenen Jugendarbeit immer noch außen vor, Jugendarbeit ist nach wie vor Jungenarbeit und geht gar nicht oder zu wenig auf die Belange der jungen Mädchen ein.
- Mädchen von heute sind emanzipiert. Die Konzepte der feministischen Mädchenarbeit aus den 80er Jahren passen nicht mehr zu der jungen Generation.
- Im Zuge der Individualisierung von Lebensentwürfen und der Pluralisierung von Lebensformen rückt die Geschlechterdifferenz in den Hintergrund.
- Die spezifischen Interessen und Bedürfnisse von Mädchen in der Pubertät bedürfen spezifischer Formen organisierter Freizeit, welche stärker zu berücksichtigen sind.
- Die unterschiedlichen Situationen der Mädchen aus verschiedenen gesellschaftlichen, ethnischen und kulturellen Kontexten erfordern ebenfalls eine stärkere Differenzierung und Berücksichtigung.

Der vierseitige Fragebogen umfasste insgesamt neun Fragen mit unterschiedlichen Antwort- und teilweise Ergänzungsmöglichkeiten. Erfasst wurden zunächst die besuchte Schule, die Jahrgangsstufe, das Alter und die Nationalität der Mädchen. Anschließend wurden das Freizeitverhalten, die Freizeitinteressen und Rahmenbedingungen, auch hinsichtlich geschlechtshomogener und -heterogener Gruppenzusammensetzung, abgefragt.

Auswertung und Ergebnisse

An 13 Aachener Schulen wurden insgesamt 884 Mädchen im Alter zwischen 11 und 17 Jahren nach ihrem Freizeitverhalten und ihren Freizeitinteressen befragt. Von den 884 Mädchen waren 822 in der Altersgruppe der 12- bis 15-Jährigen.

Beteiligt waren Mädchen aus drei Gymnasien (442), drei Hauptschulen (226), einer Realschule (96), vier Sonderschulen (72) und zwei Gesamtschulen (48). Insgesamt 687 Mädchen waren deutscher Herkunft. Von den übrigen Mädchen stammten 60 aus Balkan- und osteuropäischen Ländern, 53 aus der Türkei, 22 aus afrikanischen Ländern und 15 aus dem Iran. Die restlichen 47 Mädchen stammten aus verschiedenen anderen europäischen, asiatischen und amerikanischen Ländern. Die Ergebnisse hinsichtlich der Kategorie Freizeitgestaltung lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- die Freizeit verbringen die Mädchen:
 - mit der Erledigung der Hausaufgaben (i.D. zwei Stunden täglich)
 - mit der Freundin zu Hause
 - mit der Clique in der Stadt
- von den acht möglichen Kategorien rangierten als beliebteste Freizeitbeschäftigungen im Spitzenbereich:
 - Sport und Fitness
 - Technik, mit dem Schwerpunkt: Neue Medien
 - Begegnung und Kommunikation, z.B. Discos, Cafés
- ein Großteil der Mädchen (je nach aufgeführter Kategorie ca. 65-90%) möchte die Freizeit – mit Ausnahme bestimmter Sportarten (s.u.) – gemeinsam mit Jungen verbringen
- ein Teil der Mädchen (je nach Kategorie 25-60%) bevorzugt bestimmte Freizeitangebote in geschlechtshomogenen Gruppen, genannt wurden dabei vorrangig die Themenbereiche:
 - körperbezogene Angebote (Kosmetik, Körperthemen)
 - Kreatives (Schmuck herstellen, Nähen)
 - Sport (Schwimmen, Ballsport, Reiten)

An dieser Stelle ist die Selbstverteidigung zu nennen, die vielen Mädchen bekannt ist und für die deutlich weiterhin Bedarf angemeldet wurde.

Schlussfolgerungen

In einem ersten Überblick entsprachen die Ergebnisse den Erwartungen, die die Studentinnen zuvor formuliert hatten. Die eingangs formulierten Hypothesen konnten weitgehend bestätigt werden. Erst bei differenzierter Betrachtung ergaben sich weitere Perspektiven, die in den nachfolgenden Thesen zusammengefasst werden. Sie sind als möglicher Beitrag zur Diskussion in der Kooperation mit Praxiseinrichtungen und Gremien der kommunalen Mädchenförderung und Jugendhilfeplanung gedacht.

- Die zunehmende Differenzierung von Biografien, Lebensentwürfen und Lebensformen stellt hohe Anforderungen an die Lebensbewältigung junger Mädchen. Dabei benötigen Sie – insbesondere in der Phase der

Pubertät und Adoleszenz – unterstützende und ressourcenfördernde Angebote auch außerhalb des Elternhauses, insbesondere in der Schule und im Freizeitbereich.

- Bedingt durch die stärkere Individualisierung existiert kein einheitliches „Mädchenbild“ mehr, deshalb müssen sich die Konzepte an den jeweiligen Lebensentwürfen orientieren.
- Parteilichkeit in der Mädchenarbeit erfordert deren konzeptionelle und politische Weiterentwicklung, da es um den Respekt vor unterschiedlichen Lebensentwürfen und Sichtweisen junger Mädchen geht, ohne dabei die gesellschaftlichen Entwicklungen aus den Augen zu verlieren.
- Die von den Mädchen selbst vertretene und nach außen getragene Sicht der eigenen Gleichberechtigung scheint teilweise vordergründig bzw. korrespondiert unmittelbar mit der Lebensphase der Befragten, da sich Fragen nach der Gleichberechtigung häufig erst bei der Berufs- und Karriereplanung sowie bei der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit stellen.
- Mädchen formulieren nach wie vor den Bedarf nach eigenen Räumen, Situationen und Ansprechpartnerinnen in Schulen und Jugendeinrichtungen, in denen ihre spezifischen Anliegen konzeptionelle Beachtung finden.
- Die konsequente Partizipation der Mädchen fördert die Formulierung eigener Interessen und Anliegen und ermöglicht den Praktikerinnen vor Ort eine Flexibilisierung ihrer Konzepte. Zugleich kann diese Partizipation die Entwicklung des politischen Denkens und Handelns der Mädchen fördern.
- Mädchen in der Phase der Pubertät sind mit Neuorientierung, Rollenfindung und Perspektiventwicklung beschäftigt. Sie möchten über sich selbst bestimmen, suchen aber auch nach Orientierung. Hierbei bedürfen sie flexibler Unterstützung, Begleitung und Solidarität durch Praktikerinnen, die sich nicht aufdrängen, aber präsent sind, u.a. auch für beratende Aufgaben.
- Die Praxis der Mädchenarbeit bedarf verschiedener „Modelle“ von Frausein und der Beteiligung verschiedener Generationen und Kulturen. Dies stellt besonders hohe Ansprüche an die Kooperationsfähigkeit der Beteiligten, denn um gemeinsam solidarisch zu handeln, ist der Dialog der Generationen und der Kulturen unerlässlich.
- Der Streit um „richtige“ oder „falsche“ Konzepte verbraucht unnötige Energie, insbesondere dann, wenn Einvernehmlichkeit darüber besteht, Konzepte stärker an der Analyse der verschiedenen Lebenslagen und Lebenswelten von Mädchen zu orientieren.
- Mädchenarbeit definiert sich nicht mehr über die Jungen, sondern eigenständig. Ebenso wenig definiert sie sich über Defizite, sondern vielmehr über Ressourcen. Der defizitäre Blick auf die Mädchenarbeit und ihre

Konzepte verschleiert deren Errungenschaften, produziert Innovationszwang und beeinträchtigt einen entspannten und produktiven Umgang mit der eigenen Arbeitsleistung, den vorhandenen Ressourcen und Entwicklungsprozessen.

- Die Aufmerksamkeit für geschlechtsbezogene Fragestellungen durch die öffentliche Jugendhilfe, durch politische Gremien und durch die Träger von Schulsozialarbeit, Jugendfreizeit und Jugendbildungsarbeit ist notwendig, damit sich die geschlechtsbezogene Arbeit mit Mädchen (und Jungen!) als Querschnittsaufgabe weiter etablieren kann.

Die Ergebnisse der Befragung wurden in verschiedenen Zusammenhängen präsentiert und mit PraktikerInnen diskutiert. Einige Studierende nahmen die Untersuchung zum Anlass, sich mit diesen Themen in ihren Diplomarbeiten weiter zu beschäftigen. So entstanden Arbeiten zur außerschulischen Mädchenarbeit, zu Mädchengerechter Jugendberatung, zu Jugendfreizeit und Mädchenförderung sowie zum Bereich der Jungenarbeit. Die in den letzten Jahren entwickelten Strukturen im Rahmen der Praxiskooperation ermöglichen ein kontinuierliches Aufgreifen und Bearbeiten aktueller Themen und fördern die Vernetzung zwischen Hochschule und Praxis.

Beispiel 2: Genderanalyse im Bereich Sport und Jugendhilfe

Ausgangspunkt für die Genderplanung der Jugendhilfe der Stadt Aachen ist eine Bestandsaufnahme im Februar 2004 zur Überprüfung der Umsetzung des Mädchenförderplanes. Erhoben wurden alle Bereiche des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Da die Sportvereine anerkannte Träger der Jugendhilfe sind, flossen ihre Ergebnisse ebenfalls in die Erhebung ein. Zentrale Ausgangsdaten sind die Mitgliederzahlen der Sportvereine in Aachen. Die Sportvereine erreichen insgesamt 20.000 Mädchen und Jungen und sind somit einer der größten Freizeitanbieter in der Kommune. Genau wie im Bundeschnitt, werden in Aachen Sportangebote zu 2/3 von Jungen und zu 1/3 von Mädchen wahrgenommen. Zur Vertiefung wurde eine Situationsanalyse durchgeführt. Entsprechende Kommunal-, Landes- und Bundesdaten aus Sport und Jugendhilfe, geschlechterdifferenziert aufbereitet, wurden zusammengetragen. Hier die relevanten Ergebnisse aus folgenden Befragungen:

- Befragung von 884 Mädchen zum Freizeitverhalten (durchgeführt von der KFH NW, Abt. Aachen im Jahr 2001, s.o.):
 - Fitness, Sport und Tanz werden als beliebteste Freizeitaktivitäten von Mädchen benannt.
 - 1/3 der Mädchen gibt an, Sport in geschlechtshomogenen Gruppen treiben zu wollen.

- Euregionale Befragung von Jugendlichen zum Risikoverhalten, davon 3.200 Mädchen und Jungen aus Aachen (durchgeführt vom Gesundheitsamt 2002):
 - Mädchen sind seltener als Jungen im Sportverein und nehmen mehr als Jungen kommerzielle Angebote in Anspruch
- Befragung von 1.290 Mädchen und Jungen in Aachen zur Freizeitsituation (durchgeführt vom Jugendamt der Stadt Aachen im Jahr 2003):
 - Sport ist die beliebteste Freizeitaktivität von Mädchen und Jungen
 - Mädchen und Jungen bevorzugen unterschiedliche Sportarten, es gibt aber auch Überschneidungen
- Erster Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht 2003 (Schmidt et al. 2003):
 - 1/3 der Mädchen sind nie in einem Sportverein
 - 1/5 der Jungen sind nie in einem Sportverein
 - kommerzielle Anbieter treffen die Bedürfnisse der Mädchen stärker

Um vertiefende Erkenntnisse über die Hintergründe und Entstehungsbedingungen zu erlangen, wurde eine Genderanalyse durchgeführt. Hierzu wurde auf die so genannte 3-R-Methode zurückgegriffen, die im Rahmen der Gender Mainstreaming-Prozesse der Kommunen in Schweden entwickelt wurde. Es handelt sich hierbei um eine einfache und in der Praxis leicht handhabbare Methode.

Die 3-R-Methode

- Das erste „R“ steht für Repräsentanz: An dieser Stelle stellt sich die Frage nach der Geschlechterverteilung (Repräsentanz) auf den verschiedenen Ebenen.
- Das zweite „R“ steht für Ressourcen: Untersucht werden die Ressourcen bezüglich Zeit, Raum und Geld, die Frauen bzw. Männern zur Verfügung stehen.
- Das dritte „R“ steht für Realität: Es wird nach den Ursachen gefragt, weshalb die Rahmenbedingungen für Männer und Frauen sich entsprechend darstellen.

Repräsentanz: Nahezu alle Gremien des Sportes (Vorstand Stadtportbund, Stadtportforum, Sportausschuss) in Aachen sind, nur mit Ausnahme des Jugendvorstandes, mehrheitlich mit Männern besetzt. Zum Beispiel sind 97% aller Sportvereinsvorsitzenden männlich. Eine Entsprechung finden die Daten auf der Landesebene (Ministerium für Städtebau, Wohnen, Kultur und Sport NRW 1999).

Ressourcen: Beim Zusammentragen der Kosten war es nur z.T. möglich, entsprechendes Datenmaterial zu erhalten, da es z.B. schwierig ist, die Kosten für einen Fußballplatz detailliert zu berechnen. Interessant ist die Analyse der Ressourcenverteilung; hier einige Zahlen:

- Der städtische Zuschuss für die Projekte „Tag-“ und „Nachtaktiv“, zu 95% Jungen, beträgt 12.000 €.
- Die 67 Bolzplätze werden schätzungsweise zu ca. 80% - 90% von Jungen genutzt (keine genauen Angaben, keine Zahlen zu den Kosten).
- Die 45 Fußballplätze werden ab 17.00 Uhr zu 90% vom Herrenfußball genutzt (keine Zahlen zu den Kosten).
- Die 73 Turnhallen werden ab 17.00 Uhr zu 64% von Jungen genutzt (keine Zahlen zu den Kosten).
- Der städtische Zuschuss für die Sportvereine, zu 64% von Jungen genutzt, beträgt 70.000 €.

Die größten Kostenfaktoren konnten nicht quantifiziert werden. Es ist ein Leichtes sich vorzustellen, mit welcher hohen Kosten Bolzplätze, Fußballplätze und Turnhallen sowohl bei den Investitions- als auch bei den Unterhaltungskosten zu Buche schlagen.

Realität: Im ersten Deutschen Sportbericht sind aktuelle Untersuchungen zum Freizeit- und Sportverhalten von Jungen und Mädchen dargestellt, die mögliche Erklärungen anbieten, die Ergebnisse der Repräsentanz und der Ressourcenverteilung einzuordnen:

- Auf der Ebene der Repräsentanz zeigt sich ein deutlich geringerer Frauenanteil. Es stellt sich die Frage, ob sich dadurch die Angebotsstruktur unbedacht mehr an Jungen als an Mädchen richtet.
- 80% der Angebote in Sportvereinen sind Wettkampfangebote, sie treffen die Bedürfnisse von Jungen.
- Die Sportvereine orientieren sich an traditionellen Sportkonzepten (Training, Wettkampf, Leistung), die Bedürfnisse von Mädchen werden nur unzureichend in den Blick genommen.
- Die kommerziellen Anbieter treffen die Bedürfnisse der Mädchen (z.B. Fitnessangebote, atmosphärisch gestaltete Räume) stärker, deshalb sind sie in diesen Bereich abgewandert.
- Mädchen haben ein gleich starkes Interesse, sich ehrenamtlich zu engagieren; sie werden von Seiten der Sportvereine jedoch weniger angesprochen, diese Aufgabe zu übernehmen.
- Mädchen haben weniger Freizeit als Jungen, da sie stärker in Haushaltspflichten eingebunden sind.
- Mädchen äußern sich unzufrieden mit dem derzeitigen Sportangebot, ebenso über die Freizeitstätten und Bäder, sie wechseln häufiger die Sportart und ziehen sich oft ganz zurück.

- Mädchen bevorzugen Individualsportarten im ästhetisch-kompositorischen Bereich, aber auch das Volleyball- und Handballspiel.
- Besonders bei Mädchen ist die Vereinszugehörigkeit von der Schicht abhängig, d.h. je geringer die Bildung, desto geringer ihr Engagement im Sportverein.
- Bestimmte Zielgruppen, z.B. behinderte Mädchen und Migrantinnen, sind in Sportvereinen unterrepräsentiert.
- Die Bolzplätze und die Streetballanlagen sind Jugendomänen, sie treffen das Selbstkonzept, als Mann im öffentlichen Raum zu dominieren.
- Auch bei den Jungen ist die Vereinszugehörigkeit von der Schicht abhängig, d.h. je geringer die Bildung, desto geringer ihr Engagement im Sportverein; Fußball integriert die verschiedenen Schichten.
- Jungen werden in Sportvereinen häufiger angesprochen Ehrenämter zu übernehmen.
- Die Angebote der Aachener Projekte „Tag-“ und „Nachtaktiv“ sind schwerpunktmäßig Wettkampfangebote und sprechen die Bedürfnisse von Jungen an.
- Bestimmte Zielgruppen, z.B. behinderte Jungen und Migranten, sind in Sportvereinen unterrepräsentiert.
- Jungen experimentieren mit weniger Sportangeboten, legen sich aber schnell auf Ballsportarten fest.
- (Schmidt et al. 2003)

Schlussfolgernd aus dieser Genderanalyse lässt sich konstatieren, dass in Aachen Männer in den Gremien des Sportes überproportional vertreten sind und Jungen einen sehr großen Ressourcenanteil erhalten. Der Blick auf die Angebotsebene zeigt, dass die Bedürfnisse von Mädchen, z.B. Fitnessangebote und schön gestaltetes Ambiente mit Kommunikationsräumen, nur unzureichend berücksichtigt werden. Hier liegt Entwicklungspotential und ein Bedarf, die von den Sportvereinen in Kooperation mit der Jugendhilfe aufgegriffen werden könnten. Jungen sind zu schnell auf Ballsport fixiert, sie brauchen mehr Orientierungsangebote. Zielgruppenscharfe Angebote (Behinderung, Migrationshintergrund, soziale Benachteiligung) sind für Jungen und Mädchen notwendig.

Eine Projektgruppe unter Federführung des Sport- und Jugendamtes (bestehend aus VertreterInnen der Sportvereine, des Stadtsportbundes, der offenen und verbandlichen Jugendarbeit und der Jugendförderung) hat Ziele aus der Genderanalyse entwickelt, die nun auf der Struktur- und Angebotsebene umgesetzt werden. Erste Erfolge sind schon zu verzeichnen. In zwei Stadtteilen sind pilothaft erste offene Sportangebote – in Kooperation von Jugendhilfe, Sport und Schulen – für Mädchen und Orientierungsangebote für Jungen geschaffen worden. Ein Konzept für ein Angebot für Mädchen im Bereich der Gesundheitsprävention wird derzeit mit Fachkräften aus unterschiedlichen Bereichen erarbeitet.

Was hat die Genderanalyse tatsächlich bewirkt? Der erweiterte Blick auf die Repräsentanz und die Ressourcenverteilung bei Jungen und Mädchen bildet die Realität in ihrer Komplexität schärfer ab. Das erleichtert die Argumentation und reduziert die Widerstände in fachpolitischen Diskussionen. Sie nimmt mehr Menschen mit ins Boot, an der Umstrukturierung des Sportes und der Jugendhilfe aktiv mitzuarbeiten. Und tatsächlich zeigen sich Handlungsbedarfe nicht nur für Mädchen, sondern auch für Jungen, die gleichfalls aufgegriffen werden müssen.

8 Resümee

Am Ende stellt sich die Frage, worin der qualitative Sprung der Anwendung von Gender Mainstreaming in der Jugendhilfe liegt und wie dieser zum Ausdruck kommt. Angesichts der ökonomischen Sachzwänge werden einerseits viele Möglichkeiten der Qualitätsentwicklung eingeschränkt, andererseits liegen in der Konzentration auf das Notwendige und Machbare auch Chancen für kreatives Potenzial; eine Aufgabe, die derzeit nicht nur die Jugendhilfe zu bewerkstelligen hat, sondern die viele gesellschaftliche und institutionelle Bereiche betrifft und die Stimmungslage hierzulande deutlich beeinflusst. Folgende Aspekte lassen sich als qualitative Chance im Gender Mainstreaming-Prozess der öffentlichen Jugendhilfe zusammenfassen:

- grundsätzliche Integration der Geschlechterthematik in die Jugendhilfe
- Etablierung geschlechtsbezogener Angebote für Mädchen und Jungen
- erweiterter Blick auf Maßnahmen und Strukturen
- Verpflichtung aller Jugendhilfe-Beteiligter durch die Top-Down-Verankerung
- neue Impulse durch Multiperspektivität
- stärkere Integration empirischer Forschung mit lokalem Bezug
- mehr Transparenz der Maßnahmen, Prozesse und Ergebnisse
- Ausbau der Kooperation zwischen den Trägern
- zielgenaue Schwerpunktsetzung und Profilbildung

Die wesentliche und grundlegende Qualität der Genderdebatte besteht in der konsequenten Thematisierung der Geschlechterfrage in der Jugendhilfe. So wurde die Integration geschlechterbezogener Angebote als Querschnittsaufgabe erreicht und im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert. Zahlreiche Angebote für die geschlechtsbezogene Arbeit mit Mädchen, und zunehmend auch mit Jungen, wurden entwickelt und umgesetzt.

Mit dem Beschluss des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahre 2001, die gesamte Jugendhilfe unter die Prämisse des Gender Mainstreaming zu stellen, wurde ein weiterer entscheidender Schritt

vollzogen. Die politischen Beschlüsse verlangen eine umfassende Beteiligung aller Fachkräfte in allen Bereichen und auf allen strukturellen Ebenen der Jugendhilfe.

Die Umsetzung des Gender Mainstreaming und der damit verbundenen Aufgaben liegt zukünftig nicht mehr in der alleinigen Verantwortung weniger Fachfrauen. Durch die Implementierung des „Top-Down-Prinzips“ soll erreicht werden, dass strukturell die (meist männlich besetzte) Leitungsebene stärker in die Verantwortung für die Umsetzung von Gender Mainstreaming genommen wird.

Die Verwirklichung der mit Gender Mainstreaming verbundenen Ziele – differenzierte geschlechtsbezogene Analysen und Maßnahmen in der Praxis und geschlechtergerechte Strukturen in den Institutionen – ist sehr grundlegend und umfassend. Sie fordert die Offenheit und das gemeinsame Engagement aller an der Jugendhilfe beteiligten Frauen und Männer. Dieser „Kraftakt“ wird durch die Tatsache verstärkt, dass Projektanträge ohne die Berücksichtigung des Genderbezuges kaum noch bewilligt werden.

Indem sich mehr Fachkräfte mit der Thematik beschäftigen und Stellung beziehen, erweitern und vervielfältigen sich die Perspektiven. Durch die Formulierung unterschiedlicher Meinungen und Sichtweisen können verschiedene Diskussionsstränge verdeutlicht und zusammengeführt werden. Anstatt weitere Kontroversen über „richtige“ oder „falsche“ Ansätze zu führen, bietet die Multiperspektivität Chancen für notwendige neue Impulse in der Genderdebatte, die der Pluralisierung und Individualisierung jugendlicher Lebenswelten eher entsprechen.

Die Jugendhilfe und Jugendarbeit benötigt als Handlungsgrundlage differenzierte Analysen vor Ort. In Anbetracht der vielfältigen Aufgaben und Zielgruppen scheint es schwierig, alle Aspekte im Blick zu halten und mit einer potenziellen Flut an Datenmaterial praktikabel umzugehen. Hier bietet Praxisforschung realistische Chancen zur systematischen Erfassung von handlungsrelevanten Erkenntnissen für die Jugendhilfeplanung, die Konzeptentwicklung und deren Umsetzung sowie für die Prozessbeobachtung und Evaluation in der Praxis. Entsprechende Möglichkeiten wurden mit den Beispielen aus der Stadt Aachen vorgestellt.

Die Genderperspektive erfasst nur eine Dimension gesellschaftlicher Wirklichkeit, zusätzliche relevante soziale Kategorien müssen ebenfalls differenziert berücksichtigt werden. Konzepte der geschlechtsbezogenen Jungen- wie Mädchenarbeit müssen an den jeweiligen realen Lebenslagen und Lebensentwürfen der Jugendlichen ansetzen. Dazu gehören soziale, ethnische, kulturelle und entwicklungsbedingte Dimensionen. Diese zielgruppenspezifischen Differenzierungen bieten der Praxis zahlreiche Möglichkeiten der Profilbildung, der Kooperation und der gegenseitigen Ergänzung. Oftmals wird in diesem Zusammenhang noch zu sehr der Konkurrenzaspekt betont, der für die Jugendhilfe wie für die Soziale Arbeit überhaupt, eher

ungewohnt ist. Da Soziale Arbeit sich primär als Beziehungsarbeit versteht, wird eine hohe Prozessqualität erwartet, die für viele PraktikerInnen unter den gegebenen Bedingungen kaum noch zu gewährleisten ist. Dennoch liegt in der konzeptionellen Konzentration und schärferen Profilierung von Einrichtungen und Maßnahmen gerade unter ökonomischen Gesichtspunkten auch eine Qualität.

In diesem Zusammenhang ist noch einmal deutlich herauszustellen, dass die Leitidee des Gender Mainstreaming in der Jugendhilfe in Fachkreisen ausdrücklich als Ergänzung zu bestehenden Ansätzen und Projekten verstanden wird. Sie darf nicht dazu missbraucht werden, bewährte Projekte – insbesondere im Bereich der Mädchen- und Frauenförderung und Beratung – indirekt wieder zurückzunehmen. Leider ist dies vielerorts doch der Fall.

Inwiefern sich letztlich die an der Jugendhilfe beteiligten Institutionen und Fachkräfte den grundlegend veränderten Bedingungen und einem „verordneten“ Gender Mainstreaming-Prozess verpflichtet fühlen, bleibt abzuwarten. Je mehr jedoch verdeutlicht werden kann, dass geschlechtergerechte Systeme letztlich die individuellen Gestaltungsfreiräume und Wahlmöglichkeiten – unabhängig vom biologischen Geschlecht – erweitern können und nicht einschränken müssen, desto besser können sich die zukünftigen Veränderungsprozesse entwickeln.

Bei aller Diskussion um die Qualität der kommunalen Jugendhilfe soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass die Genderdebatte hierzulande auf einem weit fortgeschrittenen Niveau und von einem „relativ komfortablen Standort“ aus geführt wird. Viele grundlegende Freiheiten, Wahlmöglichkeiten und Gleichberechtigungen wurden erreicht und stehen außer Frage. In einer globalisierten Weltsicht erlangt der Anspruch auf eine geschlechtergerechte Welt jedoch eine sehr viel weiterreichende Bedeutung. Deshalb sind unverminderte Kraftanstrengungen für den Einsatz von Ressourcen erforderlich, die die existenzielle Bedrohung, Verletzung und Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere von Mädchen und jungen Frauen, weltweit bekämpfen und den Aufbau und die Aufrechterhaltung von Projekten ermöglichen. Zu nennen sind hier insbesondere die Bereiche der körperlichen und sexuellen Misshandlung, der Zwangsprostitution, kulturell legitimer Beschneidungen, religiös legitimer Tötungen, Zwangsehen sowie der Rekrutierung von Kindern für Kriegszwecke und Zwangsarbeit.

Es bleibt zu hoffen, dass der Blick für die großen globalen Genderthemen gewahrt bleibt und gleichzeitig die lokalen Gestaltungsräume der Jugendhilfe genutzt werden. Diese Solidarität muss auch ein Thema der hiesigen Jugendhilfe sein und sollte durch Projekte und Patenschaften ausgedrückt werden.

Literatur

- Badinter, Elisabeth (1997): Die Identität des Mannes. Seine Natur, seine Seele, seine Rolle, München, Zürich
- Beck, Ulrich/ Beck-Gernsheim, Elisabeth (1990): Das ganz normale Chaos der Liebe, Frankfurt a.M.
- Bitzan, Maria/ Daigler, Claudia (2001): Eigensinn und Einmischung. Einführung in Grundlagen und Perspektiven parteilicher Mädchenarbeit, Weinheim, München
- Bohn, Irina/ Bradna, Monika (2002): Erkenntnisse aus der Praxis der Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung und Gender-Mainstreaming-Prozesse – So geht's, Stuttgart, 63-74
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2002): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Bonn
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2000): Kinder- und Jugendhilfe, Aches Buch Sozialgesetzbuch, 10. Aufl., Bonn
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (1998): Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland, Bonn
- Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (Hg.) (1984): Sechster Jugendbericht. Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
- Butler, Judith (2002): Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a.M.
- Enggruber, Ruth (2001): Gender Mainstreaming und Jugendsozialarbeit, Münster
- Glücks, Elisabeth/ Ottemeier-Glücks, Franz Gerd (Hg.) (1994): Geschlechtsbezogene Pädagogik: Ein Bildungskonzept zur Qualifizierung koedukativer Praxis durch parteiliche Mädchenarbeit und antisexistische Jungenarbeit, Münster
- Hagemann-White, Carol (1984): Sozialisation: Weiblich – männlich? Opladen
- Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille (Hg.) (1984): Parteiliche Mädchenarbeit und antisexistische Jungenarbeit – geschlechtsspezifische Bildungsarbeit für Jungen und Mädchen. Abschlussbericht des Modellprojektes „Was Hänschen nicht lernt ... verändert Clara nimmer mehr!“, Frille
- Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen (2001): Rahmenstudienordnung & Prüfungsordnung, Fachbereich Sozialwesen, Köln
- Lorber, Judith (2003): Gender-Paradoxien, 2. Aufl., Opladen
- Meyer, Dorit (2002): Mädchenarbeit vor neuen gesellschaftlichen Herausforderungen, in: Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendbericht (Hg.): Band 3: Mädchen- und Jungenarbeit – Eine ungelöste fachliche Herausforderung. Der 6. Jugendbericht und zehn Jahre Paragraph 9.3 im Kinder- und Jugendhilfegesetz, München, 21-35
- Ministerium für Städtebau, Wohnen, Kultur und Sport NRW (Hg.) (1999): Zwischenbericht zum Landesprogramm NRW: „Mehr Chancen für Mädchen und junge Frauen im Sport.“, Düsseldorf
- Rauw, Regina/ Jantz, Olaf/ Reinert, Ilka/ Ottemeier-Glücks, Franz Gerd (Hg.) (2001): Perspektiven geschlechtsbezogener Pädagogik. Impulse und Reflexionen zwischen Gender, Politik und Bildungsarbeit, Opladen

- Rauw, Regina/ Reinert, Ilka (Hg.) (2001): Perspektiven der Mädchenarbeit. Partizipation, Vielfalt, Feminismus, Opladen
- Schmidt, Werner/ Hartmann-Tews, Ilse/ Brettschneider, Wolf-Dietrich (Hg.) (2003): Erster Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht, Schorndorf
- Schnack, Dieter/ Neutzling, Rainer (1990): Kleine Helden in Not. Jungen auf der Suche nach Männlichkeit, Reinbek bei Hamburg
- Sturzenhecker, Benedikt/ Winter, Reinhard (Hg.) (2002): Praxis der Jungenarbeit. Modelle, Methoden und Erfahrungen aus pädagogischen Arbeitsfeldern, Weinheim, München
- Winter, Reinhard (1996): Jungenarbeit – ein Perspektivwechsel, in: Brandes, Holger/ Bullinger, Hermann (Hg.): Handbuch Männerarbeit, Weinheim, 378-389

Fußball und Gewalt. Fanprojektarbeit mit Jungen und Mädchen

Der Fußball spiegelt Entwicklungen der Gesellschaft wider, da er als eigene soziale Institution oder als Teilsystem am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben teilnimmt. Er führt als Mikrokosmos, in dem Komplexität reduziert und Sinn produziert wird, eine Idealwelt von Leistung und Belohnung vor.

In Deutschland ist Fußball ein Männersport, auch die Zuschauer sind zumeist männlich. Jungen sind quasi von Geburt an Fußball sozialisiert und interessiert. Auch die Forschung zum Thema Fußballfans bezieht sich (fast) ausschließlich auf männliche Fans. Offizielle Zahlen zum Anteil weiblicher Zuschauer gibt es nicht (Schätzungen belaufen sich auf ca. 25%). Ein Blick in die USA zeigt, dass diese männliche Zuständigkeit für den Fußball keineswegs naturgegeben ist, sondern vielmehr auf Geschlechterkonstruktionen zurückgeführt werden kann, die im und durch den Fußball deutlich werden. Die Geschichte und die kulturelle Wertigkeit des Themas Fußball in Deutschland und die damit verbundene Stellung in der Gesellschaft prägen die historisch gewachsene Definition vom Fußball als Männerdomäne. Die Erwartungen an Spieler, Fans und ihr Verhältnis untereinander werden bestimmt von dieser Definition und finden ihre Auswirkungen in der Gegenwart.

Die Zuständigkeit sozialer Arbeit in dem System Fußball bezieht sich auf die Arbeit mit jugendlichen Fußballanhängern, besonders mit den gewaltbereiten. Fanausschreitungen setzen sich aus vielen Mosaiksteinchen, Entwicklungen und Ursachen zusammen und haben sich häufig in eigendynamischen Prozessen von der Logik ihrer Ursprünge entfernt. Fußballfans werden zu einem gesellschaftlichen und sicherheitsrelevanten Problem. Ordnungspolitische Maßnahmen werden verschärft, wodurch eine Verlagerung der Ausschreitungen in das Stadionumfeld stattfindet. In den letzten Jahren ist jedoch keine weitere Reduzierung der Gewalt im Rahmen von Fußballspielen zu verzeichnen.

Dieser Aufsatz will Potentiale aufzeigen, die eine geschlechtsspezifische Perspektive auf die Zielgruppe jugendlicher Fußballanhänger mit sich bringen kann. Die Berücksichtigung der speziellen Lebenslagen junger Männer und daraus resultierenden Anforderungen kann helfen, die Entstehung von Aggressionen nachzuvollziehen und praxisrelevante Ansätze für die Reduzierung der Gewalt im Umfeld von Fußballspielen zu entwickeln. In der bisherigen Fanprojektarbeit wurde dieser Aspekt nicht ausreichend einbezogen, obwohl die Forschung durchaus geschlechtsbezogene Analysen vornimmt.

Eine Umsetzung in geschlechterorientierte Konzepte ist kaum erkennbar. Dieser Text möchte erste Ideen vorstellen, wie die Fanprojektarbeit mit Jungen und Mädchen in geschlechtshomogenen wie -heterogenen Gruppen den Fußball als Männerdomäne nutzen kann, jungen Männern und Frauen einen Raum zu bieten, ihre Identität auszubilden.

In den ersten vier Teilen werden die Entwicklung und Aufgaben der Fanprojektarbeit vorgestellt (1), bevor sich eine Analyse gesellschaftlicher Bedingungen junger Männer und die speziellen Anforderungen an sie in der Lebensphase Jugend anschließt (2). Die besondere Bedeutung der Fankurve für junge Männer und die Folgen der Zerstörung dieses Raumes werden verdeutlicht (3). Diesen Betrachtungen folgen Forderungen für die Fanprojektarbeit mit Jungen unter Berücksichtigung der ausgeführten Aspekte (4). In den nächsten beiden Teilen werden die spezielle Situation weiblicher Fußballfans dargestellt und die verschiedenen Rollen von Frauen im Stadion analysiert (5). Daraus werden Folgerungen für die Fanprojektarbeit mit Mädchen abgeleitet (6). Der letzte Teil bezieht sich auf Männer und Frauen als FanprojektmitarbeiterInnen und benennt Chancen, die eine bewusste Rollengestaltung aller Teammitglieder mit sich bringen kann (7).

1 Fanprojektarbeit

Die Historie von Fanausschreitungen im Rahmen von Fußballspielen lässt sich bis in die Wurzeln des Fußballspiels zurückverfolgen. Die große Zuschauerzahl des Arbeitersports Fußball ging schon immer einher mit abweichendem Verhalten der Zuschauer. Bereits 1314 wurden die Vorläufer des Fußballspiels durch König Edward II. verboten, weil er in dessen Ausführung eine Gefahr für die öffentliche Ordnung sah (Dunning 1983, 124). Seit Ende des 19. Jahrhunderts kam es regelmäßig zu Fanausschreitungen. Zu dieser Zeit gab es allerdings keine Institution, die sich für die Eindämmung solcher Auseinandersetzungen verantwortlich fühlte, da kein Interesse der Öffentlichkeit an Ausschreitungen, ihren Ursachen und Folgen bestand.

Die Verbreitung des Fernsehens und die damit erhöhte Aufmerksamkeit für den Fußball (Weltmeisterschaft 1966) führten zu einer öffentlichen Wahrnehmung und moralischen Verurteilung von Fanausschreitungen, so dass das Unterbinden solcher Ausschreitungen auch staatliche Maßnahmen hervorrief (Dunning 1983, 126). Seit Mitte der 70er Jahre begann diese Entwicklung in Deutschland. Einige Katastrophen (Katastrophe im Brüsseler Heyselstadion 1985, Katastrophe von Hillsborough 1989) verstärkten die ordnungspolitischen Maßnahmen.

Gutachten zur Fragestellung der Fanausschreitungen wurden ausgearbeitet. Der Druck der Medien erhöht den Handlungsdruck der Polizei. Eine stark

repressive Gewaltprävention setzt auf Abschreckung als Ursachenbeseitigung. Die Zahl der Einsatzkräfte wurde erhöht und polizeiliche Maßnahmen nahmen zu. So wurden Stehplatzbereiche mit Drahtzäunen umrandet und über Videokameras ununterbrochen überwacht. Sonderzüge, Straßenbahnen und der Weg zum Stadion werden polizeilich begleitet, Gästefans werden zur besseren Kontrolle direkt ins Stadion geleitet, wobei ein Ausscheren aus der Gruppe nicht gestattet ist (Klettenprinzip). So genannte „Turnschuhkommandos“ ermöglichen flexible Reaktionen auf Fans. Eine zentrale Gewalttäterdatei unter Hinzuziehung des LKA wird angelegt. Alle Fans werden als potentielle Gewalttäter betrachtet, da die Polizei nicht mehr zwischen friedlichen und gewalttätigen Fans unterscheiden kann. Trotz dieser Bemühungen bleibt die Zahl der Fanausschreitungen in den letzten Jahren konstant.

Anfang der 90er Jahre setzte sich die Erkenntnis durch, dass mit ausschließlich repressiven Maßnahmen nicht ausreichend auf die Problematik jugendlicher Fanausschreitungen reagiert werden kann (Schneider/ Meyer 2000, 33). Entstanden die ersten Fanprojekte schon seit Dezember 1981, wird seit 1993 eine professionelle und stetig sozialpädagogisch präventive Fanprojektarbeit durch das Nationale Konzept Sport und Sicherheit (NKSS) gewährleistet, das die Einrichtung von Fanprojekten für jeden Bundesligaverband und deren Rahmenbedingungen festlegt (AG NKSS, 1993, 10ff).

Fanprojekte sind gewaltpräventive Projekte, die sich als Anlauf-, Vermittlungs- und Drehpunkteinrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene verstehen. Das NKSS definiert für die Fanprojektarbeit folgende Ziele:

- Eindämmung der Gewalt; Arbeit im Präventivbereich, z.B. Hinführung zu gewaltfreier Konfliktlösung im Rahmen von Selbstregulierungsmechanismen mit der Perspektive der Gewaltverhinderung;
- Abbau extremistischer Orientierungen (Vorurteile, Feindbilder, Ausländerfeindlichkeit) sowie delinquenter oder Delinquenz begünstigender Verhaltensweisen;
- Steigerung von Selbstwertgefühl und Verhaltenssicherheit bei jugendlichen Fußballanhängern; Stabilisierung von Gleichaltrigengruppen;
- Schaffung eines Klimas, in dem gesellschaftliche Institutionen zu mehr Engagement für Jugendliche bewegt werden können;
- Rückbindung jugendlicher Fußballanhänger an ihre Vereine (AG NKSS 1993, 10).

War die Arbeit mit Fußballfans zu Beginn Arbeit mit Hooligans, so hat in den letzten Jahren ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Die Zielgruppe der Hooligans ist durch Fanprojektarbeit oftmals nicht zu erreichen, da sie sich häufig nicht auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Fanprojekten einlassen wollen. Hooligans zeigen selten Schuldgefühle und instrumentalisieren Sozialarbeiter vielmehr noch, nach vollendeten Taten den Schaden zu begrenzen.

Trotzdem muss Fanprojektarbeit gewaltbereite Jugendliche begleiten und in der akzeptierenden Arbeit klare Grenzen setzen. Mittlerweile wenden sich die Angebote der Fanprojekte ohne Ausnahmen an alle Differenzierungen der Fanszene (Schneider 1997, 109). Zwar sind sie nach den Vorgaben des NKSS immer noch in erster Linie für die Arbeit mit gewalttätigen Fußballanhängern zuständig, allerdings werden mit den definierten Zielen auch andere Zielgruppen angesprochen. Um jugendliche Fußballanhänger erreichen zu können, ist Fanprojektarbeit niedrigschwellig ausgelegt. So findet der überwiegende Teil der Fanprojektarbeit in Form von aufsuchender Jugendarbeit in Stadien, Bahnhöfen, an öffentlichen Plätzen, in Kneipen, Bussen und Zügen statt. In der Woche bieten offene Angebote in den Räumlichkeiten der Fanprojekte eine Anlaufstelle, in der jugendliche Fußballfans ihre Aktivitäten planen, koordinieren oder sich einfach treffen können. Allgemein arbeiten Fanprojekte mit dem Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit.

Bezüglich der Institutionenarbeit wenden sich Fanprojekte vor allem an Profivereine, Sportverbände, Polizei, Medien, Jugendämter und Bildungseinrichtungen. Dabei beziehen sie sich schwerpunktmäßig auf Aktivitäten der Deeskalation in brisanten Konfliktsituationen und akuten Einzelfällen sowie auf eine situationsübergreifende und langfristige Vermittlungsarbeit. Ziel ist der Aufbau eines Netzwerkes, das auf die Problemlagen jugendlicher Fußballanhänger angemessen reagieren kann. Weiterhin ist es Aufgabe der Fanprojekte, die Öffentlichkeit über Ursachen und Bedingungen von Gewalt aufzuklären, um jugendliche Fußballanhänger nicht als Kriminelle und Gewalttäter zu stigmatisieren.

2 Zum Fußball als Männersport

„Jungs spielen Fußball, gucken Fußball, wollen später einmal Fußballer werden. Das ist ganz normal ...“ (Selmer 2004, 24).

In Deutschland ist bei Jungen eine typische Fußballsozialisation zu beobachten. Jungen wird schon alleine aufgrund ihres Geschlechtes Fußballsachverstand zugewiesen (Sülzle 2004, 1). Männliche Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren bilden den größten Teil in der Fankurve (Becker/ Pilz 1988; Heitmeyer/ Peter 1992; Pilz et al. 1990; Weis et al. 1990). Auch Fanausschreitungen werden überwiegend von männlichen Heranwachsenden und Jugendlichen begangen und als Teil jugendlichen Protest- und Auftrumpfverhaltens verstanden (Weis et al. 1990, 583). Fanprojektarbeit ist dementsprechend Arbeit mit überwiegend männlichen Jugendlichen und jungen Männern.

Grundsätzlich kann die Zuständigkeit für die öffentliche Inszenierung von Gewalt – durch verschiedene Jugendsubkulturen – größtenteils (95%) Männern zugeschrieben werden (Buderus 2001, 99). Auswertungen der polizeilichen Kriminalstatistik belegen die überwiegend männliche Zuständigkeit im Bereich der Körperverletzungen (Pilz 2002, 2).

In der Wissenschaft existiert eine Vielzahl von Theorien über die Entstehung von Aggressionen und Gewalt (beim Fußball z.B. zivilisationstheoretischer Ansatz nach Norbert Elias oder Individualisierungsthesen nach Ulrich Beck). Monokausale Erklärungsansätze werden der Vielschichtigkeit menschlichen Verhaltens nicht gerecht. Vielmehr ist es erforderlich, die soziale Verursachung jugendlicher Gewalt zu untersuchen, um praxisrelevante Ansatzpunkte entwickeln zu können. Hilfreich kann ein Blick auf die speziellen Lebensbedingungen sein, mit denen sich gerade junge Männer heute konfrontiert sehen.

Gesellschaftliche Bedingungen junger Männer

Junge Männer sehen sich dem gesellschaftlich inszenierten Leitbild des jungdynamischen, sexuell versierten und aktiv maskulinen Erfolgsmenschen gegenübergestellt (Buderus 2001, 99). Dabei wird die Kluft zwischen diesem Leitbild und der real erlebten Wirklichkeit männlicher Lebensentwürfe immer größer. In Zeiten von zunehmender Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit gerade junger Menschen, sind viele Männer nicht mehr in der Lage, die klassische Rolle des Ernährers zu erfüllen. Medial vermittelte und persönlich wahrgenommene Territorial- und Besitzansprüche differieren aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse (a.a.O.). Der (männliche) Körper wird zur Leistungsmaschine umfunktionalisiert. Gesellschaftliche und familiäre Erwartungen erfordern unterschiedliche Rollenfächer je nach Situation und Umgebung. Für junge Männer ist es schwierig, diese Rollen zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. So leben verschiedene Körpertypen unintegriert nebeneinander und sind je nach Erfordernis der Situation und der Umgebung abrufbar.

Gerade für junge Männer sind diese Widersprüche schwer aufzulösen, da sie sich in der Phase der Identitätsentwicklung befinden. Ein Bild des eigenen Selbst und das Ich-Empfinden werden herausgebildet. Zudem ist die Übernahme von verantwortlichen gesellschaftlichen Mitgliedsrollen zentrale Aufgabe in der Jugendphase (Hurrelmann 2004, 31). Dabei kommt es im Jugendalter nicht zu einer Übernahme von gesellschaftlichen Vorgaben oder zu einer Reproduktion von Sozialcharakteren. Vielmehr werden in individuellen Aneignungs- und Auseinandersetzungsprozessen mit inneren und äußeren Lebensbedingungen verschiedene Rollen ausprobiert und eingeübt. Erschwert wird die Entwicklung einer eigenen Identität durch Widersprüche in den Lebenslagen Jugendlicher. Eine Entstrukturierung und Ausdehnung der

Lebensphase Jugend hat stattgefunden. Die Zunahme von Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und der erschwerte Zugang zum Arbeitsmarkt verlängern diese Phase. Ihre Dauer, ihr Verlauf und ihr Ausgang sind dabei ungewiss (Roth/ Rucht 2000, 25). Ein befriedigendes Miteinander wird verhindert durch gesellschaftliche Entwicklungen, die den sozialen und persönlichen Erfolg – gerade für Männer – um jeden Preis propagieren. Unattraktive oder fehlende Freizeitangebote sowie erlebnis- und kontaktarme Wohngebiete potenzieren das Bedürfnis nach Aktion und Erleben. Die soziale Verarmung vieler, für die psychische und soziale Stabilisierung unentbehrlicher, familiärer und nachbarschaftlicher Bindungen, eine Krise der ethischen Werte und die Erhöhung der Gewalttoleranz führen zu Orientierungslosigkeit (Pilz 1988, 218). Viele Jugendliche befinden sich zudem in Lebenszusammenhängen, in denen Männlichkeitsnormen und die Legitimierung körperlicher Gewalt als Mittel zur Interessendurchsetzung besonders auffällige und aggressive Verhaltensmuster produziert und erfordert (a.a.O.).

Der Fußball bietet jungen Männern die Möglichkeit, sich zumindest zeitweise aus den skizzierten Widersprüchen zu befreien, und gleichzeitig einen festen Rahmen, in dem Jugendliche Orientierung und Wertvorgaben erfahren. Er dient als Ventil, (gesellschaftlich) geforderte Selbstbeschränkungen auszuheben (Dembowski 2001, 37). Im Folgenden werden spezielle Bedingungen, die der Fußball für junge Männer bereitstellt, aufgezeigt.

Rückgriff auf traditionelle Rollenmuster möglich

Beim Fußball erfolgt eine Umschaltung auf klassisch patriarchalische Männerbilder, die gelegentliche (gesellschaftlich tolerierte) Grenzüberschreitungen und Verhaltensweisen ermöglicht und rechtfertigt. Der Fußball bietet einen idealen Rahmen, typische männliche Rollenklischees auszuüben und zu inszenieren. Mit seinen Reglementierungen bietet er ein Präsentationsfeld für patriarchale Wertvorstellungen. Auf dem Rasen werden – verstärkt durch die Medien – männliche Ideale vorgelebt und gesellschaftlich akzeptiertes geschlechterorientiertes Handeln eingeübt. In der modernen (kapitalistischen) Gesellschaft verlieren Orte an Bedeutung, in denen traditionelle männliche Verhaltensweisen, Gesten und Blicke geübt werden können – ein Grund für die Aneignung des Stadions durch junge Menschen als ihren eigenen Raum, der ihnen geblieben ist.

Das positive Selbstbild der Fans ist stark von Männlichkeitsnormen besetzt. Das äußert sich in der Sprache, in der immer wieder die maskuline Rolle des Kämpfens, Verteidigens und Siegens hervorgehoben wird. Dabei gelten körperliche Stärke und Gewalt als erstrebenswert. Männlichkeit und Mannhaftigkeit strahlen Erfolg aus und beinhalten eine gewisse Gewaltakzeptanz. Konfrontation mit anderen ist gewollt. Der Körper bleibt häufig als Kapital, wenn Jugendliche keine alternative Möglichkeit sehen, sich positiv

hervorzutun. Entsprechend wird er ausgebildet und gewinnbringend hervorgebracht. Der Kampf ist zur Erlangung und Aufrechterhaltung von Ansehen ein effektives Mittel. Im Prinzip stellt die Fußballfankultur nichts anderes dar als einen modernen Männerbund, der männliche Werte wie Mut, Härte und Durchsetzungsvermögen vertritt und dessen innerer Zusammenhalt durch Männlichkeitsrituale wie Trinkfestigkeit, Durchhaltevermögen bei mehrtägigen Reisen sowie Furchtlosigkeit bei Provokationen und Schlägereien gefestigt wird (Bruderus 2001, 103).

In der Fußballfanszene finden Jugendliche die Möglichkeit, sich in Gleichaltrigengruppen zusammenzuschließen. Mit ihren Mitgliedern werden verschiedene Kriterien wie Status, Rang und Alter geteilt. Beziehungen werden aufgebaut, gleichzeitig kommt es zu einer Abgrenzung der Jugendlichen von der Erwachsenenwelt, zu der das Verhältnis in dieser Phase spannungsreich und problematisch ist. In der Peer-group erhalten Jugendliche die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung, soziale Anerkennung, Sicherheit und Solidarität (Aschenbeck 1998, 95). Es existiert eine jugendliche Fußball-Subkultur mit einem besonderen System von Wertvorstellungen und Verhaltensregeln. Es besteht die Bereitschaft zur Integration, die wiederum als Schutz gegen die gesellschaftliche Zumutung der Integration erlebt wird. Eine äußere Symbolik in z.B. Kleidung, Haartracht und Ausdruck unterstützt diese Abgrenzung. Diese Subkultur hilft, die Widersprüche in der Lebenswelt der jungen Menschen aufzulösen und ihre eigene Identität zu entwickeln. Die Identifikation mit dem Verein bildet den Mittelpunkt. Dabei wird die Leidenschaft der Jugendlichen auf Spiele, Räume (Kurve) und Zeiten zentriert. Diese Zusammenschlüsse sind nicht homogen, die unterschiedlichen Organisationsformen reichen von losen Verbindungen bis hochorganisierten Strukturen. Überdauern zahlreiche Zusammenschlüsse nur die Zeit des Spiels, treffen sich andere Fanclubs auch über das Spielgeschehen hinaus. Auffällig ist der Bedeutungsverlust formalisierter Fanclubs für Jugendliche; der feste Organisationsrahmen scheint Jugendliche eher abzuschrecken. So haben sich wilde Fanclubs, in denen Jugendliche alleine die Regeln festlegen und den Zugang kontrollieren, entwickelt.

Die starke Reglementierung und bestimmte Verhaltens- und Machtmuster des Fußballs bieten eine eindeutige Orientierung. Sie ermöglichen eine Umkehrung der realen oder subjektiv erfahrenen Lebensbedrohung in eine aktive Bedrohung anderer. Kennzeichnend ist das Gefühl der Überlegenheit der einzelnen Mitglieder gegenüber anderen Stadionbesuchern (Findeisen/Kersten 2001, 142). Die eigene (jugendimmanente) Unsicherheit wird durch Stigmatisierung anderer (z.B. von Gegnern oder von Frauen) abgebaut. Gäbe es diese Stigmata nicht, müssten jugendliche Fußballfans ihre eigene bedingungslose Unterstützung hinterfragen, was wiederum Verhaltensunsicherheit auslösen würde. Die Eigendarstellung ist verherrlichend, die Abgrenzung und Abwertung anderer ist identitätsstiftend für die Gruppe. An einem ein-

deutigen Freund-Feind-Bild können Jugendliche sich klar orientieren. Der Gegner wird z.B. rituell durch Beschimpfungen angegriffen, wobei ihm menschliche Züge abgesprochen werden, er wird mit Eigenschaften konnotiert, die von den Fangruppen negativ besetzt sind. Dabei wird besonders auf körperliche Schwäche, Homosexualität oder weibliche Attribute abgehoben.

Der eigene Körper und das Selbst können intensiv erlebt werden, Angstgefühle werden durch Risikoerlebnis und Abenteuer bearbeitet. In der Aktion, die als identitätsstiftendes Moment erlebt wird, wird Eigenverantwortung übernommen und Werte wie Mut und Kampfbereitschaft bekommen eine zentrale Bedeutung. Gewalt schafft scheinbar Eindeutigkeit in unklaren Situationen. Dabei täuscht sie die Überwindung der eigenen Ohnmacht vor und ist Mittel, Beachtung und Aufmerksamkeit zu erlangen. In der Gruppe schafft Gewalt Anerkennung (Reichmann 2000, 50f) und erweist sich als erfolgreiches Instrument zur Durchsetzung von Interessen. Gewaltanwendung bietet dabei einen rauschartigen Zustand innerer Erregung, der im normalen Leben nicht erfahrbar ist (Pilz 2002, 8).

Männliche Sexualität spielt beim Fußball eine besondere Rolle. Neben „Sport“ sind „Frauen“ und „Sex“ Hauptthemen, z.B. in den Fangesängen während eines Spiels. Die Abwertung von Frauen oder von Homosexuellen als Objekte stabilisiert die eigene Identität; dabei werden die persönlichen sexuellen Neigungen zu keinem Zeitpunkt hinterfragt. Gleichzeitig ist das Fußballstadion ein gesellschaftlich tolerierter Ort, in dem Berührungen (Küssen, Umarmen, Schlagen) unter Männern ermöglicht werden. Zugang zu diesem Raum haben fast ausschließlich Männer. Frauen werden allenfalls toleriert, wenn sie ein maskulines Selbstkonzept vorweisen oder die Rolle der Mitläuferin oder Unterstützerin einnehmen. Auf jeden Fall passen sie sich eher an und ordnen sie sich der männlichen Dominanz als Sozialisationsmodell unter.

3 Die Zerstörung der Fußballjugendkultur

Stadionumbauten und Ordnungsmächte greifen in den letzten Jahren störend in diese Jugendkultur der Fußballfans ein. Das hat dazu geführt, dass bestehende Rituale entstrukturiert worden sind und nun ihre Funktion zur Gewaltbegrenzung eingebüßt haben. Früher wurde die Lust an der körperlichen Auseinandersetzung innerhalb der Fankultur in ritualisierten, geregelten Formen befriedigt – sie schafften (auch für die Ordnungskräfte) verlässliche Auseinandersetzungsformen. Die Jugendlichen regelten dabei ihre Konflikte selbst, ernsthafte körperliche Schlägereien galten in der Regel als inakzeptabel. Sobald ein Gegner unterlegen war, wurde nicht weiter gekämpft. Andere Fans griffen schlichtend ein, wenn die Auseinandersetzung zu hart oder zu

brutal wurde und Verhalten, das zu Panik oder Verletzungen führen konnte, wurde von den Fans unterbunden. Diese Selbstregulierung hatte repressive Züge (Alt et al. 1990, 623f).

Durch die Eingriffe in die traditionellen Rituale verlagert sich die Aufmerksamkeit der Fans immer mehr auf die Ordnungskräfte selbst. Die Polizei wird in die „Befriedigung des Erlebnishungers“ (Pilz 1988, 22) der Fans geradezu einbezogen, wobei die Gewalt eine Eigendynamik erhalten kann, die nicht mehr zu kontrollieren ist. Die Angst vor diesen Ausschreitungen führt wiederum zu weiteren und härteren Maßnahmen seitens der Vereine, Verbände und Ordnungsmächte.

Die Kurve bietet Platz zur Selbstdarstellung, die von Fangesängen über Choreographien bis zur Gewalt reicht. Heute ist das Abbrennen von bengalischem Feuer genauso verboten wie das eher harmlose Werfen von Konfetti oder das Schwenken großer Fahnen. Die Stadien gehen für junge Menschen als Erlebnis- und Aktionsräume zunehmend verloren und der Drang zur Selbstinszenierung wird durch Verbote, die zu wenig differenziert angewendet werden, eingedämmt. Die Jugendkultur der Fußballfans wird durch die ordnungspolitische Besetzung der Stadien und die damit fortschreitende Kontrolle „zerschlagen“, so Dembowski (2001, 71): „Die traditionelle, historisch gewachsene Fanszene als Bestandteil der Jugendkultur wird zunehmend ihres Präsentationsfeldes, des Fußballs, beraubt“.

Die heute für die Fans eingeschränkte Relevanz des Raumes „Kurve“, die Zerstörung der Fankultur durch die Einsatzstrategien der Ordnungskräfte und somit auch der Selbstregulierungsmechanismen durch Rituale der Fans führen die Polizei in ein fast aussichtsloses Dilemma: Sie sieht sich gezwungen, das staatliche Gewaltmonopol aufrecht zu erhalten, ohne dadurch die Gewalt weiter reduzieren zu können und sie kann sich andererseits bei einer Zurücknahme solcher restriktiven Maßnahmen nicht mehr auf die Selbstregulierung in der Fanszene verlassen (Aschenbeck 1998, 111). Trotz des verschärften Einschreitens der Polizei ist das Gewaltniveau in den letzten Jahren konstant geblieben (ablesbar an den Zahlen der Zentralen Informationsstelle Sport und Sicherheit des LKA). Der brachiale und meist kostspielige Polizeieinsatz führt zudem zur Stigmatisierung der Fans in der Öffentlichkeit, die den Handlungsdruck auf die Polizei erhöht.

Die Fans reagieren auf die ordnungspolitischen Maßnahmen und den Verlust intensiver Gruppenbeziehungen im und um das Stadion unterschiedlich: So wandern sie aus dem Stadion ab und suchen sich andere Räume oder suchen den Kontakt zu extremeren, z.B. rechts orientierten Gruppen, in denen sie ihr Gruppenbild weiter leben und ihr Selbstbild produzieren können. In diesen Räumen entziehen sie sich pädagogischer Arbeit.

Eine weitere Reaktion ist die Verteidigung eigener Räume durch Gegen Gewalt. Gewalttätiges Verhalten wird als Verarbeitungsform sozialer Wirklichkeiten verstanden werden – hier durch die Rückgewinnung eines Lebens-

raumes. Die Gruppenidentität kann durch Auseinandersetzungen mit der Polizei erhalten werden; treffen doch die Ordnungsstrategien vor allem diejenigen Fans, die ihre Suche nach Identität als einen lebensnotwendigen Prozess mit dem Fußball verbinden (Grundmeier 2004, 73).

4 Fanprojektarbeit mit Jungen

Um den aufgezeigten Entwicklungen entgegenzuwirken, müssen Fanprojekte ihre Möglichkeiten nutzen, Jungen im Prozess der Identitätsentwicklung zu begleiten und die strukturellen Rahmenbedingungen durch politische Arbeit zu verbessern. Dieser Auftrag lässt sich in nachstehende Folgerungen konkretisieren.

Kritisch Fans begleiten

Jugendgewalt ist (fast) ausschließlich Jungengewalt und Fanprojektarbeit ist hauptsächlich Arbeit mit männlichen Jugendlichen. Deswegen ist es wichtig, die spezifischen Problemlagen und Interessen von Jungen in den Blick zu nehmen und vermehrt Konzepte anzuwenden, die speziell für Jungen entwickelt wurden. Dabei kann mit Einrichtungen, die bereits Jungenarbeit machen, kooperiert werden. Aufgabe der Fanprojekte kann nicht ausschließlich sein, den Jungen einen geschützten Ort zum Ausleben ihres Männerbundes zu bieten. Vielmehr müssen die Mitarbeiter bereit sein, als Reibungsfläche und kritische Identifikationsfigur den jungen Männern zur Verfügung zu stehen.

Eine emanzipierende Lebensgestaltung für Jungen unterstützen

Fanprojektarbeit kann nicht (ausschließlich) akzeptierend sein. Das würde bedeuten, das männliche Härteideal hinzunehmen und zu bestätigen. Vielmehr ist es Aufgabe der Mitarbeiter, die Jungen zu sensibilisieren, männlich-gesellschaftliche Rituale als solche bewusst wahrzunehmen und männliche Rollenmuster (auch sexualpädagogisch) zu thematisieren (Dembowski 2001, 42). Junge Männer bekommen so die Möglichkeit, sich mit ihren eigenen Wertvorstellungen auseinander zu setzen und ein eigenes Selbstkonzept zu entwickeln. Fanprojektarbeit wirkt dann unterstützend in der Persönlichkeitsfindung junger Menschen und bietet Jugendlichen Raum, einen eigenen Weg in der von Unsicherheiten gekennzeichneten Gesellschaft zu finden, anstatt unreflektiert vorgegebene Rollenmuster zu übernehmen.

Den Freiraum Kurve durch Netzwerkarbeit erhalten

Der Freiraum Kurve kann für Jungen nur dann erhalten werden, wenn es gelingt, mit allen Beteiligten alternative Wege zur Gewaltreduktion im Stadion zu entwickeln. Aufgabe Sozialer Arbeit ist es, die anderen potentiellen Kooperationspartner (Polizei, Ordnungskräfte, Vereine und Fans) von der Dringlichkeit einer Kooperation mit dem Ziel des Erhaltes der Fankurve für Jugendliche zu überzeugen. Die Polizei muss sich wieder auf die Selbstregulierungsmechanismen in der Fanszene verlassen können, um sich schrittweise aus dem Stadion zurückziehen zu können. Die Fanprojekte müssen einen Netzwerk- und Kooperationsprozess initiieren, in dem alle Beteiligten zusammenarbeiten.

Soziale Arbeit versteht sich hier als Informantin für alle Kooperationspartner und zeigt Möglichkeiten und Grenzen der einzelnen Beteiligten auf (Grundmeier 2004). Sie klärt auf über Ursachen von Gewalt, über persönliche und strukturelle Gewalt durch z.B. Rahmenbedingungen im Stadion und weckt Verständnis für die durchaus verschiedenen Interessen der kooperierenden Gruppen. Ein Schwerpunkt ist die Unterstützung der Fans in diesem Kooperationsprozess. Nur wenn es den Fanprojekten gelingt, den Vereinen und Ordnungskräften die Relevanz der Fankurve fachlich zu verdeutlichen und die Fans zu befähigen, ihre Interessen in dem Aushandlungsprozess zu formulieren, ist ein Erhalt der jugendlichen Fankultur umzusetzen.

Jugendliche Fußballfans als Akteure begreifen

Fans sind Menschen mit Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Selbstregulierung und Partizipation. Gängige Erklärungsansätze zur Entstehung männlicher jugendlicher Gewalt sehen Jungen häufig nur als Opfer gesellschaftlicher Bedingungen und Entwicklungen. Die Analysen gesellschaftlicher Verhältnisse sind notwendig, dürfen aber nicht dazu genutzt werden, Gewalt zu entschuldigen. Hingegen gilt es, die Jungen anzuregen, ihre eigenen Verhaltensweisen und Rollenerwartungen zu hinterfragen, Eigenverantwortung zu übernehmen, sie ihnen zuzumuten und zuzutrauen.

Aufgabe der Fanprojektarbeiter ist demnach, Jugendliche als autonome Menschen mit Fähigkeiten und Fertigkeiten wahr und ernst zu nehmen und sie darin zu unterstützen, ihr selbst gewähltes Gruppenleben zu stabilisieren und Kräfte der Eigenorganisation und -initiativen zu mobilisieren. Nimmt Soziale Arbeit Jungen nur als Opfer wahr, wird sie keine Veränderungen initiieren. Jugendliche ernst zu nehmen und zu fordern ist sicher anstrengender als ihnen Treffpunkte oder andere Angebote zu bieten. Der Fußball ist ein idealer Ort, Jugendliche zu erreichen, die sonst nicht angesprochen werden können. Aufgabe Sozialer Arbeit ist dabei nicht, den moralischen Zeige-

finger hochzuhalten und jugendtypische Verhaltensweisen ständig zu hinterfragen. Ein vertrauensvolles Verhältnis kann aber auch genutzt werden, Jugendliche in ihrer Entwicklung zu begleiten und ihnen Denkanstöße zu geben und sie somit als Individuen und Partner in der Auseinandersetzung um ihre „Kurve“ anzuerkennen.

5 Frauen und Fußball

Frauen gehen schon so lange zum Fußball, wie es diesen Sport gibt (Hagel 1998, 13). Sie werden nur nicht von der Öffentlichkeit wahrgenommen, weil sie in der Minderheit sind und zudem keine Probleme machen.

In der letzten Zeit hat sich eine Gruppe Frauen (Zusammenschluss im Netzwerk F_IN)¹ herausgebildet, die zum Thema Frauen und Fußball forscht und sich für die Interessen der Frauen im Stadion einsetzt. Auf die Erkenntnisse dieses Netzwerkes und vor allem auf die Ausführungen in Nicole Selmers „Watching the boys play“ (2004) stützt sich die nachfolgende Analyse, der sich einige Gedanken zum Thema Arbeit mit Mädchen in den Fanprojekten anschließen.²

Klassische Fußballsozialisation auch bei Frauen?

Ist bei Jungen häufig eine klassische Fußballsozialisation erkennbar, so lassen sich diese Feststellungen auch teilweise auf Mädchen übertragen. Schon als Kind haben weibliche Fußballfans oftmals selber aktiv Fußball gespielt, sind ins Stadion gegangen oder haben das Geschehen im Fernsehen oder Radio verfolgt. Zu beobachten ist dabei, dass der Vater eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielt. Wie auch die Jungen, werden Mädchen von ihrem Vater das erste Mal mit ins Stadion genommen. Mit dem Schutz des Vaters wird der neue Raum „das Stadion“ betreten, die Brücke zu einer neuen Welt ist gebaut. Ein Raum, der ansonsten für Frauen schwer zugänglich ist, wird Mädchen auf diese Art und Weise eröffnet. Diese Betreuung bekommen Mädchen bevorzugt dann, wenn die Mutter entlastet werden möchte oder wenn es keinen Bruder gibt, der statt ihrer selbst mit dem Vater ins Stadion

1 Nähere Infos auf der Homepage: <www.frauenundfussball.de/html/netzwerk.html> (10.11.2004)

2 Bislang ist noch nicht untersucht worden, ob die Erfolge des deutschen Frauenfußballs – die Nationalmannschaft ist Weltmeisterin – einen Einfluss auf die Zuschauerstruktur haben. Wahrscheinlich werden sie sich positiv auf die Zahl der jungen aktiven Fußballerinnen auswirken. Ob diese Mädchen jedoch auch zu den Spielen ins Stadion kommen, steht auf einem anderen Blatt. Die Expertinnen vom Netzwerk Frauenfußball sind eher skeptisch.

geht. Viele Mädchen, die von ihrem Vater mit zum Fußball genommen wurden, berichten, dass sie schon in ihrer Kindheit als halber Junge wahrgenommen wurden. In dieser Zeit ist es Mädchen möglich, sich unbedarft im Stadion zu bewegen, Fragen zu stellen und sich nicht zu rechtfertigen. Ihre Anwesenheit wird nicht von den anderen Zuschauern hinterfragt.

Auffällig ist, dass bei vielen Frauen das Interesse am Fußball im Alter von zwölf, dreizehn Jahren plötzlich aufhört. Der Druck und der Wunsch, geschlechtsspezifische Rollenerwartungen zu erfüllen, nehmen mit Beginn der Pubertät zu. Mädchen haben häufig nicht mehr das richtige Umfeld, ihr außergewöhnliches Interesse auszuleben. Das Familienleben verändert sich in dieser Phase, eine Abgrenzung von den Eltern geht mit getrennten Aktivitäten einher. Der Nachbarsjunge ist nicht mehr der Freund, mit dem Aktivitäten ausgeübt werden. In dieser Zeit fehlen Mädchen oft Freundinnen, mit denen sie sich über Fußball austauschen können. Später kehren viele Frauen zum Fußball zurück, mehrheitlich weil der Partner sie mit ins Stadion nimmt oder weil Freundschaften zwischen den Geschlechtern wieder möglich werden.

Zusammenfassend lässt sich eine typische Fußballkarriere auch bei Frauen feststellen, die in der Pubertät häufig unterbrochen wird. Die Liebe zum Spiel bleibt in dieser Phase den Mädchen oft erhalten, macht sie aber auch einsam, weil sie nicht mit Freundinnen geteilt werden kann.

Weibliche Identität in einer Männerdomäne

Die verschiedenen Rollen, die Frauen beim Fußball zugewiesen werden, lassen sich wie folgt zusammenfassen (Sülzle, 2004, 6):

- Frauen als Freundin von ... werden in das Stadion mitgeschleppt. Nach gängigem Klischee haben diese Frauen keine Ahnung vom Fußball.
- Groupies kommen nur in das Stadion, um einen Spieler wie einen Popstar „anzuhimmeln“. Diese Mädchen sind immer auf dem neusten Stand, was die Privatinformationen über ihren Star angeht. Leistung spielt keine große Rolle. Diese Mädchen sind nach dem Spiel am Bus oder unter der Woche beim Trainingsgelände zu finden, um ihrem Star möglichst nahe zu sein.
- Cheerleader gelten als dumm und zickig. Werden allenfalls als „Objekte“ wahrgenommen und mit sexistischen Sprüchen bedacht.
- Echter, weiblicher Fan: Wenn sie einmal ihre Position im Stadion ausgehandelt hat und (von den Jungen und Männern) akzeptiert wird, unterscheidet sie sich fast nicht mehr von den echten, männlichen Fans.

Die ersten drei Gruppen sind typische weibliche Rollenfächer, die erst einmal nichts speziell mit Fußball zu tun haben (Selmer, 2004, 52). Sie werden so-

wohl von den männlichen wie von den weiblichen „echten“ Fans abgelehnt und ausgelacht (Sülzle, 2004, 6). Ihnen wird der Fußballsachverstand abgesprochen, sie werden nach Äußerlichkeiten klassifiziert. Weibliche Attribute passen nicht zum Fußball und werden mit Ahnungslosigkeit gleichgesetzt.

Für die weiblichen Fans, die sich selbst als authentisch, als „echt“ einschätzen, ermöglicht ihre Distinktion gegenüber den anderen Frauenrollen eine Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Geschlechterstereotypen und einen Lebensentwurf jenseits traditioneller Weiblichkeit. Gleichzeitig zeigen sie ihre Verachtung gegenüber weiblichen Lebensformen, mit denen sie nichts zu tun haben wollen – ganz wie die männlichen Fans.

Frauen im Stadion befinden sich in einem Identitätskonflikt; sie können entweder Frau oder Fußballfan sein. Wird Männern schon aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit fachliche Kompetenz zugeschrieben, müssen Frauen diese Kompetenz erst unter Beweis stellen. Erbringen sie den Kompetenznachweis, so hat dieser häufig Staunen über die unvermutete Fachlichkeit des Gegenübers zur Folge. Die Gleichberechtigung einer Unterhaltung ist nur dann möglich, wenn das Frau-Sein überwunden ist (Selmer, 2004, 55). Der Status der Frauen im Stadion muss also ständig geklärt und neu ausgehandelt werden.

Die männerbündische Funktion der Institution Fußball erleichtert den Jungen und Männern den Eintritt in die Subkultur der Fans, Frauen erlangen hingegen nur dann eine „Zugangsberechtigung“, wenn sie sich an männlichen Rollenmustern orientieren. Sie sind angewiesen auf die männliche Anerkennung. Dabei bringen sie ihre weibliche Identität im Stadion in Gefahr, während Männer durch die Zugehörigkeit zur Szene Identitätsbestätigung erlangen. Bedeutet für einen Mann die Kurve Zugehörigkeit, fällt eine Frau auf. Frauen mit Zugang zu dieser Männerwelt werten andere Frauen ab, um die eigene erkämpfte Position zu erhalten. Diese Mädchen beschreiben sich selber als unmädchenhaft. Frau-Sein ist ein Hindernis auf dem Weg in den Männerbund. Klassische weibliche Verhaltensweisen werden abgelegt, Verhaltensbeschränkungen überschritten. Erst so ist die Anerkennung durch das andere Geschlecht zu erreichen. Von den Frauen wird die Übernahme männlicher Rollenmuster im Stadion dabei nicht als Einschränkung oder Diskriminierung erlebt. Vielmehr genießen sie es, den traditionellen Rollenanforderungen zu entkommen und als Kumpel und nicht als Frau gesehen zu werden (Selmer, 2004, 57f). Das Gefühl des Dazugehörens ist Teil des Erlebnisses Fußball.

Diskriminierung im Stadion

Im Stadion gehören Diskriminierungen gegenüber Frauen zum Alltag. Die Diskriminierung von Frauen beim Fußball findet auf unterschiedlichen Ebenen statt:

- Diskriminierung durch Rahmenbedingungen: Frauen werden im Stadion zunächst nur als Anhang ihrer Männer wahrgenommen. Das Fernsehen und Aussagen von Funktionären verstärken diese Rolle. Die Abwertung der Frau im Rahmen von Fußballspielen wird an Hand der Vereinspolitik verdeutlicht, wenn Frauen zumindest in unterklassigen Ligen nicht als Vollzahlerinnen ins Stadion gelassen werden, sondern in die Gruppe der Rentner, Schüler und Behinderten eingeordnet werden (Pöhländ, 1995, 105). Ergänzend sind die hygienischen Bedingungen im Stadion zu nennen. Spätestens in der zweiten Halbzeit sind die Toiletten nicht mehr nutzbar (Pöhländ 1995, 106). Durch die Neu- und Umbauten der Stadien hat sich in diesem Bereich allerdings einiges verbessert. Die Vereine verstehen sich als Dienstleistende für die Fans (Kunden) und bieten im Zuge dieser Entwicklung mehr Komfort. Mittlerweile ist es in einigen Stadien der Liga sogar möglich, dass Mütter ihre Kinder während des Spiels in die Kinderbetreuung geben (z.B. Borussia Dortmund).
- Diskriminierung durch Kontrollorgane: In Bezug auf die Kontrolle an Stadioneingängen – zumindest bei Auswärtsspielen – ist in der Regel kein Frauenbonus erkennbar. So berichten Frauen davon (Selmer 2004, 104f), dass ihnen in den Schritt oder den BH gefasst wurde, um sie auf verbotene Gegenstände zu durchsuchen (BAFF 2004, 64) oder dass sie aus Sicherheitsgründen nicht die Toilette aufsuchen dürfen (a.a.O., 60).
- Diskriminierung durch Sexismus männlicher Fans: Sexismus im Stadion wird durch Bilder (Aufnäher), durch Fangesänge und im direkten Umgang deutlich (Sülzle 2004, 3). Frauen wird der Fußballsachverstand abgesprochen, sie müssen sich abwertende Sprüche über ihre Geschlechts-genossinnen anhören und werden teilweise als Freiwild betrachtet.

Die verschiedenen Formen von Sexismus sind Bestandteil der männlichen Fankultur, ohne ihn wäre diese Kultur gar nicht zu erhalten (a.a.O.). Bei den Zuschauerinnen ist eher eine Tendenz zur Verharmlosung und Ausblendung solcher Diskriminierungen zu erkennen (Selmer 2004, 90). Frauen sehen sich als Teil der Männerwelt, in der Diskriminierungen zur Tagesordnung gehören. Sexistische Äußerungen werden nicht als solche wahrgenommen (a.a.O., 91), sie werden zwar als lästig empfunden, eine Reflexion bleibt oft aus, da sonst die eigene – hart erkämpfte – Position im Stadion gefährdet würde. Um in der Männerwelt bestehen zu können, wird die Abwertung der eigenen Identität in Kauf genommen, sie wird teilweise sogar selbst vorgenommen, indem das eigene Unweibliche hervorgehoben wird und andere Frauen abgewertet werden. Es wird nicht als lohnenswert empfunden, sich mit Cheerleadern zu solidarisieren, die selbst als Störfaktor empfunden werden (a.a.O., 93).

Gewalt durch Frauen

In der Fußballszene spielt Gewalt von Frauen eine untergeordnete Rolle. Allerdings gibt es Frauen, die sich in gewaltbereiten Szenen im Stadion bewegen. In diesen Gruppen (vor allem Hooliganszene) werden Frauen mit verschiedenen Rollenzuteilungen konfrontiert.

Am häufigsten treten Frauen in gewaltbereiten Gruppen als Partnerin und im Rahmen dieser Rolle als Gegenpol zur Gruppe auf. Fordert die Gruppe von ihren männlichen Mitgliedern bedingungslose Loyalität und Beteiligung an gewalttätigen Auseinandersetzungen, bietet die Frau die Möglichkeit, das auch vorhandene Bedürfnis nach Intimität und Kontinuität zu befriedigen (Konstandinidis 2002, 1). Die Verantwortung für die Beziehungsgestaltung und die Dauer der Partnerschaft liegt bei der Frau. Wirkt sie zu stark auf ihren Partner ein, wird sie als störend empfunden (Matthesius 1992, 155), bildet sie keinen Gegenpol, wird ihr unterstellt, die Beziehung nur eingegangen zu sein, um Zugang zur Gruppe zu bekommen. Sie erlangt dann den Ruf, sexuell verfügbar zu sein. Zwar nutzen männliche Gruppenmitglieder diese Position für ihre persönlichen Interessen aus, gleichzeitig werden diese Frauen von der Gruppe verachtet und ihnen wird die Gruppenzugehörigkeit verweigert (a.a.O., 158).

Der Zugang zur Subkultur ohne Freund ist nur schwer möglich. Frauen übernehmen dann ihnen zugewiesene Aufgaben, wie z.B. Fotografieren, Einschmuggeln von verbotenen Gegenständen in das Stadion, Organisation der Fahrten. Die Motivation für solche Aktivitäten ist auf die eigene Gewaltfaszination und die Faszination an der sportlichen Männlichkeit gewaltbereiter Hooligans zurückzuführen (Pilz 2002, 3).

Selbst gewalttätige Frauen werden in ihrer Weiblichkeit angezweifelt, weil ihr Handeln nicht in das typische Bild gewaltbereiter Fußballanhänger von Frauen passt. Männer monopolisieren somit Gewalt. Frauen stehen vor der ständigen Aufgabe, die ihnen zugeschriebenen Weiblichkeitskonzepte sowie ihre Wünsche, in der Gruppe aufgenommen zu werden und gleichzeitig sich an allen Aktivitäten der Gruppe – mit und ohne eigene Gewaltanwendung – zu beteiligen, auszubalancieren (Konstandinidis 2002, 2).

Die Zugehörigkeit zur Gruppe ist für Frauen flexibel gestaltbar, einer kompromisslosen Beteiligung an Gruppenaktivitäten sind sie nicht unterworfen. Frauen und Mädchen ist es möglich, die erstrebte Anerkennung und Wertschätzung im Rahmen der gewaltbereiten Gruppe zu erfahren. Gewalt wird so in das eigene Weiblichkeitskonzept integriert. Trotzdem werden traditionelle Wertvorstellungen beibehalten, wenn Frauen Schönheitsidealen nachzueifern oder sich in der Lebensplanung als zuständig für die Kindererziehung sehen (Bruhns/ Wittmann 2001, 68). Der erzeugte Sonderstaus schafft zwar einen Freiraum für Geschlechterkonzepte, verändert aber klassische Geschlechterkonzepte nicht wesentlich (Konstandinidis 2002, 2).

6 Fanprojektarbeit mit Mädchen

Die vorhergehenden Ausführungen beziehen sich vor allem auf Frauen im Alter von 13 bis 25 Jahre. Typische Entwicklungsprozesse werden durchlaufen, die eigene Identität wird durch den Fußball herausgebildet. Haben Mädchen die Möglichkeit, sich an den Angeboten der Fanprojekte zu beteiligen, wird eine geschlechtsspezifische Fanprojektarbeit nur in Ansätzen umgesetzt (Hofmann 1995, 128). Gerade weil Mädchen „keine Probleme machen“ und eigenständig ihr Fansein gestalten, ist eine Mädchenarbeit in der Öffentlichkeit – vor allem in Zeiten des steigenden Kostendrucks – kaum zu rechtfertigen. So wurde ein bestehendes Mädchenfanprojekt in Bremen nach fünf Jahren nicht mehr weiter finanziert.

Folgende Forderungen lassen sich aus den beschriebenen Erkenntnissen ableiten und konkretisieren:

Mädchen als Zielgruppe ernst nehmen

Fanprojektarbeit ist nicht ausschließlich Jungenarbeit, Mädchen haben ein Recht auf Aufmerksamkeit, auch wenn sie keine Probleme durch Gewaltanwendung produzieren und keine damit verbundenen Kosten verursachen. Gerade weil Mädchen im Stadion unterrepräsentiert sind, ist es schwierig für sie, ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse zu formulieren und durchzusetzen (Grundmeier 2004, 57). Die Dominanz von Männern im Stadion und die weibliche Anpassung an männliche Rollenerwartungen und Verhaltensweisen bewirken, dass Mädchen im Stadion nicht als eigenständige Gruppe wahrgenommen werden.

Mädchenentwürfe unterstützen

Mädchen haben ein Recht darauf, ihr Fansein nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten, auch wenn diese nicht den Vorstellungen männlicher Fans entsprechen.

Fanprojekte müssen Mädchen (jungenfreie) Räume bieten, ihr eigenes Fansein zu leben. Dabei ist es wichtig, sich nicht an männlichen Zielen zu orientieren. Vielmehr brauchen Mädchen Möglichkeiten, ihre Fankultur zu entwickeln und gestalten. Gerade weil es (noch) keine Fankultur gibt, in die Mädchen hineinwachsen können und Fußball kein selbstverständlicher Teil der Biographie ist (Selmer 2004, 49), kann Fanprojektarbeit die Mädchen unterstützen, ihre Liebe zum Fußball auszuleben und auch mit Geschlechtsgenossinnen zu teilen. Aufgabe der Fanprojekte muss sein, Angebote orientiert an den Interessen der Mädchen zu machen. Nur so sind Mädchen zu

erreichen und in ihrem Fansein zu stärken. Dann kann Mädchen pädagogisch begegnet werden und sie müssen nicht ihre eigenen Bedürfnisse aufgeben, um Anerkennung und Wertschätzung zu erlangen. Fanprojektarbeit muss aber auch akzeptieren, dass Mädchen das Stadion bewusst wählen, um sich zwischen den Geschlechtern zu bewegen und Zutritt zu einer Männerwelt zu erlangen.

Aufgabe der Fanprojektmitarbeiter kann sein, die oftmals zu beobachtende Anpassung oder Unterwerfung an männliche Rollenerwartungen zu hinterfragen und andere Wege zur Erlangung von Akzeptanz und Anerkennung zusammen mit den Mädchen zu entwickeln und aufzuzeigen.

Mit Mädchen nach Möglichkeiten der Anerkennung als Fans suchen

Mädchenspezifische Gewaltprävention heißt, neue, gewaltfreie Wege zur Erlangung von Anerkennung und Selbstbestätigung aufzuzeigen. Das eigene Selbstbewusstsein darf nicht aus der Abwertung anderer entstehen, sondern muss bei den Fähigkeiten und Stärken der Mädchen ansetzen. Beachtet werden muss dabei die spezifische Situation von Mädchen, die aufgrund geschlechtsspezifischer Beschränkungen bei der Realisierung ihrer Lebenschancen einem besonderen Druck ausgesetzt sind (Grundmeier 2004, 56). Mädchenarbeit kann auf die Bedürfnisse und Problemlagen weiblicher Fans eingehen, differenzierte Angebote machen und unterstützend wirken (Schipfert 1990, 121). Die Annahme, dass die Anwesenheit von Frauen im Stadion Gewalt vermindert, konnte noch nicht untermauert werden. Diesen unterstellten positiven Einfluss der Frau nutzbar zu machen, würde heißen, dass Frauen als „Friedensstifterinnen“ missbraucht und instrumentalisiert würden (Selmer 2004, 106).

Sich gegen Sexismus stark machen

Fanprojekte müssen sich zur Aufgabe machen, die Öffentlichkeit wie die weiblichen Fans auf die verschiedenen Formen des Sexismus als spezifische Formen von Diskriminierung aufmerksam zu machen. Sexismus darf nicht als Frauenproblem betrachtet werden (Selmer 2004, 95). So kann es sinnvoll sein, sich für Frauenabteile oder -toiletten in Sonderzügen einzusetzen (bisher nicht umsetzbar, da von Seiten der Verantwortlichen keine Notwendigkeit gesehen wurde). Zudem müssen Mädchen für Sexismus sensibilisiert werden und die Möglichkeit haben, sich bei Angriffen Unterstützung holen zu können. Das Thema muss nicht dramatisiert werden, aber durch Ignorieren der Problematik werden Diskriminierungen weiter verharmlost.

Fanprojektarbeit mit Mädchen hat viele Facetten. Durch die Bildung des Frauennetzwerkes sind Entwicklungen angestoßen worden. Auch bezüglich

der WM 2006 werden sich die Verantwortlichen mit diesem Thema auseinandersetzen müssen. Positiv nutzbar sind sicherlich die mittlerweile zahlreichen weiblichen Mitarbeiterinnen in den Fanprojekten der Vereine.

7 Frauen und Männer in der Fanprojektarbeit

In allen Fanprojekten der Bundesliga finden sich männliche Fanprojektmitarbeiter. Mittlerweile gibt es auch viele Frauen, die im Feld der Fußballfanarbeit tätig sind.³ In der Praxis sind unterschiedliche Zugänge zum Thema Arbeit mit Fußballfans von Frauen und Männern zu beobachten. Leider gibt es noch keine Untersuchungen zu den Rollen von Frauen und Männern in der Fanprojektarbeit, so dass folgende Ausführungen auf Gesprächen (mit Frauen und Männern aus der Fanprojektarbeit) und eigenen teilnehmenden Beobachtungen beruhen.

Auffällig ist, dass Männer häufig selber Fußballfans sind und dadurch den Zugang zu der Arbeit mit Fußballfans finden. Sie verbindet mit ihrer Klientel ein Interesse, was sie in ihrer Arbeit nutzen und betonen. Die verschiedenen Verhaltensschemata und Umgangsweisen sind männlichen Mitarbeitern häufig schon im Vorfeld vertraut. Der Fußball hat eine gemeinschaftsstiftende Funktion, die Klientel und Sozialarbeiter verbindet. Ein schneller Zugang zur Klientel ist gewährleistet. Die Gefahr ist allerdings, dass männliche Sozialarbeiter in der Fanprojektarbeit zu sehr auf diese Gemeinsamkeiten setzen, ihre Verhaltensweisen den Bedingungen und Erwartungen der Szene anpassen und sich zu wenig abgrenzen. Der Schwerpunkt männlicher Fanarbeit liegt häufig im Aktionsbereich und deckt damit auch die Interessen jugendlicher Fußballanhänger.

Frauen in der Fanprojektarbeit teilen oft keine Gemeinsamkeiten mit den Fans. Für sie sind jugendliche Fußballanhänger eine Zielgruppe, mit der sie zunächst nichts gemeinsam haben. Viele Mitarbeiterinnen glauben, dass sie durch Anpassung an männliche Verhaltensweisen eher Zugang zu den Jugendlichen bekommen. Sie befinden sich dabei – wie auch die weiblichen Fans – auf einer ständigen Gratwanderung zwischen Anpassung und Abgrenzung. Dabei sehen sie sich häufig mit Vorurteilen und Diskriminierungen konfrontiert, ehe sie die Akzeptanz der Jugendlichen erlangen. Schwerpunkte von FanprojektmitarbeiterInnen sind Zuhören und Beraten. Sowohl von Fans als auch von den männlichen Kollegen wird Frauen die Zuständigkeit für die Beziehungsarbeit und den emotionalen Bereich zugewiesen.

3 In der 1. Bundesliga arbeiteten im März 2005 sechs weibliche Hauptamtliche und zwei Teilzeitkräfte, in der 2. Liga eine Hauptamtliche und eine Teilzeitkraft und in den Amateurligen zwei Hauptamtliche (Gesprächsprotokoll mit einem Mitarbeiter der Koordinationsstelle Fanprojekte).

Geschlechtsspezifische Arbeit in den Fanprojekten wird nur ansatzweise umgesetzt. Bislang wird das Thema lediglich auf Mädchenarbeit reduziert. Für die wenigen Mädchenspezifischen Angebote stehen jedoch nur eingeschränkt Mittel zur Verfügung. Zudem ist in der Praxis Mädchenarbeit weiterhin Frauenarbeit. Oftmals wird von männlichen Fanprojektmitarbeitern noch nicht einmal die Notwendigkeit für geschlechtsspezifische Angebote gesehen. Männer und Frauen müssen sich ihrer spezifischen Rolle und Verantwortung, die ihre Geschlechtszugehörigkeit in der männerdominierten Fanszene mit sich bringt, bewusst werden und für ihre Arbeit nutzen.

Männer in der Fanprojektarbeit ...

- müssen sich bewusst werden, dass sie eine Vorbildfunktion für die Jungen haben. Ihre Umgangsweise gerade gegenüber Frauen ist entscheidend in der Fanprojektarbeit.
- müssen bereit sein, sich mit ihrer eigenen Männlichkeit zu beschäftigen und ein persönliches Männlichkeitskonzept zu entwickeln. Diese Prozesse sind unerlässlich, um sich konstruktiv mit den Jungen auseinandersetzen zu können und ihnen bei ihrer Identitätsfindung als Vorbild aber auch als Reibungsfläche zur Verfügung stehen zu können.
- müssen ihre weiblichen Kolleginnen in ihrer Arbeit unterstützen und sensibel sein für spezielle Probleme, mit denen Frauen in der Fanarbeit konfrontiert sind.
- müssen offen sein für geschlechtsspezifische Arbeit. Wichtig ist es, dass Männer Mädchenarbeit nicht als Frauenarbeit ansehen, sondern ihre Kolleginnen in der Arbeit unterstützen. Mädchenarbeit ist keine Konkurrenz zu Jungenarbeit.
- müssen sich gegen die Diskriminierung von Frauen im Stadion einsetzen und sich dementsprechend gegenüber Frauen verhalten.

Frauen in der Fanprojektarbeit ...

- müssen sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sein, die sie sowohl für Jungen als auch für Mädchen haben. Den Mädchen ermöglichen sie alternative Verhaltensmodelle zu den klassischen Rollenklischees. Auch für Jungen ist die Konfrontation mit einem alternativen Frauenmodell wichtig. Ihnen wird eine neue Umgangsform mit dem anderen Geschlecht ermöglicht.
- müssen sich der Gratwanderung zwischen Anpassung an männliche Rollenmuster und Abgrenzung und Betonung feministischer und emanzipatorischer Ansätze stellen und ihre Verhaltensweisen reflektieren.
- müssen sich bemühen, Diskriminierungen von Frauen nicht zu dramatisieren, aber gleichzeitig sensibel bleiben für Anmache und Anfeindungen im Stadion und sich dagegen stark machen.
- müssen Männer in ihrer Arbeit unterstützen und mit ihnen spezielle Angebote für Jungen entwickeln.

Ziel von allen FanprojektmitarbeiterInnen muss sein, auf dem Hintergrund der akzeptierenden Arbeit Jungen und Mädchen Angebote zu machen, ihre eigene (geschlechtsspezifische) Identität auszubilden – dazu muss vor allem der Zerstörung der Fankultur und des Freiraums „Kurve“ entgegengewirkt werden. In der geschlechterorientierten Arbeit mit jugendlichen Fußballanhängern ist es wichtig, eine Gegenposition zu den gängigen Klischees im Stadion zu bieten und die Zielgruppe mit alternativen Einstellungen und Verhaltensweisen zu konfrontieren. Die Praxis der Fanprojektarbeit zeigt, dass Jugendliche in ihrem Prozess der Identitätsfindung sowohl Männer als auch Frauen als Vorbilder und Reibungsfläche brauchen.

Literatur

- Arbeitsgruppe Nationales Konzept Sport und Sicherheit (1993): Ergebnisbericht, Düsseldorf
- Aschenbeck, Arndt (1998): Fußballfans im Abseits, Kassel
- BAFF e.V. (2004): Die „schönsten“ 100 Schikanen gegen Fußballfans. Repression und Willkür rund ums Stadion, Grafenau
- Becker, Peter/ Pilz, Gunter A. (1988): Die Welt der Fans, München
- Bruhns, Kirsten/ Wittmann, Svendy (2001): „Wir sind doch keine Schwacheier“. Mädchen in gewaltbereiten Jugendgruppen, in: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, H. 2, 45-63
- Dembowski, Gerd (2001): Zum Fußball als Männersache – Plädoyer für die bewusste Entdeckung der Männlichkeit in jugendlichen Fanszenen, in: Buderus, Andreas/ Dembowski, Gerd/ Scheidle, Jürgen (Hg.): Das zerbrochene Fenster. Hools und Nazi-Skins zwischen Gewalt, Repression, Konsumterror und Sozialfeuerwehr, Bonn, 35-43
- Buderus, Andreas (2001): Wer mit dem Wolf tanzt, wird Blut fließen sehen – Über den inneren Zusammenhang postmoderner Männerbilder, der Festung Europa und jungmännlicher Gewalt von Hools und Skins, in: Buderus, Andreas/ Dembowski, Gerd/ Scheidle, Jürgen (Hg.): Das zerbrochene Fenster. Hools und Nazi-Skins zwischen Gewalt, Repression, Konsumterror und Sozialfeuerwehr, Bonn, 99-114
- Dunning, Eric (1983): Sport im Zivilisationsprozess, Münster
- Elias, Norbert (1981): Zivilisation und Gewalt. Über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und seine Durchbrechungen, in: Matthes, Joachim (Hg.): Lebenswelt und soziale Probleme: Verhandlungen des 20. Soziologentages zu Bremen 1980, Frankfurt a.M., New York, 98-122
- Findeisen, Hans-Volkmar/ Kersten, Joachim (1999): Der Kick und die Ehre. Vom Sinn jugendlicher Gewalt, München
- Grundmeier, Katrin (2004): Fußball und Gewalt – Soziale Arbeit im Netzwerk, Diplomarbeit an der KFH NW, Abt. Münster

- Hagel, Antje (1998): Hauptsache verkaufen! Oder was Frauen beim Fußball verloren haben, in: Coop von Osten (Hg.): Eleventh, Mythos Öffentlichkeit, Nr. 0, April 1998, 13-15
- Heitmeyer, Wilhelm/ Peter, Jörg-Ingo (1992): Jugendliche Fußballfans. Soziale und politische Orientierungen, Gesellungsformen, Gewalt, 2. Aufl., Weinheim, München
- Hofmann, Birgit (1995): Mädchenarbeit im Fanprojekt Berlin. Wenn ein Mädchen „ooch mal mit uff die Preußen ruff will“, in: Engel, Monika/ Menke, Barbara (Hg.): Weibliche Lebenswelten – gewaltlos?, Münster, 128-132
- Hurrelmann, Klaus (2004): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 7. vollständig überarbeitete Aufl., Weinheim, München
- Konstandinidis, Elena (Juni 2002): Frauen in der Hooliganszene, Freiburg <<http://www.unifr.ch/spc/UF/juin02/hooligan.html>> (15.03.2005)
- Matthesius, Beate (1992): Anti Sozial Front. Vom Fußballfan zum Hooligan, Opladen
- Pilz, Gunter A./ Schippert, Dieter/ Silberstein, Werner (1990): Das Fußballfanprojekt Hannover: Ergebnisse und Perspektiven aus praktischer Arbeit und wissenschaftlicher Begleitung, Münster
- Pilz, Gunter A. (1995): Fußballfans zwischen Verständnis und Verachtung. Kritische Anmerkungen zum Gewaltgutachten der Bundesregierung, in: Winkler, Jochen/ Weis, Kurt (Hg.): Soziologie des Sports: Theorieansätze, Forschungsergebnisse und Forschungsperspektiven, Opladen, 107-126
- Pilz, Gunter A. (2002): Mädchen und junge Frauen in gewaltbereiten, rechten Fußballszenen. Ausführliche Fassung des Vortrages auf der Jahrestagung der dvs-Kommission „Frauenforschung in der Sportwissenschaft“/ “Gender Arrangements im Lebenslauf“, Hannover
- Pöhland, Claudia (1995): Fußball – Fans – Frauen, in: Schulze-Marmeling, Dietrich (Hg.): „Holt Euch das Spiel zurück!“ Fans und Fußball, Göttingen, 103-112
- Reichmann, Ulrich (2000): Zur gewaltpräventiven Arbeit mit Fußballfans, in: Streetcorner, 13. Jg., H. 1, 50-61
- Roth, Roland/ Rucht, Dieter (2000): Jugendliche heute: Hoffnungsträger im Zukunftsloch?, in: Roth, Roland/ Rucht, Dieter (Hg.): Jugendkulturen, Politik und Protest, Vom Widerstand zum Kommerz?, Opladen, 9-34
- Schippert, Dieter (1990): Sozialpädagogische Arbeit mit Fußballfans, Eine Evaluationsstudie zur hannoverschen Projekt-Arbeit, in: Pilz, Gunter A./ Schippert, Dieter/ Silberstein, Werner (Hg.): Das Fußballfanprojekt Hannover: Ergebnisse und Perspektiven aus praktischer Arbeit und wissenschaftlicher Begleitung, Münster, 112-173
- Schneider, Thomas/ Meyer Michael (2000): Soziale Arbeit im Aufwind? – Zwischenbilanz eines bundesweiten Modellprojekts, in: Koordinationsstelle Fanprojekte (Hg.): KOS-Schriften 8, Anstöße, Ausgewählte Dokumente der KOS-Schriften Nr. 2-5, Frankfurt am Main, 31-46
- Schneider, Thomas (1997): Streetwork im Fanmilieu – zum Stand der sozialen Arbeit der Fanprojekte, in: Klose, Andreas/ Steffan, Werner (Hg.): Streetwork und mobile Jugendarbeit in Europa: europäische Streetwork-Explorationsstudie, Münster, 107-145
- Selmer, Nicole (2004): Watching the boys play, Frauen als Fußballfans, Kassel

- Sülzle, Almut (29.06.2004): „Das Fußballstadion – eine der letzten Männerbastionen? Ethnographische Anmerkungen zur Geschlechterkonstruktion bei jugendlichen Fußballfans“. Vortrag auf der 3. Tagung des Arbeitskreises für interdisziplinäre Männer- und Geschlechterforschung (AIM GENDER) vom 24. bis 26. Juni 2004, Stuttgart Hohenheim: <http://www.ruendal.de/aim/tagung04/pdfs/almut_suelzle.pdf> (15.03.2005)
- Vollbrecht, Ralf (1995): Die Bedeutung von Stil, Jugendkulturen und Jugendszenen im Licht der neuen Lebensstildiskussion, in: Ferchhoff, Wilfried/ Sander, Uwe/ Vollbrecht, Ralf (Hg.): Jugendkulturen – Faszination und Ambivalenz, Einblicke in jugendliche Lebenswelten, Weinheim, München, 23-37
- Weis, Kurt/ Alt, Christian/ Gingeleit, Frank (1990): Probleme der Fanausschreitungen und ihrer Eindämmung, in: Schwind, Hans-Dieter et al. (Hg.): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt, Analysen und Vorschläge der unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission), Band III, Sondergutachten (Auslandsgutachten und Inlandsgutachten), Berlin, 581-670

Interkulturelle Jungenarbeit

In der Öffentlichkeit wird zur Zeit teils heftig über Integration, Zuwanderung und Leitkultur debattiert. Diskutiert wird am örtlichen Stammtisch, in der Talkshow wie in politischen Magazinen und auf kommunal-, landes- und bundespolitischen Bühnen. Im professionellen sozialen Bereich sprießen Fortbildungen und neue Studiengänge wie Pilze aus dem Boden. Sie handeln von Problemen der Migration und zunehmend auch von Interkulturalität bzw. interkultureller Kompetenz als neues Handlungsfeld für Soziale Arbeit. Diskutiert wird auch, ob diese Themen nicht schon immer – wenn auch unter anderen Bezeichnungen – in das „Zuständigkeit- und Kompetenzprofil“ Sozialer Arbeit gehört haben.

Viele dieser öffentlich geführten Diskussionen werden von bestimmten Bildern geprägt: es geht um *die* MigrantInnen, *die* türkischen Jugendlichen, *die* kriminellen „Ausländer“, *die* nicht integrierten AussiedlerInnen. Die Vielfältigkeit der Menschen und Gruppen, die einem Kulturkreis angehören, wird kaum berücksichtigt. Eigene Vorurteile und Ängste werden umgedeutet bzw. projiziert. Es wird viel über MigrantInnen geredet, weniger mit ihnen – ihre persönlichen Ressourcen wie ihre politischen und kulturellen Organisationen und Selbsthilfeinitiativen werden zu wenig einbezogen (Sedat/ Jungk 2004). Dabei sind MigrantInnen keine Minderheit; schließlich leben mittlerweile mindestens 12 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund in der Bundesrepublik Deutschland. Soziale Arbeit reagiert (leider) oft erst bei sozialen Konflikten, nachdem „Integrationspolitik“ gescheitert ist und so genannte soziale Brennpunkte entstanden sind. Dort „dürfen“ dann SozialarbeiterInnen z.B. an der „Probleme bereitenden Jugend“ bzw. der „problematisierten Jugend“ arbeiten und „soziale Feuer“ löschen.

Jungen mit und ohne Migrationshintergrund wachsen in Deutschland in einer Gesellschaft auf, die teils widersprüchliche und wirklichkeitsferne Bilder von Männlichkeit konstruiert. Häufig müssen sie ihre Form von Männlichkeit ohne authentische Vorbilder entwickeln. In den letzten Jahren haben die Sensibilität und das öffentliche Interesse für die Lebenslagen von Jungen und die Bereitschaft, für sie eigene Angebote und Räume zu schaffen zwar zugenommen, sind aber nach wie vor absolut unzureichend. Das Thema „Jungen“ – mit und ohne Migrationshintergrund – bleibt aktuell.¹

1 Dieser Text basiert u.a. auch auf Interviews mit Experten in der Jungenarbeit (vgl. Peloso 2003).

1 Interkulturalität als Prozess

Der Begriff Interkulturalität ist verwandt mit anderen grundlegenden Begrifflichkeiten wie z.B. Kultur, Multikulturalität, Fremdheit, Identität, Nationalität, Ethnie und Integration. Um jeden Begriff bzw. um die „richtige“ Begriffsfindung bemühen sich viele Theorien und Aushandlungen, je nach Fach, wissenschaftlicher Schule und politischer Richtung und je nach historischem Kontext mit unterschiedlichem Ausgang. Weitere Diskurse beschäftigen sich – für diesen Text ebenfalls relevant – mit Geschlechterverhältnissen und Geschlechterbeziehungen bzw. mit der Verknüpfung von Kultur und Geschlecht (Krüger/ Lutz 2004).

Hier wird Interkulturalität als Situation, die eine Momentaufnahme in der Beziehung zwischen Kulturen beschreibt, und zugleich als Prozess gesehen, wobei Kulturen als lebendige, dynamische und in sich vielfältige Teile dieses Prozesses begriffen werden: „Jede Gruppe definiert sich über andere Merkmale. Kultur erscheint als eine veränderliche, von sozialen Gruppen ausgehende Konstruktion.“ (Gemende et al. 1999, 13)

Systematisch gesehen schafft Kultur historische und regionale Vergleichsmöglichkeiten, die einer Gesellschaft und ihren BürgerInnen Selbstbeschreibungen erleichtern; sie produzieren Sicherheiten und Unsicherheiten zugleich (Bardmann/ Lamprecht 1999). Diese These ist entscheidend für die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen; denn niemand kann die eigenen kulturellen Prägungen und Erwartungshaltungen komplett ablegen und es können immer nur Teile einer neuen Kultur wahrgenommen und integriert werden. Wie eine andere Kultur wahrgenommen und beurteilt wird, resultiert wiederum aus dem Selbstbild jedes Individuums: „Andere Kulturen werden somit als das ‚Andere‘ und ‚Fremde‘ konstruiert und erhalten eine Funktion für die Bestimmung (...) der eigenen Psyche.“ (Gemende et al. 1999, 14) Daraus erschließt sich, dass sich die einzelnen Ethnien einer multikulturellen Gesellschaft um ein Vielfaches ausdifferenzieren lassen. *Die Deutschen, die Türken oder die Italiener* gibt es nicht. Die verschiedenen sozialen Merkmale der einzelnen Individuen und Gruppen müssen mit in den Blick genommen werden, wie z.B. Alter, Geschlecht, soziale Herkunft, Bildung oder Zugehörigkeit zur ersten, zweiten oder dritten Generation.

Ein dynamisches und prozesshaftes Kulturverständnis schließt ein pädagogisches Handeln aus, das KlientInnen auf ihre kulturelle Differenz reduziert – ein Vorwurf, der im interkulturellen Diskurs nicht selten erhoben wird (Vahsen/ Dursun 2002). Interkulturelle Arbeit berücksichtigt vielmehr die konkreten Lebenssituationen von MigrantInnen und die Spielarten der Jugendkulturen einzelner Gruppen. Interkulturelles Arbeiten und Lernen sollte aufgrund permanenter gesellschaftlicher Veränderungen und fortschreitender Pluralisierung der Lebensformen nicht festgeschrieben werden, sondern situativ einsetzbar sein. Eine Institutionalisierung birgt hingegen die Gefahr,

dauerhaft kulturelle Differenzen hervorzuheben; schließlich hat die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen immer auch die Funktion, durch Abgrenzung und Unterscheidung zu anderen Völkern, Religionen und Sprachen Hilfe zur Selbstdefinition zu leisten.

Fremdheit ist häufig negativ besetzt; sie kann sogar beunruhigend wirken. Fremd kann der neue Mitmieter sein, den man das erste Mal auf dem Hausflur trifft, aber genauso eine Polizistin auf der Straße in einem fernen Urlaubsland. Fremd sind nicht nur Personen, sondern auch Objekte oder Religionen (Lemper 2004). Jakubeit und Schattenhöfer (1996) sprechen positiv von „Fremdheitskompetenz“, die es zu erwerben gilt. Gemeint ist ein bewusster Umgang mit Unterschieden – also z.B. die Fähigkeit, Uneinheitliches nicht als etwas Feindliches zu betrachten. Zudem beinhaltet diese Kompetenz, dass bewusst die bi- oder multikulturellen Seiten der eigenen Person wahrgenommen werden können.

2 Jungenarbeit

Jede Jungengruppe ist eine multikulturelle Gruppe. Deshalb ist es aufschlussreich zu verstehen, wie die klassische Jungenarbeit entstanden und aufgebaut ist. Für Sozialarbeiter ist es wichtig ein Gefühl dafür zu bekommen, um was für Ziele es in der Jungenarbeit geht und auf welchen sozialwissenschaftlichen und politischen Background sie sich stützt. Jungenarbeiter stellen fest, dass sie sich mit den eigenen Wurzeln und der eigenen Identität (gerade auch als Mann) auseinandersetzen müssen, um adäquat auf die Jungen zugehen zu können.

Konstruktion von Männlichkeiten

Die Sozial- und Kulturwissenschaften haben – mit einer gewissen Verzögerung und aufbauend auf den Diskussionen der Frauenforschung – auch Männerthemen in den Blick genommen. Z.B. wird beobachtet, dass Männer zwar im Erwerbsleben und anderen gesellschaftlichen Feldern strukturelle und symbolische Vorteile genießen und Machtpositionen besetzen, sich selbst aber persönlich nicht unbedingt privilegiert fühlen und spezifische Probleme haben, unter denen sie leiden. Das Thema „Männergesundheit“ ist heute hochaktuell: Männer, die ihre Gefühle zu wenig äußern können, zu spät zum Arzt gehen und aufgrund ihres risikoreicheren Lebens früher als Frauen sterben (Hurrelmann/ Kolip 2002).

In der Männerforschung wird zunehmend nicht von *den* Männern oder *der* Männlichkeit gesprochen, sondern von Männern in verschiedenen Le-

benssituationen und von verschiedenen Männlichkeiten. Männlichkeit ist zudem dynamisch und nicht als festgelegte Persönlichkeitsstruktur zu sehen. Historisch gesehen war sie schon immer internen Widersprüchen und Brüchen ausgesetzt. Connell hat verschiedene Formen der Männlichkeit, die hegemoniale, die untergeordnete, die marginalisierte und die Komplizenhafte, und ihre Beziehungen zueinander untersucht. Er weist auf die Gefahr hin, dass „die Vielfalt an Männlichkeiten nicht zur Charaktertypologie erstarrt“ (Connell 2000, 97). Hegemoniale Männlichkeit bzw. das Streben aller Männer danach gewährleistet die symbolische Dominanz der Männer und die Unterordnung der Frauen. Sie drückt sich nicht (unbedingt) durch direkte Gewalt, sondern durch einen „erfolgreich erhobenen Anspruch auf Autorität“ (a.a.O.) aus. Filmschauspieler, Politiker oder Sportler prägen das Bild dieser Strategie der gesellschaftlichen Vormachtstellung als sei es selbstverständlich. Besonders in Wirtschaft und Militär ist Männlichkeit ausgeprägt und hegemonial. Solche Definitionen und Bilder unterliegen jedoch einem ständigen Änderungsprozess.

Spannend ist die Verknüpfung von Forschungen zu Männlichkeiten in unterschiedlichen kulturellen Kontexten. Meuser (2000, 64ff) hat Folgendes beobachtet: Eine Gruppe von türkischen Männern äußert sich mit Unverständnis über das Verhalten mancher deutscher Männer. In ihren Augen wirken sie schwach, weil sich z.B. Ehre und Männlichkeit in deren Verhalten gegenüber den Frauen nicht wieder finden lassen. Ihre Vorstellung von hegemonialer Männlichkeit ist eine andere. Jedoch verhilft sie ihnen nicht, an der „patriarchalen Dividende“ (Connell) der deutschen Gesellschaft zu profitieren; mit ihrem Habitus laufen sie eher Gefahr, sich lächerlich zu machen. Durch die Selbstethnisierung ordnen sich die jungen Türken gewissermaßen selbst unter bzw. es fällt leichter, sie zu marginalisieren. Diese Verschränkung von Geschlecht und Ethnie, das „doing gender und doing ethnicity“ (a.a.O., 64), sind wechselseitig genutzte Ressourcen in einer Einwanderungsgesellschaft.

Jungenarbeit

In den 80er Jahren der Jugendbildungsarbeit fand die Jungenarbeit ihren Ursprung. In der „Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille“ entwickelte maßgeblich Ottemeier-Glücks die antisexistische Jungenarbeit. Überlegungen zur parteilichen Mädchenarbeit und Erfahrungen aus politischer Männerarbeit bildeten den Grundstein heutiger Konzepte. Ein zentraler Ausgangspunkt ist die Auseinandersetzung mit der „herrschenden Männlichkeit“. Denn wer den Jungen Hilfestellungen auf der Suche nach männlicher Identität geben möchte muss wissen, wie ein Mann in unserer Gesellschaft gemacht wird. Er muss an den Brüchen männlicher Sozialisation und Identität ansetzen (HVHS Frille 1989).

Es sind im Verlauf der Jahre viele pädagogische Ansätze mit unterschiedlichen Bezeichnungen entstanden: Antisexistische, identitätsorientierte, geschlechtsbewusste, profeministische, emanzipatorische Jungenarbeit. Rolf Tiemann (1999) gibt einen guten Überblick und stellt die einzelnen Konzeptionen auf den Prüfstand. Er arbeitet heraus, dass sich der grundlegende Unterschied zwischen den verschiedenen Ansätzen an der Einstellung zu den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen festmachen lässt. Dabei geht es nicht nur um die Herrschaft der Männer über die Frauen, sondern auch die Herrschaftsverhältnisse zwischen den Männern und ihren Männlichkeiten werden angesprochen, „ohne dabei die patriarchale Grundstruktur der Gesellschaft zu leugnen“ (a.a.O., 81). Alle Ansätze sind aus der Praxis heraus entstanden und teilen nach Tiemann (1999) viele gemeinsame Erkenntnisse:

- Die Rolle des Vaters ist für die Sozialisation von Jungen ein Schlüsselproblem. Es wird immer wieder von distanzierten bis hin zu abwesenden Vätern gesprochen, die für die Jungen wenig bzw. mangelnde Identifikationsmöglichkeiten bieten.
- Jungenarbeiter sollen die Jungen „akzeptieren“ wie sie sind, mit ihren Stärken und Schwächen – denn auf der individuellen Ebene werden Jungen als Opfer und Täter herrschender Lebensrealitäten gesehen.
- Ziel ist eine Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses.
- Von Bedeutung ist die Erweiterung sozialer Kompetenzen der Jungen, ohne ihnen pauschal mangelnde Sozialkompetenz zu unterstellen.
- In der Stärkung, Erweiterung, Modernisierung der männlichen Identität sehen die meisten einen Ansatzpunkt für eine positive Entwicklung von Jungen.
- Die meisten Ansätze reflektieren Männer und Jungen im Kontext von sozialer Ungleichheit und sozialer und kultureller Herkunft und gehen von vielen möglichen Männlichkeiten aus.

Nach Winter (1997) stellt das Prinzip der Externalisierung einen Bestandteil und ein Strukturmerkmal männlicher Sozialisation dar, d.h. die grundsätzliche Orientierung nach Außen. Wahrnehmungen und Verhaltensmuster von Männern beziehen sich stark auf äußere Faktoren oder Bedingungen. (Eigene) Emotionen werden oft nicht wahrgenommen und social skills wie z.B. Empathie sind weniger ausgeprägt. Dies kann sich auf die Qualität von Beziehungen, weniger auf Beziehungen überhaupt niederschlagen. Ein Beispiel: In einer bestimmten Situation ist der Jugendliche offen und zeigt eine hohe Kontaktfähigkeit. In der Clique schlüpft er dagegen in eine andere Rolle und man(n) erkennt ihn oft nicht wieder.

Jungenarbeiter

Die Rolle des Jungenarbeiters wird in allen Ansätzen ähnlich thematisiert. Der Jungenarbeiter ist nicht nur als pädagogische Fachkraft, sondern vor allem als Mann gefragt, besitzt eine entscheidende Vorbildfunktion für die Jungen und sollte sich mit seiner Männlichkeit auseinandergesetzt haben. Herkömmliche Jugendarbeit ist keine Jungenarbeit und nicht jede Arbeit mit Jungen qualifiziert sich als Jungenarbeit. Bestimmte Merkmale sind unentbehrlich, um ihrem konzeptionellen Anspruch gerecht zu werden.

„Ein Jungenarbeiter zeichnet sich dadurch aus, sein Verhalten und das der Jungen zu hinterfragen. Diese Eigenschaft unterscheidet sich nicht von den pädagogischen Professionellen anderer Arbeitsfelder, bekommt aber in der Jungenarbeit einen besonderen Stellenwert. Er muss in der Lage sein, auf dem Hintergrund der patriarchalen Strukturen und der hegemonialen Männlichkeiten unserer Gesellschaft sein eigenes und das Verhalten der Jungen zu reflektieren.“ (Peloso 2003, 28)

In der Jungengruppe erleben die Jungen ihre Gegenüber in einer Alltagssituation. Sie können sich als heranwachsende Männer mit dem anderen Jungen (als Mann) identifizieren, die männlichen Individuen werden als Ganzes erlebbar. Die Beziehungsebene ist dadurch gekennzeichnet, dass möglicherweise neue Facetten des Mannseins lebendig werden. Sie erfahren, dass ein Mann Gefühle zeigen kann, Stärken und Schwächen hat, verletzbar und verlässlich ist. Die Männer sollen als eigenständige Personen – ohne die potentielle Abwertung der Frauen – aus ihrem Selbst heraus leben und handeln können.

In der praktischen Arbeit mit Jungen und Männern ist entscheidend, dass Sozialpädagogen ihre persönliche Haltung in einem geschlechtsbewussten Handeln deutlich werden lassen. Selbstverständlich kann sich niemand von den herrschenden Geschlechterverhältnissen lossagen. Wichtig ist jedoch für Jungenarbeiter, sich klarzumachen, dass sie sich in einem ständigen Lernprozess befinden. An oberster Stelle steht, an den Jungen interessiert zu sein und zeigen zu können, dass man(n) nicht alles weiß und kann. Die Darstellung der „Unvollkommenheit“ steht nicht im Widerspruch zu den hohen Anforderungen, die an den Jungenarbeiter gestellt werden.

Methoden

Für die Jungenarbeit gibt es eine Vielfalt von Methoden, die auf die Zielgruppe und den jeweiligen institutionellen Rahmen abgestimmt werden. Außerdem sind sie abhängig von Gruppengröße, Alter, Bildungsgrad und nicht zuletzt der Motivation der Jungen. Es braucht genügend Sensibilität, um auf die Bedürfnisse der Jungen angemessen und professionell eingehen zu können. Ein Beispiel aus eigener Erfahrung: Ein Jungenkurs für ältere Jugendli-

che eines Berufsförderlehrganges war als „Anti-Aggressionstraining“ angekündigt worden. Dieser Kurs musste abgebrochen werden, da nur Wenige teilnahmen und zudem kaum motiviert waren. Ich bin mir sicher, dass ein Großteil der Jungen sich von Anfang an stigmatisiert fühlte und deshalb aus Prinzip eine Abwehrhaltung entwickelt hatte.

In den Praxishandbüchern von Krabel (1998) und Lohscheller (2002) finden sich folgende pädagogische Hinweise für Jungenarbeiter:

- Gefühle wahrnehmen und erkennen, ganz gleich ob eigene oder andere;
- Leitbilder der Gesellschaft und persönliche Vorbilder reflektieren, vom Filmstar bis zum eigenen Vater;
- die eigene Körperlichkeit spüren – ohne eine reine Funktionalisierung des eigenen Körpers;
- Konflikte konstruktiv lösen lernen;
- die eigenen Grenzen und die der anderen wahrnehmen;
- Kooperationsfähigkeit fördern;
- Auseinandersetzung mit dem eigenen Geschlecht und der eigenen Sexualität;
- sich mit der eigenen Biographie auseinandersetzen;
- eigene Wünsche und Vorstellungen von der Zukunft entwickeln bzw. entdecken.

Die Angebote sollten bewusst im Kontext von Geschlechterbeziehungen und Geschlechterverhältnissen und im Zusammenhang mit Themen der geschlechtlichen Identität und der Entwicklung und Darstellung von Männlichkeit stehen bzw. jeweils kritisch hinterfragt werden. Wenn dies nicht der Fall ist, kann sich Jungenarbeit mit dem geschlechterorientierten kritischen Anspruch unter der Hand in vergleichbare Angebote im Feld der Erlebnispädagogik oder der Gewaltprävention verwandeln.

Die Rolle des Jungenarbeiters ist schon mehrfach angedeutet worden. Es zeigt sich, dass sie sich als Professionelle hohen Anforderungen stellen müssen. Man(n) wird kaum um eine selbstkritische Begegnung mit der eigenen Persönlichkeit herumkommen. Schließlich stellen die Jungen mit ihrem Verhalten unsere Vorstellungen von Männlichkeit auf die Probe. Immer wird es passieren, dass Etikettierungen und Zuschreibungen unbewusst in unser Handeln einfließen. Das Maß an Reflexionsfähigkeit wird die Qualität der Arbeit bestimmen.

„Es gehört mehr dazu, ich stelle dem voran eher Neugier zu entwickeln, Fragen zu stellen, nachzufragen, wirklich etwas wissen zu wollen. Es gehört aber auch ganz stark dazu, Widersprüche auszuhalten, Missverständnisse versuchen wirklich aufzudecken, zu verstehen“ (Jungenarbeiter in einem Interview).

So auch Sturzenhecker: „Seine Annahmen und Normen stehen zunächst in Frage und erst in zweiter Linie die der Jungen“ (2001, 52). Die Kontaktaufnahme und Gestaltung der Beziehung macht einen wesentlichen Teil der Ar-

beit aus. Die Jungen sind nach meiner Erfahrung sehr dankbar dafür, dass ein Mann sich für ihre Bedürfnisse interessiert und mit ihnen darüber ins Gespräch kommt. Manchmal benötigen sie in derselben Situation zugleich Zuwendung und Begrenzung.

Ein Jungenarbeiter braucht sich nicht besonders jugendlich zu geben und „cool“ zu sein, um Respekt zu erhalten. Er zeichnet sich gerade dadurch aus, dass er die Begegnung zwischen einem Erwachsenen (Mann) und einem (heranwachsenden) Jungen gestaltet und eine klare Position in der komplexen erwachsenen Lebenswelt bezieht. Dies soll aber nicht heißen, dass neuer moralischer Druck erzeugt wird, sondern Jungenarbeiter sich in der praktischen Arbeit offen im Umgang mit Unsicherheiten geben. Anhand dessen können die Jungen es auch wagen, sich selbst zu hinterfragen. Manchmal hilft es im pädagogischen Alltag, in dem es nicht immer leicht ist, den Überblick über die (Sub-) Kulturen, Probleme und Ressourcen der Jungen zu bewahren, sich im Team oder auch in der Supervision der Ziele einer reflexiven Jungenpädagogik zu versichern, um handlungsfähig zu bleiben.

3 Lebenssituation der Jungen

Aufgabe eines Jungenarbeiters sollte also sein, sich auf die Lebenswelt der Jungen einzustellen – eigentlich ein zentrales Merkmal von Jugendarbeit schlechthin. Im Folgenden möchte ich einige Aspekte aus den Bereichen Schule und Familie aufgreifen, um ein Gefühl zu vermitteln, mit welchen Jungen es Jungenarbeiter zu tun haben könnten, obwohl letztlich immer die individuelle Wahrnehmung ausschlaggebend ist, egal welche soziale oder kulturelle Herkunft die Jungen mitbringen.

In der Schule werden häufig die Defizite von Kindern mit Migrationshintergrund hervor gehoben. Seit der PISA-Studie 2000 und erneut 2003 und der damit einhergehenden erhöhten Aufmerksamkeit in Politik und Bevölkerung für Schule, SchülerInnen und LehrerInnen ist deutlich geworden, dass Kinder mit Migrationshintergrund in Deutschland besonders stark durch das Bildungssystem benachteiligt sind. So wirken sich sprachliche Defizite kumulativ in Sachfächern aus, sämtliche Kompetenzen – die Lesefähigkeit oder die mathematischen Kompetenzen – sind davon beeinträchtigt (PISA-Konsortium Deutschland 2004). Auch ein „Vertiefender Vergleich der Schulsysteme ausgewählter PISA-Staaten“, der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (2003) herausgegeben worden ist, hat bestätigt, dass Leistungsunterschiede in Zusammenhang mit der Vertrautheit von Sprache und Kultur stehen. Zudem handelt es sich dabei zum großen Teil um Jugendliche, die in Deutschland von Kind auf an sämtliche Bildungseinrichtungen durchlaufen haben. Die Schule ist nun zunehmend gefordert, Kinder mit

Migrationshintergrund stärker zu integrieren, ihr wird hier eine Schlüsselrolle zugesprochen.

Aber nicht nur die deutsche Sprache spielt eine Rolle, sondern auch die Form des Unterrichts. In Deutschland erfordert die Bewältigung des Lernstoffes ein hohes Maß an selbstständigem Arbeiten. Aussiedlerjugendliche, die viele Jahre einen meist auf den Lehrer zentrierten Unterricht in ihrem Herkunftsland besucht haben, können durch diese Anforderungen verunsichert sein und Startschwierigkeiten haben. Auf sie müsste entsprechend eingegangen werden.

„Dann war ein großer Punkt, dass sie aufgrund ihrer Erfahrungen mit Schule (...) in Russland, das offensichtlich, so wie sie mir das beschrieben haben, ein sehr restriktives System ist, wo der Lehrer Frontalunterricht macht, und wer Mist macht fliegt raus und wird bestraft. Und sie auch mit den Erfahrungen an mich herangegangen sind, und es für mich sehr schwer war zu vermitteln, dass ich es eigentlich anders will.“ (Jungenarbeiter in einem Interview)

Schule ist nicht nur ein Ort der Begegnung, sondern auch ein Ort der institutionellen Diskriminierung. Gomolla und Radtke (2002) belegen in ihrer Studie, dass dies besonders für Kinder türkischer Herkunft ein Problem darstellt. Kultur und Ethnizität können zu Kriterien des Ausschlusses werden. Aus der Shellstudie geht zudem hervor, dass Jungen mit türkischem Migrationshintergrund häufig Kontakte zur eigenen ethnischen Jugendgruppe bevorzugen. (Münchmeier 2000). Paradoxerweise treibt sie die (berechtigte) Angst vor der Marginalisierung und Abwertung in eine ethnische Isolation.

Abschließend ist zu bemerken, dass Jungen mit Migrationshintergrund m.E. mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben wie ihre deutschen Mitschüler. Um nicht als unmännlich zu gelten, wird alles getan, z.B. keine Schwächen eingestehen zu müssen oder nicht ausgelacht zu werden. Unter seinesgleichen zu bleiben ist dabei eine Strategie, die es erleichtern kann, sich „richtig“ zu verhalten, die allgemeine Verunsicherung zu überspielen und Kommunikationskonflikte zu vermeiden. Festzuhalten ist, dass häufig nicht die Ethnie, die kulturelle Zugehörigkeit allein zu einer Belastung wird, sondern das Gefühl der Benachteiligung, das eher durch soziale Bedingungen entsteht und das Jugendliche anderer Herkunftsländer mit deutschen Jugendlichen durchaus gemeinsam haben können.

Die familiären Strukturen in z.B. türkischen oder russischen Familien sind aufgrund der anderen gesellschaftlichen Geschlechterkonstruktionen der jeweiligen Herkunftsländer und ländlichen Herkunftsregionen häufig patriarchalisch geprägt. Die Frauen sind meist zuständig für innerfamiliäre Angelegenheiten, behaupten sich aber teilweise auch in der Berufswelt. Oft bildet die Familie den einzigen Bezugspunkt, ihr Zusammenhalt ist ein besonders hoher Wert. Das Familienbild deutscher Jugendlicher ist sicherlich anders.

„Die Mutter ist diejenige, die organisiert und versorgt. Bei einem Punkt vielleicht nicht so, bei der Präsentation nach außen: die Frau in der russlanddeutschen Familie stellt diese

Verbindung zwischen Gesellschaft und Familie her. Bei den türkischen weniger, weil die Mütter weniger deutsch sprechen. Da ist der Mann derjenige, der diese Brücke herstellt.“ (Jungenarbeiter im Interview)

Bei der Ausgestaltung von Männlichkeit gibt es viele Formen. In vielen türkischen Familien ist der Vater für finanzielle Belange zuständig. Gesellschaftliche Werte wie die gegenseitige Abhängigkeit der Familienmitglieder, enge Gruppenbindungen und die Bevorzugung männlicher Nachkommen gehen oft mit einem niedrigen Status der Frau einher. In der Sozialisation bekommt die „Ehre“ eine besondere Bedeutung. Vater und Sohn sind für die Ehre der gesamten Familie zuständig. Sie muss geschützt werden und gilt als sozialer Habitus. Die Jungen stehen somit einerseits in Konflikt in Bezug auf die eigene zukünftige (eheliche) Beziehung, andererseits divergiert die Rolle aufgrund gesellschaftlich-öffentlicher Anforderungen. Der „Respekt“ vor dem Vater löst ein Spannungsverhältnis zwischen innerfamiliärer Sphäre und dem außerfamiliären Rahmen (z.B. in der peergroup) aus. Der persönliche Habitus und der soziale, gesellschaftlich geforderte Habitus müssen miteinander vereinbart werden – eine für die Jugendlichen schwierige Aufgabe (Bohnsack 2001).

Durch die hohe Arbeitslosigkeit – u.a. auf Grund des Abbaus von Arbeitsplätzen für wenig Qualifizierte im Industriesektor – verlieren die (Ehe-)Männer an Ansehen und erfahren eine Abwertung durch die Außenwelt. Vermutlich wird dadurch ein Festhalten an strengen traditionellen Normen im innerfamiliären Bereich gefördert (Apitzsch 2003). Viele türkische Jungen erleben die Vätergeneration als passiv und dadurch sie verunsichernd. Die letzte selbstbestimmte Handlung des Vaters war vielleicht die Entscheidung, aus der Heimat zu emigrieren und die finanzielle Lebensgrundlage der Familie zu sichern. Auf die Spitze getrieben könnte man formulieren, dass die Väter danach eher fremdbestimmt wirken und für die Jugendlichen als positives Vorbild fehlen.

Jungen türkischer und russischer Herkunft unterscheiden sich untereinander – Jugendliche mit Migrationshintergrund sind keine homogene Gruppe. Vor allem im Bereich der Sexualität gibt es Unterschiede. Die Sexualität beider Jugendlichengruppen ist durch traditionelle Familienbilder geprägt, aber vorehelicher Geschlechtsverkehr wird z.B. in Russland durchaus gebilligt, u.a. durch den Einfluss des staatlichen Atheismus; nur bei katholisch geprägten Familien kann man auf eine Tabuisierung von Sexualität schließen. Frühe Eheschließungen zwischen 18 und 23 Jahren sind normal, individuelle Gefühle und Wünsche spielen hingegen eine untergeordnete Rolle (Nespor/ Supprian o.J.).

Abschließend ist zu erwähnen, dass die unterschiedlichen Wertvorstellungen der Jugendlichen und ihrer Familien nicht bewertet werden sollen. Es soll lediglich eine Sensibilität für die unterschiedlichen Kontexte mit ihren widersprüchlichen Normen und Werten geschaffen werden, in denen sich die

Jungen befinden. Mit ihnen über diese Themen ins Gespräch zu kommen, macht einen Reiz der Jungenarbeit aus. Eine analytische Trennung zwischen Mehrheitsgesellschaft und MigrantInnen kann deshalb auch nur eine Hilfskonstruktion darstellen.

4 Interkulturelle Jungenarbeit

Die theoretischen Konzeptionen interkultureller Jungenarbeit stammen zu meist aus der klassischen Jungenarbeit mit einer Verknüpfung zur interkulturellen Pädagogik. Der Begriff hat sich allmählich entwickelt, auf Tagungen, Fortbildungen und durch Berichte aus der Praxis. Zudem entstand auch ein zunehmendes Bewusstsein über Jungen mit Migrationshintergrund – ein eher „reaktives Bewusstsein“ (Jantz 2003), da ein Bedarf erst bei Problemen oder Auffälligkeiten der Jungen sichtbar wurde. Olaf Jantz gehört zu den wenigen Autoren, die regelmäßig zu diesem Thema publizieren und besonders von seinen Artikeln und Veröffentlichungen habe ich viel profitieren können. Deshalb möchte ich mich hauptsächlich auf seine Sichtweisen und Impulse stützen.

Noch in den 90er Jahren haben sich Einrichtungen der öffentlichen Jugendhilfe nur langsam konzeptionellen Erneuerungen geöffnet. Mädchenarbeit und Erlebnispädagogik galten sicherlich für einige als Errungenschaften; sie waren jedoch vom Engagement und Interesse einzelner PädagogInnen abhängig. Die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit neuen Konzepten stellt sich immer als Herausforderung dar und die zeitlichen Ressourcen sind meist rar. Erst mit Einführung von Qualitätssicherung und in Zeiten des Controllings ist m.E. ein Umdenken eingetreten.

Michael Schenk (2000) hat m.E. ein geeignetes Referenz-Modell der Kinder- und Jugendarbeit geschaffen, das den Gedanken des Gender Mainstreaming impliziert. Geschlechtsbewusste Jugendarbeit ist darin zum einen immer verknüpft mit den Prinzipien einer offenen, interkulturellen und akzeptierenden Jugendarbeit und bezieht sich zum anderen als Querschnittsthema auf alle Bereiche, die Jugendliche betreffen: die politische Bildung, die Arbeitswelt und die Freizeit (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1: Modell der Kinder- und Jugendarbeit nach Schenk 2000, 58

Offene, geschlechtsbewusste, interkulturelle und akzeptierende Kinder- und Jugendarbeit		
Politische Bildung	Arbeitswelt- bezug	Freizeit- pädagogik

...mit Blick auf die Praxis

Jungen entwickeln in ihren – durchaus auch transkulturellen – Gruppen Strategien, um sich in ihrem Umfeld zu orientieren. Ihre Methoden sind oft gewalt- und machtorientiert und dennoch können sie untereinander als eine „soziale Kompetenz“ gewertet werden. „Dominanz, Abwertung und Macht erbringen immer einen Zugewinn an Männlichkeit und damit an sozialer Achtung.“ (Jantz 2003, 129) Die Jungen wissen in der Regel, „wie man(n) sich zu verhalten hat“ (a.a.O.). Welches Verhalten nun aus ihrer Sicht, in ihrer Umgebung Sinn macht, entscheiden aber immer sie selbst. Dies stellt den Pädagogen, der einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag erfüllen soll – z.B. einen Anti-Aggressionskurs durchführen oder in der sozialpädagogischen Einzelfallhilfe tätig sein – vor das Problem, zwischen unterschiedlichen Welten und ihren Anforderungen und Regeln zu vermitteln.

Wenn von Jungen die Rede ist, schneiden sie oft nicht gut ab. Beispiel Schule: Von der Jugendstudie bis zum Lehrer vor Ort werden Probleme gesehen: die „Jungen wollen sich nicht integrieren“, „sie haben Lernschwierigkeiten“. Als Defizite erscheinen insbesondere ihre mangelnde Leistungsfähigkeit und Integrationsbereitschaft. Wer schaut jedoch auf die fehlenden Möglichkeiten, eine Chance zur Leistung und Bereitschaft zur Integration zu bekommen? Oftmals geht ein solcher Aspekt unter. Dies gilt auch für Migrantinnen, nur werden diese als weniger auffällig und eher als Opfer wahrgenommen und stilisiert.

Die gesellschaftlichen Anforderungen – auch vermittelt durch Pädagogen – können die Leistungsfähigkeit der Jungen in Frage stellen und sie in eine Außenseiterposition bringen. Die Jungen müssen zwischen verschiedenen Welten lavieren. Der eigene kulturelle Hintergrund lässt sie fragen: Woher komme ich? Was bin ich? Die eigene Männlichkeit provoziert Fragen wie: Was ist überhaupt männlich? Bin ich ein Mann? Anforderungen an die eigene Leistung können verunsichern: Was bin ich wert? Was muss ich erreichen? Die gesellschaftlich marginale Position vermittelt ihnen das Gefühl, nicht dazu zu gehören: Wird von mir erwartet, dass ich anders bin?

Die Frage, die sich nun stellt ist: mit welchen Methoden kann man(n) diesen Jungen begegnen? Entscheidend sind sicherlich die Kontaktaufnahme und die Kontaktgestaltung. Professionelle der Jugendbildungsarbeit besitzen einen großen Methodenpool, der übertragbar ist oder nur leicht modifiziert werden muss. Es bedarf somit keiner besonderen Methoden, sondern entscheidend ist die „Gewinnung einer pädagogischen politischen und gesellschaftlichen Kompetenz, indem wir unsere professionellen geschlechtsbezogenen Zugänge kultur- und selbstkritisch hinterfragen“ (Jantz 2003, 13). Für den Praxisalltag bedeutet dies, eine akzeptierende Jungenarbeit umzusetzen, die Freiheiten gibt, so zu sein, wie die Jungen sein möchten. Diese Unterstützung hat solange Geltung, bis Grenzen anderer verletzt werden. Grenzverletzungen geben wiederum einen realen Anlass, sich über die Wahrnehmung und Wahrung dieser Grenzen auseinander zu setzen.

Ziel von interkultureller Jungenarbeit ist, den Jungen die Möglichkeit zu bieten, neue Erfahrungen zu machen. Die Entscheidung, welche der neu kennen gelernten Handlungs-, Wahrnehmungs- und Beurteilungsstrategien sie in ihr eigenes Selbstbild integrieren möchten und können, kann den Jungen nicht abgenommen werden.

„(...) mein Eindruck ist, es ist egal, wie beschissen der Hintergrund von Jugendlichen, ob deutschen oder ausländischen Jugendlichen, ist, sie wissen schon sehr gut, was sie eigentlich wollen und was gut für sie ist. Man muss sie nur in die Lage versetzen, das was sie tun, auch zu reflektieren und Grenzen anderer anzuerkennen und aber auch die eigenen Grenzen zu erkennen.“ (ein Jungenarbeiter im Interview)

Ziele interkultureller Arbeit mit Jungen im Einzelnen sind:

- Den Jungen sollen die Machtkämpfe, denen sie innerhalb ihrer eigenen (u.a. auch kulturellen) Gruppe und in Bezug auf andere (kulturelle) Gruppen unterliegen, bewusst gemacht werden und selbst entdecken, unter welchen Bedingungen sie andere ausgrenzen. Umfang und Struktur der informellen Jungenhierarchien sollen transparenter werden.
- Die Jungen sollen die Möglichkeit haben, zueinander in Kontakt zu treten und Beziehungen herzustellen. Dieses Kennenlernen schließt ein, dass sie sich in ihrer Unterschiedlichkeit wahrnehmen und von ihren Lebenswelten erfahren. Jedoch geht es nicht darum, geradezu zwanghaft Differenzen zwischen den Jungen herauszustellen, die eher zur weiteren Etikettierung oder Polarisierung kulturell anderer Herkunft führen.
- Thema sind die Verschiedenheiten, die sich z.B. in Musikgeschmack, Kleidung, Sportarten, Sprache und Essgewohnheiten zeigen. Sie symbolisieren unterschiedliche „Jungenkulturen“ und werden besonders dann diskutiert, wenn sie – intendiert oder meist eher nicht intendiert – in Verbindung mit Sexismus und Rassismus auftreten. Hier hebt sich die Jungenarbeit vom alltäglichen Geschäft der Jugendarbeit ab, indem sie genau diese Geschlechter- und Machtverhältnisse thematisiert.

- In Diskussionen über Rassismus und Sexismus soll es auch Ziel sein, den Jungen zu zeigen, dass jede Kultur ihren Wert besitzt und „dass es neben dem Trennenden weit aus mehr Gemeinsames zwischen ihnen/uns gibt, das sich gemeinsam zu genießen lohnt“ (Jantz 2003, 137).
- Jungen mit Migrationshintergrund sollen darin unterstützt werden, die eigenen Vorstellungen, Verhaltensweisen und Erwartungshaltungen zu reflektieren und zu selektieren. Sie sollen lernen, welche Normen und Werte für ihre Lebenswelt nützlich sind und welche in einem anderen Kontext, in einer anderen Kultur sinnvoll erscheinen. Diese Differenzierung ermöglicht auf die eigenen kulturellen Wurzeln stolz zu sein, ohne in dem aktuellen Lebensumfeld „anzuecken“ (Müller-Wahli, 2001).
- Die Jungen sollen die Chance erhalten, sich über ihre Bilder, Gefühle und Wünsche auszutauschen, sie mit anderen zu vergleichen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede festzustellen; dabei sind kulturelle Unterschiede nicht immer maßgeblich. Lebbares und Wünschenswertes kann somit selbst herausgefunden werden (a.a.O., 19).
- Das Erleben von Solidarität statt Ausgrenzung schafft ein Gemeinschaftsgefühl, das stark motivierend wirkt und das Selbstwertgefühl stärkt.

Schlüsselqualifikation „Interkulturelle Kompetenz“

„Interkulturelle Kompetenz“ hat sich in den letzten Jahren in pädagogischer Praxis und sozialwissenschaftlicher Debatte als erforderliche Qualifikation für Menschen in kulturellen Überschneidungssituationen herausgestellt. Ein „Markt der Möglichkeiten der interkulturellen Bildung“ hat sich entwickelt. Was genau bedeutet interkulturelle Kompetenz? Auernheimer (2002) kennt vier Dimensionen interkultureller Kompetenz, sie verweisen auf sozial- und kommunikationspsychologische Aspekte und bestimmen die Struktur und das Verhalten der GesprächsteilnehmerInnen. Es handelt sich um Machtfragen, Kollektiverfahrungen, gegenseitige Fremdbilder und kulturelle Unterschiede:

Das Verhältnis von Mehrheitsgesellschaft und MigrantInnen ist auch vom Machtverhältnis geprägt. Es spiegelt sich in Benachteiligungen in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt, in Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und mangelnder Teilhabe an politischer Partizipation. Auch in dem Verhältnis zwischen SozialarbeiterInnen und KlientInnen spielt Macht eine Rolle; die Professionellen haben in der Regel mehr Zugang zu Ressourcen und Informationen, institutionelle Machtsymmetrien schaffen Abhängigkeiten, z.B. durch rechtliche Vorschriften etc.

Kollektiverfahrungen, die MigrantInnen einer bestimmten Minderheit, einer Ethnie oder einer Region einen, können sehr prägend sein – auch Jahre nach dem eigentlichen Ereignis. Zum Beispiel ist das Bild der Menschen in

Südafrika vom Entwicklungshelfer auch von den eigenen Erfahrungen mit Apartheid geprägt.

Bilder, die wir uns von dem jeweils Fremden machen, sind entscheidend dafür, wie Personen aufeinander zugehen und miteinander umgehen. Ein aktuelles Beispiel ist die häufig einseitige Darstellung der Muslime in der westlichen Welt – besonders seit den Anschlägen in New York. In den Medien dominieren Bilder von gewalttätigen Männern und Jugendlichen, eher selten sehen wir friedlich lebende gläubige wie nicht gläubige Menschen in muslimischen Kulturkreisen, die in aller Welt die Mehrheit stellen. Diese Stereotype sind durch die wiederholten Darstellungen scheinbar überprüfbar und verfestigen sich so unbewusst in unserem Denken.

Die kulturelle Dimension verweist auf kulturspezifische Kommunikationsformen, die ein Gespräch, eine Begegnung beeinflussen. Z.B. bedeutet „Kopfnicken“ im europäischen Kulturkreis generell „ja“, doch im Vorderen Orient wird zwischen Kopfnicken nach unten, was Zustimmung bedeutet, und Kopfnicken nach oben, was Verneinung und Ablehnung bedeutet, unterschieden (Baumert 2002, 35). Ein weiteres Beispiel: Reinhard Erös ist als Arzt einer Hilfsorganisation in Afghanistan tätig. Er selbst hat als Arzt gelernt sich „auf das sachlich „Wesentliche“ zu beschränken, das Persönliche hintanzustellen und Zeitmanagement und ökonomische Gesprächsdisziplin zu beachten, (...) Dinge logisch, stringent, knapp und ohne schmückende Beiworte anzusprechen, um rasch zu klaren Ergebnissen zu kommen“ (Erös 2002, 72f). Er beschreibt eindrücklich seine Erfahrung mit hochrangigen Afghanen, die diese Art der Gesprächsführung als kultur- und stillos ansehen: „(...) entscheidend für den Verlauf und den Erfolg eines Gesprächs sind die Persönlichkeiten (...). Im Grunde ist es ein harmonisches Zusammenspiel zweier Persönlichkeiten“ (a.a.O., 72).

Auernheimer glaubt, dass diese zuletzt genannte kulturelle Dimension in der allgemeinen Debatte über Migration und interkulturelle Kompetenz oft überbewertet wird. Zudem sei die Grenze zur Ethnisierung sozialer und anderer Probleme oft fließend. Kollektiverfahrungen, Fremdbilder und Vorstellungen von Macht sind hingegen wichtige Bestandteile jeder Kultur; verbale und nonverbale Kommunikationsformen kommen als eine Ebene lediglich hinzu.

In der Jungenarbeit sieht sich der Pädagoge nicht nur mit Fremdheit aufgrund unterschiedlicher Herkunftsländer der Jugendlichen konfrontiert; fremd kann auch Hip Hop sein.

„Also, wenn die irgendwo in einer Subkultur leben, in einer HipHop-Kultur, von der habe ich keine Ahnung. Da gibt es dann bestimmte Zeichen und sprachliche Muster, die kenne ich einfach gar nicht. Also, selber müsste ich das dann als Pädagoge, wenn ich mit denen arbeite, erst mal kennen lernen. Da muss ich auch Neugier darauf haben, das mitzukriegen.“ (Jungenarbeiter im Interview)

Es stellt sich die Frage, in welcher Intensität interkulturelle Kompetenz für die Soziale Arbeit oder speziell die Jungenarbeit überhaupt eine Rolle spielt. Maria do Mar Castro Varela (2002) sieht die besondere Hervorhebung interkultureller Kompetenzen durchaus kritisch, indem sie zum einen feststellt, dass die Fertigkeiten sich *nicht* von denen „(...) die allgemein bei psychosozialer Arbeit gefordert sind“ unterscheiden und zum anderen werde „die Kompetenz (...) vor allem als Konfliktvermeidungs- oder Bewältigungskompetenz verstanden“ (a.a.O., 38). Sie fordert, dass laufende Diskurse auf in ihnen implizit vorhandene Machtmomente hin untersucht werden und eine „(Un)möglichkeit des Andersseins, ohne auf diese festgelegt zu werden“, gegeben sein müsse (a.a.O., 41). Wer hinterfragt z.B., ob und ab wann jemand in einer Einwanderungsgesellschaft wie Deutschland integriert oder fremd ist? Sich dabei auf rechtliche Grundlagen zu stützen greift m.E. zu kurz. Hier ist eine politische Dimension angesprochen – Varela fordert zu Recht eine radikale Politisierung der Pädagogik. Letztlich ist es die soziale Konstruktion von Unterschieden auch im pädagogischen Alltag, die einer Ethnisierung Vorschub leistet und gleichzeitig nur von Menschen selbst wieder in Frage gestellt werden kann.

Für die (interkulturelle) Jungenarbeit kommen zwei Überlegungen hinzu: Zum einen sollen Jungenarbeiter sich qualifizieren und sich interkulturelle Kompetenzen aneignen. Dabei ist gerade die Reflexion eigener kultureller Zugänge und biographischer Bezüge – gemeint sind hier Kenntnisse in deutscher Geschichte, Literatur und Musik, Regionalwissen, eine Auseinandersetzung mit Ost- und Westverhältnissen, mit Prozessen der Ein- und Ausgrenzung sowie mit der eigenen Prägung durch Subkulturen (Jantz 2003) – von Bedeutung zur Entwicklung einer Sensibilität für andere, neue und irritierende Erfahrungen. Entscheidend ist, „(...) die Einschluss- und Ausschlusspraxis der deutschen Mittelschichtkultur kennen zu lernen (...) und uns auf der erwachsenen Ebene der Fachleute all diejenigen Rollenkompetenzen anzueignen, die ‚unsere‘ Mädchen und Jungen im multikulturellen Alltag zumeist bereits mitbringen“ (Jantz/ Mühlig-Versen 2003, 7).

Zum anderen sollen auch die Jungen für den multikulturellen Alltag qualifiziert werden. Sie leben mitten in kulturellen Überschneidungssituationen und müssen ihren Weg finden, mit diesen Herausforderungen zurecht zu kommen. Genau an dieser Stelle betreten wir eine gefährliche Kreuzung, denn das Konzept der bloß kommunikativen Kompetenz in der Jugendarbeit wird häufig aus der Perspektive der (deutschen) Mittelschicht entwickelt und fragt nicht nach bereits vorhandenen Sinnstrukturen der Jungen (Jantz 2003).

Herausforderungen für die Professionsentwicklung

Europäisierung und Globalisierung aller gesellschaftlichen Felder werden zunehmen, Deutschland ist und bleibt Einwanderungsland. Migration, Inter-

kulturalität und die Herausforderungen für eine professionelle Jungen- und Mädchenarbeit werden auch den künftigen pädagogischen Alltag und die öffentliche Diskussion begleiten. In jeder Stadt und in vielen Stadtteilen finden Gespräche, runde Tische und Workshops statt.

In diese Auseinandersetzungen um den interkulturellen Alltag werden Betroffene oft nicht einbezogen. Hieran schließt die erste (Heraus-) Forderung, die mir wesentlich erscheint – beginnt doch Integration in den Köpfen der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft: Soziale Arbeit hat die Funktion und die Kompetenz, auf die fehlende Integration von MigrantInnen und ihren Organisationen in den laufenden Diskussionen aufmerksam zu machen. SozialarbeiterInnen können versuchen, Brücken zwischen den verschiedenen Interessengruppen zu schlagen und auf Möglichkeiten und Ressourcen, die Transkulturalität für alle Bereiche Sozialer Arbeit bergen kann, hinweisen.

Die zweite (Heraus-) Forderung betrifft die Ausbildung zur Sozialen Arbeit: Im Studium sollten Inter- oder Transkulturalität Querschnittsperspektiven in allen Fächern bzw. Modulen bilden. Zudem können die Einstellung von mehr MigrantInnen in den Hochschulen und die Besetzung interkultureller Teams in den Arbeitsfeldern institutionelle Diskriminierung und soziale Ausgrenzung abbauen.

Eine dritte (Heraus-) Forderung betrifft die kritische Reflexion von Geschlecht in Ausbildung und sozialer Praxis. Es kann und darf nicht sein, dass man(n) immer noch in Frage gestellt oder gar belächelt wird, wenn Jungenarbeit „angepackt“ wird.

„Ich glaube, also in der Praxis schmunzelt man über z.B. geschlechtsspezifische Arbeit. Wenn jemand erzählt, (...), dann sieht man schon bei den Mitarbeitern oder den Kollegen so ein kleines Lächeln. Ob das nicht ganz ernst genommen wird, ob die Leute nicht so gut informiert worden sind und zu wenig Fachwissen darüber besitzen, dass das eine große Rolle spielt, ob man Junge oder Mädchen ist und was alles damit reinkommt? Ich glaube, daran liegt es, dass es einfach zu wenig Wissen, zu wenig Fachliteratur gibt.“ (Jungenarbeiter im Interview)

Jungenarbeit kann jedoch von Sozialpädagogen nur dann effektiv betrieben werden, wenn sie entsprechend motiviert sind; es ist eher kontraproduktiv, wenn das Thema den männlichen Kollegen von den weiblichen übergestülpt wird. Es kostet Zeit und Kraft, im pädagogischen Alltag die eigene männliche Rolle und das Gewordensein zum Mann zu reflektieren. Die hohen Ansprüche, die an den Jungenarbeiter gestellt werden, erfordert ein Stück weit Motivation, sich mit Themen, die verunsichern, auseinander zu setzen. Daran schließt meine vierte und zentrale (Heraus-) Forderung, dass mehr Männer (den Mut finden), sich mit dem Thema Männlichkeit auseinander zu setzen. Von der damit verbundenen Perspektive der Gleichberechtigung beider Geschlechter – ohne patriarchale Dividende – und der Möglichkeit neuer Erfahrungen mit dem eigenen Mannsein werden nicht nur die Männer persönlich profitieren, sondern auch die Jungen.

Literatur

- Apitzsch, Ursula (2003): Zur Dialektik der Familienbeziehungen und zu Gender-Differenzen innerhalb der zweiten Generation, in: psychosozial, 26. Jg., H. 3, 67-80
- Auernheimer, Georg (2002): Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität, Opladen
- Bardmann, Theodor M./ Lamprecht, Alexander (1999): Systemtheorie verstehen, CD-ROM
- Baumert, Thomas (2002): Handbuch Interkulturelle Kompetenz, Zürich
- Bohnsack, Ralf (2001): Der Habitus der „Ehre des Mannes“. Geschlechtsspezifische Erfahrungsräume bei Jugendlichen türkischer Herkunft, in: Döge, Peter/ Meuser, Michael (Hg.): Männlichkeit und Soziale Ordnung. Neuere Beiträge zur Geschlechterforschung, Opladen, 49-71
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2003): Vertiefender Vergleich der Schulsysteme ausgewählter PISA-Staaten, Bonn
- Erös, Reinhard (2002): Tee mit dem Teufel – Als deutscher Militärarzt in Afghanistan, Hamburg
- Connell, Robert W. (2000): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, Opladen
- Gemende, Marion/ Schroer, Wolfgang/ Sting, Stephan (Hg.) (1999): Zwischen den Kulturen – Pädagogische und sozialpädagogische Zugänge zu Interkulturalität. Dresdner Studien zur Erziehungswissenschaft und Sozialforschung, Universität Dresden, Hamburg
- Gomolla, Mechthild/ Radtke, Frank-Olaf (2002): Institutionelle Diskriminierung – Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, Opladen
- Hurrelmann, Klaus/ Kolip, Petra 2002: Geschlecht, Gesundheit und Krankheit. Männer und Frauen im Vergleich, Bern
- HVHS Frille/ Heimvolkshochschule „Alte Molkerei Frille“ (1988): Parteiliche Mädchenarbeit und antisexistische Jungenarbeit – geschlechtsspezifische Bildungsarbeit für Jungen und Mädchen. Abschlussbericht des Modellprojektes „Was Häschen nicht lernt (...), verändert Clara nimmer mehr!“, Minden
- Jakubeit, Gudrun/ Schattenhofer, Karl (1996): Fremdsprachenkompetenz, in: Neue Praxis, H. 5, 389-407
- Jantz, Olaf (2003): „Sind die wieder schwierig!“ – Interkulturelle Jungenarbeit – (K)ein neues Paradigma?, in: Jantz, Olaf/ Grote, Christoph (Hg.): Perspektiven der Jungenarbeit. Konzepte und Impulse aus der Praxis. Reihe Quersichten, Band 3, Opladen, 125-146
- Jantz, Olaf/ Mühlig-Versen, Sema (2003): Kulturelles und interkulturelles Lernen in der Mädchen- und Jungenarbeit als Unterstützung für Jugendarbeit und Schule, ajs-informationen II, Bielefeld
- Krabel, Jens (1998): Müssen Jungen aggressiv sein? Eine Praxismappe für die Arbeit mit Jungen, Essen
- Krüger-Potratz, Marianne/ Lutz, Helma (2004): Gender in der Interkulturellen Pädagogik, in: Glaser, Edith/ Klika, Dorle/ Prengel, Annedore (Hg.): Handbuch Gender und Erziehungswissenschaft, Bad Heilbrunn, 436-448

- Lemper, Katharina (2004): Mit Fremdheit leben – Entwicklungen in der Integrationsarbeit, Diplomarbeit an der KFH NW, Abt. Münster
- Leenen, Wolf Rainer/ Groß, Andreas/ Grosch, Harald (2002): Interkulturelle Kompetenz in der Sozialen Arbeit, in: Auernheimer, Georg (Hg.): Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität, Opladen, 81-102
- Lohscheller, Frank (2002): Typisch Junge? Kommunikationstraining für Jungen an Schulen, Münster
- Meuser, Michael (2000): Perspektiven einer Soziologie der Männlichkeit, in: Janshen, Doris (Hg.): Blickwechsel. Ein neuer Dialog zwischen Frauen und Männerforschung, Frankfurt a.M., 47-78
- Müller-Wahli, Martin (2001): Was heißt da überhaupt Ausländer?, in: Switchboard, Zeitschrift für Männer- und Jungenarbeit, H. 147, 18-19
- Münchmeier, Richard (2000): Miteinander – Nebeneinander – Gegeneinander? Zum Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen, in: Fischer, Arthur et al.: Jugend 2000. 13. Shell Studie, Opladen, Band 1, 221-260
- Nespor, Milan/ Supprian, Antje (o.J.): Keiner ist wie alle – Sexualpädagogik interkulturell, hg. von der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen – Fachreferat der LAG der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen, Hannover
- Peloso, Claudio (2003): Interkulturelle Jungenarbeit, Diplomarbeit an der KFH NW, Abt. Münster
- PISA-Konsortium Deutschland (Hg.) (2004): PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweite internationalen Vergleichs, Münster
- Schenk, Michael (2000): „Was!? – Du arbeitest mit türkischen Jungen?“, in: Dokumentation der Fachtagung Interkulturelle Jungenarbeit, hg. von Landeshauptstadt München, München, 55-63
- Sedat, Cakir/ Jungk, Sabine (2004): SternStunden, Management-Handbuch für Zuwanderervereine, Landeszentrale für politische Bildung NRW, Nr. 0425 M, Essen
- Sturzenhecker, Benedikt (2001): Warum und wie Jungenarbeit – auch interkulturell, in: Mitteilungen des Landesjugendamtes Westfalen-Lippe, H. 149, 41-52
- Tiemann, Rolf (1999): Konzeptionelle Ansätze der Jungenarbeit auf dem Prüfstand, in: Deutsche Jugend, 47. Jg., H. 2, 76-90
- Vahsen, Friedhelm G./ Dursun, Tan (2002): Interkulturelle Pädagogik und Soziale Arbeit, in: Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch, Opladen, 388-395
- Varela do Mar Castro, Maria (2002): Interkulturelle Kompetenz – ein Diskurs in der Krise, in: Auernheimer, Georg (Hg.): Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität, Opladen, 35-48
- Winter, Reinhard (1993): Männliche Sozialisation und Jungenarbeit, in: Deutsche Jugend, 41. Jg., H. 4, 153-164

Geschlechtsspezifische Unterschiede bei Kindern aus suchtblasteten Familien

Kinder aus suchtblasteten Familien rücken in den letzten Jahren zunehmend, wenn auch immer noch in deutlich unzureichendem Maße, als Risikogruppe für psychische, physische sowie soziale Entwicklungsbelastungen in den Fokus der Aufmerksamkeit von Kinder- und Jugendhilfe sowie des Suchthilfesystems. Grant (2000) konnte für die USA auf der Basis des National Longitudinal Alcohol Epidemiology Sample (Daten von 42.862 repräsentativ ausgewählten Personen im Alter über 18 Jahre) zeigen, dass jedes vierte Kind in einer Familie aufwächst, in der ein Elternteil eine Lebenszeitdiagnose für eine Alkoholstörung aufweist; darüber hinaus wächst jedes sechste Kind in einer Familie auf, in der ein Elternteil im letzten Jahr eine alkoholbezogene Diagnose aufwies. Aufgrund der in Deutschland höheren Pro-Kopf-Konsumquoten bezüglich Alkohol sind hierzulande mindestens genauso viele und eher mehr Kinder in ähnlichem Ausmaß von elterlichen Suchtstörungen betroffen: In Deutschland sind ca. 2,7 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter bis 18 Jahre mit einer elterlichen Suchtstörung konfrontiert, mehr als 1,5 Millionen Kinder leiden darunter dauerhaft in ihrer Kindheit und Jugend (Klein et al. 2003). Nach einer repräsentativen Bevölkerungsstudie bei 3.021 Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren wird von 15,1% Kindern und Jugendlichen aller Eltern ausgegangen, die durch eine elterliche Störung mit Substanzabhängigkeit oder -missbrauch nach DSM-IV¹ betroffen sind (Lachner/ Wittchen 1997).

Kinder aus suchtblasteten Familien weisen ein hohes Risiko für eigene spätere Suchtstörungen, aber auch für andere psychische sowie physische Störungen und Krankheiten auf (z.B. Sher 1991; Klein 2001; Tweed/ Ryff 1991; Drake/ Vaillant 1988; West/ Prinz 1987; Dube et al. 2001). Erwachsene mit alkoholbezogenen Störungen haben überzufällig häufig Eltern, von denen mindestens ein Elternteil selbst alkoholabhängig war: So stammten in einer Untersuchung von Cotton (1979) 30,8% der untersuchten 4.000 alkoholabhängigen Erwachsenen aus einer Familie mit einem abhängigen Elternteil. In einer Langzeitstudie über 33 Jahre erhielten 28% der Kinder aus Suchtfamilien im späteren Lebenslauf selbst eine Diagnose für Alkoholabhängigkeit (Drake/ Vaillant 1988). Etwa ein Drittel der Kinder aus alkoholbelasteten Familien wird alkohol- oder drogenabhängig (Klein 2001), ein

1 DSM-IV, Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders, Fourth Edition, American Psychiatric Association, Washington 1994 (übliches Klassifikationssystem psychischer Störungen)

weiteres Drittel weist Symptome anderer psychischer Störungen auf und lediglich ein Drittel entwickelt keine psychischen Auffälligkeiten. West und Prinz (1987; vgl. auch Chandy et al. 1994; Bennett et al. 1988) identifizieren in ihrer Überblicksarbeit zu 46 empirischen Studien aus den Jahren 1975-1985 Auswirkungen elterlicher Alkoholstörungen auf die exponierten Kinder in folgenden Bereichen:

- Hyperaktivität und Verhaltensauffälligkeiten
- Substanzmissbrauch
- Delinquenz und Fernbleiben der Schule
- Kognitive Funktionsstörungen
- Soziale Interaktionsprobleme
- Körperliche Probleme
- Angst und Depressionen
- Körperliche Misshandlung, Missbrauch und Vernachlässigung
- Dysfunktionale Familieninteraktionen

Entscheidende Kriterien für die Intensität der Pathogenisierung von Kindern aus suchtblasteten Familien sind die Dauer, die Art und die Häufigkeit der Exposition gegenüber den Suchtphänomenen eines oder beider Elternteile (Klein 2005). Erklärungsmodelle für das deutlich erhöhte Risiko von Kindern aus suchtblasteten Familien, selbst eine Suchterkrankung oder aber andere psychische Störungen zu entwickeln, beziehen sich auf dem Hintergrund eines biopsychosozialen Modells der Suchtstörungsentstehung insbesondere auf genetisch-biologische sowie auf familienpsychologische Faktoren (u.a. Maier 1997; Ellis et al. 1997; Zobel 2000). Die familiären Strukturen und Interaktionsmuster und damit auch die alltägliche Lebenssituation betroffener Kinder sind oftmals – und dann auch als hoher Risikofaktor für die Entwicklung psychischer Störungen – charakterisiert durch dysfunktionale Muster, Instabilität, disharmonische Familienatmosphäre, Häufung elterlicher Konflikte, Inkonsistenz elterlichen Erziehungs- und Beziehungsverhaltens (z.B. Stimmungsschwankungen, inkonsistentes Belohnungsverhalten, wechselhafte Regelorientierung, Verhaltensunberechenbarkeit vor allem des suchtkranken Elternteils), geringe Verlässlichkeit sowie innerfamiliäre Häufung chronischer Stressbelastungen und kritischer Lebensereignisse (Schneewind 1991; Klein/ Zobel 1997; Elpers/ Lenz 1994).

Während auf die geschlechtsspezifischen Transmissionsrisiken einer mütterlichen im Vergleich zu einer väterlichen Suchterkrankung auf die Entwicklung der betroffenen Kinder (auch in Abhängigkeit des Geschlechts des Kindes) immer wieder hingewiesen wird (z.B. Sher 1991; Zobel 2000; Klein 1999), wird den generellen geschlechtsspezifischen Reaktions- und Entwicklungsmustern von familiär suchtblasteten Töchtern und Söhnen und deren Bedeutung für eine Genderperspektive in entsprechenden Präventions- und Interventionskonzepten bisher nur geringfügig Beachtung geschenkt.

1 Geschlechtsspezifik der Entwicklungsbelastungen und -reaktionen bei Kindern aus suchtbelasteten Familien: Internationaler Kenntnisstand

Kinder aus suchtbelasteten Familien unterliegen also einem höheren homopathologischen Transmissionsrisiko (Risiko, an derselben psychischen Störung wie die Eltern zu erkranken/ Weitergabe der gleichen Störung an die nächste Familiengeneration) wie auch einem höheren heteropathologischen Transmissionsrisiko (Risiko, an anderen Störungen zu erkranken als die Eltern), z.B. insbesondere für Angststörungen, Depressionen und Persönlichkeitsstörungen (Velleman 1992; Cuijpers et al. 1999). Nach der Repräsentativstudie von Lachner/ Wittchen (1997; vgl. Tab. 1) sind vor allem Mädchen aus suchtbelasteten Familien von einer höheren Wahrscheinlichkeit, ein eigenes Suchtproblem zu entwickeln, betroffen. Aus den Ergebnissen wird auch deutlich, dass sich eine mütterliche Abhängigkeitserkrankung offensichtlich schwerwiegender auf das Pathogenisierungsrisiko sowohl von weiblichen als auch von männlichen Kindern auswirkt.

Tabelle 1: Risikoerhöhung für die Entwicklung einer Suchtstörung bei Kindern aus suchtbelasteten Familien abhängig vom Geschlecht des Kindes und des erkrankten Elternteils im Vergleich zu unbelasteten Kindern und Jugendlichen (nach Lachner/ Wittchen 1997)

Söhne alkoholkranker Väter:	2,01-fach erhöhtes Risiko
Söhne alkoholkranker Mütter:	3,29-fach erhöhtes Risiko
Töchter alkoholkranker Väter:	8,69-fach erhöhtes Risiko
Töchter alkoholkranker Mütter:	15,94-fach erhöhtes Risiko
Söhne von Eltern, die beide eine Alkoholdiagnose aufweisen:	18,77-fach erhöhtes Risiko
Töchter von Eltern, die beide eine Alkoholdiagnose aufweisen:	28,0-fach erhöhtes Risiko.

Während widersprüchliche Befunde zur Erklärung der Ätiologie von Suchterkrankungen als genetisch bedingt für weibliche Nachkommen suchtbelasteter Eltern/-teile vorliegen (z.B. Kendler et al. 1994; McGue et al. 1992), scheint dies vor allem auf die männlichen Nachkommen suchtbelasteter Väter zuzutreffen: Familien-, Adoptions- und Zwillingsforschungsstudien sprechen für eine genetische Teilverursachung der Alkoholabhängigkeit zumindest bei Männern. Das eigene Risiko einer Abhängigkeit bei adoptierten Söhnen mit einem abhängigen leiblichen Vater ist ca. um den Faktor 1,5 erhöht (22,4% vs. 14,7% bei Söhnen nichtabhängiger Väter; u. a. Cloninger et al. 1981). Aufgrund des genetischen Risikomusters zeigen Söhne von alkoholkranken Vätern eine sowohl subjektiv empfundene als auch objektiv physiologisch messbare erhöhte Reagibilität gegenüber Alkohol; zudem erleben betroffene Jungen in höherem Maße angenehme Effekte des Alkoholkonsums in Form von Stressdämpfung und in geringerem Maße später einsetzende negative Effekte („Kater“) (Pollock 1992; Schuckit 1994; Levenson

et al. 1987). Dies kann nicht zuletzt zu einem erhöhten Risiko für die Entwicklung eines (alkoholbezogenen) Missbrauchs- oder Abhängigkeitsmusters führen. Zu beachten bleibt, dass Alkoholabhängigkeitserkrankungen weder ausschließlich noch überwiegend genetischer Ätiologie sind: Nur ein Teil aller Nachkommen suchtbelasteter Eltern wird selbst in irgendeiner Form abhängig. Nach einer Metaanalyse von Familienstudien durch Schuckit (1994a, b) besteht bei ca. 50% der weiblichen und 30% der männlichen Alkoholiker keine familiäre Belastung unter Angehörigen ersten und zweiten Grades. Die Ätiologie familiär und mehrgenerational übertragener Alkoholstörungen muss vielmehr in einem komplexen Bedingungsgefüge zum Teil interagierender Faktoren gesehen werden; hierzu kann eine genetische Disposition gehören, aber auch z.B. die familiäre Umwelt (z.B. die Vermittlung des Substanzkonsums als normative Problemlösung), deren soziale Faktoren oder aber kindspezifische individuelle Entwicklungsfaktoren. Nach Zobel (2000) ist eine vererbte Disposition für eine Abhängigkeitsstörung denkbar, die bei entsprechenden kritischen Lebensereignissen oder Umwelterfahrungen zur Entwicklung einer eigenen Alkoholabhängigkeit führt. Entsprechend bestehen auch viele Subgruppen unter den Kindern suchtbelasteter Eltern mit unterschiedlichen Vulnerabilitäten gegenüber familiären Suchtbelastungen und unterschiedlicher Betroffenheit durch zusätzliche Risiko- bzw. auch Resilienzfaktoren (z.B. Sher 1991).

Studien zu verschiedenen widrigen Erlebnisfaktoren in der Kindheit (so genannte „adverse childhood effects“, z.B. emotionaler, körperlicher oder sexueller Missbrauch, emotionale oder körperliche Vernachlässigung usw.; Dube et al. 2001), die die komplexen Interaktionsstörungen suchtbelasteter Familien weiter verdeutlichen, zeigen eine ähnliche Risikokonstellation sowohl für Mädchen als auch für Jungen aus entsprechenden Familien. 8.269 Erwachsene in den USA wurden hierzu retrospektiv zu ihren wichtigsten Kindheitserlebnissen befragt; im Vergleich zu Kontrollgruppen ohne alkoholbelastete Eltern hatten Befragte aus alkoholbelasteten Familien 2-13mal höhere Werte für widrige Kindheitserfahrungen; im Vergleich zu Personen aus anderen widrigen Familienumständen sind Kinder suchtbelasteter Eltern am meisten von solchen negativen Kindheitserfahrungen betroffen gewesen. Dabei unterscheiden sich in der Gesamtsumme der widrigen Kindheitserfahrungen Frauen und Männer mit suchtbelasteten Eltern nicht, jedoch in der Art der erfahrenen negativen Kindheitserlebnisse. Tabelle 2 stellt die Häufigkeiten verschiedener widriger Kindheitserfahrungen unter Töchtern und Söhnen aus suchtbelasteten Familien dar; hier fällt vor allem die häufigere Belastung der Töchter suchtkranker Eltern durch emotionalen und sexuellen Missbrauch sowie durch elterliche psychische Erkrankungen auf und dies verstärkt beim mütterlichen Alkoholmissbrauch. Emotionale Vernachlässigung erfahren nach den Ergebnissen von Dube et al. Söhne vor allem bei einer alkoholmissbrauchenden Mutter, Töchter hingegen bei einem alkohol-

missbrauchenden Vater. Hinsichtlich des körperlichen Missbrauchs, der erfahrenen Gewalt durch eine schlagende Mutter oder der körperlichen Vernachlässigung in der Kindheit zeigen sich keine deutlichen Unterschiede zwischen Frauen und Männern, die mit einem oder beiden suchtbelasteten Eltern aufwuchsen.

Tabelle 2: Häufigkeit widriger Kindheitserfahrungen bei Töchtern und Söhnen aus suchtbelasteten Familien (adaptiert nach Dube et al. 2001)

Kategorie widrige Kindheitserfahrung	Art des elterlichen Alkoholabusus	Betroffene	
		Frauen	Männer
Emotionaler Missbrauch	Kein Elternteil	9,0%	5,9%
	Nur Vater	20,2%	14,7%
	Nur Mutter	21,9%	11,4%
	Beide Eltern	30,5%	21,6%
Körperlicher Missbrauch	Kein Elternteil	20,8%	24,7%
	Nur Vater	35,3%	38,6%
	Nur Mutter	43,8%	43,0%
	Beide Eltern	49,1%	52,2%
Sexueller Missbrauch	Kein Elternteil	20,2%	15,8%
	Nur Vater	35,1%	21,7%
	Nur Mutter	35,1%	29,1%
	Beide Eltern	47,5%	19,8%
Emotionale Vernachlässigung	Kein Elternteil	13,2%	10,0%
	Nur Vater	25,6%	19,0%
	Nur Mutter	25,4%	32,9%
	Beide Eltern	39,0%	34,2%
Körperliche Vernachlässigung	Kein Elternteil	6,6%	8,5%
	Nur Vater	14,7%	17,9%
	Nur Mutter	20,2%	21,5%
	Beide Eltern	27,7%	28,8%
Gewalt durch die Mutter	Kein Elternteil	7,6%	7,2%
	Nur Vater	31,2%	29,7%
	Nur Mutter	29,8%	29,1%
	Beide Eltern	45,2%	46,8%
Elterliche psychische Erkrankungen	Kein Elternteil	20,8%	11,5%
	Nur Vater	34,5%	20,2%
	Nur Mutter	55,3%	40,5%
	Beide Eltern	50,3%	45,9%

Betrachtet man Ergebnisse zu Entwicklungsunterschieden bei Kindern aus suchtbelasteten Familien – allerdings auf Basis noch weiter zu validierender Studien –, so ist zusammenfassend noch nicht hinreichend belegt, ob eher Mädchen oder eher Jungen quantitativ mehr psychologische Probleme und Störungssymptome aufweisen. Viele Studien vergleichen oftmals Probanden aus Risikogruppen mit gleichgeschlechtlichen Probanden aus nicht familiär suchtbelasteten Kontrollgruppen, jedoch seltener Frauen und Männer untereinander, die alle aus suchtbelasteten Familien stammen. Einige Studien

weisen jedoch auf mögliche geschlechtsspezifische Unterschiede in der Art der auftretenden Entwicklungsstörungen bei Personen aus suchtbelasteten Familien sowohl in deren Kindheit als auch als Erwachsene hin, beispielsweise:

- *Internalisierende Verhaltensstörungen (Depression, Angst u.ä.):* Töchter aus alkoholbelasteten Familien sind stärker von internalisierenden Verhaltensstörungen, insbesondere depressiven Symptomen betroffen als Söhne aus alkoholbelasteten Familien (Christensen/ Bilenberg 2000; Wildgrube 2004; Jacob/ Windle 2000; Hesselbrock et al. 1982; Russel et al. 1985).
- *Externalisierende Verhaltensstörungen:* Bei einer generell ausgeprägteren Belastung von Kindern aus suchtbelasteten Familien durch externalisierende Verhaltensstörungen (z.B. Impulsivität, Aggressivität, aber auch Risikofreude und Sensationsuche) finden sich zu Geschlechtsunterschieden widersprüchliche Befunde: mal fallen Söhne häufiger durch antisoziale Verhaltensweisen oder auch antisoziale Persönlichkeitsstörungen auf (Alterman et al. 1986; Hesselbrock et al. 1982), mal erreichen Töchter höhere Scores für externalisierende Verhaltensweisen (Christensen/ Bilenberg 2000; Wildgrube 2004).
- *Substanzmissbrauch:* Neben den bereits beschriebenen unterschiedlichen genetischen Dispositionen für Alkoholmissbrauch bei Söhnen und Töchtern suchtbelasteter Eltern zeigt sich u.a., dass Söhne von alkoholmissbrauchenden Eltern mehr zu episodischem Alkoholmissbrauch neigen als Töchter (Weitzman/ Wechsler 2000; Jennison/ Johnson 1998).
- *Somatisierungsstörungen:* Töchter aus suchtbelasteten Familien zeigen häufiger Symptome von Somatisierungsstörungen z.B. durch häufigere Arztbesuche oder entsprechend diagnostizierte Störungen (Roberts/ Brent 1982; Rydelius 1984). Zu beachten ist unter einer Genderperspektive auch die generell höhere Tendenz von Kindern aus alkoholabhängigkeitsbelasteten Familien zu psychosomatischen Symptomen (Steinhausen et al. 1982) sowie Essstörungen (Chandy et al. 1994; Mintz et al. 1995): Einige Studien verweisen hier auf eine höhere Belastung von Söhnen alkoholkranker Eltern durch Essstörungen (Claydon 1987; Cuijpers et al. 1999), jedoch ist dieser Geschlechtsunterschied noch weiter zu untersuchen, da das diesbezügliche heteropathologische Transmissionsrisiko aufgrund der generell höheren Prävalenzen für Frauen bei entsprechenden Störungsbildern gerade für Töchter suchtkranker Eltern wahrscheinlich ebenfalls, wenn nicht sogar stärker deutlich erhöht ist (z.B. Elpers/ Lenz 1994; Wildgrube 2004).
- *Negative Selbstattributionen:* Mädchen aus alkoholbelasteten Familien tendieren stärker zu einer ausgeprägten und negativen Selbstabwertung als Jungen (Berkowitz/ Perkins 1988).

- *Schulerfolg*: Bei Mädchen aus suchtbelasteten Familien ergaben sich in einer Studie von Murphy et al. (1991) deutlich bessere bis herausragende Schulleistungen als bei Jungen aus entsprechenden Familien; ggf. stellen überdurchschnittliche Schulleistungen einen eher mädchenspezifischen Copingversuch der intrafamiliären Stressbelastung dar.

Zusammenfassend wird dem Thema Gender unter der Perspektive geschlechtsspezifischer Besonderheiten bei der Risikogruppe Kinder aus suchtbelasteten Familien in empirischen Untersuchungen erstaunlicherweise kaum Aufmerksamkeit geschenkt: Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen werden oftmals nicht betrachtet, vielfach werden entweder nur Söhne oder nur Töchter untersucht; die Widersprüchlichkeit einiger Ergebnisse ist dann auch begründet in der geringen Vergleichbarkeit der Studien aufgrund unterschiedlicher Stichprobendefinitionen und eingesetzter Erhebungsinstrumente. Die bisher vernachlässigte Besonderheit von Mädchen und Jungen in ihren Reaktions- und Verhaltensmustern, die sich letztlich auch in unterschiedlichen Gesamtprävalenzzahlen psychischer Störungen bei Frauen und Männern bzw. Mädchen und Jungen ausdrückt, spiegelt sich nicht zuletzt in der weitgehend fehlenden Einbeziehung des Gender Mainstreamings in der Arbeit mit Kindern aus suchtbelasteten Familien wider.

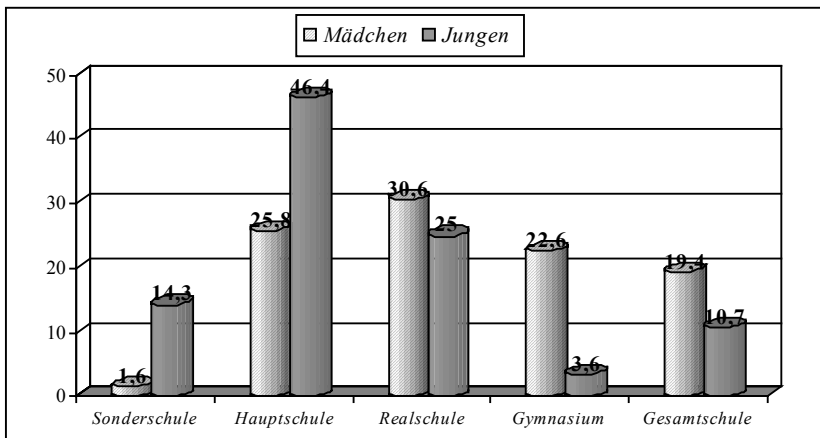
2 Mädchen und Jungen aus suchtbelasteten Familien in Deutschland

Um ein differenzierteres Bild zu den geschlechtsspezifischen Belastungen und Reaktionen von Töchtern und Söhnen aus suchtbelasteten Familien in Deutschland zu erhalten, werden im Folgenden Ergebnisse aus einer am Forschungsschwerpunkt Sucht der Katholischen Fachhochschule NW durchgeführten Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung vorgestellt. Untersucht wurden 174 Kinder und Jugendliche der sechsten bis zehnten Schulklasse aus Familien, in denen der Alkoholkonsum eines Elternteils oder beider Elternteile durch das Kind als problematisch erlebt wird bzw. aus Familien, in denen ein oder beide Elternteil(e) unter einer diagnostizierten Alkoholabhängigkeit oder einem -missbrauch aktuell leiden oder in der Vergangenheit gelitten haben (Kinder unbehandelter Eltern n=100; Kinder behandelter Eltern n=74). Diese wurden mit einer Kontrollgruppe von 76 Kindern und Jugendlichen aus suchtunabhängigen Elternhäusern verglichen. Die Befragung erfolgte anhand eines umfassenden Interviewleitfadens mit sowohl offenen Fragen als auch standardisierten Verfahren (vgl. ausführlich Klein et al. 2003).

Beschreibung der Stichprobe

Die Gesamtstichprobe der befragten 250 Kinder umfasste 59,2% Mädchen und 40,8% Jungen. Das Durchschnittsalter der Gesamtstichprobe lag bei 13,7 Jahren, wobei aufgrund der Befragung ab der sechsten Schulklasse jüngere Kinder (10-11 Jahre) mit einem Anteil von 5,2% der Gesamtstichprobe eher unterrepräsentiert waren. 4,9% der Kinder besuchten eine Sonderschule, 34,7% die Hauptschule, 24,0% die Realschule, 18,2% das Gymnasium und 17,3% die Gesamtschule. Hinsichtlich der familiären Struktur lebten die Kinder und Jugendlichen mehrheitlich mit beiden leiblichen Eltern zusammen (69,0%), ein Drittel ausschließlich bei der Mutter/ Stiefmutter und lediglich 2% beim Vater/ Stiefvater. Fremdunterbringungen bei Pflegeeltern bzw. in Kinder- und Jugendlichenwohngruppen lagen bei 10% der Kinder vor. In der überwiegenden Mehrheit war mehr als ein Kind in den Familien vorhanden (mindestens ein Geschwisterkind: 78,4%). In den demographischen Kenndaten ergaben sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den befragten Subgruppen der Kinder unbehandelter, behandelter suchtbelasteter und gesunder Eltern. Söhne aus unbehandelten Familien sind jedoch hinsichtlich ihrer soziostrukturellen Einbindung sowohl in der Unterbringungshäufigkeit in Wohngruppen (23,5% gegenüber 6,1% Mädchen; sig.=0,01) als auch in der besuchten Schulform (vgl. Abb. 1) stärker auffällig als Töchter von unbehandelten suchtbelasteten Eltern.

Abbildung 1: Unterschiede in der besuchten Schulform zwischen Mädchen und Jungen aus unbehandelten suchtbelasteten Familien (sig.=0,01) (in %)

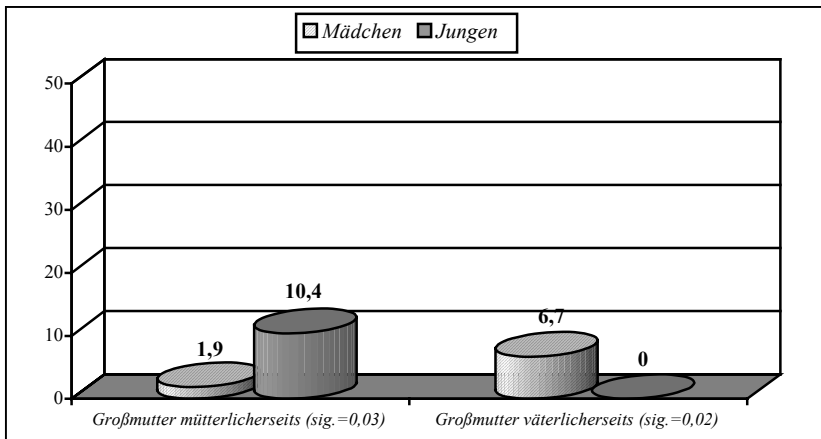


Diese Unterschiede zeigen sich zwischen Mädchen und Jungen aus behandelten Suchtfamilien nicht; Mädchen aus behandelten Familien leben jedoch häufiger nicht mehr mit dem Vater zusammen (59,5% gegenüber 29,4% Jungen; sig.=0,01).

Geschlechtsunterschiede im Erleben der familiären Suchtbelastung

Mädchen aus suchtbelasteten Familien haben deutlich häufiger (77,9%) als Jungen (64,1%) einen Elternteil schon einmal betrunken erlebt (sig.=0,05), wobei sich beide Gruppen nicht darin unterscheiden, ob sie Vater oder Mutter betrunken erlebt haben. Keine Unterschiede ergeben sich hier in der wahrgenommenen elterlichen Konsumart und der Konsumanlässe oder auch der damit assoziierten Häufigkeiten von Autofahrten unter Alkoholeinfluss, von Unfällen oder von Behandlungen der elterlichen Alkoholsuchtstörung (stationär, ambulant, Selbsthilfegruppen) aus Sicht der Töchter und Söhne. Jungen haben jedoch schon häufiger als Mädchen einen Gefängnisaufenthalt ihres Vaters bedingt durch den Alkoholmissbrauch erlebt (6,2% gegenüber 0%; sig.=0,01). Hinsichtlich der mehrgenerationalen Erfahrungen wird vor allem bei den Großmüttern von einer unterschiedlichen Häufigkeit des Alkoholmissbrauchs aus Sicht der Töchter und Söhne suchtbelasteter Eltern berichtet (vgl. Abb. 2):

Abbildung 2: Signifikante Unterschiede im mehrgenerationalen Alkoholmissbrauch unter Kindern suchtbelasteter Eltern (in %)



Mädchen und Jungen unterscheiden sich im Weiteren im Ausmaß ihrer kognitiven Wahrnehmung und Beschäftigung mit dem elterlichen Substanzmissbrauch sowie dem Ausmaß der Symptome einer Co-Abhängigkeit (Tab. 3):

Table 3: Signifikante Unterschiede in geschlechtsspezifischen Kognitionen zum Alkoholgebrauch der Eltern

	Mädchen	Jungen	sig.
Kognitionen zum Alkoholgebrauch der Eltern (Klein/ Zobel 1999)			
(Chi-Quadrat-Test; Angabe der Häufigkeit bei Zutreffen der Aussage)			
Ich habe schon einmal den Gedanken gehabt, dass mein Vater alkoholabhängig sein könnte.	65,7%	50,0%	0,04
Ich habe mir viele Gedanken über das Trinken meines Vaters gemacht oder die Schwierigkeiten, die dadurch entstanden sind.	75,2%	53,8%	0,00
Ich habe schon einmal gedacht, dass ich verantwortlich bin oder Schuld habe am Trinken meines Vaters.	14,3%	3,1%	0,02
Ich habe schon einmal geglaubt, dass mein Vater meinetwegen trinkt.	14,3%	1,5%	0,01
Ich habe mir schon einmal gewünscht, dass es bei uns zu Hause so wäre wie bei meinen Freunden, deren Eltern nicht trinken (bezogen auf den Vater).	64,4%	49,2%	0,05
Meine Gedanken kreisen oft um das Trinken meines Vaters.	46,7%	28,1%	0,02
Co-Abhängigkeit (Klein/ Zobel 2000)			
(t-Test für unabhängige Stichproben; Skala von 1= „niemals“ bis 6= „sehr häufig“)			
Ist Dir das Verhalten Deiner Mutter oder Deines Vaters manchmal peinlich?	3,2	2,5	0,00
Hast Du Angst davor, verlassen zu werden?	3,9	3,3	0,01
Weißt Du häufig gar nicht recht, wie Du Dich gerade fühlst?	3,6	3,1	0,01
Hast Du ein Gespür für die Bedürfnisse anderer?	3,8	3,2	0,01

- Mädchen beschäftigen sich deutlich intensiver mit dem Alkoholmissbrauch ihres Vaters, als dies Jungen in vergleichbaren Familien tun, und sind damit erheblich belasteter durch die familiäre Suchterkrankung. Liegt hingegen ein Alkoholmissbrauch der Mutter vor, scheint dies nach den vorliegenden Daten nicht zu einer geschlechtsspezifisch höheren Belastung der Töchter oder der Söhne zu führen.
- Mädchen attribuieren den väterlichen Alkoholmissbrauch stärker internal als Jungen, geben sich also häufiger zumindest teilweise die Schuld oder Verantwortung für die Alkoholprobleme des Vaters.
- Mädchen wünschen sich stärker eine gesunde, nicht durch den Alkoholmissbrauch belastete Familienatmosphäre, leiden also demnach noch stärker unter der dysfunktionalen Familiensituation als Jungen.
- Nach Cermak (1991) kann Co-Abhängigkeit als ein Muster von Persönlichkeitseigenschaften verstanden werden, das sich auf Basis eines geringen Selbstbezugs und -werts komplementär und damit optimal zu Suchtstörungen mit ihrem hohen Ausmaß an selbstbezogenen Symptomen ergänzt (vgl. zur weiteren Diskussion Klein/ Zobel 2000; Klein et al. 2003). Zu Kindern aus suchtblasteten Familien existieren hierzu

kaum Studien; die Ergebnisse der vorgestellten Untersuchung zeigen jedoch, dass vor allem Töchter aus suchtbelasteten Familien zumindest Anzeichen von co-abhängigen Verhaltens- und Erlebensweisen aufweisen: Sie leiden stärker als Jungen aus vergleichbaren Familien unter Verlassensängsten, unter einem geringen emotionalen Selbstbezug und einer hohen Konzentration auf die Bedürfnisse anderer.

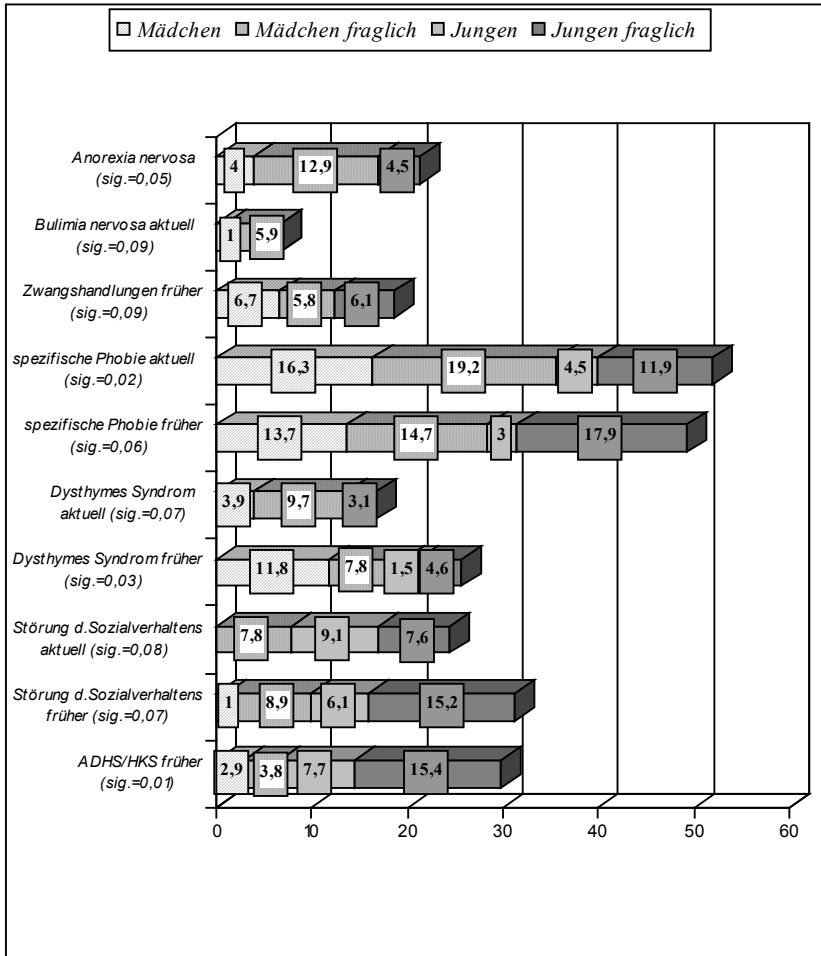
Die auf Itemebene dargestellten geschlechtsspezifischen Unterschiede verdeutlichen anschaulich die hohe Betroffenheit aller Kinder, aber vor allem der Töchter aus suchtbelasteten Familien durch die familiäre Situation, die sich insbesondere in der ausgeprägten gedanklichen Beschäftigung mit der elterlichen Suchterkrankung und dem hohen emotionalen Fremdbezug, aber auch in dem Wunsch nach einer „heilen Welt“ in der Familie äußert.

Geschlechtsunterschiede in der Häufigkeit psychopathologischer Störungen der Kinder suchtbelasteter Eltern

Betrachtet man die Häufigkeit psychopathologischer Störungen unter Mädchen und Jungen aus suchtbelasteten Familien als einen Indikator ihrer psychischen und sozialen Entwicklung, so ist festzuhalten, dass sich beide Gruppen hinsichtlich der Symptomarten voneinander unterscheiden (vgl. Abb. 3): Bisherige Befunde, nach denen Mädchen aus suchtbelasteten Familien stärker mit internalisierenden Symptomen (Depression, Ängste) und Somatisierungsstörungen auffallen, werden durch die Ergebnisse der eigenen Studie bestätigt z.B. hinsichtlich der aktuellen Betroffenheit durch Essstörungen, dysthyme Syndrome, spezifische Phobien und frühere Zwangshandlungen; Störungen des Sozialverhaltens und Aufmerksamkeits- und Hyperaktivitätsstörungen, vor allem in früheren Entwicklungsphasen, finden sich demgegenüber signifikant häufiger bei Jungen aus suchtbelasteten Familien.

Die Unterschiedlichkeit von Mädchen und Jungen in ihren Reaktionsmustern auf die Suchtstörung eines oder beider Elternteile und die damit einhergehenden familiären Belastungen werden vor allem aber dann deutlich, wenn man verschiedene Maße zur Familiendynamik wie auch zu individuellen Bewältigungsmustern, aber auch Persönlichkeitseigenschaften auf Seiten der Kinder betrachtet.

Abbildung 3: Signifikante Unterschiede in der Häufigkeit psychopathologischer Störungssymptome zwischen Mädchen und Jungen aus suchtbelasteten Familien (in Anlehnung an das Kinder-DIPS von Unnewehr et al. 1998) (in %)



Geschlechtsunterschiede in der erlebten Familiendynamik

Mädchen aus suchtbelasteten Familien fallen nicht nur durch eine höhere kognitive Beschäftigung wie auch emotionale Eingebundenheit in die elterliche Suchterkrankung auf, sondern auch in Merkmalen einer generellen funk-

tionalen bzw. dysfunktionalen Familiendynamik zeigen wiederum die Töchter weitaus mehr Belastungen als die Söhne aus suchtkranken Familien (vgl. Tab. 4): Die familiären Interaktionen sind hier stärker von Misstrauen, Außenorientierung der Familienmitglieder, defizitären familiären Problemlösestrategien und kommunikativen Dissonanzen geprägt. Im Vergleich zu Jungen aus suchtblasteten Familien

- fallen Mädchen durch eine stärkere sowohl kommunikative als auch emotionale Außenorientierung der Familienmitglieder auf; dies äußert sich auch in vergleichsweise geringeren gemeinsamen Unternehmungen mit der Familie.
- erleben Mädchen mehr Ungerechtigkeiten in gegenseitigen Interaktionen und in der Verteilung von Familienpflichten sowie weniger Problemlöseorientierung, Empathie und Vertrauen in der Familie. Zudem sehen sie mehr Divergenzen in der Beurteilung von „falsch“ und „richtig“ sowie im Verständnis von Problemen zwischen sich und den anderen Familienmitgliedern, mehr Schwierigkeiten bei der Verfolgung eigener Interessen außerhalb der Familie und weniger Verlässlichkeit in der Familie, als dies bei Jungen der Fall ist.
- fühlen sich Mädchen häufiger unverstanden in Gesprächen mit der Familie (Zustimmung zu der Aussage „Wenn einer etwas sagt, verstehen die anderen meistens, was derjenige meint“: Mädchen 67,3%, Jungen 81,5%; sig.=0,04), zeigen aber ansonsten keine weiteren Unterschiede im Familienkommunikationsstil im Vergleich zu Jungen aus suchtblasteten Familien (Fragen zur Familienkommunikation nach Eickhoff/Zinnecker 2000).

Table 4: Signifikante Unterschiede in der wahrgenommenen Familiendynamik zwischen Mädchen und Jungen aus suchtblasteten Familien

	Mädchen	Jungen	sig.
Familienfragebogen FFBO-III: Kohäsion und Flexibilität (Olson et al. 1987)			
(t-Test für unabhängige Stichproben; Skala von 1= „stimmt fast nie“ bis 5=„stimmt fast immer“			
Es ist leichter, Probleme außerhalb der Familie zu besprechen, als mit den Familienmitgliedern.	3,3	2,4	0,00
Die Mitglieder unserer Familie sind gefühlsmäßig enger mit Menschen außerhalb der Familie verbunden als mit den eigenen Familienmitgliedern.	2,4	1,9	0,02
Die Mitglieder unserer Familie verbringen ihre Freizeit gerne miteinander.	2,5	3,1	0,00
Die Familienmitglieder sind gefühlsmäßig eng miteinander verbunden.	2,9	3,4	0,02
Wenn wir etwas als Familie gemeinsam unternehmen, machen fast alle mit.	2,9	3,3	0,04

	Mädchen	Jungen	sig.
Allgemeiner Familienbogen – Familienfunktionen Fragebogen (Cierpka/ Frevert 1994)			
(t-Test für unabhängige Stichproben; Skala von 0= „stimmt genau“ bis 4= „stimmt überhaupt nicht“)			
Die Familienpflichten sind gerecht verteilt.	1,1	0,8	0,05
Wir haben die gleichen Ansichten darüber, was richtig und falsch ist.	1,4	1,1	0,04
Manchmal sind wir ungerecht zueinander.	0,9	1,2	0,02
Wir versuchen, Schwierigkeiten gleich zu lösen und nicht auf die lange Bank zu schieben.	1,0	0,6	0,01
Wir stimmen darin überein, wer was in unserer Familie tun sollte.	1,3	0,9	0,00
In unserer Familie wissen wir gewöhnlich, wenn sich jemand aufgeregt hat.	0,6	0,9	0,04
Wir werden nie wütend in unserer Familie.	0,5	0,8	0,00
Wenn wir uns in unserer Familie aufregen, brauchen wir zu lange, um darüber hinweg zu kommen.	1,5	1,2	0,03
Wir regen uns nicht gegenseitig auf.	1,0	1,4	0,02
Eigentlich vertrauen wir einander nicht.	1,0	0,6	0,02
Meine Familie und ich verstehen einander vollkommen.	1,7	2,1	0,01
Manchmal verletzen wir die Gefühle der anderen.	1,1	1,6	0,00
Wir sind so angepasst, wie eine Familie nur sein kann.	1,3	1,6	0,02
Wir geben unsere Fehler immer zu und versuchen nicht, irgend etwas zu verbergen.	1,4	1,8	0,01
Selbstbeurteilungsbogen – Familienfunktionen Fragebogen (Cierpka/ Frevert 1994)			
(t-Test für unabhängige Stichproben; Skala von 0= „stimmt genau“ bis 4= „stimmt überhaupt nicht“)			
Meine Familie und ich sehen unsere Probleme gewöhnlich gleich.	1,4	1,0	0,00
Wenn ich etwas sage, versteht meine Familie, was ich meine.	1,1	0,7	0,01
Wenn ich mich über meine Familie aufrege, geht das nicht so schnell vorüber.	1,9	1,5	0,01
Manchmal verlange ich von anderen in der Familie, dass sie tun, was ich will.	1,7	1,3	0,01
Ich kann meinen eigenen Interessen nachgehen, ohne dass die anderen in meiner Familie deswegen sauer wären.	0,9	0,7	0,05
Meine Familie und ich stimmen darin überein, was richtig und was falsch ist.	1,3	0,9	0,00
Ich weiß, dass ich auf meine Familie zählen kann.	0,8	0,5	0,01

Geschlechtsunterschiede in individuellen Belastungsmustern und Persönlichkeitseigenschaften der Kinder aus suchtbelasteten Familien

Hinsichtlich der individuellen Entwicklungsbelastungen und ihrer Bewältigung zeigen sich folgende Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen aus suchtbelasteten Familien:

- *Kognitive Muster/ irrationale Einstellungen*: Töchter aus suchtbelasteten Familien neigen in höherem Maße zu irrationalen Einstellungen als Söhne (vgl. Tab. 5) und dies insbesondere auf den Dimensionen negative Selbstbewertung und Internalisierung von Misserfolgen: Ursachen von

Erfolglosigkeit schreiben sie häufiger der eigenen Person zu und beschäftigen sich länger mit vergangenen Fehlern. Mädchen sind zudem irritierbarer bei äußeren Störreizen wie Warten auf andere Personen oder Gefühlen des Beobachtetwerdens.

- *Selbstwirksamkeitserwartungen in sozialen Situationen und Kontrollüberzeugungen*: Wenige Unterschiede bestehen hinsichtlich der Selbstwirksamkeitserwartungen in sozialen Situationen sowie der Kontrollüberzeugungen zwischen den beiden Gruppen; allerdings attribuieren Jungen stärker als Mädchen eine Alkohol- oder Drogenabhängigkeit als internal verursacht (vgl. Tab. 5).
- *Lebenszufriedenheit*: Jungen äußern sich signifikant zufriedener mit ihrem Leben und ihren Lebensbedingungen als Mädchen aus suchtbelasteten Familien (vgl. Tab. 5).
- *Stresserleben und -bewältigung*: Mädchen aus suchtbelasteten Familien erleben mehr Stress als Jungen bei der Antizipation konfliktbesetzter Situationen mit anderen Peers. Mädchen setzen verstärkt emotionsregulierende Aktivitäten und das Suchen nach sozialer Unterstützung insbesondere in Form von Kommunikation mit Peers als Copingstrategien ein; keine geschlechtsspezifischen Unterschiede ergeben sich hingegen in der Suche nach problemlösenden Handlungsstrategien (vgl. Tab. 5).
- *Resilienzen*: Jungen aus suchtbelasteten Familien scheinen sich effektiver von den elterlichen bzw. familiären Problembelastungen distanzieren zu können. Allerdings zeigen die insgesamt psychisch mehr belasteten Mädchen gleichzeitig auch mehr Ressourcen im Umgang mit der familiären Suchtbelastung und der damit verbundenen Familiendynamik: Sie sind stärker eingebunden in außerfamiliäre soziale Netzwerke, kennen Bezugspersonen, an die sie sich in Belastungssituationen wenden können, und erleben sich selbst als kreativer und humorvoller. Hinsichtlich der mit dem Global Functioning Inventory (GFI) erfassten persönlichen Ressourcen beinhaltet die Selbstbeschreibung und -wahrnehmung der Töchter aus suchtbelasteten Familien ein höheres Ausmaß an Einfühlungsvermögen, Hilfsbereitschaft, Phantasie und Kreativität – auch unter finanziell begrenzten Mitteln – sowie Zuverlässigkeit. Demgegenüber umfassen die persönlichen Ressourcen der Jungen aus suchtbelasteten Familien im Geschlechtervergleich eine stärkere Risikobereitschaft und Begeisterungsfähigkeit, eine höhere subjektive Arbeitsbelastbarkeit, ein geringeres Sicherheitsbedürfnis sowie eine ausgeprägtere Gelassenheit in kritischen Situationen (vgl. Tab. 5).
- *Schulerfolg*: Keine Unterschiede fanden sich in der vorliegenden Stichprobe hinsichtlich der selbst eingeschätzten aktuellen Schulleistungen und -erfolge; im Falle berichteter früherer Schulprobleme fühlten sich vor allem Mädchen überfordert (24,8% gegenüber 7,4% Jungen; sig.=0,01) und begründeten Schulprobleme häufiger durch interaktionale

Probleme mit Klassenkameraden, in denen sie passive Außenseiter- und Opferrollen einnahmen (21,9% gegenüber 8,8% Jungen; sig.=0,05).

Tabelle 5: Signifikante Unterschiede in individuenzentrierten Eigenschaften zwischen Mädchen und Jungen aus suchtselasteten Familien

	Mädchen	Jungen	sig.
Fragebogen irrationaler Einstellungen FIE (Klages 1989)			
(t-Test für unabhängige Stichproben; Skala von 0= „stimmt gar nicht“ bis 6=„stimmt vollkommen“)			
Ich denke oft über Fehler nach, die ich früher gemacht habe.	3,5	2,9	0,01
Wenn mich jemand warten lässt, werde ich schnell beleidigt.	2,2	1,7	0,04
Ich kann es nicht ertragen, andere Leute um einen Gefallen zu bitten.	2,0	1,5	0,02
Mir ist es unangenehm, wenn ich unpassend gekleidet bin.	2,9	2,3	0,02
Meine Gefühle sind leicht verletzt.	2,8	1,5	0,00
Wenn ich meine Probleme nicht lösen kann, fühle ich mich als Versager.	1,9	1,6	0,05
Ich glaube, es ist mir unmöglich, meine Persönlichkeit zu ändern.	3,1	2,3	0,00
Ich werde verwirrt, wenn ich mir über die Beziehungen zu anderen nicht klar bin.	2,3	1,6	0,00
Ich fühle mich manchmal wertlos.	2,1	1,4	0,00
Ich gebe mir gewöhnlich selbst die Schuld, wenn sich die Dinge nicht gut entwickeln.	2,4	1,9	0,05
Ich kann es nicht ertragen, wenn andere mich beobachten.	2,8	2,2	0,01
Manchmal kann ich mich nicht ausstehen.	2,8	1,3	0,00
Wenn ich etwas nicht erreiche, gebe ich mir selbst die Schuld.	2,5	1,7	0,00
Mich deprimiert es, wenn ich daran denke, wie viele Ungerechtigkeiten es auf der Welt gibt.	3,0	2,5	0,03
Kontrollüberzeugungen (Krampe 1981)			
(t-Test für unabhängige Stichproben; Skala von 1= „trifft gar nicht zu“ bis 6= „trifft völlig zu“)			
Ob jemand alkohol- oder drogenabhängig wird, hängt nur von ihm oder ihr selbst ab.	4,4	4,8	0,05
Selbstwirksamkeitserwartung in sozialen Situationen (nach Petermann et al. 1997)			
(t-Test für unabhängige Stichproben; Skala von 1= „sehr leicht“ bis 5= „sehr schwer“)			
Einem Freund/ einer Freundin ein Kompliment machen.	1,9	2,3	0,01
Etwas Gekauftes, das nicht richtig funktioniert, in den Laden zurückbringen.	2,4	2,1	0,05
Jemanden unterstützen, der Hilfe braucht.	1,7	1,9	0,05
Allgemeine Lebenszufriedenheit (Diener et al. 1985)			
(t-Test für unabhängige Stichproben; Skala von 1= „trifft nicht zu“ bis 5=„trifft vollständig zu“)			
Meine Lebensbedingungen sind außergewöhnlich gut.	3,1	3,4	0,05
Ich bin mit meinem Leben zufrieden.	3,3	3,8	0,00
Fragebogen zur Erhebung von Stresserleben (Lohaus et al. 1996)			
(t-Test für unabhängige Stichproben; Skala von 1= „gar kein erlebter Stress“ bis 4= „sehr viel erlebter Stress“)			
Vorstellung, dass in der Klasse Gruppen gebildet werden und dich keiner in der Gruppe haben will.	2,9	2,6	0,03
Vorstellung, einen heftigen Streit mit einem Freund/ einer Freundin zu haben.	3,3	3,0	0,01

	Mädchen	Jungen	sig.
Vorstellung, du musst in der Klasse etwas vortragen, aber du schaffst es nicht.	2,8	2,5	0,03
Fragebogen zur Erhebung von Stressbewältigung (Lohaus et al. 1996) (t-Test für unabhängige Stichproben; Skala von 1= „nie“ bis 5= „immer“)			
Stell Dir vor, Du hast Dich mit einem guten Freund/ einer guten Freundin gestritten.			
... dann erzähle ich einem Freund oder einer Freundin, was passiert ist.	3,9	3,3	0,00
... dann denke ich darüber nach, wie ich das Problem lösen kann.	4,2	3,9	0,05
... dann lasse ich mich von jemandem trösten.	2,8	2,3	0,00
... dann bin ich traurig und weine.	2,7	1,9	0,00
... dann lasse ich mir von einem Freund oder einer Freundin helfen.	3,3	2,9	0,01
Stell Dir vor, Du machst Deine Hausaufgaben und Deine Eltern treiben Dich immer wieder an, dass Du schneller machen sollst.			
... dann frage ich jemanden aus meiner Familie um Rat.	2,5	2,9	0,04
... dann erzähle ich einem Freund oder einer Freundin, was passiert ist.	3,3	2,7	0,01
... dann bin ich traurig und weine.	2,1	1,4	0,00
Global Functioning Inventory (Klein/ Zobel 1999) (t-Test für unabhängige Stichproben; Skala von 1= „trifft voll zu“ bis 6= „trifft gar nicht zu“)			
Ich glaube, dass ich sensibler bin als andere.	3,2	4,0	0,00
Ich biete meine Hilfe gerne an.	1,9	2,4	0,01
Wenn ich in den Himmel schaue, dann erinnern mich die Wolken oft an Lebewesen und Figuren.	2,4	3,3	0,00
Ich kann oft gut nachfühlen, wie anderen Menschen wohl zumute ist	2,1	2,7	0,01
Ich glaube, ich habe mehr Mut zum Risiko als andere Menschen.	3,2	2,9	0,05
Ich bin leicht für eine Sache zu begeistern.	2,5	2,9	0,05
Ich kann mit einfachen Dingen ein Zimmer gemütlich einrichten.	2,1	2,6	0,02
Ich bin meinen Lebensgefährten unter allen Umständen treu.	1,9	2,3	0,02
Ich kann lange arbeiten, ohne zu erschöpfen.	3,1	2,6	0,05
Anderer sagen mir oft, ich hätte ein gutes Einfühlungsvermögen.	2,7	3,1	0,05
Ich bin ein Mensch, auf den man sich jederzeit verlassen kann.	2,0	2,4	0,02
Es macht mir nicht so viel aus, wenn ich längere Zeit unter Anspannung stehe.	3,4	2,8	0,01
Ich brauche nicht so viel Sicherheit wie manch anderer Mensch.	3,4	2,7	0,00
Wenn Dinge mal schief gehen, dann weiß ich meistens eine gute Lösung.	2,8	2,5	0,05

	Mädchen	Jungen	sig.
Resilienzen (in Anlehnung an Wolin/ Wolin 1995)			
(Chi-Quadrat-Test; Häufigkeitsangabe der Antwort „stimme zu“)			
Wenn jemand zu viel Alkohol trinkt, kann nur er selbst entscheiden, damit aufzuhören.	81,1%	92,5%%	0,04
Wenn zu Hause alles drunter und drüber geht, halte ich mich oft raus.	48,1%	65,2%	0,03
Wenn es zu Hause schlimm ist, habe ich Menschen, an die ich mich wenden kann.	86,7%	71,2%	0,01
Ich fühle mich bei anderen Familien wohl.	72,1%	55,2%	0,02
Wie ich mich gerade fühle, kann ich gut über Musik, Malen, Schreiben, Tanzen o.ä. ausdrücken.	79,2%	64,2%	0,03
Im Vergleich zu anderen lache ich wenig.	15,1%	29,9%	0,02

3 Konsequenzen für die sozialpädagogische, suchtpsychologische und -therapeutische Arbeit mit Kindern aus suchtblasteten Familien

In Deutschland sind Hilfen für Kinder aus suchtblasteten Familien insgesamt nur unzureichend vorhanden und oftmals durch ungünstige finanzielle Rahmenbedingungen in ihrer generellen Fortführung und auch qualitativen Evaluation und Optimierung gefährdet. Zusammenfassend beinhalten Hilfeansätze für Kinder suchtkranker Eltern derzeit vor allem:

- Familienorientierte/ -therapeutische Arbeit
- freizeitpädagogische Angebote
- sozialpädagogische Einzelfallhilfe/ Fallarbeit mit betroffenen Kindern
- Psychotherapie mit betroffenen Kindern
- Gruppenarbeit, vor allem in Institutionen der Suchtberatung
- Stationäre Aufnahme von suchtkranken Elternteilen zusammen mit ihren Kleinkindern
- Elterngespräche
- Selbsthilfegruppen (ca. ab 16 Jahre)
- niedrigschwellige Hilfen: insbesondere anonyme Informations- und Beratungsangebote, Sorgentelefone, Internetchat/ -beratungen (z.B. www.kidkit.de)

Bisherige Hilfsangebote fokussieren jedoch nur unzureichend auf die unterschiedliche Art der Risikobelastung bei Mädchen und Jungen aus suchtblasteten Familien und damit auf die geschlechtsspezifischen präventiven Notwendigkeiten; es werden hier meist gemischtgeschlechtliche Kindergruppen oder Beratungsprozesse angeboten, ohne dass geschlechtsspezifische Verhaltens- und Reaktionsmuster der betroffenen Kinder oder auch deren suchtblasteten Familien berücksichtigt werden.

krankte Mütter und Väter im Therapieprozess besondere Beachtung finden (z.B. Klein 2000; Puxi/ Kremer-Preiß 1999). Dringend erforderlich ist daher die Entwicklung geschlechterspezifischer Maßnahmen der Frühintervention und Prävention bei Kindern aus suchtblasteten Familien. Resultierend aus den vorliegenden Ergebnissen zu geschlechtsspezifischen Reaktions- und Belastungsmustern muss bei beiden Gruppen im Rahmen einer generell notwendigen Frühintervention auf folgende zentrale Unterschiede geachtet werden:

- | Mädchen | Jungen |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> - unterliegen häufiger Erfahrungen des emotionalen und sexuellen Missbrauchs sowie zusätzlich der emotionalen Vernachlässigung bei einem alkoholmissbrauchenden Vater. - zeigen häufiger internalisierende Verhaltensstörungen (depressive Symptome, Angst) sowie Symptome verschiedener Essstörungen (Anorexia, Bulimia nervosa). - haben häufiger direkte Erfahrungen mit einem betrunkenen Elternteil, beschäftigen sich intensiver mit der elterlichen Suchterkrankung (insb. bei einem erkrankten Vater), verarbeiten dies stärker schuldbesetzt und zeigen mehr Anzeichen einer Co-Abhängigkeit. - leben in einer stärker außenorientierten Familienstruktur mit weniger familiärem Austausch, Vertrauen und Verständnis. - zeigen mehr negative Selbstabwertung und internale Attributionen von Misserfolg auf, sind unzufriedener mit ihrem Leben, erleben mehr Stress in sozialen Konfliktsituationen insbesondere mit Peers sowie mehr schulische Überforderung im jüngeren Alter. - besitzen als Ressourcen vor allem hohe Empathie, Hilfsbereitschaft, Zuverlässigkeit, Phantasie und Kreativität sowie häufiger ein soziales Netzwerk mit vertrauensvollen Bezugspersonen. | <ul style="list-style-type: none"> - unterliegen häufiger Erfahrungen der emotionalen Vernachlässigung bei einer alkoholmissbrauchenden Mutter. - zeigen häufiger externalisierende Verhaltensstörungen (Störungen des Sozialverhaltens, ADHS). - haben häufiger einen Gefängnisaufenthalt des Vaters bedingt durch Alkoholmissbrauch erlebt, beschäftigen sich aber vergleichsweise weniger mit der elterlichen Suchterkrankung. - leben in einer vergleichsweise stärker familienorientierten Struktur mit geringeren familiären Vertrauens- und Kommunikationsproblemen. - zeigen im Vergleich mehr Selbstwertgefühl, mehr externe Misserfolgzuschreibungen und Selbstwirksamkeitsüberzeugungen sowie eine höhere Gesamtzufriedenheit. - besitzen als Ressourcen vor allem eine höhere Risikobereitschaft, Begeisterungsfähigkeit, Gelassenheit, Stressbelastbarkeit, ein geringeres Sicherheitsbedürfnis sowie eine höhere individuelle Abgrenzung gegenüber der elterlichen Suchterkrankung. |

Mädchen sollten entsprechend stärker in ihren persönlichen Möglichkeiten zur Distanzierung von den familiären Belastungen gefördert werden; hierzu gehören auch die Stabilisierung des Selbstwertgefühls, die Bearbeitung der subjektiven Schuldgefühle wegen der elterlichen Suchterkrankung sowie die Verbesserung von Erfolgsmisserfolgen als internal bzw. von Misserfolgen als external; mögliche Erfahrungen des emotionalen und sexuellen Missbrauchs sowie Symptome internalisierender Verhaltensstörungen sind stärker in die Behandlung mit einzubeziehen; die Kompetenz zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung eines außerfamiliären Netzwerkes sollte weiter gefördert werden. Gleiches gilt natürlich auch für Söhne aus suchtbelasteten Familien, nach den vorliegenden Ergebnissen aber offensichtlich in weniger bedeutsamem Maße als bei den Töchtern. Jungen sollten hingegen stärker im Aufbau sozialer Netzwerke außerhalb der Familie gefördert und hinsichtlich der Verringerung möglicher externalisierender Verhaltensstörungen beobachtet werden; auch kreative Ressourcen sollten in der Arbeit mit Jungen stärker gefördert werden. Zu beachten bleibt selbstverständlich, dass die entsprechenden präventiven und frühinterventiven Fördernotwendigkeiten jeweils im Einzelfall diagnostiziert werden müssen. Den geschlechterspezifischen Besonderheiten sollte aber hier besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden; dies gilt nicht zuletzt nicht nur für Kinder aus suchtbelasteten Familien, sondern generell auch für Kinder mit psychisch erkrankten Eltern.

Die Entwicklungsbelastungen und -reaktionen von Mädchen und Jungen aus suchtbelasteten Familien sollten zudem in weiteren Analysen dahingehend untersucht werden, inwiefern sich Töchter und Söhne von unbehandelten und behandelten suchtkranken Eltern/ Elternteilen voneinander unterscheiden. Dies ist vor allem bedeutsam auf dem Hintergrund der unzureichenden Erfassung und systematischen Betreuung von Kindern aus suchtbelasteten Familien durch das Suchthilfesystem. Die mangelnde Erreichbarkeit der Kinder suchtbelasteter Eltern liegt nicht nur an der bisher geringen Anzahl adäquater Hilfsangebote für diese spezielle Risikogruppe, sondern auch an der letztlich niedrigen Behandlungsquote ihrer suchtkranken Eltern und damit der unzureichenden Erfassung behandlungsbedürftiger Kinder und Jugendlicher. Unter allen psychischen Erkrankungen sind Suchtstörungen diejenigen mit der geringsten Behandlungsquote (Wittchen/ Jacobi 2002): Personen mit einer psychischen Störung erhalten durchschnittlich zu 36,4% eine Behandlung im Vergleich zu nur 29% der Personen mit Missbrauchs- oder Abhängigkeitsdiagnose in Bezug auf eine psychotrope Substanz (außer Tabak). Suchtkranke sind damit nach wie vor eine Patientengruppe mit einer vergleichsweise extrem schlechten Versorgungs- und Behandlungsreichweite des Hilfesystems. Nach institutionellen Prävalenzschätzungen für Personen mit Alkoholmissbrauch/ -abhängigkeit innerhalb der drei Versorgungssektoren des deutschen Suchthilfe- und Gesundheitssystems werden entsprechende

Personengruppen folgendermaßen durch die hiesigen Institutionen erreicht² (Wienberg/ Driessen 2001):

- im Sektor I (traditionelle Suchtkrankenhilfe): 6-8% über Fachberatungsstellen, 1,5-2% über Fachkliniken;
- im Sektor II (psychosoziale/ psychiatrische Basisversorgung): ca. 3,5-5,5% z.B. über sozialpsychiatrische Dienste, psychiatrische Krankenhäuser;
- im Sektor III (medizinische Primärversorgung): 70-80% über niedergelassene Ärzte, 30-35% über Allgemeinkrankenhäuser (hier bleiben jedoch die damit verbundenen Probleme einer späten Problemdiagnose sowie deutlich unzureichende Früherkennungs- und Kurzinterventionsstrategien zu beachten).

Kinder aus suchtbelasteten Familien werden entsprechend auch nur unzureichend über wahrgenommene Therapieangebote der Eltern erfasst; ein Großteil der betroffenen Kinder und Jugendlichen bleibt – wie ihre Eltern selbst – ohne Kontakt zum Hilfesystem und trotz eines ggf. vorliegenden Bedarfs unbehandelt. Kinder von suchtkranken Eltern, die frühzeitig und erfolgreich behandelt werden, weisen jedoch vielfach eine zufriedenstellende psychische wie auch soziale Entwicklung bzw. Stabilisierung auf, während Kinder unbehandelter Eltern einem qualitativ und quantitativ ausgeprägteren Expositionsrisiko gegenüber den Symptomen der elterlichen Suchterkrankung oder auch gegenüber elterlicher Komorbidität von Suchterkrankung und zusätzlichen anderen psychischen Störungen ausgesetzt sind (Klein/ Quinten 2002; Klein 2003). Dies auch differenziert für Mädchen und Jungen zu untersuchen, muss Teil der zukünftigen Forschung zu Kindern aus suchtbelasteten Familien sein. Für Kinder suchtbelasteter Eltern gilt das, was auch generell für das Suchthilfesystem und seine unterschiedlichen Zielgruppen gilt:

„Die Berücksichtigung von Gender Mainstreaming in der Suchthilfe ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Weiterentwicklung von Hilfeangeboten für Frauen und Männer mit Suchtproblemen, in Forschung, Lehre und Politik. Unterschiede mit Blick auf das soziale Geschlecht sowohl in der Genese als auch in der Aufarbeitung einer Suchtproblematik müssen in Organisationen, Verbänden und Einrichtungen der Suchthilfe verstärkt eingebunden werden. Eine Stereotypisierung ist dabei zu vermeiden, denn weder Männer noch Frauen können als homogene Gruppe betrachtet werden. Vielmehr gilt es, den vielfältigen Bedürfnissen, Notwendigkeiten und Kompetenzen von Frauen und Männern in ihren jeweiligen lebensweltlichen, sozialen und kulturellen Kontexten gerecht zu werden.“ (Deutsche Hauptstelle für Suchfragen e.V. 2004, 6)

2 Anteil der institutionellen Ein-Jahres-Prävalenz an der Gesamtprävalenz der Alkoholabhängigen

Literatur

- Alterman, Arthur I./ Bridges, K. Robert/ Tarter, Ralph E. (1986): Drinking behavior of high-risk college men: Contradictory preliminary findings, in: *Alcoholism: Clinical and Experimental Research*, 10. Jg., 305-310
- Bennett, Linda A./ Wolin, Steven J./ Reiss, David (1988): Cognitive, behavioral, and emotional problems among school-age children of alcoholic parents, in: *American Journal of Psychiatry*, 145. Jg., 185-190
- Berkowitz, Alan/ Perkins, H. Wesley (1988): Personality characteristics of children of alcoholics, in: *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, 56. Jg., 206-209
- Cermak, Timmen (1990). Evaluating and treating adult children of alcoholics. Vol. I: Evaluation, Minneapolis
- Chandy, Joseph M./ Harris, Linda/ Blum, Robert W./ Resnick, Michael D. (1994): Disordered eating among adolescents whose parents misuse alcohol: Protective and risk factors, in: *International Journal of the Addictions*, 29. Jg., 505-516
- Christensen, H./ Bilenberg, N. (2000): Behavioral and emotional problems in children of alcoholic mothers and fathers, in: *European Child & Adolescent Psychiatry*, Jg. 9, H. 3, 219-226
- Cierpka, Manfred/ Frevert, Gabriele (1994): Die Familienbögen. Ein Inventar zur Einschätzung von Familienfunktionen, Göttingen
- Claydon, Peter (1987): Self-reported Alcohol, Drug, and Eating-Disorder Problems among Male and Female Collegiate Children of Alcoholics, in: *Journal of American College Health*, 36. Jg., 111-116
- Cloninger, C. Robert/ Bohmann, Michael/ Sigvardsson, Sören (1981): Inheritance of alcohol abuse: Cross-fostering analysis of adopted men, in: *Archives of General Psychiatry*, 38. Jg., 861-868
- Cotton, Nancy S. (1979): The familial incidence of alcoholism, in: *Journal of Studies on Alcohol*, 40. Jg., 89-116
- Cuijpers, Pim/ Langendoen, Yvonne/ Bijl, Rob V. (1999): Psychiatric disorders in adult children of problem drinkers. Prevalence, first onset and comparison with other risk factors, in: *Addiction*, 94. Jg., 1489-1498
- Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (2004): DHS-Grundsatzpapier: Gender Mainstreaming in der Suchtarbeit: Chancen und Notwendigkeiten, Hamm
- Diener, Ed/ Emmons, Robert A./ Larsen, Randy J./ Griffin, Sharon (1985): The Satisfaction with Life Scale (SWLS), in: *Journal of Personality Assessment*, 49. Jg., 71-75
- Drake, Robert E./ Vaillant, George E. (1988): Predicting alcoholism and personality disorders in a 33-year longitudinal study of children of alcoholics, in: *British Journal of Addiction*, 83. Jg., 799-803
- Dube, Shanta R./ Anda, Robert F./ Felitti, Vincent J./ Croft, Janet B./ Edwards, Valerie J./ Giles, Wayne H. (2001): Growing up with parental alcohol abuse: Exposure to childhood abuse, neglect, and household dysfunction, in: *Child Abuse & Neglect*, 25. Jg., 1627-40
- Eickhoff, Catarina/ Zinnecker, Jürgen (2000): Schutz oder Risiko? Familienumwelten im Spiegel der Kommunikation zwischen Eltern und ihren Kindern. Schriftenreihe der BZgA, Forschung und Praxis der Gesundheitsförderung, Bd. 11, Köln

- Ellis, Deboran A./ Zucker, Robert A./ Fitzgerald, Hiram E. (1997): The role of family influences in development and risk, in: *Alcohol Health & Research World*, 21. Jg., H. 3, 218-226
- Elpers, Michael/ Lenz, K. (1994): Psychiatrische Störungen bei Kindern alkoholkranker Eltern, in: *Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie*, 22. Jg., 107-113
- Grant, Bridget F. (2000): Estimates of US children exposed to alcohol abuse and dependence in the family, in: *American Journal of Public Health*, 90. Jg., 112-115
- Hesselbrock, Victor M./ Stabenau, James R./ Hesselbrock, Michie N./ Meyer, Ralph E./ Babor, Thomas F. (1982): The nature of alcoholism in patients with different family histories for alcoholism, in: *Progress in Neuro-Psychopharmacology and Biological Psychiatry*, 6. Jg., 607-614
- Jacob, Theodore/ Windle, Michael (2000): Young adult children of alcoholic, depressed and nondistressed parents, in: *Journal of Studies on Alcohol*, 61. Jg., 836-844
- Jennison, Karen M./ Johnson, Kenneth A. (1998): Alcohol dependence in adult children of alcoholics: Longitudinal evidence of early risk, in: *Journal of Drug Education*, 28. Jg., 19-37
- Kendler, Kenneth S./ Neale, Michael C./ Heath, Andrew C./ Kessler, Ronald C./ Eaves, Lindon J. (1994): A twin-family study of alcoholism in women, in: *American Journal of Psychiatry*, 151. Jg., 707-715
- Klages, Ulrich (1989): Fragebogen irrationaler Einstellungen (FIE), Göttingen
- Klein, Michael (1999): Geschlechtssensible Hilfen für Kinder aus suchtbelasteten Familien, in: *Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hg.): Frauen – Sucht – Gesellschaft: Dokumentation der Fachtagung am 28. Januar 1999 in der Katholischen Akademie Trier*, 41-62
- Klein, Michael (2000): Hilfen für Kinder von Suchtkranken – Ein europäischer Überblick. Übersicht und Expertise im Auftrag des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen
- Klein, Michael (2001): Kinder aus alkoholbelasteten Familien – Ein Überblick zu Forschungsergebnissen und Handlungsperspektiven, in: *Suchttherapie*, 4. Jg., H. 4, 183-191
- Klein, Michael (2003): Kinder und Jugendliche in suchtbelasteten Familien, in: *Farke, Walter/ Graß, Hildegard/ Hurrelmann, Klaus (Hg.): Drogen bei Kindern und Jugendlichen. Legale und illegale Substanzen in der ärztlichen Praxis*, Stuttgart, 39-51
- Klein, Michael (2005): Kinder aus suchtbelasteten Familien. Ausgangssituation und Bewältigungsmöglichkeiten, in: *Unsere Jugend, Die Zeitschrift für Studium und Praxis der Sozialpädagogik*, 57. Jg., 83-93
- Klein, Michael/ Ferrari, Tatjana/ Kürschner, Katrin (2003): Kinder unbehandelter suchtkranker Eltern – Eine Situationsanalyse und mögliche Hilfen. Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Köln
- Klein, Michael/ Quinten, Claudia (2002): Zur Langzeitentwicklung von Kindern stationär behandelter alkoholabhängiger Eltern, in: *Suchttherapie*, 3. Jg., 233-240
- Klein, Michael/ Zobel, Martin (2000): Sucht sucht Beziehung – Partner und Kinder im Umfeld von Abhängigkeitsstörungen, in: *Sucht Aktuell*, 7. Jg., 29-34

- Klein, Michael/ Zobel, Martin (1999): Kinder in suchtbelasteten Familien – Psychologische Suchtforschung unter transgenerationaler und ätiologischer Perspektive, in: Fachverband Sucht (Hg.): Suchtbehandlung, Entscheidungen und Notwendigkeiten, Geesthacht, 244-257
- Klein, Michael/ Zobel, Martin (1997): Kinder aus suchtbelasteten Familien, in: Kindheit und Jugend, 6. Jg., 133-140
- Krampen, Günter (1981): IPC-Fragebogen zu Kontrollüberzeugungen, Göttingen
- Lachner, Gabriele/ Wittchen, Hans-Ulrich (1997): Familiär übertragene Vulnerabilitätsmerkmale für Alkoholmissbrauch und -abhängigkeit, in: Watzl, Hans/ Rockstroh, Brigitte (Hg.): Abhängigkeit und Missbrauch von Alkohol und Drogen, Göttingen, 43-89
- Levenson, Robert W./ Oyama, Oliver N./ Meek, Patricia S. (1987): Greater reinforcement from alcohol for those at risk: Parental risk, personality risk, and sex, in: Journal of Abnormal Psychology, 96. Jg., 242-253
- Little, T. D./ Wanner, B. (1999): An adjective check-list for assessing the big-5 personality dimensions in adolescence. Unpublished instrument, New Haven, CT: Yale University
- Lohaus, Arnold/ Fleer, Bernhard/ Freytag, Peter/ Klein-Heßling, Johannes (1996): SSK: Fragebogen zu Erhebung von Stresserleben und Stressbewältigung im Kindesalter, Göttingen
- Maier, Wolfgang (1997): Mechanismen der familiären Übertragung von Alkoholabhängigkeit und Alkoholabusus, in: Watzl, Hans/ Rockstroh, Brigitte (Hg.): Abhängigkeit und Missbrauch von Alkohol und Drogen, Göttingen, 91-109
- McGue, Matt/ Pickens, R. W./ Svikis, D. S. (1992): Sex and age effects on the inheritance of alcohol problems: A twin study, in: Journal of Abnormal Psychology, 101. Jg., 3-17
- Mintz, Laurie B./ Kashubeck, S./ Tracy, L.S. (1995): Relations among parental alcoholism, eating disorders, and substance abuse in nonclinical college women: Additional evidence against the uniformity myth, in: Journal of Counseling Psychology, 42. Jg., 65-70
- Murphy, Ronald T./ O'Farell, Timothy J./ Floyd, Frank J./ Conners, Gerard J. (1991): School adjustment of children of alcoholic fathers: Comparison to normal controls, in: Addictive Behaviors, 16. Jg., 275-287
- Olson, David H./ Portner Joyce/ Lavee, Yoav (1987): Family adaptability and cohesion evaluation scales [FACES III], in: Corcoran, Kevin/ Fischer, Joel (Hg.): Measures for clinical practice: A sourcebook, New York, 428-431
- Petermann, Harald/ Müller, Harry/ Kersch, Brigitte/ Röhr, Michael (1997): Er wachsen werden ohne Drogen, Weinheim
- Pollock, Vicki E. (1992): Meta-analysis of subjective sensitivity to alcohol in sons of alcoholics, in: American Journal of Psychiatry, 149. Jg., 1534-1538
- Puxi, Marco/ Kremer-Preiß, Ursula (1999): Familienorientierte Arbeit mit Kindern und Jugendlichen alkohol- bzw. drogenabhängiger Eltern/-teile. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 166, Stuttgart
- Roberts, Kristi/ Brent, Edward (1982): Physician utilization and illness patterns in families of alcoholics, in: Journal of Studies on Alcohol, 43. Jg., 119-128
- Russel, M./ Henderson, C./ Blume, S. (1985): Children of alcoholics: A review of the literature, New York

- Rydellius, P.-A. (1984): Children of alcoholic fathers – a longitudinal prospective study, in: Goodwin, D.W./ van Dusen, K.T./ Mednick, S.A. (Hg.): Longitudinal research in alcoholism, Boston
- Schneewind, Klaus A. (1991): Familienpsychologie, Stuttgart
- Schuckit, Marc A. (1994a): A clinical model of genetic influences in alcohol dependence, in: Journal of Studies on Alcohol, 55. Jg., 5-17
- Schuckit, Marc A. (1994b): Low level to alcohol as a predictor of future alcoholism, in: American Journal of Psychiatry, 151. Jg., 184-189
- Sher, Kenneth J. (1991): Children of Alcoholics. A critical appraisal of theory and research, Chicago
- Steinhausen, Hans Christoph/ Nester, Veronika/ Huth, Helga (1982): Psychopathology and mental functions in the offspring of alcoholic and epileptic mothers, in: Journal of the American Academy of Child Psychiatry, 21. Jg., 268-273
- Tweed, Sandra H./ Ryff, Carol D. (1991): Adult children of alcoholics: profiles of wellness amidst distress, in: Journal of Studies on Alcohol, 52. Jg., 133-141
- Unnewehr, Suzan/ Schneider, Sabine/ Margraf, Jürgen (1998): Kinder-DIPS. Diagnostisches Interview bei psychischen Störungen im Kindes- und Jugendalter, Berlin
- Velleman, Richard (1992): Intergenerational effects – a review of environmentally oriented study concerning the relationship between parental alcohol problems and family disharmony in the genesis of alcohol and other problems. II: The intergenerational effects of family disharmony, in: The International Journal of the Addictions, 27. Jg., 367-389
- Weitzman, Elissa R./ Wechsler, Henry (2000): Alcohol use, abuse, and related problems among children of problem drinkers, in: The Journal of nervous and mental disease, 188. Jg., H. 3, 148-154
- Werner, Emmy E. (1986): Resilient offspring of alcoholics: A longitudinal study from birth to age 18, in: Journal of Studies on Alcohol, 47. Jg., 34-40
- West, Melissa/ Prinz, Ronald (1987): Parental alcoholism and childhood psychopathology, in: Psychological Bulletin, 102. Jg., 204-218
- Wienberg, Günther/ Driessen, Martin (Hg.) (2001): Auf dem Weg zur vergessenen Mehrheit. Innovative Konzepte für die Versorgung von Menschen mit Alkoholproblemen, Bonn
- Wildgrube, Carolin (2004): Jugendliche aus alkoholbelasteten Familien – eine Untersuchung zu Verhaltensauffälligkeiten und Suchttendenzen. Diplomarbeit im Fachbereich Psychologie, Klinische Psychologie & Psychotherapie, Pilipps-Universität Marburg
- Wittchen, Hans-Ulrich/ Jacobi, Frank (2002): Die Versorgungssituation psychischer Störungen in Deutschland. Eine klinisch-epidemiologische Abschätzung anhand des Bundes-Gesundheitssurveys 1998, in: Psychotherapeutenjournal, 6-5
- Wolin, S./ Wolin, S. (1995): Resilience among youth growing up in substance-abusing families, in: Substance Abuse, 42. Jg., 415-429
- Zobel, Martin (2000): Kinder aus alkoholbelasteten Familien – Entwicklungsrisiken und -chancen, Göttingen

Körper – Kultur – Religion – Sexualität (Religions-) Pädagogische Perspektiven¹

Der Körper heute: Er ist nach herrschender Meinung jung, d.h. er zeigt keine nennenswerten Spuren von Alter und Handicaps. Ein Mädchen, eine Frau soll „schlank“ und „groß“ sein und ein „hübsches Gesicht“ haben. So die einhellige Meinung von neun befragten Mädchen im Alter von 13 bzw. 14 Jahren, die 1,55 bis 1,76 m groß sind und zwischen 41 und 65 kg wiegen (Scheepers 2002, 12f). Auch wenn die jeweiligen Schönheitsideale einem kulturellen Wandel unterliegen, gelten Frauen seit jeher als das „schöne Geschlecht“ – und um dies einzulösen soll sich der weibliche Körper gegenwärtig durch Schlankheit, Jugend, Gesundheit und Fitness auszeichnen. Aber auch das Männlichkeitsideal ist zunehmend mit Anforderungen an einen „schönen“ Körper verbunden. Hier sind ein „Waschbrettbauch“ und ein „knackiger Hintern“ angesagt; der ideale männliche Körper ist ein stählerner, perfektionierter Körper.

In den westlichen Industrienationen sind der Körper und die Sorge um ihn in den Mittelpunkt der Inszenierung von vermeintlicher Individualität gerückt. Die Schönheitsindustrie und -medizin boomen wie nie zuvor, die Medien konfrontieren uns mit einer Flut genormter Körperbilder, die darüber hinweg täuschen, dass fast keine Frau und kein Mann dem jeweils vorgegebenen Schönheitsideal gerecht werden kann.

Die Verpflichtung zum Schönsein bringt insbesondere Mädchen und Frauen, deren Äußeres den gängigen Schönheitsidealen nicht entspricht, dazu, mit ihrem Körper unzufrieden zu sein. Der Frauenkörper wird zur Problemzone. So zeigen Befragungen weiblicher Jugendlicher, dass fast jede Probleme mit ihrer Figur hat – nahezu jede findet sich zu dick, treibt daher Sport oder geht ins Fitnessstudio, um abzunehmen (Scheepers 2002, 13; Boeger 2001). 70 Prozent der 12- bis 14-jährigen Mädchen bevorzugen einen untergewichtigen Körper, aber nur 16 Prozent entsprechen diesem Wunschbild (Boeger 2001, 52). Dies führt dazu, dass 46 Prozent aller 12-jährigen Mädchen abnehmen wollen und 16 Prozent dieser Altersgruppe angeben, Diät zu halten (a.a.O.). Aber auch Männer sind verstärkt dem Diktat eines perfekten Körpers unterworfen; dementsprechend nimmt die Nachfrage nach kosmetischen Produkten und Behandlungen zu, wird Fitness-Training oder exzessiv Sport betrieben und auch Formen von Essstörungen oder gar Ana-

1 Es handelt sich hier um eine Erweiterung meines Beitrags „Bin ich weiblich genug? Bin ich männlich genug? Geschlechterzuschreibungen und Sexualität – gendertheoretisch betrachtet“, in: Bizer, Christoph et al. (Hg.) (2004): Menschen Bilder im Umbruch – Didaktische Impulse. Jahrbuch der Religionspädagogik JRP 20, Neukirchen-Vluyn, 51-61.

bolika-Missbrauch lassen sich bei Männern ausmachen (Amnicht-Quinn 2002; Pope/ Phillips/ Olivardia 2001).

Untersuchungen belegen, welche Bedeutung Schönheitsideale für die Entwicklung junger Menschen, ihr geschlechtliches Selbstbild und die Aneignung des weiblichen bzw. männlichen Körpers haben (z.B. Flaake 2001; Braun 2003; Milhoffer 2000; Schnack 1997). Da sich heute hinter dem Schönheitsideal die Verheißungen von Spaß haben und „easy living“, von Anerkennung und Liebe verbergen und „mangelnde“ Schönheit als persönliches Versagen gilt, gestaltet sich das Erwachsenwerden nicht nur als innerer, sondern verstärkt auch als „äußerer“ oder „äußerlicher“ Kraftakt. Das Jugendalter stellt die Phase dar, in der sich die stärksten Körperveränderungen im gesamten Lebenslauf ereignen. Somit gewinnt der Körper auch unter dem Aspekt der Entwicklung eine besondere Bedeutung – es muss eine Anpassung an diesen veränderten Körper erfolgen und eine eigene sexuelle Identität aufgebaut werden (Boeger 2001).

Dieser Tatsache ist in der Erziehung und Begleitung junger Menschen Rechnung zu tragen. Hier spielt zum einen die steigende Bedeutung des Körpers zur Inszenierung von Individualität und Geschlechtsidentität für junge Menschen eine Rolle, die in einem ambivalenten Spannungsfeld von gleichzeitiger Normierung und Flexibilisierung stattfindet. Bedeutsam sind zum anderen aber auch Fragen nach der Art der Körperbeziehung und des daraus resultierenden Umgangs mit dem Körper auf Seiten von PädagogInnen. Darüber hinaus gilt es, tiefer liegende weltanschaulich-religiöse Einflüsse auf das Verständnis von Körper, Seele und Geist zu verstehen. Zum einen belegt etwa autobiographische Literatur, wie sehr religiöse Erziehung das Verhältnis zum eigenen und zum fremden Körper und damit auch zur Sexualität geprägt hat (Wimmer 1978; Wimschneider 1984; Scherf 1985) und (mindestens bis zur Generation der heute 50-Jährigen) noch prägt. Zum anderen lassen sich bislang wenig thematisierte Kontinuitätslinien vom „leibfeindlichen“, religiös geprägten Umgang mit dem Körper zu heutigen, vermeintlich körperfreundlicheren Strategien des „body-stylings“ entdecken.

1 Leiblichkeit im Christentum: Last oder Chance?

Das Verhältnis des Christentums zum Körper, in der Theologie zumeist als „Leib“, d.h. als „beseelter Körper“ bezeichnet, ist äußerst ambivalent. Biographisch orientierte religiöse Bildungsarbeit mit Frauen und Männern bringt zwei Körperideale zum Vorschein: das „Ideal des reinen, von sexuellen Begierden freien katholischen Körpers“ und des „immer zum Dienst am Nächsten bereiten, sauberen protestantischen Dienstleibes“ (Moltmann-Wendel/ Amnicht-Quinn 2002, 338; Scherf 1985). Wird unter diesem Eindruck mit

der christlichen Religion zunächst Leibfeindlichkeit und leibfeindliche Askeze assoziiert, muss andererseits darauf verwiesen werden, dass im Bekenntnis zum „fleischgewordenen“ Gott die Überwindung einer negativen Wahrnehmung des Körpers grundgelegt ist. Überdies wird in den Heilungsgeschichten des Neuen Testaments von der Heilung menschlicher Körper erzählt. Und: Die Vorstellung, das „Fleisch“ (griech. *sōma*) sei Tempel des Heiligen Geistes (1 Kor 3,16; 6,19; 2 Kor 6,16), beinhaltet eine Aufwertung des Körpers, die insbesondere von Frauen in den frühchristlichen Gemeinden als Chance für Autonomie und freie Wahl der Lebensform verstanden wurde (Sutter Rehmann 1994).

Im frühen Christentum wird daher den TaufbewerberInnen beim Taufritual eine im damaligen Kulturraum geradezu revolutionär klingende Formel zugesprochen:

„Alle nämlich, die ihr auf Christus getauft seid, habt Christus angezogen: Da ist nicht Jude noch Grieche, da ist nicht Sklave noch Freier, da ist nicht männlich und weiblich. Alle nämlich seid ihr ein einziger in Christus Jesus.“ (Gal 3,27f)

Im kultischen Akt, vermutlich in einem Untertauchritus, wird den Täuflingen in performativer Rede der Eintritt in eine neue Welt zugesprochen, in die „Gemeinschaft von Gleichgestellten“ (Schüssler Fiorenza 1988). Alle Merkmale, die durch die Geburt gegeben sind, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität, zu einem bestimmten Stand oder eben zu einem bestimmten Geschlecht, werden durch die Taufe aufgehoben. Konkret zeigt sich dies zunächst in der Tatsache, dass Frauen eine den Männern ebenbürtige Position einnehmen (z.B. die Grußliste Röm 16). Unter Berufung auf die körperlich-konkrete Zuwendung des in Jesus menschengewordenen Gottes wird eine Neubewertung des Körpers möglich: „Die Umkehrung bisheriger Werte durch die Predigt vom Reich Gottes macht nicht vor den Körpern der Menschen Halt. Jesus berührt nicht nur die Körper von Menschen in seinen Heilungen. In Anknüpfung an prophetische Traditionen modifiziert er das bisherige Verständnis.“ (Moltmann-Wendel/ Amnicht-Quinn 2002, 336)

Ergibt sich hieraus für das frühe Christentum – positiver Bewertung von Leiblichkeit als Ausdruck der Geschöpflichkeit im Alten Testament folgend (Schroer/ Staubli 1998) – die Chance, den Körper als gute Schöpfung Gottes zu sehen, wird diese doch bald zur Disposition gestellt. Ausschlaggebend dafür ist die Notwendigkeit, sich gesellschaftlich in der von griechisch-römischen dualistischen Denken bestimmten Welt zu legitimieren. Die „Scham, im Leibe zu sein“ (Porphyrius über Plotin) bestimmt sowohl die Interpretation der paulinischen Schriften als auch die christliche Frömmigkeit und führt zur religiös motivierten Abwertung des Körpers. Mit der Körperverachtung wächst zugleich die Frauenverachtung, wird doch der Frauenkörper in besonderer Weise mit Unreinheit, Sünde, Labilität und Hinfälligkeit verbunden. Augustinus prägt den klassisch gewordenen Satz, mit dem er das männliche Selbstbild und das lange geltende, christliche Körperbild um-

schreibt: „Recht ist das Haus, wo der Mann befiehlt und das Weib gehorcht. Recht ist der Mensch, wo der Geist wohnt und das Fleisch dient“ (Corpus Christianorum Bd. 36, 18, 23-26).

Gesellschaftlicher Disziplinierung des Körpers (Douglas 1986) entsprechen nun kirchliche Askese und sexuelle Enthaltbarkeit. Menstruation, Blut und andere Körperausflüsse, Geschlechtsverkehr, Schwangerschaft und Geburt werden mit Furcht umgeben; sie gelten als Einflussbereich höherer Lebensmächte und erfordern daher besondere Reinigungsvorschriften: „Reinheit“ und „Keuschheit“ werden zu einem Charakteristikum der westlichen Kirchen (diese Entwicklung findet mit den Zölibatgesetzen einen vorläufigen Abschluss).

„Die Keuschheit erfordert das Erlernen der Selbstbeherrschung, die eine Erziehung zur menschlichen Freiheit ist. Die Alternative ist klar: Entweder ist der Mensch Herr über seine Triebe und erlangt so den Frieden, oder er wird ihr Knecht und somit unglücklich. (...). Die Würde des Menschen erfordert also, dass er in bewusster und freier Wahl handelt, das heißt personal, von innen her bewegt und geführt und nicht unter blindem innerem Drang oder unter bloßem äußeren Zwang. Eine solche Würde erwirbt der Mensch, wenn er sich aus aller Knechtschaft der Leidenschaften befreit.“ (Katechismus der Katholischen Kirche, 2339)

Während der christliche Mann sich idealiter um einen disziplinierten Körper müht und die christliche Frau sich an Maria, der Reinen, als Vorbild orientiert, entwickeln sich am Rande der Großkirchen immer wieder Aufbruchbewegungen, die in Kontrast zu Augustinus die Bedeutung körperlicher (und nicht nur seelischer) Gesundheit hervorheben und auf die Einheit von Geist und Körper verweisen. Exemplarisch sei hier (die heute im Kontext der „Wellness-Welle“ wiederentdeckte) Hildegard von Bingen genannt, der das Weibliche als „Urmodell des ganzen und heilen Menschseins“ galt (Gössmann 1995, 177) und die sich gegen den traditionellen Hass auf den Körper wandte.

Seit den 1980er Jahren entwerfen feministische Theologinnen eine vom Körper ausgehende Theologie, die die traditionelle dualistische Körpersicht zu überwinden sucht und wieder an den Anfängen des Christentums anknüpft. Diese Theologinnen vertreten eine „einheitliche Anthropologie“, die von (weiblichen) Körpererfahrungen ausgeht (Gebara 1991; Strahm 1997) und plädieren für den Körper als Zentrum aller Beziehungen als Ausgangspunkt der Theologie (Gebara 1997). Sie orientieren sich an der christlichen Botschaft von der „Körperwerdung“ Gottes und verstehen diese nicht nur als theologische, sondern auch als individuelle und gesellschaftliche Herausforderung (Moltmann-Wendel 1994).

2 Körper(bilder) und Geschlecht heute

Dem Umgang mit dem Körper in den westlichen Industriestaaten liegt heute die Vorstellung der Machbarkeit zugrunde: Der Körper ist das Ergebnis von Handlungen, die zu seiner Perfektionierung führen – oder, wenn dies nicht der Fall ist, verstärkter Anstrengungen bedarf bzw. Frustration oder gar psychische Probleme verursacht. Der „kulturelle“ Körper gehorcht dem gesellschaftlichen Diktat, das einen unterschiedlichen Umgang der Geschlechter mit dem Körper bestimmt. In unserer von Bildern und visuellen Ikonen geprägten Gesellschaft ist der Körper ein Medium der Selbstdarstellung, eine Quelle für vergnügliche Erfahrungen und ein Experimentierfeld für die eigene soziale, kulturelle und geschlechtliche Identität. So dient auch die Kleidung nicht mehr dazu, den Körper zu verhüllen, sondern ihn zu modellieren, zu enthüllen und zu illustrieren (Jugend 2000). Mode ermöglicht – unbeschadet jeweiliger Trends – aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Stereotypen die Herstellung von Geschlechtsidentität; diese lässt sich „anziehen“ (Gaugele/ Reiss 2003). Kleidung und Styling stehen in Wechselwirkung zur sozialen Konstruktion von Identität und Geschlecht. „Aus dieser Sicht ist das Selbstverständnis (...) als Mann oder Frau (...) körperlich begründet, nicht aber biologisch-körperlich, sondern sozial-körperlich; es basiert auf komplexen, gebildeten, geschlechtstypischen Habitusmustern, die (...) unterschiedliche Haltungen des Körpers und zum Körper umfassen.“ (Brandes 2003, 10) Allerdings unterstützen die Einflüsse der modernen amerikanischen Kultur und der internationalen Popmusik-Trends einen instabilen Mix von maskulinen und femininen Ausdrucksformen. Untersuchungen belegen, dass in den USA, Deutschland und Großbritannien zwei Drittel der Frauen sowie mehr als 40 Prozent der jungen Männer zwischen 20 und 24 Jahren sich durchaus vorstellen können, sowohl maskuline als auch feminine Seiten zum Ausdruck zu bringen (Jugend 2000, 6).

Abb. 1: He-Man



Als erstrebenswert erklärte männliche und weibliche Körperbilder begegnen uns überall, sei es in Kinderzimmern, in Printmedien, in der Werbung oder im Film. Da finden sich z.B. Typen wie „He-Man“ oder „Barbie“; beide Inbegriff des Männlichen bzw. des Weiblichen. Er, „He-Man“, der siegreiche und einsame Kämpfer, verkörpert den Mythos von Körperkraft und Potenz (Abb. 1), sie, „Barbie“, nur aus Beinen, Haaren und Brüsten bestehend, verkörpert den Mythos von Schönheit (Abb. 2). Dreidimensionale Bilder aus Hartplastik, nicht weni-

ger einprägsam als die durch SchauspielerInnen und Models gesetzten Normen für Frauen- und Männerbilder.

Abb. 2: Barbie



Bedeutsam ist ebenfalls die Wechselwirkung zwischen den in der Werbung eingesetzten Körperbildern und der Vermarktung bestimmter Produkte. Mit nahezu jedem Produkt wird ein entsprechender Männer- bzw. Frauentyp verkauft (Rechner 2001; Zurstiege 1998): mit Parfüm der androgyne Mann, mit Pudding der liebevolle Familienvater, mit Kaffee der alleinerziehende Vater etc. Darüber hinaus kreieren Handel und Wirtschaft auf diese Weise „moderne“, „neue“ Männertypen wie etwa den „Metrosex-Man“², den „e-Man“³ oder den „Care-Man“⁴. Neben der Mutter und Hausfrau präsentiert die Werbung die erfolgreiche Frau, die partnerschaftliche Frau, die Alleskünstlerin wie auch die Frau als Sex- und Dekorationsobjekt

(Bergler/ Pörzgen/ Harich 1992; Mühlen-Achs 1999; Schmerl 1992). Sowohl die Darstellung von Männern als auch jene von Frauen bietet neue Facetten, die zu einer Annäherung der Geschlechterrollen zu führen scheinen. Traditionelle stereotype Eigenschaften von Frauen und Männern geraten in Bewegung: Der „neue“ Mann zeichnet sich dadurch aus, dass ihm Gefühle, Zärtlichkeit, Treue und Kinderliebe wichtiger werden, während Karriere und Einkommen an Bedeutung verlieren. Die moderne Frau tritt nicht nur modisch und gepflegt auf, sondern zeigt Selbstbewusstsein, Selbstständigkeit, Engagement und Ehrgeiz (Abb. 3) und verbindet mit leichter Hand Familie und Beruf.

Abb. 3: Moderne



Allerdings stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Geschlechterbildern in Werbung und visuellen Medien und dem Geschlechterverständnis konkreter Frauen und Männer in unserer Gesellschaft: Stimmen die medial dargestellten Bilder mit der Selbstwahrnehmung der Geschlechter und den geschlechtlichen Rollenerwartungen überein? Eine

2 D.h. der gepflegte Mann, der lieber in Galerien geht als auf den Fußballplatz.

3 Der e-Man ist Weltmeister beim Surfen im Internet.

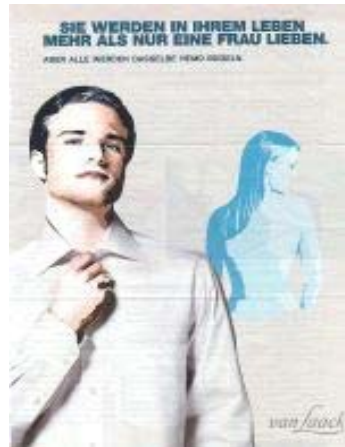
4 Der Care-Man ist gesundheitsbewusst, hat für sich die „Andropause“ entdeckt und kümmert sich stärker um sein Aussehen – mit dem Ziel, sich von der Masse abzuheben und eine eigene Körperästhetik zu entwickeln.

genauere Analyse der Männerbilder in Medien und Realität zeigt, dass sich das gesellschaftlich relevante Bild des Mannes weiterhin schwerpunktmäßig durch Erfolg (im Beruf), Sachlichkeit und Kompetenz kennzeichnen lässt (Rechner 2001). Demgegenüber ist das mediale Frauenbild immer noch weit- aus häufiger durch die Rollen „Hausfrau/ Mutter/ Sex-/ Dekorationsobjekt“ als durch eine außerhäusliche Berufsrolle gekennzeichnet (a.a.O.; Mühlen- Achs 1999) – wobei Frauen auch für sich beanspruchen, den im häuslichen und privaten Bereich anfallenden Aufgaben besser als Männer gewachsen zu sein (Döge/ Volz 2002, 46-48).

Auffällig ist dabei, dass Körperbild und Geschlechtsrolle immer noch deutlich miteinander korrelieren und die hierarchische Geschlechterordnung reproduzieren. Frauen werden durchweg als kleinere, zierlichere, schwächere, kraftlosere und nur indirekt Macht wirkende Wesen sozial konstruiert, die wenig Wert auf die Teilhabe an Macht oder die Inanspruchnahme von Raum zu legen scheinen. Männer demonstrieren demgegenüber sowohl im Bild als auch in der Realität selbstbewusst Kraft und Härte, nehmen viel Raum ein und mimen überlegene Gelassenheit. Dies hat sich in den mehr als 30 Jahren seit Beginn der entsprechenden Untersuchungen nur unwesentlich verändert (Weiderer 1993; Mühlen-Achs/ Schorb 2003). Wengleich die medial vermittelten Geschlechterrollen einerseits einen Trend zu mehr Gleichheit und Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern aufweisen, so wird andererseits weitgehend an den traditionellen Stereotypen einer hierarchischen Geschlechterordnung festgehalten und diese somit weiterhin tradiert.

Nicht nur unter dieser Perspektive stellt das gesellschaftliche System der Zweigeschlechtlichkeit eine Grenze dar. Auch der körpersprachliche Diskurs ist in unserer Kultur durch die jeweils vorherrschenden Geschlechterkonstrukte bestimmt, so dass der körperliche Ausdruck zum tertiären Geschlechtsmerkmal wird. Die soziale Konstruktion des Geschlechts erfolgt somit durch den Körper bzw. durch eine entsprechend ritualisierte Körpersprache. „Wer die Grenze zwischen den Geschlechtern überschreiten will, muss jede Geste, jeden Blick, jeden Schritt verändern, um als das andere Geschlecht wahrnehmbar zu werden. (...) der ganze Habitus wird zum Zeichen für die Geschlechtsidentität.“ (Becker 1999, 198)

Abb. 4: Geschlechterordnungen



Körper(bilder) und Sexualität

In unserer westlichen Gesellschaft wird suggeriert, dass ein im Fitnessstudio gestählter oder ein durch Diäten schlanker Körper zum Glückhlichsein, zu beruflichem und privatem Erfolg führt und begehrenswert ist. Die äußere Erscheinung gilt als Schlüssel zu gelingenden Beziehungen: „Gesundheit, Attraktivität und körperliche Leistungsfähigkeit sind von enormer Bedeutung, nicht nur für die Selbstwahrnehmung, sondern auch im Hinblick auf FreundInnen und heterosexuelle Beziehungen.“ (Boeger 2001, 49) So sind „erotische Ausstrahlung“ und „körperliche Schönheit“ wesentliche Kennzeichen der „Traumfrau“, wie Männer sie sich vorstellen und Frauen sie sehen (Döge/ Volz 2002, 28). Die körperliche Attraktivität der Partnerin ist für Männer nach wie vor ein wichtiges Kriterium⁵. Nur ein Viertel der Männer (26 Prozent) stimmt der Aussage zu, dass „sexuelle Anziehungskraft“ nichts mit „gutem bzw. hübschem Aussehen“ zu tun habe (a.a.O., 42). Allerdings: „Der Attraktivität, der erotischen Ausstrahlung und der körperlichen Schönheit schreiben Frauen eine wesentlich größere Bedeutung für die Männer zu als diese selbst.“ (a.a.O., 28) Da Mädchen und Frauen häufig Misstrauen in die eigene physische Attraktivität haben, beurteilen sie ihren Körper entsprechend negativ; der Frauenkörper scheint grundsätzlich ungenügend zu sein (Boeger 2001; Amnicht-Quinn 2003).

Körperbild und Schönheitsideal sind somit für Frauen mit einem enormen *Leistungsdruck* verbunden. Bereits früh erfahren Mädchen, „dass eine hübsche Frisur, ein schönes Kleidchen ihnen wohlwollende Aufmerksamkeit sichert“ – sie „sollen gefallen, und zwar mit und durch ihren Körper“ (Wilsner/ Preiß 2001, 69). Vielfach halten sich Mädchen und Frauen daher nur bei „richtigen“ Körpermaßen für liebenswert. Entsprechend investieren sie in ihre körperliche Erscheinung und sind bestrebt, ihr Aussehen unter dem Druck ständiger Selbstkontrolle zu verändern. Der imaginierte, verinnerlichte „männliche Blick“ ist dabei wesentlich strenger, als die realen Urteile und Wünsche von Männern.

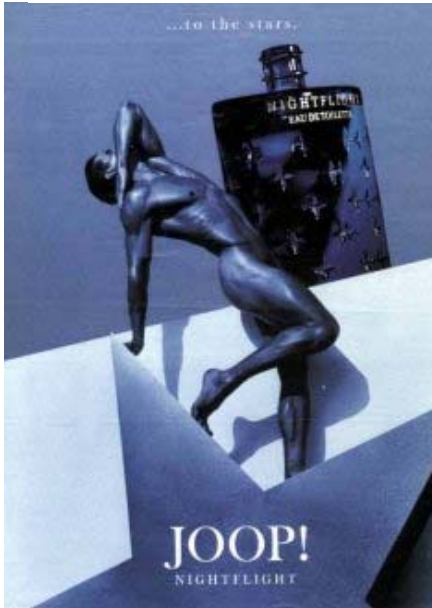
Im Gegenzug ist Mädchen und Frauen das Äußere an Jungen und Männern entschieden weniger wichtig – obwohl sie Anfragen und Forderungen an ihr eigenes Äußeres akzeptieren. Umfragen zufolge rangiert unter den Attraktivitätskriterien bei Frauen noch vor Geld, Charme, Eloquenz und Schönheit des Mannes dessen „Macht“: Mehr als die Hälfte der Frauen erachtet das „gute Aussehen“ eines Mannes als „nicht so wichtig“ (Döge/ Volz 2002, 42). Etwa vier Fünftel der befragten Frauen dagegen betrachten „Macht“ als ausschlaggebenden Faktor für das Verlieben und finden Gefallen am männlichen Beschützer (a.a.O., 43). Dies mag eine Erklärung dafür sein, dass Jungen und Männer häufig zufriedener als Frauen und Mädchen

5 Eine Untersuchung von Bekanntschafts- und Heiratsanzeigen bestätigt diesen Befund (Kraemer 1998).

mit ihrer äußeren Erscheinung sind und davon ausgehen, bestehenden externen Erwartungen durchaus zu entsprechen. Lässt man Männer „ihr tatsächliches eigenes Aussehen, das gewünschte Aussehen und (...) die vom Gegengeschlecht am meisten präferierte Figur einschätzen, dann überschneiden sich (...) alle drei“ im positiven Sinne (Boeger 2001, 51).

Interessant ist hier auch der Blick auf den männlichen Körperkult, wie er beispielsweise in der Werbung mit dem nackten Männerkörper praktiziert wird: „Dieser Männerkörper wird mit vorzugsweise fotografischen (...) Mitteln re-mythisiert, es ist kein eiserner mehr, sondern ein ‚Lichtpanzer‘, der seinen Körper überzieht (...).

Abb. 5: Körperinszenierung



Unerreichbar und unerreicht, einzigartig und einsam (...). Das Gegenüber ist (...) keineswegs Partnerin oder Partner“ (Amnicht-Quinn 1999, 71). Scheint mit der öffentlichen Darstellung des nackten Männerkörpers auf den ersten Blick eine Angleichung an die Sexualisierung des weiblichen Körpers zu erfolgen, so zeigt sich auf den zweiten Blick, dass längst nicht Gleichheit angestrebt oder erreicht wird (Abb. 5). Während die immer noch allgegenwärtige Darstellung des leicht oder nicht

bekleideten Frauenkörpers zur Enttabuisierung der Sexualität beiträgt und die gewählten Arrangements männliche Vorstellungen repräsentieren, ist der dargestellte Männerkörper nicht Objekt der Begierde, sondern verweist auf sich selbst (a.a.O., 71f).

Sexualität als Entwicklungsaufgabe

Zentrale Entwicklungsaufgabe junger Menschen ist die Entwicklung einer weiblichen bzw. männlichen Geschlechtsidentität, wobei die kulturelle Ausformung der Vorstellungen von einer erwachsenen weiblichen bzw. männlichen sexuellen Identität eine wichtige Rolle spielt. Darüber hinaus gilt es den Blick dafür zu schärfen, wie Mädchen und Jungen unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen ihre sexuelle Entwicklung gestalten. Unter gen-

dertheoretischer Perspektive ist überdies die Beteiligung beider Geschlechter an den Genderkonstruktionen in den Mittelpunkt zu stellen, ihr aktives und kreatives Handeln zur Herstellung von Weiblichkeit und Männlichkeit. Eine der wichtigen Praktiken zu deren Herstellung besteht darin, eine bestimmte Beziehung Frau-Mann zu inszenieren. Dazu bedienen sich Mädchen und junge Frauen – ebenso, wenn auch anders als Jungen und junge Männer – sowohl traditioneller Verhaltensmuster als auch neuer Handlungsoptionen, die biographisch ständig neu gemixt werden (müssen). Dies bedeutet einerseits neue Freiheiten, andererseits birgt es neues Konfliktpotential, verbunden mit Unsicherheiten und Ängsten.

Zunächst ist Sexualität, so wie sie über die oben skizzierten Körperbilder vermittelt wird, gesellschaftlich geformt und damit patriarchal geprägt: Weibliche Sexualität orientiert sich in weiten Teilen an männlichen Bedürfnissen und Standards. Konkret heißt dies, dass Mädchen und Frauen Sexualität in einem nicht geringen Maß gewaltförmig erleben. Gerade im Bereich der Sexualität erfahren sie ein Machtgefälle, in dem sie als „eroberte“ oder vergewaltigte Opfer den sexuellen (verbalen und körperlichen) Übergriffen durch Jungen und Männer weitgehend wehrlos ausgeliefert sind. Indem sie ihren Körper eher aus männlicher Perspektive betrachten und sich selbst – um begehrt zu sein und geliebt zu werden – den gängigen Schönheitsidealen unterwerfen, fügen sie sich überdies selbst Gewalt zu.

Männliche Sexualität ist entsprechend von „Männlichkeitsansprüchen“ überfrachtet. Vermittelt wird das Bild einer aktiven, zielgerichteten und objekt-orientierten Sexualität. Jungen und Männer sollen Initiative ergreifen, es „machen“. Bei Befragungen teilen sie ein nahezu uneingeschränktes eigeninitiatives Engagement mit (Schmidt et al. 1993) – allerdings ohne aufzudecken, ob sie damit Wunschdenken oder konkrete Erfahrungen benennen. Werden diese überkommenen Strukturen und Anforderungen durch die Suche nach dem „neuen“ Mann in Frage gestellt, gesellen sich Hilflosigkeit und Angst zum Anspruch, den Vorstellungen eines „richtigen“ Mannes zu genügen.

Angesichts der postmodernen Zumutung, ständig flexibel sexuelle Identitäten zu bauen, die in sich stabil und doch beweglich sein müssen, ist jedoch auch eine aktiv und individuell gestaltete Sexualität notwendig. Aus sexualpädagogischer Perspektive betrachtet kann es demnach nicht um den Erwerb einer sexuellen Identität im Sinne einer mechanistischen Übernahme von Geschlechtsrollenbildern gehen; vielmehr geht es darum, das eigene Selbst zu erkennen und die eigene Position zu klären. Ziel ist der eigenständige Entwurf einer sexuellen Identität in permanenter Auseinandersetzung mit sich selbst, mit Gleichaltrigen und mit Erwachsenen. In dieser Auseinandersetzung sind Mädchen und Frauen im Nachteil. Mit dem Eintritt in die Pubertät wird die bis dahin noch offene Identität von Mädchen auch heute noch auf das klassische Weiblichkeitsbild der sexuell attraktiven, aber passi-

ven und zurückhaltenden Frau eingeengt (Helfferrich 1994).⁶ Hergestellt wird diese Beschränkung durch die Sexualisierung des Körpers, des Geschlechterverhältnisses und der persönlichen Wertschätzung. Dies führt zur Bestätigung der klassisch-männlichen Identität, die in Abgrenzung zur untergeordneten Weiblichkeit konstituiert wird. Dennoch – gestützt durch Initiativen sexualpädagogischer Mädchenarbeit – zeigen Mädchen und junge Frauen zunehmend Eigeninitiative und sind immer weniger gewillt, sich auf die Spielregeln von Jungen und Männern einzulassen. Zumeist liegen konkrete Erfahrungen zugrunde: Mädchen fühlen sich bedrängt, schätzen das Verhütungsverhalten der Jungen negativ ein oder haben massive Gewalterfahrungen gemacht. Allerdings: Trotz dieser Erfahrungen sind viele der Mädchen und jungen Frauen überzeugt, dass diese Probleme mit dem „Richtigen“ lösbar sind und träumen vom „Märchenprinzen“, der ihren Vorstellungen entspricht und sie erwidert (Schwarz 2001, 31f). „Sie reagierten dabei nicht offensiv, indem sie z.B. (...) ihre Vorstellungen behaupteten, sondern defensiv und bekräftigten so indirekt die traditionellen Männlichkeits- und Weiblichkeitsbilder, indem sie diese nur im privaten Raum in Frage stellten.“ (a.a.O., 32)

Es liegt nahe, hier eine Verbindung zur ambivalenten Botschaft der gesellschaftlich vermittelten Körperbilder von Frau und Mann zu sehen, die in aller Veränderung und Angleichung aneinander im Traditionellen verharren. Diese Bilder wecken bei Mädchen und Frauen den Wunsch, „ganz befreit und doch femininsexy“ (Düring 1996) zu sein. Somit wachsen Mädchen in eine Realität hinein, die ihnen eine Strategie abverlangt, mit deren Hilfe diese Gratwanderung relativ schadlos bewältigt werden kann. Zur näheren Beschreibung dieser Strategie kann der These von Anne Schwarz (2001, 35) gefolgt werden: „Mädchen leben zunehmend in mindestens zwei, wenn nicht noch mehr sexuellen Erfahrungswelten, die sie kompetent handhaben und balancieren.“ Es ist dies zum einen die Welt der „normalen Realität“, zum anderen die Welt des „schönen Scheins“, in der Mädchen in „eine phantastische andere Identität“ schlüpfen, initiiert durch Filme und Printmedien, sowie die Welt der „geschlechtsungebundenen sexuellen Kicks“, in der sie sich selbst und ihren Körper inszenieren (a.a.O., 35f). Schwarz geht davon aus, dass die Mädchen und jungen Frauen von heute „durch ihre Identitätsarbeit und ihr Bemühen um ein gleichberechtigtes Miteinander“ dazu beitragen, „ihre geschlechtshierarchischen Lebensbedingungen zu verändern“ (a.a.O., 37). Es stellt sich jedoch die Frage, ob über das Neue des „pragmatischen Umgangs“ mit Realität, Schein und Phantasie hinaus (a.a.O., 36) durch diese Strategie grundsätzliche Veränderungen der zweigeschlechtlichen Ordnung herbeigeführt werden.

6 Auf diesem Hintergrund ist wohl auch der Wunsch von Mädchen zu verstehen, möglichst lange einen knabenhaften Körper zu behalten.

Ein durchgreifender Wandel der Geschlechterverhältnisse ist m.E. erst dann zu erreichen, wenn auch Jungen und Männer entsprechende Veränderungen initiieren. Bisher ist jedoch m.W. sexualpädagogische Jungenarbeit noch wenig etabliert und ein weitgehendes Fehlen entsprechender Konzepte zu beklagen, die männliche Jugendliche fordern und fördern.

3 Ende der Leibfeindlichkeit?

Landläufig wird davon ausgegangen, dass die postmoderne Gesellschaft die traditionelle (christlich motivierte) Leibfeindlichkeit überwunden hat. Argumentiert wird mit Hinweisen auf freizügigen Umgang mit dem Körper, gewachsenes Körperbewusstsein oder befreite und aufgeklärte Sexualität. Leibfeindlichkeit ist durch neue Körperlichkeit abgelöst worden, so wird betont. Der Körper scheint im Mittelpunkt des Lebens zu stehen: Es gilt – und dies nicht mehr nur unter Frauen –, auf ihn zu hören und seine Signale zu beachten, ihn zu stylen und sich über ihn zu inszenieren. Dazu gehört auch, gewisse Körper-Standards zu erfüllen und zu halten.

Gerade unter diesem letzten Aspekt ist der so genannte Körperkult kritisch zu beleuchten. Unterscheidet sich die intensive Beschäftigung mit dem Körper heute tatsächlich von jenen Praktiken der asketischen Disziplinierung in der christlichen Tradition? Liegen nicht vielmehr sowohl heutigem Umgang mit dem Körper als auch der christlich motivierten Leibfeindlichkeit gleichermaßen religiöse Denkmuster zugrunde? Exemplarisch kann dies am Beispiel des Fastens aufgezeigt werden.

Fasten findet sich in allen religiösen Traditionen. Eine erste Blütezeit des Fastens und der Askese ist im 3. Jh. zu verzeichnen, als sich Eremiten in die Wüste zurückzogen, um dort streng asketisch zu leben. Eine zweite Blütezeit für extremes Fasten beginnt im späten Mittelalter; hier kommen zunehmend Frauen ins Spiel, die sich als „Fastenheilige“ etablieren (Habermas 1990). Diese Frauen genießen beim Volk große Popularität; sie werden verehrt, respektiert und bewundert. Insbesondere die Legendenbildung zeigt, dass das Fasten eine hochgeachtete Lebensform war – und damit vor allem für Frauen eine Möglichkeit, sich Ansehen zu verschaffen. Die Legenden etwa der Hl. Margarete von Ungarn (1245-1271) oder der Hl. Caterina von Siena (ca. 1347-1380) stellen einen Zusammenhang zwischen der Nahrungsverweigerung und dem Wunsch, aus der weiblichen Normalbiographie auszubrechen dar (Habermas 1990, 39). Solche „Fastenmädchen“ finden sich vereinzelt bis in die Gegenwart: Als religiöse Fasterin des 20. Jh. etwa wird Simone Weil genannt, die 1943 an Auszehrung starb und deren zentrale spirituelle Metaphern „Hunger“ und „Nahrung“ waren (Weil 1990). So betrachtet wird deutlich, dass zwar einerseits eine religiöse Motivation für diese Lebensart gege-

ben ist – sie bezieht sich auf die Nachfolge Christi und die Identifikation mit dem Leiden Christi (Vandereycken 1992, 53ff), dass aber andererseits auch „profane“ Motive zum Fasten führen. Unter beiden Perspektiven ist es letztlich Ziel des Fastens, sich des (hinderlichen) Körpers zu entledigen⁷. Und es muss festgehalten werden: Die Lebensform der Askese wird als vorbildliche Lebensform erachtet. Entsprechend gilt auch der asketische Körper als erstrebenswert und kann – nicht immer nur religiös motiviert – zum Schönheitsideal werden (Vandereycken 1992, 262ff).

Heutzutage spielt das Fasten als religiöse Übung keine Rolle mehr, wohl aber wird aus anderen Gründen, häufig auch in strenger Weise gefastet, z.B. im Bemühen um eine möglichst gesunde Ernährung, beim Heilfasten, durch das der Körper „entgiftet“, „entschlackt“ oder gereinigt werden kann, oder eben mit dem Ziel abzunehmen. Hier findet sich denn auch eine interessante Parallele: Die durchaus bedenkenswerte Übung der Askese – verstanden als bewusster Umgang mit Körper, Geist und Seele – steht ebenso in Gefahr, zur Leibfeindlichkeit und Leibverachtung zu mutieren wie heutiges Diäten und Fasten, das unter dem „Lifestyle“-Motto „Du darfst nie etwas essen, ohne Dich dabei schuldig zu fühlen“ steht.

Genauso sind heutige Strategien des Umgangs mit dem Körper als „leibfeindlich“ zu bezeichnen, die ihn und damit die Person nicht in seinem bzw. ihrem So-Sein akzeptieren, beginnend mit ständiger Unzufriedenheit und dem Bewusstsein, „ungenügend“ zu sein, bis hin zu allen exzessiven Formen des Fitness-Trainings und Sports oder nicht indizierten medizinischen Eingriffen, die der Realisierung eines von außen vorgegebenen Körperideals dienen.

Es ist also kein Ende der Leibfeindlichkeit abzusehen. Ihr Hintergrund ist zwar nicht mehr (explizit) religiöser, sondern (sub-) kultureller Art, sie dient aber weiterhin der Anpassung an bzw. der Unterwerfung unter Normen und Normierungen.

(Religions-) Pädagogische Aspekte

(Religions-) Pädagogisch Handelnde werden sich – so jedenfalls die Erfahrungen der Verfasserin – sowohl mit den Auswirkungen der selbst noch in der jüngeren Theologiegeschichte vorhandenen und nahezu sprichwörtlichen Körperfeindlichkeit christlicher Traditionen auf die eigene Biographie auseinandersetzen als auch die aktuellen Tendenzen des Umgangs mit dem Körper kritisch beleuchten müssen. Die Abwertung des Körperlichen bis hin zur Vorstellung, dass der „eigentliche“, geistige Mensch in einem Fremd-Körper

7 Die psychologische Diskussion bejaht zunehmend eine Kontinuität zwischen Anorexie und Askese; die pädagogische Diskussion betont, dass eine vergleichbare Problematik in der Körperwahrnehmung besteht (Jacobs 1999).

lebt, ist jeweils kulturell bedingt, ob es sich nun um den platonisch-neuplatonischen Dualismus oder um die postmoderne Körperfeindlichkeit und -verachtung handelt, die ausgehend von der Vorstellung der Machbarkeit den Körper nach eigenen Kriterien zu gestalten sucht: In jedem Ansatz wird der Körper als „Einschränkung, Behinderung“ erfahren, ist er das, „wodurch ich mit mir nicht eins, sondern uneins“, „mit mir selbst nicht identisch, gegen mich aufgebracht bin“ (Herzog 1986, 272).

Heutige Jugendliche werden zwar kaum noch mit „verletzten“ Biographien im Sinne einer restriktiven, körperfeindlichen Erziehung behaftet sein. Sie betrachten ihren Körper als Ort des Experimentierens, an dem sie sich selbst suchen und finden können. Kleidung, Schmuck, Accessoires, Bewegung und Sport dienen der Inszenierung des eigenen Ichs – für sich selbst und für andere. Ob Girlie oder Vamp, Bubi oder Macho, geschlechtsspezifisch oder geschlechtsübergreifend: Alles ist drin im unbefangenen, spielerischen Erproben möglicher Rollen und ihrer Wirkungen. Bewusster und kreativer Umgang mit dem Körper kann somit der Identitätsfindung dienen.

Trotzdem erleben viele Heranwachsende – sofern sie nicht den gängigen Körperbildern entsprechen – ihren Körper als Hindernis, auf jeden Fall als Herausforderung, wenn sie nach ihrer Identität suchen. Ihnen bleibt u.U. der spielerische Umgang mit ihrem körperhaften Selbst vorenthalten. Ihr Umgang mit dem Körper wird eher durch ständiges Bemühen gekennzeichnet sein, den Körper – sich – entsprechend verändern zu müssen, um anerkannt und angenommen zu werden bzw. sich selbst annehmen zu können.

Setzt sich (religions-) pädagogisches Handeln zum Ziel, Mädchen und Frauen, Jungen und Männer so zu begleiten, dass sie „sich selbst als einzigartig und unverwechselbar, nicht austauschbar erfahren“ (Mette 2002, 34) können, also mit sich selbst identisch werden und „heil“ sind, dann lässt sich dies nicht ohne Beachtung des Körpers realisieren. Achtsamkeit gegenüber dem Körper schließt gleichermaßen das Bewusstsein der äußerst ambivalenten Körpergeschichte wie die Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit der sozialen Konstruktion des kulturellen Körpers sowie dem daraus erwachsenden Umgang mit dem eigenen Körper ein.

Religionspädagogisches Handeln beinhaltet demnach sowohl das Bewusstmachen der Kehrseite heutigen Körperkults, der Körperverachtung, als auch das Reflektieren des Körpers als Männer- und Frauenkörper, die unterschiedlich bewertet werden und mit unterschiedlichen Anforderungen verbunden sind (Amnicht-Quinn 1999, 352f). „Körperarbeit“ erweist sich auf diesem Hintergrund als ein geeigneter Weg, einerseits die Experimentierfreude der Jugendlichen aufzugreifen und zu fördern, andererseits durch bewusste Konfrontation mit dem eigenen Körper psychische Belastungen aufzudecken (und ggf. zu bearbeiten). Der Einbezug der Körperlichkeit, Respekt vor der eigenen Körperlichkeit sowie der Körperlichkeit anderer, Wahrnehmung von Verantwortung für sich und andere können schließlich

dazu führen, dass Sexualität als „Mysterium“ erkannt (a.a.O., 349) und weder mit unerfüllbaren gesellschaftlichen Ansprüchen noch mit kirchlichen Moralvorschriften überfrachtet wird.

Aus theologischer Perspektive ist zu bedenken, dass der Tendenz zur Verdrängung und Missachtung des Körpers in der Tradition ebenso wie in der heutigen Gesellschaft die neutestamentliche Botschaft entgegensteht. Diese „zeigt sich als eine körperlich verwurzelte und körperlich erfahrbare Heilsverheißung“ (Amnicht-Quinn 1999, 135), vornehmlich im erzählten Leben und Wirken Jesu. Der Blick auf die Heilungen Jesu zeigt die Intensität der Körperlichkeit des Heils. In den heilenden Berührungen Jesu „ereignet sich ein fühlbarer und greifbarer Kontakt zwischen Personen, eine wechselseitige körperliche Bestätigung, eine Bestätigung der Körperlichkeit des Personseins. Durch diese Geste geschieht hier das Heil in Gestalt der Heilung.“ (a.a.O., 134)

Literatur

- Amnicht-Quinn, Regina (1999): Körper – Religion – Sexualität. Theologische Reflexionen zur Ethik der Geschlechter, Mainz
- Amnicht-Quinn, Regina (2002): „Eigentlich sollte ich doch jetzt wunderschön sein...“ Über die Schönheit und das ‚schöne Geschlecht‘, in: Schlangenbrut, H. 78, 5-10
- Amnicht-Quinn, Regina (2003): Körper und Sexualität, in: Leicht, Irene/ Rakel, Claudia/ Rieger-Goertz, Stefanie/ Arzt, Silvia (Hg.): Arbeitsbuch Feministische Theologie. Inhalte, Methoden und Materialien für Hochschule, Erwachsenenbildung und Gemeinde, Gütersloh, 231-237
- Becker, Sybille (1999): Unerhört weiblich leiblich? Phänomenologische Perspektiven auf Enttrivialisierung leiblicher Wahrnehmung als Methode feministischer Religionspädagogik, in: RpB 43, 193-206
- Bergler, Reinhold/ Pörzgen, Brigitte/ Harich, Katrin (1992): Frau und Werbung, Köln
- Boeger, Annette (2001): Das Körperbild im Jugendalter. Eine geschlechtsspezifische Betrachtung unter entwicklungspsychologischer und klinischer Perspektive, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.): „meine Sache“. Mädchen gehen ihren Weg. Fachtagung zur Sexualpädagogischen Mädchenarbeit, 19.-21. Juni 2000, Köln, 48-52
- Brandes, Holger (2003): Männlicher Habitus und Gesundheit, in: Blickpunkt DER MANN, H. 2, 10-13
- Braun, Joachim (2003): Jungen in der Pubertät. Wie Söhne erwachsen werden, Hamburg
- Döge, Peter/ Volz, Rainer (2002): Wollen Frauen den neuen Mann? Traditionelle Geschlechterbilder als Blockaden von Geschlechterpolitik, St. Augustin
- Douglas, Mary (1986): Ritual, Tabu und Körpersymbolik, Frankfurt a.M.
- Düring, Sonja (1996): Manchmal wär ich gern ein bisschen geiler – Sexuell befreit und doch nicht glücklich, in: Pro Familia Magazin 1996, Heft „Mädchen“

- Ecclesia Catholica (1993): Katechismus der Katholischen Kirche, München
- Flaake, Karin (2001): Körper, Sexualität und Geschlecht. Studien zur Adoleszenz junger Frauen, Gießen
- Gaugele, Elke/ Reiss, Kristina (Hg.) (2003): Jugend, Mode, Geschlecht. Die Inszenierung des Körpers in der Konsumkultur, Frankfurt a.M.
- Gebara, Ivone (1991): „Steh auf und geh“. Vom Weg lateinamerikanischer Frauen, in: Voss-Goldstein, Christel/ Goldstein, Horst (Hg.): Schwestern über Kontinente. Aufbruch der Frauen: Theologie der Befreiung in Lateinamerika und feministische Theologie hierzulande, Düsseldorf, 55-80
- Gebara, Ivone (1997): Der Körper – neuer Ausgangspunkt für die Theologie, in: FAMA, Feministisch-Theologische Zeitschrift, 4. Jg., 14-15
- Gössmann, Elisabeth (1995): Sinne, Seele, Geist. Zur makro-mikrokosmischen Anthropologie Hildegards von Bingen, in: Dies.: Hildegard von Bingen. Versuche einer Annäherung, München, 174-181
- Habermas, Tilmann (1990): Heißhunger. Historische Bedingungen der Bulimia nervosa, Frankfurt a.M.
- Helferich, Cornelia (1994): Jugend, Körper und Geschlecht, Opladen
- Herzog, Walter (1986): Der Körper als Thema der Pädagogik, in: Petzold, Hilarion (Hg.): Leiblichkeit. Philosophische, gesellschaftliche und therapeutische Perspektiven, Paderborn, 259-310
- Jugend 2000: Themenheft Lycra Juni 1999 <www.risc-int.com> (Mai 2003)
- Kraemer, Monika (1998): Partnersuche und Partnerschaft im deutsch-französischen Vergleich 1913 – 1993. Eine empirische Analyse zum Wertewandel anhand von Heirats- und Bekanntschaftsanzeigen, Münster
- Mette, Norbert (2002): Religiöse Bildung zwischen Subjekten und Strukturen, in: Bitter, Gottfried/ Englert, Rudolf/ Miller, Gabriele/ Nipkow, Karl Ernst/ Blum, Dominik (Hg.): Neues Handbuch religionspädagogischer Grundbegriffe, München, 31-35
- Milhoffer, Petra (2000): Wie sie sich fühlen, was sie wünschen. Eine empirische Studie über Mädchen und Jungen auf ihrem Weg in die Pubertät, Weinheim, München
- Moltmann-Wendel, Elisabeth (1994): Mein Körper bin ich. Neue Wege zur Leiblichkeit, Gütersloh
- Moltmann-Wendel, Elisabeth/ Amnicht-Quinn, Regina (2002): [Körper der Frau/ Leiblichkeit] In der Geschichte des Christentums, in: Gössmann, Elisabeth/ Kuhlmann, Helga/ Moltmann-Wendel, Elisabeth (Hg.): Wörterbuch der Feministischen Theologie, 2. Aufl., Gütersloh, 336-339
- Mühlen Achs, Gitta (1999): Frauenbilder – Männerbilder. Die Inszenierung der Geschlechterdifferenz in den visuellen Medien <www.learn-line.nrw.de/angebote/medienbildung/Foyer/erw-bildung/f_m_b/geschdiff.htm> (Juni 2005)
- Mühlen Achs, Gitta/ Schorb, Bernd (Hg.) (2003): Geschlecht und Medien: Reihe Medienpädagogik, Bd. 7, 2. Aufl., München
- Pope, Harrison G./ Phillips, Katharine A./ Olivardia, Roberto (2001): Der Adonis-Komplex. Schönheitswahn und Körperkult bei Männern, München
- Rechner, Horst (2001): Geschlechterrollen in der Werbung. Ausarbeitung des Vortrags vom 23. Januar 2001, <home.t-online.de/home/Horst.Rechner/rollen/geschlechterrollen.html> (Mai 2003)

- Scheepers, Rajah (2002): Schönheitsideale der „Girlie-Generation“. Eine Konfirmandinnenstunde, in: Schlangenbrut, H. 78, 11-14
- Scherf, Dagmar (Hg.) (1985): Der liebe Gott sieht alles. Erfahrungen mit religiöser Erziehung, Frankfurt a.M.
- Schmerl, Christiane (Hg.) (1992): Frauenzoo der Werbung. Aufklärung über Fabeltiere, München
- Schmidt, Gunter (Hg.) (1993): Jugendsexualität. Sozialer Wandel, Gruppenunterschiede, Konfliktfelder, Stuttgart
- Schnack, Dieter (1997): Kleine Helden in Not. Jungen auf der Suche nach Männlichkeit, Hamburg
- Schroer, Silvia/ Straubli, Thomas (1998): Die Körpersymbolik der Bibel, Darmstadt
- Schüssler Fiorenza, Elisabeth (1988): Zu ihrem Gedächtnis. Eine feministisch-theologische Rekonstruktion der christlichen Ursprünge, München, Mainz
- Schwarz, Anne (2001): Mädchen auf dem Weg zu einer selbstbestimmten Sexualität, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.): „meine Sache“. Mädchen gehen ihren Weg. Fachtagung zur Sexualpädagogischen Mädchenarbeit, 19.-21. Juni 2000, Köln, 28-37
- Strahm, Doris (1997): Vom Rand in die Mitte. Christologie aus der Sicht von Frauen in Asien, Afrika und Lateinamerika, Luzern
- Sutter Rehmann, Luzia (1994): „Und ihr werdet ohne Sorge sein...“ Gedanken zum Phänomen der Ehefreiheit im frühen Christentum, in: Sölle, Dorothee (Hg.): Für Gerechtigkeit streiten. Theologie im Alltag einer bedrohten Welt, Gütersloh, 88-95
- Vandereycken, Walter/ Deth, Ron van/ Meermann, Rolf (1992): Hungerkünstler, Fastenwunder, Magersucht. Eine Kulturgeschichte der Eßstörungen, München
- von Braun, Christina (2001): Versuch über den Schwindel. Religion, Schrift, Bild, Geschlecht, Zürich, München
- Weiderer, Monika (1993): Das Frauen- und Männerbild im Deutschen Fernsehen, Regensburg
- Weil, Simone (1990): Zeugnis für das Gute. Traktate, Briefe, Aufzeichnungen, München
- Wilser, Anja/ Preiß, Dagmar (2001): Schönheitsideale zwischen Standards und Individualitätsansprüchen, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.): „meine Sache“. Mädchen gehen ihren Weg. Fachtagung zur Sexualpädagogischen Mädchenarbeit, 19.-21. Juni 2000, Köln, 67-72
- Wimmer, Maria (1978): Die Kindheit auf dem Lande, Reinbek b. Hamburg
- Wimschneider, Anna (1984): Herbstmilch. Lebenserinnerungen einer Bäuerin, München
- Zurstiege, Guido (1998): Mannsbilder – Männlichkeit in der Werbung, Opladen, Wiesbaden

Bildnachweis

Abb. 1: He-Man Figur, eBay-Angebot <<http://cgi.ebay.de/ws/eBayISAPI.dll?ViewItem&item=6157597506>> (Mai 2003)

Abb. 2: Barbie-Figur, eBay-Angebot <<http://cgi.ebay.de/ws/eBayISAPI.dll?ViewItem&item=6157597506>> (Mai 2003)

Abb. 3: Metabo-Werbung 90er Jahre; © Agentur Leonhardt & Kern

Abb. 4: Werbekampagne der Fa. van Laack, Januar 2003, in: Wirtschaftswoche, entnommen aus: <www.mainz.de/WGAPublisher/online/html/inhaltsbereich_no_frames/mkuz-5wgdgj.de.0> (Mai 2003)

Abb. 5: Joop-Werbung 90er Jahre, aus: <www.learn-line.nrw.de/angebote/medienbildung/Foyer/erw-bildung/f_m_b/geschdiff.htm> (Mai 2003)

Martin Hörning

Von Massagesöckchen und Schamanenmedizin. Über die genderspezifische Berichterstattung von Medizinthemen in Frauenzeitschriften

Frauen sind – mehr als Männer – am Thema Gesundheit interessiert und sie nutzen unter anderem bevorzugt Zeitschriften als Informationsquelle für Gesundheitsthemen. Ob die Medizinberichterstattung in den für Frauen wichtigsten Zeitschriften spezifisch und zielgruppenorientiert ist, wurde mit Hilfe einer Detailauswertung einer umfangreichen Inhaltsanalyse ermittelt, deren Ergebnisse in diesem Beitrag vorgestellt werden.¹

1 Gesundheitsförderung – vor allem eine Frauenaufgabe

Für gesundheitsförderndes Handeln ist besonders der private Bereich von Bedeutung, darunter vor allem der familiäre Bereich (Fleischer 1997). Peter-Ernst Schnabel bezeichnet die Familie sogar als einen weißen Fleck auf der Landkarte der Gesundheitsförderung, mit dessen Entdeckung gerade erst begonnen wird (Schnabel 2001). Und innerhalb der Familie sind es vor allem die Frauen, die einen nicht unerheblichen Einfluss auf das Gesundheitsverhalten und auf die gesundheitsbezogene Einstellung ihrer Mitglieder haben (Riedmüller/ Beyer 1984, 14ff), sie sind häufig die „Gesundheitsministerin“ ihrer Familie. Pointiert findet sich diese Einstellung in der Formulierung „Die Gesundheit der Männer ist das Glück der Frauen“².

Zeitschriften haben eine große – wenn nicht gar die größte – Bedeutung als Informationsquellen zum Thema Gesundheit, die vor allem von Frauen – da besonders Frauen an dem Thema Gesundheit interessiert sind – genutzt werden (Schnabel 1994, 203). Aus diesem Grund ist die Gruppe der so genannten Frauenzeitschriften, die von Frauen besonders häufig und intensiv gelesen werden, von besonderem Interesse für Forschungsfragen.

Frauenzeitschriften sind erst vor rund 350 Jahren entstanden – vor allem Titel, die Probleme von Frauen als Mutter und Hausfrau thematisierten.³ Die

-
- 1 Das Projekt wurde vom Autor in Zusammenarbeit mit dem Institut für Publizistik an der FU Berlin durchgeführt.
 - 2 Diese Formulierung ist der Titel eines Aufsatzes von Alexa Franke (Franke 1985) und Titel eines Buches (GesundheitsAkademie 1998).
 - 3 Einen guten Überblick über historische Frauenzeitschriften unter besonderer Berücksichti-

heutigen Formen von Frauenzeitschriften haben sich erst nach 1945 herausgebildet, zeitweise erreichte diese Zeitschriftengattung einen Anteil von knapp 40 Prozent der Gesamtauflage der Publikumspresse.

Durch fortschreitende Zielgruppenorientierung und durch Spezialisierung wurden ab Mitte der 80er Jahre weitere Marktsegmente erobert. Heute gibt es eine große, inhomogene Palette von Frauenzeitschriften, die insgesamt gesehen ein wichtiges Zeitschriftensegment bilden. Eine hundertprozentige Einigkeit darüber, was unter dem Terminus Frauenzeitschrift zu verstehen ist, besteht jedoch nicht. Für diese Untersuchung wurde daher eine am Leserkreis orientierte pragmatische Definition entwickelt.

2 Inhaltsanalyse der wichtigsten bundesdeutschen Frauenzeitschriften

Als Untersuchungsmaterial wurden viel gelesene Frauenzeitschriften in Deutschland gewählt: alle Zeitschriften, die mehr als fünf Prozent der bundesdeutschen Frauen über 14 Jahre erreichen und die zu mehr als 52,8 Prozent (= Affinitätsindex 100) von Frauen gelesen werden. 23 Zeitschriften erfüllten diese Kriterien (siehe Tab. 1).

Tabelle 1: Liste der untersuchten Frauenzeitschriften

Auf einen Blick	Fernsehwoche	Meine Familie & ich
Bild der Frau	Frau im Spiegel	Neue Post
Brigitte	Freizeit Revue	Petra
Bunte	Freundin	Rtv
Burda Moden	Funk Uhr	Schöner Wohnen
Das Beste	Für Sie	Prisma
Die Aktuelle	Journal für die Frau	Tina
Essen & Trinken	Mein schöner Garten	

Als Untersuchungszeitraum wurde ein Jahr gewählt (2.-4. Quartal 1998 und 1. Quartal 1999). Da nicht alle ausgewählten Zeitschriften kontinuierlich ausgewertet werden konnten⁴, wurden je Titel sechs Ausgaben erfasst.⁵ Be-

gung feministischer Titel bieten Christa Bittermann-Wille und Helga Hofmann-Weinberger (Bittermann-Wille/ Hofmann-Weinberger 2001).

4 Nach den Ergebnissen einer Probekodierung würden sonst hochgerechnet in einem Jahr rund 25.000 Beiträge zum Thema Medizin auszuwerten sein.

5 Ähnlich wird auch bei der Funktionsanalyse des Jahreszeiten-Verlages vorgegangen, mit der versucht wird, die Bedeutung verschiedener Themen, u.a. auch Medizin, in verschiedenen Zeitschriften zu quantifizieren (o.V. 1991).

gonnen wurde mit den Ausgaben, die am 1. Juni 1998 im Handel vorrätig waren. Von jeder Ausgabe wurden alle redaktionellen Seiten und Beilagen ausgewertet – mit Ausnahme lose beiliegender Journale.

Als Untersuchungseinheit wurde jeder redaktionelle Beitrag gewertet, der sich mit dem Thema Medizin beschäftigt, der also im ersten Absatz und/oder in der Überschrift mindestens einen medizinischen Begriff enthält. Auf diese Weise wurden in der Untersuchungsgrundgesamtheit 1.078 Beiträge mit medizinischem Inhalt identifiziert und ausgewertet

Im nächsten Entwicklungsschritt wurde ein Kategoriensystem aufgestellt, das bei einer Probekodierung geprüft und verbessert wurde. Das schließlich verwendete Kategoriensystem umfasst insgesamt 179 Variablen, die Mehrzahl davon dichotome Variablen, um die Auswertung im Vergleich zur Mehrfachantwortenauswahl zu erleichtern.

Die Variablen lassen sich grob gliedern in die Dimensionen formale Gestaltung, Herkunft, medizinische Inhalte und Produkte, Naturheilverfahren, Ernährung, Prävention und Funktion.

In einem Pretest wurde die Interkoder-Reliabilität geprüft und für ausreichend gut befunden. Die Validitätstestung wurde, soweit möglich, anhand externer Daten im Anschluss an die Anwendungsphase vorgenommen.

Ergebnisse der quantitativen Analyse

Aufgrund der in der Literatur vorgefundenen Daten und eigener Erkenntnisse wurde vermutet, dass die Medizinberichterstattung in Frauenzeitschriften eher ein Schattendasein führt. Nach der Auswertung der Kategorien „formale Gestaltung“ muss dieses Bild revidiert werden. In manchen Frauenzeitschriften sind jeweils über 20 Medizinbeiträge in einer durchschnittlichen Ausgabe zu finden. Rund neun Prozent der Beiträge werden auf der Titelseite angekündigt. Und etwas mehr als die Hälfte aller Medizinbeiträge ist länger als eine Zeitschriftenseite.

Zur Hervorhebung werden häufig Abbildungen verwandt. Nur etwas mehr als ein Viertel aller Beiträge ist nicht in der einen oder anderen Form bebildert.

Tendenziell lassen sich Unterschiede in der Häufigkeit der Berichterstattung feststellen: Vor allem in Zeitschriften mit speziellem Themenzuschnitt – Mode, Garten, Essen – wird über medizinische Themen seltener berichtet als in der so genannten Yellow Press⁶. So entfallen auf *Meine Familie & Ich* 3

6 Als Yellow Press oder Regenbogenpresse werden üblicherweise die wöchentlich erscheinenden Frauenzeitschriften zusammengefasst. Diese Bezeichnung ist nicht ganz zutreffend. Ursprünglich wurden als gelbe Presse zwei New Yorker Sonntagszeitungen bezeichnet, die vom Typ her eher Sensationsblätter waren. Diese konkurrierten um 1895 um ihre LeserIn-

Prozent der Beiträge, auf *Mein schöner Garten* 1,7 Prozent, auf *Essen & Trinken* 0,6 Prozent und auf *Burda Moden* 0,9 Prozent. In *Schöner Wohnen* wurde überhaupt kein Medizinbeitrag gefunden. Umgekehrt nehmen die Vertreter der Yellow Press mit 9,2 Prozent (*Frau im Spiegel*) und 12,1 Prozent (*Neue Post*) der Beiträge die Spitzenplätze ein, die anderen Vertreter dieser Zeitschriftengruppe besetzen die Rangplätze 3, 5 und 6.

Die meisten Beiträge sind in einer von vier Darstellungsformen verfasst. Die Nachricht ist mit Abstand am häufigsten zu finden. Es folgen der Bericht, Reportage/ Feature und die Ratgeberspalten.

3 Inhalte der Berichterstattung: Frauen- oder Allerwelts-themen?

Darüber, was denn eine frauenspezifische Berichterstattung kennzeichnet, ist viel diskutiert worden. Sogar der Definitionsversuch „Frauenzeitschrift“ wurde bereits pragmatisch über eine Inhaltszuschreibung anhand von Geschlechterrollenstereotypen versucht: So hat Jacob beispielsweise als typische Männerthemen Sport, Computer, Hi-Fi, Autos und Heimwerken bezeichnet, Kochen, Mode, gesunde Ernährung und gesunde Lebensweise zählen seiner Meinung nach zu den typischen Frauenthemen (Jacob 1997, 76ff). Eine Zuordnung zu „Frauenzeitschriften“ erfolgt nach Jacob dann durch eine starke Besetzung in den jeweiligen Themenbereichen (fünf von sieben).

Deutlich spezifischer im Hinblick auf die Gesundheitsberichterstattung ist eine Betrachtungsweise, bei der inhaltliche Zusammenhänge bei Frauengesundheitsthemen, wie zum Beispiel soziale Faktoren und Gewalt gegen Frauen, und auch frauenspezifische Bedürfnisse, z.B. in Abhängigkeit vom Zugang zu Einrichtungen des Gesundheitssystems, berücksichtigt werden (siehe hierzu Redman 1999; Lorenz-Krause/ Uhländer-Masiak 2003). Auf diese Weise lassen sich wichtige Themen für die Frauengesundheit erfassen, die im vorliegenden Untersuchungsmaterial Gegenstand einer quantitativen Inhaltsanalyse waren (siehe Tab. 2).

Wenn die in der Untersuchung erfassten wichtigen Frauenzeitschriften Medizinthemen anbieten, die spezifisch auf ihren Hauptleserkreis zugeschnitten sind, dann – so die Ausgangshypothese dieser Untersuchung – würde sich dies in einer besonderen redaktionellen Berücksichtigung der in der Tabelle 2 genannten Themenfelder widerspiegeln.

nen mithilfe eines Comics, dessen Hauptfigur ein gelb gekleidetes Kind war – ein yellow kid.

Tabelle 2: Frauenspezifische Gesundheitsthemen

reproduktive Gesundheit	Hormonersatztherapien, sexuelle Funktionen, Unfruchtbarkeit
Erkrankungen, die bei Frauen häufiger als bei Männern zu finden sind	Brustkrebs, Depressionen, Essstörungen
Haupttodesursachen für Frauen	Koronare Herzerkrankungen, Lungenkrebs, AIDS
Geschlechtsbedingte Gesundheitsrisiken	Rauchen, Alkohol, Bewegungsmangel

Die medizinischen Inhalte der Berichterstattung wurden mit Hilfe einer relativ großen Gruppe von Variablen kodiert.⁷ Die Ergebnisse der Frequenzanalyse sind in Tabelle 3 wieder gegeben.

Am häufigsten waren mit 14,3 Prozent Medizin-Beiträge mit dem Thema Gesunderhaltung/Stärkung der Abwehrkraft zu finden, ohne dass auf einzelne Beschwerden oder Krankheiten Bezug genommen wurde. Von den speziellen Themen wurde am häufigsten – in jeweils rund jedem zehnten Artikel – über das Stützsystem des Körpers inklusive Bindegewebe (10,5%) und psychische Störungen (9,9%) berichtet, dicht gefolgt von den Themen Kreislauf (9,5%), Endokrinologie/ Ernährung/ Stoffwechsel (8,8%), Neubildungen (8,7%), Haut (8,2%) und Nervensystem (8%). Alle anderen Themen waren seltener als in 6,5 Prozent der Beiträge zu finden.

Der Restgruppe zugeordnet wurden Beiträge mit folgenden Inhalten: Bericht über einen Arzt, der gleichzeitig Dieb ist, sowie Berichte über die Arbeit als Arzt in Slums, Kurstädten und TV-Arztserien.

In den meisten Fällen (74,7%) wurde pro Beitrag nur ein medizinisches Thema behandelt. In 17,3 Prozent zwei, in 5,3 Prozent drei, in 1,6 Prozent vier, in 0,6 Prozent fünf, in 0,4 Prozent sechs, in 0,2 Prozent sieben und in einem Fall (das entspricht 0,1 Prozent) sogar zehn verschiedene Themen.

7 Ursprünglich sollte nach zwei verschiedenen Schemata kodiert werden: einem medizinischen Schema, das üblicherweise in den Inhaltsanalysen von Medizinbeiträgen verwendet wird: die medizinischen Fächer, modifiziert um einige weitere Variablen. Alternativ dazu sollte ein publizistisches Kodierschema entwickelt und die Eignung von beiden verglichen werden. Während bei dem medizinischen System immer wieder Trennschärfe-Probleme auftauchten, die zu ausufernden Kodieranweisungen führten, krankte das publizistische System an einer Ausweitung von Merkmalen, die nicht ohne weiteres unter übergeordnete thematische Begriffe zu ordnen waren. Daher wurde schließlich ein eigenes System entwickelt, das sich orientiert an einem bereits gut kodierten System: der internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD, 10. Revision), ergänzt um wenige weitere Themen.

Tabelle 3: Häufigkeit von Gesundheitsthemen in Frauenzeitschriften

Gesundheitsthema	Anzahl	%
allgemein Gesunderhaltung und Stärkung der Abwehrkraft	154	14,3%
Muskel-Skelett-System und Bindegewebe	113	10,5%
Psychische und Verhaltensstörungen	107	9,9%
Kreislaufsystem	102	9,5%
Endokrinologie, Ernährungskrankheiten und Stoffwechsel	95	8,8%
Neubildungen	94	8,7%
Haut	88	8,2%
Nervensystem	86	8,0%
Verdauungssystem	69	6,4%
Verletzungen, Vergiftungen u.a. Folgen äußerer Ursachen	63	5,8%
bestimmte infektiöse und parasitäre Erkrankungen	57	5,3%
Urogenitalsystem	54	5,0%
Augen	48	4,5%
Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	42	3,9%
Zähne	42	3,9%
Krankheit, undefiniert	39	3,6%
Schönheitschirurgie und med. Kosmetik	38	3,5%
Atmungssystem	35	3,2%
Ohren	24	2,2%
Gesundheitswesen und ärztliche Standespolitik	24	2,2%
Therapeuten/ Medizin-Adressen	20	1,9%
Pharmazie	21	1,9%
Rauchen	14	1,3%
Reisemedizin	13	1,2%
Blut und Blut bildende Organe	11	1,0%
angeborene Fehlbildungen und Perinatalperiode	5	0,5%
Medizin allgemein, unspezifisch	3	0,3%
Medizinische Rechtsfragen	2	0,2%
Restgruppe	14	1,3%

Ein Trend ist in der Berichterstattung noch erwähnenswert: Außergewöhnliche Therapieverfahren wurden besonders in einigen Titeln – vor allem Yellow-Press-Titeln – vorgestellt. Schamanenmedizin, Handauflegen und Geistheilung sind Beispiele für solche paramedizinischen Verfahren.

Reproduktive Gesundheit

Dieses frauenspezifische Thema wurde zum Teil mit den Kategorien „Endokrinologie, Ernährungskrankheiten und Stoffwechsel“, „Urogenitalsystem“ und „Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett“ erfasst. Die Kategorie „En-

dokrinologie, Ernährungskrankheiten und Stoffwechsel“ war mit 8,8 Prozent der Beiträge vertreten – allerdings befasste sich die überwiegende Mehrheit der Beiträge mit ernährungsmedizinischen Themen wie Diabetes mellitus. Das Urogenitalsystem war in fünf Prozent der Beiträge Inhalt der Berichterstattung – allerdings dominierten hier nicht die Frauenthemen, über Prostataprobleme wurde häufiger geschrieben. Über Schwangerschaft und Geburt wurde nur in 3,9 Prozent der Beiträge berichtet. Das Fazit: Die reproduktive Gesundheit der Frau führt in den wichtigsten Frauenzeitschriften eher ein publizistisches Schattendasein.

Krankheiten, an denen Frauen häufiger leiden

Wegen mangelnder Differenzierung der Inhaltskategorien konnten anhand der Daten keine Aussagen über die Themenhäufigkeit von Brustkrebs gemacht werden.

Depressionen und Essstörungen sind in der Kategorie „psychische und Verhaltensstörungen“ enthalten. Diese Kategorie wurde in 9,9 Prozent der Beiträge kodiert. Nachträglich wurde diese Kategorie detailliert ausgewertet: Depressionen wurden in 16 Beiträgen thematisiert, das sind 1,5 Prozent der Fälle. Die Punktprävalenz bei Frauen beträgt allerdings 10 Prozent für behandlungsbedürftige Depressionen, das Lebenszeitrisko für depressive Störungen und Dysthymie bei Frauen beträgt 20 Prozent. Angesichts der hohen Erkrankungswahrscheinlichkeit ist diese Krankheitsgruppe in der Berichterstattung deutlich unterrepräsentiert.

Gleiches gilt für die Essstörungen. Sie wurden in 5 Beiträgen von 1.078, das heißt in 5 Promille, behandelt. In der Hauptrisikogruppe (Frauen zwischen 15 und 25 Jahren) beträgt die Häufigkeit für Anorexia nervosa zirka ein Prozent, für Bulimie zwei bis vier Prozent und allgemein für Symptome einer Essstörung bis zu 20 Prozent. Allerdings ist hier zu berücksichtigen, dass die Leserinnenschaft der verschiedenen Frauenzeitschriften eine jeweils andere Altersstruktur aufweist.

Wichtige Todesursachen bei Frauen

Die mit Abstand wichtigsten Erkrankungen, an denen Frauen sterben, zählen zu den Herz-Kreislaufleiden⁸: chronisch ischämische Herzkrankheit (12,3% der gestorbenen Frauen), Herzinsuffizienz (8,6%), akuter Myokardinfarkt (6,5%) und Schlaganfall (5,7%). An diesen Leiden ist im Jahr 2003 jede

8 Sterbefälle nach den 10 häufigsten Todesursachen, ohne Totgeborene und gerichtliche Todeserklärungen, 2002; Quelle: Statistisches Bundesamt, <www.destatis.de/basis/d/gesu/gesutab20.php#An> (Sept. 2004).

zweite Frau gestorben. Dann folgen mit 3,9 und 2,4 Prozent bösartige Neuerkrankungen von Brustdrüse und Dickdarm. Auch bei den Inhalten der Berichterstattung nehmen Herz-Kreislaufleiden den Spitzenplatz ein (9,5% der Beiträge), dicht gefolgt von Neuerkrankungen insgesamt mit 8,7 Prozent. Herz-Kreislaufleiden und auch Krebserkrankungen sind also bei den Frauenzeitschriften bezüglich ihrer Bedeutung für Morbidität und Mortalität entsprechend gewichtet. Eine genaue Analyse zeigt jedoch, dass frauenspezifische Bedingungsfaktoren und psychosoziale Probleme der Erkrankungen von den AutorInnen der Artikel nur in Ausnahmefällen aufgegriffen werden.

Geschlechtsspezifische Risikofaktoren

Als für die Gesundheit von Frauen besonders gefährdend hat Barbara Redman (1999, 2) Bewegungsmangel, Alkohol- und Nikotinkonsum bezeichnet. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1999 gibt es zwar in der Bevölkerung mehr rauchende Männer als Frauen (17 Mio. vs. 8 Mio.), allerdings geht der Raucheranteil bei den Männern leicht zurück, während er bei den Frauen leicht ansteigt (Thamm/ Junge 2003). Eigene, noch nicht publizierte Untersuchungen an 1.000 Schülern und Schülerinnen der Klassen sechs bis zehn belegen darüber hinaus, dass sich bei den 14- bis 16-Jährigen die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Rauchhäufigkeit weiter nivellieren (Hörning 2004).

Überraschenderweise wird das Rauchen in Frauenzeitschriften nur in rund einem Prozent der Beiträge (1,3%) thematisiert. Über die Gründe dieser Diskrepanz kann nur spekuliert werden.

Ähnliches gilt für die Droge Alkohol. Der Pro-Kopf-Verbrauch alkoholischer Getränke betrug im Jahr 2002 für die Bundesrepublik Deutschland 151,6 Liter (Meyer/ John 2003). Es wird geschätzt, dass 2002 rund 13 Prozent aller Todesfälle bei Frauen mit riskantem Alkoholkonsum in Verbindung standen. Dies schlägt sich jedoch in der Berichterstattung nicht nieder: In nur einem Prozent aller Beiträge wird über Alkohol und Gesundheit/Krankheit berichtet.

Auch die durch Bewegungsmangel entstehenden gesundheitlichen Probleme und Störungen haben in der Frauenzeitschriftenlandschaft Seltenheitswert. So liegt ein großer blinder Fleck in der Berichterstattung in von Frauen viel und gern gelesenen Zeitschriften unglücklicherweise genau im Bereich der Risikofaktoren, die die Gesundheit vieler Frauen schädigen.

Soziale Einflüsse auf die Frauengesundheit

Gesundheitspolitische Themen führen in den Frauenzeitschriften ein Schattendasein. Nur 2,2 Prozent aller Medizinbeiträge beschäftigen sich damit

oder mit der ärztlichen Standespolitik. Und wenn soziale Aspekte von Krankheiten einmal thematisiert werden, dann meist im Sinne von Auswirkungen der Pflegebedürftigkeit und Honorarfragen. Welche genderspezifischen Faktoren die Gesundheit von Frauen im Sinne von Risiken oder protektiven Faktoren beeinflussen können, ist ein Thema, das von der Laien-Berichterstattung ausgespart bleibt, obwohl mittlerweile in der Fachpresse dazu eine Fülle von Beiträgen publiziert wurde.

4 Information über Produkte oder schon Schleichwerbung?

Bei der Auswertung wurde deutlich, dass Produkte in der medizinischen Laienpresse eine nicht zu unterschätzende Bedeutung haben. Wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist, wird in etwas mehr als einem Drittel der Beiträge mit medizinischem Inhalt ein Produkt genannt.

Tabelle 4: Produktnennungen in Frauenzeitschriften

Produkt	Anzahl	%
Präparat-Substanz	183	17,0%
Präparat-Verkaufsname	92	8,5%
Präparat-Substanzgruppe	62	5,8%
Buch/ Broschüre	62	5,8%
Heil-/ Hilfsmittel	28	2,6%
sonstiges Produkt	7	0,6%
Nahrungsmittel – konkret	1	0,1%
keine Produktnennung	680	63,1%

Am häufigsten werden mit 31,3 Prozent der Fälle Präparate genannt, wobei in dieser Gruppe mit 17 Prozent die Nennung des Substanznamens dominiert. Eine Substanzgruppe wird nur in 5,8 Prozent der Fälle genannt. Und in 8,5 Prozent der Fälle wird konkret ein Produktname genannt – was überrascht, da doch das Heilmittelwerbe-gesetz eine bloße Namensnennung verbunden mit redaktionellen Aussagen über die Wirksamkeit unterbinden soll. Zu den Heil- und Hilfsmitteln zählten Magnetarmbänder ebenso wie spezielle Massagesocken.

Die Häufigkeit von Produktnennungen variiert bei den Zeitschriftentiteln. So ist in der *Bunte* immerhin in einem knappen Viertel der Fälle (23,8%) ein Präparat *expressis verbis* genannt. Übertroffen wird dies noch von der *Fernsehwoche* (31,3%), *Funk Uhr* (40%) und *Burda Moden*⁹ (50%).

9 Dieser Titel kann aufgrund der geringen Fallzahl nur eingeschränkt bewertet werden.

Bei solch häufigen Nennungen ist zu fragen, was die Ursache dafür ist. Das Informationsbedürfnis der LeserInnen allein kann wohl nicht die Antwort sein, da andere Zeitschriften diese Aufgabe auch ohne so häufige Namensnennung zu erfüllen scheinen. So bietet sich als Erklärung ein von der Redaktion erwünschter PR-Effekt an. Entweder wird hier Reklame für Anzeigenkunden gemacht oder die AutorInnen der Beiträge heben aus anderen Gründen gezielt Produkt-PR ins Blatt.

So sind viele der Beiträge mit Präparatenamensnennung letztlich nichts anderes als redaktionell verpackte Werbung, die auf diese Weise die Vorgaben des Heilmittelwerbegesetzes unterläuft.

5 Resümee

Es wurde bereits des Öfteren postuliert (z.B. von Sonntag/ Blättner 1998), dass bei der Gesundheitsdiskussion auf die Gender-Problematik wenig Bezug genommen wird – und das, obwohl die Frauengesundheitsforschung eine zwanzigjährige Tradition hat. Zwar haben sich mittlerweile auch in Deutschland viele Politiker deutlich für die Förderung von Frauen- und auch Männergesundheit ausgesprochen und entsprechende Programme initiiert. Im Vergleich mit den USA oder anderen westeuropäischen Ländern besteht in Deutschland aber noch Nachholbedarf, zum Beispiel im Bereich geschlechtsvergleichender Projekte und bei der Verknüpfung von Frauengesundheit mit dem Diskurs über soziale Ungleichheit.

Bei der Behandlung des Themas Medizin in Frauenzeitschriften scheint die Situation aus der Genderperspektive betrachtet noch desolater zu sein. Eine – gemessen am Inhalt – frauentypische Medizinberichterstattung in den untersuchten Titeln gab es nicht, obwohl sie aus vielerlei Sicht sinnvoll gewesen wäre. Und wenn sie denn einmal vordergründig frauenmedizinisch war, dann verbarg sich dahinter nicht selten eine geschickt getarnte PR-Meldung der pharmazeutischen Industrie.

So bleibt abschließend zu konstatieren, dass die Medizinberichterstattung in Frauenzeitschriften bei den meisten Titeln zwar recht umfangreich ist. Mit dem Hang zur Produktpräsentation und der frauenunspezifischen Themenwahl kann dem Medizinjournalismus in den untersuchten Frauenzeitschriften pauschal jedoch eine nur mäßige Qualität bescheinigt werden. Die Möglichkeiten, über frauenspezifische Themen zu informieren und Wege einer genderspezifischen Förderung von Gesundheitsbedingungen aufzuzeigen, wurden bei den in der vorliegenden Inhaltsanalyse untersuchten Titeln so gut wie gar nicht genutzt. Daran hat sich bis heute wohl nichts geändert: Eine stichprobenhafte Überprüfung der Titel in 2004 hat die Ergebnisse bestätigt.

Da Frauen einen nicht unerheblichen Teil ihrer Gesundheitsinformationen aus den Printmedien beziehen, ist die Kenntnis der Ergebnisse dieser Inhaltsanalyse von Bedeutung für die Gesundheitsförderung und Prävention. Egal ob sozial benachteiligten Frauen Hinweise und Hilfen zur Lebensgestaltung gegeben werden oder bei von Medikamenten abhängigen Frauen Rehabilitationsmaßnahmen geplant werden. Es ist auch für Angehörige sozialer Berufe wichtig zu wissen und in der konkreten Arbeit zu berücksichtigen, dass – zumindest in den häufig gelesenen Printmedien, vermutlich aber auch im Fernsehen, vor allem in Privatsendern – ein unspezifisches und teilweise auch schiefes Bild von Medizin und gesundem Lebensstil vermittelt wird.

Literatur

- Bittermann-Wille Christa/ Hofmann-Weinberger Helga (2001): Historische Frauenzeitschriften, in: Frida – Verein zur Förderung und Vernetzung frauenspezifischer Informations- und Dokumentationseinrichtungen in Österreich (Hg.): Kolloquium: frauenbezogene/feministische Dokumentation und Informationsarbeit in Österreich; Lehr- und Forschungsmaterialien, Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft, H. 11, Wien, 355-384.
- Fleischer, Katja (1997): Gesundheitsförderung – eine Rückführung der sozialpädagogischen Familienhilfe zu ihren historischen Vorläufern, in: Homfeldt, Hans Günther/ Hünersdorf, Beate (Hg.): Soziale Arbeit und Gesundheit, Neuwied, 251-268.
- Franke, Alexa (1985): Die Gesundheit der Männer ist das Glück der Frauen, in: Franke, Alexa/ Jost, Ingrid (Hg.): Das Gleiche ist nicht dasselbe – Zur subkutanen Diskriminierung von Frauen, Tübingen
- GesundheitsAkademie/ Landesinstitut für Schule und Weiterbildung NRW (Hg.) 1998: Die Gesundheit der Männer ist das Glück der Frauen?, Frankfurt a.M.
- Hörning, Martin (2004): Studie zu Substanzmissbrauch, Abhängigkeit und Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen in Hövelhof, unveröffentlicht
- Jacob, Elke (1997): Eine attraktive Mischung, in: media & marketing, H. 10, 76-79
- Lorenz-Krause, Regina/ Uhländer-Masiak, Elisabeth (Hg.) (2003): Frauengesundheit – Perspektiven für Pflege- und Gesundheitswissenschaften, Bern
- Meyer, Christian / John, Ulrich (2003): Alkohol – Zahlen und Fakten zum Konsum, in: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (Hg.): Jahrbuch Sucht 2004, Geesthacht, 19-36
- O.V. (1991): Funktionsanalyse '91 – Die Inhaltsanalyse von Zeitschriften, Hamburg
- Redman, Barbara (1999): Women's Health Needs in Patient Education, New York
- Riedmüller, Barbara/ Beyer, Johanna (1984): Bericht: Internationaler Workshop „Familienstrukturen und Gesundheit“ vom 26.-29. Juni 1984 in Winterscheid, München, September 1984, BzGA Archiv 2.3.3 d, unveröffentlicht, 14-16
- Schnabel, Paul (1994): Public Health and Media, in: Communications, 19. Jg., H. 2/3, 199-207

- Schnabel, Peter-Ernst (2001): Familie und Gesundheit – Bedingungen, Möglichkeiten und Konzepte der Gesundheitsförderung, Weinheim
- Sonntag, Ute/ Blättner, Beate (1998): Gesundheitshandeln von Frauen und Männern – Eine Literaturrecherche, in: Gesundheitsakademie/ Landesinstitut für Schule und Weiterbildung NRW (Hg.): Die Gesundheit der Männer ist das Glück der Frauen?, Frankfurt a.M., 149-238
- Thamm, Michael/ Junge, Burckhard (2003): Tabak – Zahlen und Fakten zum Konsum, in: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (Hg.): Jahrbuch Sucht 2004, Geesthacht, 37-63

Weibliche Führungskräfte im Berufsfeld Soziale Arbeit. Ein Beitrag zur Machtfrage

Soziale Dienstleistungen haben sich längst als „Motor im Getriebe des Arbeitsmarktes“ (Rauschenbach 1999) erwiesen. Seit Ende der 70er Jahre verzeichnen sie zusammen mit den Gesundheitsberufen die größten Zuwachsraten an Erwerbstätigen. So ist heute rund jede achte erwerbstätige Person im Teilarbeitsmarkt der personenbezogenen sozialen Dienstleistungsberufe tätig. Dieser enorme Bedeutungszuwachs der Sozial- und Gesundheitsberufe wird in der Öffentlichkeit und der Politik nur selten wahrgenommen.¹ Die Wachstumsbranche dieses „Dienstes am Menschen“ ist nicht ohne die Entwicklung der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen zu begreifen: Mit 75% liegt der Frauenanteil in Einrichtungen des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens deutlich höher als im gesamten tertiären Bereich (55%; Statistisches Bundesamt 2004).

Die sehr spezifischen „Betriebskulturen“ in sozialen Einrichtungen sind bisher noch wenig wissenschaftlich untersucht, obwohl sich hier interessante Fragestellungen anbieten. Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht die Tatsache, dass in diesen für Frauen so typischen Arbeitsfeldern genauso typischerweise Männer die Leitungspositionen bekleiden. Etwas salopp formuliert teamen die Frauen, während die Männer die Marschrichtung vorgeben (Eisenhart-Rothe 1990).

1 Soziale Dienstleistungen unter der Genderperspektive

Es drängt sich die Frage auf, warum das so ist. Warum sind auch im 21. Jahrhundert mit einer nunmehr etwa 100-jährigen Geschichte der Profession Soziale Arbeit sowie nach jahrzehntelangen Debatten und der fortgeschrittenen Sensibilisierung für Geschlechtergerechtigkeit in demokratischen Gesellschaften in einem originär „weiblichen“ Berufsfeld Frauen nicht ganz selbstverständlich auch in allen Funktions- und Entscheidungspositionen vertreten? Zwar ist die Frage nach „weiblichen Führungskräften“ ausführlich thematisiert, aber bezeichnenderweise waren Denkmuster und Untersuchungs-

1 Für das Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen wurde im Jahr 2001 eine Studie zum Beschäftigungszuwachs in den letzten Jahren und zu den Arbeitsmarktpotentialen vorgelegt (Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW 2001).

designs in der Regel geprägt durch „Frau in der Männer(Arbeits-) Welt“. Bisher liegen lediglich zwei Studien vor, die sich explizit mit weiblichen Führungskräften im Sozialbereich auseinandersetzen (Schünemann 2001; Erhardt 1998) und eine weitere, die Einstellungsmuster zur beruflichen Karriere von Sozialarbeiterinnen im öffentlichen Dienst untersucht (Meinhold 1993). Wenn man den Kontext der Debatte von ‚sozialen Einrichtungen‘ auf ‚soziale Organisationen‘ erweitert, rücken auch die Wohlfahrtsverbände bzw. allgemein die sozialen Non-Profit-Organisationen (NPO) in den Blickpunkt, sowohl bezüglich ihrer eigenen Organisationsstruktur und dem Frauenanteil in Führungspositionen als auch in ihrer Rolle als große Arbeitgeber im Bereich sozialer Dienstleistungen. Schon vor zehn Jahren konstatierte Reinbold (1994), dass die Modernisierungsdebatte in den Verbänden weitgehend unter Ausschluss von Genderaspekten geführt werde. Bis heute liegen keine repräsentativen Studien vor (Lange 2003).

Die folgenden Ausführungen stellen Ergebnisse aus zwei kleineren Untersuchungen vor, die im Rahmen des Forschungsschwerpunkts an der KFH NW im Herbst/ Winter 2003/04 durchgeführt wurden (Ernst 2004; Silva Antunes Alves 2004). Beide Untersuchungen sind als Pilotstudien zu verstehen, deren Ergebnisse zur Vorbereitung einer größeren, systematischen Studie über weibliche Führungskräfte im sozialen Bereich dienen. Die Vorstudien haben zwei Fragestellungen verfolgt: Erstens wurde überprüft, inwieweit die Berufsfelder Sozialer Arbeit bezüglich ihrer Beschäftigungs- und Organisationsstrukturen überhaupt genderspezifisch dargestellt und dokumentiert sind. Liegen entsprechende Arbeitsmarktstatistiken vor? Halten Berufs- und Dachverbände als politische Interessengruppen und Wohlfahrtsverbände als relevante Arbeitgeber entsprechend differenzierte Daten vor? Wir haben verfügbare öffentliche Statistiken ausgewertet und eine Umfrage bei Verbänden durchgeführt. Die Ergebnisse lassen erste Rückschlüsse im Hinblick auf den Sensibilisierungsgrad für die Genderthematik in den professionellen Strukturen der Sozialen Arbeit zu (Kap. 2).

Die historisch begründete Koppelung von weiblicher Geschlechtsrolle an die Berufsrolle Soziale Arbeit – durch die (Über-) Betonung von fürsorgenden Elementen – setzt sich in einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung innerhalb des Berufsfeldes fort, und zwar horizontal wie vertikal. Der Umstand, dass weibliche Beschäftigte hier mit etwa 75% die Majorität, in Führungspositionen aber eine deutliche Minderheit darstellen, warf zweitens die Frage nach möglichen Begründungszusammenhängen auf. Aus der Literatur zu Führungsfragen sind dazu bisher keine ausreichenden Befunde ableitbar. Hingegen ergeben sich einige wichtige Hinweise zum Thema aus der theoretischen Auseinandersetzung mit Aspekten von Macht im Allgemeinen und dem Umgang mit Macht im sozialen Kontext im Besonderen. Vor diesem Hintergrund haben wir qualitative Interviews mit fünf weiblichen Führungskräften in sozialen Einrichtungen über ihre Wege in die Führungspositionen

geführt. Ihre Erfahrungen mit äußeren und inneren Barrieren und ihre Haltungen zur Machtfrage können exemplarisch den Kontext für ein „dennoch“ erschließen (Kap. 3).

Beide Untersuchungen wollen auf unterschiedliche Weise einen Beitrag zur Analyse von Genderprozessen in den professionellen Strukturen der Sozialen Arbeit leisten, d.h. zur Offenlegung von Machtverhältnissen in der Profession sowie von Routinen und Diskriminierungsmustern in sozialen Einrichtungen. Für beide Untersuchungen war Ziel leitend, Ansatzpunkte zu identifizieren, die aktiv gestaltbar sind, sei es in Ausbildung, persönlicher Karriereplanung oder politischer Lobbyarbeit. Sie sind in Kapitel 4 zusammengefasst. Die Ergebnisse verstehen sich als Beitrag zum übergeordneten Ziel des Forschungsschwerpunkts, über (Un-) Möglichkeiten für mehr Geschlechterdemokratie in sozialen Organisationen (Gender Mainstreaming) aufzuklären und ein methodisch-strategisches Handwerkszeug für eine wissenschaftlich fundierte und reflektierte Praxis in sozialen Ungleichheitsstrukturen zu vermitteln.

2 Das Berufsfeld Soziale Arbeit

Um das Spezifische der Situation von weiblichen Führungskräften im Sozialen Bereich zu erfassen, bietet sich zunächst eine Analyse des Berufsfelds Soziale Arbeit an. Dabei rücken nachfolgend drei Aspekte in den Fokus der Diskussion. Es handelt sich erstens um das „historische Erbe“ der Profession Soziale Arbeit, dessen Auswirkungen bis in die Gegenwart spürbar sind und das Ansehen des Berufes wesentlich prägen. Zweitens gilt es, das inhaltliche und das organisationale Tätigkeitsspektrum zu skizzieren und in seiner Bedeutung für die Berufsausübung zu reflektieren. Und drittens interessiert uns, inwieweit Dokumentationen und Statistiken existieren, die das Berufsfeld Soziale Arbeit auch in seiner Genderspezifik ausweisen, und zwar in horizontaler wie in vertikaler Hinsicht. Zu dem Zweck wurde in Ergänzung vorhandenen Materials eine Umfrage bei Spitzenverbänden, Berufsverbänden und bundesweiten Dachverbänden durchgeführt, die einerseits konkretes Material beschaffen, vor allem aber Aufschluss über den Umgang mit der Genderthematik bei „professionellen VertreterInnen“ geben sollte.

Das historische Erbe

Im Zuge der Industrialisierung war die Gesellschaft um die Jahrhundertwende vom 18. zum 19. Jahrhundert einem tief greifenden sozialen Wandel unterworfen. Die nachhaltige Trennung von Produktions- und Reproduktions-

bereich etablierte eine weit reichende geschlechtliche Arbeitsteilung, mit der die „Polarisierung der Geschlechtscharaktere“ verbunden war (Hausen 1977). Vor diesem Hintergrund entwickelte sich seit Ende des 19. Jahrhunderts das Berufsfeld „Soziale Arbeit“ als Frauenberuf. Die bürgerliche Frauenbewegung um Helene Lange und Gertrud Bäumer machte „die Mütterlichkeit“ zu ihrem zentralen Begriff, worunter sie alle „spezifischen weiblichen Kräfte“, die erzieherischen, hegenden und pflegenden Potenzen sowie die Fähigkeit zu gefühlvoller Emotionalität und Wärme, subsumierte. Der Begriff „Mütterlichkeit“ wurde von der tatsächlichen, leiblichen Mutterschaft losgelöst und als geschlechtsspezifischer Wesenszug allen Frauen zugeschrieben. Dieses Konzept der „geistigen Mütterlichkeit“, maßgeblich von Henriette Schrader-Breyman² geprägt, legitimierte die Soziale Arbeit zunächst als exklusiven Frauenberuf (Zeller 1994) und schuf vor allem bürgerlichen Frauen eine Möglichkeit, sich außerhalb des engen familiären Bereichs auf eine gesellschaftlich akzeptierte Weise zu betätigen³:

„Der Begriff „geistige Mütterlichkeit“ kann also vor allem im Rückblick als Strategie interpretiert werden, die Anpassung an Rollenzuschreibungen mit gleichzeitigem Widerstand dagegen verbindet.“ (Fröschl 2001, 287)

Damit die soziale Betätigung nicht nur willkürlich und individuell-intuitiv geschah, organisierten engagierte Frauen schon bald ein systematisches Nebeneinander von praktischer und theoretischer Unterweisung. Bereits 1908 entstand in Berlin eine erste zweijährige überkonfessionelle „Soziale Frauenschule“. Dort unterrichteten neben der promovierten Nationalökonomin Alice Salomon als Leiterin u.a. die Volkswirtinnen Elli Heuss-Knapp und Gertrud Bäumer, die Juristin Frieda Dünsing, die Staatsrechtlerin und Oberlehrerin Margarete Treuge sowie die Praktikerinnen Anna und Hildegard von Gierke (Fesel et al. 1992). In rascher Folge gründeten sich in den nächsten Jahren in anderen Städten weitere Soziale Frauenschulen.⁴ Am Anfang standen also Frauen als Initiatorinnen, als Ausbilderinnen, als Visionärinnen, als Führungskräfte wie als praktisches Vorbild, die den Professionalisierungsprozess der Sozialen Arbeit konzeptionell, theoretisch und praktisch in Wort und Tat gestalteten.

Etwa parallel zur beruflichen Institutionalisierung der Sozialen Arbeit entwickelte sich in der Armenfürsorge das „Straßburger System“⁵. Darin

- 2 1874 gründete sie das Pestalozzi-Fröbel-Haus in Berlin, eine Ausbildungsstätte für Kindergärtnerinnen. Deren Tätigkeit stellte sie unter das Motto „Übet geistige Mütterlichkeit“.
- 3 Ohne dies hier vertiefen zu können, so sei der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen, dass „Soziale Arbeit“ nicht nur als Vehikel zu beruflicher bzw. öffentlicher „Betätigung“ der Frauen diene, sondern zugleich wesentlich die gesamte Frauenbildungsdebatte strukturierte und vorantrieb.
- 4 Im Zuge dieses Entwicklungsprozesses wurde 1916 in Köln in der Trägerschaft des Katholischen Deutschen Frauenbundes eine Vorläufereinrichtung der heutigen Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen gegründet.
- 5 Das Straßburger System wurde von Rudolf Schwander 1905 als Weiterentwicklung des

wurde das Verhältnis von beruflich wahrzunehmenden administrativen Funktionen und ehrenamtlich zu leistenden pädagogisch-beratenden und persönlich-betreuenden Tätigkeiten festgeschrieben (Sachße 2003). Das „Straßburger System“ markiert quasi die Grundsteinlegung der Dichotomisierung und Hierarchisierung des Berufsfeldes: Weibliche Fürsorgerinnen waren männlichen Verwaltungsbeamten unterstellt und ihnen blieb mangels Mitspracherecht eigenverantwortliches Handeln verwehrt (Zeller 1994).

Verstärkt durch die im Ersten Weltkrieg verursachten sozialen Notlagen, die sich in der Wirtschaftskrise der 20er Jahren noch potenzierten, fand in der Weimarer Republik ein rascher Ausbau der Sozialen Arbeit statt. Wichtige Aspekte des Professionalisierungsprozesses waren neben der Etablierung von zahlreichen Berufsverbänden vor allem die staatliche Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse wie auch die konsequente Weiterentwicklung einer Wohlfahrtsgesetzgebung. Berücksichtigt man, dass Frauen erst seit 1908 mit dem neuen Reichsvereinsgesetz die aktive Teilhabe an der politischen Interessenvertretung möglich war, so überrascht, mit welcher Stringenz die Pionierinnen von Anfang an auch Berufspolitik betrieben.

Schon 1920 gründete sich zwecks einer gemeinsamen Berufspolitik eine „Arbeitsgemeinschaft der Berufsverbände der Wohlfahrtspflegerinnen Deutschlands“, ebenso wie bereits seit 1917 die Ausbildungsstätten in einer „Konferenz der Sozialen Frauenschulen“ eng miteinander kooperierten zwecks Vereinheitlichung und Koordinierung der Ausbildungspläne (Schmidt-Koddenberg 2002; Sack 1998). Sobald Frauen 1918 das aktive und passive Wahlrecht erhielten, zogen viele Pionierinnen aus der Frauenverbändeszene über alle Parteilisten umgehend als parlamentarische Vertreterinnen in die Nationalversammlung sowie die Land- und Reichstage der Weimarer Republik ein. Schon damals fanden sich die weiblichen Abgeordneten aller Parteien typischerweise bevorzugt in Gremien für sozialpolitische Fragestellungen und entsprechenden Ausschüssen wieder.

Als unermüdliche „Macherin“ dieser Zeit sei exemplarisch Helene Weber erwähnt, die in ihrer Rolle als erste preußische Ministerialrätin im neu gegründeten Wohlfahrtsministerium sowie als Abgeordnete des Zentrums maßgeblich nicht nur die Wohlfahrtsgesetzgebung aktiv mitgestaltete, sondern samt ihres verbands- und berufspolitischen Netzwerkes im Rücken auch einen großen Anteil an der Verabschiedung der „Richtlinien für die Lehrpläne der Wohlfahrtsschulen“ (1930) hatte. Damit waren die Berufsausbildung zur Fürsorgerin endlich institutionalisiert, ihre Zugangsvoraussetzungen und die Ausbildungsinhalte⁶ einheitlich geregelt und der staatliche Abschluss anerkannt (Schmidt-Koddenberg 2002).

Elberfelder Systems ausformuliert und 1906 in die Tat umgesetzt.

6 Das hier erstmals festgeschriebene doppelte Anforderungsprofil von Fachwissen einerseits und Persönlichkeitsbildung andererseits hat bis heute seine Gültigkeit behalten.

Mit dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz wurde 1922 das Prinzip der Fachlichkeit auch für die Arbeit in den Jugendämtern und im Jugendfreizeitbereich eingeführt. Insgesamt führte die stärkere Ausformung der Sozialarbeit als Erwerbsberuf dazu, dass die Wohlfahrtspflege nun zunehmend auch für Männer attraktiv wurde, die durch Krieg und Inflation beruflich entwurzelt und ökonomisch ungesichert waren. 1923 ergriff Carl Mennicke die Initiative für einen ersten Jugendpflegekurs für Männer, der bereits 1925 in eine erste Wohlfahrtsschule für Männer mündete, die ab 1927 die staatliche Anerkennung erhielt. Im selben Jahr öffneten sich auch die Sozialen Frauenschulen für Männer (Zeller 1994). Die Aussichten auf eine Anstellung im Bereich der Familienfürsorge waren für Männer jedoch wegen zahlreicher, gut qualifizierter Absolventinnen der sozialen Frauenschulen ungünstig. Die Erfolgchancen der männlichen Wohlfahrtspfleger beschränkten sich auf die neuen Jugendämter und den jugendfreizeitpflegerischen Bereich (a.a.O.). Auffällig ist jedoch,

„dass der Wohlfahrtspfleger neben jugendpflegerischen, also erzieherischen Tätigkeiten vor allem als für Leitungsfunktionen von Vereinen und Anstalten geeignet angesehen wurde und nicht für die unmittelbaren sozialpflegerischen Aufgaben des Außendienstes.“ (Zeller 1994, 93)

Die sich hier unter den Bedingungen der Weimarer Republik ausbildende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Berufsfeld Soziale Arbeit sollte sich in den nächsten Jahrzehnten trotz wechselhafter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen kontinuierlich verfestigen. Während des Naziregimes wurden die Frauen durch den „Weiblichkeitsmythos“ noch stärker auf das Ideal der „mütterlichen Weiblichkeit“ festgelegt. Das unterstützte die Annahme, diese zugeschriebenen Charakterzüge seien „naturgegeben“ und verstärkte die „Polarisierung der Geschlechtscharaktere“. Auch in der Nachkriegszeit war der soziale Bereich wegen des herrschenden Männermangels zunächst deutlich frauendominiert, auch in Leitungspositionen. Als es in den 60er Jahren wieder genügend männliche Nachwuchskräfte gab, kam es zu einer erneuten Verdrängung der Frauen aus den Leitungspositionen (Schreyögg 2000). Eine deutliche Attraktivitätssteigerung erlangte das Berufsfeld Soziale Arbeit für Männer nachweislich mit der Einrichtung von Fachhochschulen für Sozialpädagogik/ Sozialarbeit Anfang der 70er Jahre.

Die damit einhergehende, als „Neutralisierung“ legitimierte Maskulinisierung der Berufsbezeichnung („Diplom-Sozialarbeiter“), ließ Berufsrollenträgerinnen begrifflich unsichtbar werden und verdeckte die Tatsache, dass die Studierenden überwiegend weiblich waren (bis heute ca. 75%). Als Repräsentantinnen des Berufsbildes wurden Frauen in dieser Zeit faktisch zurückgedrängt. Als kompetente Referentinnen und Leitungskräfte waren sie nun deutlich weniger gefragt (Fröschl 2001; Simmel-Joachim 1992). Und an die Hochschulen drängten Männer, um als Fachhochschulprofessoren die Ausbildungsverantwortung und damit die Definitionsmacht über Ausbil-

dungsinhalte und wissenschaftliche Akzentuierung der neuen akademischen Disziplin zu übernehmen. Aus heutiger Sicht scheint allerdings mit der Akademisierung nur eine formale Statusverbesserung erreicht worden zu sein, denn die Soziale Arbeit gelangte damit nicht zu dem gleichen Prestige wie andere universitäre Ausbildungen, etwa das Medizin- oder Jurastudium.

Die über 100-jährige Professionsgeschichte zeichnet also ein Bild der Sozialen Arbeit, das sich von einem zunächst bewusst eindeutigen „Frauenberuf“ zu einem zunehmend geschlechtsspezifisch ausdifferenzierten Berufsfeld entwickelt hat, wobei der Gender-Faktor in horizontaler wie vertikaler Hinsicht dimensioniert: Während Frauen bevorzugt in beratenden, klienten-näheren Bereichen (überwiegend im Arbeitsfeld „Kinder-Jugend-Familie“) arbeiten, sind Männer oft in klientenferneren, eher konzeptionellen Bereichen oder in „schwierigen“ Arbeitsfeldern, wie dem Strafvollzug und der Psychiatrie anzutreffen. Die vertikale Segregation zeigt sich sowohl in der Unterrepräsentanz von Frauen in allen Leitungsfunktionen als auch in der ungleichen Verteilung von befristeten und Teilzeitarbeitsplätzen (Hasenjürgen 2002). Rückblickend lässt sich feststellen, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Berufsfeld Soziale Arbeit zugleich eine geschlechterhierarchische Aufteilung begründete, die im Ergebnis für Frauen eine Diskriminierung darstellt (Bader et al. 1990), oder anders ausgedrückt: Unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit ist hier unschwer eine deutliche „Schiefelage“ erkennbar.

Das Spektrum der sozialen Arbeit und die Besonderheiten sozialer Organisationen

Soziale Arbeit ist seit ihren Anfängen durch eine große Vielfältigkeit gekennzeichnet. Diese betrifft ihre Arbeitsfelder, die inhaltlichen Fragestellungen, die sie bearbeitet, und auch die Zielgruppen, die sie erreicht. Das macht ihren Reiz aus, darin liegt aber auch eine deutliche Zwiespältigkeit und Ambivalenz: Einerseits ist die Ausbildung an Fachhochschulen bzw. an Universitäten (für Sozialpädagogik als Fachrichtung der Diplompädagogik) anspruchsvoll und zeitaufwändig, umfasst einen weit gestreuten Fächerkanon und steht unter einem zunehmend hohen Professionalisierungsanspruch und -druck (Fröschl 2001; Bundesmitgliederversammlung 1998). Andererseits hinterlässt die umfassende All-Zuständigkeit in der Fremdwahrnehmung leicht einen Eindruck von Dilettantismus, und die Nähe zu alltagstypischen Aufgaben und Tätigkeiten unterstützt in der Fremdwahrnehmung den Eindruck von Profillosigkeit (Kortendiek/ Cottmann 2000).

Die Tätigkeitsfelder der Sozialen Arbeit unterliegen aufgrund ihrer Beeinflussung durch gesellschaftliche Veränderungen einer ständigen Dynamik.

„Das mag dazu führen, dass Tätigkeitsfelder in den Blick kommen, die von den AkteurInnen neue Fähigkeiten und Fertigkeiten verlangen, die im Hinblick auf traditionelle Ansätze (beraten, betreuen, begleiten) zunächst als sozialarbeitsuntypisch erscheinen mögen (organisieren, koordinieren, vernetzen, führen, managen, bewirtschaften, evaluieren).“ (a.a.O., 143)

Die tatsächlichen Tätigkeitsprofile von SozialarbeiterInnen/ SozialpädagogInnen lassen sich demnach in drei charakteristische Berufsrollen einteilen: erstens die des/ der OrganisatorIn/ RepräsentantIn, zweitens die der Bezugsperson für KlientInnen und drittens die des/ der SachbearbeiterIn (Puch 1994). In der praktischen Berufsausübung werden neben den „klassischen“ Tätigkeiten (wie Erziehen, Beschäftigen, Pflegen, Betreuen, Beraten), die den „weiblich-mütterlich“ konnotierten Fähigkeiten zugeordnet werden können, auch andere, eher „männlich“ konnotierte Fähigkeiten erwartet (wie Organisieren, Koordinieren, Begutachten, Konzipieren, Informieren usw.). Diese werden jedoch in der Fremdwahrnehmung nicht unbedingt mit dem Berufsbild in Verbindung gebracht. Hier wirkt sich deutlich das historische Erbe der Profession Soziale Arbeit aus.

Eine ähnliche Vielfalt gibt es bezüglich der Orte, an denen Soziale Arbeit institutionell verankert ist. Neben staatlichen sozialen Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen, die eine Betriebssozialarbeit unterhalten, sind soziale Organisationen, wie beispielsweise die großen Wohlfahrtsverbände und ihre Untergliederungen, von besonderer Bedeutung, da sie zu den größten Arbeitgebern⁷ für Berufstätige der Sozialen Arbeit zählen. Diese sozialen Organisationen standen bei unseren Studien im Fokus des Interesses.

„Soziale Organisationen“ sind „Not for profit“ oder „Non-Profit-Organisationen“ (NPO), die soziokulturelle und karitative Aspekte verfolgen. Sie werden dem Sozialwesen in Deutschland zugerechnet und erbringen einen erheblichen Anteil der sozialen Dienstleistungen. NPOs weisen in Abgrenzung zu For-Profit-Organisationen einige Besonderheiten auf (Simsa 2002; Mayrhofer 2001; Mitschke/ Böhlich 2000). Gegenüber der Gewinnorientierung wirtschaftlicher Unternehmen grenzen sie sich besonders durch eine Zielorientierung bzw. „hochgradige Sinnorientierung“ (Mayrhofer 2001) ab. Im Vordergrund des organisationalen Handelns stehen ein inhaltlich ausformulierter Sinn, eine spezielle Gründungs-idee, bestimmte Werte oder eine organisationsspezifische Moral. Gleichwohl sind soziale Organisationen aber nicht frei vom Zwang der Wirtschaftlichkeit. Mitschke/ Böhlich (2000, 4) heben in diesem Zusammenhang hervor, dass NPOs „sich im Spannungsfeld zwischen ökonomischer und karitativ-sozialer Welt“ bewegen, sich also an der Schnittstelle verschiedener gesellschaftlicher Teilsysteme

7 Laut Angaben der zentralen Einrichtungsstatistik beschäftigte z.B. der Deutsche Caritasverband als größter Wohlfahrtsverband in Deutschland am 1. Januar 2003 fast 500.000 hauptamtliche MitarbeiterInnen, wobei der Frauenanteil laut eigenen Angaben bei rund 82% lag. (Deutscher Caritas Verband 2003)

me befinden. Als so genannter dritter Sektor, zwischen Markt und Staat angesiedelt, sind sie als intermediäre Organisationen in erster Linie integrierende Instanzen: Sie müssen unterschiedliche Handlungslogiken (Macht, Geld, Solidarität) integrieren und haben vermittelnde Funktionen zwischen den AdressatInnen und der institutionellen Umwelt. Sie sollen zwischen sozialintegrativen und ökonomischen Interessen vermitteln sowie zunehmend zwischen lokalen und globalen Zusammenhängen (Simsa 2002).

Die Intermediarität bedingt eine besondere Organisation-Umwelt-Beziehung, die insbesondere durch eine große Anzahl von Stakeholdern und ihren konfligierenden Interessen sowie einer großen Abhängigkeit von externen Geldern und sozialpolitischen Entscheidungen gekennzeichnet ist (Mayrhofer 2001). Wendet man nun den Blick auf die innere Struktur der Organisationen, fallen die spezifische Organisationsdemographie in NPOs und der Formalisierungsgrad von Organisationsstrukturen besonders auf. Nur in NPOs sind Personen mit unterschiedlicher formaler Anbindung (Hauptamtliche, Honorarkräfte, EhrenamtlerInnen, Zivildienstleistende) nebeneinander im gleichen Arbeitsfeld beschäftigt, häufig mit identischen Aufgabstellungen. Diese hohe Diversität in der Personalstruktur und die hohe Sinnorientierung bedingen wesentlich die verbreitete Überbetonung des Informalen (Mayrhofer 2001).

In Hinblick auf das Führungskonzept einer Organisation wird jedoch die formale Organisationsstruktur, d.h. die organisationspezifische Verteilung der Positionen im horizontalen Tätigkeitsspektrum und in den vertikalen Hierarchieebenen, als die wesentliche Einflussgröße betrachtet (Mitschke/Böhlich 2000). Prägend für die Fremdwahrnehmung des Berufsfeldes „Soziale Arbeit“ und seiner Berufstätigen ist sicherlich das Team-Organisationsstrukturmodell, das sich in den 60er und 70er Jahren stark ausbreitete und einen Kontrast zu dem bis dahin vorherrschenden hierarchischen Organisationsstrukturmodell bildete. Flache Hierarchien, ein lockerer, solidarischer Umgangston sowie die Entscheidungsfindung im gemeinsamen Diskussionsprozess sind kennzeichnend für dieses Modell. Die Leitungsperson übernimmt in erster Linie die Moderation und Koordination der Leitungsgremien und fungiert als SprecherIn nach außen (Bader et al. 1999). Die wachsenden Anforderungen zunehmend komplexer werdender Bezugssysteme haben dazu geführt, dass viele soziale Organisationen gegenwärtig das entwicklungsorientierte Organisationsstrukturmodell präferieren. Kennzeichnend für dieses Modell ist, dass das mittlere Management (Führungsteam) zwar eigene Teilbereiche mit größtmöglicher Teilautonomie leitet, dagegen bei Gesamtentscheidungen lediglich ein weitgehendes Mitspracherecht, jedoch kein Mitbestimmungsrecht besitzt. Auf Grundlage der Verhandlungen im Führungsteam entscheidet letztlich verantwortlich die Hauptgeschäftsführung (Bader 1999; Jäger 1999). Die zwei wichtigsten nicht-staatlichen Anstellungsträger für Berufstätige der Sozialen Arbeit – die Diakonie und die Cari-

tas – haben sich für den konsequenten Umbau ihrer Organisationen nach diesem Modell entschieden (Jäger 1999).

Im Kontext unserer Untersuchung ist diese Entwicklung insofern bemerkenswert, als Frauen nach bisherigen Erkenntnissen in sozialen Organisationen allenfalls bis in Führungspositionen des mittleren Managements aufsteigen (Fröschl 2001; Ehrhardt-Kramer 1996). Damit sind ihre Chancen, in den Entscheidungszentren in NPOs zu partizipieren, gegenwärtig faktisch sehr begrenzt.

Gender-Gerechtigkeit – ein Thema in sozialen Organisationen?

Die historisch bedingte Prägung des Berufsfelds Soziale Arbeit als „Frauenberuf“ wird bis heute tradiert. Wie die gegenwärtigen Statistiken zur Studienwahl und die Arbeitsmarktstatistiken belegen, sind auch heute überwiegend Frauen im Sozialbereich tätig. So zählte im Wintersemester 2000/ 2001 das Fach „Sozialwesen“ bei Frauen zu den zehn beliebtesten Studienfächern. Der Frauenanteil unter den Studierenden des Studienfachs „Sozialwesen“ betrug im Wintersemester 2002/ 2003 rund 76% (Statistisches Bundesamt 2003a). Laut Bundesanstalt für Arbeit lag der Frauenanteil in der Berufsordnung „SozialarbeiterInnen/ SozialpflegerInnen“ im Jahr 2003 bei 80,1% und in der Berufsordnung „HeimleiterInnen/ SozialpädagogInnen“ bei 70,6%. Zu einer etwas niedrigeren Quote kommt das Statistische Bundesamt im Rahmen des Mikrozensus 2002. In der Berufsordnung „Sozialarbeiter/ Sozialpädagoge“ wird bei insgesamt 234.000 Erwerbstätigen ein Frauenanteil von 65,3% ausgewiesen.⁸ Im Gegensatz zur Frauendominanz in der praktischen Arbeit dominieren Männer die theoretische Ausbildung. Sie besetzen fast drei Viertel der Professuren im Bereich Sozialwesen. Bemerkenswert ist schließlich das Ergebnis einer Analyse des monatlichen Nettoeinkommens von Vollzeiterwerbstätigen in der Berufsordnung „Sozialarbeiter/ Sozialpädagoge“ unter Gender-Aspekten: In den Einkommensgruppen bis 2000 € stellen die Frauen mit mehr als 60% die Mehrheit, wohingegen sich dieses Verhältnis in den höheren Einkommensgruppen (2000-2600 € und 2600-3200 €) zu Gunsten der Männer (über 66%) umkehrt (Statistisches Bundesamt 2003b).

Da das insgesamt gute Ausbildungsniveau der Stelleninhaberinnen keinen hinreichenden Grund für diesen Tatbestand liefert, stellt sich die Frage, ob mögliche Gründe dafür in den Organisationen selbst zu finden sind.

„Organisationen haben einen erheblichen Anteil an der Verteilung von Berufschancen: Hier werden Arbeitsverträge geschlossen, Tätigkeiten zugewiesen, Einkommens- und Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet und Arbeitsverhältnisse wieder beendet. Organisationen

8 Die differierenden Zahlen sind durch eine unterschiedliche Systematik in der Zuordnung zu den Berufsgruppen verursacht. Der Beruf definiert sich in den Erwerbstätigenstatistiken nicht durch die Qualifikation, sondern durch die ausgeübte Tätigkeit (Züchner 2003).

eröffnen und begrenzen Chancen der beruflichen Platzierung, sind also an der Herstellung und Fortschreibung sozialer Ungleichheit wesentlich beteiligt.“ (Achatz et. al. 2002, 284)

Alle Organisationen (auch soziale NPOs) sind integraler Bestandteil der stark „männlich“ konnotierten Arbeitswelt. Männliche Werte prägen bis heute die informellen und formellen Organisationsstrukturen. Dabei fungieren die Führungsebenen als „Männerbünde“, in der Frauen als „das Andere“ konstruiert werden (Lehner 2002). Auch in sozialen Organisationen ist „Gender“ als soziale Strukturkategorie wirksam. So sind Organisationen als Sozialisations- und soziale Kontrollinstanzen mit ihren Praktiken, Strukturen und Grundsätzen aktiv daran beteiligt, dass eine Ungleichverteilung von Lohn, Arbeit, Macht und Prestige aufrechterhalten und immer wieder neu hergestellt wird.

„Geschlecht in Organisationen wird durch Geschlechterpraxis in Interaktionen hervorgebracht. (...) Bei der Erfassung von Geschlechterpraxis in Organisationen kommt den Kommunikations- und Kooperationsprozessen, den Organisationsstrukturen sowie den individuellen wie kollektiven Wahrnehmungs-, Denk-, Erwartungs- und Entscheidungsmustern erhebliche Bedeutung zu.“ (Franke/ Simöl 2000, 285)

Ungleichbehandlung geschieht dabei auf zweierlei Weise: indem Frauen anders behandelt und beurteilt werden oder indem gleiche Behandlung und gleiche Praktiken ungleiche Auswirkungen auf Männer und Frauen haben. Die Ungleichbehandlung dokumentiert sich nicht nur in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und in ungleicher Bezahlung, sondern besonders deutlich in der ungleichen, ungerecht(fertigt)en Verteilung von Leitungsaufgaben. Chris Lange (2003) verdeutlicht dies mit einigen Beispielen: Nur ein deutscher Spitzenverband (DPWV) wird von einer Frau geleitet, nur drei von 24 DirektorInnen der diakonischen Spitzenverbände auf Landesebene sind Frauen, 1990 wurden 7 der 14 neu gegründeten AWO-Landesverbände in den neuen Bundesländern von Frauen geleitet, 1994 nicht eine Auch die Ergebnisse unserer Studie zur Erfassung der geschlechtsspezifischen Stellenverteilung in sozialen Organisationen dokumentieren diese Schieflage (Silva Antunes Alves 2004). Die Untersuchung erstreckte sich auf insgesamt 65 Organisationen: die 6 Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege⁹, Berufsverbände sowie weitere Verbände, Arbeitsgemeinschaften und Institutionen der Sozialen Arbeit, die auf Bundesebene agieren. Sie umfasste eine kurze Umfrage, die auf die Differenzierung der verschiedenen Hierarchieebenen nach Geschlecht und Profession der Berufstätigen zielte. Wir baten außerdem um statistisches Datenmaterial, das geschlechtsdifferenzierte Aussagen zur Position der MitarbeiterInnen zulässt. Ziel der Studie war es,

9 Die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV), der Deutsche Caritasverband (DCV), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (DIAKONIE), die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)

zu einer Trendeinschätzung zu gelangen, inwieweit das Thema „Geschlechtergerechtigkeit“ bei professionellen VertreterInnen präsent ist.¹⁰

Die Resonanz der Spitzenverbände auf die Umfrage war groß und prompt. Dies deutet darauf hin, dass die Gender-Thematik in ihrer Relevanz für die Entwicklung des sozialen Dienstleistungssektors hier durchaus bewusst ist. Im Verhältnis zu dieser Resonanz war die Bereitschaft der Spitzenverbände, uns statistisches Datenmaterial über hauptamtliche Personalstrukturen zur Verfügung zu stellen, eher gering. Nur der Wohlfahrtsverband mit einer (ehrenamtlichen) Vorstandsvorsitzenden machte differenzierte Angaben zu den hauptamtlichen Strukturen. Die Analyse dieses Materials verdeutlicht beispielhaft, was für die Strukturen der sozialen Organisationen gemeinhin angenommen wird, bisher aber noch nicht durch eine repräsentative Studie belegt ist: Der Frauenanteil sinkt mit steigender Hierarchieebene und die oberste Führungsebene wird in der Regel von Männern besetzt. Die übrigen Spitzenverbände gaben an, keine geschlechtsspezifischen Angaben zu ihren Führungsstrukturen machen zu können, da diese statistisch nicht erfasst würden. Exemplarisch sei hier eine Begründung wiedergegeben, mit der einer der angeschriebenen Spitzenverbände diesen Umstand erklärte:

„Da wir den Erhebungsaufwand für diese Vollerhebung möglichst gering halten wollen, um eine hohe Akzeptanz unter den Auskunftgebenden zu erreichen, haben wir bei der Abfrage der drei Tätigkeitsbereiche der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen (1. Leitung/Verwaltung; 2. Haustechnik; 3. sozial/ pflegerischer Tätigkeitsbereich) auf die Differenzierung nach dem Geschlecht der Mitarbeiter/innen verzichtet.“ (Zitat aus einem Antwortschreiben)

Die verantwortlichen Verbandsstatistiker gehen hier per se von einer Abwehrhaltung der MitarbeiterInnen gegenüber einer geschlechtsdifferenzierten Datenerhebung aus und schieben diesen (vermuteten) Umstand vor, um eine – wahrscheinlich – geschlechtergerechte Stellenverteilung weiterhin im Verborgenen halten zu können.

An der Offenlegung der Strukturen sozialer Organisationen und der Geschlechterverteilung innerhalb der Führungsebenen besteht bei den Spitzenverbänden offenkundig kein Interesse. Denn wenn die Schiefelage, in der sich das Geschlechterverhältnis – gerade in den oberen, einflussreichen Hierarchieebenen – befindet, offenkundig wird, wächst auch der Legitimationsdruck der fast ausschließlich männlichen Führungskräfte gegenüber der großen Mehrheit der „weiblichen Basisarbeiterinnen“. Angesichts des gerade auch im sozialen Bereich tief verwurzelten Anspruchs an soziale Gerechtigkeit könnte sich in Folge der Druck, Handlungsansätze zur Beseitigung dieser geschlechterungerechten Verteilung zu entwickeln, deutlich erhöhen.

10 Einen ähnlichen Ansatz verfolgten im Bereich der Altenpflege Giesler und Borutta (2004). Auch hier konnte ein Mangel an geschlechtsspezifischen und hierarchisch relevanten Daten belegt werden.

Auch bei den Berufsverbänden zeugen die hohe Rücklaufquote und die Bereitschaft, das Forschungsvorhaben mit weiteren Materialien zu unterstützen, von einem großen Interesse an der Gender-Thematik. Die Auswertung der Fragebögen und des zur Verfügung gestellten Materials ergab jedoch, dass die Berufsverbände über keinerlei eigene statistische Grundlagen verfügen, anhand derer sie Rückschlüsse auf die Besetzung von Führungspositionen ziehen könnten. Daraus müssen wir schlussfolgern, dass auch hier ein – rhetorisches – Interesse an der Gender-Thematik existiert, sich dieses aber berufspolitisch bisher noch nicht in konkreten Handlungsansätzen niederschlägt. Dabei müsste es gerade eine wichtige Aufgabe der Berufsverbände sein, das Ziel von Geschlechtergerechtigkeit in den eigenen Organisationen zu verfolgen, indem sie mögliche Ungleichheiten dokumentieren und transparent machen, um auf diese Weise deutliche erste Schritte zur Beseitigung dieser Ungleichheiten zu unternehmen.

Bei den übrigen angeschriebenen bundesweiten Dachverbänden der Sozialen Arbeit war die Resonanz deutlich geringer. Möglicherweise ist das auf die Heterogenität dieser verbandlichen Organisationen zurückzuführen. Es beteiligten sich vornehmlich Organisationen an der Umfrage, dieangaben, über geschlechtsdifferenzierte Daten zu verfügen. Bemerkenswerterweise konkretisierten dies aber nur wenige Organisationen mit zusätzlichem Material. Die Auswertung des zur Verfügung gestellten Materials belegt erneut die geringe Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen.

Die Pilotstudie zeigt, dass das Gender-Thema gegenwärtig bereits bis in das Bewusstsein vieler hauptamtlicher FunktionärInnen aus sozialen Organisationen vorgedrungen ist, sich aber noch nicht in konkreten Handlungsansätzen niederschlägt. Wie sonst erklärt es sich, dass bis auf wenige Ausnahmen keine differenzierten Daten bezüglich des Stellen- oder Mitgliederbestandes nach Statusgruppen und Geschlechtszugehörigkeit zu erhalten waren? Dabei könnte die geschlechtsdifferenzierte Offenlegung der Stellenverteilung und die Transparenz über die Besetzung von Führungspositionen einen ersten Schritt auf dem Weg zu mehr Gender-Gerechtigkeit im Berufsfeld Soziale Arbeit darstellen.

3 Führungspositionen in der Sozialen Arbeit

Angesichts dieser offensichtlich gender-ungerechten Verteilung von Aufgaben und Einflussmöglichkeiten im Berufsfeld Soziale Arbeit stellt sich die Frage, ob die Führungspositionen im Sozialen Bereich möglicherweise von besonderer Beschaffenheit sind. Sind sie durch spezifische Attraktoren für männliche Beschäftigte ausgewiesen oder schrecken sie umgekehrt die weiblichen Beschäftigten in besonderer Weise ab? Tatsächlich ergeben sich aus

den allgemeinen Arbeits- und Organisationsstrukturen erste Hinweise für ein spezifisches Anforderungsprofil an Führung in sozialen Einrichtungen. Weiterführender ist allerdings die Auseinandersetzung mit der „Machtfrage“. Der Umgang von Frauen im Allgemeinen und Sozialarbeiterinnen im Besonderen mit Macht ist aufschlussreich für ihr (Des)Interesse an Führung, denn Führungspositionen sind eben auch Machtpositionen. Tiefeninterviews mit fünf weiblichen Führungskräften aus sozialen Einrichtungen vermitteln exemplarisch eine Innensicht auf das Machtverständnis, Barrieren auf dem Weg in Führungspositionen und Handlungsspielräume von ambitionierten Frauen.

Moderne Führungsaufgaben

Führungskräfte werden an ihren Erfolgen gemessen. „Erfolg“ meint in erster Linie eine gute Platzierung der Organisation in einer zunehmend globaleren Umwelt. Zu den Kernaufgaben von Führungskräften in Organisationen zählen die Führung der Organisation nach innen, das Personalmanagement und die Organisationsentwicklung (Eschenbach/ Horak 2003). Allgemein ist Führungshandeln ein Prozess komplexer Systemgestaltung in einer komplexen Welt. Dies erfordert die permanente, zielgerichtete Auseinandersetzung mit untereinander vernetzten Einflussgrößen in einer Organisation: den drei „weichen“ Bereichen ‚Menschen‘, ‚Beziehungen‘, ‚Leitbilder‘ und den drei „harten“ Einflussgrößen ‚Strukturen‘, ‚Ressourcen‘, ‚Output‘ (Lotmar/ Tondeur 1996; Hunziker 1996).

Die Besonderheiten sozialer Organisationen stellen darüber hinaus spezifische Anforderungen an Führungshandeln, die insbesondere in Qualitäten im Management konfligierender Interessen bestehen. Die spezifische Organisation-Umwelt-Verbindung von NPOs beinhaltet eine typische Gemengelage, die es als Führungskraft zu händeln gilt. Die forcierte Sinnorientierung von NPOs und ihre Intermediarität an der Schnittstelle verschiedener gesellschaftlicher Teilsysteme bedingen die parallele Existenz mehrerer Leitdifferenzen/ Sprachen, die regelmäßig zu konflikthaften Situationen führen. Einem Verständnis als Menschenrechtsprofession verpflichtet übt die Soziale Arbeit als Profession Kritik und fordert teils unpopuläre Veränderungen (Staub-Bernasconi 2003; 1995a).

Die aktuelle Anforderung, angesichts leerer öffentlicher Kassen einen ökonomischen Einsatz der immer knapper werdenden Ressourcen zu praktizieren, schürt die Befürchtung, dass es dadurch zu Qualitätseinbußen in der praktischen Arbeit kommt und die ideellen Ziele der NPO „verraten“ werden. Dies kann bei AdressatInnen und MitarbeiterInnen zu Reaktionen von Unverständnis bis zu offener Ablehnung führen. Und die daraus resultierende Verweigerung sowohl des freiwilligen praktischen Engagements als auch der Unterstützung durch Spenden gefährden wieder unmittelbar die Existenz sozialer NPOs.

Besondere Anforderungen für Führungshandeln in sozialen Organisationen resultieren auch aus der spezifischen Organisationsdemographie und damit korrespondierender typischer Organisationsstrukturmerkmale (Mayrhofer 2001). Das Nebeneinander von haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen hat erhebliche Konsequenzen für Karrieren in NPOs, die personelle Vielfalt erschwert eine systematische Karriereplanung und auch Führungshandeln in NPOs erheblich. Durch die Betonung der weltanschaulich-ideologischen Positionen (Sinnorientierung) verstehen sich die handelnden Personen in NPOs primär als Träger einer gemeinsamen Sache bzw. Idee und weniger als funktionale Elemente in einem größeren Ganzen (a.a.O.). Dies markiert wiederum eine ganz besondere Art von Karrierefeld mit sehr viel mehr Positionen als im For-Profit-Bereich, es finden sich quasi doppelte Karrierewege mit Positionen sowohl im formalen als auch im informellen Bereich. Ein so gestaltetes Karrierefeld erfordert einen spezifischen „Karrierehabitus“. Angesichts des verringerten Stellenwerts von formalen Strukturen gewinnen Beziehungsnetzwerke an Bedeutung, wird also „soziales Kapital“ (Bourdieu 1983) zur Durchsetzung von Zielen – und damit auch zur Bekleidung von Führungspositionen – zu einer Ressource von zentraler Relevanz. In Verbindung mit einer oft nur geringen Größe und/ oder dem Widerstand gegen ausgeprägte hierarchische Strukturen sind Positionen häufig wenig formal definiert, so dass zur Positionsabsicherung funktionale Äquivalenzen geschaffen werden müssen, wofür sich wieder der informelle Bereich anbietet (Mayrhofer 2001).

Richtet man den Blick auf Strukturen außerhalb der NPOs wird schnell deutlich, dass hier gesellschaftliche Faktoren wie Globalisierung sowie technologischer und sozialer Wandel einen enormen Veränderungsdruck ausüben, der seinerseits weitere Anforderungen an Führungshandeln stellt. So sind in Sozialen Organisationen heute Führungskräfte erforderlich, die über breit gefächerte personale, soziale, methodische und fachliche Kompetenzen verfügen (Giesen 2004). Dies impliziert eine hohe Reflexivität bezüglich der eigenen Persönlichkeit und Position sowie bezüglich der offen und verdeckt ablaufenden zwischenmenschlichen Prozesse innerhalb der Organisation (Loo 2002; Lehner 2002; Hunziker 1996).

Neuere Forschungsergebnisse attestieren Frauen die Befähigung, moderne Führungsaufgaben zu übernehmen und einen Führungsstil, der zukunftsgerichteten Entwicklungen entspricht (Assig 2002; Straub 2002; Ehrhardt 1998; Wunderer/Dick 1997). Moderne Maximen lauten, teamorientiert zu führen, MitarbeiterInnen-Potentiale zu erkennen und zu fördern (Human-Ressource-Management), vernetzt zu denken und Ambiguitätstoleranz zu entwickeln, d.h. die Fähigkeit, ambivalente Anforderungen und konfligierende Interessen auszubalancieren. Nach Meinung von PersonalexpertInnen verfügen Frauen vor dem Hintergrund einschlägiger weiblicher Sozialisationserfahrungen in einem hohen Maße über diese Kompetenzen, was sie ge-

rade auch für Führungspositionen im sozialen Bereich prädestiniere (Wunderer/Dick 1997). Jenseits dieser Erkenntnisse geschieht faktisch aber das Gegenteil: männliche Sozialarbeiter und Sozialpädagogen haben allem Anschein nach im sozialen Bereich einen „glass escalator“, der sie wie selbstverständlich überproportional häufig an ihren Kolleginnen vorbei in leitende Positionen bringt (Eagly 2003).

Wenn die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen sich aber nicht mit ihrer mangelnden Eignung für allgemeine Führungsaufgaben bzw. für die spezifischen Anforderungen in NPOs erklären lässt – womit dann? Führungspositionen erfordern neben der erfolgreichen Erledigung der Führungsaufgaben immer auch einen kompetenten Umgang mit Macht. Daher wenden wir uns im Folgenden diesem Aspekt zu.

Die Frage der Macht

Die Übernahme einer Führungsposition ist mit Macht und bewusster Einflussnahme verbunden. In unserem Kulturkreis ist Macht aber tendenziell negativ konnotiert und wird häufig mit Kontrolle, Zwang, Gewalt und Gefährdung assoziiert. Macht haftet etwas irgendwie Unmoralisches an, das weltanschaulichen Ansprüchen (an Demokratie und Gleichheit) scheinbar widerspricht. Konträr zu dieser Voreingenommenheit ist Macht als Ergebnis und Bestandteil sozialer Beziehungen (Weber 1964; Arendt 1990) in unserem Alltag aber allgegenwärtig: im privaten wie im beruflichen und gesellschaftlichen Kontext wird sie von Individuen wie von Organisationen gleichermaßen praktiziert.

Da mächtige gesellschaftliche Teilsysteme wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Kirche öffentlich primär durch Männer repräsentiert werden, haftet Macht die Aura des „Männlichen“ an. Tatsächlich haben Frauen zu „machtvollen“ Positionen in relevanten Systemen auch heute nur beschränkten Zugang; hier wirken strukturelle Barrieren. Schlagwortartig seien die männerbündischen Netzwerke erwähnt, die die Partizipation von Frauen an Informations- und Entscheidungsprozessen wirksam verhindern und sie auf Nebenschauplätze verweisen.

Weiterhin herrscht bei vielen Handlungsvollzügen eine einseitige Orientierung an männlichen Alltags- und Lebensorientierungen vor, die das Leben in und für berufliche Positionen überbewertet und andere Aspekte des menschlichen Daseins, insbesondere eine soziale Orientierung auf eigene Kinder, PartnerInnen, Nachbarschaft etc. tendenziell ausblendet. Hinzu kommt die ungenügende öffentliche Infrastruktur zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen und nicht selten auch eine unzureichende Unterstützung durch den (Ehe-) Partner. Diese Gegebenheiten haben Frauen, vor allem Mütter, lange ausgebremst, weil sie scheinbar unüberwindbare Hürden darstell(t)en.

Inzwischen haben weibliche Biographien ihre Gestalt geändert durch bessere Ausbildungen, eine geringere Kinderzahl, gestiegene berufliche und ökonomische Ansprüche, die es Frauen erleichtern, diese Rahmenbedingungen zumindest teilweise zu überwinden. Dennoch sind weiterhin Vorbehalte im Umgang mit Macht festzustellen. Hierfür sind innere Barrieren verantwortlich, die sich wesentlich (sozial-) psychologisch erklären lassen.

Macht macht vielen Frauen Angst (Schmidt-Koddenberg 1996). Erfahrungen mit Macht im privaten Kontext leugnen Frauen gern, was auf ein durchaus ambivalentes Grundmuster im Umgang mit Macht schließen lässt (Schaeffer-Hegel 1984). Ein Teil der Ängste rührt sicher aus der allgemein eher negativen Bewertung von Macht. Darüber hinaus verspüren viele Frauen eine innere Sperre, wenn sie gefordert sind, „Macht auszuüben“ und im Sinne der Definition von Max Weber (1964, 38) „den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“. Diese Anforderung berührt bei vielen Frauen Urängste von Trennung, Abspaltung und sozialer Isolation. Da die Identitätsfindung von Frauen – bei Annahme der Mutter als primärer Bezugsperson – beziehungsorientiert verläuft, macht ihnen Trennendes zunächst Angst, anders als Männern, deren Identitätsfindung sich über Abgrenzung von der Mutter vollzieht (Gilligan 1992). Psychoanalytisch gesehen sind Frauen, die außenorientiert und erfolgreich sind, so genannte Vater-Töchter, also Töchter, deren Identitätsfindung stark am Vater orientiert war. Fatalerweise haben die Väter ihnen aber oft eine Doppelbotschaft vermittelt: nämlich sowohl tüchtig und erfolgreich zu sein als auch vom Vater abhängig zu bleiben (Flaake 1991).

Treten Frauen aus alten Abhängigkeiten heraus und stellen tradierte Rollenmuster in Frage, führt dies auf Seiten von Männern nicht selten zu ausgeprägten Minderwertigkeitsgefühlen, die – psychologisch gesprochen – die Angst vor der übermächtigen Mutter einerseits und dem kastrierenden, nimmersatten Weib andererseits reaktivieren (Johnen 1994). Zur Bewältigung ihrer (oft unbewussten) Ängste sind sie bestrebt, die vermeintliche Angstursache, nämlich die Macht von Frauen, möglichst zu verhindern bzw. diese „klein zu halten“ oder „klein zu machen“: sie werten die Kompetenzen von Frauen bewusst ab oder deklarieren ihre Themen zu „randständigen Themen“. Frauen nehmen diese Männerängste durchaus wahr oder antizipieren sie teilweise schon im Vorfeld. Und manchmal setzen sie ihrerseits alles daran, den Männern ihre Ängste wieder zu nehmen: z.B. durch liebende Fürsorge oder auch durch Änderung ihres „unbescheidenen“ (d.h. Macht fordernden) Verhaltens. Sie ängstigen sich ihrerseits vor Liebesverlust und haben außerdem gelernt, dass Männer „brave Mädchen“ lieber haben.

Soziale Wahrnehmungen und Erwartungen sind noch an anderer Stelle von Bedeutung: Führung wird vorrangig mit dem männlichen Geschlecht und mit männlichen Kompetenzen assoziiert, das sogenannte „Think-manager-think-male“-Phänomen. Zahlreiche Studien belegen konsistent,

„dass das soziale Image einer erfolgreichen Führungskraft eine höhere Korrelation mit der Beschreibung eines typischen Mannes als mit der einer typischen Frau aufweist“ (Sczesny 2003, 133). Dass ein Mann Manager sein kann, steht grundsätzlich außer Frage. Eine Frau als Managerin ist dagegen zunächst immer „falsch“ (Rastetter 1997). Das führt bei betroffenen Frauen zu der Wahrnehmung, dass sie größere Anstrengungen unternehmen müssen, überdurchschnittliche Qualifikationen und überdurchschnittlichen Arbeitseinsatz erbringen müssen, um die vermeintlich „mangelnde Passung“ zu kompensieren (Osterloh/ Littmann-Wernli 2002). Hinzu kommt, dass weitere äußere Merkmale, wie z.B. geschlechtsstereotype Kleidung die Attribution von Führungskompetenz beeinflussen (Rennenkampff et al. 2003).

Machtübernahme bedeutet nicht nur Einflussmöglichkeiten, sondern auch Verantwortungsbereitschaft, eine Facette im sozialen Machtprozess, auf die Hannah Arendt (1990) hinweist. Auf Frauen bezogen findet sich häufig das (Vor-) Urteil, sie scheuten Führungshandeln wegen der daran gekoppelten Verantwortungsübernahme. Bemerkenswerterweise ist Verantwortung aber etwas, das sich durch den gesamten Frauenalltag zieht: sie übernehmen Verantwortung für ihre Kinder, ihre Angehörigen und für tausenderlei Sachen. Scheuen sie also ausgerechnet Führungs-Verantwortung? Ein Schlüssel zum Verständnis ihrer Zurückhaltung könnte in dem Umstand gesehen werden, dass man als eine öffentliche bzw. führende Persönlichkeit natürlich häufig im Scheinwerferlicht steht. Und hier haben Frauen sozialisationsbedingt deutliche Nachteile, weil sie in den seltensten Fällen systematisch dazu ermuntert wurden, sich ganz selbstverständlich „nach vorne“ zu stellen. Hintere Reihen dürften den meisten Frauen vertrauter sein. Treten sie aber hervor, so liegt gerade in der Verantwortungsübernahme für eine ihnen bedeutende Sache oder Idee eine wichtige Triebfeder ihres Handelns (Schünemann 2001; Erhardt 1998; Macha 1998).

Welche Handlungsspielräume haben Frauen zur Durchsetzung ihrer Ziele, wenn sie nach erfolgreicher Überwindung der Barrieren in die Entscheidungszentren eingedrungen sind? Generell ist jedes Handeln umso wirksamer, je positiver die Reaktionen im Umfeld sind. Findet sich eine weibliche Führungskraft als „Ausnahmefrau“ (token-Status) in einer Männerwelt wieder, ist sie schnell mit diversen Männerritten der „Alteingesessenen“ konfrontiert, die sich auf alle Vorteile eines „Heimspiels“ berufen werden. Ihre Netze sind seit langem geknüpft und sie verstehen sich bestens auf das Prinzip „eine Hand wäscht die andere“. Vor allem wissen sie um die Vorteile einer ‚Konkurrenz in Solidarität‘. Diese Form der Soziabilität ist Frauen fremd, wie auch ihr Verhältnis zu Konkurrenz sozialisationsbedingt ein anderes ist. Anstelle eines in Führungsrollen geforderten konstruktiven Umgangs mit Konkurrenz und Kritik, stehen Frauen in solchen Situationen in der Gefahr, „weibliche“ Verhaltensmuster zu aktivieren, also etwa schnell die Harmonie wiederherzustellen. Jenseits dieses Musters weist Konkurrenz in Organisati-

onen heute aber noch eine neue Facette auf, die des „gender trouble“ (Ohlen-dieck 2003). Damit wird auf die inzwischen vielfach formal gleichberechtigte Konkurrenz zwischen Männern und Frauen um attraktive (knappe) Positionen und Ressourcen rekurriert. Scheinbar existieren dafür bislang noch keine Spielregeln, außer dass sich Aspekte eines allgemeinen „Backlashs“ (Faludi 1993) auch im Arbeitsalltag wahrnehmen lassen. Im Umgang von Frauen untereinander wird Konkurrenz, Abgrenzung und Überflügeln von Frauen gern tabuisiert, das Mehr der Einen ist ja unweigerlich das Weniger der Anderen (Flaake 1997). Hier findet sich eine Erklärung für die Gleichheitserwartungen sowie die Beziehungs- und Versorgungsansprüche, die Mitarbeiterinnen häufig an Führungsfrauen als eine Art (Über-) Mutter richten (a.a.O.; Fernkorn 1990). Hinzu kommt, dass Unterstützung und Anerkennung durch andere Frauen ihnen keineswegs garantiert ist. Vielmehr etikettieren Frauen „ausbrechende“ Frauen als „anstößig“, „peinlich“ und „aggressiv“ und bremsen sie häufig aus (Wülfing 1994). Weibliche Führungskräfte müssen also für ihre erfolgreiche Agitation erhebliche Investitionen in ihr unmittelbares soziales Umfeld vornehmen.

Frauen in exponierter Stellung erfahren zudem offen oder versteckt Vorbehalte, die sich auf ihre „weibliche Art“ ebenso beziehen wie auf ihre Kompetenz. Die ständige Legitimation ihres Verhaltens ist eine Grunderfahrung aller Frauen, die „aus der Rolle fallen“ und unbescheiden an ihre Stärken glauben. Neben Angriffen auf ihre „Weiblichkeit“ sind es besonders persönliche Diffamierung, die Lächerlichmachung oder die völlige Ignoranz ihrer Beiträge, kurz: Versuche „mächtige“ Frauen wieder auf „Normalmaß“ zu stützen, die zur Alltagserfahrung weiblicher Führungspersönlichkeiten gehören (Lorber 1999; Beck/ Assig 1999).

Die bloße körperliche Anwesenheit von Frauen in Machtzentren verunsichert zunächst eingeschliffene Verhaltensweisen und bedingt Korrektur oder Verlagerung lange erprobter Machtspiele. Die Blicke auf Frauen in Führungsrollen sind gnadenloser als auf Männer: immer steht auch ihre Körperlichkeit zur Disposition. Jede öffentlich wirkende Frau muss also für sich die Frage klären, wie sie mit der Rolle des Gefallens umgeht, will sie Anerkennung für ihr Tun und Wirkung erzielen (Brückner 1994). Die traditionelle Antwort lautet „Verzicht auf erotische Selbstverwirklichung“ (i.S. einer „geistigen Mütterlichkeit“) oder unanstößige Damenhaftigkeit. Und die moderne Variante drückt sich in z.T. übermenschlichen Anforderungen an Professionalität und Weiblichkeit aus, die mit scheinbar müheloser Leichtigkeit zu verbinden und sichtbar zu machen sind (a.a.O.). Sind Frauen dazu nicht in der Lage, liefern sie die Legitimation für die Ausgrenzung von Frauen, was auf die Existenz immer noch vorhandener kollektiver Ängste vor dem „entfesselten“ weiblichen Geschlecht hindeuten mag. Foster et al. (1998) haben in einer Studie nachgewiesen, wie selbst „gestandene“ Politikerinnen einen ständigen Spagat zwischen den gleichzeitigen Erwartungen „Selbstbewusst-

sein“ und „Fürsorglichkeit“ vollziehen müssen und dabei trotz überragender Qualifikationen Gefühle von Minderwertigkeit nicht loswerden. Frauen in Führungsrollen müssen also Grenzen überwinden: sie müssen Geschlechterrollenzuschreibungen überwinden und betreten männlich aufgeladene Räume. Vor allem aber müssen sie stets in zwei Bereichen gleichzeitig Sicherheit aufweisen: als Professionelle und als Frau (Wülfing 1994).

Welche Relevanz erlangen diese allgemeinen Erkenntnisse für den Umgang mit der Macht im sozialen Bereich? Nach Staub-Bernasconi (1995a) ist der Machtfaktor einer der wichtigsten Aspekte des Sozialen, mit denen sich Mitarbeitende und Führungskräfte in der Sozialen Arbeit auseinandersetzen müssen. Ihr Berufsalltag ist in vielfältiger Weise durch Macht und Ohnmacht gleichermaßen bestimmt. Konfrontiert mit verbreiteter Hilflosigkeit, Überforderung und scheinbarer Ohnmacht ihrer AdressatInnen hat Soziale Arbeit den Anspruch, die Einzelnen zu ermächtigen, eigene Handlungsräume als Spielräume von Eigen-Macht zu erkennen, zu erweitern bzw. wieder zu nutzen (Empowerment). Sie hat also die Eigen-Mächtigkeit der AdressatInnen anzuerkennen und zu respektieren. Die MitarbeiterInnen werden dadurch in ihrer eigenen Handlungs“macht“ begrenzt – und erleben oft genug ihre Hilfemöglichkeiten geradezu als macht-los. Gleichzeitig verfügen sie über Positionsmacht und aufgrund ihres Fachwissens über ExpertInnenmacht, Belohnungs- und Bestrafungsmacht sowie den Zugang zu Hilfesystemen etc. (Noack 2003; Neubauer 1999). Die Macht des Führungshandelns in sozialen Organisationen schließlich ist begrenzt durch das Maß der Er-Mächtigung, das haupt- und ehrenamtliches Personal der Führungskraft qua Amt und ad personam zugesteht. Und auch als Organisationen verfügen NPOs über Macht. Sie sind zwar von äußeren Faktoren abhängig, aber selbst auch nicht ohne gesellschaftlichen Einfluss.

Trotz dieser Allgegenwart wird das Thema „Macht“ in der Sozialen Arbeit tendenziell geleugnet und eine Auseinandersetzung mit dem Machtfaktor nahezu tabuisiert (Noack 2003). Für die hier Tätigen hat die unterschiedliche Verortung in den Lebenswelten „Arbeit“ und „Familie“ bei gleichzeitiger Hierarchisierung der Lebensbereiche deutlich andere Konsequenzen: Männliche Beschäftigte genießen neben einer selbstverständlichen Berufsorientierung in der Sozialen Arbeit den Bonus des Ungewöhnlichen. Ihnen werden ihre Geschlechtsrolle erweiternde Kompetenzen zugeschrieben, konkret eine Professionalität im Bereich der Gefühlsarbeit (Fröschl 2001; Gildemeister 1998).

Ganz andere Auswirkungen lassen sich für die in der Sozialen Arbeit tätigen Frauen feststellen. Neben ihrer „doppelten Vergesellschaftung“ (im Reproduktions- und im Produktionsbereich; Becker-Schmidt 1985) gilt für sie ein „Ineinanderfallen“ von Geschlechts- und Arbeitsrolle. Ihre Bereitschaft zur sozialen Fürsorge wird ihrem spezifischen „weiblichen Arbeitsvermögen“ (Beck-Gernsheim 1976) zugeschrieben und ihre professionell

erworbenen Kompetenzen werden als solche systematisch abgewertet und in ihren Arbeitszusammenhängen als „Frauensache“ gering geschätzt. Frauen, die Führungspositionen in der Sozialen Arbeit anstreben, müssen sich folglich dem „Trilemma der Macht“ (Staub-Bernasconi 1995b) in der Sozialen Arbeit stellen, was bedeutet, Macht zu kritisieren, Macht für sich (!) und für AdressatInnen zu reklamieren, um bestimmte Ansprüche auch durchsetzen zu können, sowie den Umgang mit eigener und fremder Macht zu bejahren. Jenseits dieser für den sozialen Bereich spezifischen Anforderungen haben weibliche Führungskräfte sich erfolgreich mit allen oben skizzierten Hürden auf dem Weg zu und in männlich geprägten Führungsräumen auseinander zu setzen. Erst eine selbstverständliche Beanspruchung von Führungspositionen in der Sozialen Arbeit durch Frauen führt auf Dauer zur Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse.

Im Folgenden wird zu prüfen sein, ob sich die hier diskutierten Zusammenhänge und Befunde bei den durch uns interviewten Führungskräften aus sozialen Organisationen wieder finden lassen.

Erfahrungen von weiblichen Führungskräften im Berufsfeld Soziale Arbeit

Die von uns befragten Frauen hatten Führungspositionen in großen sozialen Einrichtungen.¹¹ Wie in den Studien von Ehrhardt (1998) und Schünemann (2001) zeigte sich auch in unserem Sample, dass Führungsfrauen sehr wohl Macht für sich bejahen und beanspruchen. Die befragten Frauen verstanden Macht als Etwas, das ihnen übertragen wurde, um für den eigenen Verantwortungsbereich sowie die eigenen MitarbeiterInnen optimale Ergebnisse zu erreichen. Sie definierten Macht durchweg positiv als Gestaltungsmacht, als Chance für Innovationen und als kämpferisches Engagement.

„Ich würde mich nicht als Machtmensch bezeichnen. Das wird von anderen an Leitung herangetragen, was auch in gewisser Weise stimmt. Klar: ich habe Macht, aber das ist für mich nicht das Ausschlaggebende oder das Reizvolle. Ich habe eher den Begriff von Verantwortung, der durchaus positiv besetzt ist.“ (Interview B (27) Z.122)

Die Befragten berichteten von intensiven Auseinandersetzungsprozessen mit ihrem Machtverständnis, das sie verändern mussten, um die an ihre Führungsposition gebundene Macht positiv einzusetzen.

„Das ist auch eines der Dinge, die ich lernen musste: dass Macht auch etwas Wertvolles, etwas Gutes sein kann, dass man mit Macht sehr viel gestalten kann! Dafür habe ich Zeit gebraucht, weil ich zunächst eher das Gefühl hatte: Macht ist etwas Schlechtes und wird

11 Die befragten weiblichen Führungskräfte arbeiteten alle in einer geschäftsführenden Position bei Trägern der Freien Wohlfahrtspflege. Ebenso war bei allen das abgeschlossene Studium zur Diplom-Sozialarbeiterin bzw. Diplom-Sozialpädagogin die akademische Zugangqualifikation zu dieser Führungsposition.

immer nur ausgenutzt, so nach dem Motto: "Daumen drauf"! Das ist es ja gar nicht! Es kommt eben darauf an, wie man sie gestaltet, wie man damit umgeht. (...), aber das hat auch eine Zeit gedauert.“ (Interview A (38) Z.246)

Keine der befragten Frauen hatte eine Führungsposition für sich im Sinne einer Karriereplanung angestrebt. Ausschlaggebende Motivation für die Übernahme der Führungsposition war nicht eine Karriere-, sondern eine Aufgabenorientierung. Die Befragten beschrieben ihre Führungspositionen als inhaltlich reizvoll und herausfordernd. Sie entsprachen jeweils ihrer persönlichen Freude an Gestaltung und Durchsetzung eigener Ideen. Sie deuteten das Angebot einer Führungsposition als Anerkennung und Wertschätzung ihrer bisherigen fachlichen Qualifikationen. Auch für einen weiteren Aufstieg wäre der Karrierewunsch keine hinreichend starke Motivation. Auf jeden Fall müsste eine neue Herausforderung immer inhaltlich reizen und in das eigene Interessenprofil passen.

Als „Preis der Macht“ nannten die Befragten die ungenügenden Möglichkeiten, Beruf und Familie/ Privatleben miteinander zu vereinbaren.

„Das Zweite ist, dass die Rahmenbedingungen für Frauen nicht stimmen, also die viel zitierte ‚Vereinbarkeit von Familie und Beruf‘. Ich habe auch keine Kinder. Für die Frauen gibt es nach wie vor die Zerrissenheit zwischen ihrer Verantwortung als Familienfrau und Mutter, eher noch als Mutter denn als Ehefrau, und dem Interesse und dem Spaß am Beruf. Und solange die nicht aufgelöst ist (...). Zu wissen, sie können wirklich beides (...), die Führungsposition verhindert nicht den Teil, auch Familie zu haben, Mutter zu sein. Das, denke ich, ist für Frauen wichtig.“ (Interview B (34) Z.168)

Aufgrund der doppelten Vergesellschaftung weiblicher Lebenszusammenhänge stellt sich die Vereinbarkeitsfrage als ein Dilemma mit massiven Konsequenzen dar. Das zeigte sich selbst in unserem kleinen Sample mit aller Deutlichkeit: Drei von fünf Befragten hatten auf Kinder verzichtet – verzichten müssen, wie sie es nach Interviewende deutlicher formulierten, weil sie ihre berufliche Position für nicht vereinbar hielten mit einem Familienleben. Während Männer in Leitungspositionen i.d.R. auf private Unterstützung, Entlastung von familiären Pflichten, Versorgungskomfort und eine Familie als Rekreativort zurückgreifen können, sehen sich Frauen mit einer doppelten und dreifachen Belastung konfrontiert. Den beiden Befragten, die je ein Kind hatten, war es nur möglich, eine Führungsposition zu bekleiden, weil sie ein alternatives familiäres Rollenmodell lebten bzw. auf ein funktionierendes privates Netz zurückgreifen konnten.

„Also aus meiner Erfahrung heraus: Ich konnte das auch nur machen, weil wir eben diesen Rollentausch hatten. Ich hätte diese Position nicht ausfüllen können als Alleinerziehende oder wenn mein Mann auch voll berufstätig gewesen wäre! Zumindest nicht in den ersten Jahren, wo man ja eigentlich noch mal mehr Zeit (in die Geschäftsführung, d.V.) investieren muss. (...) Also von daher muss man einfach auch sagen: bei dieser ganzen Karriereplanung spielt manchmal auch der Zufall eine Rolle oder die persönliche Situation oder die Oma, die dann da ist und sich um das Kind kümmert.“ (Interview A (28) Z.168)

Auch soziale NPOs bieten kaum familienfreundliche Arbeitsplatzbedingungen für Führungskräfte. Die befragten Frauen hielten zum Beispiel Teilzeitarbeit oder Job-Sharing in ihren Positionen für machbar – allerdings nicht unter den Bedingungen schlechterer Bezahlung. Diese nicht gewollten, aber grundsätzlich veränderbaren Rahmenbedingungen sind es, die die Schlussfolgerung nahe legen: Frauen sollen nicht führen.

Solche Außen-Botschaften verschränken sich mit eigenen Sozialisations-erfahrungen und psychodynamischen Mustern und werden so zu inneren Barrieren, die sich etwa auch in Selbstunterschätzung äußern (Wänke et al. 2003). Das Zutrauen in die eigenen Stärken reicht beispielsweise nicht für eine Selbstbewerbung.

„Also ich sag mal: Das größte Hindernis sind wir uns selbst! Es ist im Grunde genommen fehlendes Selbstbewusstsein, was Männer, glaube ich, in dem Bereich nicht so haben.“ (Interview A (23) Z.142)

Frauen müssen gefragt, entdeckt, in Leitungspositionen berufen werden, weil sie sich selbst gar nicht in dieser Funktion denken.

„Ja, das ist eigentlich was sehr Frauentypisches gewesen. Ich bin selber damals überhaupt nicht auf die Idee gekommen, mich hier zu bewerben. Ich habe mich typischerweise mit meinen Kolleginnen darüber unterhalten, wer uns denn wohl hier demnächst vor die Nase gesetzt wird. Meine Vorgängerin hat mich darauf gestoßen, sie hat mich angesprochen und gefragt.“ (Interview A (3) Z.15)

Hier wird auch deutlich, wie sehr Frauen selbst das Bild eines männlichen Managers verinnerlicht haben („think-manager-think-male“). Sie bringen ihre eigenen Qualifikationen nicht selbstverständlich mit einer Qualifikation für Führungspositionen in Verbindung.

Die eigene Führungsrolle muss reflektiert und neu definiert werden. Führung setzt die Bereitschaft voraus, jenseits der basisnahen klientenzentrierten „Gefühlsarbeit“ andere Aufgaben zu übernehmen. Das Heraustreten aus der Gleichstellung innerhalb eines Teams, das Wissen, um die „dünne Luft“ einsamer Entscheidungen und der Konsequenz, nicht mehr „everybody’s darling“ zu sein (Schünemann 2001), bedeutet von Vertrautem Abschied zu nehmen.

„Also, ich glaube, das Schwierigste war das Abschiednehmen von dieser kollegialen Verbindung. Es war ja ab dem Moment keine kollegiale mehr. Das war auch das Problem (für die anderen, d.V.) hier, das klarzukriegen: die ist jetzt in einer anderen Rolle. Und natürlich ist das so: Im Laufe der Zeit, als Führungskraft, treffen Sie so manche Entscheidung, die Sie vielleicht als Mitarbeiterin noch belächelt oder verpönt hätten.“ (Interview A (13) Z.58)

Die Befragten erlebten in ihrer neuen Rolle auch Neid seitens der KollegInnen, den es als Schattenseite auszuhalten galt.

„Also ich denke, ein großer Nachteil ist, wenn man aus einem Team plötzlich in die Vorgesetztenrolle wechselt und damit auch eine ganz andere Rolle und Funktion einnimmt –

da habe ich vom Team sehr viel Druck erfahren, extrem viel Druck, so nach dem Motto: "Verräterin", weil ich auch gleichzeitig den Auftrag hatte, hier umzustrukturieren. (...) Das war sehr schwierig, weil ich da viel Druck und auch Neid, gespürt habe, und bei mir selber auch so ein bisschen die Trauer, aus einer Teamsituation plötzlich in die Vorgesetztenrolle zu wechseln, auch diese Einsamkeit als Chefin zu erleben.“ (Interview C (5) Z.13)

Diese Erfahrungen führten jedoch nicht zur Aufgabe einer Teamorientierung. Die Befragten präferierten einen demokratischen Führungsstil, der Entscheidungen transparent macht, die MitarbeiterInnen beteiligt, ihre Selbstständigkeit fördert und fordert und eine gute Arbeitsatmosphäre schafft. Sie machten deutlich, dass sie mit Teamkonflikten, Konkurrenz und Einsamkeit umzugehen wissen. Sie bestätigten, dass sich ihre Außendarstellung von männlichen Führungskräften unterscheidet, da sie Erfolge eher als selbstverständlich betrachteten und Fehler und Schwächen dagegen auch benennen würden.

„Ich würde folgenden Unterschied machen: Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die weiblichen Führungskräfte Fehler eher zugeben, während die Männer das doch eher vertuschen, oder andere verantwortlich machen, oder die Situation und die ganze Welt verantwortlich machen.“ (Interview A (24) Z.148)

„Also wenn ich so meine männlichen Kollegen sehe: Die sind immer nur am Strunzen, was sie alles Tolles gemacht haben. Selbst für Sachen, bei denen ich irgendwie sagen würde: Das würde ich gar nicht benennen. Das ist mein Job! Also dieses ‚Klappern‘ ist sehr wichtig.“ (Interview C (9) Z.56)

Das Sichtbarmachen von Kompetenzen ist unverzichtbar, wenn Frauen ihre Führungseignung, Fähigkeiten und Kompetenzen in männlich geprägten Handlungsräumen durch Vorleistungen erst deutlich unter Beweis stellen müssen, bevor sie für eine Berufung in Leitungspositionen in Betracht gezogen werden. Alle Befragten hatten vorher schon andere Leitungsaufgaben wahrgenommen oder mit Erfolg innovative Konzepte entwickelt und umgesetzt. Eine falsche Bescheidenheit macht weibliche (Vor-) Leistungen unsichtbar. Das ist fatal, weil weibliche Führungskräfte unter einem stärkeren Legitimationsdruck stehen. Auf ihnen lastet also eine größere Beweislast bei gleichzeitig schlechteren internen Aufstiegschancen und externen Bewerbungschancen.

„Man hat zu mir, denke ich, einen anderen Bezug, als wenn man eine Kapazität von außen einkauft. Andererseits sehe ich es für Frauen, gerade sozialarbeiterische Berufsgruppen, weiterhin als schwierig an, sich als Externe bei einem Träger zu bewerben. Also, die nehmen gerne ihre eigenen Leute – oder sie nehmen dann wirklich andere Berufsgruppen wie BWLer. Ich habe hier eine gute Position – die würde ich, glaube ich, bei einem anderen Träger kaum noch bekommen.“ (Interview C (4) Z.9)

Organisationen können sich auf diese Weise auch vergleichsweise länger und „hemmungsloser“ die Leistungen von Frauen aneignen.

Angesichts der Exklusivität von Frauen in Entscheidungszentren stellt sich die Frage nach ihren Handlungsspielräumen. Wie gehen sie mit der

ungleichen Bewertung von gleichem männlichen und weiblichen Führungsverhalten um? Konflikte mit MitarbeiterInnen zeigen, dass weibliche Führungskräfte immer wieder auf der versorgenden „mütterlichen“ Beziehungsebene angefragt werden: sie sollen „mütterliche Arbeit“ leisten, d.h. Verständnis haben, loben, für Harmonie und gute Stimmung sorgen. Auch unseren Befragten wurden Abgrenzungen längst nicht in gleicher Weise zugestanden wie männlichen Vorgesetzten.

„Es wird sehr an meiner Person, an meiner Fähigkeit als Leiterin festgemacht. Das ist der größte Unterschied. Leiterinnen müssen immer noch so ein bisschen die ‚Mama‘ übernehmen. Das will ich eigentlich gar nicht. Aber dieses Nicht-Wollen wird mir nicht zugestanden! Es wird auch nicht als Sachzwang gesehen, dass es eben Grenzen gibt. Sondern: ‚Die will das nicht! Sie lebt mal wieder ihre Macht aus!‘ Also es wird ganz schnell auf diese Beziehungsebene gehoben. Ich denke: das tut man bei Männern viel weniger! Auch die Erwartungen, nach Lob und so, ist mir als Frau gegenüber viel größer als gegenüber den Männern! Denen traut man diese Fähigkeiten ja gar nicht zu, dass die irgendwie für einen sorgen. Aber ich muss! Nicht: ich soll es – ich muss! Ich muss es können, ich muss es erfüllen – und wehe, ich tue das nicht!“ (Interview C (7) Z.32)

Frauen geraten so immer wieder in Legitimationsdruck mit ihrer Professionalität, ihr „Token“-Status macht immer wieder das Un-Gewöhnliche, Un-Normale überdeutlich (Lorber 1999; Wunderer/ Dick 1997). Die Befragten empfanden ihn auch als Alibi seitens des Trägers.

„Und das Schwierige ist eben auch: Dann wird es wieder als so etwas Paradiesvogelmäßiges dargestellt. Man muss sich schon fast wieder rechtfertigen, warum man in dieser Position ist. Dann ist man auch wieder eine Ausnahme: ‚Ah – das ist ja eine Frau! Und wir sind ja ein besonders frauenfreundlicher Träger.‘ Also es wird dann wieder als was Besonderes hervorgehoben: Da hat es eine geschafft!“ (Interview C (19) Z.156)

Auch die Verbindung von Professionalität und Geschlechtsrollenpräsentation wurde in den Interviews thematisiert. Diese spezifische Anforderung an eine gleichzeitige doppelte Selbstsicherheit verlangte den Frauen Anstrengung, Fingerspitzengefühl und eine beständige Aufmerksamkeit im bewussten Umgang mit den Rollenerwartungen des Gegenübers ab.

„Ich weiß es heute zu benutzen. Ich merke: da musst du jetzt ein bisschen die erwartete Rolle einnehmen. Man erreicht zum Beispiel bei vielen Männern – gerade bei älteren Männern – etwas, wenn die das Gefühl haben, mich zu retten! – Dann sollen sie doch das Gefühl haben! Aber das erlebe ich nicht als Hilflosigkeit, sondern ich benutze das ja! Ich steuere es! Ich erfülle deren Rollenerwartung! Also im Sinne: sie sind lenkbar! (...) Und diese Fähigkeit, die muss man haben, weil man so vielen verschiedenen Männern und Frauen begegnet... Da gibt es einfach auch bestimmte Frauenbilder, die kann ich ja nicht völlig aushebeln! Also wenn ich jetzt da hingehe und sage: was weiß ich – das CDU-Frauenbild ist nicht mein Frauenbild; oder so, das merkt der andere Mensch sofort – und geht sofort in den Widerstand! Also deswegen muss ich da schon gucken, auch wenn ich persönlich da vielleicht andere Bilder habe – ich muss das Bild des Anderen kennen und auch damit wissen zu arbeiten.“ (Interview C (23) Z.184)

Supervision, Coaching sowie kollegialer Austausch wurden deshalb von allen befragten weiblichen Führungskräften sehr hoch bewertet. Das sind Hilfsinstrumente, um die auftretenden Schwierigkeiten zu relativieren und um Hürden zu überwinden. Sie dienen darüber hinaus der Schaffung eigener Unterstützungsnetzwerke.

„Also, ich würde jeder Frau empfehlen, relativ schnell Kontakt zu anderen Leiterinnen zu finden. Ich hatte eine Zeit lang Einzel-Supervision. Das ist wichtig, um das Gefühl zu haben, ich kann mich auch irgendwo entlasten. Aber das ist so ein bisschen: ‚Schmoren im eigenen Saft‘! Ich bin jetzt in einer Coaching-Gruppe. Und das ist wirklich gut: andere Frauen kennen lernen, andere Stile kennen lernen, zu sehen, dass wirklich viele Systeme ähnlich funktionieren.“ (Interview C (33) Z.268)

Diese Formen an Unterstützung sind jedoch nicht notwendig, weil Frauen besondere Schwierigkeiten hätten im Umgang mit ihrer Führungsrolle und mit Führungsanforderungen, sondern weil Menschen neben – manchmal auch anstatt – einer Orientierung an Fähigkeiten immer auch geschlechtsbezogen (re)agieren und damit soziale Ungleichheiten und Ungleichbehandlung weiter festigen. Und die daraus resultierenden Belastungen für Frauen sind nicht immer alleine zu ertragen.

Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse haben exemplarisch noch mal die spezifischen Anforderungsstrukturen, Handlungsspielräume und Kompetenzprofile, die für weibliche Führungskräfte im Berufsfeld Soziale Arbeit bestimmend sind, anschaulich verdeutlicht. Sie zeigen zudem Ansatzpunkte, die im Sinne einer gezielten Karriereplanung von Sozialarbeiterinnen/-pädagoginnen durchaus gestaltbar wären.

4 Ansatzpunkte für eine Karriereplanung von Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagoginnen

Unsere Ergebnisse wollen einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Machtfrage im sozialen Bereich leisten. Um weiblichen Führungskräften in sozialen Einrichtungen und Organisationen ihren Exklusivitätsstatus auf Dauer zu nehmen, erscheint uns die Entwicklung und Förderung eines offensiven Umgangs mit Machtverhältnissen unverzichtbar. Dafür ergeben sich aus unserer Perspektive verschiedene Ansatzpunkte: in den sozialen Organisationen, bei den Berufsrollenträgerinnen selbst und in der Hochschulausbildung.

a. Schaffung von Transparenz durch systematische Dokumentation der Verhältnisse

Die Auswertung der öffentlich zugänglichen Statistiken ebenso wie die Antworten der von uns angeschriebenen Organisationen haben verdeutlicht, dass hier noch ein großer Nachholbedarf im Hinblick auf eine genderspezifische Dokumentation der Verhältnisse besteht. Es hat den Anschein, dass zumindest bei den großen Wohlfahrtsverbänden durchaus ein Bewusstsein für diese Problematik besteht, aber eben nicht umgesetzt wird. Verantwortlich dafür dürften nicht nur Gründe der Bequemlichkeit sein, sondern eher die alte Weisheit „was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“. Anders ausgedrückt: solange die „Schief lagen“ in der Zusammensetzung der Beschäftigten im sozialen Bereich und die so determinierten organisationalen Machtverhältnisse nicht transparent und öffentlich dokumentiert sind, können entsprechende Problemanzeigen heruntergespielt oder negiert werden. Eine Transparenz der Verhältnisse könnte der erste Schritt sein, um die Gerechtigkeitsansprüche der Sozialen Arbeit, die für AdressatInnen konsequent durch die Anwaltschaftlichkeit verfolgt werden, auch für die mehrheitlich weiblichen Berufstätigen in den eigenen Organisationen umzusetzen. Dies aufgreifend und ihrerseits ergänzend könnten die Berufsverbände ihre politische Lobbyarbeit gezielt auf die Entwicklung von Geschlechtergerechtigkeit im eigenen Berufsfeld ausrichten.

b. Entwicklung und Ausbau von Unterstützungsinstrumenten für weibliche Berufskarrieren

Äußere und innere Barrieren, die Frauen den Weg in die Führungsetagen verbauen, scheinen solange unüberwindbar, wie Frauen selbst sie als Normalität akzeptieren und nicht hinterfragen. Unsere Interviewergebnisse verdeutlichen, dass es Frauen durch eine aktive (Selbst-) Reflektion der miteinander verschränkten Themenkomplexe Macht, Gender und Profession sehr wohl möglich ist, diese Barrieren zu überwinden, Führungspositionen wahrzunehmen und in den bislang männlich dominierten Handlungsräumen wirksam zu agieren. Eine Unterstützung dieses Reflektionsprozesses erfuhren die interviewten Frauen auf unterschiedliche Weise durch Coaching, Supervision und Frauennetzwerke. Aufgrund der anhaltenden Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen sozialer Organisationen sind solche Vorbilder für ambitionierte Sozialarbeiterinnen/ -pädagoginnen nach wie vor dünn gesät. Umso wichtiger erscheint ihre Sichtbarmachung. Gezielte Mentoringprojekte für Frauen, wie sie in anderen Berufsfeldern längst installiert sind, könnten auch in der Sozialen Arbeit ein wirkungsvolles Unterstützungsinstrument für die Gestaltung weiblicher Berufskarrieren darstellen.

c. Systematische Integration von Gender und Macht in Lehre und Forschung an der Hochschule

Die Situation an der Hochschule unterscheidet sich nicht wesentlich von der Situation in anderen sozialen Organisationen: die Relevanz von Gender in Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit betreffend, fehlt es nicht an rhetorischen Bekundungen, wohl aber an einer konsequenten Umsetzung. Hier bietet aktuell der laufende bundesweite Studienreformprozess in Richtung von konsekutiven Bachelor- und Master-Studiengängen eine gute Chance, Genderaspekte curricular nicht nur zur Reflexion sozialer Problemlagen und professioneller Handlungsansätze, sondern auch im Kontext von Modulen wie „Soziale Organisationen“ und „Sozialmanagement“ zu verankern. Zur Vorbereitung auf spätere Praxisfelder sollte dabei den vielfältigen Verschränkungen von Macht- und Genderaspekten ein zentrales Augenmerk zuteil werden.

Für Absolventinnen, die bereits in der beruflichen Praxis Erfahrung gesammelt haben, sollten die Hochschulen ihrem gesetzlichen Auftrag entsprechend gezielte Fort- und Weiterbildungsangebote durchführen. Die KFH NW kann bereits auf erste Erfahrungen mit Seminaren zur Vorbereitung auf Leitungsaufgaben bzw. zum Training weiblicher Führungskräfte zurückblicken, die konsequent weiter entwickelt werden können.

Die hier diskutierte Thematik bietet zudem viele Ansatzpunkte für ein praxisorientiertes „forschendes Lernen“ in Kooperation mit verschiedensten sozialen Einrichtungen am Studienort. Darüber hinaus ergeben sich neue Fragestellungen für größere wissenschaftliche Forschungsprojekte sowohl mit organisationssoziologischen Bezügen (z.B. Untersuchungen der sozialen Organisationen im Allgemeinen und der Wohlfahrtsverbände im Besonderen) als auch mit sozialpsychologischen Bezügen (z.B. Untersuchungen der Selbst- und Fremdwahrnehmung von weiblichen Führungspersonen in sozialen Einrichtungen). Die sich hier bietenden Möglichkeiten weiterer, vertiefter Untersuchungen werden im Forschungsschwerpunkt „Gender und Transkulturalität“ an der KFH NW auch in Zukunft aufgegriffen.

Literatur

- Achatz, Juliane/ Fuchs, Stefan/ Stebut, Nina von/ Wimbauer, Christine (2002): Geschlechterungleichheit in Organisationen. Zur Beschäftigungslage hochqualifizierter Frauen, in: Allmendinger, Jutta/ Hinz, Thomas (Hg.): Organisationssoziologie (Sonderheft 42/2002 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), Wiesbaden, 284-318
- Arendt, Hannah (1990): Macht und Gewalt, München (Orig.: On Violence. New York 1970)

- Assig, Dorothea (2002): Mehr Frauen in Führungspositionen, in: Personal, 54. Jg. H. 2, 12-15
- Bader, Christiane/ Cremer, Christa/ Dudeck, Anne (1990): Feministische Forschung und soziale Arbeit, in: Cremer, Christa/ Bader, Christiane/ Dudeck, Anne (Hg.): Frauen in sozialer Arbeit. Zur Theorie und Praxis feministischer Bildungs- und Sozialarbeit, Weinheim, München, 10-41
- Bader, Cornelia (1999): Sozialmanagement. Anspruch eines Konzepts und seine Wirklichkeit in Non-Profit-Organisationen, Freiburg i.Br.
- Beck, Andrea/ Assig, Dorothea (1999): Frauen in Leitungsfunktionen: Anforderungen, Barrieren und Erfolge, in: Mitteilungen/ Landesjugendamt Westfalen-Lippe, H. 138, 59-70
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1976): Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt: zur Ideologie und Realität von Frauenberufen, Frankfurt a.M.
- Becker-Schmidt, Regina (1985): Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung, in: Unterkirchner, Lilo/ Wagner Ina (Hg.): Österreichischer Soziologentag, Wien, 10-25
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, Rainer (Hg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen, 183-198
- Brückner, Margit (1994): Geschlecht und Öffentlichkeit. Für und wider das Auftreten als Frau oder als Mensch, in: Brückner, Margit/ Meyer, Birgit (Hg.): Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume, Freiburg i.Br., 19-56
- Bundesmitgliederversammlung des DBSH (1998): Berufsbild für Sozialarbeiterinnen/ Sozialarbeiter. Verabschiedet auf der Bundesmitgliederversammlung am 21.-23.11.1997 in Göttingen, in: forumSOZIAL, H. 2, 6-8
- Deutscher Caritas Verband (2003): „03-12-23 Einrichtungsstatistik DCV 01_01_03.pdf“ <www.caritas.de/2246.html> (11.02.2005)
- Eagly, Alice H. (2003): The rise of female leaders, in: Zeitschrift für Sozialpsychologie, 34. Jg., H. 3, 123-132
- Ehrhardt, Angelika (1998): Frauen – Macht – Karriere. Eine Untersuchung zu Aufstiegserfahrungen und Leitungskonzepten von Frauen in der sozialen Arbeit, Wiesbaden
- Ehrhardt-Kramer, Angelika (1996): Frauen in Leitungsfunktionen im sozialen Bereich, in: Brückner, Margit (Hg.): Frauen und Sozialmanagement, Freiburg i.Br., 20-32
- Ernst, Renate (2004): Steigbügel und Stolpersteine. Weibliche Führungskräfte in Berufsfeldern Sozialer Arbeit, unveröffentlichte Diplomarbeit, Aachen
- Eschenbach, Rolf/ Horak, Christian (Hg.) (2003): Führung der Nonprofit Organisation. Bewährte Instrumente im praktischen Einsatz, Stuttgart
- Eisenhart-Rothe, Beate von (1990): Nur die zweite Garnitur? Leiterinnen in sozialen Einrichtungen, in: Sozialmagazin, 15. Jg., H. 6, 19-23
- Faludi, Susan (1993): Die Männer schlagen zurück, Reinbeck
- Fernkorn, Lisa (1990): Wieviel Lust haben Frauen auf Macht? in: Sozialmagazin, 15. Jg., H. 6, 14-18
- Fesel, Verena/ Rose, Barbara/ Simmel, Monika (Hg.) (1992): Sozialarbeit – ein deutscher Frauenberuf. Kontinuitäten und Brüche im 20. Jahrhundert, Pfaffenweiler, 21-30
- Flaake, Karin (1991): Frauen und öffentlich sichtbare Einflußnahme, in: Feministische Studien, H. 1, 136-142

- Foster, Helga/ Lukoschat, Helga/ Schaeffer-Hegel, Barbara (Hg.) (1998): Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für Politik, Pfaffenweiler
- Franko, Marion/ Simöl, Inge (2000): Wie Organisationen Geschlecht organisieren. Geschlechterprogramme in Organisationen, in: Wesely, Sabine (Hg.): Gender Studies in den Sozial- und Kulturwissenschaften. Einführung und neuere Erkenntnisse aus Forschung und Praxis, Bielefeld, 280-315
- Fröschl, Elfriede (2001): Beruf Sozialarbeit, in: Gruber, Christine/ Fröschl, Elfriede (Hg.): Gender-Aspekte in der sozialen Arbeit, Wien, 285-308
- Giesen, Hartmut (2004): Führungsstil: Erfolgreiche Chefs führen variabel. Business-Tipp Teil 17. <www.publizistik-projekte.de>, (26.1.2004)
- Giesler, Christiane / Borutta, Manfred (2004): Vergleich der Karriereverläufe von Männern und Frauen in der stationären Altenpflege: eine systemtheoretische und sozialpsychologische Analyse, unveröffentlichte Diplomarbeit, Köln.
- Gildemeister, Regine (1998): Halbierter Arbeitswelten? Gefühlsarbeit und Geschlechterkonstrukte am Beispiel professionalisierter Berufe, in: supervision, H. 33, 48-59
- Gilligan, Carol (1982): Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau, München, Zürich
- Hasenjürgen, Brigitte (2002): Profession und Geschlecht. Entwicklungslinien eines Diskurses in der Sozialen Arbeit, in: Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen (Hg.): Jahrbuch der KFH NW 2002. Jahrbuch für Sozialwesen, Gesundheitswesen und Theologie, Münster, 128-149
- Hausen, Karin (1977). Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Conze, Werner (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart, 363-393
- Hunziker, Vreni (1996): Führen in sozialen Organisationen, in: Brückner, Margit (Hg.): Frauen und Sozialmanagement, Freiburg i. Br., 183-196
- Jäger, Alfred (1999): Hard- und Soft-Management im sozialen Unternehmen, in: Boskamp, Peter/ Knapp, Rudolf (Hg.): Führung und Leitung in sozialen Organisationen. Handlungsorientierte Ansätze für neue Managementkompetenz, Neuwied, Kriftel, 35-73
- Johnen, Wilhelm (1994): Die Angst des Mannes vor der starken Frau. Einsichten in Männerseelen, Frankfurt a.M.
- Kortendiek, Beate/ Cottmann, Angelika (2000): Frauen in der Sozialen Arbeit – zwischen Profession, Ehrenamt und Selbsthilfe, in: Cottmann, Angelika (Hg.): Das undisziplinierte Geschlecht: Frauen- und Geschlechterforschung – Einblicke und Ausblicke, Opladen, 127-149
- Lange, Chris (2003): Gender – ein Thema für die deutschen Wohlfahrtsverbände, in: Soziale Arbeit, 52. Jg., H. 7, 250-255
- Lehner, Erich (2002): Die Organisation als Männerbund, in: Wolf, Michael (Hg.): Frauen und Männer in Organisationen und Leitungsfunktionen. Unbewusste Prozesse und die Dynamik von Macht und Geschlecht, Frankfurt a.M., 19-36
- Loo, Eric van de (2002): Die geträumte Organisation oder „The Organization in the Mind“, in: Wolf, Michael (Hg.): Frauen und Männer in Organisationen und Leitungsfunktionen. Unbewusste Prozesse und die Dynamik von Macht und Geschlecht, Frankfurt a.M., 125-140
- Lorber, Judith (1999): Gender-Paradoxien, Opladen

- Lotmar, Paula/ Tondeur, Edmond (1996): Führen in sozialen Organisationen. Ein Buch zum Nachdenken und Handeln, Bern, Stuttgart, Wien
- Macha, Hildegard (1998): Frauen die Verantwortung – Männern die Herrschaft. Zum Umgang mit Macht, in: Die Frau in unserer Zeit, 27. Jg., H. 2, 6-9
- Mayrhofer, Wolfgang (2001): Karrieren in Nonprofit-Organisationen – eine theoretische Analyse, in: Simsa, Ruth (Hg.): Management der Nonprofit Organisationen, Stuttgart, 143-164
- Meinhold, Marianne (1993): Sozialarbeiterinnen – Frauenkarrieren. Karrierewünsche und Aufstiegshindernisse bei Sozialarbeiterinnen im öffentlichen Dienst, Münster
- Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW (2001). Gesundheitswesen und Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Mitschke, Thomas von/ Böhlich, Susanne (2000): Modernes Management in Non-Profit-Organisationen, in: Hauser, Albert (Hg.): Sozial-Management: Praxis-Handbuch soziale Dienstleistungen, Neuwied, Kriftel, 3-18
- Noack, Winfried (2003): Wir müssen uns den Machtverhältnissen in der sozialen Arbeit stellen! in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, H. 6, 4-10
- Neubauer, Walter (1999): Führen und Leiten in sozialen Organisationen, in: Boskamp, Peter/ Knapp, Rudolf (Hg.): Führung und Leitung in sozialen Organisationen. Handlungsorientierte Ansätze für neue Managementkompetenz, Neuwied, 75-108
- Ohlendieck, Lutz (2003): Gender Trouble in Organisationen und Netzwerken, in: Pasero, Ursula/ Weinbach, Christine (Hg.): Frauen, Männer, Gender Trouble, Frankfurt a.M., 171-185
- Osterloh, Margit/ Littmann-Wernli, Sabina (2002): Die „gläserne Decke“ – Realität und Widerspruch, in: Peters, Sibylle/ Bensel, Norbert (Hg.): Frauen und Männer im Management. Diversity in Diskurs und Praxis, Wiesbaden, 259-275
- Puch, Hans-Joachim (1994): Organisationen im Sozialbereich. Eine Einführung für soziale Berufe, Freiburg i.Br.
- Rastetter, Daniela (1997): Frauen – die besseren Führungskräfte? „Soft skills“ als neue Anforderungen im Management, in: Journal für Psychologie, 5. Jg., H. 2, 43-55
- Rauschenbach, Thomas (1999): „Dienste am Menschen“ – Motor oder Sand im Getriebe des Arbeitsmarktes? Die Rolle der Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufe in einer sich wandelnden Arbeitsgesellschaft, in: Neue Praxis, 29. Jg., H. 2, 130-146
- Reinbold, Brigitte (1994): Frauen und Leitung in der Freien Wohlfahrtspflege, in: Maelicke, Bernd (Hg.): Beratung und Entwicklung sozialer Organisationen, Baden-Baden, 121-132
- Rennenkampff, Anke von/ Kühnen, Ulrich/ Sczesny, Sabine (2003): Die Attribution von Führungskompetenz in Abhängigkeit von geschlechtsstereotyper Kleidung, in: Pasero, Ursula (Hg.): Gender – from costs to benefits, Wiesbaden, 170-182
- Sachße, Christoph (2003): Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871 bis 1929, Weinheim, Basel, Berlin
- Sack, Birgit (1998): Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19-1933), Münster, New York, München, Berlin

- Schaeffer-Hegel, Barbara (Hg.) (1984): Frauen und Macht. Der alltägliche Beitrag der Frauen zur Politik des Patriarchats, Berlin
- Schmidt-Koddenberg, Angelika (2002): Helene Weber, in: Fröhlich, Michael (Hg.): Die Weimarer Republik. Portrait einer Epoche in Biographien, Darmstadt, 244-255
- Schmidt-Koddenberg, Angelika (1996): Frauen und Macht. Zwischen Ohnmacht und Gegenmacht, Vortrags-Manuskript (unveröff.)
- Schreyögg, Friedel (2000): Förderung weiblicher Führungskräfte, in: Hauser, Albert/ Neubarth, Rolf/ Obermair, Wolfgang (Hg.): Sozial-Management. Praxishandbuch soziale Dienstleistungen, Neuwied, 394-408
- Schünemann, Claudia (2001): Individuelle Karriereverläufe von Sozialarbeiterinnen in Führungspositionen, Braunschweig
- Sczesny, Sabine (2003): Führungskompetenz: Selbst- und Fremdwahrnehmung weiblicher und männlicher Führungskräfte, in: Zeitschrift für Sozialpsychologie, 34. Jg., H. 3, 133-145
- Silva Antunes Alves, Susanne da (2004): Weibliche Führungskräfte in sozialen Organisationen. Analyse eines Berufsfeldes, unveröffentlichte Diplomarbeit, Aachen
- Simmel-Joachim, Monika (1992): Frauen in der sozialen Arbeit – eine Mehrheit als Minderheit, in: Fesl, Verena/ Rose, Barbara/ Simmel, Monika (Hg.): Sozialarbeit – ein *deutscher* Frauenberuf. Kontinuitäten und Brüche im 20. Jahrhundert, Pfaffenweiler, 109-121
- Simsa, Ruth (2002): NPOs und die Gesellschaft: Eine vielschichtige und komplexe Beziehung. Soziologische Perspektiven, in: Badelt, Christoph (Hg.): Handbuch der Nonprofit Organisation. Strukturen und Management, Stuttgart, 129-152
- Statistisches Bundesamt (2004): Leben und Arbeiten in Deutschland. Mikrozensus 2003, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2003a): Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn
- Statistisches Bundesamt (2003b): Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen. Ergebnis des Mikrozensus 2002, Stuttgart
- Staub-Bernasconi, Silvia (2003): Soziale Arbeit als (eine) "Menschenrechtsprofession", in: Sorg, Richard (Hg.): Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft, Münster, Hamburg, London, 17-54
- Staub-Bernasconi, Silvia (1995a): Soziale Probleme – Soziale Berufe – Soziale Praxis, in: Heiner, Maya/ Meinhold, Marianne/ Spiegel, Hiltrud von/ Staub-Bernasconi, Silvia (Hg.): Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit, Freiburg i.Br., 11-101
- Staub-Bernasconi, Silvia (1995b): Systemtheorie, Soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international. Oder: vom Ende der Bescheidenheit, Bern, Stuttgart, Wien
- Straub, Ute (2002): Frauen als bessere Manager: gender mainstreaming, in: Socialmanagement, 12. Jg., H. 4, 7-9
- Wänke, Michaela/ Bless, Herbert/ Wortberg, Silja (2003): Der Einfluss von "Karrierfrauen" auf das Frauenstereotyp. Die Auswirkungen von Inklusion und Exklusion, in: Zeitschrift für Sozialpsychologie, 34. Jg., H. 3, 187-196
- Weber, Max (1964): Wirtschaft und Gesellschaft, 4. Aufl., Köln

- Wülfig, Gisela (1994): Die öffentliche Frau. Ein vertrautes oder fremdartiges Zauberesen? in: Brückner, Margit/ Meyer, Birgit (Hg.): Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume, Freiburg i.Br., 57-75
- Wunderer, Rolf/ Dick, Petra (1997): Frauen im Management. Besonderheiten und personalpolitische Folgerungen – eine empirische Studie, in: Wunderer, Rolf/ Dick, Petra (Hg.): Frauen im Management. Kompetenzen, Führungsstile, Fördermodelle, Neuwied, Berlin, 5-205
- Zeller, Susanne (1994): Geschichte der Sozialarbeit als Beruf. Bilder und Dokumente (1893-1939), Pfaffenweiler
- Züchner, Ivo (2003): Die Entwicklung der sozialen Berufe – quantitative Befunde und qualitative Schlussfolgerungen, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 83. Jg., H. 11, 454-463

Barbara Krause

Gemeindeanalyse und Selbsthilfe. Pionierinnen der Lebensweltorientierung caritativer Arbeit in den Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts

„(...) ein Projekt, das im Fachjargon heute Gemeinwesenarbeit heißen würde – damals eine in Deutschland völlig unbekannte Methode der Sozialarbeit“ – so rückblickend die Einschätzung von Martha Krause-Lang (1995, 103) und von weiteren aktiven Frauen der Nachkriegszeit zu einem Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit in den 30er Jahren. Was für ein Projekt war das? Um welche Zielgruppen ging es, wer waren die AkteurInnen, welche Motive und Strömungen spielten eine Rolle, mit welchen Methoden wurde gearbeitet? Wie gestaltete sich eine solche Arbeit im kirchlichen Raum angesichts der Bedingungen im NS-Staat? Gab es frühe Spielarten von Gemeinwesenarbeit in Deutschland, die in der Geschichte der Sozialen Arbeit bisher nicht rezipiert wurden?

Die Suche nach Antworten auf solche Fragen gestaltete sich schwierig: aus der Generation der damals Verantwortlichen leben nur noch wenige hochbetagt; der Austausch über Inhalte und Methoden kirchlicher Sozialarbeit fand in der Zeit des Nationalsozialismus mündlich im vertrauten Kreis statt, schriftlich festgehalten wurde möglichst wenig; die Verantwortlichen für diese Arbeit waren in Krieg- und Nachkriegszeit in unmittelbar drängender Sozialer Arbeit inner- und außerhalb des kirchlichen Kontexts absorbiert und auch anschließend mit den je aktuellen Fragen der Weiterentwicklung der Sozialen Arbeit voll beschäftigt – so gibt es keine zusammenfassende Darstellung dieser Phase lebensweltorientierter Caritasarbeit.

Die Spurensuche begann. Ein Bild dieses Ansatzes konnte gewonnen werden anhand einer Reihe knapper Rechenschaftsberichte über „Dorfcaritaskurse“ im Archiv des Deutschen Caritasverbandes (DCV) und einiger Beiträge in den entsprechenden Jahrgängen der Caritaszeitschrift, durch damalige Jahrbücher für Caritas-Wissenschaft sowie weitere Schriften des Caritasverbandes. Zur Einordnung und zum besseren Verständnis der Schriften waren einige Interviews mit Vertreterinnen der beteiligten Generation hilfreich.

Im Folgenden sollen zuerst ein kurzer Einblick in Voraussetzungen und Entwicklung der Dorfcaritas gegeben und die Akteurinnen dieser Arbeit vorgestellt werden – daraus erklärt sich zu einem guten Teil auch das methodische Vorgehen, das anschließend skizziert wird. Den Schluss bilden einige Überlegungen zur berufsgeschichtlichen Einordnung und zur Relevanz dieses Ansatzes angesichts heutiger Herausforderungen.

1 Der Rahmen: Dorfcaritas

Bereits beim Caritastag 1919 in Koblenz war ein Ausschuss für Caritaspflege auf dem Lande (Dieing 1924, 142) gegründet worden, der die Verkündung und Verbreitung ländlicher Caritasarbeit befördern sollte, aber über erste Schritte nicht hinauskam.

Fünf Jahre später wurde ein neuer Anlauf mit der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für Dorfcaritas gemacht, die als Zusammenschluss von Akteuren ländlicher Caritasarbeit „Austausch der Erfahrungen, (...) Anregung (...) und planmäßige(n) Förderung der Dorfcaritas“ (Dieing 1924, 143) ermöglichen sollte. Zwei Akteure spielten dabei eine besondere Rolle: Franz Keller¹, der als Landpfarrer in der Nähe Freiburgs gearbeitet und inzwischen eine Professur an der theologischen Fakultät der Freiburger Universität inne hatte, als Direktor das 1925 gegründete Institut für Caritaswissenschaften (CWI) leitete und den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft übernahm, sowie Johannes B. Dieing², der 1921 als Leiter der neuen Abteilung Dorfcaritas in die Zentrale des DCV nach Freiburg geholt wurde, nachdem er zuvor im württembergischen Lauterbach als Dorfpfarrer eine vorbildlich vernetzte und aktuelle Caritasarbeit aufgebaut hatte.

Grundideen

Beide verfassten eine Vielzahl von Veröffentlichungen zu ländlicher Caritasarbeit – Keller eher systematisch-konzeptioneller Art, Dieing eher konkrete Aufgabenbereiche aufgreifend und oft in narrativer Weise, die einige Grundannahmen in den Vordergrund stellten:

- Die in Fachorganisationen und Institutionen differenzierte Caritasarbeit in den Städten wurde für die ländliche Situation als nicht adäquat betrachtet. Vielmehr müsse Caritasarbeit auf dem Land aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen, kulturellen und soziologischen Voraussetzungen eigenständig konzeptionell entwickelt werden. „Es wird der tief liegende methodische Unterschied zwischen Großstadt- und Industriortscaritas einerseits und Dorfcaritas andererseits all zu sehr außer Acht gelassen.“ Es gehe darum, „*ländliche* Notstände mit *ländlichen* Mitteln und Kräften zu meistern (...), nicht aber Arbeitsmethoden (...), die aus großstädtischen Verhältnissen und Bedürfnissen herausgewachsen sind,

1 Keller, Franz Xaver, 1873-1944, 1896 Priesterweihe, 1903 Dr.rer.pol., 1905 Dr.theol, 1918 a.o.Prof. für Sozialethik und Caritaswissenschaft, 1924 o.Prof. für Moraltheologie, 1934 abgesetzt (Völkl 1976, 199ff).

2 Dieing, Johannes B., 1880-1939, 1907 Priesterweihe, Seelsorge im ländlichen Württemberg (Joergel 1939, 319 ff; Rozumek 1957).

unbesehen und unabgeändert auf das Land zu übertragen.“ (Dieing 1932, 24/ Hervorh. im Original) Auch innerhalb ländlicher Kontexte sollte die jeweilige örtliche Situation spezifisch analysiert werden, weil „es unmöglich ist, für die Caritaspflege auf dem Land gleichsam *ein* Rezept zu verschreiben. Denn jede Landgemeinde ist ihrer äußeren und inneren Struktur nach wieder eine andere“ (Dieing 1926, 202). Die organisatorische Differenzierung wurde in ihren Auswirkungen auf den ländlichen Raum als Kompetenzgerangel wahrgenommen und bewertet: „Viele wertvolle Kräfte gingen verloren durch die charakteristischen organisatorischen Auseinandersetzungen, wer sich auf dem Dorf der Arbeit anzunehmen habe (...). Für jeden Verband galt es, sich seine `Belange´ auf dem Dorfe zu sichern, was auch gründlich geschah, allerdings mit der Wirkung, dass die `Belange´ des Dorfes die Leidtragenden waren.“ (Keller 1934, 86f)

- Die Dorfbevölkerung hat spezifische Probleme, sie darf nicht nur als Quelle der Hilfeleistung für die verelendete Stadtbevölkerung benutzt werden, auch wenn die Not auf dem Land weniger plakativ ist. „Man sah sich draußen auf dem Dorf vergessen, übersehen von denen, die an maßgebenden Stellen die Caritasbewegung leiteten.“ (Keller 1926, 1189) „An das Land erinnert man sich meist nur, wenn es ans Zahlen geht, an das Herbeischaffen von milden Beiträgen für die Stadt oder doch wenigstens für Zwecke, die in erster Linie der Stadt zugute kommen.“ (Keller 1934, 89) Insbesondere die Situation vieler Kinder und Jugendlicher, aber auch die Überlastung von Frauen wurden in den Blick gerückt: „Auch auf dem Lande ist große Jugendnot vorhanden“ (Dieing 1923, 74) und „Die Bäuerin gehört zu den gefragtesten Personen, die es überhaupt gibt; ihre Arbeitslast übersteigt oft ihre Kräfte.“ (Dieing 1925, 212)
- Selbsthilfe kann und soll gerade auf dem Land als zentraler Ansatz wahrgenommen und entwickelt werden: „Hilfe zur Selbsthilfe ist die beste Caritas.“ (Caritas 1933, 445) Dazu sollten Traditionen aufgegriffen werden: „Es wäre geradezu eine höchst fragliche „Errungenschaft“ und ein sehr zweifelhafter „Fortschritt“, wenn durch das Eingreifen einer künstlich organisierten Hilfsaktion die dem Dorfe eigentümlichen Hilfsmöglichkeiten und Hilfsarten ausgeschaltet und zum Erlahmen und Absterben gebracht würden.“ (Dieing 1932, 25) „Eine richtig verstandene, den Grundsatz der Selbsthilfe (...) einsetzende Dorfcaritas sieht in der (...) Vermittlung von Arbeit und Verdienstmöglichkeit, (...) in der Pachtland zur Ermöglichung von Gartenbau und Kleintierzucht, in der Ausnutzung von Handfertigkeiten aller Art (...) für die Dauer wirksamere Mittel gegen die Not als in der Zuwendung von Almosen.“ (Dieing 1927, 35)
- Selbsthilfe bezieht in diesem Konzept die Hilfsmöglichkeiten des Lebensumfeldes ein. Im Dorf sei der Gedanke gegenseitiger Verpflichtung

gegenüber Familie und Nachbarn präsent: „Deshalb kann sich die Dorfcaritas mehr als die Caritas in der Stadt auf die naturgewachsenen Hilfgemeinschaften Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft im engeren und weiteren Sinne des Wortes stützen und sie ausnützen.“ (Dieing 1932. 25)

- Dorfcaritas wird nicht nur als Antwort auf wirtschaftliche und gesundheitliche Not gesehen, sondern auch als ein Motor der Gemeinschaftsbildung und der Selbstorganisation der dörflichen Bevölkerung. Das bezog kirchliche Volksbildungsarbeit und Unterstützung der Vereine ebenso ein wie Pastoral und Katechese (Keller 1919). Ziel war eine ganzheitliche, christlich-kirchlich orientierte Dorfentwicklung. „Wenn wir (...) der Gefahr einer Aushöhlung der Grundlage aller Caritasfürsorge (...) entgegenwirken wollen, (...) müssen (wir) vor allem auch dem Fundament aller Caritasarbeit, der Gemeinschaftskraft des christlichen Volkes, unsere Pflege ange-deihen lassen.“ (Keller 1933 b, 54)

Mittel und Wege

Die Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaft für Dorfcaritas und ihres Geschäftsführers in der 2. Hälfte der 20er Jahre bis in die beginnenden 30er Jahre hinein lässt sich aus den Berichten in den Jahrbüchern der Caritaswissenschaft 1928, 1930 und 1931 ablesen:

- Tagungen für Multiplikatoren, Geistliche, LehrerInnen, Schwestern, Sozialbeamtinnen bis hin zu kommunalen Amtsträgern wurden in vielen Diözesen zentral³, zunehmend aber auch als „Wanderlehrgänge“⁴ abgehalten. Dabei wurden der für viele neue Selbsthilfe-Ansatz – das Erstaunen über diese Methode wird z.B. in einem Kaiserslauterner Zeitungsartikel⁵ deutlich – wie auch konkrete Aufgaben, z.B. Krankenpflege, Familienfürsorge, Kindererziehung behandelt. Die Referententätigkeit ging über die staatlichen Grenzen hinaus: mehrfach ist die inhaltliche Zusammenarbeit mit der Caritas der deutschen Bevölkerungsgruppe in Böhmen erkennbar, auch nach Österreich gab es Arbeitsbeziehungen.
- Eine Zielgruppe waren Studierende in Priesterseminaren, in den Ausbildungsstätten des Caritasverbandes für soziale Berufe und die Teilnehmerinnen an den Arensberger Kursen für Landkrankenpflegerinnen.⁶

3 1927 in Ulm (Rottenburg), Würzburg, Warendorf (Münster), 1928 in Frankenstein (Breslau), Marienhausen (Limburg), Grafschaft Graz

4 1927 in den Diözesen Trier und Paderborn, 1928 Fulda, Regensburg, Speyer, Trier, 1929 Augsburg, Eichstätt, Osnabrück, Rottenburg, Hildesheim

5 Pfälzer Tagesblatt 17.10.1928 (ADCV. CA XI 41 b)

6 In Arensberg bei Koblenz hatte 1898 Msgr. Matthias Kinn (1847-1918) Ausbildungskurse für Landkrankenpflegerinnen begonnen – seit 1910 Caritasvereinigung für Landkrankenpflege und Volkswohl, in denen unverheiratete Mädchen eine pflegerische Grundbildung erhielten, um in ihrem Dorf zu wirken.

- Zunehmend wurde auch versucht, insbesondere die Frauen- und Jugendorganisationen⁷ einzubeziehen: Referate bei der caritativen Kommission des Katholischen Deutschen Frauenbundes oder bei Verantwortlichen von Jungfrauenvereinen belegen das. Auch zu caritativen Frauenorden wurde die Verbindung gepflegt. Mit der caritativen Kommission des KDF gab es 1929 in Hildesheim eine Tagung, bei der die Überlastung der Landfrauen Thema war.⁸
- Gleichzeitig wurde eine beachtliche Zahl von Schriften herausgegeben, in denen die Nähe von Sozialer Arbeit, Seelsorge und volkstümlich orientierter Kultur- und Brauchtumpflege deutlich wird. Veröffentlicht wurde nicht nur in den Zeitschriften des CV und in kirchlichen Blättern, sondern auch in säkularen Medien.

Anfang der 30er Jahre sind bereits erste Versuche feststellbar, nicht mehr nur MultiplikatorInnen, sondern unmittelbar Gemeindemitglieder „zur Erfüllung des allgemeinen Christenberufes der Caritas“ anzusprechen. Diese „freie Elementarschule caritativer Gemeinschaftsgestaltung“ sollte – in flexiblen Formen – vor Ort stattfinden. „Deshalb brauchen wir für diesen Zweck Persönlichkeiten, die diesen Elementarunterricht, verbunden mit der Gemeinschaftsbildung, übernehmen und im Einvernehmen mit den kirchlichen Stellen diese Aufgabe durchführen.“ (Keller 1933a, 196f)

2 Die Akteurinnen: Personen und Prägungen

Fünf Frauen konnten als die Hauptträgerinnen der „mühevollen, an die körperlichen und geistigen Kräfte große Anforderungen stellenden“ (Dieing 1939, 5) Arbeit identifiziert werden, die im Laufe der 30er Jahre mit unterschiedlichen Bezeichnungen stattfand: Dorfcaritaskurse (Fahl 1933, 80), Einkehrtage für Werkhelferinnen in Familie und Verein (Keller 1933 b, 56), Einkehrtage für Dorfc Caritas (Sturm 1935, 60), wobei in der öffentlichen Darstellung meist der religiös besetzte Begriff ‚Einkehrtage‘, intern vor allem ‚Dorfcaritaskurse‘ verwendet wird. J.B. Dieing spricht namentlich von Cilly Böhle⁹, Orpha Fahl¹⁰, Martha Lang¹¹, Angela Rozumek¹², Hildegard Seidel¹³,

7 Beim ‚Fachausschuss für Caritaspflege auf dem Lande‘ am 28.5.1926 in Trier wurde über das Vorhaben berichtet, Dorfc Caritas in das Arbeitsprogramm der Katholischen Burschenvereine Bayerns aufzunehmen (ADCV 022.2.030).

8 ADCV, R 288

9 Cäcilia (Cilly) Böhle, 1911-1974, 1930 Abitur in Paderborn, ab 1931 Studium der Volkswirtschaft und der Caritaswissenschaften (Diplom 1933) in Freiburg, 1938 Dr. rer. pol., ab 1933 beim DCV in der Dorfc Caritas, seit 1938 an der Sozialen Frauenschule, 1943-65 leitend, 1959-74 Gründung und Leitung des Seminars für Sozialarbeit in Übersee, 1970-73

nicht veröffentlichte Quellen nennen bis 1935 auch Ingeborg Wirth¹⁴.

Dass ausschließlich Frauen mit diesem innovativen Ansatz arbeiteten, scheint mit dem kirchlichen Rollenverständnis der Zeit zusammen zu hängen, das den diakonischen Dienst als „Berufung der Frau“ verstand (Krause-Lang 1995, 104): als Zielgruppe galten die Frauen in den Dörfern. Als professionelle MultiplikatorInnen waren bis dahin im Kontext dieses Themas und dieser Zielgruppe ausschließlich der Klerus und – wo es Schwesternstationen gab – Ordensfrauen tätig. Allerdings hatten seit Beginn des 20. Jahrhunderts durch den Ausbau der Frauenverbände auch innerkirchlich weibliche Leitungsstrukturen an Bedeutung gewonnen und sich gleichzeitig in der Repu-

-
- Leiterin der Abteilung Auslands- und Katastrophenhilfe und Vorstandsmitglied des DCV
- 10 Orpha Fahl, geb. 23. 11. 1909 in Rehden (damals Westpreußen), 1929 Abitur, Studium der Volkswirtschaft und der Caritaswissenschaften (Diplom 1931) in Königsberg, Freiburg und Berlin, ab 1933 beim DCV im Referat Dorfc Caritas, 1939 Wiederaufnahme des Studiums, 1941 Dr. rer. pol., 1941-43 in der Rechts- u. Sozialstation der Chemischen Werke Hüls, 1943-45 Sachbearbeiterin im Reichsamt für Wirtschaftsaufbau in Berlin, ab 1945 beim Caritasverband Berlin in der Flüchtlingsarbeit, 1949-52 Leitung des Seminars für Seelsorgehelferinnen in Erfurt, dann Leitung der Caritas-Betreuungsstelle im Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde, später Wechsel zum Katholischen „Lagerdienst“ nach Dortmund, Hildesheim, Freiburg. 1960 Dozentin am Seminar für Soziale Berufsarbeit, später Fachhochschule in Frankfurt/Main, dort auch langjährige Vorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes. 1991 Umzug nach Berlin
 - 11 Martha Lang (später Krause-Lang), geb. 26.3.1912 in Oberammergau, 1931 Abitur in München, Studium der Volkswirtschaft und Caritaswissenschaften (Diplom 1933), in Bonn, Wien und Freiburg, 1938 Dr. rer. pol., 1934-39 beim DCV für Dorfc Caritaskurse, 1939 Heirat und Umzug nach Nordböhmen, 1944 verwitwet, 1945 örtliches Nothilfswerk in Oberammergau, 1946 Referentin für Flüchtlingsfürsorge beim bayrischen Staatskommissariat für Flüchtlingswesen, 1948 Dozentin an der Sozialen Frauenschule der Stadt München und Studienaufenthalt in den USA, 1960 Direktorin der Münchener Katholischen Frauenschule (Ellen-Ammann-Schule), die 1972 in der Katholischen Stiftungsfachhochschule für Sozialarbeit aufging, dort Vizepräsidentin bis 1976, anschließend Kurse für die Nachqualifizierung italienischer SozialhelferInnen mit dem DCV und von AltenheimleiterInnen mit Landes Caritasverband Bayern, Weiterbildung von ehrenamtlichen CaritasmitarbeiterInnen, 1983 Umzug nach Aachen, Altenbildung und Schriften zur Altenproblematik.
 - 12 Angela Rozumek, 1904-1963, 1928 Abitur, dann Studium der Philosophie, Psychologie, Pädagogik, Germanistik, Theologie und Caritaswissenschaft (Diplom 1930) in Freiburg, Berlin, Breslau und Bonn, 1935 Dr. phil., anschließend Religionslehrerin in Glatz, dann Dorfc Caritaskurse im Auftrag des Diözesan Caritasverbandes Breslau. 1937 zum DCV-Referat Dorfc Caritas, kurz darauf bis 1946 Diözesansekretärin in der Grafschaft Glatz. Ab 1949 wieder beim DCV in Freiburg u.a. in der Schriftleitung der Zeitschriften „Caritas“ und „Das Dorf“.
 - 13 Hildegard Seidel, 1904-1986, 1935 im Diözesan Caritasverband Breslau für Dorfc Caritaskurse, 1937-1947 im Seelsorgeamt Breslau als Diözesanreferentin der Jugendjugend, 1947-1959 als Sozialreferentin im Jugendhaus Düsseldorf (Hauptstelle für Jugendseelsorge und des BDKJ), später Unterricht im Seminar für Heimerzieherinnen der Töchter vom Heiligen Kreuz in Düsseldorf.
 - 14 Ingeborg Wirth, geb. 12.11.1907, studierte in Freiburg 1929-32 Geschichte und Caritaswissenschaften (1930 Diplom), war 1931 Assistentin am Institut für CW und führte zumindest im Winter 1934/35 Dorfc Caritaskurse durch. Weitere Informationen konnten nicht gefunden werden.

blik deutlich politisch situiert: das Modell der in der Öffentlichkeit – besonders zu Sozial- und Bildungsthemen – tätigen Laien-Frau war bereits wirksam. Gleichzeitig waren Frauen mit Hochschulstudium zwar noch eine Minderheit, doch nicht mehr vereinzelte Ausnahmen; ihre beruflichen Möglichkeiten wurden aber nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im staatlichen Kontext massiv zurückgeschraubt, während im kirchlichen Raum professionelle Wege offen blieben.

Die ausschließliche Orientierung auf Frauen als Zielgruppe wurde zwar bald korrigiert – ein Beispiel für die konzeptionellen Anpassungen, die die Akteurinnen aufgrund der gemachten Erfahrungen im Lauf der Kurstätigkeit vornahmen, aber die Kurse blieben deutlich stärker von Frauen besucht. Die Mehrzahl der Veranstaltungen wurde geschlechtsspezifisch – häufig auch altersspezifisch – zugeschnitten. Aus den Quellen geht nicht hervor, dass durch die später auch teilnehmenden Männer die professionelle Rolle dieser Frauen in Frage gestellt worden wäre.

Studium am Institut für Caritaswissenschaft

Auffallend ist, dass nicht Absolventinnen der sozialen Ausbildungsstätten des Caritasverbandes (Wollasch 1978) – der Sozialen Frauenschule, der Katholischen Gemeindefördererschule, des Jugendleiterinnenseminars, des Seminars für Wohlfahrtspfleger – als Kursleiterinnen herangezogen wurden, sondern Studierende, meist der Wirtschaftswissenschaft, die das Zusatzstudium Caritaswissenschaft abgeschlossen hatten.¹⁵ Am Caritaswissenschaftlichen Institut (CWI) war der Anteil der Frauen unter den Studierenden deutlich höher als an der übrigen theologischen Fakultät und der Universität insgesamt.

Dieses viersemestrige Studium¹⁶ umfasste obligatorisch zwölf Vorlesungen zu „Caritaswissenschaft“, verschiedenen Arbeitsfeldern und auch zu rechtlichen, politischen und ethischen Fragestellungen sowie vier Seminare zu Armen-, Familien- und Jugendfürsorge und zu Seelsorgehilfe und Laienpastoral. Ferienpraktika in sozialen Institutionen wurden empfohlen, Studienfahrten organisiert.

Die Nähe zur Zentrale des CV ermöglichte Kontakte zu den dortigen Vertretern caritativer Arbeitsfelder und die Überschaubarkeit des Instituts förderte intensives Diskutieren zu den aktuellen Zeitfragen. Unter den Stu-

15 Die studienbezogenen Daten konnten im Archiv der Universität Freiburg recherchiert werden: in den Studierendenverzeichnissen (UAF A 66 Nr. 16 u.17), den Exmatrikelverzeichnissen (UAF B 44 66, 153 u. 155) sowie den Akten aus dem Institut für Caritaswissenschaft (UAF B 192, 2 u.3). Auch H. Seidel, die als Einzige aus dieser Gruppe nicht Studentin am CWI in Freiburg war, hatte Volkswirtschaft studiert.

16 Lehrgang des Instituts für Caritaswissenschaft an der Universität Freiburg i.Br., in: Jb der CW 1934, 193 (II)-196

dierenden dominierte die grundsätzliche Kritik an der nationalsozialistischen Ideologie (Krause-Lang 1995, 74f). Allerdings war nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten „Vorsicht“ angebracht¹⁷; Keller, der Leiter des CWI, reagierte mit einer deutlichen Anpassung in seinen Schwerpunktthemen und einigen Positionen.

Jugendbewegung und kirchliche Erneuerung

Die meisten der Akteurinnen der Dorfc Caritas sind durch die Aufbruchstimmung beeinflusst, die sich mit Jugend- und Studentenbünden wie der Quickborn-Bewegung (Guardini 1966), der Hochland-Studierendengruppe und anderen verband. Beziehungen zu den katholischen Frauenverbänden sind bei ihnen nur punktuell feststellbar.¹⁸

Wandern, singen, Volkstanz, Laienspiel, liturgische Erneuerung, oft auch Abstinenz prägten die Gemeinschaften. Ursprünglichkeit, Einfachheit, Wahrhaftigkeit als grundlegende Werte verbanden sich mit Ideen einer Volksbildung, die bäuerliche und handwerkliche Traditionen und Fähigkeiten hoch schätzte und einbezog, bis hin zu eigenen Angeboten einer schichtenübergreifenden Erwachsenenbildung z.B. in Ferienzeiten.¹⁹ Eine enge Verbindung von Gemeinschaft sowie Bildung und Erziehung wurde als grundlegend betrachtet (Seidelmann 1966; Böhnisch/ Schröer 1997).

In katholischen Jugendbünden wie dem Quickborn kamen zu den bündischen Ideen und Verhaltensweisen religiöse Impulse, die Glaubensfragen reflektierten und in einer liturgischen Bewegung Ausdruck fanden, die gesamtkirchlich erst im Zweiten Vatikanischen Konzil rezipiert wurde. Aktive Mitfeier von Gottesdiensten durch die Verwendung der Volkssprache und das deutsche Kirchenlied, neue bzw. neu gefüllte Gottesdienstformen sowie ein erneuertes, durch die Gemeinschaftsideen der Jugendbewegung inspiriertes Kirchenverständnis wurden von zentraler Bedeutung.

Wie sehr dies den aktiven Teil dieser jungen Generation von Katholiken prägte, zeigt sich auch beim Jungmännerverband, innerhalb dessen vor allem die Sturmschar und die St.Georgs-Pfadfinder deutliche bündische Charaktere

17 So wurde z.B. der Fachschaftsvorsitzende, späterer Caritasdirektor von Breslau (Dr. Konrad Winkler), wegen eines bei einem studentischen Zusammensein kritisch variierten Liedes zu Vernehmungen geholt.

18 So hatte M. Lang ihre Abschlussarbeit am CWI über „Das sozialcaritative Moment in der organisierten katholischen Frauenbewegung“ geschrieben (UAF B 192/3) und A. Rozumek 1935-38 Artikel über Caritasheilige für die Zeitschrift des KDF „Die christliche Frau“ beigesteuert. Zu den Dorfc Caritaskursen sind aber weder in dieser Zeitschrift Hinweise zu finden, noch in dem Blatt der Berufsgruppe (Mitteilungen des Vereins Katholischer Deutscher Sozialbeamtinnen 1924-35, Mitteilungen des Hedwigsbundes 1936-39), bei dem Helene Weber eine große Bedeutung zukam.

19 Von großer Ausstrahlung war in dieser Hinsicht das Volkshochschulheim ‚Boberhaus‘ der Schlesischen Jungmannschaft in Löwenberg, Schlesien (Schmid-Egger 1975, 130ff).

ristika aufwiesen. Das „Wolker-Grundgesetz“²⁰ mit seiner dreifachen Zielsetzung – „Jugendreich der Freude, Lebensschule junger Christen, Jungkatholische Aktion“ (Hastenteufel 1962, 23) – unterstrich die Verbindung der Elemente Erlebnis, Bildung und Handeln.

So hatte für die Leiterinnen der Dorfcaritaskurse Gemeinschaftspflege einen zentralen Stellenwert; damit verband sich die Wertschätzung der „einfachen Leute“ und der Gedanke der Volksbildung. Dazu kam die starke Motivation, an der kirchlichen Erneuerung mitzuarbeiten und Caritas als eine zentrale Wesensäußerung christlicher Gemeinde zu verankern. Diese Ziele und Vorstellungen blieben für sie nach der nationalsozialistischen Machtübernahme unverändert bestimmend; für ihre Umsetzung konnte der kirchliche Binnenraum genutzt werden.

3 Die Dorfcaritaskurse

Der verbandspolitische Kontext

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme mit den schnell einsetzenden Unterdrückungsmaßnahmen bis schließlich zum Verbot der katholischen Personalverbände wurde versucht, zielgruppenorientierte Arbeit unter dem Dach der verfassten Kirche als Jugend- und Frauenseelsorge weiterzuführen.

Der Caritasverband war 1933 neben der Inneren Mission der evangelischen Kirche und dem Deutschen Roten Kreuz als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege anerkannt worden, wobei die neu konstituierte NS-Volkswohlfahrt durch Hitler als zuständig für alle Fragen der Volkswohlfahrt und der Fürsorge erklärt worden war. Diese vier bildeten die „Reichsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Deutschlands“ – die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden ebenso wie die christliche Arbeiterhilfe und die Arbeiterwohlfahrt, die zuvor mit zur Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege gehört hatten, blieben ausgeschlossen oder wurden aufgelöst (Kreutz 1934).

In seiner Kommentierung der neuen Situation schreibt der Präsident des DCV Anfang 1934 u.a. „Für die Caritas bleibt weiter als wichtige Aufgabe, bei der sie sich mit dem Wollen der neuen Kräfte der Volksgemeinschaft trifft: die Weckung und Pflege des Caritasgedankens in den naturgewachsenen Hilfsgemeinschaften der Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft und besonders auf dem Lande der Dorfgemeinschaft.“ (Kreutz 1934, 16)²¹

20 Ludwig Wolker, 1887-1955, 1926-39 Generalpräses des Katholischen Jungmännerverbandes Deutschlands, 1947-52 Bundespräses des Bundes der deutschen katholischen Jugend.

21 Benedikt Kreutz, 1879-1949, 1902 Priesterweihe, verschiedene Seelsorgestellen, 1919

Die Stärkung der Caritasarbeit an der Basis, in den Gemeinden, war also eine Strategie der Leitung des Verbandes angesichts der politischen Verhältnisse. Bereits im Januar 1934 wurde allen Pfarrern eine zehnteilige Arbeitsmappe „Wir bauen die Pfarrcaritas“ angeboten²², sie enthielt u.a. eine theologisch-ecclesiologische Fundierung, Hinweise zur Arbeit im Pfarr-Caritausschuss und zur Mitgliederwerbung, Predigtanregungen. Ausdrücklich wurde beim Zentralrat des DCV im November 1933 in Berlin entschieden: „Schwerpunkt der Caritasarbeit ist die Pfarrei.“²³

Die dörfliche Situation wurde besonders fokussiert: hier konnte der DCV auf entsprechende Vorarbeiten zurückgreifen; auf der Begründungsebene gab es in der zeitspezifischen Idealisierung des Bauerntums Berührungspunkte mit den Herrschenden.

Ziemlich deutlich signalisiert ein interner Vermerk des Referenten für Dorfcaritas vom 21.07.1933 für die Leitung des DCV²⁴, dass die Verankerung der Caritas in den Dörfern in Konkurrenz zu den NS-Gliederungen intensiviert werden sollte. Neben der Anregung, mit dem Reichsernährungsministerium und dem Reichsleiter für Siedlungswesen zusammenzuarbeiten – noch wurde also mit Spielraum zwischen der NSDAP und den staatlichen Institutionen gerechnet – wird insistiert, dass die Diözesan-Caritasverbände dem Land Aufmerksamkeit schenken sollten. Schließlich wird die Intensivierung der Schulungsarbeit für die Landbevölkerung mit dem Ziel vorgeschlagen, den Caritasgedanken in jedes Dorf zu tragen. Dabei sollte auch Brauchtumpflege integriert werden, um den „Kulturwartinnen“ der NS-Frauenschaften nicht das Feld zu überlassen.

Während bis zum Beginn der 30er Jahre die Zielgruppe der Konferenzen und Kurse für Dorfcaritas „im Dienste der Interessierung und Schulung der führenden Kreise des Dorfes, in erster Linie der Geistlichen, aber auch der Lehrer und Lehrerinnen, Bürgermeister, Gemeindevorsteher, Vorstandsmit-

Leiter der Hauptvertretung Berlin des DDCV, 1921-1949 Präsident des DCV. Der zeitspezifische Sprachgebrauch und der Versuch, Kommunikationsebenen mit den neuen Machthabern aufrecht zu erhalten, wurde von den Zeitgenossen nicht als Widerspruch zur Gegnerschaft in Grundsatzfragen verstanden. Gerade Prälat Kreutz hatte innerkirchlich bei den Konkordatsverhandlungen auf die Aushandlung besserer Konditionen insbesondere für die katholischen Verbände gedrängt; die Bischöfe und die vatikanischen Beauftragten entschieden sich demgegenüber für eine schnelle Ratifizierung (Scholder 1977, 521). Allerdings beinhaltete die Nutzung der von den Nationalsozialisten zunehmend besetzten Begrifflichkeit auch die Gefahr der inhaltlichen Vereinnahmung: so wurde etwa der Begriff „Volksgemeinschaft“ zu einer den jüdischen Bevölkerungsteil ausschließenden Vokabel verengt.

22 ADCV 319.4 A02/05p

23 ADCV 111.055: Anlass hierfür war der Antrag des KDF, die Caritaskommission des Frauenbundes („Hedwigsdienst“) in den DCV einzugliedern. Das wurde abgelehnt, da man eine einheitliche Lösung im Blick auf ähnliche Tendenzen bei anderen Personalverbänden anstrebte und dafür die Einbeziehung auf örtlicher Ebene favorisierte.

24 ADCV 022.2.030 Fasz. 4

glieder religiös-kirchlicher, berufsständischer und wirtschaftspolitischer Vereine²⁵ gestanden hatten, entwickelten sich ab Winter 1930/ 31 erste Ansätze der „Heranbildung von ehrenamtlichen Caritaskräften“, zwei- bis dreitägige Kurse für Landmädchen, u.a. aus „Jungfrauenkongregationen und -vereinen“; der Bericht erwähnt fünf Veranstaltungen in der Diözese Freiburg, zwei in Rottenburg, im Folgejahr in 35 Pfarrgemeinden der Diözesen Trier und Würzburg²⁶.

Ein zweiter Schwerpunkt wurde ab 1931 in neuen landwirtschaftlichen Ansiedlungen auf ehemaligen Großgütern im Osten Deutschlands gesetzt. Die dort arbeitende Referentin aus der Arbeitsgemeinschaft für Dorfcaritas, Orpha Fahl, vertrat einen breiten Bildungs- und Organisationsansatz: „nicht nur eine neue Dorfgemeinschaft, sondern auch eine neue Dorfkultur (...) soll sich entwickeln“ (Fahl 1933, 221).

Die bereits formulierten und ansatzweise erprobten Konzepte der „Elementarschulung“ sollten nun verstärkt realisiert werden: Vom 06.08.1934 datiert eine Notiz des Caritas-Präsidenten Kreutz an Pfarrer Dieing, dass neben Orpha Fahl auch Cilly Böhle und Ingeborg Wirth auf der Grundlage von Zeitverträgen für die Dorfcaritaskurse „herangezogen“ werden können;²⁷ auch Martha Lang führte in diesem Winter bereits Kurse durch. Diese Ansätze konnten als kirchlich-caritatives Angebot innerhalb, wenn auch oft an der Grenze des staatlich zugestandenen Aktionsrahmens ausgebaut werden.

Inhalte und Methoden

Im Bericht über die Kursreihe in den ersten Monaten des Jahres 1934 in Schlesien fasste C. Böhle die Leitidee so zusammen: „Die Aktivierung des Laienapostolates durch die werktätige Nächstenliebe, Weckung und Förderung des Gemeinschaftsbewusstseins in Familie, Nachbarschaft und Gemeinde aus letztem, religiösen Verantwortungsgefühl heraus als Auswirkung der Lebens- und Liebesgemeinschaft der Kirche.“²⁸

Aus den Berichten geht hervor, dass die Referentinnen ein Gerüst an Themen für die Kurse mitbrachten, zu denen sie vortrugen, wobei auch individuelle Schwerpunktsetzungen erkennbar sind. Verschiedene stichwortartige Ablaufpläne²⁹ illustrieren den Aufbau der Kurse.

Thematisiert wurden Fragen des Familienlebens und der Caritas als zentraler Dimension kirchlicher Gemeinschaft. Außerdem wurden Einzelbereiche

25 Bericht über die Tätigkeit des Referates Dorfcaritas und der Arbeitsgemeinschaft für Dorfcaritas Mai 1928-Mai 1931 (ADCV 319.4 A 02/05 p Fasz. 01)

26 ADCV 319.4 A02/05p

27 ADCV 022.2.030 Fasz. 01

28 ADCV 022.2.030 Fasz.02, Bericht Böhle, Winter 1934

29 Bericht Lang, Winter 1938/39, in: ADCV 022.2030. Fasz 02 und Rozumek, Angela, handschriftl. Blätter ADCV 093.4 N30 Farz. 10-11, 19./20. Sept. 1938

behandelt: Müttererholung, Pflegekinder, Mütterhilfswerk, Ferien für Stadtkinder, Sorge für Alte und Kranke und zunehmend auch die Aufgaben, die sich durch „Wanderungsbewegungen“ ergaben (aufgrund von Arbeitsdienst, Abwanderung, später Bau von Befestigungsanlagen entlang der Grenzen). Damit gab es in den Themen Schnittmengen mit auch staatlich propagierten Aufgaben, wobei die Unterschiedlichkeit der Perspektive für die TeilnehmerInnen anscheinend deutlich wurde. So wird z.B. die Reaktion wiedergegeben; „Gott sei Dank, (...) dass wir auch moderne Dinge aus katholischer Sicht hören können.“³⁰

Dorfcaritaskurse wurden i.A. von den diözesanen Caritasverbänden organisiert: über die kirchenamtlichen Strukturen – in manchen Bistümern auch über schon aufgebaute Kreiscaritassekretariate – wurden Informationen darüber an die Pfarrer gegeben, diese konnten ihr Interesse anmelden; mit diesen Rückmeldungen wurden ein Itinerar und ein Zeitplan für die jeweilige Kursleiterin erstellt. Durch Ankündigung in den Gottesdiensten wurde zu den Veranstaltungen eingeladen – im ersten Winter Frauen und Mädchen, später dann zunehmend „alle Stände“ der jeweiligen Gemeinde, wobei Wert darauf gelegt wurde, dass alle, nicht nur die bereits Engagierten, sich angesprochen fühlen sollten. Die Veranstaltungen fanden in den für die Landbevölkerung weniger arbeitsintensiven Wintermonaten statt, für die Kursleiterinnen bedeutete dies allerdings zusätzliche Erschwernisse beim Reisen: da keine Autos zur Verfügung standen, mussten die Strecken mit der Bahn, oft aber auch zu Fuß oder mit Pferdefuhrwerken bewältigt werden (Fahl 1998, 5). Ort der Zusammenkünfte waren meistens kirchliche Räume: Gemeindsaal, Kindergarten, manchmal ein Gasthaus; als der staatliche Druck sich verstärkt auch Sakristeien oder sogar Kirchen.

Alle Kursleiterinnen signalisieren in ihren Berichten eine Vielfalt an methodischen Alternativen. „Nach einem bestimmten Schema vorzugehen, wäre unmöglich gewesen. Vor allem kam es darauf an, die örtlich verschiedenen Voraussetzungen der Arbeit, die religiös-sittlichen Verhältnisse, soziale Struktur, charakterliche Eigenart, kulturelle und bildungsmäßige Lage einer Gemeinde schnell und richtig zu erfassen.“³¹ Ankunftstag und Vormittage wurden für Kontakte mit MultiplikatorInnen genutzt, vor allem den Ortsgeistlichen und LehrerInnen, mit Schwestern, die mancherorts in der Krankenpflege, Kindergarten und Nähstuben tätig waren, mit ehrenamtlichen CaritashelferInnen, aber auch mit anderen Gemeindemitgliedern. Es ging darum, Informationen über die Situation vor Ort zu gewinnen und örtliche Besonderheiten und Wünsche für die Ausgestaltung der Kurse aufzunehmen. Auch Gespräche über persönliche Probleme von Teilnehmerinnen werden immer wieder erwähnt.

30 ADCV 022.2.030 Fasz.02, Bericht Fahl, Januar bis Mai 1934

31 ADCV 022.2.030 Fasz.02, Bericht Böhle Jan.-April 1934, 3

Nachmittags und abends folgten jeweils zwei- bis dreistündige Veranstaltungseinheiten, bei denen die zentralen Fragestellungen unter Einbeziehung der TeilnehmerInnen erarbeitet wurden. So wurde z.B. am ersten Tag die Bedeutung von Caritas zusammen mit dem Familienleben der DorfbewohnerInnen verbunden, am zweiten Tag stand die Gemeinde im Mittelpunkt und es wurde gefragt: „Was ist in unserem Dorf los, wo drückt uns der Schuh? Gibt es bei uns Arme? Wen heißen wir eigentlich 'arm'?“ (Krause-Lang 1995, 105). Auch die Suche nach Mitteln und Helfern für die ländliche Caritasarbeit am dritten Tag bedingte die Partizipation der Teilnehmenden. Neben Vorträgen, Arbeitskreisen und „Aussprachen“, wie diese Beteiligungselemente im Sprachstil der Zeit hießen, gab es musisch-kulturelle Elemente: wohl immer Singen und die Vorbereitung liturgischer Feiern, aber auch Erzählen von Heiligenlegenden, Basteln, Volkstanz u.a. Den Abschluss bildete eine liturgische Feier, oft auch ein Gemeindeabend mit Liedern, Rezitationen, manchmal mit Lichtbildern oder einem Film über Caritasarbeit.

Nachdem anfangs ausschließlich Frauen und Mädchen als Zielgruppe im Blick waren, wurde dies aufgrund der Auswertungen bereits im zweiten Winter verändert. So stellt z.B. O. Fahl in ihrem Bericht 1934/35 dar, dass die Kurse gleichzeitig aus Veranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen bestanden, für alle Gemeindemitglieder, für Frauen und Mädchen und speziell für Männer und Jungmänner.

Aufgetretene Probleme und übergreifende Fragestellungen wurden wiederholt mit Caritasverantwortlichen auf der Diözesanebene besprochen, es wurden Kontakte mit Caritassekretariaten auf Kreisebene hergestellt bzw. aktualisiert – z.B. durch die Einbeziehung der Kreissekretärin am letzten Tag der Veranstaltung.

Ein Jahr später konnte ein Aufbaukurs stattfinden, in dem auch die Erfahrungen mit der Umsetzung der im Elementarkurs herausgearbeiteten Aufgaben besprochen wurden.

Diese Art handlungsorientierter religiös-caritativer Bildungsarbeit fand ein positives Echo: immer wieder wird von „lebhaften Aussprachen“, von der Bitte um weitere Kurse und von wichtigen Gemeinschaftserfahrungen berichtet. Dabei spielte der Faktor, dass Laien, junge Frauen, diese Impulse gaben, eine wichtige Rolle.³²

Schwierigkeiten

Die auftretenden Probleme sind in den Berichten meist nur dezent angedeutet; sie hatten zu tun mit der extremen Dichte der Einsätze, mit Vertretern des Klerus und mit der politischen Gratwanderung im Nationalsozialismus.

32 ADCV 022.2.030 Fasz.02 (z.B. Bericht Böhle Jan.-April 1934, 2, Fahl Jan.-Mai 34, 3, Seidel 1935/36, 7f, Lang 1935/36, 3 u. 1938/39, 2)

Die Arbeitsbelastung, die diese jungen Frauen mit viel Engagement während der Winterhalbjahre auf sich nahmen, war extrem hoch. O. Fahl merkt wiederholt an, dass eine Kursdauer von drei Tagen insbesondere nach der Einbeziehung der Männer zu kurz sei und der schnelle Rhythmus zur gesundheitlichen Belastung führe. C. Böhle resümiert: „Diese Kursarbeit erforderte eine ungeheure Vielseitigkeit und Elastizität.“³³ Ihre knappen Tagebuchnotizen³⁴ aus zwei Kurswintern in Schlesien geben einen Eindruck von der Dichte und Intensität dieser Arbeit.

Sehr unterschiedlich wurde die Zusammenarbeit mit dem örtlichen Klerus erlebt: da gab es die Erfahrung, dass in „den Pfarreien mit den aufgeschlossensten Geistlichen (...) eine Menge örtlicher Caritasorgen“³⁵ aufzureifen waren, dass andererseits aber „ein gründliches Wissen um die Caritasprobleme auf dem Lande den meisten Pfarrern abgeht, sehr oft sogar die lebendige Caritasidee von dieser allerberufensten Seite überhaupt nie in das Volk hineingetragen wurde.“³⁶ Manchem Amtsträger waren die Vorbehalte gegenüber diesen jungen Laien-Frauen anzumerken, andere würdigten die Kurse „als außerordentliche Seelsorgshilfe“³⁷.

Alle Akteurinnen waren sich klar darüber, dass diese Kurse politisch brisant waren. Darüber wurde eher zwischen den Zeilen geschrieben: „Im Ganzen verlief die Arbeit reibungslos. Wo Schwierigkeiten einer örtlichen Stelle vorauszusehen waren oder sich anmeldeten, konnten sie mit dem Hinweis auf die Erlaubtheit caritativer Schulungsarbeit (...) behoben werden.“³⁸ Entsprechend wurde die Terminologie angepasst: „Die Kurse wurden meist unter dem Namen „Caritative Einkehrtage“ angekündigt, um Missverständnissen vorzubeugen.“³⁹ Besonders im Westen war oft der örtliche Rückzug nötig: „Eigentliche Zusammenstöße mit politischen oder behördlichen Stellen sind nicht vorgekommen. An vielen Orten wurden die Vorträge in der Kirche abgehalten.“⁴⁰ Auch für die TeilnehmerInnen ergaben sich immer wieder Konflikte: „Schwierigkeiten, die den katholischen Angehörigen nationalsozialistischer Verbände⁴¹ von Seiten ihrer örtlichen Führung wegen der Teilnahme an den Lehrgängen mancherorts gemacht wurden, konnten nach persönlichen Aussprachen meistens überwunden werden.“⁴²

33 ADCV 022.2.030 Fasz.02, Fahl z.B. Winter 34/35 Niederschlesien, Böhle Jan.-April 34, 3

34 ADCV 131, 1933/34 und 1934/5, Schlesien

35 ADCV 022.2.030 Fasz.02, Lang 1938/39, 2

36 ADCV 022.2.030 Fasz.02 Lang Winter 1934/35, 3

37 a.a.O. Fahl Jan.-Mai 1934, 3

38 a.a.O. Seidel 1935/36

39 a.a.O. Lang Jan.-April 1938

40 a.a.O. Wirth Winter 1934/35, 1

41 Lang erwähnt in ähnlichem Zusammenhang hier insbesondere die NS-Volkswohlfahrt und das Hilfswerk Mutter und Kind (a.a.O. Lang Winter 1938/39)

42 a.a.O. Böhle Winter 1934, 1

Etwas deutlicher lässt sich diese Gratwanderung in den biographischen Notizen nachvollziehen. „Immer bestand Gefahr, dass nationalsozialistische Behörden nicht nur kontrollierten und nach Ungesetzlichkeiten fahndeten. Es kam auch vor, dass ich mehrere Stunden verhört wurde (...) wegen Verdachts eines Verstoßes gegen das Sammlungs- und das Versammlungsgesetz. Die Anzeige blieb freilich ohne Folgen.“⁴³ Und O. Fahl berichtet aus dem Winter 1938/39 „In dieser Zeit verhörte mich mehrfach die Gestapo, die mich schon lange observiert hatte, und die mir unmissverständlich klar machte, dass ich bei einer Fortführung meiner Tätigkeit nicht mehr nach Hause zurückkehren würde.“ (Fahl 1998, 6)

Verbreitung

Die Dorfcariaskurse waren 1933/34 bis zum Winter 1939 in einigen Diözesen stark nachgefragt, wie aus den Berichten der Referentinnen im Archiv des DCV hervorgeht. Regionale Schwerpunkte bildeten Schlesien (Diözese Breslau und der preußische Teil der Diözese Olmütz) und die Diözesen des Südwestens (Trier, Mainz, Rottenburg, Freiburg). Aber auch aus Kursen in der Prälatur Schneidemühl (Westpreußen) und den Diözesen Ermland (Ostpreußen) sowie Münster und Paderborn liegen Berichte vor.⁴⁴ Darüber hinaus legen biographische Aufzeichnungen zumindest von zwei der Akteurinnen nahe, dass neben den in den vorliegenden Berichten erfassten Veranstaltungsreihen noch weitere Einsätze stattgefunden haben.⁴⁵

Über den Winter 1934/35 liegen relativ detaillierte Berichte vor, die auch Angaben über TeilnehmerInnenzahlen beinhalten. C. Böhle berichtet von 39 Elementarkursen in (vor allem Ober-) Schlesien mit 5.360 TeilnehmerInnen, elf Aufbau- und Helferkursen mit 689 und drei Einzelvorträgen mit 140 TeilnehmerInnen – von Mitte Oktober bis Anfang Mai waren bei 53 Veranstaltungen 6.191 Gemeindeglieder erreicht worden. O. Fahl erreichte mit 46 Veranstaltungen in Niederschlesien 3.849 TeilnehmerInnen. Darüber hinaus gestaltete sie in der freien Prälatur Schneidemühl elf achttägige örtliche Kurse mit 2.271 und drei Helferkurse mit 85 TeilnehmerInnen. Sie gibt auch einen Überblick über die Teilnehmergruppen: bei ihren 60 Veranstaltungen (6.205 T.) machten 3.049 Frauen, 1.551 Mädchen, 896 Kinder und 709 Männer und Jungmänner mit. Damit waren etwa drei Viertel der Angesprochenen weiblich.

43 Krause-Lang 1995, 107. Auch von A. Rozumek sind viele Vorkommnisse dieser Art mündlich berichtet.

44 ADCV 022.2.030 Fasz.02

45 So erwähnt M. Krause-Lang einen langen Winter mit Kursen in Oberschlesien (Krause-Lang, Martha, in: Heitkamp, Hermann, Plewa, Alfred (Hg): Soziale Arbeit in Selbstzeugnissen, Band 2, Freiburg 2002, 154), O. Fahl benennt neben Schlesien, West- und Ostpreußen auch Pommern, Mecklenburg und Brandenburg als Einsatzorte (Fahl 1998, 5).

I. Wirth hielt in der Diözese Mainz 3 dreitägige Elementar- und 9 achttägige Aufbaukurse, dazu 9 dreitägige Elementarkurse in der Erzdiözese Freiburg, M. Lang in den Diözesen Mainz und Rottenburg 23 Elementarkurse. Angaben zu TeilnehmerInnenzahlen liegen bei beiden nicht vor. Berichte aus den Folgejahren⁴⁶ lassen vermuten, dass auch hier im Schnitt etwa 100 TeilnehmerInnen, besonders Frauen und Mädchen, pro Gemeindeveranstaltung geschätzt werden können.

Damit hielten im Winter 1934/35 vier Akteurinnen 145 Dorfcari taskurse in sechs Diözesen mit über 15.000 TeilnehmerInnen, dazu kamen noch Einzelvorträge und Konferenzen.

In den folgenden Jahren kamen zu den bereits involvierten Diözesen noch Trier dazu, wo vor allem M. Lang Elementar- und Aufbaukurse hielt, sowie Münster und Paderborn, wo A. Rozumek neben ihrer Tätigkeit in Schlesien wirkte. Für die Fortführung der Arbeit in der Diözese Breslau wurde H. Seidel vom dortigen Caritasverband eingestellt, O. Fahl wurde für die Arbeit als „Diasporahelferin“ in den nordöstlichen Diözesen Berlin und Ermland sowie der Freien Prälatur Schneidemühl vom DCV beurlaubt.

Mit Beginn des zweiten Weltkriegs brachen die Dorfcari taskurse ab. Zu diesem Zeitpunkt hatte aus der Gruppe der Akteurinnen O. Fahl aufgrund der Gestapo-Drohungen wieder das Studium aufgegriffen, A. Rozumek übernahm eine zentrale Funktion im Caritasverband der Grafschaft Glatz, H. Seidel war zur Jugendseelsorge in der Diözese Breslau, C. Böhle als Dozentin an die Soziale Frauenschule des DCV in Freiburg gewechselt, M. Lang schied mit ihrer Heirat im Sommer 1939 und dem damit verbundenen Umzug nach Nordböhmen aus der Arbeit aus.

Eine systematische Auswertung dieses Ansatzes konnte nicht mehr erfolgen: „Dass dieses mehrjährige Experiment mit Ausbruch des Krieges eingestellt wurde, ohne dass seine nachhaltige Wirkung überprüft werden konnte, war eine Folge der äußeren Umstände und scheiterte keineswegs am fehlenden Enthusiasmus.“ (Krause-Lang 2002, 155) In der Nachkriegszeit, nach Flucht und Vertreibung, die die meisten der Akteurinnen auch persönlich betrafen und beruflich förderten, bedingte der gesellschaftliche Wandel der Fünfziger- und Sechzigerjahre andere Schwerpunkte.

4 Rück- und Aus-Blicke

Vielen Fragen, die sich im Verlauf dieser Spurensuche stellten, konnte hier nicht weiter nachgegangen werden: so z.B. der Bewertung dieses Ansatzes im Kontext anderer, gleichzeitiger Stränge Sozialer Arbeit im Caritasverband

46 ADCV 022.2.030 Fasz.02, so z.B. Lang 1935/36, 2

oder der Analyse der Motive der Verbandsleitung, ausschließlich Frauen als Kursleiterinnen heranzuziehen. So wäre zu überprüfen, ob Frauen als „politisch unverdächtiger“ galten oder ob Fragen der finanziellen Einstufung eine Rolle spielten – zu beiden Aspekten konnten in den Archivmaterialien keine Hinweise gefunden werden.

Im Folgenden wird nach einigen Bemerkungen zur Dorfcaritasarbeit in der Nachkriegszeit auf Verbindungslinien in der weiteren Berufsbiographie einiger Akteurinnen und abschließend auf die konzeptionelle Verortung der dargestellten Arbeit eingegangen.

Dorfcaritas als Thema und Arbeitsfeld

Von den fünf Akteurinnen hat sich nach dem zweiten Weltkrieg nur Angela Rozumek in der Zentrale des Caritasverbandes ab 1949 weiter ausdrücklich mit Dorfcaritasarbeit befasst. Sie redigierte beim Caritasverband ab 1949 die Zeitschrift „Das Dorf“. In ihrem Nachlass⁴⁷ finden sich u.a. ein Beitrag zum „Diakonat des Dorfes“ und Entwürfe für einen auf dieses Arbeitsfeld bezogenen soziographischen Fragebogen aus der ersten Hälfte der Fünfzigerjahre. In dieser Zeit wurde auch das Konzept für das Dorfhelferinnenseminar⁴⁸ in Sölden bei Freiburg entwickelt, wo ab 1954 junge Frauen für Einsätze – besonders bei Krankheit von Bäuerinnen – in dörflichen Familien vorbereitet wurden. Von C. Böhle, die zu diesem Zeitpunkt bereits Direktorin der Sozialen Frauenschule des DCV und damit auch in unmittelbarer Nähe der Zentrale in Freiburg war, gibt es im Nachlass⁴⁹ eine Stellungnahme „Zur Frage der Dorfcaritas“, deren Argumentation sich auf der Linie der in den Zwanziger- und Dreißigerjahren formulierten Grundideen bewegt und die den konzeptionellen Ansatz noch einmal umreißt. Mit den gesellschaftlichen Entwicklungen der Sechzigerjahre ging das Thema Dorfcaritas in dem der Gemeindecaritas auf; die Zeitschrift „Das Dorf“ wurde 1968 aufgegeben.

Lehre und Konzeptentwicklung

Drei der fünf Akteurinnen fanden – teilweise nach intensivem Engagement in der Flüchtlingsarbeit – in der Bundesrepublik Deutschland ihr berufliches Wirkungsfeld in der Ausbildung zur Sozialen Arbeit. Wie weit ihre Erfahrungen mit dem lebensweltorientierten Ansatz der Dorfcaritaskurse ihre Lehre prägten, lässt sich aus den vorliegenden Quellen kaum erschließen.

47 ADCV 093.4 N 30 Fasz. 10-11

48 Die Ausbildungsstätte wurde 1971 geschlossen; die Nachfolgeinstitution ‚Dorfhelferinnenwerk Sölden‘ organisiert Einsätze und Weiterbildungen für diese Berufsgruppe.

49 ADCV 131 Fasz. 01-02

Noch weniger können hier Aussagen über Einflüsse auf die Konzeptentwicklung der Sozialen Arbeit gemacht werden. M. Krause-Lang spricht rückblickend von „rudimentärer Gemeinwesenarbeit“ (Krause-Lang 2002, 154), die aber von den Akteurinnen im damaligen Methodenspektrum als Erwachsenenbildung eingeordnet wurde. Keine von ihnen hat Gemeinwesenarbeit als solche schwerpunktmäßig in Veröffentlichungen vertieft. Allerdings hat M. Krause-Lang in ihren späteren Veröffentlichungen die Themen „Caritas in der Gemeinde“ und „Ehrenamt in der caritativen Arbeit“ intensiv aufgegriffen und damit an den damaligen Ansatz angeknüpft (Heitkamp 2002). O. Fahl weist im Blick auf ihre Lehrtätigkeit in den Sechziger- und Siebzigerjahren in Frankfurt vor allem auf die Wichtigkeit der Wertorientierung hin (Fahl 1998, 17). Von C. Böhle wird berichtet, dass ihre Erfahrungen aus den Dorfcaritaskursen in ihre Lehre einfließen.⁵⁰ Die Selbstständigkeit des Hilfesuchenden und die Weckung eigener Ressourcen wurden von ihr betont: „Der Glaube an einen Menschen im Hinblick auf seine nicht entfaltenen Fähigkeiten hat eine schöpferische Kraft und wirkt wie die Sonne im Frühling lebenweckend auf den Keim des Guten.“ (Böhle 1948) Insbesondere bei der Analyse von Situationen und bei der Entwicklung von Konzepten in Ländern des Südens – sie begründete und leitete seit 1959 das Seminar für Sozialarbeit in Übersee, das deutsche junge Frauen auf Aufgaben in der Entwicklungshilfe vorbereitete und ausländischen Fachkräften Zusatzausbildungen vermittelte – scheinen die im Kontext der Dorfc Caritas herausgearbeiteten Ansätze eine große Rolle gespielt zu haben. In einem Kondolenzschreiben in ihrem Nachlass findet sich die Bemerkung: „Sie hat häufig darauf hingewiesen, dass sie in Breslau für Entwicklungsarbeit gelernt hat.“⁵¹

Pionierinnen der Lebensweltorientierung: die Chance in der Krise suchen

In der Krise Sozialer Arbeit angesichts des Nationalsozialismus bestand eine Antwort der kirchlichen caritativen Arbeit darin, die Verantwortung und die Handlungsmöglichkeiten für Solidarität auf Gemeindeebene zu aktivieren – die dörfliche Bevölkerung sollte durch Dorfcaritaskurse angesprochen werden. Dies hatte den verbandspolitischen Hintergrund, caritative Arbeit unabhängiger gegenüber den Einschränkungen des totalitären Systems zu machen; die Akteurinnen sahen darin eine Aufgabe im Sinne ihres Kirchen- und Menschenverständnisses.

50 So mitgeteilt (26.7.2004) von Frau M. Klar, die während des 2. Weltkriegs an der Sozialen Frauenschule in Freiburg studierte, 1947-47 die Nachfolge von A. Rozumek in Glatz übernahm, nach der Aussiedlung ab 1948 bei der Caritas in Magdeburg arbeitete und heute in Paderborn lebt.

51 ADCV 131 Fasz. 01-02

In einer Phase, als in Deutschland die Konzeptentwicklung Sozialer Arbeit aufgrund der rigiden Eingriffe des nationalsozialistischen Staates und der Abkoppelung von der internationalen fachlichen Kommunikation stockte, entwickelten die Leiterinnen der Dorfcaritaskurse im kirchlichen Binnenraum eine Arbeitsweise, die ihr Verständnis vom Menschen als verantwortlicher, gemeinschaftsbezogener Person und von Diakonie als grundlegender Lebensäußerung von Kirche – neben Liturgie und Verkündigung – widerspiegelte. Diese jungen, universitär gebildeten Frauen integrierten dabei die im Kontext des CWI entwickelten Ideen wie auch die Vorstellungswelt und Verhaltensweisen der katholischen Jugend- und Frauenverbände. Eine konzeptionelle Ausformulierung und Deutung dieses Ansatzes erfolgte durch die Akteurinnen damals nicht.

Viele der Grundideen und methodischen Elemente dieses ganzheitlich konzipierten Ansatzes werden seit einigen Jahren in der fachwissenschaftlichen Diskussion Sozialer Arbeit neu reflektiert. So lassen sich z. B. in der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und in der Stadtteilarbeit ähnliche Elemente beobachten. (Klie 2000; Hinte et al. 2001)

Der von Hans Thiersch formulierte Zugang der Lebensweltorientierung erscheint in den damaligen Kursen weitgehend vorweggenommen: „Lebensweltorientierung meint den Bezug auf die gegebenen Lebensverhältnisse der Adressaten, in denen Hilfe zur Lebensbewältigung praktiziert wird, meint den Bezug auf individuelle, soziale und politische Ressourcen, meint den Bezug auf soziale Netze und lokale/regionale Strukturen.“ (Thiersch 1997, 5)

In diesen Kursen hatten Problemanalyse und eigene Bewältigungsstrategien der DorfbewohnerInnen einen prominenten Stellenwert; der Bezug auf traditionell und religiös verankerte Ressourcen sowie die Stärkung pfarrgemeindlicher und regionaler Netzwerke waren zentrale Inhalte. Die Akteurinnen, die ihr Vorgehen erwachsenenbildnerisch interpretierten, bezogen gemeinschaftsbildende Elemente als integralen Bestandteil einer ganzheitlichen Vorgehensweise ein. Sie benutzten die in Seelsorge und Erwachsenenbildung übliche Aufteilung der Zielgruppen nach Geschlecht und Alter, um Artikulationsräume zu eröffnen, damit die Situationsanalyse voranzutreiben und Handlungsmöglichkeiten herauszufiltern; sie setzten aber auch gezielt gruppenübergreifende Elemente ein. Ziel war eine nachhaltige Aktivierung und Unterstützung lokaler Selbsthilferessourcen, die besonders bei den Frauen in den Dörfern gesehen wurden.

Wenn Oelschlägel feststellt: „Gemeinwesenarbeit sieht ihren zentralen Aspekt in der Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt“ (Hinte et al., 101), ist es berechtigt, im Horizont der heutigen Terminologie den dargestellten Ansatz diesem Konzept zuzuordnen und von den Leiterinnen der Dorfcaritaskurse als Pionierinnen der Lebensweltorientierung zu sprechen. Die heutige Suche nach Chancen – angesichts der aktuellen Krise sowohl des kirchlichen Lebens als auch der Sozialstaatlichkeit und damit verbunden der

Sozialen Arbeit – könnte sich dadurch anregen lassen, Situationsanalysen, Selbsthilfemöglichkeiten und die Aktivierung lokaler und regionaler Ressourcen lebensweltorientiert und genderbewusst im kirchlichen Zusammenhang durch professionelle „KatalysatorInnen“ neu anzustoßen.

Abkürzungen

Caritas: Caritas, Zeitschrift für Caritaswissenschaft und Caritasarbeit. Hg.: Deutscher Caritasverband, Freiburg, Jahrgänge 1922-1939

Jb der CW: Jahrbuch der Caritaswissenschaft. Hg.: Franz Keller, Freiburg, Jahrgänge 1928-1938

ADCV: Archiv des Deutschen Caritasverbandes

UAF: Universitätsarchiv Freiburg

Literatur- und Quellenverzeichnis

Böhle, Cilly (1948): Der Dienst am Nächsten als Beruf. Gedanken zur Problematik des beruflichen Helfens, in: Borgmann, Karl (Hg.): Vom Wesen und Walten christlicher Liebe, Freiburg, 2.Aufl., 192-208

Böhnisch, Lothar/ Schröer, Wolfgang (1997): Sozialpädagogik unter dem Einfluss der Jugendbewegung, in: Niemeyer, Christian/ Schröer, Wolfgang/ Böhnisch, Lothar (Hg.): Grundlinien historischer Sozialpädagogik. Traditionsbezüge, Reflexionen und übergangene Sozialdiskurse, Weinheim, 59-70

Breuer, Margarete (1997): Rozumek, Angela, in: Maier, Hugo (Hg.): Who is who der Sozialen Arbeit, Freiburg, 498-499

Dieing, Johann Baptist (1923): Die Bedeutung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt für das Land, in: Caritas, 74-77

Dieing, Johann Baptist (1924): Dorfcaritas, in: Caritas, 142-144

Dieing, Johann Baptist (1925): Die Sorge der Dorfcaritas für das keimende Leben, in: Caritas, 209-216 u. 242-246

Dieing, Johann Baptist (1926): Örtliche Besonderheiten der ländlichen Caritaspflege, in: Caritas, 199-202

Dieing, Johann Baptist (1927): Die Selbsthilfe im Aufbau der Dorfcaritas, in: Caritas, 33-35

Dieing, Johann Baptist (1932): Dorfcaritas. Ihre soziologische Grundlage und ihre Methode, in: Caritas, 23-25

Dieing, Johann Baptist (1934): Gegenwartsaufgaben der Dorfcaritas, in: Caritas, 20-21

Dieing, Johann Baptist (1939): Helfende Liebe im Dorf, Freiburg

Fahl, Orpha (1933): Neue Dorfcaritasarbeit im Osten, in: Caritas, 80

- Fahl, Orpha (1934): Caritas als Bindemittel lebendiger Gemeinschaft, in: Caritas, 291-293
- Fahl, Orpha (1998): „Du kommst unserem Tun mit Deiner Gnade zuvor“. Aus meinem Leben. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin
- Guardini, Romano (1966): Quickborn-Tatsachen und Grundsätze, in: Seidelmann, Karl (Hg.): Die deutsche Jugendbewegung, Bad Heilbronn, 80-96
- Hammerschmidt, Peter (1999): Die Wohlfahrtsverbände im NS-Staat, Opladen
- Hastenteufel, Paul (1962): Jugendbewegung und Jugendseelsorge, München
- Heitkamp, Hermann/ Plewa, Alfred (Hg.) (2002): Soziale Arbeit in Selbstzeugnissen, Band 2, Freiburg
- Hinte, Wolfgang/ Lüttringhaus, Maria/ Oelschlägel, Dieter (2001): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit, Münster
- Joerger, K. (1939): Pfarrer Johannes B. Dieing, in: Caritas, 319-321
- Keller, Franz (1919): Heimatmission und Dorfkultur, Freiburg
- Keller, Franz (1926): Caritaspflege auf dem Lande, in: Staatslexikon, 5. Aufl., Bd.1, Sp.1189-1191
- Keller, Franz (1933a): Eine Elementaraufgabe der Caritasschulung, in: Jb der CW, 191-198
- Keller, Franz (1933b): Zur caritativen Elementarbildung, in: Caritas, 53-57
- Keller, Franz (1934): Dorfcaritas als Dienst an der geistig-sittlichen Krafterneuerung des deutschen Volkes, in: Jb der CW, 82-90
- Kleve, Heiko (2004): Sozialraumorientierung. Systematische Begründungen für ein klassisches und innovatives Konzept der Sozialen Arbeit, in: Sozialmagazin, H. 3, 12-22
- Klie, Thomas/ Roß, Paul-Stefan (2000): Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg – Abschlußbericht (Hg.): Sozialministerium BW, Stuttgart
- Krause-Lang, Martha (1995): Menschliche Begegnungen (unveröffentlichtes Manuskript)
- Krause-Lang, Martha (2002), in: Heitkamp, Hermann/ Plewa, Alfred (Hg.): Soziale Arbeit in Selbstzeugnissen, Band 2, Freiburg, 147-179
- Kreutz, Benedict (1934): Vom Weg der Caritas im Umbruch der Zeit, in: Jb der CW, 6-17
- Lang, Martha (1936): Caritaserziehung auf dem Lande, in: Caritas, 83-87
- Loofs, Maria (1982): Böhle, Cäcilia, Caritasdirektorin, in: Ottnad, Bernd (Hg.): Badi-sche Biographien, Stuttgart
- Manderscheid, Michael (1998): Die ersten 100 Jahre: Forschungsstand zur Caritasgeschichte, Freiburg
- Mayer, Josef (1923): Zur Caritaspflege auf dem Lande, in: Caritas, 78-80
- Muschiol, Gisela (Hg.) (2003): Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation, Münster
- Nachbauer, Kurt (1997): Böhle, Cäcilia Elisabeth, in: Maier, Hugo (Hg.): Who is who der Sozialen Arbeit, Freiburg, 95-96
- Rozumek, Angela (1957): Johannes Baptist Dieing, in: Zentralvorstand DCV (Hg.): Der Aufgabe gewachsen. Vom Werden und Wirken des DCV aus Anlass seines 60-jährigen Bestehens, Freiburg
- Schmid-Egger, Hans (1975): In Böhmen und Baden. Erinnerungen aus einem Leben im 20. Jahrhundert, unveröffentlichtes Manuskript
- Scholder, Klaus (1977): Die Kirchen und das Dritte Reich, Band 1, Frankfurt a.M.

- Seidelmann, Karl (1966): Das Erbe der Jugendbewegung in der deutschen Pädagogik, in: Seidelmann, Karl (Hg.): Die deutsche Jugendbewegung, Bad Heilbronn
- Sturm, Franz (1935): Gespräche aus unserem Werkkreis für Dorfcaritas, in: Jb für CW, 55-62
- Thiersch, Hans (1997): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit, 3.Aufl., Weinheim
- Trimborn, Thea (1987): +Hildegard Seidel, in: Heimatbrief schlesischer Katholiken, H. 2, 30
- Völkl, Richard (1976): 50 Jahre Institut für Caritaswissenschaft, Caritas-Jahrbuch, 199-209
- Völkl, Richard (1982): Keller, Franz Xaver Friedrich Karl, Caritaswissenschaftler, in: Ottnad, Bernd (Hg.): Badische Biographien, Stuttgart
- Winkler, Conrad (1938): Zur Entwicklung des Pfarrcaritasgedankens, in: Caritas, 51-53
- Wollasch, Hans (1972): 75 Jahre Deutscher Caritasverband, Freiburg
- Wollasch, Hans-Josef (1978): Beiträge zur Geschichte der deutschen Caritas in der Zeit der Weltkriege, Freiburg
- Wollasch, Hans-Josef (1982a): Kreutz, Benedict, Prälat, Präsident des Deutschen Caritasverbandes, in: Ottnad, Bernd (Hg.): Badische Biographien, Stuttgart
- Wollasch, Hans-Josef (1982b): Werthmann, Lorenz, kath. Geistlicher, Gründer des Deutschen Caritasverbandes, in: Ottnad, Bernd (Hg.): Badische Biographien, Stuttgart
- Zillken, Elisabeth (1934): Einbau der caritativen Facharbeit in die Liebesgemeinschaft der Pfarrgemeinde, in: Caritas, 330-333 u. 373-375

Soziale Arbeit und Häusliche Gewalt. Ein Arbeitsfeld im Umbruch

Seit in den 70er Jahren durch die zweite Frauenbewegung das Problem der strukturell verankerten „Normalität“ häuslicher Gewalt gegen Frauen publik gemacht worden ist, hat sich dieses Thema zu einem der zentralen praktischen und symbolischen Bezugspunkte der deutschen Frauenpolitik entwickelt und den Diskurs um die geschlechtsspezifische Benachteiligung in der BRD entscheidend mit beeinflusst (Hagemann-White 2002, 30).¹ Der Ausbau eines, auch im europäischen Vergleich, mit rd. 430 Einrichtungen sehr ausgeprägten Netzes von Frauenhäusern sowie einer Vielzahl von Beratungseinrichtungen zum Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen wird unter der Perspektive des politischen Einflusses sozialer Bewegungen wie der Professionalisierung eines neuen Arbeitsbereichs als „Erfolgsgeschichte“ bezeichnet (Brückner 1998).

Diese Entwicklung erwies sich jedoch bei näherem Hinsehen als janusköpfig – in ihr wurde einerseits dem besonderen Schutz- und Unterstützungsbedarf von häuslicher Gewalt betroffener Frauen gesellschaftlich Rechnung getragen, andererseits waren weder die zur Verfügung gestellten Ressourcen noch die geförderten Konzepte ausreichend, um das vorrangige Ziel der Frauen(haus)bewegung zu erreichen: „die Beendigung von Gewalt gegen Frauen, in dem physische, psychische und sexuelle Verfügungsmacht über Frauen und Mädchen nicht länger Teil unserer Geschlechterkultur ist“ (Brückner 1996, 15). Vielmehr war eine Entwicklung zu verzeichnen, in der Frauenhäuser, wenn auch immer wieder regional von Kürzungs- und Schließungsdiskussionen betroffen (Brandfaß et al. 2004, 37), sich zwar zu anerkannten *Hilfsangeboten* im System der Sozialen Arbeit mit „realen“ Arbeitsplätzen für engagierte Frauen entwickelten, zugleich aber lange Zeit weitere gesellschaftliche Anstrengungen unterblieben, um die Ursachen von Gewalt gegen Frauen abzubauen. Frauenhäuser liefen somit Gefahr, „als gesellschaftliches Feigenblatt zu fungieren und die Folgen der Gewalt zu verwalten“ (Kavemann 2002, 16).

1 Carol Hagemann-White (2002, 30) weist darauf hin, dass diese politische Schwerpunktsetzung durchaus ambivalent zu beurteilen ist. Dies zeige sich z.B. im Prozess der Wiedervereinigung. An frauenpolitischen Innovationen wurden drei nach Ostdeutschland exportiert: 1. die flächendeckende Etablierung von frauenpolitischen Ressorts und Frauenbüros, 2. die Einrichtung von östlichen Dependancen westdeutscher Frauenverbände und 3. die Eröffnung von Frauenhäusern. Dem Erhalt ostdeutscher Errungenschaften in der Kinderbetreuung und damit einer vielleicht nachhaltigeren Strategie des Abbaus häuslicher Gewalt wurde demgegenüber frauenpolitisch deutlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt.

Auch wenn derzeit nicht zu belegen ist, ob durch die Bewegung gegen Gewalt gegen Frauen das Ausmaß häuslicher Gewalt reduziert werden konnte, zeigt sich ihr politischer Erfolg in grundlegenden Verschiebungen gesellschaftlicher Normen. Diese Verschiebungen dokumentieren sich z.B. in der zunehmenden Sensibilisierung von Fachkräften und ExpertInnen unterschiedlicher Disziplinen und Arbeitsfelder für die zerstörerischen Folgen häuslicher Gewalt und die Notwendigkeit ihrer sozialen Ächtung. Dies hat sich schließlich in den letzten Jahren auch in konkreten Gesetzesänderungen wie konzeptionellen Innovationen in der Sozialen Arbeit niedergeschlagen (Kavemann 2002, 20f). Nach Sabine Hering (2003, 6) finden derzeit in der gesellschaftlichen Gewaltdebatte wie dem Opferschutz von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtete, aber nichtsdestotrotz sehr bedeutsame Veränderungen statt. Die Verabschiedung des so genannten Gewaltschutzgesetzes („Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen“) wie die Verankerung der Möglichkeit der polizeilichen Wegweisung einerseits und die Etablierung von Interventionsprojekten gegen Häusliche Gewalt mit neuen Ansätzen in Form von pro-aktiver und mobiler Beratung sowie Täterprogrammen andererseits stellen Innovationen dar, die sich noch im Stadium der Bewährung und Evaluation befinden. Eine zentrale fachliche Debatte kreist dabei um die Frage, welcher Stellenwert in der zukünftigen Arbeit mit Betroffenen wie Tätern Angeboten zukommen soll, die losgelöst von der Zustimmung der gewaltbetroffenen Personen sind. Diese Diskussion ist u.a. auch verbunden mit sozialen Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit, die implizit oder explizit in den Diskurs einfließen. Angesichts des zu Tage tretenden Ausmaßes häuslicher Gewalt und der dementsprechenden Bedeutung, die das Thema für die Soziale Arbeit hat, sollen im Folgenden der derzeitige Diskussionsstand sowie die Praxisimplikationen einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Eine Frage ist hierbei, ob sich in der Interventionspraxis bei häuslicher Gewalt ein Paradigmenwechsel ankündigt, der auch in anderen Tätigkeitsfeldern der Sozialen Arbeit zunehmend bedeutsamer werden könnte.

1 Die unheimliche Normalität häuslicher Gewalt – Begriffsverständnis, Ausmaß, Ursachen

Die grundlegenden gesetzlichen Veränderungen bezüglich der gesellschaftlichen Interventionspraxis bei häuslicher Gewalt sind Resultat jahrzehntelanger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, in denen um einheitlichere Perspektiven auf Problemverständnis, -ausmaß und -ursachen gerungen worden ist. Welcher Erkenntnisstand liegt der derzeitigen Sozialarbeitspraxis bei häuslicher Gewalt in diesen Punkten zugrunde?

Häusliche Gewalt – ein nicht unumstrittener Begriff

Der Begriff der häuslichen Gewalt wird verstärkt seit den 90er Jahren in den politischen und fachwissenschaftlichen Debatten genutzt und hat die bis dato dominierende Terminologie „Gewalt gegen Frauen“, „Männergewalt“, „Gewalt im Geschlechterverhältnis“, aber auch „Familienstreitigkeiten“ oder Eheprobleme“ abgelöst. Barbara Kavemann (2001, 36f) verweist auf Vor- und Nachteile des Terminus „Häusliche Gewalt“ – er sei konsensfähig auch für die Einrichtungen, denen Alternativbegrifflichkeiten zu parteilich oder zu wissenschaftlich sind und er benenne sowohl den Tatbestand des gewalttätigen Handelns wie den Tatort eindeutig. Angesichts der Tatsache, dass häusliche Gewalt in der Mehrheit von Männern ausgeübt werde, habe der Begriff jedoch den eindeutigen Nachteil nicht zu benennen, wer in der Regel Täter und wer Opfer der Gewalt sei. Damit bleibt verdeckt, dass es sich um ein gesellschaftlich verankertes Handlungsmuster im sozialen Geschlechterverhältnis handelt (Heinz 2002, 17ff; Kavemann et al. 2001, 23ff).

Darüber hinaus besteht derzeit auch nur bedingt Einigkeit darüber, welche Täter-Opfer-Konstellationen unter diesem Begriff zu fassen sind. Die Mehrzahl der Definitionen von „häuslicher Gewalt“ orientiert sich an einem Begriffsverständnis, wie es dem Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt zugrunde liegt.

„Häusliche Gewalt wird fast ausschließlich von Männern gegen Frauen ausgeübt und zwar überwiegend im vermeintlichen Schutzraum des eigenen ‚zu Hause‘. Sie ist an das strukturelle Machtverhältnis zwischen Männern und Frauen gebunden. Der Begriff ‚häusliche Gewalt‘ umfasst die Formen der physischen, sexuellen, psychischen, sozialen und emotionalen Gewalt, die zwischen erwachsenen Menschen stattfindet, die in nahen Beziehungen zueinander stehen oder gestanden haben. Das sind in erster Linie Erwachsene in ehelichen und nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften, aber auch in anderen Verwandtschaftsbeziehungen.“ (BIG o.J., 5)

Häusliche Gewalt ist hier weitgehend beschränkt auf Gewalt in (Ex-) Lebensgemeinschaften erwachsener hetero- oder homosexueller Männer und Frauen. Es finden sich jedoch auch Definitionen, in denen der Begriff häusliche Gewalt extensiv ausgeweitet wird auf „jede Form von Beziehungsgewalt, die in der privaten Sphäre – im Gegensatz zum öffentlichen Raum – stattfindet“ (Runder Tisch zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in NRW 2001, 2). Dies hat zur Folge, dass auch Gewalt von Eltern gegenüber ihren Kindern bzw. von Jugendlichen gegenüber ihren Eltern sowie Gewalt gegenüber älteren, hilfs- und pflegebedürftigen Personen im privaten Haushalt unter den Begriff häusliche Gewalt fallen. Die Differenzen im Begriffsverständnis sind nicht nur von akademischem Interesse, sondern führen zu Unterschieden in der polizeilichen Interventions- und statistischen Erfassungspraxis², so dass

2 Da im Gewaltschutzgesetz keine Legaldefinition des Begriffs „Häusliche Gewalt“ existiert, haben die Bundesländer die Möglichkeit, den Einsatzbereich einer polizeilichen Wegwei-

eine Vereinheitlichung durchaus anzustreben ist. Angesichts unterschiedlicher Dynamiken und Zuständigkeiten bei Gewalt gegen Kinder wie bei Gewalt gegen ältere Menschen orientieren wir uns in der nachfolgenden Darstellung an der Definition des Berliner Interventionsprojektes gegen häusliche Gewalt und damit an einer engeren Begriffsauslegung, die sich vorrangig auf Gewalt zwischen (Ex-) PartnerInnen bezieht.

Ausmaß und Strukturen häuslicher Gewalt in Deutschland

Während in den USA repräsentative Studien zum Ausmaß von häuslicher Gewalt bereits sehr früh durchgeführt worden sind, konzentrierte sich die europäische Forschung stärker auf die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wahrnehmung und der praktischen Intervention bei Partnergewalt (Hagemann-White/ Bohne 2004, 556). Bis 2004 beruhten Aussagen zum Ausmaß häuslicher Gewalt auf Schätzungen, die auf Ergebnissen repräsentativer Befragungen in europäischen Nachbarländern basierten (Hagemann-White/ Bohne 2002, 15). Erst im Jahr 2003 wurden bundesweit über 10.000 Frauen im Alter zwischen 16 bis 85 Jahren mündlich und schriftlich zu Gewalterfahrungen, Sicherheitsgefühl und ihrer psychosozialen und gesundheitlichen Situation befragt (BMFSFJ 2004b, 13ff).

Die Untersuchung verdeutlicht, dass häusliche Gewalt kein gesellschaftliches Randproblem ist, sondern Frauen wie Kinder in partnerschaftlichen/familiären Zusammenhängen zu einem hohen Prozentsatz Opfer bzw. Zeuginnen von häuslicher Gewalt werden. Angesichts der gesundheitlichen und psychischen Auswirkungen (Hagemann-White/ Bohne 2002), aber auch der volkswirtschaftlichen Folgekosten, die mit häuslicher Gewalt einhergehen, scheint es in verschiedensten Feldern der Sozialen Arbeit notwendig zu sein, sich noch intensiver als dies bislang der Fall war mit Ausmaß, Strukturen, Folgen und Interventionsmöglichkeiten bei häuslicher Gewalt auseinanderzusetzen.

Denn ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass das zu Tage tretende Ausmaß häuslicher Gewalt in Deutschland noch über den geschätzten Werten liegt. So gaben insgesamt 25% der Frauen, die aktuell oder früher in einer Partnerschaft gelebt haben, an, sexuelle und/ oder körperliche Gewalt er-

sung entweder im Polizeigesetz oder in entsprechenden Leitlinien zu definieren. In Nordrhein-Westfalen erfolgt im Rahmen einer Leitlinie eine extensive Auslegung des Begriffs häusliche Gewalt, die auch Gewalt zwischen Geschwistern, Eltern und Kindern sowie Kindern und Eltern und pflegebedürftigen Menschen umfasst, während z.B. Bayern und Baden-Württemberg nur Gewalt zwischen Ehe- und Lebenspartnern als häusliche Gewalt definieren. Entsprechend unterschiedlich gestaltet sich die polizeiliche Einsatzpraxis wie das statistisch erfasste Ausmaß häuslicher Gewalt in den einzelnen Bundesländern (MGSFF NRW 2004, 42).

fahren zu haben. 23% der Frauen hatten durch einen (Ex-) Partner³ körperliche Gewalt erlebt, 7% sexuelle (BMFSFJ 2004b, 29).

Auch wenn die Einschätzung der Schwere von Gewalterfahrungen vom subjektiven Erleben nicht getrennt werden kann, ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass es sich sowohl hinsichtlich der Häufigkeit wie der Intensität um sehr unterschiedliche Gewaltsituationen handelt. Ein knappes Drittel der betroffenen Frauen (31%) hat in ihrem bisherigen Leben eine Gewalterfahrung mit einem (Ex-) Partner erlebt, 36% nannten zwei bis zehn Situationen und 33% zehn bis zu über 40 Situationen. Insbesondere die letzte Gruppe umfasst damit diejenigen Frauen, die vermutlich über längere Zeiträume in ihren Beziehungen regelmäßig von Gewalt betroffen sind/ waren. Rechnet man die obigen Angaben zur Häufigkeit von Gewalterfahrungen im Lebenslauf auf die Grundgesamtheit aller befragten Frauen um, so haben ca. 9% aller befragten Frauen in ihrem bisherigen Leben zwei bis zehn, etwas über 8,2% mehr als zehn und bis zu über 40 Gewaltsituationen in Partnerschaften erfahren.

Angesichts der hohen Gesamtzahl gewaltbetroffener Frauen ist es allerdings auch wichtig wahrzunehmen, dass nicht jede Gewalterfahrung in einer Partnerschaft zu einem dauerhaften Gewaltverhältnis führt. 7,8% aller befragten Frauen geben nur eine Gewalterfahrung in ihrem bisherigen Beziehungsleben an. Gewalt in Partnerschaften chronifiziert sich somit nicht automatisch, sei es, weil es sich um ein singuläres Fehlverhalten des Partners handelt oder sei es, weil es Frauen gelingt, dem Partner eindeutige Grenzen zu setzen und/ oder die (Gewalt)Beziehung sofort zu beenden.

Fast zwei Drittel aller betroffenen Frauen, d.h. ca. 16% aller Befragten, gaben an, dass sie durch die gewaltsamen Übergriffe körperliche Verletzungen erlitten haben, die von Prellungen und blauen Flecken bis zu Verstauchungen, Knochenbrüchen und offenen Wunden reichten (a.a.O., 30). Das Verletzungsrisiko bei Gewalterfahrungen ist dabei in (Ex-) Partnerschaften höher als in anderen Täter-Opfer-Konstellationen. Generell werden Gewaltsituationen in (Ex-) Partnerschaften als bedrohlicher im Hinblick auf die Befürchtung ernsthafter oder lebensgefährlicher Folgen erlebt (Schröttle/ Müller 2005, 26).

Wie hoch ist der Anteil akut von häuslicher Gewalt gefährdeter Frauen? Im Rahmen der vertiefenden schriftlichen Befragung gaben 1,1% der Frauen, die aktuell in einer Partnerschaft lebten, an, zum Zeitpunkt der Befragung häufig (0,4%), gelegentlich (0,7%) oder selten (1,5%) körperliche Gewalt durch ihren derzeitigen Partner zu erleiden. Weitere 3,8% hatten bislang eine gewalttätige Situation mit ihrem derzeitigen Partner erlebt (BMFSFJ 2004b, 224). Zu den häufigsten Gewalterfahrungen der Betroffenen zählen wütendes

3 Da im Rahmen der Repräsentativbefragung von 99% der Frauen ausschließlich männliche (Ex-) Partner als Täter benannt wurden (BMFSFJ 2004b, 30), wird im Folgenden nur von Tätern gesprochen.

Wegschubsen (75,2%), leichte Ohrfeigen (34,1%), schmerzhaftes Treten, Stoßen und hartes Anfassen (21,3%), mit verletzenden Gegenständen werfen (12,3%) und heftiges Wegschleudern (12,1%) (a.a.O., 226). Im Rahmen der Befragung wurde versucht, die Erfahrungen der Frauen nach der Stärke der Viktimisierung zu kategorisieren. Es zeigt sich, dass „etwa 40% der Frauen, die körperliche oder sexuelle Übergriffe in Partnerschaften erlebt haben, angeben (haben, d.V.), *ausschließlich* ‚wütendes Wegschubsen‘ und keine andere Gewalthandlung erlebt zu haben“ (a.a.O., 226). Demgegenüber haben 25% der gewaltbetroffenen Frauen in ihrer aktuellen Beziehung Gewalt erfahren, die von heftigem Wegschleudern, Verprügeln bis zum Einsatz von Waffen reicht und somit als schwer einzustufen ist (a.a.O., 227). Im Rahmen der Untersuchung wird allerdings davon ausgegangen, dass die Angaben, die sich auf die aktuelle Partnerschaft beziehen, eher untere Werte darstellen, da

„die Gewalttätigkeit des aktuellen Partners im Vergleich zur Gewalt durch frühere Partner eher heruntergespielt wird und die Gewalthandlungen erst *nach* einer Trennung in ihren Ausmaßen und ihrer Intensität kritisch beurteilt und benannt werden“ (a.a.O., 228).⁴

Zudem scheint ein hochsignifikanter Zusammenhang zwischen körperlicher/ sexueller Gewalt und psychischer Gewalt in Partnerschaften zu bestehen. In fast einem Viertel der Partnerschaften, in denen der Partner körperliche/ sexuelle Gewalt ausübt, findet sich auch ausgeprägte psychische Gewalt und Kontrolle, demgegenüber liegt der Prozentsatz der Frauen, die „nur“ psychische, aber keine körperliche/ sexuelle Gewalt in der Beziehung erleben, bei 3,3%. Umgekehrt geben nur ein Fünftel aller von körperlicher/ sexueller Gewalt betroffenen Frauen an, dass ihr Partner keinerlei psychische Gewalt ausübt, bei den nicht von körperlicher Gewalt betroffenen Frauen steigt dieser Prozentsatz auf 47,5% (a.a.O., 254). Diese Befunde sind insofern relevant, als unterschiedliche Gewaltformen verschieden starke Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Frauen zu haben scheinen. Im Vergleich zu sexueller Belästigung, körperlichen und sexuellen Gewalterfahrungen gaben Frauen mit psychischen Gewalterfahrungen am häufigsten Niedergeschlagenheit, Depressionen, dauerndes Grübeln, vermindertes Selbstwertgefühl und Antriebslosigkeit sowie Konzentrationsschwierigkeiten an (a.a.O., 141). Es ist davon auszugehen, dass gerade die Kombination von psychischer und physischer Gewalt im Rahmen häuslicher Gewalt die Selbstverteidi-

4 Die Angaben zu den häufigsten Gewalterfahrungen in zurückliegenden Partnerschaften weisen dementsprechend ein wesentlich höheres Ausmaß an schwerwiegenden Delikten auf. Auch hier steht zwar mit 63,4% der betroffenen Frauen die Erfahrung des wütenden Wegschubsens an erster Stelle, 51,7% der Betroffenen gaben jedoch an, in früheren Beziehungen leichte Ohrfeigen erhalten zu haben, 42,1% waren schmerzhaft getreten, gestoßen oder hart angefasst worden, 35,5% hatten heftige Ohrfeigen erlitten, und jeweils fast 30% hatten erlebt, dass ihnen der Arm umgedreht oder an den Haaren gezogen worden war, sie heftig weggeschleudert wurden und sich massiven Drohungen ausgesetzt gesehen haben. Zudem gab ein Viertel aller Frauen für zurückliegende Partnerschaften den Zwang zu sexuellen Handlungen an (BMFSFJ 2004b, 229).

gungskräfte von Frauen unterminiert und auch ihre Schutz- und Erziehungskompetenzen als Mutter schwächt.

Ein weiteres Ergebnis der Prävalenzuntersuchung für die Soziale Arbeit ist die höhere Gewaltbetroffenheit von Migrantinnen, insbesondere türkischen Migrantinnen.⁵ 38,3% der befragten türkischen Frauen und 27,6% der osteuropäischen Migrantinnen gaben an, in ihrer jetzigen oder einer früheren Partnerschaft Gewalt erlebt zu haben (a.a.O., 121). Die höhere Gewaltbetroffenheit zeigt sich nicht nur im Ausmaß, sondern auch in den Formen der erlittenen Gewalt. Türkische Frauen nannten massivere und bedrohlichere Gewalthandlungen als deutsche und osteuropäische Frauen (a.a.O., 124).

Zeitgleich zur ersten bundesweit repräsentativen Prävalenzstudie zu Gewalt im Leben von Frauen wurde auch eine Pilotstudie zu Gewalt im Leben von Männern durchgeführt (BMFSFJ 2004a). Sie basiert allerdings nur auf einer Stichprobengröße von 250 schriftlich befragten Männern. Grundsätzlich erleben Männer in Kindheit, Jugend und (jungem) Erwachsenenalter häufig Gewalt, jedoch vor allem durch andere Jungen und Männer. Im Hinblick auf häusliche Gewalt gab jeder Vierte von 190 Männern an, ein- oder mehrmals körperliche Gewalt in einer Partnerschaft erlebt zu haben, 9% der befragten Männer hatten bereits mehr als drei Gewaltsituationen erlebt. 5% der Befragten gaben eine Verletzung durch die Partnerin an, ebenso viele hatten ein- oder mehrmals Angst vor ernsthaften oder lebensgefährlichen Verletzungen gehabt (Jungnitz/ Walter 2005, 44). Bei der Würdigung dieser Ergebnisse ist einschränkend zu berücksichtigen, dass aufgrund der geringen Stichprobengröße Prozentzahlen unter 10% lediglich aussagen, dass das jeweils angegebene Phänomen vorkommt, Aussagen über die Verbreitung körperlicher Gewalterfahrungen von Männern durch die (Ex-) Partnerin in der Gesamtbevölkerung lässt die kleine Stichprobe damit noch nicht zu (a.a.O., 42).

Häufiger als körperliche Gewalt werden seitens der Männer psychische Gewalterfahrungen in der Partnerschaft genannt. Hierbei handelt es sich vorrangig um die Unterbindung von Kontakten zu anderen aus Eifersucht, die Kontrolle von Post, Telefonaten und E-Mails bzw. die Behinderung von Kontakten zu Verwandten, Freunden und Bekannten. Selten werden demgegenüber Einschüchterungen, Beleidigungen, Demütigungen gegenüber Dritten etc. genannt (a.a.O., 44). Gerade diese Formen der psychischen Gewalt finden sich bei betroffenen Frauen in einem Drittel bis einem Viertel der Fälle wieder (BMFSFJ 2004b, 250). Zudem fehlen Angaben zu den gesundheitlichen und psychischen Folgen häuslicher Gewalterfahrungen für Männer, um Anhaltspunkte bezüglich nachhaltig negativer Auswirkungen zu gewinnen. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Forschung zu (häuslicher) Gewalt gegen Männer noch in den Kinderschuhen steckt.

5 Im Rahmen der Untersuchung wurden knapp 400 türkische Migrantinnen und etwas über 860 Frauen mit osteuropäischer Herkunft befragt.

Abschließend sei ein letzter wichtiger Punkt im Hinblick auf Interventionsanfordernisse und Fragen des Opferschutzes genannt – die Mitbetroffenheit von Kindern im Falle häuslicher Gewalt. Zum einen zeigen nationale und internationale Studien, dass Männer, die ihre Partnerinnen misshandeln, häufig auch Gewalt gegenüber ihren Kindern ausüben (Kavemann 2001, 40f; Schweikert/ Schirmmayer 2002, 10f). Zugleich wächst das Bewusstsein dafür, dass auch wenn Kinder selber nicht Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt werden, sie durch die Zeugenschaft der Misshandlung der Mutter ebenfalls langfristige Beeinträchtigungen davontragen (Kavemann 2001, 42f). Die psychischen Belastungen werden dabei ähnlich hoch eingeschätzt wie die des Aufwachsens mit ein oder zwei suchtkranken Elternteilen, und sie schlagen sich u.a. in einer erhöhten Gewaltrate in den späteren Partnerschaften betroffener Kinder nieder (Kindler et al. 2004, 1245). Entschiedenes Vorgehen gegen häusliche Gewalt sowie umfangreiche Unterstützungsangebote für betroffene Mütter scheinen somit auch unter der Maßgabe des Kindeswohles als dringend gebotene Maßnahmen.

Ursachen häuslicher Gewalt

Die derzeitige Diskussion über mögliche Ursachen häuslicher Gewalt wie dementsprechend auch daraus abgeleiteter Interventionsansätze zeichnet sich durch Widersprüchlichkeiten und Unsicherheiten, insbesondere im adäquaten Umgang mit den Tätern aus. Sie können nachfolgend nur angerissen werden, sind allerdings für das Verständnis der unterschiedlichen Ansätze bei den Täterprogrammen wichtig.

Unter den Erklärungsansätzen für häusliche Gewalt lassen sich auf einer sehr allgemeinen Ebene zwei zentrale Paradigmen unterscheiden – zum einen eine interaktionistische Perspektive, die von der Annahme ausgeht, dass Gewalt in Interaktionsprozessen entsteht und sich dort auch verwirklicht (Schwind et al. 1990, 76f). Gewalt sei demnach kein Merkmal bestimmter Personen oder Gruppen noch sei sie ausschließlicher Ausdruck gesellschaftlicher Ordnung oder materieller und sozialer Belastungsfaktoren (a.a.O., 77).

„Vielmehr entwickelt sich gewaltsames Verhalten in dynamischen interindividuellen (=sozialen) Verläufen. Gewalt kennzeichnet die Endphase eskalierender Konflikte und wachsender Kommunikationsbarrieren. (...) Sie wird als *Mittel der Konfliktlösung* eingesetzt und als Ausdrucksform persönlicher Unzufriedenheit und Verbitterung gewählt, wenn keine anderen Verständigungsmöglichkeiten vorhanden sind oder vorhanden zu sein scheinen.“ (a.a.O., 77)

Diese Betrachtungsweise, die in den USA auch unter dem strukturfunktionalistischen Ansatz der „family violence“ Forschung bekannt geworden ist, interpretiert Gewalt „als ein Mittel der Konfliktlösung, an der alle Familienmitglieder gleichermaßen beteiligt sind“ (Brückner 2002, 20f). Die-

ser Erklärungsansatz scheint z.B. auch heute noch in starkem Maße das Handeln von bundesrepublikanischen Familiengerichten zu beeinflussen. Kindler et al. (2004, 1242) weisen darauf hin, dass in Sorge- und Umgangsrechtsstreitigkeiten ganz selten die Ausübung häuslicher Gewalt bei der Entscheidung über die elterliche Sorge als Begründungsfaktor herangezogen wird. Vielmehr würden Gewalttätigkeiten als „einmalige Aussetzer“ in der Trennungsphase bewertet, die auf vorübergehende „Kommunikationsschwierigkeiten“ zurückzuführen seien. Zwar berücksichtigen Forschungen zum „family violence“ Ansatz mittlerweile geschlechtsspezifische Faktoren, aber Geschlecht wird nicht als grundlegende Strukturkategorie zum Verständnis von häuslicher Gewalt herangezogen (Brückner 2002, 21).

Diese Perspektive ist der so genannten „wife-abuse“ oder „wife-battering“ Forschung zu eigen. Häusliche Gewalt wird hier als Ausdruck des bestehenden hierarchischen Geschlechterverhältnisses gewertet, der strukturellen und kulturellen Dominanz von Männern gegenüber Frauen. Diese hat ihren Ausgangspunkt in der Zweiteilung der gesellschaftlichen Sphären in eine dominante Öffentliche und eine untergeordnete Private. Dabei erfolgt nicht nur eine Zuweisung des nachgeordneten privaten Bereichs an das weibliche Geschlecht, sondern auch

„eine weitgehende Abkoppelung des privaten Raums von demokratischen Prinzipien (Kerchner/ Wilde 1997). Indem Frauen als Geschlecht der private Bereich zugewiesen wird, gelten für sie bis heute die bürgerlichen Ideale von Autonomie und Selbstbestimmung nur im reduzierten Umfang (Gerhard 1994).“ (a.a.O., 16f)

Beispielhaft hierfür ist die Tatsache, dass Gewalt in Partnerschaften lange Zeit nicht als juristisch zu verfolgende Menschenrechtsverletzung, sondern als private Familienstreitigkeit abgetan wurde. Dies dokumentierte einerseits die gesellschaftliche Akzeptanz der Vorrangstellung des Mannes im familiären Kontext und signalisierte andererseits, dass Schutz von Frauen in der Familie nicht von besonderem gesellschaftlichen Interesse war.

Geschlechtsspezifische Gewalt stellt im zweiten Erklärungsansatz „eine extreme Konsequenz der sozialen Konstruktion des Geschlechterverhältnisses dar, die eine persönliche und sexuelle Unterordnung von Frauen, äußersten Falls auch eine gewaltsame, zu rechtfertigen scheint“ (a.a.O., 23). Im Rahmen des kulturellen Systems der Zweigeschlechtlichkeit erweist sich die soziale Konstruktion von Männlichkeit auch heute dadurch bestimmt, dass in ihr Frauen nicht als „gleichberechtigte Andere“ anerkannt werden. Aktuelle Untersuchungen kommen weiterhin zu dem Ergebnis, dass mit einem knappen Drittel ein nicht unwesentlicher Teil aller männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sexuelle Übergriffe unter zu Hilfenahme von Alkohol und Drogen als normal empfinden (Hagemann-White 2002, 37).

„Das lässt vermuten, dass übergriffige sexuelle Annäherungen und eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber den möglichen Bedürfnissen und Wünschen der Frauen als Grundzüge heterosexueller Kompetenz des Mannes gelten,“ (a.a.O., 37)

die auch in späteren Partnerschaften ausagiert werden. In Gewalttätigkeit schlägt diese Haltung bei den Männern um, die ausgeprägte Dominanzvorstellungen entwickeln und davon überzeugt sind, ein Verfügungsrecht über ihre Partnerinnen einschließlich ihres Körpers, ihrer Handlungen und ihrer sozialen Beziehungen zu besitzen. Flankiert wird diese Anspruchshaltung von massiver Verharmlosung der Gewalt und fehlendem Unrechtsbewusstsein auf Seiten der Täter (Brückner 2002, 24).

Kontrovers wird allerdings im Rahmen der Geschlechterforschung diskutiert, ob sich in der Ausübung von männlicher Gewalt vorrangig Macht oder nicht vielmehr Ohnmacht dokumentiert (vgl. im Folgenden den Überblick von Meuser 2002, 56ff). Gegenüber dem Erklärungsansatz der Frauenforschung, männliches Gewalthandeln sei Ausdruck männlicher Macht, verweisen Ansätze aus den „Men Studies“ auf die bestehenden Ungleichheiten unter Männern und die hierarchisierte Differenzierung in hegemoniale, untergeordnete und marginalisierte Männlichkeiten nach Robert Connell. Diese Hierarchisierung verstärke sich noch, gerade weil soziale Männlichkeitskonstrukte zunehmend unter gesellschaftlichen Druck geraten und weil es für immer mehr Männer schwieriger werde, dem Bild des erfolgreichen und dominanten Mannes zu entsprechen. Vor diesem Hintergrund diene Gewalt dazu, sich der eigenen Männlichkeit zu versichern und die fragile Geschlechtsidentität zu stützen. Männliches Gewalthandeln sei somit eher Ausdruck von Ohnmacht, Minderwertigkeitserfahrungen und Ängsten als von Macht.

Dieser Ansatz könnte die höhere Gewaltbetroffenheit von Migrantinnen miterklären. In einer qualitativen Befragung von Migrantinnen, die häusliche Gewalt erfahren mussten, kommt Philomena Strasser zu dem Ergebnis, dass in den meisten Partnerschaften die Gewaltausübung erst in der Migration begonnen hat (2003, 106). Migration bedeute für viele Männer die Konfrontation mit Rassismus, sozialem Abstieg, minderbewerteten Tätigkeiten, Existenzbedrohung und damit einen Angriff auf das männliche Selbstwertgefühl. Die Erfahrungen von Marginalisierung, damit verbundener narzistischer Kränkung und existentieller Verunsicherung werden im privaten Bereich gegen die Partnerin ausgelebt, wobei zugleich die Regelungen des Aufenthaltsrechts die Frauen in eine wesentlich stärkere ökonomische und rechtliche Abhängigkeit zu ihren Männern bringen, als dies im Herkunftsland der Fall ist. Da Migranten unter den verschiedenen gesellschaftlichen Männergruppen zu denjenigen gehören, die mit am stärksten von Marginalisierung betroffen sind, führe dies dazu, dass latente männliche Gewaltpotentiale als identitätsstabilisierende Strategie in der Migration manifest werden. Zugleich fördern die rechtlichen Rahmenbedingungen in den Aufnahmeländern in der Regel den Opfer-Status der Frauen (a.a.O., 103).

Ein eher sozialisationstheoretischer Erklärungsansatz findet sich nach Meuser (2002, 61ff) in der pädagogischen Männlichkeitsforschung. Männli-

che Gewalt wird hier als Ausdruck einer defizitären Persönlichkeitsstruktur verstanden, die durch mangelndes Selbstwertgefühl, fehlende Selbstbehauptungsmöglichkeiten und vor allem erlernte Hilflosigkeit im Umgang mit Gefühlen gekennzeichnet sei. Wie im Konzept der hegemonialen Männlichkeit fungiert männliche Gewalt in diesem Ansatz als Kompensation – sie ist ein Mittel der Problembewältigung, u.a. bei Frustration, Versagensängsten, Minderwertigkeitsgefühlen und Mangel an Anerkennung, auch in der Interaktion mit Mädchen und Frauen. Gegen diese Sichtweise, in der Männer vor allem als Opfer der Verhältnisse erscheinen, gibt Margit Brückner (2002, 27) zu bedenken, dass auch wenn psychodynamisch Gewalthandeln durchaus als Reaktion auf subjektive Ohnmachtsgefühle und persönliche Verunsicherung interpretiert werden kann, die Realisierung von Kontrollbedürfnissen und Gewalt auf Seiten von Männern ein ausreichendes Machtpotential sowie die negative Erwartung von nachteiligen gesellschaftlichen und sozialen Konsequenzen voraussetzt. Und diese Voraussetzungen seien strukturell und kulturell derzeit immer noch sehr unterschiedlich zwischen Männern und Frauen verteilt und damit Ausdruck ungleicher Machtverhältnisse.⁶

Gegen den sozialisationstheoretischen Defizitansatz spricht zudem die These, dass männliches Gewalthandeln je nach Kontext und Zielgruppe einen durchaus unterschiedlichen und damit nicht nur negativen sozialen Sinn hat. Nach Meuser (2002, 64f) ist sie Teil der doppelten Distinktions- und Dominanzlogik von Männlichkeit, denn soziale Männlichkeit konstituiert sich sowohl über die Abgrenzung gegenüber Frauen wie gegenüber anderen Männern. Versteht man Gewalthandeln soziologisch nicht allein als soziale Abweichung, sondern auch als Tätigkeit, über die die Ordnung hergestellt wird, so kann Gewalt unter „gleichrangigen“ Männern nicht nur als Mittel der Ab- und Ausgrenzung fungieren, sondern sie hat vielmehr kompetitiven Charakter und kann sowohl als Medium der wechselseitigen Anerkennung (ein „ehrenhafter Gegner“) sowie der Gemeinschaftsbildung dienen. „Fehlt die Reziprozität – und das kennzeichnet insbesondere heterosoziale, gegen Frauen gerichtete Gewalt (aber nicht nur diese) –, ist die Gewalt ausschließlich ein Mittel von Ausgrenzung und hat eine Degradierung der anderen Person sowie eine Verletzung von deren personaler Integrität zur Folge.“ (a.a.O., 72)

Gewalt im Geschlechterverhältnis kann somit nicht außerhalb der bestehenden sozialen Ordnung und bestehender Machtverhältnisse analysiert und diskutiert werden und Interventionsansätze für Opfer wie für Täter haben diese Ungleichheit mit zu berücksichtigen.

6 Dies verweist auf eine zentrale Denkvoraussetzung in der geschlechtsspezifischen Gewaltforschung – Frauen agieren nicht qua ihres Geschlechts weniger gewaltvoll, sondern sie tun dies einerseits aufgrund bestehender sozialer Weiblichkeitskonstrukte, die Liebe und Sorge immer noch vorrangig Frauen zuschreiben, und andererseits aufgrund ihrer untergeordneten Stellung im Geschlechterverhältnis. Dass Frauen in Machtpositionen durchaus Gewalt ausüben können, zeigt sich im Generationenverhältnis (Wetzels 1997, 150).

Machtverhältnisse spielen jedoch nicht nur im Geschlechterverhältnis eine Rolle. Betrachtet man Gewalt im Geschlechter- *und* im Generationenverhältnis gleichzeitig, so kommt ein neuer, bislang ungelöster Widerspruch der derzeitigen Debatte in den Blick, den Carol Hagemann-White (2005, 13) mit dem Begriff der „gespaltenen Gewaltdiskussion“ fasst. In der Diskussion um häusliche Gewalt liegt die Betonung darauf, dass es sich bei den Tätern in der Regel um ganz normale Männer handelt, die zudem voll verantwortlich für ihre Handlungen sind, da es immer auch eine Handlungsalternative gegeben hätte, und die für ihre Handlungen gesellschaftlich zur Rechenschaft zu ziehen sind. Demgegenüber betont die Kinderschutzbewegung die Bedeutung von eigenen Opfererfahrungen, nachteiligen strukturellen Rahmenbedingungen und Überlastungen von Vätern und Müttern als ursächlich für Misshandlungen und Vernachlässigungen im Generationenverhältnis und fordert Unterstützung statt Strafen. „Betonte die Frauenbewegung die Macht ausübung des Täters, so betonte die Kinderschutzbewegung dessen Ohnmacht.“ (a.a.O., 15) Das bedeutet in der Konsequenz aber auch, dass weibliches (und männliches) Gewalthandeln im Generationenverhältnis anders beurteilt wird als männliches im Geschlechterverhältnis. Diese sozialen Konstruktionen verweisen auf grundlegende Spaltungen im TäterInnenbild – es scheint, „als würden Gewalthandlungen unterschiedlichen Typs durch gänzlich verschiedene Personen verübt“ (a.a.O., 16).

Diese Fragmentierung schlägt sich in ganz praktischen Widersprüchen nieder, wenn einerseits in Umgangs- und Sorgerechtsverfahren der Gewalttätigkeit des Ehepartners häufig keine Bedeutung zugemessen wird und andererseits es bislang noch keine befriedigenden Konzepte gibt, in denen bei häuslicher Gewalt Opferschutz für Frauen *und* für Kinder, auch im Sinne des Schutzes vor der möglicherweise gewalttätig agierenden bzw. der Gewalt zulassenden Mutter, garantiert werden. Auch in den parallel zu den gesetzlichen Änderungen des Opferschutzes bei häuslicher Gewalt entwickelten unterschiedlichen Interventionsansätzen finden sich diese ungelösten Widersprüche der Gewaltdebatte wieder.⁷

2 Veränderte rechtliche Rahmenbedingungen für die Intervention bei häuslicher Gewalt

Die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen sind Spiegel anhaltender rechtlicher und somit auch gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse. Histo-

7 Monika Weber (2005, 73) weist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der engen, allerdings im Gewaltschutzgesetz nur z.T. angesprochenen, Kooperation zwischen Interventionsstellen und Jugendamt zum Schutze des Kindeswohles hin.

risch lässt sich belegen, dass Gewalt in Familien zumindest dann gesellschaftlich akzeptiert war, wenn sie durch das (männliche) Familienoberhaupt verübt wurde. Im römischen Recht wurde dem Familienvater sogar das Recht über Leben und Tod (*ius vitae necisque*) zugewiesen. Während diese Extremform schon früh der gesellschaftlichen Kontrolle überantwortet wurde, blieb das Züchtigungsrecht von Familienangehörigen als „Relikt“ bis in die jüngere deutsche Geschichte erhalten (Schumacher/ Janzen 2003, 14).

Die Misshandlung der Ehefrau dürfte jedoch in Deutschland ab 1900 mit Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) nicht mehr legitimierbar sein. Dass in der Realität noch viele Hürden auch in der jüngsten Zeit der Bundesrepublik zu überwinden waren und sind, zeigt z.B. die erst 1997 zum Abschluss gebrachte Debatte um die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe mit dem Ergebnis, dass erst zu diesem Zeitpunkt die für Verheiratete geltenden Ausnahmeregelungen in § 177 Strafgesetzbuch gestrichen wurden. Seitdem ist die Vergewaltigung in der Ehe der Vergewaltigung durch andere Personen rechtlich gleichgestellt und somit strafbares Officialdelikt.

Auch das Recht des Kindes⁸ auf gewaltfreie Erziehung unterliegt dem gesellschaftlichen Wandel. So konnten gem. § 1631 Abs. 2 BGB in der Fassung vom 18. August 1896 „kraft des Erziehungsrechts angemessene Zucht-mittel gegen das Kind“ angewendet werden. Mit dem Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957 wurden die „angemessenen Zuchtmittel“ ersatzlos aus dem Gesetz gestrichen, ohne dass damit durch den Gesetzgeber eine Missbilligung von elterlichen Züchtigungsmaßnahmen ausgesprochen wurde. Auch strafrechtlich wurde das Züchtigungsrecht als eine Art Gewohnheitsrecht vertreten, soweit die „angemessenen“ Grenzen eingehalten wurden. In Verbindung mit dem Sorgerechtsneuregelungsgesetz vom 18. Juli 1979 wurde der § 1631 dahingehend neu gefasst, dass „entwürdigende Erziehungsmaßnahmen“ für unzulässig erklärt wurden. Mit der entsprechenden Kommentierung seitens des Gesetzgebers wurde damit jedoch die Funktion des elterlichen Züchtigungsrechtes als Rechtfertigungsgrund für Körperverletzung von Eltern an deren Kindern aufrechterhalten.

Eine erneute Änderung erfuhr § 1631 mit dem Kindschaftsreformgesetz vom 16. Dezember 1997. Absatz 2 sagte danach aus: „Entwürdigende Erzie-

8 Das Recht des Kindes wird hier beispielhaft aufgegriffen, da hieran zum einen die gesellschaftliche Entwicklung in einem Teilsegment zum Thema Gewalt aufgezeigt werden kann. Zum anderen sind diese Vorschriften als weiterer Baustein neben dem Gewaltschutzgesetz zu sehen. Hinzu kommt noch, dass Kinder in Fällen häuslicher Gewalt oft (in-) direkt betroffen sind: „Lebten ein oder mehrere Kinder im Haushalt der Klientinnen, waren diese zu fast 80% ebenfalls direkt von Gewalt betroffen. In nur (...) 19,1% der (...) Fälle, in denen Kinder im Haushalt lebten, wurde keine Gewaltbetroffenheit der Kinder bekannt. Bei der Gewalt gegen Kinder handelte es sich meist um psychische Gewalt (...). Hiermit ist sicher oft das Miterleben der Gewalt gegen die Mutter gemeint. Physische Gewalt lag in 29% der Fälle vor, sehr häufig allerdings in Kombination mit psychischer Gewalt.“ (Brandfuß et al. 2004, 255)

hungsmaßnahmen, insbesondere körperliche und seelische Mißhandlungen, sind unzulässig.“ Dieser Text lehnte mit der Benennung der körperlichen Misshandlung gezielt an § 223 StGB an. Die Auswirkungen in Richtung einer gewaltfreien Erziehung blieben strittig.

Noch weitergehend ist die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989.⁹ Artikel 19 der Konvention fordert, dass Kinder vor jeder Art von Gewalt zu schützen sind. Nicht zuletzt in Umsetzung dieser Konvention hat das Parlament im Juli 2000 die Änderung des §1631 Abs. 2 BGB mit folgendem Wortlaut angenommen: „Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Misshandlung, seelische Verletzung und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.“¹⁰ Praxisnah führen Schumacher und Janzen (2003, 9) hierzu erläuternd aus: „Soweit Eltern im Rahmen der Erziehung von Kindern zu psychisch wirkenden Zwangsmitteln wie Ausgehverboten, Taschengeldentzug und Fernsehverboten greifen, so ist dies Teil der elterlichen Sorge und des damit verbundenen Rechts der Bestimmung und Durchsetzung von Erziehungszielen.“

Die Rechtsfolgen bei vorliegender Gefährdung des Kindeswohls werden in § 1666¹¹ und 1666a BGB grundgelegt. § 1666a Abs. 1 bietet die Möglichkeit, durch das Gericht „einem Elternteil vorübergehend oder auf unbestimmte Zeit die Nutzung der Familienwohnung“ zu untersagen.¹² Damit stehen die Grundideen dieser Regelung in deutlicher Nähe zu den Ausführungen des nachfolgend aufgeführten Gewaltschutzgesetzes.

Gewaltschutzgesetz

Schon die „Unabhängige Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt“ empfahl 1990 in ihrem Endgutachten, familiäre Gewalt in klarer Weise rechtlich zu missbilligen, „um einer gewaltdulden und -billigen Einstellung in der Bevölkerung ein deutliches Unwerturteil entgegenzustellen“ (Schwind et al. 1990, 188). Des Weiteren hat besonders der Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vom Dezember 1999, der z.T. von den Bundesländern aufgegriffen und lokal spezifiziert wurde, dazu beigetragen, die öffentliche Diskussion zur häuslichen Gewalt zu forcieren.

Die Rechtslage vor Einführung des Gewaltschutzgesetzes kannte bereits die Voll- oder Teilzuweisung der Wohnung, jedoch nur für Eheleute beim Vorliegen schwerer Härte oder einer Trennungsabsicht (§ 1361b BGB).

9 Ratifiziert durch den Deutschen Bundestag am 5. April 1992. Der Kinderrechtskonvention haben inzwischen alle Staaten mit Ausnahme von Somalia und den USA zugestimmt.

10 In Kraft seit dem 8. November 2000.

11 „Gerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls“

12 Die Anwendung dieser Vorschrift durch die Familiengerichte in Verbindung mit den Jugendämtern in der Praxis bleibt weiter kritisch zu beobachten.

Schutzanordnungen gem. §§ 823, 1004 BGB („Näherungs- und Kontaktverbot“) wurden kaum genutzt und waren bei den betroffenen Frauen wenig bekannt. Auf dem Hintergrund der unzulänglichen Rechtslage war zudem die Durchführung von Eilverfahren nur schwer zu erreichen (Schweikert 1999, 284ff).

Angelehnt u.a. an positive Erfahrungen in Österreich¹³ wurde das Gewaltschutzgesetz am 8. November 2001 im Parlament verabschiedet und trat am 1. Januar 2002 in Kraft. Ziel des Gesetzes ist die Verbesserung des zivilrechtlichen präventiven Schutzes vor Gewalttaten und bei Nachstellung im Allgemeinen und bei häuslicher Gewalt im Besonderen (Schumacher/ Janzen 2003, 20).

Der in der Öffentlichkeit propagierte Slogan „Wer schlägt, der geht“ spiegelt die Absicht des Gesetzes wider, durch die Schaffung von räumlicher Distanz eine Krisensituation zu entschärfen. In Fällen unmittelbarer Körper-, Gesundheits- oder Freiheitsverletzung, aber auch schon bei entsprechender Drohung oder dem widerrechtlichen Eindringen in die Wohnung des Opfers oder unzumutbarer Belästigung, können auf Antrag des Opfers Schutzmaßnahmen seitens des Gerichts angeordnet werden. Solche Schutzmaßnahmen können das Wohnungsverbot und/ oder ein Orts-/ Platzverbot für den Täter, das Verbot der (telefonischen) Kontaktaufnahme und/ oder das Verbot eines gezielten Zusammentreffens mit dem Opfer sein. Die Anordnung ist befristet, kann jedoch auf Antrag verlängert werden. Von besonderer Bedeutung bei häuslicher Gewalt ist auch § 1 Abs. 3 Gewaltschutzgesetz: danach ist die Schutzanordnung auch in den Fällen möglich, wo der Täter unter Alkoholeinfluss gehandelt hat. Gem. § 620 Nr. 9 ZPO können diese Anordnungen als „Einstweilige Anordnung“, d.h. zeitnah zur Antragstellung entschieden werden.

Von besonderer Bedeutung für Betroffene ist zudem, dass (i.S. des § 1 Abs. 1 Satz 1 Gewaltschutzgesetz; auch i.V.m. Abs. 3) es gem. § 2 Gewaltschutzgesetz in Fällen eines gemeinsamen Haushaltes möglich ist, dem Opfer die gemeinsam genutzte Wohnung zur alleinigen Benutzung zu überlassen, unabhängig von Besitzstands- oder Eigentumsrechten. In diesen Fällen ist nicht der Familienstand, sondern nur die auf Dauer angelegte Haushaltsgemeinschaft von Relevanz. Die Überlassung wird auf sechs Monate befristet, sofern dem Täter z.B. durch Eigentum oder Mietvertrag ein (Teil-) Nutzungsrecht zusteht. Diese Frist kann um weitere sechs Monate verlängert werden, falls die von Gewalt betroffene Person nachweislich in der Zwi-

13 Das dortige „Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie“ trat am 1. Mai 1997 in Kraft. Ergänzt durch § 38a Sicherheitspolizeigesetz wird das Einschreiten der Polizei bei häuslicher Gewalt und die Zuweisung der Wohnung an das Opfer durch die Polizei ermöglicht. Gem. § 382b Exekutionsordnung kann in Österreich die Verlängerung des Betretungsverbot der Wohnung durch den Täter auf Grund des einstweiligen Zivilrechtsschutzes auf 20 Tage ausgedehnt werden.

schenzeit keinen anderen zumutbaren Wohnraum beschaffen kann und überwiegende Belange des Täters oder eines Dritten entgegenstehen.

Falls der Täter einem Wohnungs-, Orts-/ Platzverbot zuwiderhandelt, wird er „mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.“ (§ 4 Gewaltschutzgesetz)

„Die Distanz allein schafft zwar die Konflikte in Beziehungen nicht aus der Welt, gibt den Betroffenen aber zumindest den Anstoß und die Gelegenheit, andere Modelle der Konfliktbewältigung zu erlernen. Die staatlichen Sanktionen schärfen zudem das Bewusstsein dafür, dass auch die Gesellschaft den Einsatz von Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung [auch] unter Privatleuten nicht duldet. Das Gewaltschutzgesetz erhebt damit nicht den Anspruch, dass mit ihm der Gewalt gerade auch in engen sozialen Beziehungen dauerhaft ein Ende bereitet werden kann. Es ist vielmehr als ein Baustein unter vielen zu verstehen.“ (Schumacher/ Janzen 2003, 20f)

Polizeirecht der Bundesländer

Nach Einführung des Gewaltschutzgesetzes sind in einigen Bundesländern die Polizeirechte konkretisiert oder erweitert worden, um bei häuslicher Gewalt den Opferschutz durch unmittelbares staatliches Eingreifen noch effektiver zu gestalten.¹⁴ Leitlinien für das polizeiliche Handeln sind:

- Häusliche Gewalt ist keine Privatsache.
 - Gefahrenabwehr und Strafverfolgung anstatt Schlichtung von Familienstreitigkeiten.
 - Der Täter verlässt die Wohnung, nicht das Opfer.
 - Konsequentes Einschreiten ist geboten.
- (Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 2003, 26)

Beispielhaft sei hier die Regelung in Nordrhein-Westfalen angeführt.¹⁵ Im nordrhein-westfälischen Polizeigesetz ist § 34a („Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt“) eingefügt worden, der zeitgleich mit dem Gewaltschutzgesetz am 1. Januar 2002 in Kraft getreten ist. Dieser Paragraph „repräsentiert das Bindeglied zum zivilrechtlichen Schutz durch das Gewaltschutzgesetz.“ (Eichler et al. 2002, 17)

Grundlegend wird damit häusliche Gewalt zu einer Ursache des polizeilichen Eingriffs und keineswegs mehr als „Familienangelegenheit“ betrachtet. Nach Einschätzung der Lage kann die Polizei den Täter für bis zu zehn

14 Hier ist auf die Differenz zum ‚österreichischen Vorbild‘ hinzuweisen: Anders als in Österreich ist die Regelung der Polizeianglegenheiten Sache der Bundesländer. Der Bund kann deshalb über die beschriebenen Regelungen des Gewaltschutzgesetzes hinausgehend keine allgemeingültigen Kriterien für das Bundesgebiet festlegen und umsetzen.

15 Eine Zusammenstellung der Regelungen der Bundesländer findet sich bei Schumacher/ Janzen 2003, 231ff.

Tage der Wohnung sowie der unmittelbaren Umgebung verweisen. Eine Verlängerung um weitere zehn Tage ist möglich, wenn die von Gewalt betroffene Person einen Antrag auf zivilrechtlichen Schutz stellt.¹⁶ Ggf. enden diese Fristen mit dem Tag der gerichtlichen Entscheidung. Damit geht diese Regelung sehr deutlich über den bisher gem. § 34 schon bekannten Platzverweis hinaus, der 24 Stunden nicht überschreiten darf. Die Einhaltung dieses „Rückkehrverbotes ist mindestens einmal während seiner Geltung zu überprüfen“ (Abs. 7).

Im Fall des Wohnungsverweises hat der Täter im Beisein der Polizei Gelegenheit, „dringend benötigte Gegenstände des persönlichen Bedarfs mitzunehmen“ (Abs. 2). Der Täter wird aufgefordert, bei der Polizei „eine Anschrift oder eine zustellungsbevollmächtigte Person zum Zweck von Zustellungen behördlicher oder gerichtlicher Entscheidungen“ (Abs. 3) zu hinterlassen, da anderenfalls die Durchsetzung zivilrechtlicher Mittel durch das Opfer behindert werden.

Die gewaltbetroffene Person wird auf die Möglichkeiten des zivilrechtlichen Schutzes sowie auf geeignete Beratungsmöglichkeiten hingewiesen. Wichtig für flankierende Beratungsangebote bei häuslicher Gewalt ist die Regelung, dass die Weitergabe persönlicher Daten an eine in der Einsatzdokumentation bezeichnete Beratungseinrichtung in Nordrhein-Westfalen nur mit schriftlicher Zustimmung der Betroffenen erfolgt (Abs. 4).

Die polizeiliche Intervention ist unabhängig vom Willen des Opfers. D.h., es besteht keine Möglichkeit, die Wegweiseentscheidung der Polizei zu unterbinden oder die verhängten Fristen selbstständig zu verringern. Seitens der Polizei wird zudem ein Strafverfahren eingeleitet.¹⁷

Diese Regelung, also die Nicht-Eingriffsmöglichkeit der von häuslicher Gewalt betroffenen Person, basiert auf der Feststellung, dass polizeiliches Eingreifen zur Strafverfolgung und zur Gefahrenabwehr erfolgt.

„Beides gründet auf der Verpflichtung des Staates zum Schutze der Grundrechte, insbesondere der körperlichen Unversehrtheit gem. Art. 2 Abs. 2 GG. Es ist damit von öffentlichem Interesse getragen. Ein Verzicht der verletzten oder gefährdeten Person auf Schutz vor Gewalt, etwa auf die Wegweisung des Täters, kann die Polizei nicht von ihrer Pflicht zum vorbeugenden Schutz entbinden. Entscheidend muss hier allein die Gefahrenprognose sein.“ (Runder Tisch zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in NRW 2001, 5)

16 Auch die zeitlichen Rahmen sind bundeslandspezifisch. Teilweise wird die Festlegung der Tage innerhalb des vorgegebenen Rahmens der Polizei überlassen. Die Anzahl der Tage reicht von bis zu 14 in Berlin (§ 29a Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) und Mecklenburg-Vorpommern (§ 52 Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung) bis zum Höchstmaß von 14 Tagen mit einer Verlängerungsoption von weiteren 14 Tagen in Hessen (§ 31 Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung).

17 Allerdings wird bislang die überwiegende Mehrheit (66-80%) der Strafverfahren bei häuslicher Gewalt mit der Begründung, dass die Tat nicht nachgewiesen werden konnte, folgenlos eingestellt (Kavemann 2005, 76).

Weitere Annahme ist, dass einerseits das Opfer in der akuten Krisensituation nicht mit beziehungsrelevanten Entscheidungen behelligt werden soll und andererseits von seiner situationsbedingten Entscheidungseinschränkung ausgegangen wird.¹⁸ Ergänzend zu dem „Wegweiserecht“ hat die Polizei gemäß Polizeigesetz NRW weitere Befugnisse, um ihren Aufgaben im Rahmen eines Einsatzes bei häuslicher Gewalt nachkommen zu können:

- Ingewahrsamnahme (§ 35)
- Betreten und Durchsuchen der Wohnung (§ 41)
- Durchsuchen von Personen und Sachen (§§ 39, 40)
- Sicherstellung (§ 43)
- Androhung von Zwangsmitteln, insbesondere Zwangsgeld (§ 53) (Innenministerium 2002, 19f)

3 Paradigmenwechsel in der Arbeit mit von Gewalt betroffenen Frauen und Tätern

Häusliche Gewalt ist regelmäßig ein auf längere Dauer angelegter Zustand, der als dynamischer Prozess zu verstehen ist und wellenartig verschiedene Stufen der Eskalation durchschreitet. Die Komplexitätsdynamik der Gewaltspirale wird z.B. mit dem Modell „Rad der Gewalt“ seitens des Domestic Abuse Intervention Project anschaulich dargestellt.¹⁹

Das Unterbrechen des Gewaltkreislaufes gemäß den oben genannten polizeilichen und zivilrechtlichen Maßnahmen ist nach heutigem Kenntnisstand eine der wesentlichen Voraussetzungen, um Veränderungen bewirken zu können. Die bloße Unterbrechung wird an sich aber zumeist noch keine Lösung herbeiführen. Vielmehr wird sie als Grundlage bzw. Voraussetzung für weitergehende, flankierende Maßnahmen gesehen, die sowohl im Hinblick auf die gewaltbetroffene Person als auch auf den Täter erfolgen müssen. In diesem Sinne werden fachlich begründet häufig ein breiteres Unterstützungsangebot für Frauen mit häuslichen Gewalterfahrungen einerseits und andererseits enge Kontrollen des Täters gefordert, um ihm sein Verhalten als gesellschaftlich nicht toleriert und in der Folge davon als wünschenswert veränderungsbedürftig aufzuzeigen.

18 An dieser letztgenannten Aussage wird oft der damit einhergehende Ansatz der Entmündigung des Opfers kritisch diskutiert.

19 Die Erfahrungen des Domestic Abuse Intervention Project (DAIP), Duluth, Minnesota, USA, waren eine wesentliche Quelle für die Entwicklung des Gewaltschutzgesetzes samt der Einrichtung der Interventionsstellen in Österreich. Eine Projektbeschreibung geben Pence/ McMahon (1998). Das Modell „Rad der Gewalt“ kann im Original auch unter www.duluth-model.org eingesehen werden. Die Bezeichnung findet sich vielfach in der deutschsprachigen Literatur (Spoden 2000, 23).

Opferschutz zwischen Freiwilligkeit und „Zwangs“beratung

Vor Verabschiedung des Gewaltschutzgesetzes konzentrierte sich das Angebot für von Gewalt betroffene Frauen auf Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen. Auch wenn sich einige konzeptionelle Grundlagen der Frauen(haus)arbeit in den Jahren ihres Bestehens verändert haben (Lehmann 2002; Seith 2003, 43ff), so war²⁰ ein grundlegendes Prinzip von Frauenhäusern wie -beratungsstellen das „Komm-Prinzip“, d.h. der Anspruch, dass von Gewalt betroffene Frauen von sich aus oder durch Empfehlung Dritter den Weg in die Institutionen finden. Gewaltbetroffene Frauen werden zudem als Expertinnen ihrer Situation gesehen und dementsprechend bilden die Selbstbestimmung der Frauen, d.h. die Akzeptanz ihrer Entscheidungen, die Parteilichkeit der Mitarbeiterinnen sowie der Anspruch der Hilfe zur Selbsthilfe zentrale Orientierungen in der Frauenhausarbeit.

Mit der Verabschiedung des Gewaltschutzgesetzes und den Änderungen in den Polizeigesetzen ist nicht nur ein Paradigmenwechsel in der Arbeit der Exekutive verbunden, sondern vielerorts auch ein Paradigmenwechsel in der Beratung und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen. Anders als in Österreich, wo im Rahmen des Gewaltschutzgesetzes bundesweit so genannte „Interventionsstellen“ eingerichtet wurden, die durch das Bundesministerium für Inneres finanziert werden (Dearing 2000, 55ff), finden sich seit Anfang der 1990er Jahre in Deutschland unterschiedliche Ansätze zur Verbesserung der Angebotsstruktur wie der Kooperation und Vernetzung von Institutionen, die unter dem Oberbegriff „Interventionsprojekte“ fungieren.

„Als Interventionsprojekte werden in Deutschland institutionalisierte Kooperationsbündnisse bezeichnet, die interinstitutionell und interdisziplinär arbeiten. Sie bündeln im Optimalfall Vertreterinnen und Vertreter aller Einrichtungen, Institutionen, Projekte und Professionen einer Region, die explizit gegen häusliche Gewalt arbeiten oder dafür gesellschaftliche Verantwortung tragen.“ (Hagemann-White/ Kavemann 2004, 5)

Die Koordination der Interventionsprojekte, ihre regionale Verbreitung, die beteiligten Institutionen, die Arbeitsweise sowie die Finanzierung unterscheiden sich allerdings von Bundesland zu Bundesland. Gemeinsam sind allen Interventionsprojekten jedoch folgende zentrale Zielsetzungen:

- „private und öffentliche Gewalt im staatlichen Sanktionssystem gleichzustellen,
- die Täter zur Verantwortung zu ziehen,
- für die Opfer zuverlässigen Schutz und Unterstützung sicherzustellen.“ (a.a.O., 9)

Ausgangspunkt für die Überlegungen zur Optimierung des Hilfeangebotes für von Gewalt betroffene Frauen ist die Feststellung, dass mit der neuen

20 Dieses Prinzip gilt für die Frauenhäuser auch heute noch.

Gesetzeslage ein erhöhter Beratungsbedarf für betroffene Frauen verbunden ist. Die befristete Wegweisung des Täters aus der Wohnung kann zwar eine temporäre Entlastung darstellen, anders als bei der Flucht in ein Frauenhaus sind die betroffenen Frauen jedoch danach auf sich alleine gestellt. Beratungsbedarf resultiert daher aus folgenden Punkten:

- Mit der polizeilichen Wegweisung ist die akute Bedrohung beendet, aber die zugrunde liegenden Probleme sind in der Regel nicht gelöst.
- Es bestehen Informationsdefizite bzgl. der zivilrechtlichen Handlungsmöglichkeiten (Beantragung der Wohnungszuweisung, Nährungs-, Kontakt- und Belästigungsverbote), die mit jeder neuen Rechteinführung verbunden sind.
- Die staatliche Intervention kann durch die Betroffenen nicht nur positiv erfahren werden, sondern auch Krisen auslösen.

Damit Frauen in dieser Situation nicht allein sind, ihre Rechte wahrnehmen und im Anschluss an die Wegweisung weitergehende Entscheidungen treffen können, wird ein Bedarf an aktiver Information, Beratung und Unterstützung konstatiert (Brandfaß et al. 2004, 33f).²¹

Sowohl das Komm-Prinzip als auch das Autonomieprinzip, die die Frauen(haus)arbeit maßgeblich prägen, werden vor diesem Hintergrund für die Arbeit bei häuslicher Gewalt als nicht ausreichend erachtet. Befürchtet wird vielmehr, dass das Festhalten an den Idealen von Freiwilligkeit und Selbstbestimmung zur „Autonomiefalle“ führen könne. Hintergrund hierfür ist die Annahme, dass sich betroffene Frauen in Fällen akuter häuslicher Gewalt in einer Krisensituation befinden, durch die ihre Handlungsressourcen eingeschränkt sind.

„Damit die Frau in der Lage ist, aus dem Stadium der Hilflosigkeit in jenes der ‚konstruktiven Wut‘ überzuwechseln, müssen bereits Änderungen in den Rahmenbedingungen eingetreten sein. Die Frau muss sich in einer einigermaßen sicheren Situation befinden, es muss ihr Unterstützung angeboten und es müssen ihr Alternativen aufgezeigt worden sein. Eine gesetzliche Regelung, die von Anfang an alle für eine Veränderung notwendigen Entscheidungen der verletzten Frau abverlangen wollte, ohne danach zu fragen, ob diese zum Entscheidungszeitpunkt über die erforderlichen Mittel verfügt, diene nicht der Stärkung der Frau, sondern würde als Folge einer Überforderung des Opfers dem Gewalttäter in die Hände spielen. *Die Autonomie wird dann für sie zur Falle.*“ [Hervorhebung im Original, d.V.] (Dearing 2000, 93)

Unterstützt wird diese Sichtweise durch die Evaluationsergebnisse der Interventionsstellen in Mecklenburg-Vorpommern:

21 Der Beratungsbedarf ist auch dadurch gegeben, dass z.B. Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland ist, das als Aufgabe der Polizei im Falle einer Wegweisung auch die Information der betroffenen Frauen über die weiterführenden zivilrechtlichen Schutzmöglichkeiten festgeschrieben hat, in allen anderen Bundesländern gehört diese Information nicht zu den Pflichtaufgaben der Polizei.

„Mehrere Interviewpartnerinnen schilderten, dass sie kaum über soziale Kontakte verfügten und von daher auch nicht auf soziale Unterstützung aus dem Familien-, Freundes- oder Bekanntenkreis zurückgreifen konnten. In mehrfacher Hinsicht konnte diese Einsamkeit eine Folge der Gewalt sein. Die Freunde hatten sich zurückgezogen (...). Die Frauen wurden aber zum Teil von ihren Männern aktiv isoliert, indem sie verunglimpft oder Kontakte kontrolliert und Freundschaften unterbunden wurden. (...) Die Einsamkeit erschwerte es diesen Frauen wiederum, Unterstützung im sozialen Umfeld zu suchen. (...) Die Frauen mochten sich niemandem anvertrauen, da sie befürchteten, dass dies nicht vertraulich behandelt würde.“ (Brandfaß et al. 2004, 93f)

Im Rahmen der Interventionsprojekte ist dementsprechend, auch in Anlehnung an die Interventionspraxis in Österreich, vielfach die Beratungspraxis verändert worden. Zwei Ansätze sind hierbei von besonderer Bedeutung – die „mobile, aufsuchende Beratung“ und der so genannte „Pro-Aktiv-Ansatz“. Bei der mobilen, aufsuchenden Beratung nimmt die Klientin Kontakt zu einer Beratungsstelle oder Hotline auf; die Beratungsgespräche finden jedoch nicht ausschließlich in den Räumen der Beratungsstelle statt, sondern auf Wunsch der Frauen auch an anderen Orten. Dies ermöglicht insbesondere Frauen, die aufgrund ihrer familiären, materiellen und/ oder gesundheitlichen Situation relativ immobil sind, die Inanspruchnahme von Unterstützung (a.a.O., 25).

Umstrittener ist der Pro-Aktiv-Ansatz. Er zeichnet sich dadurch aus, dass nach einer polizeilichen Wegweisung Beratungsstellen, die im jeweiligen regionalen Interventionsprojekt/ Hilfesystem mitarbeiten, durch die Polizei über die Adresse der betroffenen Frau informiert werden. Abweichend vom bisherigen Handeln wird dann möglichst zeitnah von der Beratungsstelle aktiv Kontakt mit der Frau aufgenommen. Die häufig so genannte „Interventionsstelle“ ist zu dieser Kontaktaufnahme verpflichtet.

Der Pro-aktiv-Ansatz soll drei Ziele erreichen: 1. Information von Personen, die keine oder nur unzureichende Informationen haben; 2. Stabilisierung von Personen, die in der Krise sind, damit sie entscheidungsrelevante Informationen aufnehmen können und 3. Empowerment von Frauen, die über extrem geringe Ressourcen verfügen (a.a.O., 55f).

Die Evaluation des pro-aktiv arbeitenden Interventionsprojektes CORA in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass sich eine telefonische Kontaktaufnahme zu den Betroffenen sowie Hausbesuche besonders erfolgreich zur Anbahnung einer Beratung erweisen. Schriftliche Kontaktaufnahmen führen demgegenüber wesentlich seltener zu einer Beratung. Entscheidend für den Erfolg des Kontaktversuches war auch die verstrichene Zeit seit dem Polizeieinsatz. „Am ersten und am Folgetag fand in 95% der Fälle eine Beratung statt, ab dem dritten Tag bis zum siebten Tag sank der Prozentsatz auf 84%, noch später auf 78%.“ (a.a.O., 78)

Die Inhalte der Beratung waren durchaus vergleichbar mit denen anderer Beratungseinrichtungen: Nach Einschätzung der Beraterinnen wurden erst-rangig rechtliche Informationen und Kriseninterventionen gefordert, gefolgt

von der Sicherheitsplanung. Gleichrangig mit der Sicherheitsplanung war das Thema Kinder, sofern im Haushalt vorhanden (a.a.O., 142).

Im Rahmen der Evaluation zeigte sich zudem, dass über die Interventionsstellen in Mecklenburg-Vorpommern andere Zielgruppen als über die Frauenhäuser und die Frauenberatungsstellen erreicht werden konnten. So hatte mehr als ein Drittel der Klientinnen der Interventionsstellen häufig vorher noch keinen Kontakt zu Hilfsangeboten (a.a.O., 114f). Und auch wenn Migrantinnen aus Schutzgründen wesentlich häufiger Frauenhäuser in Anspruch nehmen, so hat zugehende Beratung bei dieser Zielgruppen ebenfalls Vorteile, da sich erforderliche Dolmetscherdienste im Vorfeld besser organisieren lassen als in Komm-Strukturen (Kavemann 2005, 79).

Das methodische Handeln der Interventionsstellen weicht im Punkt der aktiven Kontaktaufnahme deutlich von den bisher bewährten Ansätzen der Frauenhaus- und Frauenberatungsstellenarbeit ab. Bestandteile wie die in den vergangenen Jahren gewachsene Relevanz der Netzwerkarbeit werden jedoch aufgegriffen oder sogar durch die Interventionsstellen in neuem Maß gefördert und unterstützt.²²

Besonders umstritten ist am Pro-Aktiv-Ansatz die Frage, ob für die Kontaktaufnahme seitens der Beratungsstelle die (mündliche oder schriftliche) Zustimmung der gewaltbetroffenen Person Voraussetzung ist. Die Praxis in den Bundesländern ist an diesem Punkt sehr uneinheitlich. Eine automatisierte Datenübertragung im Zuge der Gefahrenabwehr, die unabhängig vom Willen des Opfers erfolgt, gibt es in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen. In Nordrhein-Westfalen ist demgegenüber der Datentransfer abhängig von der schriftlichen Zustimmung der Frau gegenüber der Polizei. Ähnliche Regelungen gibt es auch in Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt.²³

BefürworterInnen einer Kontaktaufnahme ohne ausdrückliche Zustimmung der gewaltbetroffenen Person argumentieren, dass in der Krisensituation der Wegweisung die betroffenen Frauen häufig nicht in der Lage sind, die von Seiten der Polizei gegebenen Informationen aufzunehmen und der geforderten schriftlichen Einverständniserklärung dementsprechend misstrauisch gegenüberstehen. Die vorliegenden Evaluationsergebnisse stärken diese Position – danach verweigern ca. 50% der Betroffenen die Zustimmung der Datenweitergabe gegenüber der Polizei (Brandfaß et al. 2004, 193). GegnerInnen der Kontaktaufnahme zu den Frauen ohne oder gar gegen den erklärten Willen betroffener Frauen argumentieren, dass hier Frauen per se ein dringender Unterstützungsbedarf unterstellt wird, unabhängig von ihren Willensäußerungen, und damit das Recht auf Selbstbestimmung verletzt werde. Nach diesem Verständnis

22 Bzgl. der Differenzierung der Interventionsangebote vgl. Eichler et al. 2002, 18ff.

23 Als abgeschwächtes Modell hierzu ist die mündliche Einverständniserklärung des Opfers in Schleswig-Holstein zu nennen.

„zeichnen sich gerade die Professionalität und damit die Qualität geleisteter Hilfe dadurch aus, dass sich die unterstützende Person nicht an die Stelle des Opfers setzt, Distanz wahrt und jede Form der ‚fürsorglichen Bevormundung‘ unterlässt.“ (Runder Tisch zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in NRW 2001, 6)

Voraussetzung für eine erfolgreiche Unterstützung gewaltbetroffener Frauen sei zudem ein Minimum an Entschlossenheit, an der eigenen Situation etwas verändern zu wollen. Und dies dokumentiere sich in der Zustimmung zur Kontaktaufnahme der Beratungsstelle bzw. der eigenen Kontaktaufnahme zu Unterstützungseinrichtungen.

Auch wenn vor dem Hintergrund der häufig systematisch unterminierten Handlungsressourcen von Frauen mit Gewalterfahrungen die aktive Kontaktaufnahme zu Betroffenen häuslicher Gewalt zu begrüßen ist (dies gilt allerdings auch für andere benachteiligte KlientInnengruppen der Sozialen Arbeit), so sei an dieser Stelle auch auf bedenkliche Aspekte des Ansatzes hingewiesen, die latente Genderkonstruktionen spiegeln.

Eine der latenten Konstruktionen besteht in der Annahme, dass gewaltbetroffene Frauen immer Beratung und Unterstützung brauchen. So wird im Rahmen der Evaluation des Pro-aktiven-Ansatzes in Mecklenburg-Vorpommern systematisch davon ausgegangen, dass die Nichtreaktion auf schriftliche Kontaktaufnahmen unangekündigte Hausbesuche rechtfertige (Brandfaß et al. 2004, 77), die Ablehnung eines Beratungsangebotes Ergebnis einer zu späten Kontaktaufnahme sei (a.a.O., 78) und die Ablehnung der Adressübermittlung über die Polizei nicht automatisch die Ablehnung von Beratung impliziere.

„In acht Fällen hatte die Polizei auf dem Fax vermerkt, dass die betroffene Frau nicht mit der automatischen Datenübermittlung einverstanden war. Um jedoch sicherzugehen, dass diese Ablehnung nicht auf einem Missverständnis beruhte, entschieden sich die Beraterinnen, dennoch pro-aktiv Beratung anzubieten. In zwei Fällen konnte niemand erreicht werden, in den übrigen sechs Fällen nahmen die Frauen das Beratungsangebot an.“ (a.a.O., 79)

Diese Erfahrung wird bruchlos als Beweis für die Notwendigkeit pro-aktiver Intervention auch in den Fällen, in denen Frauen eine Datenweitergabe ablehnen, interpretiert. Die damit verbundene Ausblendung der Möglichkeit, dass einige Frauen tatsächlich keine Intervention von außen wünschen, könnte man provokativ auf eine latente Weiblichkeitskonstruktion zurückführen – die Annahme, dass wenn Frauen nein sagen, sie ja meinen. Dass Frauen, die Grenzüberschreitungen gewohnt sind, Beratung trotz vorangegangener Ablehnung dennoch annehmen, wundert nicht. Ob dies als Erfolg zu interpretieren ist, kann jedoch kritisch hinterfragt werden. Der Anspruch der Frauen(haus)arbeit bestand immer darin, Frauen zu vermitteln, dass sie in ihren Bedürfnissen und Entscheidungen ernst genommen und ihre Grenzen respektiert werden, um gerade an dieser Stellen einen eindeutigen Kontrapunkt zu Gewalt- und Missbrauchserfahrungen zu setzen. Unreflektierte pro-aktive

Beratung kann hier leicht zu Aktionismus werden, in der bereits die Vermittlung von Informationen an betroffene Frauen als Qualitätsmerkmal gelungener Intervention gilt. Die im Rahmen der Evaluation formulierten fachlichen Standards für eine pro-aktive Beratungsarbeit (a.a.O., 57), in denen Überfürsorglichkeit eine Absage erteilt wird, sollten dementsprechend unbedingte Beachtung bei der Umsetzung des Konzeptes finden.

Des Weiteren entsteht bei der Lektüre der Evaluationsergebnisse zum Aufbau von Interventionsstrukturen der Eindruck, dass die Umsetzung des Pro-aktiv-Ansatzes derzeit vor allem über die moralische Inpflichtnahme der Mitarbeiterinnen von Frauenberatungsstellen erfolgt: Die Darstellung des Prozesses der Implementation pro-aktiver Beratung in Berlin verdeutlicht (a.a.O., 41), dass anders als in Österreich, wo die Interventionsstellen über das Innenministerium finanziert werden, dieser Ansatz in Deutschland den Beratungsstellen angetragen wird, ohne dass die Finanzierung geklärt ist. Vor die Alternative gestellt, dass möglicherweise weniger qualifizierte Einrichtungen die Arbeit übernehmen, beteiligen sich die Frauenberatungsstellen an der Entwicklung von pro-aktiven Konzepten, wohlwissend, dass pro-aktive Beratung gegenüber Komm-Strukturen mit wesentlich mehr Arbeit verbunden ist, da sie sich nicht auf eine einmalige Kontaktaufnahme beschränkt, sondern längerfristige, z.T. auch zugehende Beratung, Follow-up Kontaktaufnahmen sowie die Begleitung betroffener Frauen zu Behörden, Gerichten etc. mit umfasst. Der Berliner Entwicklungsprozess zeigt nicht nur die qualitativ hohen Ansprüche, sondern darüber hinaus die quantitativ überhöhten Erwartungen, die sich an den pro-aktiven Beratungsansatz richten – Teile der Berliner Polizei forderten (erfolglos) nicht nur die aktive Kontaktaufnahme im Falle von Wegweisungen (ca. 1.000 Fälle in Berlin pro Jahr), sondern bei allen Polizeieinsätzen bei häuslicher Gewalt (13.400 Fälle pro Jahr), ohne entsprechende Aufstockung der Personalressourcen in den Beratungsstellen. Auch die mit der Etablierung von regionalen Interventionsprojekten notwendigerweise verbundene, zeitintensive Vernetzungsarbeit stellt für Frauenhäuser und -beratungsstellen nicht selten Mehrarbeit dar, die zu Lasten anderer Arbeitsbereiche geht (Hering/ Heinz 2003, 8). Das Fazit im Rahmen der Evaluation bezüglich der Entwicklung in Berlin spiegelt jedoch eine Haltung, in der Finanzfragen eine untergeordnete Rolle spielen:

„Das entstandene Konzept wird als realistisch und fachlich abgesichert angesehen. Die Finanzierung bleibt als offene Frage stehen, was den Erfolg dieser Arbeit vorläufig nicht schmälert. (...) Ausschlaggebend für die Bedeutung dieses Arbeitsergebnisses ist die hier vollzogene Wende in der Haltung der Beraterinnen. Die Beratungsstellen sahen sich im Zuge der Erweiterung der polizeilichen Eingriffsbefugnisse in der Verantwortung, ihr bisheriges Tätigkeitsfeld weiterzuentwickeln und sie haben diese Herausforderung angenommen.“ (Brandfuß et al. 2004, 45)

Vor dem Hintergrund der langjährigen Forderung der Frauenbewegung, dass gewaltbetroffene Frauen nicht noch zusätzlich durch den Verlust ihrer Woh-

nung bestraft werden dürfen, werden Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser und -beratungsstellen „in die Verantwortung“ genommen, pro-aktive Beratung umzusetzen, gegebenenfalls mit der Folge, dass der erhöhte Arbeitsaufwand unbezahlt, quasi ehrenamtlich, übernommen wird. Die gesellschaftliche Verantwortung, häusliche Gewalt gegen Frauen eindeutig zu ächten, hat ihre Grenze da, wo die Intervention mit deutlichen Mehrkosten verbunden ist. Dies dokumentiert sich auch in den politischen Empfehlungen im Rahmen der Evaluation. Davon ausgehend, dass die zukünftigen finanziellen Spielräume zum Ausbau der Beratungsangebote begrenzt sind und gleichzeitig der Beratungsbedarf steigen wird, wird u.a. empfohlen, Ehrenamtliche in die Arbeit, z.B. bei den zeitintensiven Begleitungen, einzubinden (a.a.O., 334). Hierdurch würde die notwendige gesellschaftliche Verantwortungsübernahme bei häuslicher Gewalt erneut reprivatisiert. Sowohl auf der Seite der Klientinnen als auch der professionellen Mitarbeiterinnen zeichnet sich somit im Zuge der Einführung neuer Konzepte des Opferschutzes ein noch offenes Spannungsfeld zwischen Anspruch auf Selbstbestimmung und latenten bis offenen Zwängen ab, dessen Entwicklung zu beobachten bleibt.

Moralische Inpflichtnahme gelingt nur da, wo bereits arbeitsfähige Strukturen bestehen. Dies trifft für den Bereich der Täterarbeit noch nicht zu, wodurch neue Ressourcenkonflikte zwischen den Geschlechtern in der Arbeit zu häuslicher Gewalt eröffnet werden.

Täterarbeit als Opferschutz

Auch in der Täterarbeit ist der Mix aus veränderten gesellschaftlichen samt rechtlichen Rahmenbedingungen und die Erkenntnis aus Interventionsprojekten gegen häusliche Gewalt die Grundlage für ein in Deutschland relativ neues Angebot seitens der Sozialen Arbeit. Dieses Angebot erstreckt sich heute über die Einzelberatung und die i.d.R. verhaltenstherapeutisch geprägte Gruppenarbeit bis hin zur Paarberatung. Allerdings sind Angebote der Täterarbeit bislang wesentlich weniger strukturell verankert als Beratungs- und Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen. Dies hat finanzielle wie personelle Ursachen.

Die neue Frauenbewegung fordert bereits seit den 70er Jahren eine stärkere Auseinandersetzung von Männern mit Männergewalt (Beckmann et al. 2004, 10ff), die Frage nach dem „Wie“ dieser Auseinandersetzung gestaltet sich allerdings sehr kontrovers. Grundsätzliche Bedenken gegenüber Täterarbeit werden z.B. wegen der Befürchtung formuliert, dass die Teilnahme an Täterprogrammen gewalttätige Männer vor einer Bestrafung schützen und damit aus der Verantwortung entlassen würde. Hinzu kommt, dass es vielfach noch eine gedankliche Herausforderung darstellt, männliche Täter auch als Opfer von personalen und strukturellen Gewaltverhältnissen zu sehen, die einen Anspruch auf Hilfe haben (selbst wenn sie ihn selber – noch – nicht

sehen). Schließlich wird die Diskussion massiv von Ressourcenkonflikten beeinflusst. Da sich, anders als in Österreich, bislang in Deutschland das Innenministerium noch nicht an Täterprogrammen gegen häusliche Gewalt beteiligt, wird befürchtet, dass die Täterberatung mit ihrem Kostendeckungsbedarf die sehr begrenzten finanziellen Ressourcen bedroht, mit denen die Frauen(beratungs)arbeit gefördert wird. Dass Frauenministerien Täterarbeit finanzieren (sollen), wird von engagierten Frauen als erneute gesellschaftliche Verantwortungsverschiebung wahrgenommen. Zugleich stehen Männerinitiativen vor dem Dilemma unsicherer und ungenügender finanzieller Ressourcen, die die Kontinuität und Effektivität der Arbeit behindert.

Zumeist wird der Konflikt, mit Ausnahme der Verteilung der finanziellen Mittel, dadurch negiert, dass sich die Täterberatung deutlich als Teil des Opferschutzes versteht. In diesem Sinne wird der Täter durch die Intervention der Täterberatung nicht aus seiner Verantwortung für die Tat entlassen. So wird auch in den dem Selbsthilfegedanken nahe stehenden Interventionsangeboten wie von der Vereinigung Männer gegen Männergewalt die „Parteilichkeit, ohne parteiisch zu sein“ propagiert: „Wir solidarisieren uns mit dem ratsuchenden Mann, und wir entsolidarisieren uns gleichzeitig von seinem gewalttätigen Verhalten.“ (Dangers 2002, 22)

Auch in Österreich wird die Täterarbeit als Beitrag zum Opferschutz beschrieben. Grundprämissen für die Arbeit mit Gewalttätern hat der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser²⁴ zusammenfassend formuliert:

- „Die Arbeit mit Gewalttätern dient dem Opferschutz und ist im Hinblick auf den Opferschutz erforderlich.
- Primäres Ziel ist die Beendigung der Gewalt und die Verhinderung weiterer Gewalttaten.
- Die Sicherheit von Frauen und Kindern ist ein wichtiges Anliegen in der Arbeit mit Gewalttätern.
- Die Verantwortung für die Gewalttaten trägt allein der Täter – seine Übergriffe sind weder durch störende Familiendynamiken, eigene Gewalterfahrungen oder ähnliches zu rechtfertigen.
- In der Arbeit mit Gewalttätern muss der Täter als Persönlichkeit mit seiner individuellen Lebensgeschichte betrachtet werden. Gleichzeitig wird auch verlangt, im Täter das Potenzial zu sehen, sein grenzüberschreitendes Verhalten zu ändern.“

Ein weiterer Diskussionspunkt in der Täterarbeit ist das „Freiwilligkeitsprinzip versus justizieller Weisungen“ (Leopold/ Beckmann 2001, 12). Befürworter des in der Sozialen Arbeit traditionellen Freiwilligkeitsparadigmas führen die Eigeninitiative des Täters als unverzichtbare Motivationsgrundlage für eine gelingende Beratung an. Dementsprechend wird die Verflechtung

24 Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser. <www.a oef.at> (Juni 2005)

der Beratungsarbeit mit rechtlichen Bedingungen bzw. gerichtlichen Maßnahmen, also die Zuweisung von Personen durch die Gerichte kritisiert, da hier die Angst vor Strafe oder vor familienrechtlichen Konsequenzen die überwiegende Motivation für die Beratung sei. Die Kritik schließt ein, dass in den Fällen der Zuweisung die Berater in Aufhebung der ggf. vorliegenden Schweigepflicht zum verlängerten Arm des Gerichts werden.

De facto gibt es in Deutschland eine Reihe von Weisungen oder Auflagen seitens des Gerichts, die sich als Motivationsfaktoren positiv auf die Täterarbeit auswirken können²⁵:

- Verhängung einer Bewährungsstrafe gem. §§ 56 ff StGB
- Verwarnung mit Strafvorbehalt gem. §§ 59 StGB
- Einstellung des Verfahrens nach § 153 StPO
- Einstellung des Verfahrens bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen nach § 153a StPO
(Beckmann et al. 2004, 18ff)

Die unterstützende Wirkung durch äußere Rahmenbedingungen und ein daraus resultierendes engmaschiges Netz der Kontrolle sind für die Täterarbeit ohne Zweifel sehr prägend und in vielen Fällen überhaupt eine erste Möglichkeit, mit dem Täter in Kontakt zu kommen und ihm Hilfsangebote offerieren zu können. Oft wird auch der Kontaktabbruch zur Täterberatung mit dem Wegfall der äußeren Rahmenbedingungen in Verbindung gebracht.

Der Kritik an der justitiellen Weisung stehen positive Erfahrungen entgegen, dass in der Gruppenarbeit keine negativen Abweichungen in Sachen Motivation oder Kontaktabbruch zwischen freiwilligen Ratsuchenden und anderen festgestellt werden. Vielmehr wird durch die Männerberatung Wien die Durchmischung der Gruppen²⁶ als oftmals vorteilhaft beschrieben, da die Teilnehmer sich gegenseitig bereichern und gerade diese Konstellation ein Erfolgsfaktor der Gruppenarbeit sein kann. Fakt ist, dass sich an der Frage „freiwillige Beratung“ versus „Zwangsberatung“ Initiativen gegen Männergewalt zunehmend externen Zwängen ausgesetzt sehen. So zeigt die Evaluation des Interventionsprojektes CORA in Mecklenburg-Vorpommern, dass die Weigerung, mit justitiell zugewiesenen Männern zu arbeiten, für die Männerberatungsstelle Schwerin den Ausschluss aus der Landesförderung zur Folge hatte (Brandfaß et al. 2004, 71). Nicht nur in der Frauenarbeit, auch in der Männerarbeit dokumentiert sich hierin ein deutlicher werdender

25 Der Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) ist hier nicht angeführt, da im häuslichen Bereich z.B. die Idee der Aufhebung der Anonymität der Tathergangsbeteiligten nicht zum Tragen kommen kann. Juristisch kann der TAO gem. § 46a StGB eine Strafmilderung bewirken bzw. Voraussetzung für die Verfahrenseinstellung gem. § 153b StPO sein.

26 Die Klientel der Männerberatung Wien setzt sich ca. zu je einem Drittel aus Personen zusammen, die durch das Gericht zugewiesen werden (sehr häufig im Rahmen von Diversionsverfahren), die auf Druck des Jugendamtes den Kontakt herstellen und die Kontakt zur Beratung aus persönlicher Motivation heraus aufnehmen.

politischer Wunsch, mehr „Zugriff“ auf KlientInnen Sozialer Arbeit zu nehmen und Einrichtungen konzeptionell unter Zugzwänge zu setzen.

Ähnlich kontrovers wird die Mitarbeit von Frauen in der Täterarbeit betrachtet. Auch hier finden sich Befürworter und Kritiker. Die Kritiker schließen sich z.T. den Leitbildern der Frauenarbeit an und favorisieren ein geschlechtshomogenes Interventionsangebot. Hierbei wird auf den bereits diskutierten Erklärungsansatz rekurriert, dass männliches Gewalthandeln Ausdruck einer tiefen Verunsicherung männlicher Identität ist als Ergebnis fehlender männlicher Identifikationsangebote in der Lebenswelt von Jungen (vgl. Kap. 1). Da Frauen im Rahmen der Kultur der Zweigeschlechtlichkeit kein Identifikationsangebot zur Entwicklung einer positiven männlichen Identität darstellen können, sei Männerarbeit durch Männer unabdingbar. Zudem wird vermutet, dass der Einbezug von Frauen als Mitarbeiterinnen in die Täterarbeit dazu führen könne, dass sie reduziert werden auf ihre weibliche Rolle und primär in diesem Sinne seitens der Täter ‚benutzt‘ werden. Dem stehen wiederum positive Erfahrungen in der Praxis der Täterarbeit gegenüber, wo geschlechtsheterogene Teams aktiv sind.²⁷

Mit vergleichbaren Argumentationen wird auch die Beratung von gewaltbetroffenen Paaren belegt. Anlehnend an die Täterberatung kann ein Setting hergestellt werden, wo die Beteiligten in geschützter Atmosphäre wieder den Dialog miteinander aufnehmen können. Dabei kommen die fachlichen Regeln der Paarberatung zur Anwendung, so dass Opfer und Täter nicht darum fürchten müssen, mit der Partnerin/ dem Partner oder der einseitigen parteilichen Unterstützung der BeraterInnen konfrontiert zu werden. Die Devise der Paarberatung ist, „die Gewalt zu beenden und nicht die Beziehung“ (Logar 2003, 13).²⁸ Primäre Aufgabe der Täterarbeit sollte jedoch nicht die Paarberatung sein.

Eine weitere generelle, in der Zukunft zu lösende Aufgabe ist der Stellenwert dieses spezifischen Interventionsangebots der Täterarbeit im (vielfach erst noch herzustellen) Konzert der Angebote im Umgang mit häuslicher Gewalt.

4 Fazit

Es gibt sicherlich kaum ein anderes Feld der Sozialen Arbeit, in dem konzeptionelle Diskussionen und sozialarbeiterische Praxis von Beginn an so stark durch gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse und -konstrukte bestimmt

27 So beispielsweise im Rahmen des Hannoveraner Interventionsprojektes (HAIP).

28 Was selbstverständlich nicht impliziert, die Partnerschaft (um jeden Preis) aufrechterhalten zu wollen!

waren und sind wie im Bereich der häuslichen Gewalt. Die hohe Zahl von Frauen mit Erfahrungen von Beziehungsgewalt zeigt einerseits die Notwendigkeit öffentlichen Handelns und verweist andererseits darauf, dass nicht nur in den „Kern“arbeitsbereichen, den Frauenhäusern und -beratungsstellen sowie den Angeboten für Gewaltausübende, sondern auch im Gesundheitswesen oder den Erziehungshilfen mit Betroffenen häuslicher Gewalt gearbeitet wird, ohne dass die Gewalterfahrungen immer bekannt sind.

Die politische Hoffnung, dass mit der Verbesserung des Opferschutzes eine Verringerung der Gewaltausübung einhergehe, konnte bislang noch nicht belegt werden. Allerdings sind die aktuellen gesetzlichen Schritte zur eindeutigeren Verantwortungszuweisung an die Täter und zur gesellschaftlichen Ächtung von häuslicher Gewalt im Zuge der Verabschiedung des Gewaltschutzgesetzes zu begrüßen.

So hat sich nicht nur die Praxis der Exekutive deutlich verändert. Auch in der Sozialen Arbeit ist die Angebotsstruktur im Kontext häuslicher Gewalt in einen Prozess der Veränderung eingetreten. Die Entscheidung um die Ausgestaltung von Interventionsangeboten wird heute oft noch emotional polarisiert getroffen und die thematisierten Fragestellungen können derzeit nicht abschließend und fachlich ausgewogen beantwortet werden. Die Entwicklung hin zu einem differenzierteren Angebot für Gewaltbetroffene wie Gewaltausübende ist grundsätzlich zu begrüßen, sie muss jedoch kritisch daraufhin beobachtet werden, welchen Beitrag sie zur Verfestigung sozialer Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstrukte leistet. Zugehende Angebote können eine zentrale Rolle bei der Loslösung aus der Gewaltbeziehung spielen, das Recht auf Selbstbestimmung gewaltbetroffener Frauen sollte jedoch weiterhin eine zentrale Orientierung der Arbeit darstellen und nicht durch einseitige Opferperspektiven negiert werden. Die politische Förderung neuer Interventionsansätze darf zudem nicht aus den Augen verlieren, dass durch pro-aktive Beratung noch nicht die grundlegenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändert sind, wie mangelhafte Kinderbetreuung, eingeschränkte Ausbildungsmöglichkeiten oder schlechtere Arbeitsmarktchancen, die für Frauen weiterhin Autonomie und Unabhängigkeit erschweren.

Noch kontroverser ist derzeit die Frage, von welchen Erklärungsansätzen und damit konzeptionellen Orientierungen für die Täterarbeit auszugehen ist. Brauchen Männer in der Mehrheit Zwang, um ihr Handeln zu reflektieren? Lassen sich soziale Männlichkeitskonstrukte besser mit handlungsorientierten „Trainingsangeboten“ als z.B. mit „Therapie“ vereinbaren? Ist es unabdingbar, dass allein Männer Täterarbeit ausüben oder sinnvoll, Frauen einzubeziehen? Hinter diesen Fragen stehen offene oder latente Konstruktionen des „Mann-Seins“, über die in weiterführenden fachlichen Auseinandersetzungen offensiver gestritten werden muss.

Deutlich wird zudem, dass Fragen nach der Intervention bei häuslicher Gewalt nicht losgelöst von Ressourcenkonflikten zwischen den Geschlech-

tern diskutiert werden können. Sie spielen sowohl auf der Ebene der betroffenen Paare wie auf der Ebene der professionellen Angebote eine entscheidende Rolle und sind Ausdruck von Machtverhältnissen wie Auseinandersetzungen im Kampf um knapper werdende Ressourcen.

Insgesamt ist die Diskussion innerhalb der Sozialen Arbeit ein Spiegelbild des aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses auf der Suche nach adäquaten Formen des gesellschaftlichen Miteinanders auch in der Privatsphäre von Partnerschaft und Familie.

Literatur

- Beckmann, Stefan/ Hagemann-White, Carol/ Kavemann, Barbara/ Leopold, Beate/ Rabe, Heike/ Katembrink, Judith (2004): Gemeinsam gegen häusliche Gewalt. Kooperation, Intervention, Begleitforschung. Forschungsergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt (Wi-BIG). Band III: Täterarbeit im Kontext von Interventionsprojekten gegen häusliche Gewalt. Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- BIG Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt (o.J.): Alte Ziele auf neuen Wegen. Ein neuartiges Projekt gegen Männergewalt an Frauen stellt sich vor, Berlin
- Brandfaß, Ulrike/ Grieger, Katja/ Kavemann, Barbara/ Rabe, Heike/ Katenbrink, Judith/ Kretschmann, Johanna (2004): Gemeinsam gegen häusliche Gewalt. Kooperation, Intervention, Begleitforschung. Forschungsergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt (Wi-BIG). Band I: Neue Unterstützungspraxis bei häuslicher Gewalt. Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Brückner, Margit (1996): Was kommt nach dem Aufbruch? Die Entwicklung der Frauenhausbewegung, in: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.): Dokumentation Fachforum 2 – Frauenhausbewegung, 20.-22.11.1996, Berlin
- Brückner, Margit (1998): Wege aus der Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Eine Einführung, Frankfurt a.M.
- Brückner, Margit (2002): Gewalt im Geschlechterverhältnis – Möglichkeiten und Grenzen eines geschlechtertheoretischen Ansatzes zur Analyse „häuslicher Gewalt“, in: Götter, Margit/ Walser, Karin (Hg.): Gender und soziale Praxis, Königstein/ Ts, 15-37
- BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2004a): Gewalt gegen Männer. Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern in Deutschland – Ergebnisse der Pilotstudie. Kurzbericht, Berlin
- BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2004b): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland, Berlin

- Dangers, Thomas (2002): Gewaltberatung – ein Therapieverlauf, in: Männer gegen Männergewalt (Hg.): Handbuch der Gewaltberatung, Hamburg
- Dearing, Albin (2000): Das österreichische Gewaltschutzgesetz als Kern einer umfassenden Reform der Reaktion auf Gewalt in der Privatsphäre unter besonderer Berücksichtigung der Funktion der Sicherheitsexekutive, in: Dearing, Albin/ Haller, Birgit (Hg.): Das österreichische Gewaltschutzgesetz, Wien, 5-166
- Eichler, Susanne/ Grefer, Anne/ Metz-Göckel, Sigrid/ Möller, Christina/ Schütte, Gaby/ Gehrman, Britta (2002): Kooperationsformen und -strukturen von Runden Tischen/ Arbeitskreisen zum Abbau Häuslicher Gewalt in Nordrhein-Westfalen. Hrsg. vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW, Düsseldorf
- Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (2003): Informations- und Erfahrungsaustausch zum Problembereich Häusliche Gewalt, Schwerin
- Hagemann-White, Carol (2002): Gewalt im Geschlechterverhältnis als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung: Rückblick, gegenwärtiger Stand, Ausblick, in: Dackweiler, Regina-Maria/ Schäfer, Reinhild (Hg.): Gewaltverhältnisse. Feministische Perspektiven auf Geschlecht und Gewalt, Frankfurt a.M., 29-52
- Hagemann-White, Carol (2005): Brückenschläge zwischen den Geschlechtern und den Generationen in einer gespaltenen Gewaltdiskussion. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Kongressbericht. Gewalt im Leben von Männern und Frauen – Forschungszugänge, Prävalenz, Folgen, Intervention, Berlin, 13-20
- Hagemann-White, Carol/ Bohne, Sabine (2002): Versorgungsbedarf und Anforderungen an Professionelle im Gesundheitswesen im Problembereich Gewalt gegen Frauen. Expertise für die Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“, Osnabrück, Düsseldorf
- Hagemann-White, Carol/ Bohne, Sabine (2004): Gewalt und Interventionsforschung: Neue Wege durch europäische Vernetzung, in: Becker, Ruth/ Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen und Geschlechterforschung. Theorie, Methode, Empirie, Wiesbaden, 555-563
- Hagemann-White, Carol/ Kavemann, Barbara (2004): Gemeinsam gegen häusliche Gewalt. Kooperation, Intervention, Begleitforschung. Forschungsergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt (WiBIG). Kurzbericht. Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Heinz, Alexandra (2002): Jenseits der Flucht. Neue Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt im Vergleich, Opladen
- Hering, Sabine (2003): Vom Kopf auf die Füße? in: Sozial Extra, 27. Jg., H. 4, 6-7
- Hering, Sabine/ Heinz, Alexandra (2003): Der Opferschutz als Regierungsprogramm, in: Sozial Extra, 27. Jg., H. 4, 8-11
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2002): Häusliche Gewalt und polizeiliches Handeln. Informationen für Polizei und andere Beteiligte. Düsseldorf
- Jungnitz, Ludger/ Walter, Willi (2005): Gewalt gegen Männer. Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern in Deutschland – Ergebnisse der Pilotstudie, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Kongressbe-

- richt. Gewalt im Leben von Männern und Frauen – Forschungszugänge, Prävalenz, Folgen, Intervention, Berlin, 38-49
- Kavemann, Barbara (2001): Kinder und häusliche Gewalt – Kinder misshandelter Mütter. Vortrag Frauenhausfachforum 15.11.2000, in: Korrespondenzblatt, H. 2, 36-55
- Kavemann, Barbara (2002): Entwicklung der Diskussion über Gewalt im Geschlechterverhältnis – Historische Verschiebungen, neue Schwerpunkte, neue Verknüpfungen, in: Agha, Tahereh/ Czollek, Leah C./ Gahleitner, Silke/ Haubricht, Mathilde/ Neunhöffer, Ingrid/ Radvan, Heike/ Weber, Carmen/ Weinbach, Heike (Hg.): Frauen in Gewaltverhältnissen. Dokumentation des Hochschultages vom 31.10.2001 an der Alice-Salomon-Fachhochschule, Berlin, 13-33
- Kavemann, Barbara (2005): Gemeinsam gegen häusliche Gewalt: Von regionalen Innovationen zu Maßstäben guter Praxis, in: Forum Erziehungshilfen, 11. Jg., H. 2, 74-79
- Kavemann, Barbara/ Leopold, Beate/ Schirmmayer, Gesa (2001): Modelle der Kooperation gegen häusliche Gewalt. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Berliner Interventionsprojektes gegen häusliche Gewalt (BIG). Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Kindler, Heinz/ Salzgeber, Joseph/ Fichtner, Jörg/ Werner, Annegret (2004): Familiäre Gewalt und Umgang, in: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht, 51. Jg., H. 16, 1241-1252
- Lehmann, Nadja (2002): Frauenhausarbeit im Spannungsfeld von Professionalisierungsprozessen und tradiertem Feminismusbegriff, in: Agha, Tahereh/ Czollek, Leah C./ Gahleitner, Silke/ Haubricht, Mathilde/ Neunhöffer, Ingrid/ Radvan, Heike/ Weber, Carmen/ Weinbach, Heike (Hg.): Frauen in Gewaltverhältnissen. Dokumentation des Hochschultages vom 31.10.2001 an der Alice-Salomon-Fachhochschule, Berlin, 34-46
- Leopold, Beate/ Beckmann, Stefan (2001): Täterarbeit in deutschen Interventionsprojekten. Vortrag auf dem Fachkongress „Grenzen setzen, Verantwortlich machen, Veränderung ermöglichen“ am 5./6. Dezember 2001 in Oldenburg
- Logar, Rosa (2003): Erfahrungen mit dem österreichischen Gewaltschutzgesetz. Vortrag anlässlich der Tagung „Wegweisung und Rückkehrverbot bei häuslicher Gewalt. Neue Wege für einen besseren Opferschutz? Eine Fachtagung für Vertreter/innen der Polizei, Justiz und sozialen Institutionen“ am 27. November 2003 in Bern
- Meuser, Michael (2002): „Doing Masculinity“ – Zur Geschlechtslogik männlichen Gewalthandelns, in: Dackweiler, Regina-Maria/ Schäfer, Reinhild (Hg.): Gewaltverhältnisse. Feministische Perspektiven auf Geschlecht und Gewalt, Frankfurt a.M., 53-78
- MGsFF NRW Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie (2004): Gewalt gegen Frauen und sexueller Missbrauch von Kindern. 3. Bericht zum Handlungskonzept der Landesregierung, Düsseldorf
- Pence, Ellen/ McMahon, Martha (1998): Das DAIP-Projekt in Duluth/ USA. Eine erfolgreiche Interventionsstrategie gegen häusliche Gewalt, in: Heiliger, Anita/ Hoffmann, Steffi (Hg.): Aktiv gegen Männergewalt. Kampagnen und Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen international, München
- Runder Tisch zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in NRW (2001): Thesenpapier „Häusliche Gewalt“, Düsseldorf

- Schröttle, Monika/ Müller, Ursula (2005): Präsentation der Ergebnisse der Prävalenzstudie, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Kongressbericht. Gewalt im Leben von Männern und Frauen – Forschungszugänge, Prävalenz, Folgen, Intervention, Berlin, 21-34
- Schumacher, Silvia/ Janzen, Ulrike (2003): Gewaltschutz in der Familie, Bielefeld
- Schweiker, Birgit (1999): Schutz gegen häusliche Gewalt – Das Berliner Interventionsprojekt, in: Theorie und Praxis der Soziale Arbeit, 50. Jg., H. 8, 283-289
- Schweikert, Birgit/ Baer, Susanne (2002): Das neue Gewaltschutzrecht, Baden-Baden
- Schweikert, Birgit/ Schirmacher, Gesa (2002): Sorge- und Umgangsrecht bei häuslicher Gewalt: Aktuelle rechtlichen Entwicklungen, wissenschaftliche Erkenntnisse und Empfehlungen. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“, H. 90, Berlin, Hannover
- Schwind, Hans-Dieter/ Baumann, Jürgen/ Lösel, Friedrich/ Renschmidt, Helmut/ Eckert, Roland/ Kerner, Hans-Jürgen/ Stümper, Alfred/ Wassermann, Rudolf/ Otto, Harro/ Rudolf, Walter/ Berckhauer, Friedhelm/ Steinhilper, Monica/ Kube, Edwin/ Steffen, Wiebke (1990): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission). Bd. I: Endgutachten und Zwischengutachten der Arbeitsgruppen, Berlin
- Seith, Corinna (2003): Öffentliche Intervention gegen häusliche Gewalt. Zur Rolle von Polizei, Sozialdienst und Frauenhäusern, Frankfurt a.M.
- Spoden, Christian (2000): Arbeit mit Tätern häuslicher Gewalt: Grenzen setzen – verantwortlich machen – Veränderung ermöglichen, in: Innenministerium NRW (Hg.): Frauen als Gewaltopfer. Tagungsdokumentation, Düsseldorf, 22-33
- Strasser, Philomena (2003): Häusliche männliche Gewalt gegen Frauen in der Migration, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 26. Jg., H. 63/64, 103-115
- Weber, Monika (2005). Häusliche Gewalt und die Aufgaben der Jugendämter, in: Forum für Erziehungshilfen, 11. Jg., H. 2, 68-73
- Wetzels, Peter (1997): Gewalterfahrungen in der Kindheit. Sexueller Mißbrauch, körperliche Mißhandlung und deren langfristige Konsequenzen, Baden-Baden

Allein Erziehende in Sozialhilfe

Der beträchtliche Zuwachs an Ein-Eltern-Familien wird verschiedentlich als Beleg für einen Wandel familialer Lebensformen herangezogen. Zugleich hat das Modell der „Hausfrauenehe“ als Norm des Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern deutlich an Relevanz verloren. Die zunehmende Bedeutung der Ein-Eltern-Familien ist auf die hohe Scheidungsquote einerseits und auf die steigende Zahl lediger Frauen mit Kindern andererseits zurückzuführen.

Demgemäß widerspricht die Tatsache, dass Ehen zunehmend unbeständig sind und letztlich in zahlreichen Fällen scheitern der Vorstellung, dass Frauen mit Kindern durch familiären Unterhalt abgesichert werden. Für die Betroffenen liegen sowohl individuelle Chancen als auch Risiken dicht beieinander. Nach wie vor reduziert die Erziehung der Kinder die Möglichkeit einer selbstständigen Existenzsicherung in vielfacher Hinsicht. Es handelt sich um eine Lebensform, die mit einem erheblichen Verarmungsrisiko behaftet ist. Dabei stellt sich Armut zum Teil als eine Phase im Lebenslauf dar, die aktiv bewältigt wird (Leibfried 1995, 9). Frauen sind als allein Erziehende schon deshalb verstärkt auf den Bezug von Sozialhilfe angewiesen, weil eine Erwerbstätigkeit wegen der Kindererziehung nicht mehr oder nur unzureichend ausgeübt werden kann. Sozialhilfe dient hier im günstigsten Fall zur Überbrückung einer begrenzten Phase, kann aber auch als Langzeitbezug auf Dauer erforderlich sein.

1 Zur gesellschaftlichen Situation allein erziehender Frauen in der Sozialhilfe¹

Mit dem Begriff ‚allein erziehend‘ verbinden sich unterschiedliche wissenschaftliche Betrachtungsweisen der Lebenssituation vor allem von Frauen mit Kindern. Allein Erziehende werden im Rahmen der so genannten Individualisierungsdebatte genannt, um aufzuzeigen, dass der Verlust traditioneller Sicherheiten Risiken beinhaltet, die nicht zwangsläufig durch neue Chancen aufgewogen werden. Eva Mádje und Claudia Neusüß richten ihre Aufmerksamkeit hingegen gerade auf die Chancen, die aus dieser Lebensform er-

1 Umstrukturierungen im Rahmen von Hartz IV können noch nicht berücksichtigt werden, d.h. der verwendete Sozialhilfebegriff bezieht sich auf die Ausführungen des SGB III, die bis Ende 2004 gültig waren.

wachsen können und bemängeln, in der Vergangenheit habe sich der Blickwinkel zumeist verengt, demgegenüber sollten heute vielmehr die besonderen Kompetenzen beleuchtet werden, die allein Erziehende und ihre Kinder durch diese Lebensform erlangen (Mädje/ Neusüß 1996, 13). Gleichwohl ist die Situation des allein Erziehens vielfach mit unterschiedlichen Problemlagen behaftet.

Laut Statistischem Jahrbuch von 2004 wurden 2002 in Deutschland insgesamt 392.000 Ehen geschlossen; im selben Berichtsjahr wurden mehr als 204.000 Ehen geschieden (Statistisches Bundesamt 2004, 37f). In einer Vielzahl von Fällen geraten dabei betreuungsbedürftige Kinder und ein erziehungsberechtigtes Elternteil in eine besondere Problemlage.

Aufgrund der bestehenden Gesellschafts- und Geschlechterordnung sind auch weiterhin von dem Phänomen des allein Erziehens überproportional oft Frauen betroffen. Auch durch das neue Kindschaftsrecht wird hier keine Änderung herbeigeführt. Zwar ist die Klärung des Sorgerechts aus dem Scheidungsverbund genommen worden, so dass es häufig beim gemeinsamen Sorgerecht bleibt. In der Regel leben die Kinder aber dennoch weiterhin bei der Mutter.

Frauen geraten in diesen Fällen häufig in eine vielschichtige Konfliktsituation. Einerseits sind sie oft aufgrund der Kindererziehung aus dem Erwerbsleben ausgeschieden und haben somit eine erworbene Position im erlernten Beruf aufgegeben. Zum anderen sind sie als allein Erziehende spezifischen physischen und psychischen Belastungen bei der Vereinbarung von Beruf und Familie ausgesetzt, da sie beide Bereiche weitgehend ohne Unterstützung koordinieren müssen.

Eine Eingliederung dieser Personengruppe in den Arbeitsmarkt setzt die Berücksichtigung unterschiedlicher Aspekte voraus.

- Allein Erziehende sehen sich mit konkreten organisatorischen Problemen konfrontiert, etwa indem sie die Zeiten für Betreuung und Erwerbstätigkeit aufeinander abstimmen müssen. Hierbei gilt insbesondere zu berücksichtigen, dass die derzeitigen institutionellen Angebote der Kinderbetreuung nicht dem nachgefragten Bedarf entsprechen und oft nur unzureichend mit den existierenden Arbeitszeitmodellen vereinbar sind.
- Rollenvorstellungen zum Verhältnis von Beruf und Familie schlagen sich als individuell verfügbare Handlungspotentiale nieder und determinieren somit die Möglichkeiten, die Anforderungen aus beiden Bereichen in Übereinstimmung zu bringen.
- Fehlende soziale Sicherheiten aufgrund fehlender eigener Erwerbstätigkeit und/ oder fehlender Unterhaltszahlungen verursachen vielfach den Einstieg allein erziehender Frauen in den Sozialhilfebezug.

Der Sozialbericht NRW 2004 belegt, dass insbesondere allein Erziehende eine zentrale Risikogruppe in der Sozialhilfe darstellen. Der Sozialhilfebezug

ist für allein Erziehende die zweit wichtigste Einkommensquelle. Jede fünfte allein erziehende Frau lebt vorwiegend von Sozialhilfe (MGSFF 2004, 258). Daten der Sozialhilfestatistik zeigen, dass Haushalte von allein Erziehenden mit Abstand die höchste Sozialhilfeabhängigkeit aller Haushaltstypen aufweisen. Der Anteil von Ein-Eltern-Haushalten mit minderjährigen Kindern an allen Sozialhilfe beziehenden Haushalten betrug Ende 2002 28,5%.

In besonderem Maße von Armut betroffen sind Personen in kinderreichen Alleinerziehendenhaushalten mit drei und mehr Kindern. Von diesen leben mit 68,3% über zwei Drittel unterhalb der Armutsgrenze (MGSFF 2004, 261). Mit diesen Daten korrespondiert die hohe Sozialhilfequote von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik.

2 Leitidee: Arbeitsmarktpartizipation

Das traditionelle männliche Ernährermodell befindet sich auf dem Rückzug, und zwar sowohl empirisch, wie Daten zur Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern belegen, als auch in seiner Funktion als maßgebliches Leitbild für wohlfahrtsstaatliche Politik sowie für individuelle und gesellschaftlich akzeptierte Einstellungen. Favorisiert wird ein „adult worker model“ (Lewis 2001, 152ff), in dem jede erwerbsfähige Person kontinuierlich in Vollzeit beschäftigt ist. Denn wenn Frauen nicht wie Männer auf dem Erwerbsarbeitsmarkt partizipieren (können), kommt es zum Ausschluss und zur Benachteiligung von Frauen in der Sozialversicherung. Weil Familien- und Hausarbeit keine eigenständigen Sicherungsansprüche generieren, sind Frauen von abgeleiteten Ansprüchen, d.h. vom Versicherungsstatus ihrer Ehemänner oder von Sozialhilfe abhängig. Die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen trifft v.a. für allein erziehende Mütter zu.

Für Frauen können intentional gestaltbare Wege aus der Armut als Sozialhilfeabhängigkeit im Optionsdreieck von männlichem Haupternährer, Erwerbsarbeit und Sozialstaat (Krüger/ Micus 1999) nur über eine stärkere Orientierung und Beteiligung am Arbeitsmarkt führen. Ein solcher Weg knüpft an dem von einem Großteil der allein Erziehenden aktiv formulierten Eigeninteresse an. Vorrangiges Ziel ist es demzufolge, die Eigenverantwortlichkeit für die eigene Existenzsicherung (einschließlich der für die Kinder) und für die damit verbundene soziale Sicherheit zu fördern, indem die Beschäftigungsfähigkeit und Beteiligung am Arbeitsmarkt gestärkt werden. Für die Armutsprävention bei allein Erziehenden bedeutet dies eine systematische Förderung der Arbeitsmarktpartizipation. Dies kann allerdings nur unter bestimmten Rahmenbedingungen gelingen:

- Flexible Arbeitszeiten: Flexible Arbeitszeiten erweisen sich als wichtige Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie sowie für das Auffangen kind- und familienbedingter Flexibilitätsbedarfe. Dies schlägt jedoch um, wenn die Arbeitszeiten zu stark schwanken, zu wenig von Seiten der Arbeitnehmerinnen beeinflussbar sind oder diesen mit zu wenig Zeitvorlauf bekannt gemacht werden.
- Teilzeitbeschäftigung: Teilzeitarbeit stellt vor allem für Frauen mit Kindern eine häufig gewählte Lösung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar. Das Teilzeiteinkommen und erst recht die Sozialversicherungsleistungen, die sich nach dem Beitragsäquivalenzprinzip aus einer Teilzeitbeschäftigung ergeben, reichen allerdings nur selten für die eigenständige Existenzsicherung – insbesondere, wenn Kinder zu versorgen sind. Die Teilzeitbeschäftigung stellt die Frauen nicht nur nicht auf die eigenen Füße, sie schneidet sie darüber hinaus von den im allgemeinen mit einer Vollzeitbeschäftigung verbundenen Garantien der eigenständigen Existenzsicherung im Risikofall (Arbeitslosigkeit, Alter, Pflegebedürftigkeit) ab.
- Existenzsicherndes Erwerbseinkommen: Es liegt nicht schon dann ein zufriedenstellendes „adult worker model“ vor, wenn alle Erwachsenen eine irgendwie geartete Erwerbstätigkeit ausüben. Denn die verstärkte Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt kann bestehende geschlechtsspezifische Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt perpetuieren oder gar vertiefen. Ebenso können bestehende Ungleichheiten hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung in gering- und hochqualifizierten Segmenten des Arbeitsmarktes verstärkt oder neue Ungleichheiten begründet werden, wenn – insbesondere vor dem Hintergrund existierender Beschäftigungsprobleme – die Arbeitsmarktpartizipation von allen erwachsenen Erwerbsfähigen forciert wird (Schratzenstaller 2004, 383). D.h. eine Erhöhung der Arbeitsmarktaktivitäten von Frauen bedeutet noch nicht, dass Frauen nicht mehr armutsgefährdet sein müssen, allerdings wird das Risiko der Armut deutlich reduziert. Es geht also nicht nur um die Diskussion der Arbeitsquantität, sondern auch um die Qualität der Frauenbeschäftigung. Um das Risiko prekärer Arbeitsplätze zu vermeiden, scheint ein notwendiges Kriterium zu sein, dass jeder/ jedem Erwachsenen die Möglichkeit der finanziellen Autonomie gegeben ist. Dies bedeutet, dass eine Existenz sichernde Beschäftigung zur Norm erhoben wird.
- Zumutbarkeitsbestimmungen: Auch muss bewusst sein, dass es der Gesellschaft zur Zeit nicht gelingt, alle Erwerbsarbeitssuchenden auch in die Erwerbsarbeit zu bringen und zugleich alle Erwerbsarbeitsabhängigen mit (ausreichendem) Erwerbseinkommen zu versorgen. Zugleich erhöht sich der Arbeitszwang mit der Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen erheblich. So wurden in den Bereichen der Sozialhilfe und

der Leistungen bei Arbeitslosigkeit im Zuge der letzten Reformen unter Bezugnahme auf die Philosophie des „aktivierenden Wohlfahrtsstaates“ und des „Fördern und Fordern“ die Anforderungen an die LeistungsempfängerInnen bzgl. der (Wieder-) Aufnahme einer Erwerbstätigkeit erhöht. Es stellt sich die Frage, ob allein Erziehende im Sozialhilfebezug angesichts von Hartz IV eine andere Chance haben, als erwerbstätig zu werden?

- Kinderbetreuung: Fehlende Kinderbetreuung erweist sich als Haupthindernis für die Aufnahme von Erwerbsarbeit. „89 Prozent der Mütter von Kleinkindern und 75 Prozent der Mütter von Kindergartenkindern geben als Grund dafür an, dass sie nicht erwerbstätig sind, keine ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten zu finden.“ (Schmidt 2003) Auch wenn mittlerweile für 3- bis 6-Jährige ein gesetzlicher Anspruch auf einen Kindertagesstättenplatz gegeben ist, stimmen die Betreuungszeiten vielfach nicht mit den Bedürfnissen allein erziehender Mütter überein. Katastrophal ist die außerhäusliche Betreuung von unter 3-Jährigen zu werten. Dies ist zwar politisch erkannt und ein Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur ist mit der Verabschiedung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes durch den Bundestag in den Blick genommen, aber es wird noch Jahre dauern, bis eine befriedigende und flächendeckende Betreuung gewährleistet ist. Auch diese Aufgabe ist nicht nur rein quantitativ zu lösen, sondern fordert im Interesse der Kinder qualitative Standards.²

Die Ausführungen zeigen, dass die Realisierung eines geschlechtergerechten „adult worker models“ eine erhebliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für Personen mit Betreuungspflichten – insbesondere für allein Erziehende – voraussetzt. Veränderungsbedarf besteht auf der staatlichen wie der betrieblichen Ebene sowie in der Abstimmung beider Bereiche sowohl untereinander als auch mit dem Feld privater Initiativen und Arrangements. Es mangelt v.a. an geeigneten Rahmenbedingungen zur Realisierung von Erwerbswünschen. Dies bezieht sich auf die Quantität, aber auch die Flexibilität bzw. Passgenauigkeit der öffentlichen Kinderbetreuung, deren Ausbau nun ins Zentrum der familienpolitischen Bemühungen gestellt worden ist.

2 Eine quantitativ ausreichende und qualitativ gute Kinderbetreuung bewirkt nicht nur bessere Bildungschancen für Kinder und ermöglicht Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Kindern und Beruf, sondern bringt auch ökonomische Vorteile. Ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass durch den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen neben den Kosten auch erhebliche Einnahme- und Einspareffekte der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen und der Sozialversicherungsträger entstehen. Sie sind darauf zurückzuführen, dass erstens erwerbswillige Mütter – aufgrund einer besseren Kinderbetreuung – einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, dass zweitens Kindertageseinrichtungen mehr Personal beschäftigen und dass drittens mehr Sozialhilfe beziehende allein erziehende Mütter erwerbstätig sein können. Der Staat könnte jährlich bis zu 1,1 Milliarden mehr Sozialversicherungsbeiträge einnehmen, wenn er Eltern die Rückkehr in den Arbeitsmarkt ermöglicht (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2002).

Weiterhin sind besondere staatliche und betriebliche Anrechte in Bezug auf die Arbeitszeitgestaltung sowie die sozialstaatliche Abfederung von Phasen der Erwerbsunterbrechung und -reduktion unerlässlich, idealer Weise durch Lohnersatzleistungen, die Armut verhindern.

Letztlich muss es in den Betrieben einen Paradigmenwechsel geben, bei dem grundsätzlich jede/r Beschäftigte als potentiell Fürsorgearbeit Leistende/r angesehen wird, sei es bei der Versorgung eigener Kinder oder bei der Pflege von Angehörigen. Dazu gehört, dass Unternehmen in selbstverständlicher Weise Rücksicht darauf nehmen, wenn Beschäftigte in der „anderen Sphäre“ gesellschaftlicher Notwendigkeit Verantwortung tragen, und nicht länger vom häuslich entlasteten Arbeitnehmer als Norm ausgehen.

Soll mit der Förderung der langfristigen Erwerbsintegration von Müttern Ernst gemacht werden, müssen entsprechende Maßnahmen konkretisiert werden. So könnte z.B. ein Teil des Erziehungsurlaubs (nach dem Modell der schwedischen Elternversicherung) mit einer Lohnersatzleistung verknüpft oder familiär bedingte Teilzeitarbeit auch während der Erwerbsphase aufgestockt werden. Darüber hinaus ist für qualitativ hochwertige und kostengünstige Pflege- und Betreuungseinrichtungen Sorge zu tragen. Jede dem Ziel der Geschlechtergleichheit dienende Anerkennung und Höherbewertung der ungleich verteilten Sorgearbeit verlangt neue Formen der kollektiven Solidarität.

3 Zur Empirie allein Erziehender in der Sozialhilfe

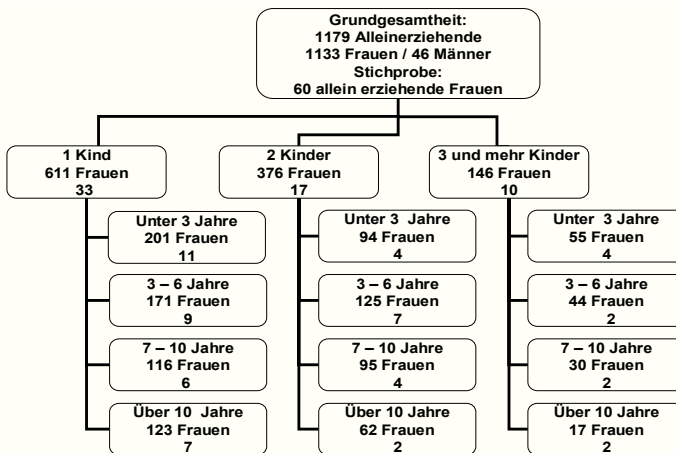
Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf den Ergebnissen der Studie ‚Sozialhilferisiko: allein erziehend‘, die an der KFH NW, Abteilung Aachen in den Jahren 2002 bis 2003 durchgeführt wurde³. Ziele dieses Projektes sind u.a. die Analyse und die Entwicklung einer Typologie zur Charakterisierung der Gruppe der allein Erziehenden im Sozialhilfebezug.⁴

3 Die Studie ist vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW im Rahmen des Landesförderprogramms TRAFO ‚Förderung transferorientierter Forschung an Fachhochschulen‘ finanziert worden. Als Kooperationspartner waren das Sozialamt der Stadt Aachen und der Verband allein erziehender Mütter und Väter (VAMV), Ortsgruppe Aachen beteiligt.

4 Die Studie umfasst drei methodische Teilschritte, die jeweils unterschiedliche Zielgruppen fokussieren:

Zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung befinden sich 1.179 allein erziehende Personen in Sozialhilfebezug, davon sind 1.133 Frauen (96%) und 46 Männer (4%). Um auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse angemessene best-practice-Maßnahmen entwickeln zu können, die durch eine adäquate Beteiligung am Erwerbsarbeitsmarkt zur Erhöhung der eigenen sozialen Sicherung und der Reduktion des Armutsrisikos beitragen, werden im weiteren empirischen Vorgehen ausschließlich Frauen berücksichtigt. Aus der Grundgesamtheit von 1.133 allein erziehenden Frauen mit Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt wird eine rd. 5%-Stichprobe gezogen, so dass mit insgesamt 60 allein erziehenden Frauen ein Interview geführt wird.

Abbildung 1: Verteilung der Interviews auf die relevanten Subgruppen (Grundgesamtheit und Stichprobe)



Die Vereinbarkeit des allein Erziehens und der eigenständigen Erwerbstätigkeit ist für die betroffenen Frauen nicht unwesentlich durch die Anzahl und das Alter der zu betreuenden Kinder bestimmt. Aus diesem Grund werden bei der Stichprobenziehung die Kriterien ‚Anzahl der Kinder‘ und ‚Alter des jüngsten Kindes‘ zugrunde gelegt. Die Alterskategorisierung des jüngsten Kindes baut auf den gängigen Altersklassen ‚unter 3 Jahre‘ (Kleinkindpha-

1. Delphi-Befragung: Mehrstufige Befragung von Expertinnen und Experten aus dem makro-, meso- und mikrosoziologischen Kontext Sozialhilfe beziehender allein erziehender Frauen.
2. Schülerinnen-Befragung: Gruppengespräche mit Schülerinnen unterschiedlicher Schulformen zu Fragen der persönlichen Zukunftsplanung unter besonderer Berücksichtigung der eigenständigen sozialen Sicherung.
3. Alleinerziehenden-Befragung: Befragung von 60 allein erziehenden Frauen in der Stadt Aachen, die am 01.05.2002 (Stichtag) in Sozialhilfebezug sind.

se), ‚3 bis 6 Jahre‘ (Kindergarten), ‚7 bis 10 Jahre‘ (Grundschule) und ‚über 10 Jahre‘ (weiterführende Schule) auf. Auf der Basis dieser beiden Aspekte werden 12 Subgruppen gebildet, die jeweils anteilig der Grundgesamtheit quantitativ besetzt sind und eine repräsentatives Abbild der Grundgesamtheit darstellen.

4 Typologie allein erziehender Frauen in der Sozialhilfe

Mit den ausgewählten Frauen sind Leitfaden gestützte Interviews geführt worden, die jeweils 90 bis 120 Minuten dauerten, auf Tonband mitgeschnitten, transkribiert und anschließend quantitativ inhaltsanalytisch ausgewertet wurden. Anschließend wurde auf der Basis einer Clusterzentrenanalyse eine Typologie entwickelt. Die Clusterbildung basiert auf einer Theorie geleiteten Auswahl dichotomisierter Variablen.

Das Alter der Befragten, die Anzahl der Kinder und das Alter des jüngsten Kindes bestimmen die objektiven Lebensbedingungen und bedingen maßgeblich das Ausmaß der Entscheidungs- und Gestaltungsfreiräume der allein Erziehenden. Demgegenüber können die finanzielle Situation in der Kindheit und die Einkommenssituation zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes die lebensbiographische Entwicklung von Bewältigungsstrategien belastender Situationen determinieren. Folglich werden zur Bestimmung der Cluster vermeintlich objektive Einflussgrößen und subjektive, auf der Bewusstseinssebene befindliche Faktoren herangezogen.

Tabelle 1: Struktur der Clusteranalyse

Alter der befragten Frau	0	Jünger als 33 Jahre
	1	33 Jahre und älter
Anzahl der Kinder	0	Ein Kind
	1	Mehrere Kinder
Alter des jüngsten Kindes	0	4 Jahre und jünger
	1	Älter als 4 Jahre
Finanzielle Situation in der Kindheit	0	Eher schlecht
	1	Mittelmäßig bis gut
Einkommenssituation zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes	0	Einkommen
	1	(Sozialstaatliche) Transferleistungen

Es können fünf Cluster⁵ differenziert werden, die hinsichtlich der sozialstrukturellen Kriterien gut gegeneinander trennen und über die unterschiedliche Denk- und Deutungsmuster zur Bewältigung der momentanen Lebenssituationen abgebildet werden. Für die unterschiedlichen Cluster können typische Handlungsmuster identifiziert werden, die in Kombination mit den bestehenden sozialstrukturellen Rahmenbedingungen differenzierte Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Kindererziehung, -betreuung und Erwerbstätigkeit erforderlich machen. Im Folgenden werden diese vorgestellt.

Typ 1: Traditionell-resignativ⁶

Hierbei handelt es sich um eine Gruppe von Frauen im mittleren Alter (70%: 33-37 Jahre, 30%: 38-42 Jahre), in der Regel mit ein bis zwei Kindern (je 40%: ein bzw. 2 Kind(er), 20%: 3 bzw. 4 Kinder), wobei das jüngste Kind in allen Fällen vier Jahre bzw. jünger ist. Darüber hinaus stellt sich die finanzielle Situation in der Kindheit und zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes als eher belastend dar. Die finanzielle Situation in der Kindheit wird von keiner Person als mittelmäßig oder gut eingestuft, stattdessen benennen gut ein Fünftel (22%) und über drei Viertel (78%) die Situation als schlecht bzw. eher schlecht. Lediglich jede zehnte Frau führt an, zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes über ein mittleres Einkommen verfügt zu haben. Dagegen benennen fast zwei Drittel (60%), das Vorhandensein eines geringen Einkommens und fast jede Dritte (30%) (sozialstaatliche) hatte Transferleistungen bezogen.

Neben diesen strukturellen Merkmalen sind weitere charakteristische Merkmale für diese Gruppe zu benennen. Alle Frauen dieses Typs verfügen über einen qualifizierten Schulabschluss, allerdings handelt es sich dabei in der Regel um einen geringen bis mittleren Abschluss. Weiterhin verfügen vier von fünf Frauen über eine qualifizierte Berufsausbildung. Dennoch ist keine der Frauen, die dem Typ 1 „Traditionell-resignativ“ zugehört, zum Zeitpunkt des Interviews erwerbstätig. Dies korrespondiert mit der Einschätzung der Mehrheit (56%), wonach der Sozialhilfebezug zum Interviewzeitpunkt als eine Absicherung gewertet wird. Wesentlich in diesem Zusammenhang ist, dass dieser Umstand zumindest kurzfristig nicht in Frage gestellt wird und weiterhin als Bewältigungsstrategie aufrecht erhalten werden soll. Ergänzend hierzu wünschen sich 57% eine Qualifizierung, um die Position

5 Die Cluster sind quantitativ unterschiedlich stark besetzt: Typ 1: n=10, Typ 2: n=9, Typ 3: n=16, Typ 4: n=12, Typ 5: n=13.

6 Eine Clusterung auf der Basis der dargestellten dichotomisierten Variablen würde bei einer 100%igen Trennschärfe zur Bildung von Idealtypen (Karl Mannheim) führen. Diese sind in der Realität allerdings in der Regel nicht anzutreffen, so dass im Folgenden die einzelnen Cluster auf der Grundlage der tatsächlich empirisch vorliegenden sozialstrukturellen Merkmale beschrieben werden.

am Arbeitsmarkt zu verbessern. In der Gesamtbewertung schätzen sich die allein Erziehenden in diesem Cluster eher als wenig durchsetzungsfähig ein und fühlen sich ihrem Umfeld gegenüber eher distanziert.

Typ 2: Optimistisch – ‚nicht wahrhaben wollen‘ struktureller Hindernisse

Im Gegensatz zu Typ 1 gehören die Frauen dieses Typs eher jüngeren Altersgruppen an, immerhin sind vier von fünf Frauen zwischen 23 und 32 Jahre alt (22%: 23-27 Jahre, 67%: 28-32 Jahre) und rund ein Zehntel (11%) gehört der Altersgruppe 33-37 Jahre an. Vergleichbar dagegen ist die Anzahl der Kinder: Fast jede Fünfte (22%) hat drei bzw. vier Kinder und die deutliche Mehrheit (78%) hat ein Kind (45%) bzw. zwei Kinder (33%). Eine weitere Übereinstimmung besteht hinsichtlich des Alters des jüngsten Kindes: In allen Fällen ist das jüngste Kind höchstens vier Jahre alt.

Hinsichtlich der finanziellen Situation in der Kindheit bzw. der Einkommenssituation zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes zeichnet sich hier eine weniger belastende Situation ab. Lediglich 22% bezeichnen die finanzielle Situation in der Kindheit als eher schlecht, dagegen beurteilen ein Drittel und immerhin knapp die Hälfte die entsprechende Lage als mittelmäßig (33%) bzw. eher gut (45%). Alle Personen dieses Clusters verfügen zur Geburt des ersten Kindes über ein Einkommen, d.h. keine Person ist von (sozial-) staatlichen Transferleistungen abhängig. Allerdings geben die deutliche Mehrheit (78%) ein geringes Einkommen und ein weiteres gutes Fünftel (22%) ein mittleres Einkommen an.

Zu den weiteren charakteristischen Merkmalen gehört u. a., dass die Mehrheit über eine mittlere bzw. höhere Schulbildung verfügt, so geben 45% an, Realschulabschluss und 33% Abitur zu haben. Markanterweise kann nur gut die Hälfte (55%) einen qualifizierten Berufsabschluss nachweisen, was sich konsequenterweise in dem geringen Anteil derjenigen niederschlägt, die zum Untersuchungszeitpunkt erwerbstätig sind (20%).

Von der Mehrheit wird eine berufliche Qualifizierung nicht gewünscht, während doch immerhin ein Drittel die Bereitschaft signalisiert, an einer Qualifizierung teilzunehmen. Relativ hohe schulische Qualifikation und zumindest bei Teilen der Gruppe bestehende berufliche Qualifikationen korrespondieren mit dem hohen Anteil der betroffenen Frauen, die den aktuellen Sozialhilfebezug als eine Übergangssituation interpretieren.

Zusammenfassend betrachtet schätzen die Frauen des zweiten Typs sich selbst als eher aktiv und selbstbewusst ein und sehen sich in der Lage, für die eigenen Interessen eintreten zu können. Allerdings beschreiben auch sie sich als dem sozialen Umfeld gegenüber eher distanziert.

Typ 3: Opfer des Pluralismus – wenig selbstbewusst, verunsichert

Altersmäßig ist dieses Cluster sehr heterogen zusammengesetzt. Hier sind sowohl Frauen der jüngeren als auch der älteren Altersgruppen vertreten (6%: 23-27 Jahre; 31%: 33-37 Jahre; 38%: 38-42 Jahre; 6%: 43-47 Jahre; 13%: 48-52 Jahre; 6%: 53-57 Jahre). Besonders kennzeichnend für die Frauen des dritten Typs sind die Kriterien Anzahl der Kinder und Alter des jüngsten Kindes. Lediglich knapp ein Viertel der Frauen lebt mit zwei (12%) oder drei bzw. vier Kindern (12%) zusammen, die Mehrheit (76%) lebt mit einem Kind im Haushalt. Dabei handelt es sich vorwiegend um Kinder jenseits des Kindergartenalters. Fast zwei Drittel (63%) der jüngsten Kinder sind über zehn Jahre alt, ein Viertel ist zwischen sieben und zehn Jahren und nur rund jedes achte Kind (12%) ist zwischen fünf und sechs Jahren. Jüngere Kinder – wie bei den zuvor vorgestellten Typen – treten hier nicht auf.

Ebenso wie sich die Alterssituation eher heterogen darstellt, ist auch die Situation in finanzieller Hinsicht sowohl in der Kindheit als auch zur Geburt des ersten Kindes sehr unterschiedlich. Das Spektrum der finanziellen Lage in der Kindheit reicht von ‚schlecht‘ (13%), ‚eher schlecht‘ (19%), über ‚mittelmäßig‘ (31%), zu ‚eher gut‘ (31%) bis hin zu ‚sehr gut‘ (6%). Folglich kann nicht eindeutig von benachteiligten oder vorteilhaften finanziellen Situationen in der Kindheit ausgegangen werden, stattdessen treffen hier Personen zusammen, die hinsichtlich dieses Merkmals eine hohe Diversität aufweisen. Die Situation zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes ist ähnlich. Während 7% zu diesem Zeitpunkt (sozial-) staatliche Transferleistungen erhalten, verfügen mehr als drei Viertel (78%) über ein geringes Einkommen und ein weiteres gutes Viertel über ein mittleres (14%) bzw. ein gutes Einkommen (14%). Auch hier ist nicht von einer vergleichbaren monetären Situation bei der Familiengründung auszugehen. Sozialstrukturell weist dieses Cluster die markanteste Streuung auf, was sich auch in den statistischen Berechnungen der Clusterzentrenanalyse niederschlägt.

Die bereits dargestellte Heterogenität lässt sich auch bei weiteren Merkmalen finden. Hinsichtlich der schulischen Qualifikationen besteht ebenfalls eine große Spannweite, so dass nicht von durchgängig höherer oder niedrigerer schulischer Bildung gesprochen werden kann. Auffallend ist, dass zwei Drittel über eine berufliche Qualifikation verfügen und knapp die Hälfte (44%) zum Interviewzeitpunkt erwerbstätig ist. Ergänzt man in diesem Zusammenhang die Aussagen zum Wunsch nach beruflicher Qualifizierung, der von rund drei Viertel (76%) geäußert wird und die Einschätzung von 77% der Frauen des Typs 3, die den Sozialhilfebezug als Absicherung betrachten, so zeigen sich hier deutliche empirische Belege für die These der ‚working poor‘. Trotz schulischer und beruflicher Qualifizierung und einer relativ hohen Arbeitsmarktintegration dieser Gruppe bestehen keine ausreichenden Möglichkeiten, ein Existenz sicherndes Einkommen zu erwirtschaften, das

von sozialstaatlichen Transferleistungen unabhängig macht. Auch werden offensichtlich die bestehenden beruflichen Qualifikationen als nicht ausreichend genug erachtet, so dass in erheblichem Maße berufliche Weiterbildung gewünscht wird.

Dies korrespondiert in hohem Maße mit den gesamtgesellschaftlich bestehenden Erklärungsmustern, wonach eine Nicht-Beteiligung am Erwerbsarbeitsmarkt auf einem qualifikatorischen Defizit beruht, das individuell durch spezifische Qualifizierungs- bzw. Bildungsmaßnahmen behoben werden kann. Inhaltlich kohärent ist die eher Minderbewertung der bestehenden qualifikatorischen Ressourcen mit der bei diesem Typ mehrheitlich vertretenen Selbsteinschätzung, wonach die betroffenen Frauen tendenziell eher weniger von den eigenen Kompetenzen überzeugt sind.

Typ 4: Realistisch pragmatisch – motiviert

Obwohl die Frauen dieses Typs ebenfalls über mehrere Altersgruppen streuen, befindet sich der größere Teil in den mittleren Altersgruppen. So gehören 59% den Altersgruppen ‚33-37 Jahre‘ (25%) bzw. ‚38-42 Jahre‘ (34%) an. Ein weiteres Viertel (25%) ist zwischen 28 und 32 Jahren und jeweils 8% stammen aus den Gruppen ‚43-47 Jahre‘ und ‚48-52 Jahre‘. Keine der Frauen lebt mit einem Kind allein im Haushalt, aber zwei von drei Frauen haben zwei Kinder und ein Drittel drei (25%) bzw. vier (8%) zu betreuen.

Auch bei diesem Typ finden sich überwiegend ältere Kinder, jedes zweite Kind ist im Alter zwischen sieben und zehn Jahren und weitere 17%, also fast jedes sechste Kind ist über zehn Jahre alt. Ein weiteres Drittel der Kinder ist zumindest bereits im Kindergartenalter.

Hinsichtlich der finanziellen Situation stammen die Frauen eher aus wirtschaftlich belastenden Verhältnissen. Alle geben an, in ihrer Kindheit in schlechten (33%) bzw. eher schlechten (67%) finanziellen Verhältnissen gelebt zu haben. Ebenso besteht zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes eine eher finanziell angespannte Lage. Lediglich 18% verfügen zu diesem Zeitpunkt über ein mittleres Einkommen. Dagegen führt jede zweite Befragte (55%) an, ein geringes Einkommen gehabt zu haben und mehr als ein Viertel (27%) bezieht zu diesem Moment (sozialstaatliche) Transferleistungen.

Das Niveau der schulischen Qualifikation befindet sich auf einem relativ niedrigen Stand. Ein Viertel verfügt über keine schulischen Qualifikationen und rund die Hälfte weist eine geringe schulische Qualifikation nach. Allerdings sind zwei Drittel beruflich qualifiziert, aber weniger als die Hälfte (42%) ist zum Befragungszeitpunkt erwerbstätig.

Trotz dieser eher ungünstigen strukturellen Rahmenbedingungen für eine Existenz sichernde Erwerbstätigkeit, bewerten über drei Viertel (78%) den aktuellen Sozialhilfebezug als eine Übergangssituation, die kurz- bis mittelfristig überwunden werden soll. Angesichts der defizitären qualifikatorischen

Voraussetzungen in schulischer und beruflicher Hinsicht wird von der überwiegenden Mehrheit (90%) der Wunsch nach beruflicher Qualifizierung geäußert.

Hinsichtlich der Selbsteinschätzung herrscht bei Typ vier – ebenso wie in der Mehrzahl der anderen Typen – ein negativ orientiertes Selbstbild vor. Die Frauen fühlen sich nicht ausreichend in der Lage, ihre Interessen und Fähigkeiten sowie ihre Bedürfnisse durchzusetzen, und charakterisieren sich selbst als im sozialen Umfeld wenig integriert. Sie empfinden die gesellschaftliche Ausgrenzung als belastend.

Typ 5: Jung, ledig – auf der Suche

In diesem Cluster finden sich vor allem Frauen der jüngsten Altersgruppen. 85% der Frauen dieses Clusters sind im Alter von 18 bis 27 Jahren, wobei 31% der jüngsten Altersgruppe (18-22 Jahre) und 54% der Gruppe ‚23-27 Jahre‘ angehören, weitere 15% sind zwischen 28 und 32 Jahre alt. Alle Frauen haben ein Kind, wobei der weitaus größte Anteil der jüngsten Kinder (84%) vier Jahre und jünger ist. Jeweils weitere 8% sind zwischen fünf und sechs Jahren bzw. zwischen sieben und zehn Jahren. Dieser Typ weist hinsichtlich des Alters der Frauen, der Anzahl der Kinder und des Alters des jüngsten Kindes eine hohe Homogenität auf und legt die Etikettierung ‚junge Frauen mit jungen Kindern‘ nahe.

Im Gegensatz zu den Typen 1, 2 und 4 wird die finanzielle Situation in der Kindheit bei 85% der Frauen als ‚mittelmäßig‘ (31%), ‚eher gut‘ (31%) bzw. ‚sehr gut‘ (23%) dargestellt. Lediglich rund jede sechste Frau kennzeichnet die entsprechende finanzielle Lage als ‚eher schlecht‘. Dieser Trend setzt sich allerdings nicht in der Phase der Geburt des ersten Kindes fort. Alle Frauen beziehen in diesem Moment Transferleistungen: 82% der Fälle sozialstaatliche Transfers und 18% monetäre Leistungen aus dem privaten Umfeld wie Eltern bzw. Schwiegereltern. Keine Frau verfügt zu diesem Zeitpunkt über Einkommen aus eigenständiger Erwerbsarbeit.

Weiterhin ist für diese Gruppe charakteristisch, dass der überwiegende Teil über eine mittlere bis höhere schulische Qualifikation verfügt, knapp zwei Drittel (61%) haben einen Realschulabschluss und knapp ein Viertel (23%) Fachabitur. Die allgemeine Hochschulreife (Abitur) hat allerdings keine der Frauen erworben. Obwohl der weitaus größere Anteil eine mittlere bis höhere schulische Qualifikation besitzt, sind drei von vier Frauen nicht beruflich qualifiziert. D.h. es gibt ein eklatantes Missverhältnis zwischen schulischer und beruflicher Qualifikation. Dennoch äußern ‚nur‘ 60% den Wunsch nach beruflicher Qualifizierung. Zum Zeitpunkt des Interviews gehen 39% einer Erwerbstätigkeit nach. Immerhin fast zwei Drittel (64%) betrachten den momentanen Sozialhilfebezug als ein Übergangsstadium, das durch einen möglichst kurzfristigen Ausstieg beendet werden soll.

Das Selbstbild dieser Frauen ist im Wesentlichen durch zwei unterschiedliche Tendenzen gekennzeichnet. Einerseits geben sie an – im Gegensatz zu den allein Erziehenden der anderen Typen – im sozialen Umfeld integriert zu sein und benennen damit keine Ausgrenzungs- und Isolationserfahrungen. Andererseits charakterisieren sie sich selbst mehrheitlich als wenig zielstrebig und ‚eher beeinflussbar‘ durch ihre sozialen Kontakte. Dies äußert sich in einem wenig zielgerichteten und eher orientierungslosen Verhalten.

5 Mögliche Formen sozialer Sicherung: Sicherungsmodelle zwischen Sozialstaat und Erwerbsarbeitsmarkt⁷

Inklusion und die damit eng verbundene soziale Sicherung der Individuen sind in einer modernisierten Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich von der Fähigkeit der handelnden Menschen abhängig, am monetären Kreislauf zu partizipieren. Die Bedeutung dieses Kreislaufes resultiert aus der Wirtschaftsordnung, die auf einem Geld-Waren-Tauschsystem aufbaut und nicht als ein Waren- oder Dienstleistungs-Tauschgeschäft agiert. Folglich ist es für den eigenständig agieren wollenden Menschen erforderlich über finanzielle Mittel zu verfügen, die ihm erst einen gestaltungsfähigen Part als Akteur im „Kreislauf des Geldes“ ermöglichen. Der Zugang zu den erforderlichen finanziellen Mitteln kann über verschiedene Wege realisiert werden, wobei sozialstaatliche Transferleistungen auf der einen und das Erwerbseinkommen auf der anderen Seite sicherlich zwei Pole auf einem Spektrum bestehender Handlungsmöglichkeiten darstellen. Soziale Sicherung und das bestehende Verarmungsrisiko in der gegenwärtigen Gesellschaft weisen einen hohen Kommodifizierungsgrad⁸ auf, d.h. der Status sozialer Sicherung ist in besonderem Maße abhängig von der Fähigkeit, über marktrelevante Werte – sprich finanzielle Ressourcen – zu verfügen.

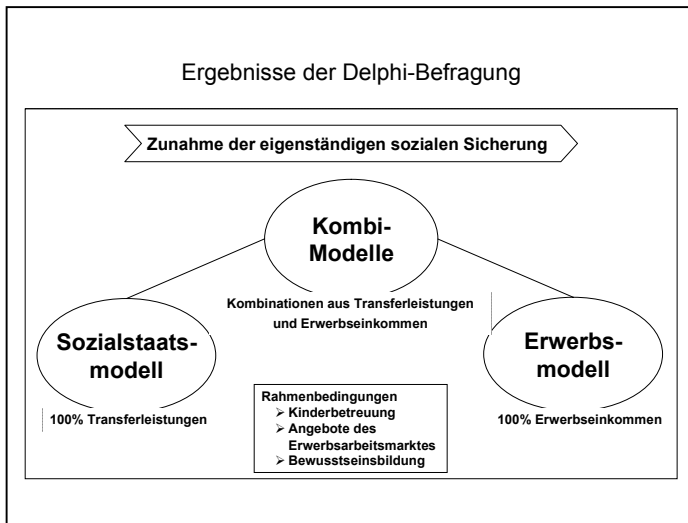
Für die Gruppe der allein Erziehenden stellt sich hier eine besondere Situation aufgrund der spezifischen Lebensumstände dar. Sie sind für die Ver-

7 Die nachfolgenden Sicherungsmodelle sind das Ergebnis der durchgeführten Delphi-Befragung. Die Expertinnen und Experten liefern nicht nur Beiträge zur Entwicklung dieser Modelle, sondern haben auch wesentliche inhaltliche Beiträge zur Klärung der notwendigen Rahmenbedingungen geleistet, die zur Gewährleistung einer eigenständigen sozialen Sicherung und damit zur Reduzierung des Armutsrisikos erforderlich sind.

8 Unter Kommodifizierung werden in den Sozialwissenschaften vorrangig Prozesse der Kommerzialisierung und der Orientierung am Marktgeschehen verstanden. Unter wohlfahrtsstaatlicher Perspektive bedeutet eine hohe Kommodifizierung der sozialen Sicherung ihre enge Kopplung an die Beteiligung am Erwerbsarbeitsmarkt. Der Begriff geht ursprünglich auf den Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi (1886-1964) zurück.

sorgung und Betreuung der Kinder in der Regel allein verantwortlich und können nicht auf ein durch einen Partner mit gesichertes Unterstützungsnetz zurückgreifen. Weiterhin obliegt auch die wirtschaftliche Existenz ihrer alleinigen Verantwortlichkeit, worüber die Partizipationschancen an und innerhalb dieser Gesellschaft determiniert werden.

Abbildung 2: Sicherungsmodelle



Ausgehend von den spezifischen Bedingungen der Lebenssituation allein Erziehender und den strukturellen Voraussetzungen eines Existenz sichernden Daseins im kommodifizierten wohlfahrtsstaatlichen System der Bundesrepublik können drei Typen von sozialen Sicherungsmodellen differenziert werden:

- Sozialstaatsmodell,
- Kombi-Modelle,
- Erwerbsmodell.

Die genannten Modelle sind auf einem Kontinuum angesiedelt (vgl. Abb. 2), wobei das Maß der eigenständigen sozialen Sicherung ausgehend vom Sozialstaatsmodell, über die Kombi-Modelle bis hin zum Erwerbsmodell zunimmt und damit gleichzeitig eine Reduktion des strukturell bestehenden Armutsrisikos erfolgt.

Sozialstaatsmodell

Dieses Modell basiert auf dem Ansatz der 100%igen Transferleistungen, d.h. die wirtschaftliche Existenzsicherung erfolgt ausschließlich über sozialstaatliche Transfers. Damit ist die gegenwärtige und aufgrund der Struktur der wohlfahrtsstaatlichen Sicherung auch die künftige Lebenssituation ausschließlich auf dem sozioökonomischen Existenzminimum gesichert und es kann keine eigenständige – auf individueller Beteiligung am Arbeitsmarkt basierende – soziale Sicherung entwickelt werden. Bei den zu leistenden Transfers könnte es sich neben den klassischen Leistungen wie z.B. Hilfe zum Lebensunterhalt und Unterhaltsvorschuss auch um konzeptionell angeordnete Leistungstypen handeln wie u.a. Familiengeld und armutssicherndes Kindergeld.

Kombi-Modelle

Unter diesem Etikett sind verschiedene Modelle zu subsumieren. Verbindendes Element ist hier die Kombination von Transferleistungen und Erwerbseinkommen. Die soziale Sicherungssituation der allein Erziehenden wird dadurch bestimmt, dass in die wirtschaftliche Existenzsicherung sowohl sozialstaatliche Transferleistungen also auch Einkommen aus Erwerbsarbeit einfließen. Die Anteile der jeweiligen Finanzquellen – Transfer und Einkommen – können in Abhängigkeit von der familialen Situation der allein Erziehenden, die durch das Alter und die Anzahl der zu betreuenden Kinder gestaltet wird, variieren. So sind hier Wechsel von 90% Transfer und 10% Einkommen bis hin zu 10% Transfer und 90% Einkommen durchaus vorstellbar. Welche Bezugsbasis zur Berechnung der Transferleistungen, so z.B. das sozioökonomische Existenzminimum, das erwirtschaftete Erwerbseinkommen o. ä., und welche Formen der Transfers zur Anrechnung kommen können, gilt es vor dem Hintergrund demokratischer Geschlechtergerechtigkeit allerdings noch ausführlich zu diskutieren.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass eine Vielzahl der befragten Frauen derartige Kombi-Modelle bereits praktiziert. Allerdings garantiert die derzeit gelebte Praxis der sozialstaatlichen Versorgung unter Einbezug der eigenständigen Erwerbsarbeit nur eine unzureichende soziale Sicherung. Dies gründet vor allem auf der Tatsache, dass Erziehungs- und Betreuungsleistungen derzeit sozialstaatlich nicht als Existenz sichernde Leistungen in der sozialen Sicherung berücksichtigt werden.

Erwerbsmodell

Dieses Modell stellt quasi den Gegenpol zum Sozialstaatsmodell hinsichtlich der Struktur der sozialen Sicherung dar. Hier erfolgt die Existenzsicherung ausschließlich über Erwerbstätigkeit, und sozialstaatliche Transferleistungen übernehmen keine Existenz sichernden Funktionen. Bezogen auf die Konstruktionskriterien des gegenwärtigen sozialen Sicherungssystems bietet dieses Modell die umfassendste Form eigenständiger sozialer Sicherung, die nicht nur für die aktuelle, sondern auch für die künftige Situation die größtmögliche Unabhängigkeit vom wohlfahrtsstaatlichen System garantiert.

Eine Beteiligung von allein Erziehenden am Erwerbsarbeitsmarkt – unabhängig vom jeweiligen Umfang – setzt eine Berücksichtigung bzw. Vernetzung von Rahmenbedingungen auf unterschiedlichen Ebenen voraus. Erforderlich sind Aktivitäten in den Bereichen der Kinderbetreuung, des Erwerbsarbeitsmarktes und im Bereich der Bewusstseinsbildung.

Kinderbetreuungsangebote müssen dabei unter verschiedensten Aspekten diskutiert werden, neben dem Alter der zu betreuenden Kinder sind auch der Umfang und die Zeitstruktur der Betreuung von Relevanz. Angebote für unter Dreijährige sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie umfassendere Ganztages- und ggf. Wochenendangebote. Die klassische Halbtagesbetreuung im Kindergarten und Schulbereich schafft erhebliche Restriktionen für eine auf soziale Sicherung gerichtete Erwerbsarbeit.

Darüber hinaus sind Angebote des Erwerbsarbeitsmarktes erforderlich, die flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitsstrukturen ermöglichen. Die Vereinbarkeit von Betreuung und Erwerbsarbeit setzt voraus, dass beide Lebensbereiche aufeinander bezogen sind und auf der Basis einer Gleichwertigkeit miteinander kooperieren, um zu einer optimalen Lösung zu gelangen. Bedingungen der Betreuung dürfen nicht zu Hindernissen hinsichtlich der Beteiligung am Erwerbsarbeitsmarkt werden und Strukturen der Erwerbsarbeit können nicht zu den alleinigen Determinanten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden. Nur die Vernetzung der beiden Bereiche unter Berücksichtigung der notwendigen Restriktionen und der möglichen Freiheitsgrade führt zu konstruktiven Ansätzen. Hier bietet das gemeinsame Agieren von Kinder- und Jugendhilfe mit den Akteuren der Wirtschaft eine effektive Grundlage für die Entwicklung zukunftsträgiger Konzepte zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

In diesem Zusammenhang gilt es allerdings den dritten Bedingungskomplex zu betrachten: Maßnahmen der Bewusstseinsbildung. Von grundlegender Bedeutung ist das gesellschaftlich – insbesondere bei Frauen – nur unzureichend ausgebildete Problembewusstsein hinsichtlich der wohlfahrtsstaatlichen Bedingungen zum Aufbau einer eigenständigen sozialen Sicherung. Hier erscheint es vor allem im Hinblick auf die betroffenen Frauen von besonderer Relevanz, die strukturellen Bedingungen eigenständiger sozialer

Sicherung und das damit verbundene potentielle Verarmungsrisiko zu verdeutlichen. Entscheidungen in Folge der Geburt eines Kindes eine schulische oder berufliche Ausbildung nicht fortzusetzen, aus dem Beruf auszusteigen, in eine Teilzeitbeschäftigung zu wechseln wirken sich unmittelbar auf den Status der sozialen Sicherung aus, bis hin zu der Tatsache, dass keine bzw. minimalste Ansprüche erworben werden. Der Zusammenhang von Erwerbsbeteiligung und Sicherung kann im Rahmen von Bildungsangeboten im Bereich der Schule wie auch der Erwachsenenbildung thematisiert werden.⁹ Es gilt dabei vorrangig auf die strukturellen Bedingungen des wohlfahrtsstaatlichen Systems einzugehen.

Auf einen weiteren Aspekt der Bewusstseinsbildung sei verwiesen, der insbesondere die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber fokussiert. Aufgrund des demographischen Wandels wird künftig eine verstärkte Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt erforderlich sein, nicht zuletzt aufgrund des fehlenden Arbeitskräftepotentials. Dies erfordert auf Arbeitgeberseite eine Sensibilisierung für die Notwendigkeit von Bedingungen, die eine Beteiligung aller an der Erwerbsarbeit ermöglichen und damit die Vereinbarkeit von Berufarbeit und Versorgungsarbeit gewährleisten.

5 Best-practice-Maßnahmen zur Reduzierung des Verarmungsrisikos unter Berücksichtigung der entwickelten Typologie

Ausgehend von der Heterogenität der Lebenssituationen der untersuchten allein Erziehenden ist eine Typologie entwickelt worden, die auf den spezifischen sozialstrukturellen Rahmenbedingungen basiert und Aussagen zu typbezogenen Handlungs- und Deutungsmustern ermöglicht, die die Grundlage der jeweiligen Bewältigungsstrategien bilden. Damit wird der Unterschiedlichkeit der Lebensentwürfe der allein erziehenden Frauen Rechnung getragen und unter Bezug auf die entwickelten sozialen Sicherungsmodelle können best-practice-Maßnahmen entwickelt werden, die passgenaue Zugänge zu Formen sozialer Sicherung ermöglichen.

9 Hier zeigte insbesondere die Befragung der Schülerinnen, dass die Thematik der eigenständigen sozialen Sicherung auch im Bewusstsein der nachwachsenden Generation nur unzureichend verankert ist und dass Mädchen und junge Frauen nach wie vor noch von dem – mittlerweile sehr instabilen gewordenen – Ernährermodell ausgehen.

Typ 1: Traditionell-resignativ: Sozialstaatsmodell, mittelfristig Kombi-Modelle

Zentrale Deutungsmuster der Frauen des Typs 1, die mit dem Etikett traditionell-resignativ charakterisiert werden können, sind die Orientierung am traditionellen Frauenbild und am klassischen Versorgermodell. Hieraus resultieren die handlungsleitenden Annahmen, wonach die Frau im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung die Aufgabe der Kinderversorgung und der Betreuung zu übernehmen hat und die Aufgaben der Existenzsicherung dem Ernährer und im Falle des allein Erziehens dem Sozialstaat zuzuordnen sind. Damit sehen sich die Frauen des ersten Typs nicht in der Situation, eigenständig für die soziale Sicherheit einzutreten, um so das eigene Armutsrisiko zu reduzieren.

Gegenwärtig und ohne Einsatz gravierender flankierender Maßnahmen wählen die Frauen das Sozialstaatsmodell, das die konsequente Umsetzung bzw. Weiterführung der bestehenden Handlungs- und Lebenskonzepte darstellt. Um mittelfristig in die Realisierung von Kombi-Modellen einsteigen zu können, erscheint es notwendig, auf unterschiedlichen Ebenen begleitende Schritte zu initiieren. Zu den grundlegendsten Begleitschritten gehören Maßnahmen im Bereich der Bewusstseinsbildung; hier erscheinen Veranstaltungen mit dem Ziel der Auseinandersetzung mit den strukturellen Rahmenbedingungen der sozialen Sicherung von Bedeutung.

Die Frauen verfügen typischerweise über grundlegende schulische und berufliche Qualifikationen. Um eine Erwerbstätigkeit realisieren zu können, sind Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren erforderlich, die auch als Ganztagesangebote realisiert werden müssen. Immerhin 90% der Kinder, die alle vier Jahre und jünger sind, sind zum Zeitpunkt der Befragung nicht in institutioneller Betreuung, sondern werden zu Hause betreut.

Die Entwicklung von flexibilisierten Arbeitszeit- und Arbeitsstrukturmodellen, die seitens des Arbeitsmarktes anzubieten sind, schaffen weitere Voraussetzungen, um eine Integration dieser Gruppe von Frauen in die Erwerbstätigkeit zu realisieren. Der Einstieg bzw. Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ist schrittweise vorzubereiten, wobei der anfänglich hohe Anteil an Transferleistungen erst allmählich abgebaut und durch steigendes Erwerbseinkommen ersetzt werden kann.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es sich bei dem Typ 1 „Traditionell-resignativ“ tendenziell um eine Gruppe von Frauen handelt, die vorrangig – auch vor dem Hintergrund der existierenden gesellschaftlichen Geschlechterordnung – das Sozialstaatsmodell favorisiert. Nur unter Einsatz weit reichender flankierender Maßnahmen können mittelfristig die Bedingungen für die Realisierung von Kombi-Modellen umgesetzt werden.

Typ 2: Optimistisch – ‚nicht wahrhaben wollen‘ struktureller Hindernisse: Kombi-Modelle, mittelfristig Erwerbsmodell

Auch die Frauen des zweiten Typs orientieren sich am traditionellen Frauenbild. Allerdings weisen sie einen ausgeprägten Optimismus auf, die persönlichen Ziele erreichen zu können. Diese Ziele sind allerdings vorrangig eher am Persönlichen und Privaten orientiert und beziehen weniger Fragen der beruflichen Orientierung und der sozialen Sicherung ein. Dies korrespondiert in hohem Maße mit den traditionellen Vorstellungen der Frauenrolle und der gesellschaftlichen Geschlechterordnung.

Aufgrund der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Frauen über eine mittlere bis höhere Schulbildung verfügt und immerhin jede zweite Frau einen qualifizierten Berufsabschluss besitzt, kann durch kurzfristige Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten ein Einstieg in Kombi-Modelle ermöglicht werden. Relevant ist in diesem Zusammenhang das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren und im Ganztagesbereich deutlich auszubauen, da auch hier 55% der Kinder nicht in institutioneller Betreuung sind.

Nicht zuletzt sind aber auch bewusstseinsbildende Maßnahmen erforderlich, um die Problematik der eigenständigen sozialen Sicherung vor dem Hintergrund der Risiken der derzeitigen traditionellen Geschlechtsrollenorientierungen zu erkennen und die Notwendigkeit des eigenen Engagements zur Reduktion der Armutgefährdung zu verdeutlichen. Ergänzt um Möglichkeiten beruflicher Qualifizierung für diejenigen Frauen, die über keine berufliche Qualifikation verfügen, kann mittelfristig für diese Gruppe auch das Erwerbsmodell realisierbar werden.

Die ‚Optimistischen, die die Wirkung struktureller Hindernisse nicht wahrhaben wollen‘, verfügen über günstige Ausgangsbedingungen, nämlich schulische und berufliche Qualifikationen sowie über den Willen etwas erreichen zu wollen, um von sozialstaatlichen Transferleistungen mehr oder weniger unabhängig werden zu können. Die individuelle Position der eigenständigen sozialen Sicherheit ist in dieser Gruppe weniger durch fehlende qualifikatorische Voraussetzungen und unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten beeinträchtigt, sondern vielmehr durch das Festhalten an traditionellen Geschlechtsrollenvorstellungen.

Typ 3: Opfer des Pluralismus – wenig selbstbewusst, verunsichert: Kombi-Modelle, kurz- bis mittelfristig Erwerbsmodell

Obwohl Typ 3 Frauen mit sehr unterschiedlichen sozialstrukturellen Merkmalen umfasst, besteht eine hohe Übereinstimmung hinsichtlich der individuellen Selbstwerteinschätzung. Alle Frauen dieses Typs zeigen ein gering

ausgeprägtes Selbstwertgefühl und ein geringes Zutrauen in die eigenen Kompetenzen. Diese Einschätzungen fokussieren den privaten Bereich, in dem die eigenen Bedürfnisse und die eigenen Interessen nur bedingt geäußert und durchgesetzt werden können. Eine Orientierung auf den Erwerbsbereich findet nur bedingt statt, wobei ein mittelfristiger Verbleib im Sozialhilfebezug durchaus einkalkuliert wird.

Offensichtlich herrscht in dieser Gruppe ein geringes Problembewusstsein für das hohe Armutsrisiko aufgrund der gegenwärtigen Lebenskonzeption vor. Die nicht mehr dauerhaft vorhandene Trägfähigkeit der klassischen Versorgung bzw. -lebensgemeinschaft wird zwar von den Frauen realisiert, bleibt aber ohne ausreichende Konsequenz hinsichtlich des Aus- bzw. Aufbaus einer eigenständigen sozialen Sicherung.

Dennoch kann dieser Gruppe durch die Bereitstellung von Ganztagesbetreuungsangeboten aktuell der Einstieg in Kombi-Modelle ermöglicht werden. Günstige Voraussetzungen hierfür sind die vorhandenen schulischen und beruflichen Qualifikationen sowie die Tatsache, dass die jüngsten Kinder in der überwiegenden Zahl der Fälle bereits im Alter für weiterführende Schulen sind.

Durch den Einsatz weiterer flankierender Maßnahmen im Bereich der Bewusstseinsbildung erscheint kurz- bis mittelfristig die Realisierung des Erwerbs-Modells machbar.

*Typ 4: Realistisch pragmatisch – motiviert: Erwerbsmodell,
allerdings mit eingeschränkter sozialer Sicherung*

Die Bedingungen der Frauen des vierten Typs einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und damit einen Beitrag zur Reduzierung des Armutsrisikos zu leisten, sind deutlich ungünstiger als in den vergleichbaren Clustern. Einerseits ist die Zahl der zu betreuenden Kinder mit drei bis vier Kindern relativ hoch und andererseits existieren nur geringe qualifikatorische Voraussetzungen, um einer Existenz sichernden Erwerbsarbeit nachzugehen. Darüber hinaus bestehen weitere verbindende Elemente hinsichtlich der Herkunft aus schwächeren sozialen Milieus und der von allen artikulierten und deutlich ausgeprägten sozialen Exklusionserfahrungen. Trotz der sich daraus ergebenden Negativprognose ist bei diesen Frauen eine hohe Motivation festzustellen, sich aus der Abhängigkeit von sozialstaatlichen Transfers zu lösen und eine eigenständige Existenz- und Sozialsicherung zu verfolgen.

Dieser durchaus realistische und mit hoher Motivation versehene Pragmatismus schafft eine angemessene Grundlage, um unter Einbezug entsprechender flankierender Maßnahmen das Erwerbsmodell in die Praxis umzusetzen. Aufgrund der bestehenden Motivation aktiven Einfluss auf die eigene soziale Position zu nehmen, ist die Schaffung von Angeboten der Ganztages-

betreuung von grundlegender Bedeutung für die erwerbsorientierte Handlungsfähigkeit der Frauen dieses Typs.

Ein Vergleich der unterschiedlichen Typen zeigt, dass es sich bei Typ vier um eine Gruppe handelt, die mit dem ‚geringsten‘ Aufwand an unterstützenden Aktivitäten und bei Bereitstellung entsprechender Arbeitsplätze den zeitlich schnellsten Übergang in das Erwerbsmodell vollziehen könnte. Allerdings kann aufgrund der überwiegend geringen schulischen und beruflichen Qualifikationen auf Dauer nur eine eingeschränkte soziale Sicherung erzielt werden. Trotz der hohen Motivation und dem gelebten Pragmatismus, auch unter schwierigen Bedingungen ein gewisses Maß an eigenständiger sozialer Sicherung zu erreichen, ist unter den gegebenen Umständen die Wahrscheinlichkeit hoch, dauerhaft in einer prekären wirtschaftlichen Situation zu verbleiben. Hier kommt es zu einer Kumulation von strukturellen Benachteiligungen, die sich aus den geringen qualifikatorischen Voraussetzungen ergeben und dem Umstand, dass Kindererziehung unter Gesichtspunkten sozialer Sicherung als Risikofaktor fungiert.

Typ 5: Jung, ledig – auf der Suche: Erwerbsmodell

Im Typ 5 finden sich vor allem Frauen im jüngeren Alter (18-32 Jahre), die in der überwiegenden Mehrheit ledig sind und somit bisher auch nicht auf Ansprüche aus einem ehelichen Versorgermodell zurückgreifen können. Markante Kennzeichen sind die durchgängig vorhandene, gute bis sehr gute schulische Qualifikation, die sich allerdings in der Regel nicht in entsprechender beruflicher Qualifikation niederschlägt. Ein weiteres verbindendes Kriterium ist die Herkunft aus sozial gesicherten Milieus und die Erfahrung finanzieller Absicherung in der Kindheit, womit auch die beschriebene Erfahrung erlebter Inklusion verbunden sein dürfte.

Die gegenwärtigen Lebenskonzepte zeigen ambivalente Orientierungen. Es hat ein ‚Bruch‘ mit den traditionellen Werten der Herkunftsfamilien stattgefunden. Die Möglichkeiten der sozialen Platzierung aufgrund der familiären Sozialisationsbedingungen wurden zwar auf der Ebene schulischer Qualifikationen noch realisiert, aber darauf aufbauend nicht mehr in berufliche Qualifikationen umgesetzt, so dass die Voraussetzungen für eine eigenständige soziale Sicherung nicht vorliegen. Gleichzeitig weisen die sozialen Konzepte der Frauen des Typs 5 keine eigenen konkreten Zielvorstellungen auf, so dass diese allein Erziehenden sich noch auf der Suche nach dem eigenen – neuen – Weg befinden.

Vorrangige flankierende Maßnahme für diesen Typ ist die Schaffung von Zugangschancen zu beruflicher Qualifizierung. Auf der Basis der guten schulischen Voraussetzungen ist der Erwerb von Berufsqualifizierungen eine realistische Option für eine eigenständige soziale Sicherung. Dabei handelt es sich um eine Gruppe, die unter Einsatz überschaubarer Energien eine

angemessene Position eigenständiger sozialer Sicherung erzielen und somit über Eigenengagement reduzierend auf das Verarmungsrisiko einwirken kann.

Die Clusteranalyse verdeutlicht die unterschiedlichen flankierenden Maßnahmen, die erforderlich sind, damit allein Erziehende eine eigenständige Sozialsicherung über Erwerbsarbeit realisieren und darüber dem strukturell bedingten Verarmungsrisiko begegnen können. Der Ausstieg aus der ausschließlich wohlfahrtsstaatlichen Versorgung von allein Erziehenden erfordert passgenaue Maßnahmen, die auf die spezifischen Lebensbedingungen und Lebenskonzepte der betroffenen Frauen zugeschnitten sind. Es bleibt allerdings auch festzuhalten, dass, solange Kindererziehung im wohlfahrtsstaatlichen System der Bundesrepublik als Risikofaktor der sozialen Sicherung weiterhin existent bleibt, die Chancen einer armutssicheren eigenständigen sozialen Sicherung für die Frauen der unterschiedlichen Typen nicht gleich verteilt sind. Die verfügbaren Chancen sind stattdessen in hohem Maße von der Fähigkeit abhängig, die bestehenden traditionellen Geschlechterrollenorientierungen zu reflektieren und die Bedingungen struktureller Benachteiligungen im wohlfahrtsstaatlichen System zu erkennen sowie von dem Umfang der politischen Maßnahmen, die auf die Beseitigung der strukturellen Hindernisse zielen.

5 Gemeinwesenorientiertes Handlungsmodell zur Beteiligung von allein Erziehenden an der Erwerbsarbeit

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass eine stark wachsende Familienform strukturell zwischen die Mühlsteine eines nach familienfremder Logik operierenden Arbeitsmarktes und eines sozialen Sicherungssystems gerät, das immer noch weitgehend am Bild der Ernährer-Ehe orientiert ist. Es ist deshalb dringend notwendig, einen gesellschaftlichen Such- und Lernprozess zu organisieren, der für die Familienform „allein erziehend“ modellhaft tragfähige Muster der konstruktiv unterstützten und flankierten selbstverantwortlichen Lebensführung hervorbringt. Solche (Lern-) Prozesse können vor Ort, im Lebensraum, organisiert und konkretisiert werden, gleichwohl das Ziel der Verringerung des Armutsrisikos von allein erziehenden Frauen Veränderungen im gesellschaftlichen Kontext, speziell in der Wirtschafts-, Sozial- und Gleichstellungspolitik auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene voraussetzt, um die notwendigen Rahmenbedingungen für Erwerbstätigkeit, Bewusstseinsbildung und Kinderbetreuung zu gewährleisten.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass allein erziehende Frauen eine starke Arbeitsmarktorientierung formulieren, um ihre prekäre Lebenslage zu verbessern. Damit ist ein nahe liegendes Ziel, für die ökonomisch besonders

verletzliche Gruppe der allein Erziehenden im Sozialhilfebezug Brücken in den Arbeitsmarkt zu bauen, da mit zunehmender Erwerbstätigkeit die eigenständige soziale Sicherung wächst. Die allgemeinen arbeitsmarktpolitischen Instrumente reichen allein nicht aus, die notwendige Passung zwischen den Lebensplänen und dem komplizierten Zeitmuster der Betreuungsaufgaben von allein Erziehenden einerseits und dem Arbeitsmarkt andererseits herzustellen. An den schwierigen Bedingungen der Erwerbsarbeit in Bezug auf das bestehende Vereinbarkeitsdilemma scheitern viele Erwerbswünsche allein Erziehender – oder sie müssen sich mit zweit- und drittbesten Alternativen zufrieden geben. Notwendig ist deshalb vor allem die Erstellung eines Handlungsrahmens auf Stadtteilebene, in dem durch eine Kombination unterschiedlicher, passgenauer Unterstützungsangebote der Arbeitsmarktzugang für allein erziehende Sozialhilfeempfängerinnen eröffnet und, wo nötig, begleitet wird.

Notwendige Maßnahmen konzentrieren sich dabei auf die in der Studie mit einer Delphi-Befragung erforschten Bereiche:

- Erwerbsarbeitsmarkt/ Ausbildungssektor
- Kinderbetreuung
- Bewusstseinsbildung

Während die Bedeutung der Bereiche ‚Erwerbsarbeit‘ und ‚Kinderbetreuung‘ von vielen Studien bestätigt werden, macht die Expertenbefragung darüber hinaus darauf aufmerksam, dass ein Bewusstsein über Fragen der sozialen Sicherung vorhanden sein muss, um Armutsrisiken für die eigene Zukunft zu minimieren. Die Ergebnisse zeigen, dass dieses Bewusstsein – auch in der jüngeren Generation – kaum vorhanden ist und bei der Berufswahl und Familienplanung nicht berücksichtigt wird. Im Durchschnitt investieren Mädchen und Frauen weniger in ihre Ausbildung als Männer, da sie auf Grund von familiären Tätigkeiten Unterbrechungen ihrer Arbeitsmarktbeteiligung antizipieren. Denn nicht nur ökonomische Faktoren wie Löhne und Steuern determinieren das Arbeitsmarktverhalten, sondern auch individuelle Präferenzen und Fähigkeiten, die durch die herrschende Genderkultur geprägt sind (Mühlberger 2004, 75f).

Es stellt sich die Frage, welche Formen von Unterstützung und Anreizen – einschließlich veränderter Bedingungen in Ausbildung und Arbeitswelt – im Gemeinwesen notwendig und wirksam sind, um erfolgreiche Platzierungen am Arbeitsmarkt und damit den Zugang zu Erwerbseinkommen erreichen zu können? Ziel ist eine nachhaltige, den Lebensunterhalt sichernde Erwerbsarbeit. Als strukturell-objektive Bedingungen werden dabei nicht nur die Arbeitsmarktsituation und -politik vor Ort verstanden, sondern das Zusammenwirken unterschiedlicher institutioneller Hilfen, die eine (Re-) Integration ermöglichen können. Dabei erscheint eine Bündelung der Energien im

Hilfesystem auf diesen Punkt von strategischer Bedeutung, um die Sozialhilfe- und Armutsbetroffenheit von allein Erziehenden zu reduzieren. Weiterhin ist der Zugang zum Arbeitsmarkt einzubetten in die Frage nach sozialer Integration im Sinne der europaweiten Aktionsprogramme gegen soziale Ausgrenzung. Arbeitsmarktintegration ist deshalb nicht ausschließlich funktional als unabweisbarer ökonomischer Zwang zur Erwerbsarbeit zu fassen, sondern immer auch als „Paradigma“ für aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben.

Notwendig ist hierzu ein regionales Handlungsmodell, das bestehende und neue Unterstützungsangebote für allein Erziehende fördert. Dieses Modell ist als Verbundmodell mit zentraler Koordinationsfunktion zu verstehen. Auf der Ebene der stadtteilbezogenen Hilfesysteme ist zu analysieren, wie unterschiedliche Unterstützungsangebote im Blick auf ihren Beitrag zur Vorbereitung und zur Begleitung des Ausstiegs aus der Sozialhilfe sowie zur nachhaltigen Arbeitsmarktintegration zusammenwirken. Zum anderen sind die jeweilige Lebenslage und die spezifischen Bewältigungsstrategien, wie sie in den Typologien beschrieben werden, in den Blick zu nehmen. Nur die Berücksichtigung des Zusammenspiels beider Faktoren – des objektiv-institutionellen sowie des individuell-biographischen Faktors – kann zu längerfristigem Erfolg versprechenden Wegen der Armutsprävention bei allein Erziehenden führen, da die Frage der Arbeitsmarktintegration nicht losgelöst von Problemen der Ressourcenausstattung und des Ressourcenzugangs allein Erziehender zu bearbeiten ist.

Konkret konzentrieren sich die Arbeitsschwerpunkte des Verbundmodells auf die Förderung struktureller Rahmenbedingungen einerseits und auf die individuelle Unterstützung allein Erziehender andererseits.

Stabilisierung, Ausbau und Koordination von sozialen Unterstützungsstrukturen

Aufgabe ist die Schaffung eines regionalen Verbundes von AkteurInnen vor Ort, die in den zentralen Bereichen Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und Bewusstseinsbildung unterstützende Rahmenbedingungen schaffen. Es geht um die Förderung eines sinnvollen und passfähigen Zusammenwirkens primär institutioneller und ggf. informeller Hilfen, insbesondere in der Kinderbetreuung, und um die Vermittlung von Erwerbsarbeitsplätzen. Ein erster wichtiger Schritt ist eine Bestandsaufnahme der Unterstützungsstrukturen für allein Erziehende in der ausgesuchten Region. Es ist zu prüfen, ob ausreichende und gut erreichbare soziale Systeme im alltäglichen Wohnumfeld bestehen, die wirksam und tragfähig sind. Im Weiteren gilt es, das Wissen und die Wahrnehmung der AkteurInnen zu fördern, Kooperationen anzuregen und die verschiedenen Systeme enger zu vernetzen. Die Koordinations-

stelle dient als Anlaufstelle für die unterschiedlichen AkteurInnen vor Ort und garantiert damit die Verlässlichkeit des Netzes.

Begleitung und Beratung allein erziehender Frauen

Zentrale Aufgabe ist die Weiterentwicklung von Interventionen, die systematisch die Fähigkeiten und Potentiale von armutsgefährdeten allein Erziehenden aufgreifen und flankieren – im Sinne eines ressourcen- und empowerment-orientierten Ansatzes. Allein erziehenden Frauen wird sozialpädagogische Beratung und Begleitung mit dem Ziel einer Verselbstständigung angeboten.

Die neue Dimension des Projektes liegt in seiner Gemeinwesenorientierung und in der Verknüpfung von unterstützenden Maßnahmen im Lebensraum der betroffenen Frauen. Mit der Idee einer Vernetzung von Systemen des Arbeitsmarktes und der Kinderbetreuung wird eine plurale Angebotsstruktur aufgebaut, die weit über die Einrichtung beispielsweise von einzelnen Betriebskindertagesstätten hinausgeht und allein erziehenden Frauen und ihren Kindern in unterschiedlichen Lebensphasen Partizipationsmöglichkeiten eröffnet. Mit der Lebensweltorientierung werden verlässliche Strukturen vor Ort geschaffen.

Abschließend sei noch einmal betont, dass der „Zugang zum Arbeitsmarkt“ in der Studie weder auf der Untersuchungs- noch auf der Praxisebene nur und ausschließlich funktional als ökonomischer Zwang zur Aufnahme von Erwerbsarbeit gedacht ist, sondern immer als Beitrag zur gesellschaftlichen Inklusion verstanden wird. Das heißt, es ist keineswegs ein eng finanziell-fiskalisches Interesse, das sich auf die Entwicklung stadtteilbezogener Strategien zum „Brückenbau aus der Sozialhilfe“ richtet. Es geht dabei immer auch um das Ermöglichen einer eigenverantwortlichen, menschenwürdigen Lebensführung.

Die verbesserten Lebensbedingungen im Stadtteil unterstützen nicht nur die allein Erziehenden und ihre Kinder, sondern liegen im Interesse des gesamten Gemeinwesens. Sie sind ein Beitrag im Hinblick auf Konzepte einer sozialen Stadt, da sie zu mehr Lebensqualität für alle BewohnerInnen beitragen.

Das im Projekt entwickelte Modell kann als Handlungswissen für kommunale Institutionen, für AkteurInnen im Bereich der professionellen sozialen Hilfen und der Arbeitsvermittlung sowie für ArbeitgeberInnen zur Verfügung gestellt werden. Mit der erfolgreichen Ausbreitung, so die grundsätzliche Perspektive des Projekts, würde das ‚Sozialhilferisiko: allein erziehend‘ einer großen Zahl Ein-Eltern-Familien vermieden oder zumindest verringert werden können.

Das beschriebene Handlungsprojekt zeigt einen Weg zum „adult worker model“ auf, der im aktuellen System der sozialen Sicherung alternativ los ist,

wenn es gilt das Armutsrisiko zu mindern. Damit dieser Weg für möglichst viele gesellschaftliche Gruppen realisierbar ist, sind allerdings sowohl auf der individuellen als auch auf der institutionellen und politischen Ebene die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Letztlich darf aber nicht übersehen werden, dass das „adult-worker-model“ das Spektrum an möglichen Lebensentwürfen für Frauen und Männer erheblich einschränkt. Eine gesellschaftliche Zukunftsvision könnte in einer Neudefinition, Neubewertung und Neuverteilung aller Formen von Arbeit: Erwerbsarbeit – Familienarbeit – Bürgerarbeit liegen. Damit wäre auch die Frage verbunden, wie Erwerbsarbeit so aufgeteilt werden kann, dass zum einen die einkommensschaffende Funktion allen zugute kommt und Zeit für Familien- und gemeinwohlorientierte Arbeit zur Verfügung steht bzw. darüber hinausgehend, wie die unbezahlte Arbeit mit einer adäquaten sozialen Sicherung verknüpft werden kann (Genenger-Stricker/ Krause/ Schmidt-Koddenberg/ Zwicker-Pelzer 2001, 30). Somit können Perspektiven eröffnet werden, die demokratieverträglich sind und dazu beitragen können, soziale Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, aber auch unter Frauen (und Männern) unterschiedlicher Herkunft und Schichten aufzuheben und Wahlfreiheit zu ermöglichen.

Literatur

- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2002): Abschätzung der (Brutto-) Einnahmeeffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen. Gutachten des DIW Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Genenger-Stricker, Marianne/ Krause, Barbara/ Schmidt-Koddenberg, Angelika/ Zwicker-Pelzer, Renate (2001): Part-time-Studium für Frauen mit Familientätigkeit. Hochschulentwicklung antwortet auf gesellschaftlichen Wandel, in: Das Hochschulwesen, H. 1, 28-33
- Krüger, Dorothea/ Micus, Christiane (1999): Diskriminiert? Privilegiert? Die heterogene Lebenssituation Alleinerziehender im Spiegel neuer Forschungsergebnisse und aktueller Daten. Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg – ifb-Materialien Nr. 1, Bamberg
- Leibfried, Stephan/ Leisering, Lutz/ Buhr, Petra/ Ludwig, Monika/ Mädje, Eva/ Olk, Thomas/ Voges, Wolfgang/ Zwick, Michael (1995): Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt a.M.
- Lewis, Jane (2001): The Decline of the Male Breadwinner Model: the implications for Work and Care, in: Social Politics, H. 2, 152-170
- Mädje, Eva/ Neusüß, Claudia (1996): Frauen im Sozialstaat. Zur Lebenssituation allein erziehender Sozialhilfempfängerinnen, Frankfurt a.M.
- MGsFF NRW Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (2004): Sozialbericht NRW 2004, Düsseldorf

- Mühlberger, Ulricke (2004): Wege aus der Frauenarmut durch Arbeitsmarktpartizipation, in: Heitzmann, Karin/ Schmidt, Angelika (Hg.): Wege aus der Frauenarmut. Frankfurt a.M., 75-86
- Schmidt, Renate (2003): Presseerklärung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 15.01.2003, Berlin
- Schratzenstaller, Margit (2004): Neue Dilemmata – neue Bedarfe: Synopse und Ausblick, in: Leitner, Sigrid/ Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden, 381-391
- Statistisches Bundesamt (2004): Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland, Wiesbaden

„Demographischer Wandel“. Ein soziales Phänomen und seine Bearbeitung in wissenschaftlichen und sozialpolitischen Diskursen

Das Interesse, das demographischen Veränderungen und Trends entgegengebracht wird, folgt bestimmten Konjunkturen der Aufmerksamkeit. Derzeit werden diese Entwicklungen unter dem Stichwort „Demographischer Wandel“ diskutiert. Bereits in den frühen neunziger Jahren wurde vom Bundestag eine Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ eingesetzt (Enquête-Kommission Demographischer Wandel 1998, 2002). Danach wurde der „Demographische Wandel“ insbesondere im Kontext der Debatten um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme – z.B. im Zusammenhang der „Rürup-Kommission“ – thematisiert. Auch die periodischen Bevölkerungsprognosen des Statistischen Bundesamtes (2003) und der Statistischen Landesämter (z.B. für NRW: LDS 2004) finden in den Medien und in den Fachzeitschriften eine rege Resonanz. Es wurde das Gespenst einer überalterten, einer aussterbenden Gesellschaft bemüht; es wurden Überlegungen zu den Ursachen angestellt; es wurden Schuldige gesucht; es wurde auch um die Qualität dieser Prognosen gestritten.

In diesem Beitrag sollen die demographischen Veränderungen analysiert und die rhetorische Figur des demographischen Wandels, auf die in bevölkerungswissenschaftlichen, sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Diskursen Bezug genommen wird, kritisch hinterfragt werden. Darüber hinaus soll exemplarisch erkennbar werden, wie eine wissenschaftliche und sozialpolitische Auseinandersetzung mit diesen „Problemen“ verbessert werden kann.

Am Anfang steht eine Einschätzung der Bevölkerungsprognosen aus soziologischer Sicht (1); anschließend werden wichtige Erklärungsansätze zu den Ursachen der demographischen Veränderungen (2) und zu den vermuteten Folgen resümiert (3). Auf dieser Basis lassen sich mögliche Problemlagen und die darum geführten Problemdiskurse genauer analysieren. Im vierten Teil wird am Beispiel einiger Politikfelder skizziert, wie in der Sozialpolitik bzw. in der Sozialen Arbeit Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden können, die den gegenwärtigen und zu erwartenden Problemstellungen gerecht werden (4) und abschließend folgt ein Resümee zur sozialen Definition des „demographischen Wandels“ (5). In allen Kapiteln fließen Genderfragen ein.

1 Die Bevölkerungsprognosen

Die Soziologie ist in den 1950er und 60er Jahren als damals junge akademische Disziplin mit sehr großen Versprechungen angetreten. Man wollte Gesellschaft nicht nur analysieren, man wollte auch gesellschaftliche Entwicklungen prognostizieren (Schelsky 1966). Darauf aufbauend sollte die gesellschaftliche Entwicklung geplant, brennende soziale Probleme sollten antizipiert werden. Was die Analyse oder die sorgfältige Beschreibung betrifft, kann sich die Soziologie sehen lassen; was die Prognose betrifft, ist sie doch mehrheitlich, mit wachsendem Wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge, vorsichtig geworden (Friedrichs et al. 1998).

Wenn nun VertreterInnen der Bevölkerungswissenschaft (z.B. Birg 2001) oder die amtliche Statistik dennoch solche Prognosen vorlegen können, bedarf das der näheren Betrachtung. Bevölkerungsprognosen legen ein bestimmtes – notwendigerweise sehr einfaches – Modell von demographisch relevanten Prozessen zu Grunde und schreiben diese Modellüberlegungen in die Zukunft fort. Man kommt dann zu Prognosen der Bevölkerungszahl, der Altersstruktur, manchmal auch der Zusammensetzung nach Nationalitäten¹ oder auch zu einer regional differenzierten Prognose. Grundsätzlich gilt, dass die Prognosen mit einem längeren zeitlichen Horizont oder einer stärkeren räumlichen Spezifizierung – angesichts der zu treffenden Hilfsannahmen – unschärfer werden (Fischer 2005).

Im Prinzip können solche Prognosen nicht falsch sein, denn es werden gemäß den gesetzten Annahmen Schlüsse gezogen. Zu diskutieren ist jedoch, in wieweit die getroffenen Annahmen das reproduktive Verhalten von Frauen und Männern oder die Prozesse der Außen- und Binnenmigration angemessen modellieren. Hier wird deutlich, dass solche Prognosen grundsätzlich in einem Dilemma stecken: Wir wissen einiges über Geburtenziffern, Migrationsraten, die Lebenserwartung, das Erwerbsverhalten von Frauen und Männern usw.; auch zu den Faktoren, die diese Größen beeinflussen, gibt es gut begründete Annahmen. Nun erstellt man Bevölkerungsprognosen, um zusätzliches Wissen über Entwicklungstrends zu gewinnen. Längerfristige Prognosen sind aber nur möglich, wenn die Modellannahmen radikal vereinfacht werden: Man kann keine Bevölkerungsprognose entwerfen, die abschätzt, wie sich die Bevölkerungszahl der Stadt XY verändert, wenn die Männer dieser Stadt eine Stunde mehr für die Kinderbetreuung aufwenden würden. D.h. jede Prognose setzt eine enorme Reduktion von Komplexität voraus: Wissen über mögliche zukünftige Entwicklungen wird nur zugänglich, wenn anderes Wissen ausblendet wird.

1 Das LDS des Landes NRW hat in seiner jüngsten Bevölkerungsprognose angesichts der neuen Gesetzgebung zur Zuwanderung auf eine nach Nationalitäten spezifizierte Prognose verzichtet.

D.h. auch: man kann solche Prognosen nur bedingt verbessern. Ein Beispiel kann das Problem illustrieren: Fahrradfahren im Dunkeln. Mit der normalen Beleuchtung eines Fahrrades lässt sich die nahe Umgebung einigermaßen genau erkennen. Der Blick reicht aber nicht sehr weit nach vorne, in die Zukunft. Wenn man weiter nach vorne sehen möchte, müsste man das Licht sehr eng bündeln; dann kann man recht weit sehen, aber nur unter der Voraussetzung, dass sich der Blickwinkel erheblich verengt. So verhält es sich auch mit den Prognosen. Man kommt zu zusätzlichem Wissen über die bundesweite oder regionalspezifische Entwicklung der Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2020 oder 2040 nur unter der Voraussetzung, dass man das vorhandene (sozialwissenschaftliche) Wissen um die Komplexität reproduktiven Verhaltens radikal vereinfacht.

Was die amtlichen Prognosen allerdings bereichern würde, wäre eine weitere Variation der Modellannahmen. Sowohl die Prognosen des Statistischen Bundesamts wie die des Landesamtes NRW arbeiten z.B. mit konstanten Geburtenziffern. Wenn man diese nun auch noch variiert, dann werden die Ergebnisse natürlich komplexer: Die 10. koordinierte Prognose des Bundesamtes liegt bereits jetzt in neun Varianten vor². Mit zusätzlichen Varianten würden Prognosen zwar unübersichtlicher, für die RezipientInnen solcher Untersuchungen würde auf diese Weise jedoch deutlich, wie voraussetzungsvoll diese eigentlich sind und wie sehr sie von den jeweiligen Modellannahmen abhängen.

Damit wird die Argumentationslinie erkennbar; das Problem liegt weniger bei den Prognosen als in der Art und Weise, wie in Medien, in Politik und Verwaltung, teilweise auch in der Wissenschaft damit umgegangen wird. In den demographischen Modellen wird letztlich von konditionierten Fortpflanzungsmaschinen ausgegangen. Es gilt also, das so gewonnene Wissen wieder in das soziale und politische Leben zu übersetzen. Die Komplexität, die bei der Erstellung der Prognose notwendigerweise reduziert wurde, muss wieder erschlossen werden. Das geschieht oftmals nicht; die durch die Logik der Modelle geprägten Informationen, die vorherrschende eher biologistische Sichtweise oder auch die manchen Demographen eigene Sprache werden nicht angemessen in Aussagen über die sozialen Verhältnisse transformiert.

Ausgehend von diesen Schwierigkeiten ist zu fragen, wozu solche Prognosen überhaupt gebraucht werden; sie haben einen gewissen Nutzen, wenn es darum geht, Problemlagen z.B. im Bereich der sozialen Sicherungssysteme abzuschätzen. In wieweit dieses Wissen aber auch in anderen Politikbereichen genutzt werden kann, ist sorgfältig abzuwägen³.

-
- 2 Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung enthält je drei verschiedene Annahmen für Mortalität und Migration sowie eine Annahme für die Geburtenziffern.
 - 3 So haben wir es z.B. auch im Bereich der Stadt- und Regionalplanung mit langen Zeithorizonten zu tun, aber die Risiken von Fehlallokationen sind angesichts der Probleme regionalspezifischer Prognosen recht hoch.

2 Die Entwicklung der Geburtenziffern und mögliche Ursachen

Man kann sehr viel über demographische Entwicklungen erfahren, ohne eine einzige Prognose anzuschauen. Die zusammengefasste Geburtenziffer ist seit den 1970er Jahren sehr deutlich zurückgegangen. In der Querschnittsperspektive wird ein Einbruch der Geburtenzahlen erkennbar, der Interpreten verschiedener Couleur auf den Plan ruft.

Aus der Längsschnittsperspektive, d.h. auch aus der Perspektive der beteiligten Männer und Frauen sieht das anders aus; sie fragen nicht, wie viele Kinder haben wir in diesem Jahr geboren, sondern wie viele Kinder möchten wir in unserem Leben, in unserer Beziehung haben. Dies lässt sich über die kohortenspezifischen Geburtenziffern darstellen.

Eine solche Längsschnittsbetrachtung zeigt, dass die Geburtenziffern bereits im ganzen 20. Jahrhundert unter dem so genannten Bestandserhaltungsniveau liegen (BiB 2004, 21). Auch die pronatalistische Politik der Nationalsozialisten ist kohortenspezifisch betrachtet relativ folgenlos geblieben. Seit den Geburtsjahrgängen von 1930 gehen die Geburtenziffern mit einer erstaunlichen Gleichmäßigkeit zurück. Auch die Phasen hoher und niedriger Frauenerwerbstätigkeit haben sich nicht erkennbar niedergeschlagen. Allein aus der Gleichmäßigkeit dieses Verlaufs drängen sich zwei Vermutungen auf:

- Wir haben es mit einem Bündel von Einflussfaktoren zu tun, die in ihrer Überlappung einen solchen gleichmäßigen Verlauf hervorbringen.
- Wir müssen zum anderen davon ausgehen, dass diese niedrigen Geburtenziffern gesellschaftliche Normalität geworden sind. D.h. sie sind in den Bildern von Familie, in Bildern vom normalen Lebensweg von Frauen und Männern festgeschrieben. Auch die Väter und Mütter der kinderlosen Frauen und Männer hatten bereits wenige Kinder.

Ein gewisses Novum in dieser Entwicklung ist das Phänomen der Kinderlosigkeit von Frauen und Männern, das jedoch angesichts des unzureichenden Datenmaterials verschiedentlich überschätzt wird (Hullen 2003; Kreyenfeld/Konietzka 2004).

Zudem ist zu beachten, dass sich hinter der Entwicklung der durchschnittlichen Geburtenzahlen starke Unterschiede nach dem Bildungsstand von Frauen und Männern und nach nationalen Zugehörigkeiten verbergen (Engstler/Menning 2003, 55ff u. 76).

Die Ursachen der längerfristigen demographischen Veränderungen sind vor allem im sozioökonomischen Bereich anzusiedeln:

- Der so genannte Nutzen von Kindern als Arbeitskraft oder als Instanz der sozialen Sicherung ist weitgehend verschwunden.

- Umgekehrt sind die Kosten von Kindern bei hohen Ausbildungs- und Opportunitätskosten der gut ausgebildeten Mütter und Väter erheblich gestiegen.

Um jedoch die jüngere Entwicklung genauer zu beschreiben und um die Unterschiede in den nationalen Geburtenziffern zu erfassen, muss man etwas genauer hinschauen, als es die ökonomischen Modelle ermöglichen:

Wenn es um die Beschreibung demographischer Veränderungen geht, arbeiten die Bevölkerungsprognosen mit den so genannten Fertilitätsraten von Frauen; zur Zeugung bedarf es aber – zumindest bislang – eines Mannes und einer Frau. Dabei spielen bestimmte Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle: die Erwerbssituation des Mannes und der Frau, ihre Bildung und soziale Lage, ethnische Zurechnungen, die Möglichkeiten der Kinderbetreuung, die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit etc. In vielen Darstellungen wird dieses komplexe Netz von Faktoren jedoch auf die „kinderlose Frau“ reduziert, wie auf eine nicht-funktionierende Maschine. Diese Schiefelage spiegelt sich auch in der Forschung wider; Forschungen zum Fortpflanzungsverhalten von Männern sind rar gesät; auch die soziale Lage von Frauen und Männern wird in der demographischen Forschung nur selten berücksichtigt.

Wenn vom Rückgang der Geburtenziffern in den sechziger bzw. siebziger Jahren die Rede ist, wird meist vom Pillenknick gesprochen – eine recht naive Perspektive. Dahinter steht auch ein epochaler kultureller Wandel in den Geschlechterbeziehungen, im Selbstverständnis von Frauen und teilweise auch von Männern. Es war ein wichtiger Schritt der Emanzipation (nicht nur von Frauen), eine Befreiung von biologischen, vor allem aber auch von sozialen Zwängen. Wir haben es dabei auch mit nicht beabsichtigten Folgen der verbesserten Bildung von Männern und insbesondere von Frauen zu tun.

Das bedeutet, dass sich eine wissenschaftliche Analyse des sozialen Wandels wie auch eine Sozialpolitik bzw. Soziale Arbeit, die sich vertiefend mit Problemen der demographischen Entwicklung auseinandersetzen wollen, interessieren sollten:

- für die Veränderung von Werten und Normen,
- für die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit für Männer und Frauen
- und für die veränderten Gelegenheitsstrukturen von Männern und Frauen: das relativ hohe Heiratsalter, die Zahl der Scheidungen, vor allem aber auch die räumlichen und zeitlichen Flexibilitätserfordernisse am Arbeitsmarkt.

Nur über das Zusammenspiel dieser Faktoren erhält man einen Einblick in die komplexen Ursachen der demographischen Veränderungen.

Damit wird deutlich, dass die Rede vom „demographischen Wandel“ zwar recht eingängig und anschaulich ist, dass die gesellschaftlichen Verän-

derungen, die sich vollzogen haben, damit aber völlig unzureichend beschrieben werden.

Mit den Bevölkerungsprognosen und den daran anschließenden Debatten um die „Ursachen“ der demographischen Veränderungen ist erst ein Teil der argumentativen Figur des „demographischen Wandels“ in den Blick geraten. Insbesondere in den letzten Jahren wurden viele Anstrengungen unternommen, die „Folgen“ des „demographischen Wandels“ abzuschätzen und politische Interventionen zu erwägen, um diesen Entwicklungen frühzeitig entgegenzutreten zu können.

3 Die „Folgen“ des „demographischen Wandels“

Dass die Entwicklung der Geburtenziffern früher oder später gravierende gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen wird, lässt sich auch ohne Bevölkerungsprognosen erahnen. Die Prognosen versuchen, dieses Wissen zu präzisieren, indem sie es zeitlich und räumlich spezifizieren; auf die Grenzen dieser Präzisierung wurde bereits hingewiesen.

Mit den Bevölkerungsprognosen lässt sich mehr oder weniger exakt ein Problemkorridor beschreiben. Die Prognosedaten umreißen die in den nächsten Jahren erwartbaren demographischen Veränderungen; diese Entwicklungen sind nur noch sehr bedingt beeinflussbar – darauf wird in den Bevölkerungsprognosen zu Recht hingewiesen. In welchem Maße sich diese Veränderungen aber in künftigen ökonomischen und sozialen Problemen niederschlagen werden, hängt jedoch von einer Vielzahl vermittelnder Faktoren ab. D.h. die im engeren Sinne die demographische Struktur beschreibenden Befunde, die aus den Bevölkerungsprognosen gewonnen werden können (Bevölkerungszahl und Alter, u.U. auch Nationalität und regionale Verteilung) müssen, wie oben entwickelt, übersetzt werden. So hängen z.B. die Folgen für die Systeme der sozialen Sicherung entscheidend vom faktischen Renteneintrittsalter, von der Entwicklung der Produktivität oder der Höhe der altersspezifischen Erwerbsquote von Frauen und Männern ab. D.h. jenseits der Binnenprobleme der demographischen Prognose stellt sich eine Vielzahl weiterer Probleme ein, die sich aus der prognostischen Perspektive als „Unwägbarkeiten“ darstellen, die aber politisch betrachtet vielfältige Möglichkeiten der Intervention, normativ betrachtet vielfältige Möglichkeiten der Gestaltung eröffnen. So kommen die kreativen und problemlösenden Potentiale von Individuen und kollektiven Akteuren in den Blick, die im Argumentationsverbund von BevölkerungsforscherInnen und SozialplanerInnen oftmals zu wenig beachtet werden.

Im Folgenden sollen die hier skizzierten Probleme, Aussagen über die „Folgen“ des demographischen Wandels zu machen, am Beispiel von zwei

Politikfeldern eingehender dargelegt werden: die Auswirkungen auf Arbeits-, Güter- und Dienstleistungsmärkte und die sozialstrukturellen bzw. sozialräumlichen Veränderungen.

Arbeits-, Güter- und Dienstleistungsmärkte

Den Entwicklungen am Arbeitsmarkt und den möglichen wirtschaftlichen Folgen des demographischen Wandels kommt eine Schlüsselstellung zu, weil sich hier entscheidet, welche Ressourcen zur Lösung der übrigen Folgeprobleme des demographischen Wandels zur Verfügung stehen. D.h. wenn der demographische Wandel zu einschneidenden wirtschaftlichen Einbrüchen führt, dann fehlen auch die Mittel, um andere Problemlagen anzugehen.

Die Bevölkerungsprognosen machen deutlich, dass es auch bei einem moderaten Rückgang der Bevölkerungszahl zu einer nachhaltigen Veränderung der Altersstruktur kommt. Das wird in den Prognosen an den Jugend- bzw. Altenquotienten illustriert. Es lohnt sich jedoch genauer hinzusehen: Entscheidend ist letztlich, welche Arbeitsvolumina mit welcher Qualifikation wann zur Verfügung stehen. Die Daten zur Altersstruktur geben darüber nur bedingt Auskunft; es kommt auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern und auf ihre Qualifizierung an; auch die verschiedenen Formen der (legalen und illegalen) Arbeitsmigration werden eine wichtige Rolle spielen:

- Das Arbeitskräfteangebot wird mit der Veränderung der demographischen Struktur zahlenmäßig zurückgehen, wenn sich die Erwerbsbeteiligung nicht verändert. Zugleich wird jedoch voraussichtlich auch die Nachfrage nach Arbeitskräften sinken; zudem ist der gegenwärtig hohe Bestand an Erwerbslosen zu berücksichtigen.
- Solange die schulische und berufliche Qualifikation der Mehrheit der Migrantinnen und Migranten deutlich hinter dem Durchschnitt der Jugendlichen zurückbleibt, wird das Niveau der schulischen und beruflichen Qualifizierung sinken. Auch die höheren Geburtenziffern in Familien mit relativ weniger ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen tragen tendenziell zu einer Verschlechterung der Qualifikation bei, wenn es nicht gelingt, die Reproduktion von Bildungsungleichheit abzuschwächen.
- Zudem fällt angesichts der vermutlich längeren Berufszeiten der Innovationseffekt, der sich durch die Neueinstellung von jungen „frisch“ qualifizierten Kräften einstellt, geringer aus; durchschnittlich ältere Belegschaften können zu einer Gefahr für die Innovationsfähigkeit werden.

Den quantitativen Problemen kann kurz- und mittelfristig über eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern entgegengewirkt werden; das betrifft die Erwerbsquote von Männern und besonders Frauen, die Teilzeit-

quote, die Wochen- und die Lebensarbeitszeiten. Letztlich bieten sich also recht viele Möglichkeiten, zusätzliche Binnenressourcen für den Arbeitsmarkt zu erschließen. Dabei ist jedoch zu bedenken, welche Folgen die mögliche Mobilisierung von zusätzlicher Arbeitskraft im Erwerbsektor für andere Bereiche gesellschaftlicher Arbeit und für die Verhältnisse geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in den verschiedenen Segmenten haben wird. Die lange Geschichte der legalen und illegalen Arbeitsmigration macht jedoch auch deutlich, dass ein verengter Blick auf den Binnenmarkt für Arbeitskräfte den zu erwartenden Entwicklungen nicht angemessen ist (s.u.).

Neben diesen quantitativen Problemen stellt sich möglicherweise ein Problem im Verhältnis der nachgefragten und angebotenen Qualifizierung dieser Arbeitskräfte. Es muss gelingen, die Erstqualifizierung erheblich zu verbessern und eine beständige Weiterqualifizierung sicherzustellen, damit auch ältere Beschäftigte den sich verändernden Qualifikationsanforderungen entsprechen und produktiv bzw. innovativ tätig sein können. Insbesondere stellt sich die Aufgabe, eine große Zahl von Migrantinnen und Migranten, aber auch Deutsche in benachteiligten Lebenslagen sprachlich und fachlich so zu qualifizieren, dass sie auf dem Arbeitsmarkt einer entwickelten Dienstleistungsgesellschaft konkurrenzfähig sind. Zudem müssen die Aus- und Weiterbildungsinhalte den veränderten Dienstleistungserfordernissen in einer älter werdenden Gesellschaft angepasst werden.

Das Problem, das sich auf der ArbeitnehmerInnenseite stellt, ist auch ein Problem auf der Unternehmensseite; insbesondere in kleineren und mittleren Betrieben kann die Nachfolge zu Schwierigkeiten führen.

Die Veränderung der Altersstruktur und längerfristig auch der Bevölkerungszahl beeinflusst nicht nur den Arbeitsmarkt, auch die Märkte für Güter und Dienstleistungen werden davon betroffen sein. So hängt die wirtschaftliche Entwicklung nicht unerheblich von der Entwicklung der Binnennachfrage auf diesen Märkten ab. Mit der quantitativen Veränderung der Altersstruktur, aber auch mit einer veränderten Zusammensetzung der verschiedenen Altersgruppen (unterschiedliche aber tendenziell höhere Bildung, Migrationshintergrund, Differenzierung der Lebensstile und Lebensweisen) müssen sich Unternehmen, aber auch öffentliche Träger u.a. auf eine grundsätzlich veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen einstellen:

- Die Nachfrage nach Produkten, die vorwiegend auf Jugendliche zielen, wird eher schrumpfen.
- Umgekehrt entsteht in einer älter werdenden Gesellschaft eine neue Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen. Aber diese Produkte und Dienstleistungen müssen in ihrer Art und Beschaffenheit an verschiedene Altersgruppen, verschiedene kulturelle Orientierungen etc. angepasst werden. Eine besondere Rolle nehmen dabei die im Gesundheits- und Pflegebereich zu erbringenden Leistungen ein.

Über diese Entwicklungen eröffnen sich aber auch neue wirtschaftliche Perspektiven im Bereich der Pflege- und Gesundheitswirtschaft, der SeniorInnenwirtschaft und der ethnischen Ökonomie.

An diesen Überlegungen wird deutlich, dass mit den zu erwartenden Veränderungen, die auf den „demographischen Wandel“ zurückgehen, nur ein kleines Segment jener Faktoren beschrieben werden kann, die die weitere Entwicklung auf den sich europäisierenden und globalisierenden Arbeits-, Güter- und Dienstleistungsmärkten prägen werden.

Sozialstrukturelle und sozialräumliche Veränderungen

Bei der Rezeption der Bevölkerungsprognosen wurde der Blick zumeist auf die Bevölkerungszahl und die Altersstruktur gerichtet. Vergleiche zwischen den neuen und alten Bundesländern oder die regionalisierten Prognosen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik in NRW (LDS 2004) zeigen, dass der demographische Wandel regional sehr differenziert ausfallen wird. Aber auch die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung wird sich erheblich verändern.

Regionale Unterschiede

Schon jetzt machen ostdeutsche Regionen Erfahrungen mit sinkenden Bevölkerungszahlen, starker Alterung und damit verknüpftem Rückbau der Bildungs- und Versorgungsinfrastruktur. Die Wanderungsbewegung von Ost nach West bedeutet eine besondere gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Die landesweiten Veränderungen in der Bevölkerungszahl werden hingegen z.B. in Nordrhein-Westfalen bis 2040 noch recht moderat ausfallen; sie stellen sich jedoch regional differenziert weitaus problematischer dar. Während es in den Kreisen bis 2020 zu einem Wachstum von 3,6% kommt, geht die Bevölkerung in den kreisfreien Städten auf 93,4% zurück. Dementsprechend kommt es in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Arnsberg bereits bis 2020 zu einem Bevölkerungsrückgang auf 95 bzw. 98%. In den Regierungsbezirken Köln und Detmold sind demgegenüber Zuwächse um 3 bzw. 5,6% zu verzeichnen.

In einzelnen Städten geht die Bevölkerung um mehr als 10% zurück: Hagen (-16,3%), Wuppertal (-14,3%), Gelsenkirchen (-13,2%), Krefeld (-11,4%), Essen (-10,8%) und Duisburg (-10,2%). Demgegenüber finden sich in anderen Kreisen Zuwächse um 10% und mehr: Rhein-Sieg (+12,5%), Paderborn (+12,4%), Gütersloh (+11,4%), Unna (+11,4%), Steinfurt (+9,9%), Heinsberg (+9,7%).

Boomende und schrumpfende Städte

Anpassungsprobleme an die demographischen Veränderungen entstehen insbesondere in den schrumpfenden Stadtteilen bzw. Städten: Hier verändert sich zunächst der Wohnbedarf. Es gilt, mit dem Leerstand von Wohnungen und Läden, mit nicht ausgelasteten Infrastruktureinrichtungen umzugehen und den bestehenden Wohnungsmarkt den Veränderungen der Haushaltsstruktur und den besonderen Anforderungen älterer Menschen anzupassen. Die Entspannung in bestimmten Segmenten des Wohnungsmarktes wird Prozesse der sozialen Selbstselektion möglicherweise fördern. Bei der Stadt- und Quartiersplanung gilt es, sozialräumlichen Polarisierungen entgegen zu wirken, soziale Konflikte und Gettoisierungsrisiken zu begrenzen. Auch die politische Partizipation kann zu einem Problem werden; die Quote der NichtwählerInnen in benachteiligten Stadtteilen ist ein Indiz, dass sich hier „demokratiefreie Zonen“⁴ entwickeln.

In dem Bemühen, städtische Infrastrukturen und Dienstleistungen bei knappen Kassen dem veränderten Bedarf anzupassen, wird es natürlich auch zu typischen Dilemmasituationen kommen: wenn z.B. rückläufige Zahlen von Kindern und Jugendlichen die Schließung von Einrichtungen nahe legen, wenn aber andererseits die Gebote einer qualitativ besseren Ausbildung, einer besseren Integration von jugendlichen ZuwanderInnen, einer qualifizierten Mädchen- und Jungenarbeit und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein flächendeckendes und qualitativ hochwertiges Angebot in diesem Bereich erforderlich machen.

Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund

Vermittelt über die unterschiedlichen Geburtenziffern und die jährlichen Zuwanderungen wird der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund anwachsen. Durch die regional ungleiche Verteilung dieser Bevölkerungsgruppen und durch Prozesse der selektiven Mobilität kommt es in einzelnen Kreisen und Städten bzw. in einzelnen Stadtvierteln zu hohen Bevölkerungsanteilen mit Migrationshintergrund.

Ob diese jedoch im Jahr 2020 oder später Prozesse der Segregation bzw. der sozialräumlichen Polarisierung fördern und „Gettos“ oder „Parallelgesellschaften“ hervorbringen, hängt davon ab, wie es – weit besser als bisher – gelingt, die Auseinandersetzungen um Ressourcen und Macht unter den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen – mit und ohne Migrationshin-

4 Vgl. dazu den gleichnamigen Kongress „Demokratiefreie Zonen in der Stadt?“ (5. März 2004, Essen) der Landeszentrale für politische Bildung NRW und des Zentrums für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung. <www.sozialberichterstattung.de/landeszentrale-kongress2004/index.html> (April 2005)

tergrund – zu gestalten. So sind die Folgen für das „soziale Klima“ von der Weise der Integration und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten, aber auch davon geprägt, wie weit die so genannte Mehrheitsgesellschaft auf diesen Wandel vorbereitet wird und ihn selbst mitträgt. Schließlich ist entscheidend, wie Effekte einer sozialräumlichen Polarisierung begrenzt werden können.

In der Darlegung der sozialstrukturellen und regionalen bzw. lokalen Veränderungen und der daraus erwachsenden Probleme stellt sich oft eine merkwürdige Fixierung auf einen sozialen bzw. sozialräumlichen Status quo ein. Sicherlich erwachsen aus diesen auch demographischen Veränderungen besondere Herausforderungen für die lokale und regionale Politik; diese Probleme sind aber durchaus lösbar, wenn es gelingt, vorhandene Ressourcen so einzusetzen, dass es zu einem Ausgleich zwischen Boom- und Krisenregionen kommt. Die (mehr oder weniger temporäre bzw. dauerhafte) Nah- und Fernwanderung von Arbeitskräften bringt vielerorts Probleme hervor; sie ist aber auch als eine Strategie zu begreifen, die Umbrüche an den Arbeits-, Güter- und Dienstleistungsmärkten zu bewältigen; die Betroffenen versuchen, ihre Probleme über Binnen- und Außenmigration zu lösen. Auch hier wird deutlich, dass der „demographische Wandel“ nur eine weitere Problemfacette zu den hier dargelegten Entwicklungen hinzufügt.

Eine genauere Analyse der Politikfelder, die üblicherweise in den Szenarien als Folgen des demographischen Wandels benannt werden, macht einige grundsätzliche Schwierigkeiten der Prognostik gesellschaftlicher Problemlagen deutlich. Die zu erwartenden und zumindest kurz- und mittelfristig recht genau beschreibbaren demographischen Veränderungen stehen in engem Zusammenhang mit vielen anderen längerfristig wirksamen Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen, die die Entwicklung der Moderne ausmachen. Indem man nun einzelne möglicherweise problematische Entwicklungen als Folgeeffekte des demographischen Wandels etikettiert, wird eine angemessene politische Bearbeitung der einzelnen Problembereiche, die je für sich eine eigene Geschichte und institutionelle Struktur der Problembezeichnung und -bearbeitung haben, nicht unbedingt verbessert.

4 Demographischer Wandel als „soziales Problem“

Sozialpolitik kann als eine lange Geschichte der Bearbeitung bestimmter, sich verändernder sozialer Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens verstanden werden. Die Veränderungen des reproduktiven Handelns von Männern und Frauen stellen eine neue Herausforderung dar; aber dieses in der Öffentlichkeit als soziales Problem diagnostizierte Verhalten ist für die gesellschaftliche Entwicklung nicht unbedingt existenzieller als viele andere

Probleme, etwa im Bereich der Umwelt oder bei der Erreichung angemessener Lebensbedingungen für alle Menschen gleich welcher Nation, sozialer Herkunft oder welchen Geschlechts.

Sicherlich erwachsen aus den demographischen Veränderungen erhebliche Anforderungen an Politik im engeren Sinne und an spezifische gesellschaftliche Felder wie z.B. auch an Soziale Arbeit. Aber eigentlich ist es das Tagesgeschäft von Politik, Verwaltung und sozialen Dienstleistungen, dass sie mit wechselnden Anforderungen und sich verändernden Rahmenbedingungen konfrontiert werden. Das Phänomen „demographischer Wandel“ wirkt hingegen oft wie ein Passepartout für die Rethematisierung spezieller Themen und Problemlagen – Fragen der Geschlechterbeziehungen, der Integration von Zuwanderern oder der Pflegesituation, die schon länger diskutiert werden und sich durch eine veränderte Bevölkerungsstruktur nicht grundlegend verändern; teils werden sie sich verschärft zeigen (z.B. im Pflegebedarf), teils können sich aktuelle Engpässe aber auch entspannen (z.B. auf dem Wohnungsmarkt).

Trotz bzw. wegen des umrissenen Handlungsdrucks bedarf es der politischen Gestaltung. Auch eine Sozialpolitik, die sich mit demographischen Veränderungen befasst, besitzt Handlungsoptionen, den skizzierten Entwicklungen entgegenzusteuern. Es sind immer Entscheidungen darüber, was für eine Gesellschaft gewünscht wird.⁵ Bedenklicher erscheint der in Medienberichterstattung und öffentlicher Diskussion erkennbare Imperativ des Bestandserhalts. Man kann darüber nachdenken, warum heute weniger Kinder als vor vierzig Jahren geboren werden und überlegen, wie man mit den sozialen Folgen demographischer Veränderungen umgeht, auch die Frage einer gerechten Verteilung von finanziellen Lasten erscheint legitim. Die Frage des Wachsens oder Schrumpfens der Bevölkerung oder gar der deutschen Bevölkerung für sich genommen sollte hingegen kein Orientierungspunkt von politischem Handeln in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern sein. Die Rhetorik der Sachzwänge verstellt den Blick darauf, dass die Veränderung der Bevölkerungsstruktur ein Problem sehr vieler europäischer Länder ist.

Man kann und sollte in einer (relativ) freien demokratischen Gesellschaft keine Bevölkerungspolitik machen – das betrifft auch Sprache und Argumentation. Handelt es sich doch zunächst um private Entscheidungen, die von Frauen und Männern im Laufe ihres Lebens getroffen werden; sie entscheiden (mehr oder weniger frei), ob sie zeugen bzw. gebären wollen, ob sie mit Kindern leben wollen oder nicht. Diese (auch gedankliche und kulturelle) Freiheit ist das Ergebnis sehr weitreichender gesellschaftlicher Auseinander-

5 Neuere sozialwissenschaftliche Veröffentlichungen heben sich positiv von vielen bevölkerungswissenschaftlichen Schriften dadurch ab, dass demographische Umbrüche nicht nur als Risiken einzuschätzen sind, sondern auch Chancen enthalten und ihre Folgen „gestaltbar sind“ (Frevel 2004, 8).

setzungen und Veränderungen in den sechziger bis achtziger Jahren. Frauen und Männer sind eben nicht Gebär- oder Zeugungsmaschinen, sondern Individuen, die leben und arbeiten, die darüber reflektieren und die eigenständig nach Lösungen suchen und sich verändernden Rahmenbedingungen anpassen. Das macht (sozial-) politisches Handeln einfach und schwer zugleich.

Im Folgenden soll am Beispiel von drei gesellschaftlichen Feldern entwickelt werden, wie Sozialpolitik bzw. Soziale Arbeit soziale Probleme mit definieren, auf Problemsituationen reagieren und an Problemlösungen arbeiten. Thematisiert werden die Bereiche Familie bzw. Lebensformen, Integrationsarbeit in einer Einwanderungsgesellschaft sowie Gesundheit und Pflege in einer älter werdenden Gesellschaft.

Exkurs: Umgang mit Verschiedenheit am Beispiel von Geschlecht

Die verschiedenen Ursachen des demographischen Wandels sind unmittelbar mit der Entwicklung der Geschlechterbeziehungen und der Geschlechterverhältnisse im Erwerbs- und im privaten Leben verknüpft. Insbesondere die Brüche und Ambivalenzen in dieser Entwicklung sind von Bedeutung: während sich die „durchschnittlichen“ Selbst- bzw. Fremdbilder von Frauen und ihre Lebens- und Arbeitswege recht weitgehend verändert haben, scheint die Entwicklung der männlichen Leitbilder bzw. ihrer Arbeits- und Lebenspraktiken nicht Schritt zu halten. Diese Ungleichzeitigkeiten zeigen sich exemplarisch in den populären – zum Teil aber auch in den wissenschaftlichen – Debatten um die „Fertilitätsrate von Frauen“, oder wenn die Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorrangig als ein Problem von Frauen begriffen werden. Hinzu kommen weitere Ungleichzeitigkeiten zwischen den Frauen: ihre Lebensentwürfe, ihre Geschichten von Kindern und Beziehungen und ihre Handlungsstrategien unterscheiden sich je nach Alter, Bildungshintergrund sowie Eingebundenheit in soziale und kulturelle Kontexte.

Eine Analyse der „Ursachen“ – es handelt sich eher um ein Ursachenbündel – der sinkenden Geburtenziffern und darauf aufbauend politische Interventionen, die dieser Entwicklung mittelfristig entgegen steuern und ihre Folgen moderieren sollen, können nur dann erfolgreich sein, wenn die geschlechter-, kultur- und sozial differierten Handlungs-, Wahrnehmungs- und Beurteilungsmuster und die damit verknüpften Arrangements und Machtbeziehungen der Individuen und Gruppen aufgeschlüsselt werden. Die Geschlechterverhältnisse sind über diese sozialen Interaktionsmuster hinaus in den Lebenslagen von Frauen und Männern jeden Alters manifestiert, die durch sozialstaatliche Institutionen, Arbeitsmarktprozesse und gesellschaftliche Organisationen – einschließlich sozialer Einrichtungen und Angebote – stabilisiert werden (Wilz 2004).

Die Möglichkeiten, demographische Umbrüche zu gestalten, z.B. ihre negativen Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Wohlstand zu begrenzen,

hängen maßgeblich von den Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit ab. Sie sind mithin an das im privaten wie im öffentlichen Bereich zu findende Geschlechterarrangement gebunden. Eine Steigerung der Erwerbsquote bzw. der Arbeitsvolumina von Frauen sowie die Erschließung von Tätigkeitsfeldern, die ihren Qualifikationen angemessen sind und entsprechend entlohnt werden, liefern einen wichtigen Schlüssel zur Bewältigung der am Arbeitsmarkt zu erwartenden Folgeprobleme des demographischen Wandels. Eine solche qualitative wie quantitative Steigerung der Erwerbsbeteiligung kann aber nur gelingen, wenn zugleich die Geschlechterarrangements in anderen Bereichen gesellschaftlicher Arbeit (Familien-, Beziehungs-, Pflege- und Hausarbeit) thematisiert werden (Gerhard et al. 2003).

Zuwanderungs- und Integrationspolitik muss die mit dem Migrationsprozess verknüpften Probleme geschlechterorientiert begreifen. Integrationsarbeit meint immer auch Auseinandersetzung über – vermeintlich kulturell bedingte – unterschiedliche Vorstellungen idealer Weiblichkeiten und Männlichkeiten, gegenseitige Zu- und Festschreibungen und auch die eigene Person verunsichernde Irritationen (Krüger/ Lutz 2004).

Schließlich werden die Folgen des demographischen Wandels im Bereich der Gesundheits- und Pflegedienstleistungen in Familien wie in professionellen Einrichtungen auch angesichts der geschlechtsspezifischen Kodierung dieser Arbeitsfelder zu einem wichtigen Feld der Geschlechterpolitik.

Unterstützung von Lebensformen durch soziale Dienstleistungen

Der familiäre Strukturwandel – Geburtenentwicklung, Eheschließungen und Scheidungen – und die Differenzierung privater Lebensformen werden als unmittelbar mit dem demographischen Wandel verknüpfte Entwicklungen diskutiert (Meyer 2004). Auf der politischen Agenda steht denn auch eine Familien- und Geschlechterpolitik, die einen Beitrag zu einem kinder- und elternfreundlichen „Klimawandel“ zu leisten vermag. Gefordert werden vor allem die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Ausbildung bzw. Erwerbsarbeit für Frauen und Männer, die familienfreundlichere Gestaltung der Arbeitswelt und zunehmend auch die Beteiligung der Väter an den Reproduktionsarbeiten. Diese Bemühungen um mehr Familienfreundlichkeit implizieren immer auch Stigmatisierungen, z.B. kinderlos lebender hochqualifizierter Frauen oder kinderreicher Familien mit relativ wenig Bildungsressourcen.

Das Zusammenleben mit Kindern braucht ein unterstützendes Angebot von öffentlichen und privaten Dienstleistungen, flexible Arbeitsmöglichkeiten und familienfreundliche Wohn- und Umweltbedingungen. Die ökonomische Unterstützung von Familien allein ist nicht hinreichend. Im internationalen Vergleich gehört Deutschland bei Geldleistungen für Familien (Anteil am

BIP) zur Spitzengruppe der OECD-Länder; bei den Aufwendungen für familienbezogene Dienstleistungen liegt Deutschland im unteren Mittelfeld (Rürup/ Gruescu 2003, 41). Trotz dieser hohen finanziellen Transfers sind Kinder in Deutschland u.a. bedingt durch die niedrige Erwerbsbeteiligung von Müttern ein Armutsrisiko.

Erforderlich sind Dienstleistungen im Bereich der Erziehung, Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen (z.B. Betreuung bis zur Einschulung, sozialpädagogische Angebote in der Ganztagschule, außerschulische Jugendarbeit, neue Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe) und die Stärkung der Kinder und Jugendlichen und der Eltern (z.B. bei Sprach- und Lernproblemen, Konfliktsituationen, psychischen Problemen); die Familienberatung soll die „Erziehungsfähigkeit“ der Eltern fördern und helfen, Probleme frühzeitig zu erkennen; Familien – mit und ohne Migrationshintergrund – in sozialen Notlagen, in Krisen- und Trennungssituationen sind in besonderem Maße auf Unterstützung angewiesen.

Grundsätzlich können diese Dienstleistungen auf ganz unterschiedlichem Wege erbracht werden: als bezahlte oder unbezahlte Leistungen von freien Trägern, Wohlfahrtseinrichtungen, von Bund und Land bzw. den Kommunen, als marktgängige Dienstleistungen von Unternehmen oder Einzelpersonen oder als Leistungen im Rahmen von Verwandtschafts- und Nachbarschaftssystemen oder anderen sozialen Netzwerken bzw. in Selbsthilfe. Es muss jedoch sicher gestellt werden, dass diese Dienstleistungen allen sozialen, kulturellen und religiösen Gruppen zugänglich sind. Auch wenn soziale Einrichtungen von ihrer Programmatik her allen „offen“ stehen, steht es keineswegs jedem Menschen „frei“ hineinzugehen und die formellen wie informellen Routinen und Erwartungen dieser Organisation zu verstehen sowie ihre Angebote als Hilfestellung und nicht als Kontrolle oder Gering-schätzung der eigenen Lebensentwürfe zu begreifen. Die Mehrheit der Kinderbetreuungseinrichtungen ist eng an soziale und kulturelle Milieus gebunden; sowohl Einrichtungen in kirchlicher wie in freier Trägerschaft schließen tendenziell Kinder mit Migrationshintergrund aus.

Wie wichtig die Zugänglichkeit sozialer Dienstleistungen für bildungsferne Schichten und für Familien mit Migrationshintergrund ist, zeigen z.B. Untersuchungen zur institutionellen Kinderbetreuung. Das öffentlich finanzierte Kinderbetreuungssystem – besonders in den alten Bundesländern – wird im Vergleich zu vielen europäischen Ländern als quantitativ und qualitativ rückständig eingeschätzt.⁶ Die schon bestehenden Kindergartenganz-

6 Das Netzwerk der Europäischen Kommission für Kinderbetreuung (1996) hat festgestellt, dass Deutschland im europäischen Vergleich neben den südlichen Ländern den letzten Platz einnimmt, wenn Versorgungsquoten mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen verglichen werden; angestoßen durch die PISA-Studie (2004) werden auch die pädagogischen Inhalte und die Ausbildung von ErzieherInnen kritisch unter die Lupe genommen – zur Zeit entstehen die ersten Bachelor-Studiengänge für Elementarpädagogik.

tagsplätze, KiTas und Horte werden überdurchschnittlich von Kindern besucht, deren Mütter Akademikerinnen sind. In Westdeutschland sind es insbesondere Mütter mit hohem Einkommen, die zeitlich umfangreiche institutionelle Betreuungsformen nutzen; nicht deutsche Vorschulkinder von Müttern, die nicht erwerbstätig sind, werden hingegen oft ausschließlich durch die Eltern betreut.

Familienunterstützende Dienstleistungen wirken recht differenziert. So fördert die relativ hohe Versorgung mit Kindergarten- und Hortplätzen in Ostdeutschland den Übergang zum ersten Kind, in den Köpfen der potentiellen Eltern in Westdeutschland sind hingegen eher informelle Betreuungsformen, die Großmutter etc., ausschlaggebend (Hank et al. 2004, 238ff). Ähnlich unterschiedlich das Erwerbsverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland: In den neuen Bundesländern liegt der Anteil der freiwillig nicht-erwerbstätigen Mütter bei 4%, in den alten Ländern hingegen bei rund 28% und in Westdeutschland geben 40% der Mütter an, künftig eine Erwerbsarbeit auszuschließen, in Ostdeutschland dagegen weniger als 10% (Büchel/ Spieß 2002, 62).

Diese und andere Erhebungen untermauern den Befund, dass neben der Verbesserung von Rahmenbedingungen wie öffentlicher Kinderbetreuung gleichzeitig eine breite Diskussion der Selbst- und Fremdbilder der Geschlechter eröffnet werden muss. Das Bild der erwerbstätigen Mutter als eine „Rabennutter“ ist in Deutschland ein sehr altes und immer noch verbreitetes – zumindest in Westdeutschland und besonders unter Menschen mit relativ wenig Bildungsressourcen. Gefragt nach ihren Einstellungen zur Rolle der Mütter zwischen Beruf und Familie stimmen ca. zwei Drittel der Befragten in Westdeutschland und ein Drittel in Ostdeutschland – leider wird nicht differenziert nach Bildung, Geschlecht und Alter – überwiegend oder voll der Aussage zu, dass das Familienleben unter einer Vollzeit-erwerbstätigkeit der Mutter leidet (BIP 2005, 48).⁷

Trotz der Möglichkeiten, Dienstleistungen zu delegieren, verbleiben wichtige Leistungen innerhalb der Familie. Hier spielt die Arbeitsteilung in der Partnerschaft eine zentrale Rolle bei der Lösung der Vereinbarkeitsprobleme. Zwar gibt es für erwerbstätige Männer, die sich gleichzeitig um ihre Kinder kümmern oder vorübergehend die Rolle des Hausmannes übernehmen, schon das Label „neue Väter“ – ein analoges für doppelt orientierte Mütter, das „neue Mütter“ heißt, ist nicht in Sicht. Doch für viele Männer und auch Frauen ist „richtige“ Männlichkeit nicht vereinbar mit bislang eher weiblich konnotierten Tätigkeiten. Eher Ältere und vorwiegend Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen sowie in ländlichen Regionen oder wenig säkularisierten und patriarchal strukturierten kulturellen Zusammen-

7 Interessant wäre eine Untersuchung unter ErzieherInnen und SozialpädagogInnen. Wie sind ihre sozialen Konstruktionen von Müttern, deren Sprösslinge ihnen den ganzen Tag über anvertraut bzw. „abgegeben“ werden, wie es in der Alltagssprache oft heißt?

hängen aufgewachsene Individuen und Gruppen zeigen hier besonders starke Widerstände.

Durch die Überwindung traditioneller Rollenbilder können Familien sicherlich gestärkt werden. Doch sollte die Aufwertung der erwerbsorientierten Mutter und des familienorientierten Mannes nicht mit einer Abwertung kinderloser Individuen und Paare einher gehen. Besonders kinderlose Akademikerinnen geraten heute unter demographischen Vorzeichen erneut unter Rechtfertigungsdruck.⁸ Männer, die keine Kinder wollen, treffen demgegenüber eher auf Verständnis, ihnen wird sogar das positive Image von Abenteuer und Freiheit zugemessen (Schmitz-Köster 1988, 23). Frauen, die sich im Laufe ihres Lebens gegen Kinder bzw. nicht für Kinder entscheiden, werden als „Mannweiber“ oder Egoistinnen etikettiert oder ihnen wird ein überzogenes oder falsches Verständnis von Emanzipation unterstellt.

Gewollte (wahrscheinlich auch ungewollte) Kinderlosigkeit in dem heutigen Umfang ist ein historisch neues Phänomen – nach Schätzungen sind 26,5% Frauen des Geburtsjahrgangs 1965 kinderlos, 14,6% der Frauen und 26,3% der Männer zwischen 20 und 39 Jahren geben an, sich keine Kinder zu wünschen und etwa ein Drittel wird auch zukünftig kinderlos leben wollen (BiB 2004, 25 u. BiB 2005, 36); auf die eher vage Aussagekraft solcher Prognosen wurde bereits hingewiesen. Die Entscheidung für oder gegen Kinder ist dabei kein einmaliger Willensakt, sondern eher prozessual zu begreifen: die Verschiebungen und Veränderungen in den biographischen Abläufen (z.B. verlängerte Ausbildungszeiten, dadurch verzögerte Ablösung vom Elternhaus und spätere Partnerwahl), Konflikte zwischen Mutter-Rollen-Konzeptionen und hoher beruflicher Orientierung und gleichzeitig bestehende ungünstige gesellschaftliche Bedingungen der Vereinbarkeit unterschiedlicher Lebensbereiche können ebenso eine Rolle spielen wie die heute größeren Möglichkeiten, sich für den je eigenen Lebensentwurf zu entscheiden (Carl 2002, 205)⁹.

Den bisherigen Überlegungen folgend sollte familienpolitisches und geschlechterorientiertes Handeln in der Familien- und Jugendhilfe demnach auf die Normalisierung einer breiten Palette möglicher Lebensentwürfe – mit und ohne Kinder, mit und ohne Partner, Partnerin etc. – zielen.

-
- 8 Je gebildeter die Frau, desto häufiger bleibt sie kinderlos; bei den Männern ist der Uni-Abschluss weniger ausschlaggebend: es gibt weniger kinderlose Akademiker (diese entscheiden sich mehrheitlich nach ihrem 35. Lebensjahr für Kinder) als Nicht-Akademiker. Folgenreicher ist das Einkommen: wer über 2500 € netto verdient, hat weit öfter als andere eine Partnerin und Kinder (BZgA 2004).
 - 9 Nach den Schilderungen der Befragten in der Untersuchung von Carl über Kinderlosigkeit haben sich die Betroffenen nicht aufgrund eines egoistischen Lebensstils gegen Kinder entschieden. Weiterhin besteht danach kein Zusammenhang zwischen ihrer beruflichen Tätigkeit und ihrer Entscheidung zur Kinderlosigkeit und nach der Entscheidung zur Kinderlosigkeit hat es keine beruflichen Veränderungen gegeben (Carl 2002, 189).

Politische Gestaltung einer Einwanderungsgesellschaft

Migrationsprozesse spielen bei der Entwicklung der Bevölkerungszahl und ihrer Altersstruktur eine wichtige Rolle. Zuwanderung wirkt sich günstig aus, da MigrantInnen in der Regel jüngere Personen im erwerbsfähigen Alter sind, teils Kinder mitbringen oder nachholen und in der ersten und zweiten Generation ein höheres Geburtenniveau aufweisen (Schimani 2004, 259; Kolb 2004; Enquête-Kommission 2002). Damit wird die Gestaltung von Migration zu einem wichtigen Politikfeld: z.B. sind Investitionen in die Ausbildung der ZuwanderInnen ohne Alternative. Allein die wirtschaftlichen Erfordernisse verlangen eine aktive Zuwanderungspolitik; denn im Rahmen der Globalisierung ist mit einer weltweiten Konkurrenz um qualifizierte Arbeitskräfte zu rechnen.

Das Zusammenleben in einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft ist längerfristig nicht ohne soziale Integration auf allen Ebenen – ökonomisch, politisch, sozial und kulturell – denkbar. Soziale Integration wird hier als das immer prekäre Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen und Konflikte zwischen den verschiedenen beteiligten – mehr oder weniger organisierten und mit Ressourcen und Definitionsmacht ausgestatteten – gesellschaftlichen Gruppen begriffen.

Der Erfolg der Integration von ZuwanderInnen ist abhängig von strukturellen Rahmenbedingungen, die Prozessen der Unterschichtung und der sozialen Exklusion entgegen arbeiten und gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation deutscher wie nicht-deutscher Bevölkerungsgruppen gewährleisten. Die Ergebnisse der PISA-Forschungen zeigen, wie das deutsche Bildungssystem soziale Ungleichheit systematisch fördert – Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien, darunter besonders viele mit Migrationshintergrund, ist strukturell nicht gegeben. Die Verknüpfung von Bildungsbeteiligung und sozialer Herkunft war allzu lange kein Thema der politischen Agenda.

Mittlerweile wird interkulturelle Soziale Arbeit als eigenständiger Aufgabenbereich definiert (Vahsen/ Dursun 2002), wobei auch hier der ungleiche Bildungszugang von Kindern z.B. aus türkischen und russischen Familien wenig Aufmerksamkeit findet. Es geht bislang vor allem um verschiedene Hilfeangebote (z.B. bei Sprachschwierigkeiten oder Problemen mit der Bürokratie) und zunehmend um die Förderung der Kommunikation zwischen Einheimischen und Zugewanderten vor Ort, in Wohnvierteln, Schulen und Betrieben. Dazu sollen Lernprozesse angestoßen werden, um mit gegenseitigen Unsicherheiten, die zur Normalität jeder Einwanderungsgesellschaft gehören, umzugehen. Interkulturelle Soziale Arbeit will – bei Bedarf und in Zusammenarbeit mit MigrantInnenorganisationen, denn bevormundende Aktionen sind eher kontraproduktiv – solche Lernprozesse durch professionelle Beratung, Gemeinwesen- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

In der praktischen interkulturellen Arbeit steckt die Ansprache der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft jedoch bislang noch in den Kinderschuhen. Typische Zielgruppen sind hingegen soziale Gruppen, die als „Auslöser“ sozialer Probleme oder als besonders „hilfebedürftig“ gelten; dazu zählen derzeit beispielsweise männliche Jugendliche aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, die Gewalt als Ressource nutzen, oder türkische Mädchen mit und ohne Kopftuch, die ihren eigenen Weg suchen. Seit kurzem werden ältere Migrantinnen und Migranten, die sich in den bestehenden Seniorendiensten nicht angesprochen fühlen, „entdeckt“. Neuere Studien zeichnen ein differenziertes Bild dieser heterogenen Gruppe und vermeiden einen schematisierenden Blick, dem Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund auch im Feld Sozialer Arbeit lange ausgesetzt waren (Paß 2005; Matthäi 2005).

Allmählich wächst das Bewusstsein, dass Soziale Arbeit nicht allein auf soziale Probleme in einer Einwanderungsgesellschaft reagiert, sondern sie durch ihre eigene Art der Wahrnehmung, ihre Benennungen und Programmierungen auch selbst schafft. Man wird sensibler für die soziale Konstruktion von Zielgruppen (u.a. Scherr 2001). Interessant sind in diesem Zusammenhang Argumentationen, die die Besonderheit von Zielgruppen gerade über das Geschlechterverhältnis bestimmen (Lutz/ Huth-Hildebrandt 1998): so können sozialpädagogische Problematisierungen von Migrantinnen zur Stabilisierung von Alltagsvorstellungen beitragen, die nicht immer unbedingt der empirischen Realität entsprechen. Treffend nennt Beck-Gernsheim diese Stigmatisierung „das traurige Lied von der armen Ausländerfrau“ (2004, 52ff).

Ähnlich wie im Handlungsfeld Familie gilt also auch für den Bereich Zuwanderung und Integration zum einen die politischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und zugleich selbstreflexiv und selbst-aufklärend zu arbeiten. MigrantInnen sollten nicht per se als potentielle KlientInnen klassifiziert werden – sie sind bei Bedarf als Individuen zu unterstützen, ohne sie auf ihre Kulturzugehörigkeit zu reduzieren. „Interkulturelle Kompetenz“ beinhaltet demnach wesentlich auch das Bemühen um Dekonstruktion und Verstehen: „Kultur“ und „Fremdheit“ sind als selbstverständlich geteilte Wirklichkeiten zu entzaubern und die Kontextstrukturen, z.B. auch die Machtverhältnisse zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen, zwischen Profis und KlientInnen, müssen als ein Rahmen interkultureller Kommunikation analysier- und verstehbar werden.

Soziale Dienste für eine ältere und heterogenere Gesellschaft

Mit einem wachsenden Bevölkerungsanteil von älteren Menschen wird sich auch ihre Zusammensetzung verändern: So ist von einem durchschnittlich höheren Bildungsgrad, von Erfahrungen im Umgang mit neuen Medien und

von höheren Ansprüchen an Dienstleistungen, Sicherheit, Komfort etc. auszugehen. Unter den SeniorInnen gibt es einkommensstarke Gruppen, die über Konsum und Reisen ihr relativ hohes Einkommen in die Wirtschaft einspeisen und zunehmend Ansprüche an Informationen, Dienste und Einrichtungen, Wohnungen und Wohnumfeld etc. haben (Stiehr 2005); gleichzeitig wird es SeniorInnen geben, die aus ökonomischen Gründen nicht in der Lage sind, ihre Bedürfnisse materiell abzusichern.

Für den Bereich der Pflege ist abzusehen, dass die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen sowie der so genannten Hochaltrigen zunehmen wird. Entgegen dem steigenden Bedarf werden jedoch die verfügbaren Ressourcen eher geringer. Das geht zum einen auf die sich verändernde Relation von Jungen und Alten zurück; d.h. die materiellen Ressourcen werden knapp. Zum anderen werden auch die im privaten Kontext oft durch Frauen unentgeltlich erbrachten Pflegeleistungen eher rückläufig sein.¹⁰

Schließlich wird auch der Anteil älterer MigrantInnen unter den gesunden und den zu pflegenden Menschen steigen.

In einer solchen älter und kulturell heterogener werdenden Einwanderungsgesellschaft werden sich die Anforderungen an soziale Dienstleistungen verändern. Aber auch im Bereich Gesundheit und Pflege lassen sich die zu erwartenden Probleme nur der Tendenz nach abschätzen; bedeutsam ist nicht allein das numerische, sondern das soziale Alter. Wird doch mit einer steigenden Lebenserwartung auch die Zahl der Jahre ansteigen, die ältere Menschen ohne gravierende gesundheitliche Einschränkungen durchleben und gestalten werden. Wie stark und in welcher Weise der Bedarf nach sozialen Dienstleistungen in Gesundheit und Pflege anwächst, wird im Wesentlichen durch die Fortschritte im Bereich der Gesundheitsförderung und der Prävention bestimmt.

Die öffentliche und sozialwissenschaftliche Debatte kreist zum einen um die Veränderung und Verbesserung der Rahmenbedingungen eines selbstbestimmten und selbstständigen Lebens im Alter. Auch in den Veröffentlichungen speziell zur Sozialen Arbeit nehmen neue Anforderungen an SeniorInnenarbeit und Pflege zunehmenden Raum ein. Diskutiert werden spezifische Ansätze und Konzepte, z.B.:

- Wohnortnahe und individuelle Beratungs- und Unterstützungsangebote für hilfe- und pflegebedürftige ältere Menschen sollen im Rahmen eines Case-Managements professionell organisiert werden;
- Die Krisenhilfe für suizidgefährdete ältere Menschen soll optimiert werden; über 60-Jährige – besonders Männer – sind überproportional betroffen;

¹⁰ So wird die Zahl der zur Verfügung stehenden jungen Menschen abnehmen, zudem wird mit einer steigenden Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen und mit einer längeren Erwerbsphase die Leistungsfähigkeit familiärer Unterstützungssysteme gemindert. Nicht zuletzt führt auch die Pluralisierung weiblicher Lebensentwürfe zur Aufkündigung der „natürlichen“ Zuständigkeit von Frauen für die Pflege von Angehörigen.

fen, während sie als Ratsuchende in ambulanten Krisendiensten erheblich unterrepräsentiert sind (Erlemeier 2004);

- Bestehende Beratungs- und Therapiekonzepte sollen durch Konzeptionen des *networking*, informelle Netzwerk- und Unterstützungskonzepte, ergänzt werden (Otto 2004).

Darüber hinaus wird der sozialpädagogische Beitrag eher in Bereichen der Moderation gesellschaftlicher Konflikte, der Organisationsentwicklung, Qualitätssicherung und Evaluation (Hünersdorf 2005) und der theoretischen Analyse (Mennemann 2005) gesehen.

Neben besseren Rahmenbedingungen für eine älter und heterogener werdende Gesellschaft entspannt sich eine Debatte über die tendenziell negativ gefärbte Wahrnehmung und Einschätzung älterer und hochaltriger Menschen. Neuere Untersuchungen zeigen z.B., dass individuelle Vorstellungen von „alt sein“ differenzierter als öffentliche Bilder mit einem teils diskriminierenden Beiklang ausfallen (Schmitt 2004). Auch gelte es, die gesellschaftlichen Potentiale von SeniorInnen in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern in den Blick zu nehmen: Ältere ArbeitnehmerInnen sind heute gesünder und qualifizierter, das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen steigt und zwischen den Generationen entwickeln sich neue Austauschbeziehungen (Rohleder 2005).

Bilder von älteren Menschen sind immer auch geschlechtsspezifisch konnotiert. Frauen und Männer arrangieren sich aufgrund eher familien- oder erwerbsbestimmter Biographien, differenter Schönheitsideale und bereits erfahrener Abhängigkeit unterschiedlich mit dem Übergang ins Alter und sind mit je eigenen Herausforderungen und Unsicherheiten konfrontiert. Paare müssen ihren Alltag und ihre Routinen neu aushandeln (Gather 1996), besonders ältere Männer erleben den Verlust des Arbeitsplatzes als Einbuße der geschlechtsspezifischen Identität und benötigen auf sie zugeschnittene Hilfe und Beratung (Böhnisch 2005).

In einer Einwanderungsgesellschaft wie Deutschland werden Vorstellungen vom Alter auch zunehmend kulturspezifisch geprägt sein, zumindest in der ersten und zweiten Generation. So geht Schröder (2005) davon aus, dass man der Lebenssituation älterer MigrantInnen nur dann gerecht wird, wenn das Pendeln zwischen Herkunfts- und Einwanderungsland im Alter als „normale“ Lebensform anerkannt wird, während er sie gleichzeitig im Rahmen strukturell benachteiligender Lebensbedingungen verortet.

Den bisherigen Ausführungen folgend könnte eine Aufgabe der Sozialen Arbeit darin bestehen, bei der Entwicklung möglichst differenzierter Altersbilder und der Normalisierung unterschiedlicher Entwürfe älterer Menschen in allen Lebenslagen aktiv mitzuwirken.

Für die hier diskutierten gesellschaftlichen Felder Familie bzw. Lebensformen, Migration und Gesundheit bedeutet der „demographische Wandel“

neue Herausforderungen an Sozialpolitik und Soziale Arbeit. Aber die zukünftig kleinere Bevölkerungszahl in Deutschland und Europa (bzw. die wachsende Weltbevölkerung) und die veränderte Altersstruktur stellen keineswegs zwangsläufig gesellschaftlich problematische Situationen dar. Solche Veränderungen führen jedoch dann zu sozialen Problemen, wenn sie sich sozial selektiv auswirken; d.h. wenn sie zu Lasten von Bevölkerungsgruppen gehen, deren Anliegen durch vermeintlich gesellschaftliche Sachzwänge und mangelnde Lobby an den Rand der politischen Agenda rücken. Soziale Arbeit kann in diesen Auseinandersetzungen anwaltschaftliche Aufgaben übernehmen, die einzelnen Akteure (Wohlfahrtsverbände wie Selbsthilfeinitiativen, Berufsverbände wie einzelne SozialarbeiterInnen) sind dabei allerdings nicht frei von Eigeninteressen. Es ist also immer kritisch zu reflektieren, welche „Folgen“ des demographischen Wandels tatsächlich gesellschaftlich problematisch sind und welche als soziale Probleme konstruiert werden, z.B. um Art und Umfang spezifischer sozialer Dienstleistungen zu legitimieren (Groenemeyer 1999, 18).

5 Kritik der rhetorischen Figur des „demographischen Wandels“

In der bisherigen Argumentation sind die einzelnen Elemente, auf die sich die Debatten um den demographischen Wandel beziehen (die Prognosen, die Ursachen, die Folgen des demographischen Wandels und deren Bearbeitung) kritisch analysiert worden. Nun soll die Argumentationsfigur als ganze noch einmal genauer betrachtet werden.

Auf den ersten Blick erscheint sie schlüssig: wir haben es mit einer nachhaltigen Veränderung des reproduktiven Verhaltens von Frauen und Männern, die auf bestimmte Ursachen zurückgeführt werden kann, zu tun. Die Bevölkerungsprognosen bzw. Prognosen für die Entwicklung in einzelnen Politikbereichen zeigen die Folgen des demographischen Wandels auf und nun gilt es, politische Interventionen anzustoßen, die diesen zu erwartenden Folgen entgegenwirken können.

Dennoch bleiben Zweifel an dieser argumentativen Figur: Es wird eine Logik des Sachzwangs konstruiert, die manches bislang umkämpfte politische Thema (die Frauen- und Geschlechterpolitik, die Bildungspolitik, den Umgang mit Migration und Integration ...) auf eine neue Ebene hebt. Politik wird nunmehr mit Sachzwängen begründet; angesichts der zu erwartenden Folgen des demographischen Wandels braucht man Frauen, MigrantInnen, die gering Qualifizierten, ältere Menschen als Arbeitskräfte, als Beitragszahler, als Ehrenamtliche, als Kinderbetreuerinnen etc. Andere Begründungen –

Fragen der Emanzipation, der Teilhabe, der Chancengleichheit, der BürgerInnen- und Freiheitsrechte – treten demgegenüber zurück.

Damit die hier verfolgte Argumentation nicht missverstanden wird: es geht nicht darum, die Veränderungen im reproduktiven Handeln von Männern und Frauen zu leugnen. Es ist auch unumstritten, dass diese Veränderungen gravierende gesellschaftliche Folgen haben werden. Auch das politische Bemühen, den „Ursachen“ entgegenzusteuern und möglichst frühzeitig auf solche Veränderungen zu reagieren, erscheint sinnvoll.

Die Frage nach der Begründung und Gestaltung einer solchen Politik kann aber nicht mit dem demographischen Wandel beantwortet werden. Die Mechanismen, die Frauen, MigrantInnen, ältere Beschäftigte und weniger Qualifizierte aus bestimmten Segmenten des Arbeits- und des gesellschaftlichen Lebens verdrängt haben, bestehen fort. Das Gleiche gilt auch für jene strukturellen Muster des politisch-administrativen Tagesgeschäfts, die dazu beigetragen haben, dass die Folgeprobleme der Migration, die Reproduktion sozialer Ungleichheit im Bildungssystem oder der ungleichen Positionierungen der Geschlechter im privaten und öffentlichen Bereich sozial- und bildungspolitische „Unthemen“ geblieben sind. Dass Jugendliche unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zukünftig besser für den Arbeitsmarkt qualifiziert werden, dass Frauen im Erwerbsleben alle Türen offen stehen und dass ältere Beschäftigte nunmehr als Seele des Betriebs geachtet und qualifiziert werden, ist nicht ausgemacht.¹¹

Literatur

- Beck, Ulrich/ Grande, Edgar (2004): Kosmopolitisches Europa, Frankfurt a.M.
Beck-Gernsheim, Elisabeth (2004): Wir und die Anderen. Vom Blick der Deutschen auf Migranten und Minderheiten, Frankfurt a.M.
Birg, Herwig (2001): Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München
BiB Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt (2004): Bevölkerung. Fakten, Trends, Ursachen, Erwartungen, Wiesbaden
BiB Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt (2005): Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken, Wiesbaden

¹¹ Exemplarisch konnten die sich anbahnenden Konfliktlagen bereits an den Debatten um die Einführung der Greencard studiert werden; die Anwerbung von jungen, innovativen „indischen“ SoftwarespezialistInnen stand mit der Qualifizierung von „heimischen“ arbeitslosen ProgrammiererInnen der ersten und zweiten (Computer-) Generation in Konkurrenz. Hier gilt es auch, die Containerperspektive, die sich über die Rezeption einer dem Nationalstaat verhafteten Prognostik der „Bevölkerung“ einstellt, zu überwinden (Beck/ Grande 2004).

- Böhnisch, Lothar (2005): Lebensbewältigung und Beratung von Männern im Alter, in: Schweppe, Cornelia (Hg.): Alter und Soziale Arbeit. Theoretische Zusammenhänge, Aufgaben, Arbeitsfelder, Wiesbaden, 77-86
- Bonnekessel, Petra (2005). Gewollte Kinderlosigkeit – soziale, politische und psychische Aspekte, Diplomarbeit an der Katholischen Fachhochschule NW, Abt. Münster
- Büchel, Felix/ Spieß, C. Katharina (2002): Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland. Schriftenreihe des BMFSFJ, Bd. 220, Stuttgart
- BZgA Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2004): „männer leben“. Studie zu Lebensläufen und Familienplanung, Freiburg (Basisbericht) <www.maennerleben.de> (Mai 2005)
- Carl, Christine (2002): Gewollt kinderlose Frauen und Männer. Psychologische Einflussfaktoren und Verlaufstypologien des generativen Verhaltens, Frankfurt a.M.
- Erlemeier, Norbert (2004): Die Versorgung suizidaler alter Menschen in Deutschland, in: Zeitschrift für Gerontopsychologie & -psychiatrie, 17. Jg., H. 1, 3-11
- Engstler, Heribert/ Menning, Sonja, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2003): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, erweiterte Neuauflage, Bonn
- Enquête-Kommission Demographischer Wandel (1998): Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Zweiter Zwischenbericht, Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11460, Berlin
- Enquête-Kommission Demographischer Wandel (2002): Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/8800, Berlin
- Fischer, Hartmut (2005): Zusammenfassung der Vorträge am 05.01.2005 (I) sowie 19.01.2005 (II) im Forschungsseminar Stochastik am Institut für Mathematik der Universität Rostock <<http://ftp.math.uni-rostock.de/~steinke/pic/Fischer WS04.pdf>> (März 2005)
- Frevel, Bernhard (2004): Schicksal? Chance? Risiko? – Herausforderung demografischer Wandel, in: ders. (Hg.): Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden, 7-13
- Friedrichs, Jürgen/ Lepsius, M. Rainer/ Mayer, Karl Ulrich (Hg.) (1998): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie, Opladen
- Gather, Claudia (1996): Konstruktion von Geschlechterverhältnissen. Machtstrukturen und Arbeitsteilung bei Paaren im Übergang in den Ruhestand, Berlin
- Gerhard, Ute/ Knijn, Trudie/ Weckwert, Anja (2003): Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich, München
- Groenemeyer, Axel (1999): Soziale Probleme, soziologische Theorie und moderne Gesellschaften, in: Albrecht, Günter/ Groenemeyer, Axel/ Stallberg, Friedrich W. (Hg.): Handbuch soziale Probleme, Opladen, Wiesbaden, 13-72
- Hank, Karsten/ Kreyenfeld, Michaela/ Spieß, C. Katharina (2004): Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 33, H. 3, 228-244
- Hünersdorf, Bettina (2005): Der sozialpädagogische Blick auf die Altenpflege, in: Schweppe, Cornelia (Hg.): Alter und Soziale Arbeit. Theoretische Zusammenhänge, Aufgaben, Arbeitsfelder, Wiesbaden, 109-130

- Hullen, Gert (2003): Tempo und Quantum der Reproduktion in Deutschland, in: Bien, Walter/ Marbach, Jan (Hg.): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey, Wiesbaden, 13-42
- Kolb, Holger (2004): Migration. Einwanderungspolitik und demografische Entwicklung, in: Frevel, Bernhard (Hg.): Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden, 42-56
- Kreyenfeld, Michaela/ Konietzka, Dirk (2004): Angleichung oder Verfestigung. Geburtenentwicklung und Familienformen in Ost- und Westdeutschland, in: Berliner Debatte Initial, 15. Jg., H. 4, 26-41
- Krüger-Potratz, Marianne/ Lutz, Helma (2004): Gender in der Interkulturellen Pädagogik, in: Glaser, Edith/ Klika, Dorle/ Prengel, Annedore (Hg.): Handbuch Gender und Erziehungswissenschaft, Bad Heilbrunn, 436-448
- LDS Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (2004): Vorausberechnung der Bevölkerung 2002 bis 2020/ 2040, Düsseldorf
- Lutz, Helma/ Huth-Hildebrandt, Christine (1998): Geschlecht im Migrationsdiskurs. Neue Gedanken über ein altes Thema, in: Das Argument, H. 224, 159-172
- Matthäi, Ingrid (2005): Die „vergessenen“ Frauen aus der Zuwanderergeneration. Zur Lebenssituation von alleinstehenden Migrantinnen im Alter, Wiesbaden
- Mennemann, Hugo (2005): Sozialpädagogik als theoriestiftende Disziplin für die soziale Altenarbeit – subjekttheoretische Überlegungen, in: Schewpe, Cornelia (Hg.): Alter und Soziale Arbeit. Theoretische Zusammenhänge, Aufgaben, Arbeitsfelder, Wiesbaden, 47-63
- Meyer, Thomas (2004): Die Familie im demografischen Wandel, in: Frevel, Bernhard (Hg.): Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden, 58-74
- Netzwerk der europäischen Kommission für Kinderbetreuung und andere Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (1996): Ein Überblick über Angebote für kleine Kinder innerhalb der EU 1990-1995, Brüssel
- Otto, Ulrich (2004): Sozialpädagogische Paradigmen im Lichte einer generationsübergreifenden Netzwerkperspektive, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 35. Jg., H. 3, 68-97
- Paß, Rita (2005): Alter(n)svorstellungen älterer Migrantinnen. Eine explorative Studie über deren biografische Lebensentwürfe, Dissertation, Universität Osnabrück
- PISA-Konsortium Deutschland (Hg.) (2004): PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs, Münster
- Rohleder, Christiane (2005): Senioren als Gestalter der Zukunft: Potentiale Älterer und ihre Erwartungen an die Gesellschaft. Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „Alter gestaltet Zukunft“: <www.netzwerk.nrw.de/pdf/Senioren%20als%20Gestalter%20der%20Zukunft.pdf> (März 2005)
- Rürup, Bert/ Gruescu, Sandra (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Schelsky, Helmut (1966): Planung der Zukunft. Die rationale Utopie und die Ideologie der Rationalität, in: Soziale Welt, Jg. 17, H. 2, 155-172
- Scherr, Albert (2001): Interkulturelle Bildung als Befähigung zu einem reflexiven Umgang mit kulturellen Einbettungen, in: Neue Praxis, 31. Jg, H. 4, 347-357
- Schimany, Peter (2003): Die Alterung der Gesellschaft. Ursachen und Folgen des demographischen Umbruchs, Frankfurt a.M.

- Schmitt, Eric (2004): Altersbild – Begriff, Befunde und politische Implikationen, in: Kruse, Andreas/ Martin, Mike (Hg.): Enzyklopädie der Gerontologie. Alternsprozesse in multidisziplinärer Sicht, Bern, Göttingen, Toronto, Seattle, 135-147
- Schmitz-Köster, Dorothee (1988): Frauen ohne Kinder. Motive, Konflikte, Argumente, Hamburg
- Schröer, Wolfgang (2005): Alter und Migration – die Migrationssozialarbeit entdeckt eine Lebensphase..., in: Schweppe, Cornelia (Hg.): Alter und Soziale Arbeit. Theoretische Zusammenhänge, Aufgaben, Arbeitsfelder, Wiesbaden, 66-76
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden
- Stiehr, Karin (2004): Lebenslagen älterer Menschen, in: Frevel, Bernhard (Hg.): Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden, 89-102
- Vahsen, Friedhelm G./ Dursun, Tan (2002): Interkulturelle Pädagogik und Soziale Arbeit, in: Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch, Opladen, 388-395
- Wilz, Sylvia M. (2004): Organisationen: Die Debatte um „Gendered Organizations“, in: Becker, Ruth/ Kortendieck, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden, 443-449

Gender-Perspektiven in der Entwicklungszusammenarbeit

Der Gender-Ansatz entstand als neues Paradigma in der Entwicklungszusammenarbeit in den 80er Jahren als Reaktion auf die isolierten Maßnahmen und entsprechenden Erfahrungen der vorangegangenen Frauenförderung. Auf der Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 wurde Gender Mainstreaming erstmals als politische Strategie vorgestellt. Die Weltfrauenkonferenz in Peking zehn Jahre später verpflichtete sich im Rahmen einer Aktionsplattform auf ein umfassendes Arbeitsprogramm zur weltweiten Abschaffung der Geschlechterapartheid. In zwölf Problembereichen, u.a. Armut, Bildung, Gesundheit, Umwelt legte die Aktionsplattform eine weltweite Bestandsaufnahme vor und erarbeitete Strategien und Maßnahmen für Geschlechtergerechtigkeit. Daraus ergab sich für die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die Verpflichtung zur Implementierung von Gender Mainstreaming (Friedrich-Ebert-Stiftung 1997, 14ff).

So hat auch in der institutionellen entwicklungspolitischen Arbeit der Begriff Gender die Frauenförderung ersetzt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) löste 1997 sein Frauenförderkonzept durch ein mittlerweile bereits überarbeitetes „Konzept für die Förderung der gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern am Entwicklungsprozess“ ab (BMZ 2001). Die Frage der Gleichberechtigung wird in Anlehnung an den Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit, der sich bereits Anfang der 90er Jahre vollzog, genau mit diesen Leitprinzipien verknüpft, nämlich mit guter Regierungsführung, Einhaltung von Menschenrechten und demokratischen Grundprinzipien wie Partizipation der Bevölkerung und Rechtssicherheit. Darüber hinaus wird der Geschlechtergerechtigkeitsdiskurs auch mit Fragen der Effizienzsteigerung der Entwicklungshilfepolitik in Verbindung gebracht. Das BMZ betont Gleichberechtigung aus wirtschaftlichen Gründen, die zur Qualitätsverbesserung der Entwicklungszusammenarbeit beitragen kann (a.a.O., 8). Der zuletzt genannte Zusammenhang wird insofern international bestätigt, da gerade Frauen, die über Bildung, Qualifikation, schulische Abschlüsse und berufliche Positionen verfügen, bedeutend besser in der Lage sind, Gesundheitsversorgung und bildungsorientierte Erziehung an ihre Kinder weiterzugeben und damit nachhaltig zur Reduzierung der Armutsproblematik beitragen können.

Ebenso verfolgen die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) und der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) Gender-Konzepte. Die GTZ versteht Gender Mainstreaming als einen Organisationsentwicklungsprozess,

der gesteuert und kontrolliert werden muss (GTZ 2001, 16ff). Sie klassifiziert ihre Vorhaben nach so genannten G-Kennungen, die darüber Aussagen treffen, inwiefern ein Projekt den Gleichberechtigungsgedanken als Haupt- oder Nebenziel verfolgt (a.a.O., 5ff). Wenngleich hier kritisch angemerkt werden kann, dass die Gender-Kategorie durch dieses Verfahren eine relative darstellt (Frey 2003, 166), wird grundsätzlich der Querschnittgedanke der Orientierung deutlich. Der Querschnittgedanke von Gender kommt ebenfalls beim DED zum Ausdruck (DED 1999). Unter Beteiligung der Zielgruppen fordert der DED für die Projektarbeit die Berücksichtigung der Fragen nach der Arbeitsteilung, dem Zugang zu den Ressourcen, dem Einfluss auf Entscheidungsprozesse und nach den weiteren Konsequenzen für die Arbeit (a.a.O., 3). In den Gender-Papieren und Leitlinien des DSE werden sehr ausführlich Hinweise zur Umsetzung mit Blick auf Zielgruppen, Fragen der Durchführung, Monitoring und Evaluation sowie Beispiele für Fortbildungen und Feldpraktika gegeben (DSE 1999).

Diese hier kurz umschriebenen Gender-Orientierungen des BMZ und der developmentspolitischen Organisationen machen deutlich, dass eine Hinwendung zu Geschlechterverhältnissen und Gender Mainstreaming nach den Empfehlungen und Aufforderungen der Weltfrauenkonferenzen stattgefunden hat und stattfindet. Gender wird als ein offenes und dynamisches Konzept verstanden. Die grundsätzliche Orientierung sagt allerdings noch wenig über die Möglichkeiten und die Qualität der Umsetzung aus. Die folgenden Ausführungen unternehmen den Versuch, das Konzept Gender and Development (GAD) in seinen vorangegangenen Entwicklungen und wesentlichen Kernaussagen zu definieren und einige der daraus resultierenden Ansprüche in ihren Möglichkeiten erstens vor dem Hintergrund makroökonomischer Rahmenbedingungen und zweitens in Verbindung mit den unmittelbaren Lebens- und Erfahrungsräumen der Betroffenen zu hinterfragen.

Dabei geht es nicht um eine Darstellung der GAD-Literatur nach chronologischer Reihenfolge (vgl. die kritische Darstellung des Diskurses: Frey 2003). Vielmehr sollen zentrale inhaltliche Aspekte hervorgehoben werden, die den aktuellen Gender-Diskurs bestimmen und in ihren Möglichkeiten und Grenzen in der Entwicklungszusammenarbeit diskutiert werden.

Gender Mainstreaming will sich an den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch an den Lebensrealitäten beider Geschlechter orientieren. Gleichzeitig manifestieren sich auf den Makro- und Mikrosystemebenen soziale Problemlagen und Verhältnisse durch Gesetzmäßigkeiten politischer und ökonomischer Strukturen sowie durch Interaktionsmuster und Verhalten von Individuen (Staub-Bernasconi 2002, 251). Genau diese übergreifenden Gesetzmäßigkeiten und individuellen Interaktionsmuster, die in den fremdkulturellen Kontexten der Entwicklungszusammenarbeit ihre Eigenlogik und -dynamik besitzen, bilden die Folie für Gender and Development.

1 Gender and Development (GAD)

Sein besonderes Profil gewinnt der GAD-Ansatz aus dem feministischen Entwicklungsdiskurs, der sowohl Paradigmen aus dem europäischen als auch afro-amerikanischen und afrikanischen Kontext integriert (Moser 1993). Der erste Frauenförderungsansatz (Women in Development/ WID) entstand in den 70er Jahren als Antwort auf die negativen Folgen der modernisierungstheoretischen Dekade der 60er Jahre in der Entwicklungszusammenarbeit. Dieser am wirtschaftlichen Wachstum orientierte Ansatz, getragen von finanzieller und technischer Unterstützung, basierte auf der Annahme eines trickle-down-Effektes des erreichten Wohlstandes auf alle gesellschaftlichen Schichten. Der Ansatz erwies sich bekanntlich spätestens Anfang der 70er Jahre mit der Nairobi-Rede von Robert McNamara als Illusion. Erkannt wurde u.a., dass der modernisierungstheoretische Ansatz zur Verschärfung von Armut beigetragen hatte. Bezogen auf die Situation von Frauen wurden die völlig einseitigen Effekte dieses Ansatzes kritisiert, da er sich mit dem Postulat des technologischen und wirtschaftlichen Aufschwungs durchweg der Zielgruppe Männer zuwandte (Boserup 1970). Hiermit knüpfte der modernisierungstheoretische Ansatz an die Tradition der europäischen Kolonialzeit und Missionierung an. Europäische Kolonialbeamte und Missionare übertrugen westliche Haushalts- und Familienmodelle auf afrikanische Gesellschaften. Mit der ausschließlichen Konzentration ihrer anbautechnischen Neuerungen, wie z.B. der Einführung der Kakaoproduktion in Ghana, auf männliche Haushaltsleiter, beschränkten sie die Ressourcenkontrolle der Frauen und verschärften die Geschlechterkonflikte. Die traditionellen Strukturen der Landverteilung im matrilinearen Erbsystem und die komplexen Formen der Arbeitsorganisation wurden verkannt. Folgen waren deutliche Machtverschiebungen. Eine Studie aus der Brong Ahafo Region in Ghana konnte nachweisen, dass lediglich einflussreiche Männer von den technischen Veränderungen profitierten, die Probleme von Frauen im Zugang zu Land und Arbeitskräften sich hingegen steigerten (Asare 1995, 102ff). Demgegenüber lagen in der vorkolonialen ländlichen Ökonomie Ghanas wichtige Entscheidungen über die Ressourcennutzung bei den Frauen (Dumor 1983, 69ff). Eingebunden in diese historische Kontinuität fand auch nach der Entkolonialisierung die spezifische Rolle von Frauen im ökonomischen Sektor der so genannten Dritten Welt in dem genannten Entwicklungsparadigma der Modernisierung sowie in den entsprechenden Projekten und Programmen der Entwicklungszusammenarbeit keinen Eingang.

Vor dem Hintergrund einer kritischen Analyse der Modernisierungstheorie wurde eine verstärkte Integration von Frauen in den Entwicklungsprozess gefordert, die mit der Leitvorstellung Women in Development (WID) strategisch zum Ausdruck gebracht wurde.

Charakteristisch für die unterschiedlichen WID-Ansätze sind Frauenprojekte mit arbeits erleichternden und einkommensschaffenden Wirkungen, die sich dem allgemeinen Entwicklungsparadigma der 70er Jahre „Befriedigung der Grundbedürfnisse“ zuordnen lassen können (Frey 2003, 80). Eine ausführliche Kritik und darauf aufbauende Weiterentwicklung erfuhr der WID-Ansatz insofern, als ihm durch das Südfrauenetzwerk Development Alternatives With Women for a New Era (DAWN) Definitionsmacht westlicher liberaler Feministinnen vorgeworfen wurde (DAWN 1997, 108ff). Wichtig sei die Entwicklung eines alternativen Entwicklungsmodells jenseits der westlichen Vorstellungen von nachholender Entwicklung und liberalfeministischer Theorien, die vom Gleichheitspostulat aller Frauen ausgingen und damit sämtliche Einflüsse von „race“ und „class“ übersähen (Wichterich 1987; Rathgeber 1990). Kritisiert wurde ebenfalls der einseitige Fokus auf das ökonomische Potenzial von Frauen mit der Schaffung von entsprechenden erleichternden Wirkungen im Alltag, wodurch letztlich geschlechtsspezifische Rollen eher verfestigt als abgebaut würden (Frey 2003, 82). Arbeitserleichterungen führten eher zur effizienteren Ausbeutung von Frauenarbeit. Bei aller berechtigten Kritik trug der WID-Ansatz dennoch zur Verbesserung der rechtlichen Gleichstellung von Frauen bei.

Teilweise abgelöst wurde WID durch den Ansatz Women and Development (WAD) in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Inspiriert durch marxistische Theorien, insbesondere durch die Dependenztheorie, verfolgt der Ansatz eine kritische Analyse der kolonialen Geschichte und der neokolonialen makropolitischen Ausgrenzungsstrategien (Rathgeber 1990). WAD diskutiert in diesem Kontext die durchweg negativen Auswirkungen der in den 80er Jahren eingeführten Strukturanpassungsmaßnahmen auf die Situation von Frauen. Die mit diesem Anpassungsprogramm einhergehenden staatlichen Strategien der Forcierung der Exportförderung einerseits sowie der Ausgabenkürzung andererseits führte zur Streichung sämtlicher Subventionen für soziale und öffentliche Dienstleistungen, besonders Gesundheit und Bildung. Die Situation von Frauen wurde und wird durch Reduzierung derartiger Leistungen besonders tangiert. Vor diesem Hintergrund lebten bspw. 35% der ländlichen Bevölkerung in Ghana unterhalb der Armutsgrenze, wengleich Ghana selbst außenpolitisch den Ruf des IWF-Musterlandes erhielt. Neueren Untersuchungen zufolge werden derartige geschlechtsspezifische Widersprüchlichkeiten im Kontext der Auswirkungen des Globalisierungsprozesses bestätigt (Young 2004, 18f; Ruppert 2004, 25f).

Mit dieser Schwerpunktverlagerung gewann WAD eine politische Positionierung. WAD geht im Gegensatz zu WID über die entwicklungspraktische Projektarbeit hinaus und forderte – ganz auf der Linie von DAWN – eine Unterstützung und Mobilisierung autonomer Frauenorganisationen durch gezieltes Empowerment. Damit beeinflusste WAD den Gender and Development-Diskurs.

Im Kontext der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 mit ihrer Forderung nach nachhaltiger Entwicklung (sustainable development) gewann der ökofeministische Ansatz Women, Environment and Development (WED) durch den Band von Braidotti et al. „Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis“ an Einfluss (1994). Der WED-Ansatz geht von einer besonderen Synthese von Frauen und Umwelt aus und betont die spezifische Rolle, die Frauen als Umweltmanagerinnen im Prozess der nachhaltigen Entwicklung einnehmen können. Gerade dadurch könne das vielfach kritisierte, aber immer noch dominierende Modell von nachholender Entwicklung abgelöst werden. Die grundsätzlich zu begrüßende Ausrichtung auf Nachhaltigkeit erhält durch WED allerdings ebenfalls eine geschlechtsspezifische Zuweisung und Verfestigung, da Frauen ein besonderes, durch Reziprozität und Symbiose geprägtes Verhältnis zur Natur „unterstellt“ wird. Erkennbar ist eine Ausrichtung an den Ansätzen der Kulturfeminismen sowie der ökofeministischen Ansätze (Alcoff 1988), die als Reaktion auf den radikalen Feminismus von einer besonderen Aufwertung, nicht defizitär zu betrachtender Weiblichkeit ausgingen. Gerade die Betonung Frau und Natur unterstreicht die Vorstellung einer natürlichen Differenz unter den Geschlechtern. Plumwood reagiert auf diese Kritik und fordert eine „Dritte Welt des Ökofeminismus“ mit einer Rekonzeptualisierung zentraler Kategorien (1990, 211f). Diese Forderungen sind allerdings noch weitgehend offen geblieben.

Der GAD-Ansatz ist teils als Reaktion auf, teils als begleitendes Paradigma zu den erwähnten W-Paradigmen entstanden. Im Kontext von Abgrenzung, Kritik und Weiterentwicklung, aber auch (Teil-) Akzeptanz der genannten Ansätze beinhaltet GAD einen breit gefächerten Anspruch auf Gendersensibilität in der Entwicklungszusammenarbeit auf unterschiedlichen Systemebenen. Der alleinige und isolierende Fokus auf Frauen soll überwunden werden.

In den 80er Jahren verwies das Harvard Institut for International Development in Zusammenarbeit mit dem WID-Ansatz auf die Geschlechterblindheit in der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit und forderte eine Analyse der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung durch eine umfassende Datensammlung der produktiven und reproduktiven Tätigkeiten von Frauen und Mädchen sowie Männern und Jungen.

Moser betrachtet in ihrer 1993 erschienenen Monographie „Gender Planning in Development“ die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung des Harvard-Ansatzes mit der Unterteilung auf Produktion und Reproduktion als zu einseitig und erweitert ihn um den Sektor der öffentlichen und gemeindebezogenen Arbeit (Community Work). Dazu zählen alle Aktivitäten organisatorischer und planerischer Art, die fast durchgängig von Frauen geleistet werden. Damit müssen Frauen nicht nur eine zwei-, sondern dreifache Rollenbelastung bewältigen (Moser 1993, 47f).

Ein weiterer wichtiger Bereich für Gender-Analysen und Gender-Planungen ist nach Moser in Anlehnung an Molyneux (1985) die Unterscheidung zwischen strategischen und praktischen Interessen und Bedürfnissen (strategical and practical needs). Bei den strategischen Interessen geht es in erster Linie um die Erkenntnis und die entsprechende Veränderung struktureller Ursachen von Unterdrückungsverhältnissen. Zu den strategischen Gender-Bedürfnissen zählen Themen wie Rechte, gleiche Bezahlung, Macht und Kontrolle, die es im Sinne von politischen Handlungsstrategien wahrzunehmen gilt. Mit dieser Fokussierung lehnt sich Moser klassischen feministischen Ansätzen an, wonach die Frage der Frauenemanzipation erst durch Transformation des gesellschaftlichen Systems gelöst werden könne (Andermahr et al. 1997, 223).

Praktische Bedürfnisse hingegen zielen auf die Erleichterung des Arbeitsalltags von Frauen und stellen die Interessen in den Mittelpunkt, die durch die sozial akzeptierten Rollen entstehen (Moser 1993, 41). Als transformativ kann dieser Ansatz allein nicht bezeichnet werden, vielmehr trägt er, wie am WID-Ansatz bereits kritisiert, zur Verfestigung von Rollen durch Arbeitserleichterung bei. Dennoch gewinnt er als Teil einer holistischen Strategie einen wichtigen Stellenwert.

Das Frauennetzwerk DAWN hat 1985 den Begriff Empowerment als notwendigen Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit hervorgehoben. Dieser Ansatz wurde in den folgenden Jahren von unterschiedlichen AutorInnen als bedeutsames strategisches Ziel benannt (Moser 1993). Ein ausführliches analytisches Instrumentarium gerade auch für die Projektarbeit ist von Longwe 1992 entwickelt worden. Longwe differenziert nach unterschiedlichen Projekttypen wie Welfare, Self-Reliance, Efficiency, Equality und schließlich Empowerment im Sinne einer letzten Stufe (a.a.O., 36ff, zit. nach Fey 2003, 106f). Nur durch einen Empowerment-Ansatz, der gegen die Widerstände des Patriarchats kämpfen müsse, könne eine Transformation des Geschlechterverhältnisses erreicht werden. Jede entwicklungspolitische Maßnahme müsse dahingehend analysiert werden, ob sie das Empowerment von Frauen überhaupt ermögliche und erhöhe. Ein entsprechendes Empowerment-Profil für Projektmaßnahmen umfasst die Stufen Wohlfahrt, Zugang, Bewusstseinsbildung, Partizipation und Kontrolle, die es jeweils unter den Aspekten negativ, neutral, positiv zu bewerten gilt (Frey 2003, 107).

Die im entwicklungspolitischen Gender-Diskurs sowie allgemein in der Entwicklungszusammenarbeit häufig anzutreffende Forderung nach Partizipation bedeutet für den Empowerment-Prozess eine kontinuierliche Integration der Interessen der Zielgruppen. Abgesehen von der formalen Partizipation muss eine partizipative Projektplanung die Blickrichtung gerade auf die Potenziale richten, mit denen Frauen und Männer ihren Alltag bewältigen. Vorhandene oder verschüttete Potenziale und Ressourcen können mit Hilfe der Coping-Forschung und der Forschung zum Social Support in Erfahrung

gebracht werden. Zu den Ressourcen zählen vorhandene soziale Beziehungen, soziale Netzwerke und Stützsysteme in deprivierten Lebenslagen, psychologische Ressourcen wie das Selbstwertgefühl, das Kontrollbewusstsein, die Selbstabwertungstendenz und die Kontrolle der emotionalen Belastung (Stark 1996, 96).

In der Entwicklungszusammenarbeit zählen der PRA-Ansatz (participatory rural appraisal) und der RRA-Ansatz (rapid rural appraisal) mit ihren jeweiligen unterschiedlichen situationsangepassten Methoden zur Informationsgewinnung, zur Visualisierung und zur Gruppendynamik zu den wichtigsten Instrumenten durchgängiger Partizipation (zur Diskussion u.a. Passon 1999, 65).

An den Basiswerken zu GAD wurde u.a. vielfach kritisiert, sie unterstellten eine Homogenisierung von Frauen und zögen eine notwendige Differenzierung im Sinne von Klasse und sozialem Status nicht genügend in Betracht (March 1999). Gerade dadurch würden unterschiedliche Bedürfnislagen von Frauen ignoriert. Darüber hinaus würden z.B. strategische Bedürfnisse oder Empowerment ausschließlich auf Frauen und nicht auf Männer zugeschnitten (a.a.O.). Vor diesem Hintergrund hat der Diversity-Ansatz Eingang in die Gender-Analysen gefunden. Gerade die afro-amerikanischen und afrikanischen Feministinnen haben mit Blick auf Abgrenzung zu den westlichen Feministinnen die Notwendigkeit der Heterogenisierung von Frauen betont und fordern eine konsequente Verknüpfung des afrikanischen Gender-Diskurses mit den Kategorien *race* und *class* (Meena 1992; Mikell 1997). Exemplarisch sei an dieser Stelle der Beitrag der tansanischen Feministin Mbilinyi genannt, die einen Diskurs auf folgenden Ebenen fordert: „a) die Analyse von Imperialismus eingebunden in Klasse, Gender, Rasse und Ethnizität; b) eine kohärentere Kritik am Staat, einschließlich des afrikanischen Nationalstaates und der Geberorganisationen; c) eine Kritik der Klassenbeziehungen von Frauen innerhalb der gleichen und unterschiedlichen ethnischen und nationalen Standorte“ (Mbilinyi 1992, 33).

Diese Kategorien finden sich teilweise in den erwähnten Konzepten der entwicklungspolitischen Institutionen wieder. Die Notwendigkeit, Geschlechterverhältnisse umfassend und kontextgebunden mit den genannten Kategorien zu untersuchen wird durch den Ansatz Social Relations Framework (Soziale Beziehungen) nach Kabeer (1994) hervorgehoben.

In diesem Ansatz werden Gender-Analysen mit Analysen komplexer sozialer Beziehungen und sozialer Ungleichheiten verknüpft. Letztere beinhalten Dimensionen wie sozial und kulturell strukturierte Regeln, Aktivitäten, Machtverhältnisse, Ressourcen sowie Klassen- und Herkunftsstrukturen, Verwandtschaft und Haushaltsformen (Kabeer 1994, 281ff). Die Kategorie Gender wird von daher nicht als einziges und primäres Exklusionskriterium betrachtet, sondern gewinnt ihr spezifisches handlungsleitendes Profil erst aus einer ganzheitlichen Sichtweise. Die Frage der geschlechtsspezifischen

Arbeitsteilung ist nicht nur eine der Rollenzuweisungen und des materiellen outputs, sondern ebenso eine der Macht- und Autoritätsstrukturen im Rahmen der Zusammenarbeit von Frauen und Männern. Es sind gerade die nicht-materiellen Faktoren und die Formen der symbolischen Herstellung von Gender, die zu einer immer wieder erneuten Verfestigung von Rollenmustern – mittels *doing gender* – beitragen.

Diese Zusammenhänge sind wesentlich für die Versuche der Institutionalisierung von Gender Mainstreaming in den 90er Jahren. So verweist Levy auf ein offenes Gender-Konzept als Schnittpunkt von Gender-Beziehungen mit anderen Beziehungen (1996, 3). Es geht um eine Vielzahl an Analyse-themen auf den Ebenen Politik, Organisation, Forschung und Technik im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Ein Zugangsthema ist jeweils die „Erfahrung von Frauen und Männern und die Interpretation ihrer Wirklichkeiten (a.a.O., 5). Auch im Rahmen von Gender-Budget- und Gender-Audit-Analysen wird ein informeller und standardisierter Zugang zu den Personalstrukturen, Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen und Arbeitsinhalten favorisiert (Watson/ Bolzan 1999; De Beuk 2000). Erst auf der Basis kann das Maß, nach dem Gender und Diversity in den politischen Maßnahmen und Praktiken, in den Ressourcenverteilungen vorkommt, erkannt und verbessert werden.

Unter Zugrundelegung eines systemischen Ansatzes wird deutlich, dass der hier skizzierte Gender-Diskurs mit seinen Forderungen und Begrifflichkeiten einen umfassenden gesellschaftlichen Gestaltungsprozess anregt, der sowohl politische Aktionsfelder, Sozialräume (strategische Interessen) als auch unmittelbare Lebenswelten (praktische Interessen) umfasst. Wesentlich für diese Ebenen ist der aus der ökologischen Diskussion stammende Begriff der Nachhaltigkeit, der die wirtschaftspolitischen und sozialen Zielsetzungen der Entwicklungspolitik maßgeblich beeinflusste. Erst Befähigungsprozesse durch Empowerment und Partizipation der betroffenen Zielgruppen auf unterschiedlichen Ebenen können eine langfristige Geschlechtergerechtigkeit erzielen. Methodische Herangehensweisen beinhalten die Analyse von geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen, sozialen Beziehungen sowie Differenzierungen der Kategorie Geschlecht nach unterschiedlichen Merkmalen. Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik können und wollen sich in ihren Maßnahmen diesen Forderungen nicht entziehen. Dieser Prozess ist auf einer erkenntnistheoretischen Ebene relativ weit ausgeprägt. Inwiefern sich aus diesen Ansprüchen wirkliche geschlechter-differenzierende Perspektiven und Handlungen als auch eine den Interessen von Frauen angemessene Politik ergeben, sind Fragen, die anhand einiger der erwähnten Schlüsselbegriffe auf der makro- und mikropolitischen Ebene erörtert werden sollen.

2 Gender und makroökonomische Rahmenbedingungen

Gender (Mainstreaming) lässt sich im Kontext makro-ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen gemessen an den gesetzten Ansprüchen einerseits und den politischen und wirtschaftlichen Strukturen andererseits als widersprüchlichen Prozess identifizieren. Bereits die feministische Entwicklungsländerforschung, die sich mit den Folgen der Strukturanpassungsprogramme beschäftigte, hatte auf die negativen Folgen der Einsparungen in den öffentlichen Haushalten für Frauen verwiesen. Im Rahmen dieser Programme wurden für hoch verschuldete Länder Afrikas und Lateinamerikas die Bedingungen für neue Kredite und Umschuldungen an folgende Maßnahmen geknüpft: Liberalisierung von Preisen und Außenhandelsbeziehungen, Privatisierung von staatlichen Dienstleistungen und Unternehmen, Streichung der Subventionen für Nahrungsmittel sowie generelle Deregulierung der Volkswirtschaften. Diese Maßnahmen werden mittlerweile auch in den europäischen Wohlfahrtsstaaten unter dem Hinweis der Erfordernisse der Globalisierung als notwendig betrachtet und diskutiert. Die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ (2002) des 14. Deutschen Bundestages stellt fest, dass Pauschalannahmen, wonach Männer Gewinner und Frauen Verliererinnen von Globalisierung seien, abzulehnen sind. Daraus ergibt sich die sicher zutreffende Forderung nach einem differenzierten Bild der Auswirkungen von Globalisierung auf die sehr unterschiedlichen Lebensverhältnisse von Männern und Frauen. So entsteht auch unter Frauen ein differenziertes Bild vor dem Hintergrund von Geschlecht, Klasse, ethnischer Zugehörigkeit. Die feststellbar besseren Arbeitsmarktchancen gut ausgebildeter Frauen in höher dotierten Positionen führen zur Verlagerung der reproduktiven Tätigkeiten auf niedrig bezahltes Personal, vielfach auf Migrantinnen. Die Weigerung der offiziellen Politik zur Errichtung geeigneter Strukturen für arbeitende Frauen vermengt das bekannte geschlechtsspezifische Merkmal der Arbeitsmarktstrukturen mit einem klassen- und ethnien-spezifischen (Young 2004, 19).

Die Erkenntnis der differenzierten Betrachtung von Globalisierungsfolgen sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass für die Entwicklungsländer in Anlehnung an verschiedene empirische Studien die überproportional negative Betroffenheit von Frauen im Gegensatz zu Männern vor dem Hintergrund marktorientierter Reformen bestätigt wird (Manninga 2004, 31; Ruppert 2004, 25f). Die bereits erwähnte Betroffenheit infolge des Abbaus der staatlichen Versorgung in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Wohnen geht einher mit Lohnflexibilisierung, damit sinkendem Realeinkommen bei vielfach steigenden Preisen in der Basisversorgung. Es ist unstrittig, dass sich dadurch die Armutproblematik insgesamt verstärkt, wovon Frauen bedeutend stärker tangiert sind, da sie, gepaart mit niedriger schulischer Bildung, im niedrigen Lohnsektor arbeiten und den größten Teil der

Arbeit in den unmittelbar existentiellen Bereichen der Familie leisten. Durch Rückverlagerung von Pflegearbeit aus öffentlichen Einrichtungen in die privaten Haushalte steigt die Belastung in der unbezahlten Arbeit deutlich an (Manninga 2004, 32).

Für den landwirtschaftlichen Sektor weiter Teile Afrikas ist eine Umstellung der Exportwirtschaft von unrentablen Nahrungsmitteln wie Mais und Getreide auf Handelswaren wie Tabak, Kaffee oder Baumwolle bei gleichzeitiger Ausweitung der Importwirtschaft feststellbar. Von der damit einhergehenden Nachfrage nach Arbeitsplätzen in diesen Handelssektoren profitieren in erster Linie Männer, während Frauen im binnenmarktorientierten Agrarsektor ihre Beschäftigung vielfach verlieren (a.a.O.).

Es stellt sich hier die Frage nach der Einbindung strategischer Interessen im Kontext von Empowerment und umfassender Partizipation in die politischen Planungs- und Handlungsfelder. Zielsetzung ist die Kenntnis und Analyse der Folgen von wirtschaftlichen Strategien und Politiken für die Lebensrealitäten von Frauen und Männern. Darauf aufbauend gilt es vorbeugende Maßnahmen gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen einzusetzen. Es zählt zum selbstverständlichen Repertoire ökonomischer Modelle, Berechnungen von Bruttosozialprodukt, Import, Export und Konkurrenz als Maßstab für Effizienz und Erfolg einer Volkswirtschaft zu sehen. Der neoliberalen Theorie zufolge wird der Markt als ein sich selbst regulierender Mechanismus gesehen, auf dem Fragen von Angebot und Nachfrage in Einklang gebracht werden. Die vorwiegend in der feministischen Ökonomie kritisch diskutierte Ausgangsthese des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank sowie der Welthandelsorganisation beruht auf der Annahme, dass ein liberalisierter Welthandel für Männer und Frauen von identischem Nutzen sei. Sie ignoriert damit geschlechterbedingte Unterschiede in den Marktzugangsvoraussetzungen.

Alternative Modelle hingegen knüpfen an Theorien der Sozio-Ökonomie an und betrachten Märkte als eingebettet in ein jeweiliges soziales und kulturelles Umfeld. Arbeit ist z.B. nicht nur als eine über den Markt vermittelte Erwerbsarbeit zu betrachten, sondern umfasst sämtliche Formen unbezahlter Reproduktionsarbeit, die bislang in der internationalen Handelstheorie ausgeblendet wird. Ein derart erweiterter Arbeitsbegriff, wie er von Moser in die GAD-Diskussion eingebracht wurde, ist in der Lage die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der unbezahlten reproduktiven Arbeit zu erfassen. Deregulierung, Privatisierung und Reduzierung staatlicher Leistungen bedeuten eine Verschiebung des Verhältnisses von bezahlter und unbezahlter Arbeit. So hat beispielsweise die Privatisierung des staatlichen Gesundheitssektors in Südafrika dazu geführt, dass die Wohlhabenden sich private Krankenhäuser leisten, mittellose Personen hingegen sich oft nicht einmal eine rudimentäre Gesundheitsversorgung leisten können und auf die staatlichen Krankenhäuser angewiesen sind, die, abgesehen von der medizinischen (Not-)

Versorgung, keine weiteren grundlegenden Dienstleistungen wie Nahrungsversorgung, Wäsche u.a. zur Verfügung stellen. Diese fehlende Infrastruktur wird in der Regel von Frauen zeitaufwendig und unbezahlt zusätzlich kompensiert (Hochuli 2003, 24).

In der offiziellen Statistik wird Privatisierung als Effizienzsteigerung betrachtet, bedeutet in der Realität aber ein Mehr an unbezahlter Arbeit. Ebenso gehen Reduzierungen der Staatsaufgaben mit Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst einher, in dem meistens überdurchschnittlich viele Frauen tätig sind. Anspruchsvollere Tätigkeiten bleiben hingegen Männerdomäne. Der Konkurrenz mit multinationalen Firmen als Teil der Privatisierungs- und Liberalisierungsstrategie sind Frauen aufgrund ihrer niedrigeren Bildungsabschlüsse in der Regel nicht gewachsen. Arbeitsplätze in multinationalen Unternehmen werden nur bedingt durch lokale Kräfte besetzt. Wie für europäische Städte gilt auch hier das Phänomen des jobless growth. Globalisierung führt zu einer Veränderung der Geschlechterarrangements.

Marktlogik als Teil und Folge von Strukturanpassung und Globalisierung ist nicht geschlechterneutral, sondern Ergebnis einer Vielzahl von Interessenpolitiken durch unterschiedliche AkteurInnen. Genderorientierte Partizipation beinhaltet vor diesem Hintergrund konfliktrichtige Felder und Spannungsverhältnisse.

So ist die Annahme einer geschlechtergerechten Konsensbildung durch Partizipation ungleicher Gruppen mit entsprechenden Empowerment-Strategien eher eine Fiktion. „Die Anwendung von gender-sensitiven partizipativen Methoden könnte Konflikte mit der regierenden Mehrheit, der sozialen Elite, den Wohlhabenden, den Männern, den lokalen Autoritäten provozieren. Ein Projekt, das darauf abzielt, die Unterprivilegierten dadurch zu ermächtigen, dass man ihnen ermöglicht, ihre eigenen Interessen zu erkennen, auszudrücken und zu verfolgen, muss sich der Konsequenzen eines solchen Ansatzes bewusst sein und mit ihnen umgehen können.“ (Kerstan 1995; Topic 4.2)

Ein in der Gender-Forschung entwickeltes Instrument ist das der Gender Budget Initiative, wonach die Wirkungen der jeweiligen kommunalen Haushalte sowie der Staatshaushalte insgesamt auf Frauen und Männer analysiert sowie Vorschläge für eine geschlechtergerechte Gestaltung der staatlichen Einnahmen- und Ausgabenpolitik erarbeitet werden sollen. Es geht weniger um eine Expansion der Staatsausgaben, sondern um die Wahrnehmung und geschlechtergerechte Verteilung des vorhandenen Budgets. Young (2004, 23) spricht in diesem Kontext von einem „partizipativen Budget“, das ein hohes Entwicklungspotenzial in sich birgt. Dieses durchaus vorhandene Entwicklungspotenzial kann sich jedoch nur dann sinnvoll entfalten, wenn es mit flankierenden Rahmenbedingungen einhergeht. Dazu zählt die ökonomische Alphabetisierung der Partizipierenden, mit deren Hilfe politische und ökonomische Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern sichtbar und

deutlich werden und wodurch die angebliche Geschlechterneutralität des Marktmechanismus in den Mittelpunkt gerückt wird. Erst die Kenntnisse über den Marktmechanismus in Verbindung mit den erwähnten Alternativmodellen ist Grundlage für eine annähernd gerechte Interessenvertretung.

Es sind jedoch gerade die Reduzierungen der Investitionen in den Bildungssektor, die der Logik von Strukturanpassung und Globalisierung entsprechen und damit den Ansprüchen einer Gendersensibilisierung und gerechteren Interessenpolitik entgegenstehen. Mit anderen Worten: der wie auch immer zu definierende Nutzen der Globalisierung durch Kommunikationstechnologien, durch umfassende Politikkonzepte, durch Möglichkeiten der Ausweitung des Menschenrechtsstandards und damit der Geschlechtergerechtigkeit verteilt sich ungleich, da er im gleichen Zuge seiner positiven Effekte die Zugangsvoraussetzungen dazu und die Ungleichheitslagen weiter verschärft. Die Quote der erwachsenen Frauen, die nicht lesen und schreiben können, liegt in Afrika südlich der Sahara zwischen 40% und 50%, bei erwachsenen Männern hingegen bei 30% (Ruppert 2004, 26). Eine spürbare Verbesserung dieser Bildungsmisere ist trotz aller Selbstverpflichtungen der Regierungen nicht in Sicht.

Nachweislich sind gerade die Erfolge, die sich aus den Maßnahmen der Frauenförderpolitik ergeben haben, durch Veränderungen der makroökonomischen Rahmenbedingungen wieder relativiert worden (Bakker 1994; Braunmühl 1997). So gibt es im Rahmen von Gender Mainstreaming von der Weltbank entwickelte Ansätze zur Verbesserung von Vermarktungsmöglichkeiten für Frauen durch Kredite und damit Erweiterung des Zugangs zu regionalen und lokalen Märkten sowie Programme und Pilotprojekte zur verbesserten Nutzung von Verkehrsinfrastruktur (World Bank 2000). Diese begrüßenswerten Maßnahmen können sich dann nachhaltig entfalten, wenn sie mit entsprechender staatlicher Infrastruktur und Steuerung verbunden sind. Staatlicher Rückzug in Verbindung mit Liberalisierung stellen auch hier eher ungünstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Kleinmärkten dar (Young 2004, 22).

Weitere Grenzen erfährt der Partizipationsansatz, wenn es um die konkreten Anwendungsmethoden geht, z.B.: Participatory Rural Appraisal, Focus Group Discussions, Key Informant Interviews (Passon 1999, 57f). Wesentliche Kernstücke sind die Datenerhebung zu anstehenden Problemlagen und deren Visualisierungen durch Karten, Diagramme, Tabellen, mental maps, teils in Verbindung mit den Alphabetisierungsmethoden nach Paulo Freire, schließlich die Entscheidungs- und Aktionsphase über Projektmaßnahmen.

Diese idealtypische Darstellung bedarf jedoch einer permanenten kritischen Überprüfung, wer als Informationsträger fungiert, wer in der Lage ist, Probleme zu visualisieren und mit welchen Denkmustern Fachkräfte ihre Ideen auf Zielgruppen übertragen. Beispiele verdeutlichen gravierende Un-

terschiede nach Alter und Geschlecht (Frey 2003, 117). Es sind in besonderem Maße junge Männer, die mit Hilfe von Visualisierungen ihre Lebenssituationen zum Ausdruck bringen konnten, während jüngere Frauen eher ausgeschlossen waren, ältere zwar eingebunden, aber kaum in der Lage waren, von den angebotenen Mitteln Gebrauch zu machen. Partizipation kann hier zur Formalität werden und birgt die Gefahr der Verzerrung der Lebensverhältnisse und der Wahrnehmung der Bedürfnisse und Problemlagen. So können gerade die sozial Schwächsten, die am stärksten von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, von den Angeboten ausgeschlossen werden.

Die Konfliktebenen, die aus der Ermächtigung verarmter Schichten erwachsen, müssen antizipierend mit einer Vermittlung von moderierenden Handlungspotenzialen für die Fachkräfte einhergehen. Entsprechende Ansätze gehören nicht zum Repertoire partizipativer Methoden in der Entwicklungszusammenarbeit. Widersprüchlichkeiten und Konflikte sind vielmehr Teil der individuellen Handlungsstrategien der MitarbeiterInnen (Beckmann 1997, 122ff).

Aussagen einheimischer indischer und afrikanischer Mitarbeiter aus der Entwicklungszusammenarbeit verdeutlichen dieses Dilemma. „Ich wurde wegen meines Engagements für die Geschlechtergerechtigkeit von einigen Kollegen stark angegriffen: meine Arbeit richte sich gegen unsere Kultur, sie verletze die Traditionen und sogar – und das ist der schlimmstmögliche Vorwurf in Indien – ich sei verwestlicht.“ (Maitrayee Mukhopadhyay, zit. nach *Justitia et Pax* 2004, 51) Abgesehen von den ökonomischen Rahmenbedingungen, stehen den Empowerment-Strategien als bottom-up-Prozesse vielfach gesellschaftliche und staatliche Einschüchterungen gegenüber, die die anfänglichen Erfolge wieder zunichte machen. Hierzu zählen verbale Diskriminierungen bis zur Anwendung direkter Gewalt (a.a.O.). Ein afrikanischer Mitarbeiter sieht in der Frage der Geschlechtergerechtigkeit eine Herausforderung, die sich im Kontext der täglichen Überlebenssicherungen arrangieren muss und dadurch Gefahr läuft, zur sekundären Angelegenheit zu werden. „Die Frage nach Gerechtigkeit für Frauen wird allzu oft zu Gunsten von ‚wichtigeren‘ Anliegen wie nationale Befreiung, Hunger, Krankheit, Krieg, Armut etc. trivialisiert. Frauen, die diese Zusammenhänge analysieren, werden angeklagt, westliche Ideale einer feministischen Befreiung zu verfolgen anstatt afrikanische und christliche Werte zu leben.“ (Musimbi Kanyoro, zit. nach a.a.O., 52) Genauso wenig wie Entwicklungen durch von oben diktierte Wachstumsprozesse ausgelöst werden, stößt jede isolierte Ermächtigungsstrategie an Grenzen, wenn sie nicht mit strukturellen rechtlichen, politischen, ökonomischen Rahmenbedingungen und einem Verständnis von Kultur als ein zu gestaltendes Konzept einhergeht.

3 Gender im Kontext von Lebensweltorientierung

Zu den Fragen der bereits angesprochenen kulturellen Aspekte und der sozio-ökonomischen Einbettung gehören umfassende Kenntnisse und Erfahrungen über die Vielschichtigkeit weiblicher und männlicher Lebenswelten, u.a. über die Tätigkeiten in der formellen und informellen Wirtschaft, der Subsistenzwirtschaft und über Aufgabenverteilung in der Haushaltsgemeinschaft, über Traditionen, Rollenzuweisung, gelebte Rollenmuster in ihren entsprechenden Wertbesetzungen.

Diese Erkenntnis ist dem GAD-Diskurs sowie der gesamten entwicklungspolitischen Diskussion nicht neu. Eine im Jahre 2000 abgeschlossene Studie des BMZ zu „langfristigen Wirkungen deutscher Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Erfolgsbedingungen“ verweist z.B. auf die Notwendigkeit, Projekte stärker von den „felt needs“, von den Bedürfnissen, Problemwahrnehmungen, den komplexen Lebenswelten der Zielgruppen zu entwickeln und zu organisieren (BMZ 2000, 69). Betrachtet man unter den Zielgruppen die Situation von Frauen, so zeigt sich, dass „nur bei weniger als der Hälfte der Projekte“ positive Wirkungen hinsichtlich der Verbesserung ihrer Lebenssituation feststellbar sind (a.a.O., 73). Das BMZ stellt kritisch fest, dass z.B. Projekte für Frauen mit einkommensschaffenden Zielen keine langfristigen Wirkungen gezeigt hätten. Sie würden sich als „wenig durchdacht und unrentabel“ erweisen (a.a.O., 42).

Die Ergebnisse der BMZ-Studie sind deckungsgleich mit den Erkenntnissen aus der Armutsforschung (Jentsch 1996; Holm/ Schulz 2002; Gsänger 1998). Neben wirkungsvoller Armutsbekämpfung ist vielfach eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituationen der von Armut betroffenen Bevölkerung ausgeblieben. So betont Jentsch die Notwendigkeit der Verknüpfung von drei Formen der Armutsbekämpfung, nämlich der strukturellen, der mittelbaren und der unmittelbaren (Jentsch 1996, 136). Gerade letztere wendet sich direkt an Zielgruppen und lehnt sich den „practical needs“ (Moser), den Forderungen nach Analysen sozialer Beziehungen (Kabeer) und damit den „felt needs“ (BMZ) an.

Auch die GTZ fordert eine im Rahmen der Gender-Strategien und damit indirekt der Armutsbekämpfung verstärkte Zielgruppenanalyse, die in besonderem Maße soziale Kategorien umfasst (GTZ 2001). Ebenso wird in den DSE-Leitlinien für ein offenes Gender-Konzept plädiert, das Geschlechtszugehörigkeit mit „Variablen wie soziale Schicht, Einkommensniveau, Ethnie, Religionszugehörigkeit, Alter, Familienstand, Berufsgruppe“ verbindet (DSE 1999, 7). Damit diese Forderungen nach einer Kontextualisierung von Handeln nicht nur bloße Proklamation bleiben, muss ein bedeutend differenzierteres Instrumentarium als bislang in der Geschlechter- und Armutsforschung üblich zur Anwendung kommen (Kuby 1996, 154).

Notwendig ist eine Hinwendung zum Subjekt mit Hilfe eines lebensweltanalytischen Zugangs, der sowohl Respekt vor der Lebensautonomie der Zielgruppe umfasst als auch die Ressourcen der Zielgruppe erkennt und mobilisiert. Dieses ganzheitliche oder auch systemische Denken orientiert sich an Menschen, an ihren Verhaltensweisen und dem Zusammenwirken von Verhalten und Rahmenbedingungen in einer konkreten Umwelt. Es geht nicht vom isolierten Einzelwesen aus, sondern von seiner „Einbettung in soziale Beziehungen, kulturelle Muster, ökonomische Verhältnisse und natürliche Umweltbedingungen“ (Mühlum 2001, 217). Diese Leitprinzipien aus der Sozialen Arbeit haben ebenfalls Gültigkeit für den entwicklungspolitisch Handelnden. Es geht um eine Doppelverpflichtung, die sich in der Hinwendung zu den (Sozial-) Verhältnissen über die Sozialräume (Arbeit, Versorgung, Bildung, Wohnen u.a.) und dem (Sozial-) Verhalten der Individuen zeigt. Genau hier lässt sich die Genderperspektive verorten und stößt zugleich an ihre Grenzen.

Grenzen zeigen sich mit Blick auf die Frage nach der sozialen Konstruktion von Weiblichkeit aus der Perspektive der entwicklungspolitisch Handelnden. Fremdheit kann mit Hilfe universalistischer Kategorien von außen zu verstehen gesucht werden – in diesem Fall wird in der Ethnologie von einem „etischen“ Verstehenszugang gesprochen (Tremml 1992, 117). Demgegenüber gibt es die „emische“ Betrachtungsweise im Sinne des Versuchs, das Fremde „aus sich selbst heraus zu verstehen“ (a.a.O.) und vor dem Hintergrund des eigenen Wissensvorrats im Kontext der historisch vorgegebenen sozialen und kulturellen Welt zu beschreiben.

Beide Betrachtungen haben für die Wahrnehmung von Geschlechtern in der Entwicklungszusammenarbeit eine besondere Brisanz. So unterstellt die etische Herangehensweise universalistische Kategorien, die zumindest partiell auf Konsens, Diskurs und Kulturunabhängigkeit sowie ganzheitlicher Wahrnehmung beruhen. Diese sind im Kontext empirischer Analysen und Auseinandersetzungen entwicklungspolitischer Studien, insbesondere wenn es um die Erfassung konkreter Lebenswelten mit handlungsleitenden Perspektiven geht, nicht haltbar. Vorstellungen von sozial gewordenen Geschlechtern legen Wert auf die Verortung von Frauen im Kontext von Armut, Diskriminierung, Analphabetismus, Gewalt und existentieller Benachteiligung. Diese Zusammenhänge und Verknüpfungen sollen hier nicht in Abrede gestellt werden. Betont werden soll allerdings, dass sie den Blick für die Ressourcen, Handlungsmuster, Bewältigungsstrategien, für die überlieferten Wissensstrukturen der betroffenen Zielgruppen verschperren können. Die westliche Sicht kann zu einer dominierenden Defizitperspektive werden, die permanente kompensatorische Maßnahmen aus der Sicht der EntwicklungshelferInnen erfordert. Damit kann der erkenntnistheoretische und praktische Zugang zu den Ressourcen der Betroffenen verschlossen bleiben. So werden z.B. die erwähnten negativen Wirkungen der Strukturanpassungsmaßnahmen

durchaus berechtigt und kritisch hervorgehoben, die Neuanpassungen an die Alltagsbelastungen, die gerade auf den Ressourcenhaushalt der Betroffenen schließen lassen, aber noch nicht genügend in den Blick genommen. Es gilt ein stärkeres Verständnis von Frauen und Männern als produktive VerarbeiterInnen ihrer Realität zu gewinnen. Erst darin liegt eine Basis für partizipatives Handeln und Ressourcenaktivierung.

Zudem bedeutet diese Forderung nach einer konsequenten Genderperspektive in der Entwicklungszusammenarbeit, männliche Lebenswelten stärker als bislang in den Mittelpunkt zu rücken. Hier stellt sich die Frage nach der sozialen Konstruktion von Männlichkeit. Die häufige Konnotierung von Weiblichkeit mit Benachteiligung und Diskriminierung suggeriert die Wahrnehmung von Männern als Gegenpol, ausgestattet mit Macht, Autorität, Bildung und Reichtum. Solche ungleichen Verteilungen nach Geschlecht sind hinreichend empirisch belegt. Der geschlechtsbezogene Entwicklungsindex (Gender related Development Index, GDI), wonach Indikatoren allgemeiner menschlicher Entwicklung wie Lebenserwartung, Bildung und Einkommen nach Geschlecht gemessen werden, zeigt, dass Frauen nirgendwo identische Chancen auf Gesundheit, Bildung und Einkommen haben (UNDP 2002, 222ff). Dennoch kann diese berechtigte Gegenüberstellung den differenzierten Blick auf männliche Lebenswelten verhindern.

Die Forderung *gender in diversity* bedarf einer verknüpfenden Analyse von männlichem Geschlecht mit Strukturmerkmalen wie Status, Herkunft, Klasse, Kultur. Oder konkreter ausgedrückt: Welche Bedeutung haben Strukturanpassungsmaßnahmen für Männer, die ihren Lebensunterhalt durch Wanderarbeit und/ oder durch Migration in die Städte verdienen müssen? Welche Bedeutung haben männliche Sozialisation und die Entwicklung eines männlichen Selbstwertgefühls in afrikanischen Gesellschaften? Welche Bedeutung hat finanzieller Reichtum für die Anforderungen an Unterstützungsleistungen gegenüber der Großfamilie? Wie werden traditionelle Rollenanforderungen durch makroökonomische Prozesse, z.B. durch De-Agrarisierung ländlicher Räume überlagert? Wie gestaltet sich das Verhältnis von Anforderungserfüllung und Anerkennung als Mitglied einer sozialen Gemeinschaft einerseits und Rückzug aus diesen teils überfordernden Rollen andererseits?

Zu den Fragen der kulturell geprägten männlichen Rollen kommen von daher Fragen nach der sozialen Konstruktion symbolischer Männlichkeit und ihrer individuellen Aneignung im Sinne der Herausbildung einer unverwechselbaren Geschlechteridentität in den regionalen Räumen hinzu (Justitia et Pax 2004, 53).

Eine kommentierte Bibliographie „Gender und ländliche Entwicklung in Afrika“ beinhaltet beispielsweise ausschließlich den Forschungsstand zur Frauen- und Geschlechterforschung (Schäfer 2000). Die für den „westlichen“ Gender-Diskurs kritisch geforderte und letztlich immer noch vernachlässigte

Pluralisierung von Männlichkeit sollte unter Abwendung rein eurozentristischer Projektionen erkenntnistheoretische und handlungsleitende Impulse für die Entwicklungszusammenarbeit haben. Die Geschlechterforschung bietet Chancen, Potenziale und Interessen der kleinbäuerlichen Bevölkerung kennen zu lernen, aber auch Differenzen in den ländlichen Gesellschaften zu analysieren. Anthropologische Studien haben die Forschungsperspektiven insofern erweitert, dass nicht nur die Beziehungen zwischen Männern und Frauen betrachtet werden, sondern auch Differenzen zwischen den Frauen (Schäfer 2000, VIII). Abgesehen von vereinzelt geschlechterorientierten Trainingsmaßnahmen für Männer, die z.T. bezeichnenderweise unter dem Titel „Gender-Training für Machos“ aufgeführt sind (Danzer 1994, 29), ist ein kritischer und selbstreflexiver Diskurs über Maskulinität, der die Betrachtung von Männern als homogene Einheit durchbricht und betroffene Männer in ihren Selbstbildern, Problemeinschätzungen und Lösungsansätzen einbezieht faktisch nicht vorhanden.

So konstatiert auch Frey für die Gender-Ansätze von BMZ, DED, DSE und GTZ zwar eine rhetorische Verortung im GAD-Diskurs, dennoch entstammen die Instrumente und Methoden dominierend der WID-Logik (Frey 2003, 172). Das bereits erwähnte Papier der GTZ betont zwar kritisch die dominierende „Gleichsetzung von Gender mit Frauenförderung“ (GTZ 2001, 5), geht aber weiterführend nicht auf dieses Desiderat ein. Auch die in vielen Zusammenhängen des GAD-Diskurses betonten strategischen Bedürfnisse wenden sich keineswegs Männern in unterschiedlichen Lebenskontexten zu. Derartige Ausblendungen verhindern eine konsequente Umsetzung der selbst gesetzten Ansprüche, führen eher zu einer Polarisierung und Verfestigung von Geschlechterverhältnissen.

Die im Rahmen der ethischen Betrachtungsweise erwähnte Universalität fundamentaler Begrifflichkeiten, wozu auch die kulturübergreifende Vorstellung von Menschenrechten und Menschenwürde zählt, rückt in die Nähe der Erklärung zum Weltethos (Küng 1996, 29ff). In dieser Erklärung hat das Parlament der Weltreligionen unverrückbare Maßstäbe für eine Kultur der Gewaltlosigkeit, der Ehrfurcht vor allem Leben, der Solidarität, der gerechten Wirtschaftsordnung, der Toleranz und Wahrhaftigkeit und der Gleichberechtigung von Mann und Frau formuliert (a.a.O.). Vor dem Hintergrund dieses akademischen Diskurses und Konsenses ist es keineswegs „kulturimperialistisch“, wenn die Geberländer von Entwicklungshilfe genau diese Standards bei der Vergabe von Leistungen einfordern (Fonari 1999, 127; Többe-Schukalla 2002, 259).

Erkenntnistheoretisch beansprucht die universalistische Idee hier Repräsentation und Referenz. Es wird davon ausgegangen, dass der Begriff eine subjektunabhängige Realität darstellt und zwischen Begriff und Welt eine Referenz besteht (Putnam 1993). Demgegenüber steht die Annahme, dass Universalismus durch Abgrenzung und Differenz entsteht (Haase/ Malecek

2000, 103f). Jede universale Kategorie ist mit Ausschluss verbunden und beinhaltet Macht und Herrschaft. Konsensfindung stellt einen diskursiven Machtprozess dar.

Der Konsens über elementare Begrifflichkeiten muss unter Berücksichtigung dieser beiden berechtigten Annahmen kritisch-konstruktive Auseinandersetzungen über die einmal gesetzten Vorstellungen in ihrem zeitgenössischen Kontext beinhalten. So ist auch die Entwicklung der Gleichberechtigungsidee und der Vorstellungen von Frau und Mann mit Umdeutungen und zeitbedingten Veränderungen konfrontiert gewesen. Butler (1993, 50) versteht Gender als eine anhaltende diskursive Praxis, die Offenheit für Bedeutungsverschiebungen zeigt. Auch Gender Mainstreaming wird als Verhandlungsraum betrachtet. Gerade diese Annahmen umfassen die Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit der für die Entwicklungszusammenarbeit notwendigen kulturellen Vielfalt, ohne dabei die Gleichberechtigungsidee von ihrer universalistischen Substanz her auszuhöhlen. Der hier geforderte partizipative Austausch ist allerdings einer unter ungleichen Partnern im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zwischen EntwicklungsexpertInnen und -planerInnen und Zielgruppen. Die Herausforderungen liegen im Dialog selbst, aber auch in den notwendigen erwähnten Entwicklungsprozessen, die einen annähernd gleichberechtigten Dialog ermöglichen. Erst das eingelöste Recht auf Entwicklung befähigt die betroffenen Zielgruppen zur kritischen Auseinandersetzung mit den Traditionen und Wurzeln der eigenen Kultur. Diese Traditionen können Reichtum, aber auch den Gleichberechtigungsgedanken verletzendes Festhalten an unhinterfragten Überlieferungen beinhalten (Többe-Schukalla 2002, 260).

Dialogfähigkeit und partizipativer Austausch erweisen sich darüber hinaus dann als schwierig, wenn es um assoziative Wertbesetzungen wesentlicher Begrifflichkeiten geht. So weisen Begriffe aus dem westlich geprägten politischen Kontext wie Nation, Staat, Königreich in ihrer Übertragbarkeit auf Entsprechungen wie chief/ Häuptling oder tribe/ Stamm aus dem afrikanischen Kontext semantische Inadäquanz auf. Im Kommunikationsprozess über genderorientierte Projektarbeit sind unterschiedliche Wertbesetzungen zentraler Begriffe unvermeidlich. Die für westliche ExpertInnen typische Offenheit und Direktheit bei der Benennung von anstehenden Problemen kann beim Gegenüber als ständiges Kritiküben, Macht- und Dominanzstreben, Leistungsbereitschaft als Ruhelosigkeit, Ordnung und Rationalität als Enge und Schwere sowie Unabhängigkeit als eine projizierte Folge von Projektarbeit als mangelnde Bereitschaft zur gemeinschaftlichen Unterordnung betrachtet werden (Schlehe 2002, 213).

Ein für die Entwicklungszusammenarbeit wichtiges Begriffsfeld ist das Verständnis von Modernität und Traditionalität. Wie Anthony King treffend feststellt, wird der „westliche“ Begriff von Modernität in besonderem Maße mit Fortschritt sowie Wandel und Überwindung von Traditionalität assozi-

iert, und zwar völlig unabhängig davon, ob es sich um kapitalistische, sozialistische Gesellschaften oder Zwischenformen handelt (King 2002, 65). Feststellbar ist immer eine Fokussierung auf Wandel und Fortschritt. Für eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit ist die Überwindung derartiger Vorstellungen elementar. Es geht um Erkenntnisse über pluralistische Vorstellungen von Modernität, d.h. über unterschiedliche Versionen von Modernität wie alternative, postkoloniale, wettstreitende, unterdrückte Modernitäten (a.a.O., 68f). Charakteristika sind jeweils die besonderen Konstellationen des Verständnisses von Person, Natur, Kultur und Raum. Die Forderung nach sozialer Konstruktion multipler Modernitäten muss Platz haben für Ansichten darüber, was erhalten bleiben soll.

Die Vorstellung universalistischer Kategorien steht gerade im transkulturellen Raum vor der Herausforderung nach Akzeptanz des differenten Anderen bei gleichzeitiger Vermeidung vollkommen kulturrelativistischer Positionen. Positionierungen sind dann gefragt, wenn es um die Einhaltung eines längst nicht mehr hinterfragten Standards von Menschenrechten in Verbindung mit Frauenrechten geht. Hier wäre jeder Verweis auf Relativismus deplaziert. Die Anerkennung von Differenzen zwischen Männern und Frauen bzw. ihren Lebenslagen und Handlungsstrategien ist jedoch eine Voraussetzung für Gender-Dekonstruktionen.

Dialogische Kompetenz seitens der EntwicklungsplanerInnen bedeutet die Entwicklung und kultursensible Einbettung von Arbeitsprinzipien mit einem entsprechenden Handlungsprofil, das weder altruistisch noch sozial-technisch-ingenieurhaft zu verstehen ist, sich vielmehr als universalistisches Regelwissen in Verbindung mit einer auf die Spezifik des Falls bzw. der Subjekte orientierenden Deutungskompetenz begreift (Többe-Schukalla 2004, 177). Im Sinne der erwähnten emischen Betrachtungsweise von Fremdheit kann zu dieser Deutungskompetenz der eigene erlebte oder sozialisierte Wissensvorrat zählen. Dieser Wissensvorrat hat dann seine Berechtigung, wenn es um das Verstehen von Fremdheit bzw. Außenseitertum im Kontext der eigenen Kultur- und Sozialräume geht. Der selbst erlebte Raum mit seinen Wissenssedimenten bildet den Maßstab für Norm und das Verstehen von Abweichung. Im Kontext von Entwicklungszusammenarbeit bzw. konkreter in der Konfrontation von europäischen und afrikanischen Kultur- und Sozialräumen hingegen ist der Maßstab kein erlebter oder vorab sozialisierter, sondern ein fremder, der mit einem weiteren fremden, nämlich dem der Abweichung durch Verarmung und Ausgrenzung verglichen, verstanden und gegebenenfalls korrigiert werden muss. Eine solche Erkenntnisbasis beinhaltet einen langwierigen, den methodischen Ansätzen von Feldforschung und teilnehmender Beobachtung ähnelnden Prozess. Es geht um eine dialogische Methode, die durch Kenntnis der Sprache und Teilnahme am Leben der Zielgruppen charakterisiert ist.

Die Hinwendung zu den „Gesichtern der Armut“ (Handbook on International Research, zit. nach Kuby 2000, 154f), über die der Zugang zu Geschlecht, Armut und Ausgrenzung bzw. zu den „felt needs“ zu gewinnen ist, bedeutet ein Denken im Plural jenseits der eigenen Erfahrungsräume und bedarf eines umfassenden professionellen Kompetenzprofils der EntwicklungsexpertInnen. Dieses Kompetenzprofil muss im Kontext der Zusammenhänge von „kennen“, „erkennen“ und „verstehen“ (Treml 1992, 117) und in Ergänzung zu diesen drei Stufen von „handeln“ gesehen werden. Stellt das „Kennen“ einen unbewusst gelenkten Vorgang dar, an dem das Handeln ausgerichtet werden kann, bedeutet das „Erkennen“ die Einordnung und mögliche Erklärung in größere theoretische Zusammenhänge. Das „Verstehen“ hingegen bedeutet das Verlassen einer vertrauten hin zu einer unvertrauten Struktur, die durch Methoden teilnehmender Beobachtung erschlossen werden kann. Es handelt sich um neue Fähigkeiten der Auslegung und einer damit neu gewonnenen Beherrschbarkeit der Sache (Thiersch 1997). Ein genderorientiertes sensibles Handeln ist mehr als bloße Intervention, sondern beinhaltet unterschiedliche Formen der Prävention primärer, sekundärer und tertiärer Art, die sich gerade mit der Forderung nach nachhaltiger Entwicklung verbinden lassen.

Die hier zum Ausdruck kommenden Arbeitsprinzipien entstammen in besonderem Maße der Ethnologie bzw. der Ethnopädagogik und der Sozialen Arbeit. Es ist beiden Disziplinen bislang noch nicht gelungen, ihre Relevanz für die Entwicklungszusammenarbeit ausreichend herauszustellen und konsequent einzufordern, wenngleich kritische Stellungnahmen bereits in den 80er Jahren auf die Vernachlässigung von Kultur und Tradition in der Entwicklungshilfepraxis verweisen und die Notwendigkeit der Einbindung ethnologischen Wissens und weiterer sozialwissenschaftlicher Disziplinen herausstellen (Bliss 1986). Ebenso hat sich aus dem Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit Anfang der 90er Jahre eine Hinwendung zu den bereits etablierten Methoden und Handlungsansätzen der Sozialen Arbeit ergeben. Zu dem entwicklungspolitischen Paradigmenwechsel zählt u.a. die Beachtung der Menschenrechte in Verbindung mit Geschlechtergerechtigkeit und den Arbeitsprinzipien Partizipation, Ressourcenaktivierung, Empowerment, Hilfe zur Selbsthilfe.

Diese entwicklungspolitischen Leitvorstellungen sowie der Ansatz Gender and Development haben durchaus eine theoretische Verortung gefunden und dazu beigetragen, die Entwicklungs- und Förderkonzeptionen in ihren Grundannahmen kritisch zu überdenken (Justitia et Pax 2004, 56). Hierin liegt eine Chance zur Realisierung von Geschlechtergerechtigkeit. Offen geblieben ist bislang die Frage, wer in der Lage ist, das damit verbundene komplexe Leistungsspektrum zu erfüllen; denn dieses erfordert eine instrumentelle, methodische und personelle Aufstockung.

Die Annahme bloßer Zusatzqualifikation in Sachen Ethnologie und Sozialarbeit für EntwicklungsexpertInnen ist in Anbetracht des umfassenden Anforderungsprofils nicht hinreichend. Analysen von Gender-Training-Maßnahmen für MitarbeiterInnen in entwicklungspolitischen Organisationen haben gezeigt, dass sich die Breite des theoretischen Diskurses hier keineswegs wieder findet. Gender Trainings haben den Charakter eines „theorielosen“ Raumes (Frey 20003, 158). Dazu zählt z.B. die Infragestellung der Unterscheidung zwischen Sex und Gender. Die Annahme, dass auch Sex eine „gendered category“ darstellt, hat Debatten für die Theoriediskussion ausgelöst. In den Gender Trainings wird hingegen ein „dual strukturiertes Gender-Grundverständnis“ vorausgesetzt und entsprechend gearbeitet (a.a.O.) Gerade dadurch werden Erkenntnisse über andere Kulturkreise mit einem anderen „Gender-Universum“ nicht hinreichend beachtet. Gefragt ist ein stärkeres interdisziplinäres Arbeiten, das eine akzeptierende Aneignung unterschiedlicher Kenntnisse und Erfahrungen zusammenbringt.

Literatur

- Alcoff, Linda (1988): Cultural Feminism Versus Post Structuralism. The Identity Crisis in Feminist Theory, in: Signs: A Journal of Women in Culture and Society 13, 404-436
- Andermahr, Sonya/ Lovell, Terry/ Wolkowitz, Carol (1997): A Glossary of Feminist Theory, London, New York
- Asare, Benjamin (1995): Women in the commercial agricultural. The cocoa economy in Southern Ghana, in: James, Valentine Udoh (Hg.): Women and sustainable development in Africa, Westport, 101-112
- Bakker, Isabella (Hg.) (1994): The Strategic Silence. Gender and Economic Policy, London, New Jersey
- Beckmann, Gabriele (1997): Partizipation in der Entwicklungszusammenarbeit, Mode, Methode oder politische Vision? Münster
- Bliss, Frank (Hg.) (1986): Sozio-kulturelle Faktoren in der Entwicklungszusammenarbeit und der Beitrag der Ethnologie, Bonn
- BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2000): Langfristige Wirkungen deutscher Entwicklungszusammenarbeit und ihre Erfolgsbedingungen, Bonn
- BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2001): Konzept für die Förderung der gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern am Entwicklungsprozess – Gleichberechtigungskonzept, Reihe BMZ-Konzepte, H. 111, Bonn
- Boserup, Esther (1970): Woman's role in economic development, London
- Braidotti, Rose/ Chariewicz, Ewa/ Häusler, Sabine/ Wieringa, Saskia (1994): Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis, London

- Braunmühl, Claudia von (1997): Mainstreaming Gender oder von den Grenzen, dieses zu tun, in: Braig, Marianne/ Ferdinand, Ursula/ Zapata, Martha (Hg.): Begegnungen und Einmischungen. Festschrift für Renate Rott zum 60. Geburtstag, Stuttgart, 375-394
- Butler, Judith (1993): Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der „Postmoderne“, in: Benhabib, Seyla/ Butler, Judith/ Cornell, Drucilla/ Fraser, Nancy (Hg.): Der Streit um die Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart, Frankfurt a.M., 31-58
- Danzer, Ursula (1994): Gender Training für Machos, in: Deutscher Entwicklungsdienst (Hg.): ded-Brief: Zusammenarbeit mit Frauen, H. 4, 29-30
- DAWN Development Alternatives with Women for a New Era (1997): Das Erreichte sichern und ins 21. Jahrhundert vorwärtsgehen. Positionspapier für die 4. Weltkonferenz, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Wir sind das Wunder, durch das wir überleben. Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking, Köln, 108-116
- De Beuk, Hippolytushoef (2000): Gender and Diversity Audit, ohne Ort
- DSE Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (1999): Gender in der Programmarbeit der DSE, Berlin
- Dumor, Ernest (1983): Women in rural development in Ghana, in: Rural Africana, H. 17, 69-81
- Enquete-Kommission des 14. Deutschen Bundestages zur Globalisierung der Weltwirtschaft (2002): Schlussbericht: Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten, Bundestagsdrucksache 14/9200, Bonn
- Fonari, Alexander (1999): Politische Konditionalität im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit als Instrumentarium deutscher Außen- und Außenwirtschaftspolitik? Münster
- Frey, Regina (2000): Training Gender? Theoretische Voraussetzungen entwicklungspolitischer Gender Trainings, in: Peripherie, H. 77/ 78, 123-142
- Frey, Regina (2003): Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie und -praxis im internationalen Diskurs, Königstein/ Taunus
- Friedrich-Ebert-Stiftung (1997): Frauenpolitik nach Peking. Das Aktionsprogramm der Vierten Weltfrauenkonferenz, Bonn
- Gsänger, Hans (1998): Soziale Grunddienste, wirtschaftliches Wachstum und Armutsbekämpfung: Anmerkungen zur Diskussion um den 20/20-Ansatz, in: Deutsches NRO-Forum Weltsozialgipfel/ Arbeitsgruppe 20:20: Prioritäten für menschliche Entwicklung, Münster, 43-54
- GTZ Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit: Juliane Osterhaus (1999): Gender und Projektmanagement. Ein Beitrag zum Qualitätsmanagement der GTZ, Eschborn
- GTZ Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (2001): Gender in der GTZ, Eschborn
- Haase, Jürgen/ Malecek, Sabine (2000): Postmodernismus und Poststrukturalismus in der Geographie. Einleitung zum Themenbereich, in: Geographica Helvetica, H. 2, 103-107
- Hochuli, Marianne (2003): Gender: der blinde Fleck im Welthandel, in: Eine Welt Netz NRW (Hg.): Gender im fairen Handel, Düsseldorf, 23-25
- Holm, Karin/ Schulz, Uwe (2002): Kindheit in Armut weltweit, in: dies. (Hg.): Kindheit in Armut weltweit, Opladen, 13-31

- Jentsch, Gero (1996): Neues von der Armutsbekämpfung, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, 37, 136-138
- Justitia et Pax, Deutsch Kommission (Hg.) (2004): *Geschlechtergerechtigkeit und weltkirchliches Handeln*, Bonn
- Kabeer, Naila (1994): *Research Realities. Gender Hierarchies in Development*, London
- Kerstan, Birgit (1995): *Gender-sensitive Participatory Approaches in Technical Cooperation*, Eschborn
- King, Anthony (2002): Repräsentation neu aufgerollt: Zur Entstehung der Gegenüberstellung von Modernität und Traditionalität, in: Hauser-Schäublin, Brigitta/ Braukämper, Ulrich (Hg.): *Ethnologie der Globalisierung*, Berlin, 63-76
- Kuby, Thomas (1996): *Armutsforschung. Poverty: A Global Review macht Armut besser verständlich*, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, H. 37, 154-155
- Küng, Hans (Hg.) (1996): *Erklärung zum Weltethos. Die Deklaration des Parlamentes der Weltreligionen*, München
- Levy, Caren (1996): *The Process of Institutionalising Gender in Policy and Planning: The 'WEB' of Institutionalising*, London
- Manninga, Frauke (2004): In der Einen Welt leben, in: Randzio-Plath, Christa (Hg.): *Frauen und Globalisierung. Zur Geschlechtergerechtigkeit in der Dritten Welt*, Bonn, 30-43
- March, Candida/ Smyth, Ines/ Mukhopadhyay, Maitrayee (1999): *A Guide to Gender Analysis Frameworks*, Oxford
- Mbilinyi, Marjorie (1992): *Research Methodologies in Gender Issues*, in: Meena, Ruth (Hg.): *Gender in Southern Africa. Conceptual and Theoretical Issues*, Harare, 31-70
- Meena, Ruth (Hg.) (1992): *Gender in Southern Africa. Conceptual and Theoretical Issues*, Harare
- Mikell, Gwendolyn (Hg.) (1997): *African Feminism: The politics of survival in Sub-sahara Africa*, Philadelphia
- Molyneux, Maxine (1985): *Mobilization without Emancipation? Women's Interests, the State, and Revolution in Nicaragua*, in: *Feminist Studies*, 11. Jg., H. 2, 227-254
- Moser, Caroline (1993): *Gender Planning and Development – Theory, Practice and Training*, London
- Mühlum, Albert (2001): *Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Ein Vergleich*, Frankfurt a.M.
- Passon, Daniel (1999): *Soziale Arbeit und die Entwicklungsbemühungen des Südens. Strategien und Konzepte für Entwicklungsländer*, Berlin
- Plumwood, Val (1990): *Women, Humanity and Nature*, in: Sayers, Sean/ Osborne, Peter (Hg.): *Socialism, Feminism and Philosophy. A Radical Philosophy Reader*, London, 211-234
- Putnam, Hillary (1993): *Von einem realistischen Standpunkt. Schriften zur Sprache und Wirklichkeit*, Reinbek
- Rathgeber, Eva M. (1990): WID, WAD, GAD: Trends in Research and Practice, in: *The Journal of Developing Areas*, H. 24, 489-502
- Ruppert, Uta (2004): *Frauenpolitik in der Globalisierung: Zwischen feministischer Kritik, Gender-Mainstreaming und Empowerment*, in: Randzio-Plath, Christa

- (Hg.): Frauen und Globalisierung. Zur Geschlechtergerechtigkeit in der Dritten Welt, Bonn, 25-29
- Schäfer, Rita (2000): Gender und ländliche Entwicklung. Eine kommentierte Bibliographie, Hamburg
- Schlehe, Judith (2002): Handeln und Aushandeln in transkulturellen Geschlechterbeziehungen, in: Hauser-Schäublin, Brigitta/ Braukämper, Ulrich (Hg.): Ethnologie der Globalisierung, Berlin, 205-222
- Stark, Wolfgang (1996): Empowerment. Neue Handlungskompetenzen in der psychosozialen Praxis, Freiburg i.Br.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2002): Soziale Arbeit und soziale Probleme. Eine disziplin- und professionsbezogene Bestimmung, in Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch, Opladen, 245-258
- Thiersch, Hans (1997): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit, Weinheim
- Többe-Schukalla, Monika (2002): Politische Konditionalität in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit: Die Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten als Vergabekriterien, in: Nicht, Manfred/ Wildfeuer, Armin (Hg.): Person – Menschenwürde – Menschenrechte im Disput, Münster, 253-264
- Többe-Schukalla, Monika (2004): Soziale Arbeit in der Entwicklungszusammenarbeit, in: Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen (Hg.): Jahrbuch der KFH NW 2004, Münster, 166-196
- Treml, Alfred (1992): Ethnologie und Pädagogik. Wissenschaftstheoretische Überschneidungsbereiche, in: Müller, Klaus/ Treml, Alfred (Hg.): Ethnopedagogik – Sozialisation und Erziehung in traditionellen Gesellschaften, Berlin, 113-131
- UNDP United Nations Development Program (2002): Bericht über die menschliche Entwicklung, Bonn
- Young, Brigitte (2004): Widersprüchlichkeiten der Globalisierung, in: Randzio-Plath, Christa (Hg.): Frauen und Globalisierung. Zur Geschlechtergerechtigkeit in der Dritten Welt, Bonn, 18-24
- Watson, Elizabeth/ Bolzan Natalie (1999): Amnesty International Australia. Gender Audit. Proposal for the Development of a Method for Conducting a Gender Audit of the Section, ohne Ort
- Wichterich, Christa (1987): Paradigmenwechsel: Von der „Integration in die Entwicklung“ zur „Feminisierung der Entwicklung“, in: Peripherie, H. 25/26, 122-142
- World Bank (Hg.) (2000): Attacking Poverty: World Development Report, Washington

Autorinnen und Autoren

Ernst, Renate: Ev. Gemeindepädagogin und Dipl. Sozialpädagogin/ Sozialarbeiterin, Absolventin des Kompaktstudienganges für Frauen in und nach der Familienphase, Kath. Fachhochschule NW, Abt. Aachen

Gäs-Zeh, Ute: Dipl. Sozialpädagogin, Supervisorin (DGSv.), Päd.-therapeutische Beraterin/ Counsellor, Dozentin an der Kath. Fachhochschule NW, Abt. Aachen, Schwerpunkte: Fachwissenschaft Soziale Arbeit, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Frühpädagogik, Gewaltprävention, Schulsozialarbeit

Genenger-Stricker, Marianne Dr.: Professorin für Theorien und Konzepte Sozialer Arbeit an der Kath. Fachhochschule NW, Abt. Aachen, Schwerpunkte: Transkulturalität, Gender, Sozialraumorientierung

Grundmeier, Katrin: Dipl. Sozialpädagogin, Studium an der Kath. Fachhochschule NW, Abt. Münster, Berufsanerkennungsjahr im ASD und der Jugendgerichtshilfe in Haltern, sucht Job bei der Fußballweltmeisterschaft 2006

Hasenjürgen, Brigitte Dr.: Professorin für Soziologie an der Kath. Fachhochschule NW, Abt. Münster, Schwerpunkte: Geschlechterverhältnisse, Migration und soziale Ungleichheit, Sprecherin des Forschungsschwerpunkts Gender und Transkulturalität

Heidrich, Martin Dr.: Professor für Theorien und Konzepte an der Kath. Fachhochschule NW, Abt. Münster, Schwerpunkte: Systemtheorie/ Konstruktivismus, Häusliche Gewalt, Armut und Soziale Benachteiligung, Methoden Sozialer Arbeit

Hörning, Martin Dr. Dr.: Arzt, Professor für Sozialmedizin einschließlich Psychopathologie an der Kath. Fachhochschule NW, Abt. Paderborn, Schwerpunkte: Sucht und Abhängigkeit, Prävention und Gesundheitsförderung, Männergesundheit, Kommunikation in der Medizin

Hoff, Tanja Dr.: Wiss. Mitarbeiterin an der Kompetenzplattform Sucht und im Masterstudiengang „Master of Science (M.Sc.) in Addiction Prevention and Treatment“ der KFH NW, Abt. Köln; Schwerpunkte: Sozialpsychologie, Suchtpsychologie, Methoden der empirischen Sozialforschung und interdisziplinäre Suchtforschung, Interkulturelle Psychologie

Klein, Michael Dr.: Professor für Klinische Psychologie und Sozialpsychologie an der Katholischen Fachhochschule NW, Abt. Köln, Leiter der Kompetenzplattform Sucht und des Masterstudiengangs „Master of Science (M.Sc.) in Addiction Prevention and Treatment“ der KFH NW

Krause, Barbara Dr.: Historikerin, Professorin für Politikwissenschaft an der Kath. Fachhochschule NW, Abt. Aachen, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerpunkte: Sozialpolitik, Migration und Integration

Peloso, Claudio: Dipl. Sozialarbeiter/ -pädagoge, Studium an der Kath. Fachhochschule NW, Abt. Münster, ist tätig in der Westfälischen Klinik Münster, Abt. Berufliche Rehabilitation; Erfahrungen im Bereich Jugend- und Bildungsarbeit und Jugendhilfe, Auslandserfahrungen in Namibia und der Mongolei

Rohleder, Christiane Dr.: Professorin für Soziologie an der Kath. Fachhochschule NW, Abt. Münster, Schwerpunkte: Alterssoziologie, Familiensoziologie, Soziologie der Behinderung

Schirra-Weirich, Liane Dr.: Professorin für Soziologie an der Kath. Fachhochschule NW, Abt. Aachen, Evaluationsbeauftragte, Schwerpunkte: Soziale Ungleichheit, Sozialstrukturanalyse, Armut, Alter, Gender, Empirische Sozialforschung

Schmidt-Koddenberg, Angelika Dr.: Prorektorin für Forschung und Leiterin des Forschungsinstituts der Kath. Fachhochschule NW, Professorin für Soziologie an der Abt. Köln, Schwerpunkte: Sozialstrukturanalyse, Migration, Gender, öffentliches Engagement von Frauen

Silva Antunes Alves, Susanne da: Dipl. Chemieingenieurin, Dipl. Sozialpädagogin, Absolventin des Kompaktstudiengangs für Frauen in und nach der Familienphase, KFH NW, Abt. Aachen, wiss. Mitarbeiterin des Forschungsinstituts der KFH NW, Forschungsinteresse: Gender und Migration

Tiltmann, Annette: Dipl. Sozialarbeiterin, seit 25 Jahren in verschiedenen Feldern der Sozialen Arbeit tätig, Arbeitsschwerpunkte: Pflegekinderdienst, Erziehungsbeistandschaft, Jugendhilfeplanung bei der Stadt Aachen. Ausbildungsschwerpunkte: Gesprächsführung, Spieltherapie

Többe-Schukalla, Monika Dr.: Professorin für Politikwissenschaft/ Sozialpolitik an der Kath. Fachhochschule NW, Abt. Paderborn, Fachbereich Sozialwesen, Schwerpunkte: Internationale und interkulturelle Soziale Arbeit, Migration, Armut und soziale Ausgrenzung, Gender und Soziale Arbeit

Weischer, Christoph Dr.: Professor für Soziologie am Institut für Soziologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Schwerpunkte: Sozialstrukturanalyse und Methoden der empirischen Sozialforschung

Wuckelt, Agnes Dr.: Professorin für Religionspädagogik an der Kath. Fachhochschule NW, Abt. Paderborn, Fachbereich Theologie, Schwerpunkte: geschlechterspezifische religiöse Entwicklung, geschlechterspezifische Aneignung religiöser Inhalte, Bildungsbedürfnisse von Frauen, Bibeldidaktik